

17. / X. 1916

Die Friedenauer Lebensmittelversorgung. Der neue Bürgerverein, der den Mißständen in der Friedenauer Lebensmittelversorgung abhelfen will, hielt gestern eine zweite, wieder sehr stark besuchte Versammlung ab, der auch ein Vertreter der J. E. G. beiwohnte. Es wurde folgende Entschliehung angenommen: „Die in den Hohenzollernsälen zahlreich versammelten Friedenauer Bürger und Bürgerinnen erlauben sich ergebenst dem Oberkommando in den Marken folgendes zu unterbreiten: Durch die mangelnde Vorsehung unserer Kommunalverwaltung veranlaßt, hat sich ein großer Teil der Bürger zu einem Bürgerverein zusammengeschlossen, um den Uebelständen der Ernährungsfragen Friedenaus abzuwehren. Nur die Sorge für das Gemeinwohl veranlaßt uns zu diesem Schritt, nicht etwa, wie es uns von gewissen Stellen angedichtet worden ist, der Wunsch, Unzufriedenheit zu stiften. Wir beabsichtigen nun folgendes: Zu bewirken, daß praktische Kaufleute und Landwirte neben den Beamten beim Einkauf bei der Verteilung der Lebensmittel tätig sind. Zweitens, daß baldigst Mittelstands- und Volkstüchen in Friedenau gegründet werden, die in unserem Ort bis jetzt vollkommen fehlen. Drittens, daß Kohlen besonders für unsere Kriegerfrauen und Armen beschafft werden. Viertens, daß Nahrungsmittel, wie Kohlsorten usw., auf Vorrat von der Gemeinde angeschafft werden.“ Die Resolution soll auch dem Regierungspräsidenten und der Friedenauer Gemeindevertretung überreicht werden. Ein Mitglied der Vertretung versprach der Versammlung, daß schon in der nächsten Sitzung Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung beraten werden sollen.

17/X. 1916

Die Aufgaben und der Wirkungskreis des Ernährungsamtes.

Wien, 16. Oktober.

Als die Öffentlichkeit von der Errichtung des Ernährungsamtes erfuhr, wurde diese Tatsache allgemein mit großer Befriedigung begrüßt. Die Erfahrungen der beiden ersten Kriegsjahre hatten zur Genüge gezeigt, daß die Vereinigung aller die Ernährung der Bevölkerung betreffenden Fragen in einer Hand und an einer Stelle dringend wünschenswert wäre. Die Vielheit der Kompetenzen hatte nicht nur eine gewisse Schwerfälligkeit aller Maßnahmen zur Folge gehabt, es zeigte sich auch oft, daß die zuständigen Behörden nicht immer im Einklange miteinander vorgehen, vielleicht auch nicht vorgehen konnten, weil ihre Verfügungen von verschiedenen Gesichtspunkten aus getroffen worden waren. Auch wußte in vielen Fällen die Bevölkerung, oft auch nicht einmal die Verwaltungsorgane, in wessen Machtbereich die Verfügung über eine einzelne Maßnahme fiel, und so ergaben sich Reibungen, Schwierigkeiten und Verzögerungen, deren Beseitigung durch die Errichtung einer Zentralstelle für Ernährungsfragen erhofft werden konnte. Einige Enttäuschung bereitete allerdings der Umstand, daß man hierbei nicht so weit gegangen war wie im Deutschen Reich und die Ernährungsfragen nicht von den einzelnen Ressorts losgelöst und Verordnungsgewalt und Exekutive in eine Hand gelegt hatte. Warum die einzelnen Ressortministerien nicht gern die Gelegenheit ergriffen, sich einer Verantwortung zu entledigen, die sie nur schwer tragen können? Es ist begreiflich, daß bei den einzelnen Ressortministerien die Maßnahmen für die Ernährung der Bevölkerung nicht bloß unter dem Gesichtspunkte ihrer augenblicklichen Möglichkeit und Notwendigkeit geprüft werden. Den Ressortministerien obliegt nicht nur die Aufgabe, für die Gegenwart zu sorgen, sondern auch für die Zukunft, und so können vielleicht vom Standpunkte des einzelnen Verwaltungszweiges ganz gerechtfertigte Bedenken für die Zukunft der Ergreifung gewisser Verfügungen für die Gegenwart hindernd im Wege stehen. Diese Erwägungen drängen jedoch geradezu dahin, ein eigenes Amt mit unbeschränkter Verfügungsgewalt und voller Verantwortlichkeit zu errichten, dem einzig und allein die Erfüllung der dringenden Gegenwartsaufgabe der Ernährung der Bevölkerung zufällt und welches berechtigterweise angesichts der Sorge um die Notwendigkeiten der Gegenwart alle Erwägungen der Zukunft in den Hintergrund treten lassen kann.

Dieser Schritt ist bei uns nicht geschehen. Die Kompetenzen der einzelnen Ressortministerien bleiben unbe-

rührt, die verschiedenen, den Ernährungszwecken dienenden Zentralen unterstehen nach wie vor den einzelnen Fachministerien und so kann das Ackerbaumministerium nach wie vor in der Vieh- und Fellefrage, das Handelsministerium in der Zuckerfrage grundlegende Verfügungen treffen und der Einfluß, welchen das Ernährungsamt besitzt, besteht darin, daß in allen jenen Fällen, in welchen das Ministerialkomitee bei dem Zusammentreffen der Kompetenzen verschiedener Ministerien zu entscheiden hat, der Chef des Ernährungsamtes in diesem Komitee seine Stimme erheben kann. Wohl ist zur Vermeidung aller Weitwendigkeiten die Approvisionierungskommission der Ministerien ins Leben gerufen worden, welche die Einigung der einzelnen Ressorts herbeizuführen hat, aber auch diese kann keine Entscheidung fällen, weil letztere dem Ministerialkomitee überlassen ist. So ist der Gang noch immer ein zu komplizierter und das Ernährungsamt ist nicht in der Lage, irgendwelche endgültige Entscheidung zu fällen.

Man war nun sehr begierig, aus dem Statut des Ernährungsamtes zu erfahren, welcher Wirkungskreis eigentlich dem Ernährungsamt eingeräumt sei, und insbesondere welche Machtbefugnis demselben übertragen wurde. Die Veröffentlichung dieses Organisationsstatuts hat nun sicher eine Enttäuschung gebracht. Es ist schwer zu erkennen, welche Aufgaben eigentlich dem Ernährungsamte übertragen wurden, noch viel schwerer aber, zu ersehen, welche Machtbefugnis ihm zusteht. Denn aus der Durchsicht des Statuts ergibt sich nur, daß dieses neue Ernährungsamt keine weitergehende Exekutive besitzt, als sie bisher das Ministerium des Innern hatte. Die Kompetenzen aller anderen Ministerien bleiben unberührt, wenn auch formell vielleicht den letzten Auftrag das Ernährungsamt zu erteilen hat. Was übrigens auch nicht einmal vollkommen klargestellt ist. Nehmen wir an, daß die interministerielle Kommission und das Ministerialkomitee über gewisse grundlegende Prinzipien einig geworden und dieselben in öffentlichen Verordnungen und Weisungen an das Ernährungsamt und die einzelnen Ressorts niedergelegt haben. Man sollte doch annehmen, daß das Ernährungsamt freie Hand hat, die Durchführungsverordnungen erlassen darf und jetzt nicht mehr an die Zustimmung der einzelnen Ressorts gebunden ist. Auch das scheint nicht der Fall zu sein. Es ist sicher, daß die Leitung des Ernährungsamtes bestrebt ist, ihre Aufgaben voll zu erfüllen, daß insbesondere der Verkehr mit den Landesbehörden eine Beschleunigung erfährt, daß bürokratische Weitwendigkeiten vom Ernährungsamte vermieden werden. Aber es darf doch nicht übersehen werden, daß der gute Wille, die gute Absicht und die größte Sachkenntnis nicht genügen, wenn nicht ein umfangreicher Wirkungskreis und eine selbständige Exekutivgewalt dem Ernährungsamt übertragen werden.

Die Errichtung des Amtes ist gewiß einem guten Gedanken entsprungen, die Zentralisierung aller Ernährungsfragen in einer Hand erscheint unbedingt notwendig, denn nur so ist ein Ueberblick über Vorrat und Bedarf möglich, welcher die Voraussetzung für jeden Verteilungsprozeß bildet, nur so erscheint es möglich, auf die Produktion den entsprechenden Einfluß zu üben, der auch unbedingt notwendig erscheint, da die Produktion angeregt, überwacht und in ihren Gewinnabsichten kontrolliert werden muß. Man hat jedoch nur den ersten Schritt getan, nur den Ausgangspunkt festgestellt, von welchem aus sich in die Zukunft die Aktion bewegen muß. Wenn man schon nicht so weit gehen wollte wie im Deutschen Reich und die ganzen Ernährungsfragen so wie dort gewissermaßen aus dem Verwaltungsapparat herausheben und einer neuen Stelle übertragen wollte, so wäre es notwendig gewesen, zumindest die Exekutive der einen Stelle zuzuweisen. In seiner heutigen Form ist das Ernährungsamt eine Stelle ohne festumschriebenen Wirkungskreis, ohne eigentliche Exekutive, nur eine neue Stelle, deren Leiter sich erst einen Wirkungskreis schaffen muß.

17./X. 1916

Lebensmittelversorgung und Ernährungsamt.

Im Bezirk Neubau sprach Gemeinderat Oswald Hohenegger in einer vom Deutschdemokratischen Verein einberufenen Versammlung über den im Titel genannten Gegenstand und betonte, daß all die hundertfältigen, für die Bevölkerung unübersehlich gewordenen Verordnungen und Verteilungsmaßnahmen papierene Maßregeln bleiben müssen, sofern man nicht endlich zur Organisation der Ansammlung von Lebensmitteln schreite. Die städtische Bevölkerung erwarte mit vollem Recht viel mehr als ein fruchtloses Dekretieren, denn sie leide schwer unter den bisherigen Mängeln im Lebensmitteldienste und an den halben Maßregeln, die es nicht vermögen, dem übermächtig gewordenen Wucher, den sowohl Lebensmittelherzeuger als auch Händler ohne Scheu vor zufälliger Strafe treiben, auch nur annähernd zu steuern. Nach einer eingehenden Debatte, an der sich auch der

Präsident der Kriegskommission für Konsumumenteninteressen Regierungsrat Erik bezeichnete, wurde in einer beifällig aufgenommenen Entschliebung die Errichtung eines gemeinsamen Ernährungsamtes für beide Staaten der Monarchie verlangt. Ferner wurde ausgesprochen, daß dem Zurückhalten von Lebensmitteln in den Landgemeinden durch Weichlagnahme begegnet werden soll. Die Gemeindevetreter sollen durch Aufstellung ernster Straffolgen zur Gewissenhaftigkeit bei Angaben über die in den Gemeinden vorhandenen Vorräte veranlaßt werden. Die von Bezirkshauptmannschaften und Landesstellen vielfach erlassenen Ausführverbote sind sofort aufzuheben. Die Versorgung Wiens ist in erster Linie sicherzustellen. Hier ist sofort die Rationierung des Lebensmittelbezuges einzuführen und deshalb auch der Detailverkauf von den Großlagern aus einzustellen. Die Zentraleinkaufsgesellschaft hat ihre Tätigkeit nicht auf Erzielung von Millionen gewinnen, sondern auf die Herabsetzung der Preise für die Verbraucher bereits unerschwinglichen Preise einzurichten.

Die Tagung der Hausfrauen.

Die von der Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs veranstaltete Tagung hat einen erheblichen Erfolg erzielt. Es ist schon ein sehr beachtenswerter Umstand, daß von keiner Seite die Verufenheit dieser Organisation in Frage gestellt wurde, sich auf dem in Verhandlung stehenden Gebiete der allgemeinen Verpflegung zur Geltung zu bringen. Gewiß ist es in erster Linie die Hausfrau, die den schwersten Teil der Nahrungsjorgen zu tragen hat, bei den herrschenden Zuständen, bei der Schwierigkeit der Herbeischaffung der Verpflegungsmittel aus den Mühen und Plagen, aus den Beschwerden und Enttäuschungen nicht herauskommt. Das gilt nicht etwa nur von den Frauen der armen Stände, sondern auch von den weiblichen Hausvorständen der mittleren Klassen. Jedermann kann es in seiner nächsten Umgebung beobachten, jeder Gang durch die Straßen, die durch das „Anstellen“ eine ganz ungewohnte Besonderheit erhalten haben, belehrt darüber, daß die Ernährungsfrage den Familienmüttern eine zuvor nie geahnte Arbeits- und Sorgenlast aufbürdet.

Die Verhandlungen haben ohne Zweifel sehr viel Stoff zum Nachdenken und, was hier entscheidend ist, zum Handeln geboten. Was die Frauen auf dieser Tagung aus dem nur zu reichen Schätze ihrer Erfahrungen vorzubringen wußten, war schon aus dem Grunde sehr bemerkenswert, weil sich dem Hörer sofort die Ueberzeugung aufdrängen mußte, daß die verschiedenen Städte, die verschiedenen Bedarfsgebiete Oesterreichs sehr verschieden gestellt sind, daß die Verhältnisse hinsichtlich der Herbeischaffung und auch der Preise der Nahrungsmittel nichts weniger als nach einem einheitlichen Gesichtspunkt geregelt sind. Die Delegierte aus Graz hat Neid und Heiterkeit erregt, als sie den dortigen Preis von sieben Kronen für ein Kilogramm Fleisch als teuer bezeichnete. Nicht minder war der Eindruck, den die Delegierte aus Mährisch-Ostau hervorrief, als sie davon zu erzählen wußte, daß dortselbst die Lebensmittel auch unter den Höchstpreisen erhältlich seien. Es braucht nicht erst besonderer Erörterung, daß die Verhältnisse anderswo viel ungünstiger liegen, stufenweise abwärts bis zu den empfindlichen Störungen in der Beschaffung des Tagesbedarfes und bis zu Preisen, die oft genug über das hinausgehen, was sich die mittleren Stände, geschweige denn die sogenannten unteren Stände, leisten können.

Die Tagung der Hausfrauen hat über vieles belehrt, was sehr wissenswert ist. Keineswegs neu war es uns, daß unsere wackeren Hausfrauen reiflich über den ihnen so nahegehenden Gegenstand nachgedacht und die aus der Lebenspraxis geholte Fähigkeit haben, Nützlichem, Anstrengenswertem klar und bestimmt zum Ausdruck zu bringen. Aber auch als wohlorganisierter, starker Faktor wollen sie sich jetzt in diesem kritischen Zeitpunkt durchsetzen, gewissermaßen als erstes und unentbehrliches Hilfsorgan jener großen staatlichen Organisationen, die gerade von Seite der Hausfrauen mit aller Entschiedenheit empfohlen und gefordert werden. Der Beschlußantrag der Tagung der Hausfrauen ist ein sehr wertvoller Beitrag zum richtigen Erfassen des

ganzen Konsumentenproblems, wie es sich bei uns darstellt, und zur Einleitung der erforderlichen Maßregeln.

Sehr einleuchtend ist unseren Hausfrauen in dem vorliegenden Falle das Allergründlichste gerade gründlich genug. Sie verlangen die staatliche Zwangsorganisation der gesamten Produktion und des Handels, und sie gehen somit über das hinaus, was mit der Schaffung des neuen Ernährungsamtes in Aussicht genommen ist. Neu bei uns und durch ihre Unererschrockenheit eindrucksvoll ist die Forderung der obligatorischen Einheitsküche für die Städte, was allerdings das Ideal der Demokratisierung, der Vereinheitlichung der Verpflegung wäre. Eine solche Idealforderung, der aber sicherlich ein trefflicher Kern nicht abzusprechen ist, zielt auf die Schaffung eines gemeinsamen österreichisch-ungarischen Ernährungsministeriums hin. Die Zuziehung der Frauen zu allen Beratungen und Durchführungen der Maßregeln erscheint als ein geradezu selbstverständlicher Wunsch, dem sich das Verlangen anschließt, es seien der Organisation der Hausfrauen in ganz Oesterreich Lebensmittel in einheitlicher Form zuzuweisen.

Man darf es den Hausfrauen, besonders den vortrefflichen Leiterinnen der Organisation zutrauen, daß sie auch über alle Einzelheiten ihrer Vorschläge, Wünsche und Forderungen reiflich nachgedacht haben, ihre Durchführbarkeit zu erweisen vermögen. So darf man sich von dieser Tagung eine ersprießliche Wirkung versprechen. Es kann nicht ohne Eindruck, ohne praktische Folgen bleiben, wenn die Frauen es sind, die auf allgemein wirksame, radikale Hilfsmittel hinweisen. Die Bewährung der Frauen im Kriege in den verschiedensten Berufen hat so hoch alle Erwartungen übertroffen, daß man ihnen auf ihrem eigensten Gebiete, in der Ernährungsfrage die Verufenheit und den Einfluß wird zugestehen müssen, die sie, in steter Steigerung ihrer Tüchtigkeit, sich vor der gesamten Oeffentlichkeit errungen.

Grundfragen der Verteilung.

Der staatliche Ernährungsdienst hat zwei Aufgaben zu erfüllen: die rechtzeitige und ausreichende Aufbringung der Vorräte und die gleichmäßige Verteilung derselben auf Zeit und Ort und Verbraucher. Beide ergänzen einander: die Verteilung kann nicht ohne Störung vor sich gehen, wenn die Aufbringung stockt oder versagt, die vollendetste Aufbringung kann Uebel und Klagen zeitigen, wenn die Verteilung fehlerhaft vor sich geht. Bei der Beurteilung unseres Kriegsernährungswesens kann der wohlwollendste Kritiker nicht umhin, festzustellen, daß immer auf beiden Seiten viel zu wünschen übrig geblieben ist. Dabei kann vorweg eingeräumt werden, daß Kriegsumstände zeitweise unvermeidliche Störungen hervorrufen. Wenn sich die militärischen Truppen- und Materialnachschübe zeitweise häufen oder plötzlich ihre Richtung ändern, wenn mit einemmal ein neuer Feind an einem anderen Teile der Grenze auftritt und eine Verlegung der Front erzwingt, dann muß eine Unterbrechung der Zuschübe in den Verbrauchszentren eintreten. Erspart könnte uns eine solche Zwangslage nur bleiben, wenn wir einen Ueberfluß an Bahnlagen und Kanälen, überaus geräumige Stationsanlagen und einen überreichen Waggonpark hätten. Da wir aber im Gegenteil unserer Verkehrsweisen im Frieden in straflicher Weise vernachlässigt haben, tragen an solchen Mißständen jene einen guten Teil der Mitschuld, die infolge ihrer nationalen und sonstigen Treibereien die wichtigsten Aufgaben des Gemeinschaftslebens veräußt haben. Zu den Ursachen, die bei uns die Vorratsaufbringung so sehr erschweren, gehören vor allem das — sagen wir so! — ungeklärte

Verhältnis zwischen den verschiedenen Wirtschaftsklassen, die infolge ihrer nationalen und sonstigen Treibereien die wichtigsten Aufgaben des Gemeinschaftslebens veräußt haben. Zu den Ursachen, die bei uns die Vorratsaufbringung so sehr erschweren, gehören vor allem das — sagen wir so! — ungeklärte

Verhältnis zwischen den verschiedenen Wirtschaftsklassen, die infolge ihrer nationalen und sonstigen Treibereien die wichtigsten Aufgaben des Gemeinschaftslebens veräußt haben. Zu den Ursachen, die bei uns die Vorratsaufbringung so sehr erschweren, gehören vor allem das — sagen wir so! — ungeklärte

polizei weist eine weniger glückliche Hand auf. Es ist auch kein Geheimnis mehr, daß die Brotartenkontrolle der Gemeinden in den allermeisten Gebieten des Reiches wirkungslos geblieben ist. Stadtbekannt ist es, daß sich die niederösterreichische Statthalterei in Wien mehr als ein Jahr bemüht hat, eine genauere Kontrolle der von den Geschäften abgeführten Brotartenabschnitte zu erzielen, und diese Bemühungen noch heute fortsetzt! Weil aber die Brotartenabnahme durch die Gastwirtschaften bei uns nicht in Ordnung zu bringen war, hat man sich dazu entschlossen, den Wirten den Brotverkauf überhaupt zu untersagen. Und weil niemals eine Gewißheit zu erlangen war, ob die Bäcker das ihnen zum Brotbacken gelieferte Mehl nicht lieber als Kochmehl verkaufen oder zu Mehlspeisen verarbeiten, hat man vorgezogen, die Frage überhaupt aus der Welt zu schaffen, indem man den Bäckern den Mehlschleiß entzog.

Was war die Aufgabe der Brotkarte? Sie sollte nicht so sehr direkt jedem einen bestimmten Mehlbezug sicherstellen, sie sollte bloß den Verbrauch nach oben abgrenzen: wenn keiner zu viel genießt und wenn keiner hamstert, dann muß ja, so nahm man an, so viel Mehl und Brot im Verkehr bleiben, daß sich jeder seinen Teil auf dem Verschleißmarkt beschaffen kann.

Aber diese Schlussfolgerung hat sich als irrig herausgestellt, sowohl in den Voraussetzungen wie in der Folgerung. Die Brotkarte hat bei der Art, wie sie in den Gemeinden gehandhabt wurde, nicht im geringsten gehindert, daß Begüterte, die feste und vertraute Beziehungen zu Geschäftsleuten hatten, mehr genossen und sogar hamsterten. Solange unsere Vorräte noch beträchtlicher waren, spürten den Ausfall nur die Allerärmsten. Sowie aber fühlbarere Knappheit eintrat, machte sich der Ausfall bis hoch in den Mittelstand hinauf geltend. Die Verschleißer suchten sich zu helfen, indem sie die Geschäfte zu den Stunden, wo die Arbeiterfrau kauft, tunlichst geschlossen hielten. So konnte immerhin ein gewisser Vorbehalt für die „bessere Kundschaft“ erzielt werden, an der die Geschäftswelt natürlich ein größeres wirtschaftliches Interesse besitzt. Jene Gemeinden, in denen das oben erwähnte Element der Lebensmittelgewerbe beherrschenden Einfluß besitzt, rührten gegen diese Uebelstände keinen Finger, obschon in einzelnen Industrieorten die Lage der Arbeiterschaft wie der Angestellten und selbst der Beamten so unerträglich geworden war, daß sich der Unmut laut äußerte.

Man kann wohl mit Recht aus der Häufung dieser Mißstände den Schluß ziehen: Die Brotkarte reicht heute als Mittel der Verbrauchsregelung nicht mehr aus. Man muß sich überlegen, wie man die Verteilung des Brotes besser regeln kann. Die Brotkarte ist ein Mittel, das die Verteilung des Brotes nur in einem beschränkten Maße regeln kann. Sie ist ein Mittel, das die Verteilung des Brotes nur in einem beschränkten Maße regeln kann. Sie ist ein Mittel, das die Verteilung des Brotes nur in einem beschränkten Maße regeln kann.

18.7.1916

Das Ernährungsamt und sein Leiter.

Nur nichts überstürzen! Zwei Jahre und zwei Monate lang wütet schon der größte aller Aus-hungerungskriege und wir sind mit unseren Lebensmitteln noch lange nicht fertig. Die Preise sind zwar auf das Fünf- bis Zehnfache gestiegen, Ware aber ist genug vorhanden, um nicht nur die Truppen im Felde und im Hinterlande sowie die zahlreichen Gefangenen, sondern auch die zuhause wirtschaftende Zivilbevölkerung mit Brot, Fett, Fleisch und was sonst noch zur Erhaltung des Lebens notwendig ist, versorgen zu können. Das Böseste an der Geschichte ist nicht der Krieg selbst, sondern die Unfähigkeit der maßgebenden Kreise, dem Ernährungswesen eine solche Organisation zu ergeben, daß jeder Staatsbürger seine dringendsten Bedürfnisse möglichst rasch und sicher decken könne. Denn daran mangelt es. - In Deutschland herrscht der organisierte Mangel, bei uns aber die organisierte Kopfschmerzhaftigkeit und der organisierte Wucher. Das ist der Unterschied. Draußen im Reiche hat man zwar nicht viel zum Leben, das aber ist wenigstens sicher. Bei uns gibt es der natürlichen Nährstoffe noch immer in Hülle und Fülle, sie sind aber selbst für schweres Geld nicht immer dort und dann zu bekommen, wo und wenn sie am notwendigsten gebraucht werden. Beispielsweise in einigen größeren Städten, mit deren Bevölkerung, was die Entziehung geordneter Ernährungsmöglichkeiten anbelangt, ein geradezu freudvolles Spiel getrieben wird.

Nur nichts überstürzen! Zwei Jahre und zwei Monate lang wird schon an der Lösung des Ernährungsproblems herumgefunktelt. In einem Lande, wo es, wohl gemerkt, nicht an den Nahrungsmitteln, sondern nur an dem zur gerechten Verteilung nötigen Ordnungssinn, Opferwillen und Anstandsgefühl mangelt, ist man der großen Frage bis jetzt noch immer ratlos gegenübergeblieben. Jetzt aber, im siebenundzwanzigsten Monate des fürchterlichen Weltgerichtes bekommen wir endlich ein staatliches Ernährungsamt und dieses bekommt einen funkelnamigen Leiter. Unsere Leser wissen, um was es sich dabei handelt. Baron Ludwig Kürthy hat sich zur Vernehmung dieses Amtes bereitgefunden. Er wird beileibe nicht den Wirkungskreis eines „Diktators“, ja, nicht einmal die verantwortlichen Befugnisse eines Ministers ausüben. Sein neues Amt soll vielmehr rein administrativen Charakter besitzen. Dem Ernährungsamt werden alle jene Ministerialbeamte zugeteilt werden, die sich bisher in den verschiedenen Ministerien (Inneres, Ackerbau, Handel etc.) mit Approvisionierungsangelegenheiten beschäftigt und sich dabei gegenseitig nicht immer unterstützt, sondern mangels einer Zentralstelle gar oft konterfariert haben.

Die geplante Vereinheitlichung der Ernährungsadministration ist ja allerdings auch ein Fortschritt. Zumal scheint es ein glücklicher Gedanke zu sein, dem Ernährungsamt in seiner Tätigkeit einen Approvisionierungssenat zur Unterstützung an die Seite zu geben. Ministerpräsident Graf Stefan Tisa will auch an die oppositionellen Parteien das Ersuchen richten, in diesen Senat ihre Vertreter zu entsenden. Sie sollen nicht nur schimpfen, sondern auch mitarbeiten und vor allem gut aufpassen, daß den agrar-mercantilen Interessenten, der heute ohne jealichen Unterschied der Partei auf seine gutpatriotische Rechnung kommt, von seiner Seite eine Schmälerung seines altruistischen Nachsicht widerfährt!

Die Regierung soll ja sogar die löbliche Absicht haben, den Delegierten der einzelnen Interessengruppen in dem Senat einen Platz zu sichern. Was heißt in diesem Falle Interessengruppen? Wohl nichts anderes als: 1. Er-

zeuger, 2. Verkäufer und 3. Zwischenhändler. Also: Großagrarier und landbautreibendes Junkertum, Banken, Aktiengesellschaften und Großhändler, die teils unmittelbar, teils direkt mit den Produzenten in Verbindung treten und mit diesen zugleich alles mögliche tun, um die Ware zu verteuern und vor den Verbrauchern zu verstecken. Wie man sieht, werden im „Senat“ alle „Interessengruppen“ ihre Vertreter haben, nur gerade eine Gruppe bleibt nach wie vor unvertreten. Die größte, die stärkste, die wichtigste Gruppe, die Gruppe, von der das Wohlbefinden, die Gesundheit, die Nervenkraft und die Durchhaltkraft der nichtkombattanten Kriegssopfermassen des Hinterlandes abhängt, die Millionengruppe der Konsumenten wird in dem neuesten Senat auch jetzt kaum die gebührende Vertretung erhalten.

Es heißt freilich, der Zweck des neuen Amtes und des ihm beigegebenen Senates sei ja gerade die Herstellung des gedeihlichen Einklanges zwischen den Interessen der Produzenten, der Verkäufer und der Verbraucher. Wir aber kennen dieses verlogene Schlagwort längst zur Genüge. So ehrlich es auch anfangs allemal auf dem Papier und in der Theorie gemeint ist, wenn die Praxis beginnt, artet die Sache doch immer wieder in den landläufigen Schlandrian, in die von Nebenrücksichten gelenkte Protektionswirtschaft und in die Diktatur des allmächtigen Großkapitals aus. Und zwar jenes vielfach korrupten Großkapitals, dessen Oberhaupt Leo L., der ungekrönte Herrscher von Ungarn, ist. Ihm huldigt alles, ihm ist alles untertan, er ist gegen die stärkste Hand gepappnet. Ihm vermag kein Agrarantifemist mitverdienender Sorte beizukommen. Von ihm wollte sich kein Návay und kein Weferele diktieren lassen; die Herren hielten ja, als man ihnen die Leitung des Ernährungsamtes antrug, selber alle Gewalt in sich zu vereinigen. Das ging aber nicht, denn dazu ist Leo da!

Allen Respekt vor Herrn Baron Ludwig Kürthy. Ihm wird große Verlässlichkeit in den mit der Approvisionierung zusammenhängenden Verwaltungsfragen nachgerühmt. An Energie und imponierendem Auftreten soll er gerade jenseits in sich vereinigen, wie an konzilianter Umgangsformen. Das heißt, er wird als neuer Werksehnemann alle Stücken spielen, die den Interessengruppen angenehm und förderlich sind. Die größte und wichtigste Interessengruppe aber, die erstrangig staatszerhaltende Gruppe der ausgewurzten und ausgehungerten Konsumenten dürfte auch vom soeben neugechaffenen Ernährungsamt nichts anderes zu erwarten haben, als was ihm der großkapitalistische Diktator zu tun oder zu unterlassen gestattet.

Unser sehnlichster Wunsch wäre, daß wir mit unserer, schwarzzeherischen Auffassung recht bald eine angenehme Enttäuschung erleben. Wir sind selbst Konsumenten und nur Konsumenten. Wenn sich Herr Baron Kürthy als Leiter bewährt, der nicht zum Schaden der Konsumenten geleitet wird, wollen wir die Ersten sein, die seiner genialen Kraft und seiner heroischen Un-

parteilichkeit, die am Ende vielleicht doch in ihm steckt, ein lautendliches wohlverdientes Loblied singen wollen.

Die Kriegsspeisenausstellung.

Es ist sicherlich nicht das uninteressanteste Stück Zeitgeschichte, das die Kriegskochrezepte künden. Sie gelten selbstverständlich in erster Linie der wirtschaftlichen Ökonomie, der Materialersparnis. Abgesehen davon aber ist es auch eine neue Küchentechnik, die durch sie einsetzt, eine Kochkunst, die über die Zeit des Mangels hinaus sich in manchen Dingen als bahnbrechend beweisen wird. Schon darum, weil die Hausfrauen die Stoffverwertung auf der Basis der Nährgehalte kennen lernen.

Sie konnten ihr Wissen bei der Kriegsspeisenausstellung im Hotel Continental, die von der Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs anlässlich ihrer Delegiertenkonferenz veranstaltet worden ist, sicherlich in mancher Beziehung bereichern. Die kulinarische Exposition teilt sich in zwei Lager: in eine österreichische Abteilung und in eine reichsdeutsche. Das allein war charakteristisch, denn der nationale Geschmack machte sich selbst bei dieser Zusammenstellung von Kriegsgeschichten deutlich geltend. Unsere Platten sind bei aller Genauigkeit reicher bestellt, ausgiebiger, sättigender, und die Mehlspeisen, die Süßspeisen, wie man sie jetzt eigentlich nennen müßte, stehen dabei stark im Vordergrund. Unsere Verbündeten scheinen sich — dieses Lob muß man ihnen zweifellos zollen — besser bescheiden zu können als wir. Sie sind im Essen gemäßigter. Wir sind ein Staat hoher Küchenkultur, die aber, im Gegensatz zu Frankreich, von Raffinement ziemlich frei geblieben ist. Der Reichsdeutsche ist sachlicher, es kommt ihm aber in vielen Fällen wirklich nicht so genau drauf an, was er isst, und vor allen Dingen: er ist Neuerungen auf der Tafel eher zugänglich als wir. Jedes Surrogat setzt sich draußen schneller durch, jede neue Methode wird rascher ausprobiert und in Anwendung gebracht. Bei uns hat man immer eigensinnig an der Küchen-tradition festgehalten. Was man nicht kennt, das lehnt man bei uns ab. So ist es jahrzehntelang mit Seefischen und Rindfleisch, mit Pflanzenfetten, Suppenwürfeln und allen möglichen Nährpräparaten gegangen. Der Krieg hat uns in dieser Beziehung freilich gründlich gebessert. Gibt es jetzt überhaupt eine Küche ohne Surrogate?

Die Noth hat diese Ausstellung veranstaltet, um zu noch gründlicheren Formen der Materialersparnis anzuregen. Wie anders als in bisher gewohnten Kochkunstausstellungen sieht es bei diesen Schaugerichten aus. Der Luxus ist dem Notwendigen gewichen, und an Stelle von Pasteten, von Saft und Cremes gewahrt man einen Zweischwürst und einen Gugel-

hupf, Seefische und Schöpfensfleisch, Graupengerichte und allerlei Platten mit Gemüse, mit Kastanien, Quitten, mit Hirse, Bohnen, mit Tomaten und Würsten. Klugerweise wurden verschiedene Nationalgerichte herangezogen.

Da ist ein Egerländerloß mit unterlegtem Rezept: Ein ½ Kilogramm Kartoffelwalzgriech kommt in eine Schüssel und wird mit Wasser zu einem zarten, aber nicht zu lockeren Teig angeknetet, den man zehn Minuten zugedeckt anziehen läßt. Dann nimmt man mit dem Löffel Stücke heraus, formt sie länglich und belegt sie mit vier bis fünf ganzen rohen Pflaumen und rollt sie zusammen. Immer eine Rolle nach der andern, bis der ganze Teig verbraucht ist. Diese Rollen werden durch 10 bis 12 Minuten in leicht gesalzenem Wasser gelocht. Hierauf werden sie mit dem Schaumlöffel in eine Schüssel gelegt und mit Mehl und Zucker oder mit Zimt und Zucker bestreut. Ein andres zeitgemäßes Gericht ist bulgarisches Fleisch am Koft: Hammelrücken oder Hammelschlegel wird rasch gewaschen, mit einem Tuch abgetrocknet, mit einer dünnen Nadel 5- bis 10mal eingestochen und ohne Salz und Wasser auf den Koft gelegt, wo man es nicht zu heiß, je nach der Qualität und Größe des Stüchtes, ungefähr drei Viertelstunden lang braten läßt. Der abgetropfte Saft wird mit Zwiebel und Majoran etwas verröstet, dann mit 1 bis 2 Kochlöffel Mehl oder noch besser Kartoffelwalzgriech gestaubt und mit Wasser aufgegossen. Dazu gibt man zwei geschälte, von den Kernen entfernte roh geriebene Gurken, einen Löffel Trockenmilch und Salz. Das Gericht muß 15 bis 20 Minuten kochen. Man serviert es mit gedünsteter Hirse oder mit Salzkartoffeln.

Man sieht, diese beiden Speisen sind fettlos, und ähnlich waren auch die übrigen Zusammenstellungen: die bänische Gemüsespeise oder „das türkische Gericht“, der Wiener Speckbraten im eigenen Fett und das Fischgulasch. Aber das Fleisch ist doch Fleisch, wenn auch nur im eigenen Fett gebraten, und das Gemüse bleibt Gemüse.

Die Deutschen hingegen sind weit rationeller — allerdings auch erbarmungsloser mit alten Gewohnheiten. Da sieht man eine Wurst aufgetischt, eine recht appetitlich, ganz richtig aussehende Wurst. Man kostet sie — sie besteht aus einer Art Bohnenpurée. Man betrachtet einen Rehrbraten — es sind ebenfalls Bohnen. Die Hülsenfrüchte spielen bei diesen Platten überhaupt eine überlegene Rolle. Denn, und das ist gewissermaßen das Leitmotiv dieser Küche: 40 Gramm Fett können durch 90 Gramm Kohlehydrate ersetzt werden. Frau Marie Priester aus Erfurt am Main, eine wiederholt genannte Praktikerin der aktuellen Küchermethoden, zeigte, was sich mit einem viertel Liter Bohnen alles herstellen läßt. Es sind ungefähr zehn oder mehr kleine Platten gewesen, die guttlos aussahen. Sie gab kleine Kostproben und kochte auch vor den Augen des Publikums. Einzelne Speisen zeigten genau ihren Entwicklungsengang. Da sah man ein Blatt Kohl, dann diesen Kohl mit Bohnenpurée gefüllt, geschlossen, gelocht und mit Suppenwürze überstrichen. Eine Bohnensuppe wird folgendermaßen hergestellt: Die Bohnen werden im Wasser weichgelocht, mit viel Suppengemüse und etwas Majoran. Dann wird das Wasser abgeseigt und in demselben Wasser werden Graupen weichgelocht. Während dieser Zeit treibt man die Bohnen durch die Fleischmaschine, am besten zwei- bis dreimal, und vermischt dann die gerührten Bohnen mit der Suppe.

Für Quittenstücke, Jagelkuttensuppe, für Gerichte, bei denen Kochsalz, Birnen und Saftflocken vermengt werden, hat man zulande sicherlich nicht das rechte Verständnis. Aber man muß es beherrsigen, wenn Frau Priester in ihren Küchenvorschriften darauf aufmerksam macht, daß man bei Knödeln, bei gedankenen Gemüse das Fehlen der zum Auflockern bestimmten Butter durch Zusatz eines Butterersatzes ersetzen kann. Wo Butter fehlt, ist es ratsam, härter zu würzen. Zur Salatbereitung empfiehlt es sich, Aränteressig zu verwenden, den man leicht herstellen kann, wenn man auf beliebige grüne Küchenkräuter kochenden Essig gießt, den man erst nach einer Woche abseigt und aufhebt.

Auch für die Zubereitung fleischloser Speisen kommen gewisse allgemeine Regeln in Betracht. So ist es sicher wissenschaftlich, daß die Bindkraft von einem Ei durch einen Teelöffel Kartoffelmehl ersetzt werden kann. Zum Binden der Gemüse und Suppen kann man, um Mehl zu ersparen, roh geriebene Kartoffeln und etwas Kartoffelmehl verwenden, das durch seinen hohen Stärkemehlgehalt einen kleinen Teil Fett ersetzt und der Speise den appetitlichen Fettglanz verleiht. In jeder Art der Zerkleinerung verwendet man am besten die Fleischmaschine. Wertvolleres Material treibt man einige Kartoffeln nach, damit ja nichts in der Maschine hängen bleibt. Hülsenfrüchte und grüne Gemüse läßt man drei- oder viermal durch die Maschine gehen, damit sie zarter und wohlschmeckender werden. Die fehlende Fleischbrühe

muß man zu ersetzen versuchen, indem man jeden Tropfen Wasser, in dem Gemüse oder Hülsenfrüchte gelocht worden sind, sammelt.

Jedenfalls hat diese Ausstellung der Küchenökonomie gezeigt, daß man noch immer viel mehr sparen kann, als ein großer Teil der Oesterreicher wart. Man hat dabei begreifen gelernt, wieviel Genießbares aus Früchten und Pflanzen zu holen ist, aus Kräutern, die bei uns kaum verwertet werden, und man hat gesehen, daß man ohne Fett und ohne Fleisch auch tausend Möglichkeiten hat, den Gaumen zu reizen und den Hunger zu stillen. In diesem Sinne ist die Ausstellung der Noth belehrend gewesen.

Söflichkeit im Verkehr mit den Kunden.

In einem Aufruf, den das Organ der Wiener Gemischtwarenhandlergenossenschaft unter dem Titel „Söflichkeit im Verkehr mit den Kunden“ an die Genossenschaftsmitglieder Wiens richtet, heißt es: „Wiederholt wird in der letzten Zeit den Kleinhändlern und Lebensmittelverkäufern der Vorwurf gemacht, daß sie es im Verkehr mit ihren Kunden an der nötigen Söflichkeit mangeln lassen. Auch an die Genossenschaftsvorsteher sind schon verschiedene Aufforderungen gerichtet worden, den Genossenschaftsmitgliedern etwas mehr Entgegenkommen ihren Kunden gegenüber zu empfehlen. In unsere Genossenschaftsmitglieder richten wir die dringende Aufforderung, sich dessen bewußt zu bleiben, daß wir in schwerer Kriegszeit leben, daß solche Zeiten immer schwere Opfer von der gesamten Bevölkerung der davon betroffenen Länder erheischt haben. Unsere Mitglieder mögen mit Geduld und Ausdauer in ihrem bescheidenen Wirkungsbereich dazu beitragen, unsere Aufgabe im Hinterland, das Durchhalten bis zum siegreichen Ende, zu ermöglichen. Sie mögen daher Widerwärtigkeiten im Geschäft mit Ruhe überwinden, die der Kunde schuldige Söflichkeit niemals vergessen und sich auch bei Provokationen nie zu unbedachten Äußerungen hinreißen lassen.“

Das Ernährungsamt.

Bestimmungen der Geschäftsordnung.

Ämtlich wird verlautbart:

Am 16. Oktober hat das Ernährungsamt in den im zweiten Stockwerke des Ministeriums des Innern (Judenplatz Nr. 11) gelegenen Amtsräumen seine Tätigkeit aufgenommen.

Das Ernährungsamt ist in vier Geschäftsgruppen geteilt. Die Geschäftsgruppe I (Vorstand Sektionsrat Dr. Laurenz Stettner) umfaßt die Bewirtschaftung von Getreide, Mählprodukten, Hülsenfrüchten und Kartoffeln sowie die Angelegenheiten der Kriegsgetreideverkehrsanstalt. In der Geschäftsgruppe II (Vorstand Ministerialsekretär Rudolf Edler v. Gorral) werden die Angelegenheiten des Warenbezuges aus dem Ausland und der Ausfuhr dahin sowie die Angelegenheiten der Oesterreichischen Zentraleinkaufsgesellschaft und der Kriegsstaffeezentrale behandelt. In die Geschäftsgruppe III (Vorstand Bezirkshauptmann Friedrich Freiherr v. Eibert) fallen Fleisch, Wild, Fische, Milch, Eier, Kette und Futtermittel. Der Geschäftsgruppe IV (Vorstand Ministerialsekretär Dr. Franz Galban) sind die Angelegenheiten des Verkehrs mit Obst, Gemüse, Wein und Zucker, die Obstverwertung, die Presssachen und alle Geschäfte zugeteilt, die nicht in eine der anderen drei Gruppen fallen.

Die Beratungen der Interministeriellen Approbationierungskommission werden in der Regel Montag und Freitag, jene des Ministertomitees in der Regel Mittwoch stattfinden.

Unter Intervention des Ernährungsamtes findet jeden Dienstag die Sitzung des Exekutivkomitees der Oesterreichischen Zentraleinkaufsgesellschaft, jeden Donnerstag die Sitzung der Ministerialkommission für die Kriegsgetreideverkehrsanstalt statt. Ueberdies werden Vertreter des Ernährungsamtes regelmäßig den Sitzungen der Kriegsstaffeezentrale, der Zuckergentrale, des Kriegsverbandes der Oel- und Fettindustrie und der Zentralkommission für den Viehverkehr beigetragen.

Allmonatlich einmal tritt der Approbationierungsbeirat und der Beirat der Kriegsgetreideverkehrsanstalt im Landhaus in Wien zu seinen Beratungen zusammen. Die Ausschüsse dieser Beiräte werden nach Bedarf öfter und auch für mehrere Tage im Monat einberufen werden.

Eingaben in Ernährungsangelegenheiten sind an das „Ministerium des Innern, Ernährungsamt“ zu richten und können auch unmittelbar bei der Einkaufsstelle des Ernährungsamtes im Gebäude des Ministeriums des Innern, Judenplatz Nr. 11, 2. Stock, Nr. 115, überreicht werden.

Der Tagesdienst des Ernährungsamtes wird in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends ein permanenter sein, so daß auch in den Mittagspausen stets mindestens ein Beamter anwesend sein wird. Mündliche Ansuchen und Beschwerden können bei den betreffenden Geschäftsgruppen jederzeit vorgebracht werden.

Da sowohl der Präsident als auch der Vizepräsident durch die Teilnahme an allen regelmäßigen Sitzungen sowie an den immer wieder als notwendig sich erweisenden außerordentlichen Beratungen, durch Inspektionen usw. in Anspruch genommen und daher in ihren Bureaus häufig nicht anzutreffen sein werden und vermieden werden soll, daß sich Parteien wiederholt vergeblich zu diesen Funktionären bemühen, hat der Präsident des Ernährungsamtes den Samstag jeder Woche in der Zeit von 10 vormittags bis 1 Uhr nachmittags als Empfangstag festgesetzt.

18. IX. 1916

Nahrungsmittel- und Surrogatmesse.

Der Wiener Handels- und Industrieverein brachte vor kurzem, wie berichtet, die Veranstaltung einer Nahrungsmittel- und Surrogatmesse in Vorschlag. Durch eine solche Veranstaltung sollen nicht nur die legitime Industrie und der legitime Großhandel gefördert und der Kettenhandel ausgeschaltet, sondern auch eine Uebersicht über die Qualität und Preise der vorhandenen Nahrungsmittelsurrogate gegeben werden. Als Surrogate kommen bis nun als Nährmittel nicht verwendete vegetabilische Öle sowie Buchenfrüchte, Weichdornfrüchte (Mehlbeeren),

Sicheln, Koffkastanien, Luzerner Klee und viele andere Naturprodukte in Betracht. Die Geschmacksqualität, den Nahrungswert sowie die Preise der angebotenen Präparate zu prüfen, hätte das große Publikum ein bedeutendes Interesse; andererseits besteht auf Seiten der Industrie das Bestreben, Erzeugnisse, die auf Uebervorteilung der Käufer hinausgehen, zu kennzeichnen. Außer den Nahrungsmittelsurrogaten sind auch die vorhandenen Surrogate für Bedarfsartikel sowohl für die kommerziellen und industriellen Kreise als auch für das konsumierende Publikum von Interesse, und es wäre praktisch, die Erzeugnisse in Seifensurrogaten, Sohlenlederersatz, Papierpapier, Papiertreibriemen und dergleichen Artikel bei dieser Veranstaltung vor Augen zu führen.

Die nächste Ausgabe der Lebensmittellisten.

Samstag den 21. d. sind bei den Brot- und Mehlcommissionen die Hauslisten abzugeben. Auf Grund derselben werden Samstag den 28. d. die Brot- und Mehllisten, Milch-, Kaffee-, Zucker und Fettlisten, beziehungsweise Butterlisten ausgegeben werden. Da die ordnungsmäßige Kartenausgabe von der rechtzeitigen Ueberreichung der Hauslisten abhängt, ist der hiefür angelegte Termin genau einzuhalten, und es wird sich empfehlen, die Hausverwaltungen für den Fall, als sie diese Mittheilung nicht lesen sollten, hierauf aufmerksam zu machen.

Unterredung mit Dr. Weiskirchner.

Ueber Wiener Lebensmittelfragen.

In Angelegenheit des Standes der Kartoffelversorgung Wiens hatte Scheimer Rat Bürgermeister Dr. Weiskirchner die Liebenswürdigkeit, einen unserer Redakteure zu empfangen und ihm die nachstehenden Mitteilungen zu machen:

„Anknüpfend an meinen Bericht über die seit einiger Zeit anhaltende Besserung in der Kartoffelversorgung der Stadt Wien in der gestrigen Gemeinderatsung ist zu bemerken, daß außer den jetzt täglich auf den Wiener Märkten zum Verkauf gelangenden 400.000 Kilogramm Kartoffeln durch die Straßenbahn in die verschiedenen Bezirke größere Quantitäten Kartoffeln zur Verteilung an die Gemischtwarenverächleißer geführt werden. Dann erhalten die Konsumvereine, die Gastwirte, die diversen Lebensmittelmagazine und größere industrielle Betriebe separat die benötigten Kartoffeln. Außer den 40 Waggons Kartoffeln für den täglichen Marktgebrauch gehen an den meisten Tagen fast ebenso viel und manchmal noch mehr Waggons Kartoffeln noch an die vorerwähnten Versorgungsstellen ab, so daß 80 bis 100 Waggons Kartoffeln täglich zur Verfügung stehen. Der normale tägliche Kartoffelverbrauch Wiens betrug 20 Waggons. Durch den Entfall verschiedener Lebensmittel für die Ernährung hat sich naturgemäß die größte Nachfrage für Kartoffeln ergeben, die Gott sei Dank jetzt in genügender Menge zur Verfügung stehen. Ich will jetzt die Stadt einfach mit Kartoffeln überhäufeln, so daß die Bevölkerung in dieser Richtung hin keine Klage mehr hat.“

Magistratsrat Dr. Ehrenberg, der der Unterredung bewohnte, konstatierte aus den Aufschreibungen der Magistratsabteilung III über die tägliche Kartoffelabgabe, daß für den heutigen Tag (19. d.) für die Märkte 48 Waggons und für den übrigen Konsum 24 Waggons, im ganzen 72 Waggons (gleich 720.000 Kilogramm) zur Verfügung gestellt wurden. 8 Waggons bekommen jetzt fast täglich die Gemischtwarenhändler zugewiesen. Am 15. und 16. d. wurden 72 Waggons für die Märkte und 106 Waggons für sonstige Versorgungsstellen ausgegeben. Von einer Kartoffelnot oder Knappheit könne daher nicht mehr die Rede sein.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bemerkte fortsetzend: „So lange es nötig ist, werden die Kartoffeln in so großen Mengen täglich in den Konsum gebracht. Erst bis dieser vollkommen befriedigt ist, wird die Dotierung auf das normale Maß zurückgeführt werden.“

Bezüglich der Mehlerversorgung bemerkte Bürgermeister Dr. Weiskirchner, daß es ja in den letzten Tagen etwas besser geworden sei und ihm auch Zusicherungen der Regierung vorliegen, daß auf eine weit bessere Dotierung in der nächsten Zukunft zu rechnen sei. An den jetzigen Verhältnissen trage aber durchaus auch die Regierung nicht die Schuld. Man habe in den Ministerien alles genau ausgerechnet. In dem und dem Zeitpunkt werde geerntet, dann käme der Drusch, dann wandert das Getreide in die Mühle. Dies hätte ja alles geklappt. Aber da sei der Regen dazwischen gekommen, der die Erntearbeiten behinderte und hinausshob, dann kam verspätet der Drusch, aber es fielen auch die notwendigen Unbauarbeiten in diese wichtige Tätigkeit hinein und die Getreide- und Mehlerversorgung wurde verzögert. Auch gebrach es in vielen Fällen an dem nötigen Arbeitspersonal.

Zur Frage wegen der Rationierung der Lebensmittelabgabe äußerte sich Bürgermeister Dr. Weiskirchner: „Jetzt haben wir vorläufig die Rationierung der Mehlabgabe beschlossen, die nun durchge-

führt werden muß. Aus den praktischen, daraus zu schöpfenden Folgen und Wirkungen werde sich erst ersehen lassen, inwiefern man sich zur Rationierung der Abgabe der übrigen Lebensmittel stellen werde.“

Bezüglich der Milchabgabe sagte Dr. Weiskirchner:

„Sinsichtlich der Rationierung der Milchabgabe müssen die Vorarbeiten erst gepflogen werden. Vorerst muß ich erst alle Provenienzen und die Quellen wissen, woher die Milch geliefert wird und welche Provenienzen jetzt versagen. Erst dann kann man einschreiten. Das Requirieren ist ein modernes Schlagwort geworden, aber man muß vorerst wissen, wo zu requirieren ist. Uebrigens begegnet die Rationierung der Milchabgabe insofern Schwierigkeiten, weil die Milch ein leicht dem Verderben unterliegendes Lebensmittel ist. Aber auch hier wird sich ein Ausweg finden lassen, um die klaglose Milchversorgung der Stadt sicherzustellen.“

Auf die Frage der Einheitsküchen übergehend, betonte Dr. Weiskirchner, eine Einheitsküche, wie sie von einigen Organisationen geplant werde, nämlich, daß die Parteien eines Hauses aus einer einheitlichen Küche im Haus versorgt werden, würde in Wien nur schwer populär werden. Schon bei der Benützung der Waschküche durch die Parteien eines Hauses ergäben sich in den meisten Fällen die unerquicklichsten Reibereien. Eine Einheitsküche in dem Sinne aber, daß zur Streckung und Ersparung von Lebensmitteln eine einheitliche Kriegsbeföstigung der Bevölkerung erfolge, sei vorläufig nicht nötig. Hierfür habe man ja im Schoße der Gemeinde die Institution der öffentlichen Ausspeisungen vorgesehen, für die er zu Kriegsbeginn auf 100.000 Portionen täglich rechnete. Bis jetzt habe man es nur auf 60.000 Portionen gebracht. Bei der Einführung der Ausspeisung meldeten sich gar nur 10.000 Personen. Nötigenfalls könne man die öffentliche Ausspeisung auch noch auf 200.000 Portionen und mehr ausdehnen. Gegenwärtig komme man aber, Gott sei Dank, noch mit der bestehenden Ordnung aus. Ähnlich dürfte es sich auch mit der in Durchführung begriffenen Aktion des Frühstücks für Schulkinder verhalten, die gewiß sehr löblich sei. Der Bürgermeister bemerkte hierzu, er glaube annehmen zu dürfen, daß bei dem ausgesprochenen Familiensinn der Wiener Bevölkerung die Anmeldungen zu dieser Kriegshilfsaktion nicht allzu zahlreiche sein werden, denn trotz der vielen Erschwernisse sorgen die Eltern dafür, daß sie ihre Lieblinge in der Frühe nicht mit hungrigem Magen in die Schule zu schicken brauchen.

**Der Kriegsausschuß
für Konsumenteninteressen für Hamburg,
Altona und Umgegend**

hielt am Montag eine Vertreterversammlung ab, in der zunächst die Milchversorgung besprochen wurde. Der Vorsitzende, Herr Ferd. Vietz, berichtete über die Eingabe, die der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen am 20. September an das Kriegsernährungsamt in Sachen der Milchversorgung gerichtet hat. In der Erwiderung wird hingewiesen auf die inzwischen erlassene Verordnung über den Verkehr mit Milch vom 3. Oktober. Redner bespricht diese Verordnung im einzelnen und kommt zu dem Ergebnis, daß darin zwei vom Kriegsausschuß aufgestellte wichtige Forderungen fehlen, und zwar

1. die allgemeine Festsetzung von Produzentenhöchstpreisen und
2. das Verbot der Selbstverbutterung.

Nach dem Gesetz vom 20. Juli 1916 über den Verkehr mit Speisefetten sei die gesamte Produktion der Molkereien an Butter beschlagnahmt. Als Molkereien gelten aber nur Betriebe, die täglich mehr als 50 Liter Milch verausgaben. Landwirte, die also bis zu 50 Liter Milch selbst verarbeiten, können nach diesem Gesetz noch frei über das Butterquantum verfügen. Das habe zur Folge, daß von den Landwirten weit weniger Milch an die Molkereien abgeliefert werde, als früher. Diesem Zustand könnte nur durch ein völliges Verbot der Selbstverbutterung ein Ende bereitet werden. Die Vertreterversammlung beschloß deshalb, erneut eine Eingabe an die Reichsfettstelle zu richten, in der das Verbot der Selbstverbutterung und die allgemeine Festsetzung von Produzentenhöchstpreisen gefordert wird.

In der Aussprache wurden noch viele Klagen laut über das Verhalten einiger Milchhändler, die Vollmilch an die feste Kundschaft abgeben, ohne Rücksicht zu nehmen auf die, die auf Grund der Milchkarte ein Vorrecht zum Milchbezug haben. Herr Professor Dr. Volz berichtete, daß die ganze Frage des städtischen Milchverkehrs augenblicklich überprüft würde und daß man erst die Wirkung der neuen behördlichen Bestimmung abwarten müsse.

Einen sehr breiten Raum in der Verhandlung nahm dann die Frage der

Kartoffelversorgung

ein. Wir sind nun bereits in der zweiten Hälfte Oktober, ohne daß es bisher möglich gewesen sei, den Tagesbedarf an Kartoffeln zu decken, ganz zu schweigen von der Einnahme des Winterbedarfs. Der Vorsitzende berichtete dann über die Reichstagsverhandlungen in dieser Angelegenheit sowie über die Maßnahmen der hamburgischen Behörde, Kartoffeln nach Hamburg hereinzubekommen. Es wurde ferner beschlossen, das Kriegsverorgungsamt in Hamburg zu ersuchen, soweit das irgendwie möglich ist, Nahrungsmittel, wie Mehl, Grieß, Graupen, Erbsen, heranzuschaffen, um für den Fall, daß zeitweise gar keine Kartoffeln vorhanden sind, diese Artikel als Ersatz zu geben.

19./X. 1916

Die Ernährungsfragen im Reichstagsauschuß.

Der Hauptauschuß des Reichstags begann heute die Beratung der Ernährungsfragen an Hand der Denkschrift der Regierung über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges. Berichterstatter Graf Westarp gab zunächst einen Ueberblick über die Entwicklung des Kriegsernährungsamtes, über die Zahl der nachgeordneten Behörden und der Beamten. Sodann besprach er die Tätigkeit der Preisprüfungsstellen, Wucherfälle und ihre Bestrafung. Zu erwägen sei, ob nicht die Strafgefangenen durch Arbeitszwang mehr als bisher für landwirtschaftliche Arbeiten verwendet werden könnten. Es müsse den Gründen nachgegangen werden, warum früher die Ernteanbaufläche höher geschätzt worden sei, als sich jetzt bei den Erhebungen tatsächlich ergeben habe. Viele Klagen seien gegen das Kriegsernährungsamt erhoben worden. Aber der Präsident habe in seiner Antrittsrede selbst davor gewarnt, die Erwartungen zu hoch zu spannen, da das Amt Lebensmittel nicht schaffen könne. Die ganze Lebensmittelversorgung lasse sich nicht ohne weiteres von einer Zentralstelle aus glatt regeln.

Das Zentrum legte hierauf einen Antrag vor, der den Reichsanzler ersucht, eine Statistik über die Zahl der beim Kriegsernährungsamt und den Kriegsgesellschaften beschäftigten Personen, über ihr Gehalt und ihre Konfession vorzulegen. Nach längerer Erörterung wurde der Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Fortschrittler angenommen.

Präsident des Kriegsernährungsamtes v. Batocki gab dann einen Rückblick auf die Entstehung des Amtes. Dessen Errichtung sei in eine sehr ungünstige Zeit gefallen, so daß die Wirtschaftspläne erst verspätet hätten herausgegeben werden können. Jetzt sei die Organisation abgeschlossen und die Beamtenschaft vollzählig. Das Kriegsernährungsamt habe Fühlung mit der öffentlichen Meinung gesucht und werde sich weiter mit ihr in enger Fühlung halten.

Präsident v. Batocki kam dann auf das System der öffentlichen Bewirtschaftung zu sprechen. Bei Kriegsausbruch habe man den freien Handel ruhig schalten lassen können; mit der Zeit aber habe an dessen Stelle die öffentliche Bewirtschaftung treten müssen. Dabei brauche man nicht gleich an Staatssozialismus zu denken. Habe man sich aber einmal entschlossen, das Ernährungswesen staatlich zu regeln, so müsse die Regelung möglichst lückenlos erfolgen. Bei Festsetzung der Höchstpreise sei Vorsicht am Platze, da unangebrachte Höchstpreise die Ware verdrängten. Ueber die Art der Erfassung und Bestrafung des Wuchers schwebten Erwägungen. Nicht jeder Schuhmann könne eingreifen, da er unmöglich alle Höchstpreise und Verordnungen im Kopfe haben könne. Vielleicht komme man dazu, bei Wucher nur die Verkäufer zu treffen.

Die gesamte landwirtschaftliche Erzeugung sei wunderbarerweise sehr hoch geblieben, trotzdem es an Arbeitskräften, Pferden usw. mangle. Um die Landwirtschaft zur Erzeugung anzureizen, müßten für die notwendigen Waren Preise von entsprechender Höhe angesetzt werden. Dagegen könnten weitergehende, auf Erhöhung der Höchstpreise hинzielende Forderungen mit Rücksicht auf die Verbraucher nicht bewilligt werden. Für die Landwirtschaft sei die Verteuerung der Futtermittel infolge zu später Preisregelung eine ernste Frage, die große Schwierigkeiten verursacht habe. Hier Besserung zu schaffen, werde versucht. Die Getreideversorgung durch die Reichsgetreidestelle verdiene alles Lob; auf diesem Gebiete sei Vorbildliches geschaffen worden. Die Fleischverteilung sei trotz entgegenstehender großer technischer Schwierigkeiten jetzt durchgeführt. Noch größere Schwierigkeiten ständen der Verteilung von Butter und Milch entgegen. Zu verhehlen sei nicht, daß wir uns trotz der jetzigen Regelung auf Rückschlüsse gefast machen müßten.

Das Kriegsernährungsamt habe stets Sachverständige zu den Beratungen zugezogen und immer versucht, die verschiedenartigen Interessen auszugleichen, wenn es auch nicht immer gelungen sei. Außerdem müsse die Ansicht der einzelnen Bundesstaaten gehört werden, weil ihnen die Ausführung der Verordnungen obliege und ohne ihre erspriechliche Mitarbeit die Tätigkeit des Kriegsernährungsamtes lahmgelegt würde. Mit dem Amte seien der preußische Minister des Innern und die Vertreter der Bundesstaaten in steter Fühlungnahme. Ebenso habe das Kriegsernährungsamt mit den Kommunalverbänden Fühlung gesucht; zu starke Eingriffe in das kommunale Wirtschaftsleben müßten aber vermieden werden, weil sonst Störungen die Folge wären. Mit Befehlen allein sei nichts zu machen.

Der alle Nahrungsmittel umfassende Wirtschaftspan sei bereits ausgearbeitet und werde baldigst vorgelegt werden. In den besetzten Gebieten solle ein einheitlicher Wirtschaftspan durchgeführt werden. Schließlich warnte der Präsident vor zu großem Optimismus, namentlich vor einer Ueberschätzung der Körnerernte. Genaue Durchführung der Verteilung werde uns über die Schwierigkeiten hinwegheilen.

Ein sozialdemokratischer Redner stimmte den letzten Ausführungen des Präsidenten von Batocki zu. Ihm erschien es zweifelhaft, ob der Spirituszentrale so hohe Zuschläge hätten gegeben werden müssen, zumal dadurch die Kartoffelpreise beeinflusst worden seien. Die Gerstenpreise seien zu hoch, sie ständen über dem Roggenpreis, und daher wandere vielfach Roggen in den Viehtrug. Seit Bestehen des Kriegsernährungsamtes sei kaum eine Gattung von Lebensmitteln im Preise herabgesetzt worden. Besonders die Fischpreise seien für die minderbemittelte Bevölkerung unerschwinglich hoch. Die Gemüse- und Obstregelung habe zu einem Fiasko geführt; gewisse Händler hätten dabei große Verdienste eingeheimst. Auch die Kommissionsgebühren der Viehhandelsverbände seien zu hoch. Deren Verwaltung und Ueberschuhwirtschaft sei verfehlt. Das Kriegsernährungsamt müsse versuchen, die Preise allmählich abzubauen, denn die jetzigen hohen Preise seien weder in den Produktionskosten noch in den notwendigen Handelskosten begründet. Konjunkturgewinne aber seien in Anbetracht der Leistungen des gesamten Volkes unmoralisch.

Präsident Batocki erwiderte, Spiritus dürfe nur noch in dem für das Heer unbedingt notwendigen Maße hergestellt werden. Die Aufrechterhaltung des bisherigen Gerstenkontingents hänge vom Erntergebnis ab, angesichts der in Bayern seit Jahrhunderten herrschenden Lebensgewohnheiten könnten stärkere Eingriffe in das bayerische Gerstenkontingent wohl kaum verantwortet werden. Die Kartoffelverladung habe in den letzten Wochen zugenommen, so daß die lokalen Schwierigkeiten im großen Ganzen als überwunden angesehen werden könnten. Die Preise für Hafer, Gerste und Wehlprodukte seien gesenkt worden und würden weiter gesenkt werden. Ebenso seien die Viehpreise abgemindert worden, wenn auch nicht so stark, wie er selbst es gewünscht hätte. Der an-

gesetzte Kartoffelpreis sei angesichts des diesjährigen Erntergebnisses und anderer Schwierigkeiten sehr wohl zu verantworten.

„Gegenstände des täglichen Bedarfs.“

Die Wünsche der Kleinhändler.

Mit der Frage „Was sind Gegenstände des täglichen Bedarfs?“ beschäftigte sich eine, vom Verband Berliner Spezialgeschäfte zu gestern abend nach dem Vereinshause Deutscher Ingenieure einberufene Versammlung von Vertretern Berliner Einzelhandelsverbände und Kleinhändler unter Vorsitz des Handelsrichters Heinrich Grünfeld von der Firma F. B. Grünfeld. Nach einleitenden Ausführungen des Generalsekretärs Dr. Leon Zeitlin und eingehender Beratung, an der auch ein Vertreter des Kriegswucheramts teilnahm, wurde eine Entscheidung angenommen, in der es heißt:

Bei voller Würdigung der Gesichtspunkte, die die Reichsbehörden veranlaßt haben, zum Schutze vor Uebertenerung beim Bezuge von Gegenständen des täglichen Bedarfs gesetzliche Bestimmungen zu erlassen, erheben die kaufmännischen und gewerblichen Kreise Bedenken, daß diese Bestimmungen Begriffe enthalten, für die es bisher an einer klaren Auslegung vollständig fehlt. Dies hat eine die Grundlagen des geschäftlichen Lebens gefährdende Rechtsunsicherheit zur Folge, denn kaufmännische Tätigkeit ist wirtschaftlich und moralisch nur unter der Voraussetzung möglich, daß die Absichten des Gesetzgebers in den Bestimmungen, deren Uebertretung mit Strafe bedroht wird, klar und deutlich zum Ausdruck gelangen. Die Versammlung erwartet, daß von zuständiger Stelle unter Hinzuziehung der beteiligten Kleinhandelskreise eine für die Rechtsprechung und die Verwaltungsbehörden maßgebende Auslegung der Begriffe „täglicher Bedarf“ bzw. „notwendiger Lebensbedarf“ erfolgt, und daß bei der Abgrenzung dieser Begriffe den tatsächlichen Verhältnissen der Bedarfsbefriedigung Rechnung getragen wird.

Die Erörterungen über das Warenumsatzsteuergesetz fanden ihren Abschluß in folgender Entscheidung.

Es entspricht der Absicht des Gesetzgebers, daß jede Liefererguppe den auf sie entfallenden Betrag der Warenumsatzsteuer selbst zu entrichten hat. Der Versuch verschiedener Liefererguppen, diesen Betrag durch einen deutlich erkennbaren Zuschlag bei neuen Lieferungen oder Angeboten auf ihre Abnehmer abzuwälzen, wird zurückgewiesen. Der Kleinhandel ist genötigt, an diesem Standpunkt festzuhalten, da er die Warenumsatzsteuer nicht durch Zuschläge vom laufenden Publikum erheben kann, und infolgedessen die Warenumsatzsteuer mindestens zweimal zu zahlen hätte. Von den Lieferanten wird die Berücksichtigung dieser Sachlage erhofft, andernfalls wird den Kleinhändlerverbänden empfohlen, die Zahlung der Zuschläge für die Warenumsatzsteuer abzulehnen und die Lieferanten auf etwaige Folgen einer derartigen Handlungsweise hinzuweisen.

Ein Musterbeispiel aktiver Stadtwirtschaft.

Im Wiener Rathaus betreibt man jetzt, im dreißigsten Kriegsmonat, die sogenannte Rationierung und in der „N. Fr. Pr.“ stellt sich Gemeinderat Schwarz-Siller in der dort üblichen Weise als Erfinder dieses Systems vor: „Die „Neue Freie Presse“ gewährte mir und meinen Zdeen Gastrecht... Es war das erstemal, daß ein strikter Rationierungsvorschlag der Öffentlichkeit zur Diskussion stand.“ Man meint offenbar, endlich das Ei des Kolumbus entdeckt zu haben, weil man auf ein durchaus mechanisches System der Verteilung voller Härten und Unbilligkeiten gestossen ist, das im besten Falle eine unvollkommene Nachahmung des anderwärts längst geübten Vorganges der Kundenverzeichnung ist.

Man darf sich nicht verführen lassen, in der blöhen Bürokratisierung der Verteilung wirklich aktive Verpflegungsfürsorge zu sehen. Um unseren Lesern einen Begriff zu machen, in welcher Weise sich andere Städte positiv betätigen und welche Erfolge sie sowohl in der Vorratsbeschaffung wie in der Preisbildung erzielen, bringen wir aus dem Bericht der „Frankfurter Zeitung“ vom letzten Sonntag auszugsweise einige Stellen über die Lebensmittelvorsorge der Stadt Straßburg:

Fleischversorgung. Sie war vor dem Kriege weniger zufriedenstellend als anderwärts, sowohl in der Beschaffenheit wie im Preise der Ware. Ein Fleischergewerbe in unserem Sinne gab es fast nicht. Die Metzger waren lediglich Fleischverlänger; den Vieheinlauf und das Schlachten der Tiere überließen sie den sogenannten Schlägern, die den Metzger das Fleisch lieferten und sich mit dem Zwischengewinn begnügten. Eingeweide und sonstige Schlachtabfälle gingen an die Kuttlmeister, die sie als Kuttlerware oder verarbeitet in den Verkehr brachten, eine Dreiteilung, die naturgemäß verteuern wirkte. Dem machte die Stadt ein Ende,

indem sie das zur Schlachtung bestimmte Vieh in eigener Regie schlachtete. Damit gewann die Stadt den maßgebenden Einfluß auf die Versorgung mit Fleisch und Fleischwaren, den sie in der Richtung geltend machte, einmal die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bevölkerungsmassen zu berücksichtigen und sodann für eine gleichmäßige und gerechte Verteilung der jeweils vorhandenen Fleischmengen zu sorgen. Die Kundenliste war in Straßburg schon in Wirklichkeit, als man anderswo den Gedanken erst zu überlegen begann. Die gesamte Einrichtung untersteht dem städtischen Fleischamt.

Die straffe Regelung der Fleischversorgung kommt natürlich auch in den Preisen zum Ausdruck. Städtisches Gefrierfleisch, das ebenso wie daraus hergestellte Rauch- und Wurstwaren nur an Personen mit einem Einkommen bis zu 2400 Mark abgegeben wird, kostet je nach Stück 1 bis 180 Mark, Rendenbraten ohne Knochen 230 Mark das Pfund, Rauchfleisch 140 Mark, gewöhnliche Leberwurst 140, Blutwurst 130, feine Leberwurst 2 Mark, Mettwurst 180 bis 220 Mark, roher Schinken 320, gelochter 360 Mark das Pfund. Kuttlerwaren werden von der Stadt, soweit sie sie nicht selber verarbeitet, in etwa fünfundsiebzig Geschäften an Personen mit einem Einkommen bis zu 1200 Mark abgegeben. Auch hier seien einige Preise genannt. Es kostet: das Pfund Junge 150 Mark, Lunge 40 Pfennig, Leber 1 Mark, Kopffleisch 80 Pfennig, Milz 35 Pfennig, aus Kuttlerware hergestellte Blutwurst 125, Leberwurst 125, Schwarzmagen 140 Mark. Die Mengen, die abgegeben werden, sind natürlich nach oben begrenzt, je nach der Belieferung mit Schlachtvieh aber auch kleiner als die festgesetzte Höchstmenge. Wie groß die zu verteilende Gesamtmenge aber auch sei, ein jeder hat Anspruch auf Lieferung. Die Metzger sind verpflichtet, unter allen Umständen jedem Haushalt die zustehende Wochenmenge zu liefern. Wenn ein Metzger angibt, daß er kein Fleisch besitzt, so sind diese Angaben unzutreffend. Das Fleischamt bittet um genaue Angabe, wenn eine derartige Verweigerung stattgefunden haben sollte. So heißt es in den regelmäßig erfolgenden Bekanntmachungen über die zu verteilende Wochenmenge.

Kolonialwaren. Ihre Verteilung regelt die „Straßburger Gesellschaft für Volksernährung“, die unter Führung der Stadtverwaltung errichtet worden ist und der sämtliche Lebensmittelgeschäfte der Stadt angeschlossen sind. Man hat dort die Geschäftsleute eben nicht demagogisch umgewandelt, sondern organisiert und kontrolliert. Sie werden mit Kolonialwaren aus den Beständen beliefert, die die Stadt bei Kriegsausbruch in sehr großen Mengen angeschafft hat. Da die Einkaufspreise verhältnismäßig niedrig waren, können die Waren auch jetzt noch zu Preisen abgegeben werden, die geradezu Meid erwecken. Wie für den Bezug von Fleisch, so muß jeder Haushalt auch für den Bezug dieser städtischen Kolonialwaren in einem bestimmten Geschäft eingeschrieben sein; denn nur so läßt sich eine wirksame Kontrolle ausüben und das Bezugsrecht jedes einzelnen sicherstellen. Jedes Geschäft erhält die auf Grund der bei ihm eingeschriebenen Zahl von Versorgungsberechtigten ihm zustehenden Mengen an Reis, Hülsenfrüchten, Teigwaren, kondensierter Milch u. s. w., und die Karte, früher das Lebensmittelbuch, bietet auch hier die Gewähr, daß die zugewiesene Ware nicht in unrechte Hände gelangt. Für Reis zahlt man in den Straßburger Kolonialwarenläden auf Grund der durch das Bürgermeisteramt festgesetzten Höchstpreise je nach Qualität 43 bis 60 Pfennig das Pfund, für Teigwaren 51 und 52 Pfennig, für Auszugsteigwaren 72 und 73 Pfennig, für Olivenöl 350, Rapsöl 305, feinstes Rapsöl 540 Mark der Liter. Auch hiebei werden die auf die Bezugskarte entfallenden Mengen öffentlich bekanntgegeben. Plakate mit einem Verzeichnis der Höchstpreise hängen in jedem Geschäft aus. Für alle bewirtschafteten Waren aber besteht das System des Kartenzuges und der Kundenliste.

Fische. Die Stadt hat alsbald nach Kriegsausbruch die lothringischen Fischteiche gepachtet und so die köstlichen Karpfen, die in Friedenszeiten die Hotelkafeln in Nancy und Paris zierten, der eigenen Bevölkerung für billiges Geld zugänglich gemacht.

Viehwirtschaft. Straßburg führt eine eigene umfangreiche Viehwirtschaft, die in ihrem wertvollsten Teil Schweizer Zucht enthält. Sie stellt aus unverbautem, bei den Schlachtungen gewonnenen Panseninhalt in Wege der Verarbeitung und unter Beimischung von Häfeln, Blut und etwas Zucker oder Salz einen Teil des benötigten Kraftfutters selber her.

Kartoffeln. Der Bericht stellt fest, daß eine Kartoffelnot in Straßburg in keinem Augenblick bestanden hat, weder als Knappheit noch als Ueberfluß. Der Ueberflusseschwemmung mit Frühkartoffeln und darauffolgender Ebbe ist die Stadt dadurch entgangen, daß sie in Voraussicht der auf Grund der Preisstapelung zu erwartenden Entwicklung ihre Kaufverträge unter Zugrundelegung des höchsten Preises tätigte und je nach Bedarf abrief. Die Kartoffelerzeuger hatten es auf diese Weise mit dem Ausmachen der Frühkartoffeln nicht so eilig wie ihre von der gleitenden Skala bedrohten Berufsgegner anderwärts, und die Straßburger Bürger hatten in keinem Augenblick zu viel oder zu wenig Kartoffeln. Auch für ihre Vergabe ist ein die Einkommensverhältnisse der Verbraucher berücksichtigender Preis — Abfindung nach drei Klassen — vorgesehen.

Diese Probe mag einstweilen genügen, um zu erweisen, daß sich eine umsichtige Stadtverwaltung nicht begnügen darf, den Bezug mechanisch zu regeln, daß sie auch positive Vorsorge für Vorrat und niedrige Preise treffen soll und auch treffen kann. Wir in Wien sollen im dreißigsten Monat glücklich zu einem städtischen Verteilungsmechanismus kommen, mit dem vorweg der Anfang zu machen gewesen wäre. Weil wir ihn verspätet schaffen, wählen wir natürlich in überstürzter Weise das rücksichtsloseste Zwangssystem. Wir glauben jetzt mit weniger Zwang das Auslangen natürlich nicht mehr finden zu können!

20. X. 1916

Die Ernährungsfrage in Rußland.

In Ergänzung des Aufsatzes von Herrn Geh. Reg.-Rat Mertens (Unt. Beil. vom Mittwoch, den 18. d. M.) dürften folgende russische Darstellungen nicht ohne Wert sein, die der Petersburger Zeitung „Djen“ entstammen. D. Schriftl.

Verfaulende Lebensmittel.

Die Gesundheitsbehörde der Kiewer Gouvernementsverwaltung hat himmelschreiende Zustände, welche ans Verbrecherische grenzen, in der städtischen Wirtschaft aufgedeckt. Es stellt sich heraus, daß der Stadt Hunderttausende von Pud (1 Pud gleich 40 Pfd.) für die Bevölkerung vorbereitete Lebensmittel verfault sind. Prof. A. M. Maltow verlangte Auskunft über 200 000 Pud Mehl, welche in den städtischen Speichern aufbewahrt wurden. Dieses Mehl ist verfault, und zwar so stark, daß es nicht einmal als Viehfutter verbraucht werden kann. Ebenso wurde auch ein sehr großer Vorrat von Fischen vernachlässigt und mußte vollständig vernichtet werden. Prof. W. K. Bindemann bestätigte die Anklagen des Prof. Maltow und sagte aus, daß die Besichtigung der städtischen Vorratspeicher einen fürchterlich niederdrückenden Eindruck auf ihn gemacht hat. Ein ungeheuer großer Vorrat von der Stadt gekauften Heues faulte in den Lagerräumen, während die Bevölkerung das kleinste Bißchen dringend nötig hatte. Wo gerade Platz, wurde das Mehl hingeworfen, faulte und verbreitete einen widerlichen Geruch. Ganze Säcke mit Salz verfeinerten wegen Feuchtigkeit. Es ergibt sich daraus folgende giftige Ironie: die Stadtverwaltung, welche der Bevölkerung die Lebensmittel verbilligen sollte, läßt in Wirklichkeit große Massen verderben, wodurch die ohnehin spärlichen Vorräte auf dem Markte verringert werden. In bezug hierauf beschloß die Kommission, eine beständige gesundheitliche Aufsichtsbehörde über die städtischen Lebensmittelvorräte einzurichten.

Mangel an Heizmaterial und an Schwarzbrot.

Zum Zweck der Beratung wegen Mangels an Heizmaterial fand eine Zusammenkunft der Gesundheitsbehörden und städtischen Sanitätsärzte statt. Es wurde festgestellt, daß im vorigen Jahre die Zufuhr an Holz nach Motala unter dem gewöhnlichen Maß war und ein großer Mangel an Holz vorauszusehen ist. Die Kommission faßte den Beschluß, das Kartensystem für den Holzverbrauch einzuführen, damit die Bevölkerung etwas Heizmaterial bekommt. (Alle Ofen werden mit Birken- und Eichenholz geheizt. Anm. des Uebersetzers.)

In Motala ist von neuem ein Mangel an Schwarzbrot eingetreten. Die Konsumgenossenschaften und verschiedene sanitäre Versorgungsanstalten wandten sich an die Stadtverwaltung mit

der Bitte um Freigabe des Schwarzbrottes aus den städtischen Bäckereien für den Verkauf an die Bevölkerung.

Die Petersburger Eiersendung.

Der Vorstand der Eierbörse brachte dem Bevollmächtigten der Lebensmittelverwaltung der Stadt P. zur Kenntnis, daß trotz der Anordnung der Versorgungsabteilung keine Eier nach P. kommen, weil die Kommissionäre auf den Einkaufspunkten die für P. bestimmte Ware wie vordem requirieren und sogar sich weigern, die Erlaubnis zum Versand nach P., wie von dem Bevollmächtigten bestimmt, zu geben. Augenblicklich ist der größte Teil der für Petersburg vorbereiteten Ware schon nach Archangelsk zur Ausfuhr nach Frankreich gebracht worden. Das Börsenkomitee trifft die strengsten Anordnungen, um doch den Rest der Eiersendung für die Hauptstadt zu retten.

Die Not des Dorfes.

Ich hatte schon mal Gelegenheit (in dem Blatt „Rußl. Wiedom.“) von der schweren wirtschaftlichen Lage zu sprechen, in der sich augenblicklich das russische Dorf befindet. Man kann diese Lage nicht anders als einen wirtschaftlichen Niedergang nennen und den unermesslichen Zusammenbruch voraussehen. Das rasche Abnehmen des Viehbestandes im Dorfe, die langsame, aber sichere Erschöpfung des Bodens mangels der Düngemittel, die wegen Fehlens der Arbeitskräfte vernachlässigten Felder, die räuberische Ausrautung des Waldes, dies alles verheißt dem Dorfe eine schwere Zukunft. Nun kommt zu diesen traurigen Ausichten noch die schlechte Lage der Bienenzucht hinzu. Einen ungünstigeren Sommer für die Bienen, als es der jetzige war, hatte es schon lange nicht gegeben. Aus allen Teilen Rußlands kommen sehr schlechte Nachrichten über die Bienenstände. Im Innern Rußlands haben die Bienen unter dem Frost und Regen gelitten, und im Kaukasus war das Jahr schlecht für sie wegen der großen andauernden Trockenheit. Die Bienenzüchter werden in diesem Jahre keinen Kopeten Reingewinn von ihren Bienenständen haben, trotz der unerhört hohen Preise für den Honig: statt wie gewöhnlich 20 Kopeten kostet der Honig jetzt bei uns 1,50 bis 1,70 Rbl. das Pfund.

Die Ernährungsfragen im Reichshaushalts-Ausschuß.

Der Reichshaushaltsausschuß setzte heute vormittag seine Beratungen über die Ernährungsfrage fort. Zur Feier der hundertsten Sitzung des Ausschusses in dieser Legislaturperiode, also seit Kriegsbeginn, ist der Platz des Vorsitzenden Dr. Spahn mit einem Blumenbuket geschmückt. Den Verhandlungen wohnten die Staatssekretäre Dr. Helfferich und der Präsident des Kriegsernährungsamts von Batocki bei.

Es sind zwei neue Anträge eingelaufen.

Ein fortschrittlicher Antrag bezweckt, den Preis für Rinder und Schafe erheblich herabzusetzen; die Verteilung der Kleie ausschließlich nach der Zahl der Milchkuhe vorzunehmen, den Höchstpreis für Hafer und Gerste — unter Gewährung eines angemessenen Zuschlags für Industrie- und Braugerste — auf den Preis für Roggen herabzusetzen und unverzüglich bekanntzugeben, daß im kommenden Erntejahr diese Preisgestaltung beibehalten wird; das Füttern des Wildes zu verbieten und einen ausreichenden Abschluß herbeizuführen, die Viehhandelsverbände zu verpflichten, Schweine aller Altersklassen, welche wegen Futtermangel nicht nutzbringend gefüttert werden können, baldmöglichst abzunehmen; die Zucht durch Ueberweisung von Futtermitteln für Zuchthäuen und Zuchteber und durch Uebernahme der Ferkel zu einem gesetzlichen Mindestpreise sicherzustellen.

Ein konservativer Antrag schlägt eine Anzahl von Resolutionen vor, von denen eine bei der Verteilung der Lieferungen von Heu für das Heer eine Berücksichtigung der Kopfzahl der Schafe fordert; eine andere die Lieferung von Futtermitteln für die Landwirte erstrebt, mit welchen Schweinemastverträge abgeschlossen werden. Eine dritte Resolution fordert Ausnahmebestimmungen von den Verordnungen über Hauschlachtungen, Kartoffelfütterung u. s. f. für die durch feindlichen Einfall beschädigten Grenzgebiete; eine vierte will die gerichtlichen Bestrafungen wegen Verstöße gegen die Ernährungsverordnungen auf die Fälle beschränken, in denen der Täter vorsätzlich und aus Gewinnlust gehandelt hat, während in anderen strafbaren Fällen nur Ordnungsstrafen zulässig sein sollen.

Ein sozialdemokratischer Redner führt aus: Die Erfahrung lehrt, daß nur durch die Zwangsorganisation der Lebensmittelversorgung die Volksernährung sichergestellt wird. Das beweist insbesondere die Geschichte der Kartoffelversorgung, bei der der Handel erst in diesem Jahre ausgeschaltet wurde, weil er versagt hatte.

Die heutigen Schwierigkeiten beruhen auf der ungünstigen Ernte, zum Teil sind sie bedingt durch spekulatives Eingreifen. Man ist genötigt gewesen, Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, um die Kartoffeln von den Produzenten herauszubringen. Auch der freihändige Ankauf von Heu für Heereszwecke fiucht, sodaß auch hier zum Zwangsverfahren gegriffen werden muß.

Gegen die Sonderinteressen der Produzenten und Händler.

Die Sonderinteressen schießen ins Kraut, das gilt auch von den Händlern. Man denke auch an die Mißstände des Kettenhandels. Die J. C. G. hat doch beträchtliche Erfolge aufzuweisen. Auch in einer Reihe von Gemeinden hat sich die Zwangswirtschaft bewährt. Niemand verlangt völlige Ausschaltung des Handels, aber er soll ein Organ der öffentlichen Organisation werden. Die allgemeine Rationierung muß streng durchgeführt werden. Warum schiebt man die Konsumvereine beiseite? Wie sollen die Massenmahlzeiten, die Fabrikläden u. s. f. durch das R. E. A. versorgt werden? Den größten Unwillen erregt die enorme Preissteigerung; sie ist, von einigen Ausnahmen abgesehen, höher als im Auslande. Dabei ist zu bedenken, daß wir unseren Bedarf doch mit unserer eigenen Produktion decken; so stark sind die Produktionskosten gestiegen. Ungeheuerlich ist die Preissteigerung für Seefische. Eine neu emporgesplossene Fischindustrie kauft alles auf. Wie denkt man dem entgegenzuwirken? Die Preise müssen heruntergedrückt werden, sonst kommen die Arbeiter nicht durch. Wir verlangen nähere Auskunft über die Kartoffelfrage. Für den menschlichen Verbrauch müssen auch Gerste und Hafer zur Verfügung gestellt werden. Zu diesem Zweck ist das Malzkontingent herabzusetzen. Das R. E. A.

hat unter Beiseiteschiebung der Beschlüsse des parlamentarischen Beirats das Kontingent auf 48 v. H. festgesetzt; dagegen protestieren wir. Die Herstellung von Trinktbranntwein müßte verboten werden.

Ernte Frostgefahr für die Kartoffeln.

Präsident v. Batocki: Die Frostgefahr ist ernst, doch läßt sich dagegen nichts machen. Die Minimumtemperatur ist an einigen Stellen auf minus 5 Grad gesunken. Die Regierungspräsidenten sind angehalten, auf strenge Durchführung der Verordnungen zu achten. In einzelnen Fällen findet allerdings noch eine Zurückhaltung der Kartoffeln statt. Die Spiritusproduktion ist auf ein Minimum reduziert, wir haben Melasse dazu bereitstellen müssen, so bedauerlich dies ist. Wir können den Alkoholgemuß nicht völlig unterbinden, ich warne vor zu radikalen Maßnahmen. Sulfitspirituss wird bereits hergestellt, es geht nur nicht so schnell, wie wir gerne möchten. Leider ist es nicht gelungen, die Fleisch- und Fettverteilung gleichmäßig zu gestalten, es wird jedoch in einigen Wochen besser werden. Gegen die Konsumvereine hat die Regierung nichts einzuwenden. Die Massenmahlzeiten werden weiter gefördert, Zwangsmassenmahlzeiten sind aber undurchführbar, weil sie dem Volksempfinden widersprechen. Natürlich müssen die Teilnehmer an Massenmahlzeiten sich das Quantum auf ihre Karten anrechnen lassen. Die Frage des Gerstenkontingents ist bereits gestern aufgeklärt, wir werden unter 48 v. H. heruntergehen müssen, aber der endgültige Satz läßt sich heute noch nicht bestimmen.

Die Sterblichkeit im Kriege.

Staatssekretär Dr. Helfferich gibt Zahlenmaterial über die Sterblichkeit der Bevölkerung während des Krieges. Es starben im Jahre:

Jahr	1911	1912	1913	1914	1915	1916 (1. Halbj.)
auf 1000 Lebende:	16,3	14,6	14,0	16,1	19,7	17,0

Militärpersonen sind in diesen Zahlen einbezogen. Die Säuglingssterblichkeit betrug auf 100 Neugeborene 18,9 (1911), 14,1 (1912), 14,1 (1913), 15,6 (1914), 14,5 (1915), 12,9 (1916).

Der Prozentsatz der gestorbenen Kinder unter sämtlichen Sterbefällen beträgt 29,7 (1911), 24,6 (1912), 24,8 (1913), 22,7 (1914), 13,4 (1915), 16,5 (1916).

Ein Vertreter der Soz. Arbeitsgemeinschaft meint, daß die Unstimmigkeiten auf dem Ernährungsmarkt zum Teil daher rührten, daß die Heeresverwaltung die Höchstpreise überschreite. Die Ausfuhrverbote seien widersinnig. Man müsse alles, was an Nahrungsmitteln vorhanden ist, durchweg rationieren; vielfach werde zu spät eingeschritten. Das R. E. A. arbeitet zu langsam. Was von der Fischindustrie gesagt wurde, gelte auch für Obst und Gemüse. Der Begriff „Schwerarbeiter“ müsse verschwinden, denn die Gemeinden müßten damit nichts anzufangen. Niemand, der beruflich von früh bis abends von Hause weg ist, käme mit der Brotration aus. Die Gemeinden müssen einen eisernen Bestand an Kartoffeln einlagern. An Arbeitskräften für die Kartoffelernte fehle es nicht überall. Städtische Schulkinder dürfen auf keinen Fall herangezogen werden, die Gefahren in moralischer und gesundheitlicher Beziehung seien zu groß. Die Militärverwaltung müsse Gespanne und Soldaten stellen, auch zur Abfuhr in den Großstädten. Die Preise der Lebensmittel ständen untereinander nicht im Einklang. Schon jetzt müsse Vorsorge für die Ernährung des Jahres getroffen werden. Ohne Regelung der landwirtschaftlichen Produktion sei nicht auszukommen.

Volkszählung am 1. Dezember.

Präsident im Kriegsernährungsamt v. Batocki teilt mit, daß am 1. Dezember eine einfache Volkszählung stattfinden solle. — Die Frage der Schwerarbeiter werde demnächst ihre Regelung finden. Unser Bestand an schlachtreifen Kindern sei relativ gering. Städtische Schulkinder würden nicht zur Kartoffelernte verwendet.

20. IX. 1916

Die Mängel der Kriegswirtschaft.

In der Debatte betonte ein fortschrittlicher Abgeordneter, daß die bisherige Kriegswirtschaft wenig Freunde sich erworben habe; das liege aber nicht allein am Kriegsernährungsamt, sondern zum Teil an den Kriegsverhältnissen. Ohne Zwischenhandel gehe es nicht, das sei erwiesen. Die bürokratische Organisation sollte durch die Organisation des Großhandels ersetzt werden. Die vielen Verordnungen hätten verwirrend gewirkt, insbesondere die Eingriffe in die Futterrübenherzeugung. Die wenig gleichmäßige Verteilung der Nahrungsmittel in die einzelnen Bezirke schaffe Verbitterung. In großen Städten sei nicht der Arbeiter, der Zuschußkarten erhalte, am schlechtesten daran, sondern andere Kreise litten unter größeren Ernährungsschwierigkeiten.

Ein Mitglied der Deutschen Fraktion erkannte die Notwendigkeit einer Organisation, wie sie das Kriegsernährungsamt ist, an.

Ein Vorstandsmitglied des Kriegsernährungsamtes erklärte, für die Beurteilung der Frage, ob der Rübenbau zu fördern sei, sei der preussische Landwirtschaftsminister zuständig. Eine Einschränkung des Rübenbaus sei nicht verfügt worden. Vielmehr sei, und zwar aus praktischen Gründen, sowie auf Grund des Mangels an Arbeitskräften, nur bestimmt worden, daß nicht

mehr als 75 Prozent der gesamten Anbaufläche eines Rübenbauers mit Rüben bestellt werden sollten.

General v. Dren legte die Ernährungsverhältnisse in den besetzten Gebieten Nordfrankreichs dar und betonte, daß dort die Verpflegung durchaus rationiert sei und die Sätze nicht höher seien als bei uns.

Gegen Zentralisierung der Lebensmittelverteilung.

Ein Zentrumsredner wies die Angriffe auf die bayerische Gerstenkontingentierung zurück. Die Kontingentierung sei in Bayern die gleiche wie in Preußen, nur hätten die bayerischen Brauer durch besseres Zusammenarbeiten mit der Landwirtschaft die auf sie entfallende Gerste erhalten, während das bei den norddeutschen Brauereien nicht der Fall sei. Der Unterschied liege also mehr in der Organisation als in einer Bevorzugung Bayerns. Dem Verlangen des fortschrittlichen Redners auf Organisation der Lebensmittelverteilung durch den Großhandel könne er nicht beistimmen. Vielmehr solle die bisherige Organisation belassen werden. Im ganzen Reiche alles zentral zu regeln, sei unmöglich. Deshalb könne er auch nicht billigen, daß der Sitz aller Zentralstellen Berlin sei. Dadurch seien die Bundesstaaten in vielen Fragen ausgeschaltet und gut wirkende Organisationen in Süddeutschland seien einseitig aufgelöst. Hierauf sei die Mißstimmung in den Bundesstaaten zu einem großen Teile zurückzuführen. Ueber den Kopf der bundesstaatlichen Zentralstellen hinweg sollten Verfügungen nicht erlassen werden.

Ein fortschrittlicher Redner pflichtete zunächst den Ausführungen des Vorredners über Nichtanhörung des parlamentarischen Beirats bei. Sodann kam er auf die Schwierigkeiten zu sprechen, deren Angelpunkt in der Viehwirtschaft liege. Man solle doch endlich von dem Fanatismus der Zahlen abgehen und den Viehbestand nach den vorhandenen Futtermitteln einrichten. Nur so werde eine ausreichende Fütterung ermöglicht und damit große Rugerträge an Fleisch, Fett und Milch erzielt. Der Rindviehbestand sei jetzt höher als 1912; damals habe er 20 982 000 Stück betragen, und jetzt seien 400 000 Stück mehr vorhanden. Die unterschiedlichen Preise für Hafer, Gerste und Brotgetreide müßten beseitigt werden, da sie zum Verfüttern des Brotgetreides anreizten. Die Haltung von sogenannten Pensfischweinen sei ein Unfug, weil dadurch viel Futter vergeudet werde.

Berlin als Zentrale.

Der Präsident v. Batocki betont, daß die Kriegsgesellschaften aus Gründen des Zusammenarbeitens in Berlin bleiben müssen. Die Verordnung betreffend Obst und Zwetschen sei eilig gewesen, man habe den Beirat nicht vorher hören können, sonst wären Beschwerden über Versäumnis gekommen. Die menschliche Ernährung müsse vorgehen. Die jetzigen Rindviehbestände ließen sich durchhalten. Bei den Schweinen dürfe eine Zunahme nicht eintreten. Eine Abminderung des Preises sei zu erwarten. Ein radikales Eingreifen zur Verminderung des Schweinebestandes sei nicht beabsichtigt.

Ein nationalliberaler Redner stimmt den Ansichten des Präsidenten von Batocki bei. Man dürfe über die Schweinepreise nicht herabsehen, andernfalls werde die Produktionslust geschwächt. An anderen Stellen, z. B. beim Obst, seien die Preise unnatürlich hoch. Warum habe man die Wildpreise so exorbitant erhöht? Ein Produktionszwang in der Landwirtschaft sei undurchführbar und volkswirtschaftlich bedenklich. Der Redner bedauert, daß nicht Gebrauch gemacht werde von der Sachkunde eines Mannes wie Dr. Heim, dem die Verhältnisse der bäuerlichen Besther außerordentlich bekannt sind.

Herr von Batocki erwidert, daß ein Vertreter bäuerlicher Interessen bereits in der Person des Herrn Säger dem Vorstand des R. E. A. angehöre. Er lehne es ab, darüber zu diskutieren, ob Herr Dr. Heim sich besser eigne.

Ein konservativer Redner hält die Aufhebung des geltenden Systems für unmöglich, aber bewährt habe es sich nicht unbedingt. Die Ausschaltung des Kartoffelhandels sei ein Fehler gewesen, von dem manche Mißstände herrührten.

Darauf werden die Verhandlungen auf Freitag vormittag vertagt.

20.7.1916

Eine neue Frauenvereinigung.**Gründungsversammlung des Vereins der deutschen Hausfrauen Oesterreichs.**

In der letzten Generalversammlung der „Rohö“, im Sommer dieses Jahres, wurde, wie damals berichtet, zum erstenmal der Wunsch nach einem auf deutsch-völkischen Grundsätzen beruhenden Zusammenschluß von einem Teil der Frauen öffentlich ausgesprochen. Die deutschen Frauen, insofern sie die völkische Richtung betont wissen wollten, schlossen sich daraufhin zu einem „Verein der deutschen Frauen Oesterreichs“ zusammen, dessen gründende Versammlung gestern im Saal des Ingenieur- und Architektenvereins in der Eschenbachgasse unter so außerordentlich starker Beteiligung stattfand, daß sich der Raum als viel zu klein erwies und eine zweite Versammlung in den Klubräumen des Café Pahr angelegt werden mußte.

Es hatten sich eingefunden: Die Abgeordneten A. S. Wolf, Dr. Groß, Pacher, Wedra, Dr. Freißler, Jessen, Kittinger und Waber, die Bezirksräte Schwarzinger und Windholz, vom Deutschen Volksrat Dr. Klettler und Dr. Hoppe; ferner waren vertreten: Der Deutschnationaler Verein für Oesterreich, der Bund der Deutschen Niederösterreichs, der Verein deutscher Postler Oesterreichs, der Verein der deutsch-österreichischen Eisenbahnbeamten, die „Südmart“, „Nordmart“, der Deutsch-österreichische Bund der Festbesoldeten, der Deutsche Handlungsgehilfenverband, Arbeiterverband, Verein deutscher Pharmazeuten usw. Den Vorsitz übernahm Frau Dr. Hoppe.

Frau Elvira Kott erstattete den Gründungsbericht, in dem sie die tieferen Ursachen klarlegte, die zu dem Zusammenschluß der deutschen Hausfrauen führten. Die Vorarbeiten, sagte die Rednerin, waren langwierig und mühevoll, aber von Erfolg gekrönt; alle deutschen Parteien sind für den Verein eingetreten, aus allen Gauen Oesterreichs kamen Zustimmungsschreiben. Es ist in mancher Beziehung heute der schlechteste Augenblick für eine Vereinsgründung, in anderer Hinsicht aber auch wieder der beste, denn die dabei mithelfen, werden sagen können, daß sie für die deutschen Hausfrauen eingetreten sind, als es am schwersten war, und „Was in Not geboren, das ist nicht verloren!“ Das Rathaus, an der Spitze Bürgermeister Dr. Weiskirchner, steht dem Verein sehr wohlwollend gegenüber, mit dem Bund der deutschen Städte Oesterreichs wurde eine innige Verbindung hergestellt.

Die Organisation — sagte der Redner — ist vollendet und es wird möglich sein, die wirtschaftlichen Angelegenheiten so zu regeln, daß keine Störung eintritt. An einem Tag werden die geraden, am anderen die ungeraden Nummern an die Reihe kommen, nötigenfalls wird auch eine Unterteilung nach Bezirken erfolgen. Die Mitglieder werden Tag und Stunde ihres Einkaufes im voraus genau wissen und zu diesem Zeitpunkt zuversichtlich das Gewünschte erhalten. Neben dieser Organisation der Verbraucher wird noch eine zweite geschaffen: die der Erzeuger auf dem Lande. Neben ihnen wird der Verein nur den Kaufmann als Verteilungsapparat gelten lassen; alle übrigen Zwischenglieder aber, die heute die Wucherpreise verursachen, sollen ausgeschaltet werden. Die Rednerin schloß ihre mit lautem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit dem Wunsche, die Frauen mögen felsenfestes Vertrauen zu einander haben, damit jede einzelne zugunsten aller der schwereren Aufgaben gerecht werden kann, die ihr bevorstehen.

Nunmehr sprach Abg. Dr. Groß namens des deutschen Nationalverbandes von der Umwandlung, die der Krieg auf dem Gebiete der Frauenberufe mit sich gebracht habe. Während ihnen früher nur wenige Berufe offenstanden, haben sie sich jetzt in vielen, die früher den Männern vorbehalten waren, bestens bewährt. Aber auch der Hauptberuf der Frau, der Hausfrauenberuf, ist unendlich erschwert worden, und was die Frauen auf diesem Gebiet leisten, ist nicht minder bedeutungsvoll und bewundernswert als die Taten der Soldaten im Schützengraben. Wenn sich heute die deutschen Frauen zusammenschließen, so geschieht es, um jeder einzelnen ihre harte Aufgabe zu erleichtern. Daß diese Vereinigung sich auf völkischer Grundlage erhebt, ist mit Freuden zu begrüßen, denn die Frauen, die sich in vielen nationalen Körperschaften bereits bewährt haben, werden auch hier dem Deutschtum nützen. „Ich begrüße Sie alle,“ schloß der Redner, „als Mitarbeiterinnen und Mitstreiterinnen für die Sache unseres Volkes.“

Gewählt wurden zur Vorsitzenden Frau Marie Emmer, zu Stellvertreterinnen Frau Doktor Hoppe und Frau Berta Pacher und zur Geschäftsführerin Frau Elvira Kott.

Mit den Wahlen in den Vorstand schloß die gründende Versammlung, die dem jungen Verein eine große Zahl von Mitgliedern brachte.

20. X. 1916

Die Lebensmittelversorgung.**Beratungen der Obmännerkonferenz.**

In der am 18. d. unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner abgehaltenen Obmännerkonferenz der Gemeinderatsparteien wurde das Referat des Magistratsrates Dr. Jamöck über die Schaffung einer behördlichen Lebensmittel-Zentralabgabestelle in Beratung gezogen. Der Zweck dieser durch die Obmännerkonferenz von der Regierung verlangten Stelle soll der sein, die Gemeinde jeweils in Kenntnis zu setzen, wieviel Vorrat an Lebensmitteln vorhanden ist, wer mit diesen beteiligt wird und wie hoch das Zuteilungsquantum für jeden einzelnen sei. In diese Lebensmittel-Zentralabgabestelle, an deren Spitze ein Ministerialvertreter des Ernährungsamtes stehen wird, soll die Statthalterei, die Polizei und die Gemeinde Wien je einen oder zwei Vertreter entsenden. Auch je einen oder zwei Vertreter der direkt Belieferten und der übrigen Konsumenten, ferner Vertreter der Zentralen (Kriegsgetreidegesellschaft, Kaffee-, Zucker- und Fettzentrale) sollen in dieser Kommission vertreten sein. Die Kommission soll nicht bindende Beschlüsse fassen können, sondern stets soll die Entscheidung dem Ministerium vorbehalten bleiben.

In der Debatte über diesen Gegenstand bemängelten die Gemeinderäte Neumann und Skaret den engen Wirkungsbereich dieser Kommission, und Gemeinderat Skaret verlangte überdies, daß in diese mehrere Vertreter der Gemeinde Wien entsendet werden sollen; weiter sprach er den Wunsch aus, daß die Kommission auf die Verteilung der Lebensmittel sich beziehende bindende Beschlüsse fassen könne. Bürgermeister Dr. Weiskirchner fasste das Ergebnis der Debatte zusammen, nach dem die Obmännerkonferenz die Entsendung von drei Mitgliedern der Gemeinde in die Kommission fordert und weiter eine Erweiterung des Wirkungsbereiches der Lebensmittel-Zentralabgabestelle in der Richtung wünscht, daß ihr nicht bloß eine Uebersicht über den Lebensmittelmarkt, sondern auch ein Kontroll- und Verfügungsrecht eingeräumt werde.

Die Eierversorgung.

Die Obmännerkonferenz beschäftigte sich hierauf auf Anregung des Gemeinderates Steiner mit den geradezu unhaltbaren Zuständen auf dem Eiermarkt. Nach einer Debatte, an der sich die Gemeinderäte Dr. Hein, Neumann, Leitner und Marktamtsdirektor Bauer beteiligten, gelangte die Obmännerkonferenz zu dem Beschluß, vom Magistrat einen Bericht abzuverlangen, ob nicht eine Zentralisierung des Eiergeschäftes in Wien, die Einführung der Fütterungspflicht für Eier und die Einführung einer Eierkarte zweckmäßig erscheine. Auch solle abermals die von der Regierung seitens der Gemeinde bereits verlangte Beschlagnahme der in Wien eingelagerten konservierten Eier, über welche Eingabe bis heute keine Erledigung erfolgt ist, urgirt sowie die Behebung der für die Eierausfuhr aus Galizien bestehenden Schwierigkeiten verlangt werden.

Maßnahmen gegen das Anstellen.

Magistratsrat Dr. Jamöck berichtete hierauf über einen Erlaß des Ministeriums des Innern, durch den der Magistrat beauftragt wird, verschiedene Maßnahmen gegen das Anstellen bei den Lebensmittelverkäufern in Angriff zu nehmen. Ueber die in diesem Erlaß enthaltenen Vorschläge gelangte die Obmännerkonferenz zu folgenden Beschlüssen:

Die Forderung der Regierung nach einer vorübergehenden Bereitstellung größerer gedeckter Lokalitäten, in denen die Angestellten vor den Unbilden der Witterung geschützt werden, muß mit Rücksicht auf die gegebenen Verhältnisse als kaum durchführbar und bedenklich erklärt werden.

Der Anregung bezüglich der fahrbaren Verkaufsstände für Lebensmittel kann wegen ungenügenden Fuhrwerks und aus anderen triftigen Gründen nicht nähergetreten werden.

Der Vorschlag, zur Deckung des Bedarfes an Lebensmitteln für die einzelnen Haushaltungen Schulkinder zu verwenden, wird dem Bezirkschulrat zur Begutachtung vorgelegt.

Die Polizeidirektion ist zu ersuchen, daß die Wachenleute behufs Abkürzung des Anstellens und Verminderung der Zahl der bei den Lebensmittelverkäufern Angestellten dahin angeleitet werden, daß sie die Geschäftsinhaber befragen, wie groß der vorhandene Vorrat ist und bei gleicher Dosierung desselben für jeden Angestellten gleich darauf aufmerksam machen, daß nur bis zu einer bestimmten Reihe der Angestellten Ware vorhanden ist und die übrigen sich daher entfernen wollen, um irgendwo anders eventuell ihren Bedarf decken zu können.

Mangelhaftes Pferdefutter.

Bizebürgermeister Hierhammer teilte mit, daß ihm seitens der Fuhrwerksbesitzer zahlreiche Klagen über das von der Futtermittelzentrale ihnen zugewiesene Pferdefutter zugekommen seien, und legte eine Probe dieses Pferdefuttermittels vor, die auf Verfügung des Bürgermeisters durch den Magistrat der Lebensmitteluntersuchungsanstalt zur Begutachtung einzusenden ist.

Höchstpreise für Wein.

Auf Anregung des Gemeinderates Steiner beauftragte der Bürgermeister den Magistrat, ein Gutachten über die Erstellung von Höchstpreisen für Wein abzugeben.

Einschränkungen der Broterzeugung.

Gemeinderat Neumann führte darüber Beschwerde, daß in den letzten Tagen bei vielen Kleinbäckern fast kein Brot zu erhalten war und bei einzelnen Bäckern Backtage, und zwar nur zwei oder drei in der Woche, eingeführt worden seien. Magistratssekretär Dr. Hoffkopf teilte hierzu mit, daß durch die direkte Dotierung des

Kriegsverbandes, der Konsumvereine und Konsumentenorganisationen seitens der Kriegsgetreidegesellschaft das auf die Gemeinde entfallende Kontingent von zirka 200 Waggons pro Woche um zirka 27 Waggons gekürzt werde, wodurch die Dotierung der Kleinbäcker im bisherigen Maße unmöglich werde. Trotzdem das Ministerium des Innern auf diesen Umstand wiederholt aufmerksam gemacht worden sei, sei eine Aenderung nicht erfolgt.

20. X. 1916

Ernährungsfragen.

Um der Knappheit in Butter und Eier entgegenzuwirken, ist das Ernährungsamt im Begriffe die in den Überschußständen über den eigenen Bedarf erzeugten Mengen dieser Lebensmittel für eigene Verfügung zu beschlagnahmen. In Oberösterreich wurde dies bereits durchgeführt und den dortigen Überschuß hat das Ernährungsamt der Gemeinde Wien zur Verfügung gestellt.

Die Beschlagnahme von Kälbern zugunsten des Wiener Marktes stoßt in der Provinz auf große Schwierigkeiten. Die Provinzen geben nur ungerne Kälber ab und es wird behauptet, daß Kalbfleisch vielfach von Landfleischhauern zu Würsten verarbeitet werde, als Ersatz für das nicht ausreichend vorhandene Stierfleisch.

Der Wiener Kälbermarkt ist jetzt vollständig nach den Absichten der Regierung geregelt. Die Viehverwertungs-Gesellschaft bringt die Zufuhren ein und übergibt sie dem aus allen Kommissionären des Kälbermarktes gebildeten Syndikate. Dieses muß zunächst die Spitäler versorgen und erst was übrig bleibt wird auf dem Stechviehmarke feilgehalten. Viel ist es nicht und darum raufen seit zwei Wochen die Ladenfleischhauer mit den Parteien der Großmarkthalle um die Kälber und jede Seite findet, daß die andere übermäßig begünstigt sei. In der Zufuhr ungarischer Schweine steht eine Stockung bevor. Augenblicklich werden in Ungarn für Wien bestimmte Schweine wenig verladen und die Händler befürchten, daß der Wiener Markt auf Zufuhren in der bisherigen Stärke nicht mehr rechnen kann. Bekanntlich wurden in der Woche vom 10. bis zum 17. d. M. über 7000 Fettschweine zugeführt. Wenn man die durchschnittliche Fettausbeute eines Fettschweines nur mit 60 Kilogramm annimmt, so ergibt sich ja als gesamte Fettausbeute eine Menge von 420.000 Kilogramm, welche den Fettbezug von 2.800.000 Personen zu decken genügt, selbst ohne Butter und ohne Kindsfett. Wohin kommt diese Fettmenge?

Man kann die Wahrnehmung machen, daß zurzeit die Beschaffenheit des Brotes bei verschiedenen Erzeugern sehr verschieden ist. Der Mangel jeglichen Mehlvorrates hat zur Folge, daß die Kriegs-Getreideverkehrsanstalt ausgeben muß, was sie gerade hat und so bekommt mancher Erzeuger ausschließlich Roggenmehl, während andere mit sehr großen Teilen von Erbsenmehlen arbeiten müssen. Die Bäcker sind im Begriffe eine Gewerkschaft zur Broterzeugung zu bilden, doch wird diese vornehmlich den Zweck haben, einige Brotlieferungen an die kürzlich errichteten Lebensmittelabgaben der Fabriken den Bäckern zu verschaffen.

Auf Grund der Verordnungen, daß ein Teil der Jagdbeute an behördlich bestimmte Übernahmstellen abgegeben werden müsse, ist gestern in der Großmarkthalle, welche zur Wiener Übernahmestelle erklärt wurde, die erste Sendung, bestehend in 200 Hasen von der Dreherischen Güterdirektion eingetroffen.

Gestern Nachmittags fragten in der Viktualienhalle viele Verbraucherinnen nach russisch-polnischen Eiern und waren schwer abzuweisen, da sie der Mitteilung, daß diese billigen Eier nicht vorhanden seien, keinen Glauben schenkten. Mit Unrecht. Russisch-polnische Eier, deren Ankunft der „Abend“ rechtzeitig zu melden bemüht ist, sind schon seit fast zwei Wochen nicht eingelangt. Man darf russisch-polnische und galizische Eier nicht gleichstellen, denn letztere kosten 30 h, sind also nicht billig.

Die deutschen Hausfrauen.

„Mit vereinten Kräften.“

Es wird berichtet, daß gestern die Gründungsversammlung eines Verbandes der deutschen Hausfrauen in Österreich stattgefunden hat, zu der sich angeblich ungefähr tausend Frauen eingefunden hatten. Der Versammlung wohnten Abgeordnete der verschiedenen völkischen Schattierungen und der christlichsozialen Partei bei. Namens der Abgeordneten der deutschen Partei und insbesondere des deutschen Nationalverbandes soll der Abgeordnete Dr. Groß der neuen, auf völkischer Grundlage aufgebauten Frauen-Organisation die wärmste Unterstützung zugesagt haben.

Damit ist ein Streit, der schon lange in den vier Wänden des Sitzungszimmers spielte; vor die Öffentlichkeit getragen und unterwirft sich ihrer Kritik. Die Gründung geht von Frauen aus, die früher der „Kohö“ angehörten; dies gilt unseres Wissens insbesondere von der Wort- und Geschäftsführerin Frau Elvira Rott, die erst unlängst und wie es scheint, ad hoc, ihr deutsch-völkisches Herz entdeckt hat. Man mag über den Streit zwischen den Damen, die der „Kohö“ treu geblieben sind und denen, die die Secession auf den Heiligen Berg der völkischen Grundlage vollzogen haben, denken, wie man will, jedenfalls bedeutet es eine vollständige Abjage an die unerläßlichsten Grundsätze des Genossenschaftswesens, wenn man in Zeiten wie diese, Spaltung in eine wirtschaftliche Organisation trägt und sie dadurch schwächt oder mindestens dieser Gefahr aussetzt. Man hungert nicht völkisch, der leere Magen empfindet Unlustgefühle, die mit nationaler Politik nichts zu tun haben, und niemand weist einen Sack Erdäpfel zurück, weil sie tschechischer Abstammung sind. Die Männer beginnen dies immer mehr und mehr einzusehen und vereinigen sich zu Verbänden, die in wirtschaftlichen Fragen alles Trennende beiseite zu lassen suchen. Es ist sehr beklagenswert, daß die Frauen jetzt ein schlimmes Beispiel geben; bisher waren sie es, die den Männern vorwarfen, daß sie der Politik zu Liebe die Wirtschaft vernachlässigten. Nun scheint das Umgekehrte auf die Tagesordnung zu kommen.

Mag man auch nicht mit Allem und Jedem, daß die „Kohö“ unternimmt, einverstanden, so wäre es doch unbillig, nicht anzuerkennen, daß sie in Fragen der Versorgung von Lebensmitteln viele gute und manche ausgezeichnete Anregungen gegeben und mit großer Tatkraft für ihre Mitglieder gewirkt hat. Es ist sicherlich grober Undank gegen die „Kohö“ und ein schlimmer Verrat gerade an den deutschen Hausfrauen in Österreich, wenn man nun die Eintracht stört. Wir wissen nicht, was der eigentliche Beweggrund ist und es ist auch gleichgültig; sei es nun lange schlummernder Ehrgeiz oder plötzlich erwachtes völkisches Empfinden: auf jeden Fall wäre es angemessen gewesen, auf die Befriedigung seiner Wünsche noch ein wenig zu warten. Es scheint uns auch, daß die Frauen jetzt im Allgemeinen dringendere Sorgen haben, als das Deutschtum durch eine Vereinsgründung zu retten. Außerordentlich bedauerlich ist es auch, daß Herr Dr. Groß nicht den Mut aufgebracht hat, dies den Damen zu sagen, denn anzunehmen, daß er nicht durchschaut habe, was hier vorgeht, so unhöflich wollen wir nicht sein.

Papier und Leben.

Das neue Ernährungsamt ist konstituiert und hat seine Tätigkeit bereits aufgenommen. Dabei soll, wie man hört, der Abstellung der im Lebensmittelhandel beobachteten Mißstände besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden, und ein sorgfältig ausgestalteter Ueberwachungsdienst wird dafür sorgen, daß die auf diesem Gebiete erlassenen Verordnungen zu genauer Durchführung gelangen. Von allen guten Verheißungen, die sich an das neue Amt knüpfen, wird keine einen so freudigen Widerhall finden wie diese: daß nunmehr mit der Durchführung der Verordnungen Ernst gemacht werden soll. Denn gerade an diesem Ernst hat man bisher einigermaßen gezweifelt. Die Zahl der Verordnungen über Angelegenheiten des Volksernährungswezens ist Legion, die Fruchtbarkeit der behördlichen Verordnungsgewalt hat während der Kriegszeit nichts zu wünschen übrig gelassen. Aber die wirtschaftlichen und sozialen Uebel, gegen die diese Papiermassen mobilisiert wurden, erwiesen sich leider von äußerst zähem Beharrungsvermögen. Es soll in Oesterreich schon vor dem Kriege vorgekommen sein, daß mitunter Gesetze und Verordnungen keine andere Wirkung hatten, als die Druck- und Papierkosten des betreffenden Rechnungssressorts zu vermehren. Doch war das damals verhältnismäßig unschädlich, weil von dieser Wirkungslosigkeit zumeist nur ein kleiner Kreis von Interessenten und Eingeweihten etwas merkte. Die Verordnungen aber, die in Er-

gegeben fühlte — diese Gefahr war zu einleuchtend, als daß die öffentliche Gewalt davor die Augen hätte verschließen können. Das Ernährungsamt wurde geschaffen, um alle Hilfsmittel der Staatsgewalt auf diese wichtigste Aufgabe der Kriegswirtschaft zu konzentrieren. Wenn nun endlich die nötigen Kräfte bereitstehen, um die schöne Verordnungstheorie, die wir bisher kennen lernten, zu erfreulicher Praxis reifen zu lassen, wenn wir all die papierernen Vorschriften nunmehr zu energischer Ausführung werden gelangen sehen, dann werden nicht nur die Verordnungen, dann wird auch das Vertrauen der Bevölkerung zu neuem Leben gewedt sein.

nährungsfragen zur Kriegszeit ergingen, waren ganz anderer Natur; sie betrafen Angelegenheiten von allgemeinstem Volksinteresse, sie waren dazu bestimmt, zur Kenntnis der Massen zu gelangen, und sie erregten durch ihre stets wohlgemeinten Vorschriften in weiten Kreisen die angenehmsten Hoffnungen. Wenn nun Verordnungen solcher Art das Schicksal hatten, auf dem Papier zu bleiben, statt lebendig ins Wirtschaftsleben hineinzuwirken, so war das keine gleichgültige Sache. An dem aufrichtigen Willen der verordnenden Behörden, Besserung und einen befriedigenden Zustand zu schaffen, war selbstverständlich in keinem Falle zu zweifeln. In den meisten Fällen waren auch die Uebelstände, um die es sich handelte, klar erkannt und der theoretisch richtige Weg zur Abhilfe eingeschlagen. Woran es aber häufig fehlte, das waren die überwachenden und ausführenden Organe. Und ohne ausreichende Vollstreckungsgewalt bleiben eben auch die besten gesetzgeberischen Absichten ohne Erfolg.

Der Krieg hat in den Nahrungsmittelgewerben eine beispiellose Konjunktur gezeitigt, aber auch alle wirtschaftlichen Ausartungen, die eine solche zu begleiten pflegen. Die Staatsgewalt sah sich durch die Verhältnisse der Kriegswirtschaft vor eine Fülle neuer Aufgaben gestellt, in die sie sich erst langsam hineinzuarbeiten vermochte. Die Verwaltung mußte an den wachsenden Schwierigkeiten der Konsumregelung erst die notwendige Bewältigungstechnik erlernen, und sie stand den verwirrenden Künsten der Spekulation und Preistreiberei mit einer Simplität der Anschauung und der Hilfsmittel gegenüber, die erst nach und nach die Abwehrkräfte gegen das anderseitige Raffinement entwickeln konnte. Das muß man billigerweise berücksichtigen, wenn man verstehen will, warum in den Ernährungsfragen so viele Verordnungen bloß auf dem Papier geblieben sind. Aber die Gefahr, die daraus erwachsen mußte, wenn die Bevölkerung ihre Hoffnungen dauernd getäuscht sähe, wenn sie das Vertrauen auf die Wirksamkeit staatlicher Hilfe einbüßte und sich schuklos einer wucherischen Ausbeutung preis-

Eine Vorsprache beim Statthalter Grafen Clary.

Am 18. d. sprachen, wie aus Graz gemeldet wird, beim Statthalter Grafen Clary die Landesauschussbeisitzer v. Feyrer und Doktor v. Raan, die Abgeordneten Einspinner und v. Panz in Vertretung der steirischen deutschen Arbeitspartei, für die Grazer Handels- und Gewerbekammer deren Präsident Kommerzialrat Kloiber und Eduard v. Keil-Bündlen und in Vertretung der Leobner Handels- und Gewerbekammer deren Sekretär Dr. Leisinger vor.

Die Abordnung ersuchte den Statthalter, die Regierung davon zu benachrichtigen, daß es der allgemein berechnete Wille der Bevölkerung sei, den Ernährungsdienst für das ganze Reich in der gleichen Weise gehandhabt zu sehen. Die Ungleichmäßigkeiten im Ernährungsdienst, für welche die Abordnung Beweise anbot, seien nicht dazu angetan, der Bevölkerung das Durchhalten zu ermöglichen. Mit Nachdruck wurde verlangt, daß alles aufgeboten werde, um die ungarischen Vorräte dem Verbrauch zu erschließen. In diesem Zusammenhang wurde auch die Wichtigkeit der Schaffung eines Reichsernährungsamtes für Oesterreich und Ungarn eingehend besprochen. Schließlich wurde das Begehren gestellt, doch endlich das Scharinverbot aufzuheben. Statthalter Graf Clary versprach, über die Vorsprache und die vorgebrachten Wünsche eingehend und ungesäumt nach Wien zu berichten.

21./X. 1916

Die Nahrungsmittel- und Ersatzstoffmesse in Wien.

Der Wiener Handels- und Industrieverein brachte vor kurzem die Veranstaltung einer solchen Messe in Vorschlag. In Verfolg dieser Angelegenheit weist nun diese Körperschaft darauf hin, daß durch eine solche Veranstaltung nicht nur die legitime Industrie und der legitime Großhandel gefördert und der Kettenhandel ausgeglichen werden würde, sondern daß eine solche Ausstellung auch eine derzeit wertvolle Uebersicht über die Sorten und Preise der vorhandenen Nahrungsmittelersatzstoffe geben würde. Als solche kommen bis nun als Nährmittel nicht verwendete vegetabilische Öle sowie Buchenfrüchte, Weißdornfrüchte (Wehlbeeren), Eichel, Koffkastanien, Luzerner Klee und viele andere Naturprodukte in Betracht. Die durch diese Messe bewirkte richtige Wertung und Verwendung der Surrogate hätte daher eine **Streuung der Nahrungsmittelvorräte** zur Folge.

Außer den Nahrungsmittelersatzstoffen sind auch solche für Bedarfsartikel von höchstem Interesse, und wäre es praktisch, auch die Erzeugnisse dieser Art wie Seifen, Sohlenlederersatz, Papierpagat usw. vor Augen zu führen.

21. X. 1916

Die Approvisionnement im Kriege.

Strengere Ueberwachung aller Nahrungsmittelberordnungen.

In nächster Aussicht steht, wie wir hören, eine weitaus strengere Ueberwachung aller Vorschriften über die Einhaltung der Nahrungsmittelberordnungen. Man wird, wenn man sieht, daß gegen Uebertretungen der Verordnungen die Verhängung von Geldstrafen nichts nützt, mit der Beurteilung zu Arreststrafen vorgehen. Durch die Revisionen in den Haushaltungen bezüglich der Einhaltung der fleischlosen Tage wurden sehr viele Uebertretungen zutage gefördert; wie bereits einmal mitgeteilt wurde, beabsichtigt die Behörde, schonungslos mit der Veröffentlichung der Namen derjenigen, die sich dieser Uebertretung schuldig machen, vorzugehen.

Zur Frage der Verkaufsrationierung.

Von informierter Seite wird uns über die Frage der Verkaufsrationierung mitgeteilt: Die Zwangsrationierung hat natürlich ihre Nachteile, insbesondere dort, wo es sich um Waren handelt, die verschiedener Qualität sind. Sie wäre beispielsweise für Milch durchaus nicht empfehlenswert. Bei Mehl hingegen könnte sie ganz wohl platzgreifen. Auch die freiwillige Rationierung hat viele Vorteile, aber auch Nachteile. Es würden dann viele Leute ihren Bedarf an Lebensmitteln in einem Geschäft decken, das sie mit Vorliebe besuchen, während andre Verkaufsstellen durchaus nicht jenen Kundenbesuch aufzuweisen hätten, der mit der zugewiesenen Menge in Einklang stünde. Das leidige Anstellen wäre damit also keineswegs behoben. Der Plan der Stadt Wien in bezug auf die Rationierung hat den einen Vorteil, daß in den Geschäften, in denen Mehl zu haben sein wird, dieses Mehl unbedingt erhältlich sein wird, und weiter würde man durch diese Maßnahme gewiß einen genauen Ueberblick über die Zahl der dort zugewiesenen Konsumenten erlangen; niemand würde dann vergeblich in ein Geschäft gehen müssen.

Ein anderer Vorteil dieses Planes ist, daß der Zuzug von Mehl, der bei den gegenwärtigen Verhältnissen höchst unpraktisch sich erwies, in Zukunft rationeller wäre. Man würde dadurch eine ganz beträchtliche Reihe von Zuhren ersparen, wenn man nach einem bestimmten Plan alle Geschäfte befriedigen würde.

Ueber den Wunsch der Obmännerkonferenz des Gemeinderates, eine Lebensmittelabgabestelle für Wien zu errichten, ist zu sagen: Das Ministerium des Innern setzt sich diesem Wunsch keineswegs entgegen. Aber nach den Anregungen, die im Gemeinderate geäußert werden, den Wunsch nach einer Kommission, die das Bestimmungsrecht haben soll, Lebensmittel zuzuweisen, erscheint nicht durchführbar, weil ein solches Bestimmungsrecht unmöglich einer aus den verschiedensten Faktoren zusammengesetzten Kommission übertragen werden soll. Dann vielleicht eine Zufallsmehrheit darüber entscheiden, wohin Lebensmittel zu senden sind? Die Kommission müßte vielmehr eine derartige Zusammenkunft haben, daß eine Majori-

fierung nicht möglich ist. Bei dieser Kommission müßte der Ministerialkommissär für Wien, dem die Aufgabe zufällt, den Ueberwachungsdienst, der jetzt geregelt werden soll, zu versehen, den Vorzug führen. Dieser Kommission werden außer dem Vertreter der Statthalterei, Polizeidirektion, des Magistrats und Vertreter aus Konsumentenkreisen, und zwar die Konsumenten geschieden in Konsumvereine, Lebensmittelorganisationen, deren es schon in Wien eine ziemliche Anzahl gibt, dann die nicht organisierten Konsumenten angehören. Ein entscheidendes Votum könnte jedoch keiner dieser Vertreterkategorien eingeräumt werden. Die Kommission hat nur den Zweck, daß die Wünsche gehört, die Bedürfnisse geprüft werden, doch die Entscheidung behält sich nach wie vor die Regierung vor. Für Wien ist als Vertreter der Regierung Bezirkshauptmann Dr. Dregler bestimmt.

21./X. 1916

* **Reformen in der Approvisionierung.** Die hauptstädtische Zehner-Kommission hielt heute Nachmittag unter dem Vorstehe des Bürgermeisters Dr. Stephan B á r c z y eine Konferenz, in der alle Lebensmittelfragen besprochen wurden. Zunächst wurde festgestellt, welche Lebensmittel die Hauptstadt noch am Lager habe und welche Lebensmittel angeschafft werden müssen. Den wichtigsten Gegenstand der Konferenz bildete die Frage, auf welche Weise es möglich wäre, eine praktischere Verteilung der Lebensmittel vorzunehmen. Das allgemeine Bestreben geht dahin, daß das „Anstellen“ des Publikums beim Einkaufe der verschiedenen Waaren möglichst vermieden werde. In Interesse der Erreichung dieses Zieles sollen für alle Lebensmittel Karten ausgegeben werden und zwar in einer Weise, daß das Publikum wenig belästigt werde. Durch diese jedenfalls sehr zweckmäßige Reform hofft man auch eine gerechtere Verteilung der Lebensmittel zu erreichen. Die Karten werden für einen oder auch für mehrere Tage ausgegeben. Schließlich wurde in der Konferenz auch die Frage der Decentralisierung des Verkaufes aller Lebensmittel eingehend erörtert. Ueber den Verlauf der Konferenz wurde folgendes Communiqué ausgegeben: „Die Approvisionierungskommission hielt heute Nachmittag unter dem Vorstehe des Bürgermeisters Dr. Stephan B á r c z y eine Sitzung. In der Sitzung meldete der Magistrat, daß er in der am 8. November abzuhaltenden Generalversammlung über die Approvisionierungsverhältnisse der Hauptstadt Bericht erstatten werde. In der heutigen Konferenz wurde die Verhandlung dieses Berichts begonnen, die in der nächsten Woche abzuhaltenden Konferenz fortgesetzt werden wird.“

22./X. 1916

Samstertricks.

Zum Samstern im großen reicht's bei den Kleinen nicht, bei den Bürgers-, Beamten- und Arbeiterfrauen, die nicht für eine Kiste Eier, eine Fettgans oder einen Meterzentner irgendwo beschaffter Kartoffeln die Geldbeträge niederlegen können. So versuchen sie's denn im kleinen, indem sie ein paar Viertelfilogrammpakete Mehl zu erhaschen suchen, fünf statt zwei oder drei Kilogramm Kartoffeln, vier Achtelfilo Kaffee auf einmal oder mehrere Rationen Zucker. Das ist nun freilich nicht so einfach wie der Einkauf von großen Quantitäten an Lebensmitteln. Denn zum Erhaschen des Vielfachen der Quantitäten, die den „Ingestellten“ verabreicht werden, gehört eine gewisse Strategie, gehören Tricks, wie sie tatsächlich von manchen Frauen und Männern, die des Anstellens Mühe von entsprechend großem Erfolg gekrönt sehen wollen, geübt werden. Die Verkäufer kommen im Trübel nicht darauf, daß diese Frau mit dem schwarzen Tuch um den Kopf dieselbe ist, die kurz vorher mit einem Straußfederhütchen auf dem Kopf im Lokal erschienen war und ihre Ration Mehl, Zucker und dergleichen schon bezogen hat. Und sie erkennen auch den Mann nicht wieder, der einmal mit einer Dienerkappe auf dem Kopf, dann als „Zivilist“ und später im Regenmantel im Lokal erscheint und so dreimal das Höchstquantum der Abgabe erhamstert. Diese Verwandlungen der Ansteller vollziehen sich scheinbar sehr rasch, denn kaum hat die betreffende Person das Lokal mit dem erbeuteten Quantum verlassen, reißt sie sich in der neuen Maske auch schon wieder dem Zug der Wartenden an. Die einfachste und scheinbar ehrlichste Form der Samsterstrategie im kleinen wird natürlich jenen Hausfrauen ermöglicht, denen eine größere Truppe eigener oder angeworbener Kinder von Nachbarnleuten zur Verfügung steht. In einem Haus, das kinderreiche Parteien bewohnen, werden diese Kinderhilfsgruppen, gleichsam organisiert, auf verschiedene Positionen von Lebensmittelgeschäften verteilt. Diese Organisation konnte sich speziell zur Ferienzeit bewähren. Jetzt, in der Schulzeit, sind diese Kräfte nicht mehr so ausgiebig zu verwerten. Aber sie werden immerhin noch in den Nachmittagsstunden und an schulfreien Tagen als Assistenten beim Anstellen verwendet.

Die Ministerkonferenz über die Ernährungsfragen.

Ämtliche Meldung.

Zur Bundsratsaal des Reichstags fand gestern unter dem Vorsitz des Stellvertreters des Reichskanzlers, Staatssekretärs Dr. Helfferich, eine Besprechung mit den bundesstaatlichen Regierungen über die Fragen der Volksernährung statt. An der Konferenz nahmen außer den in Berlin ansässigen Bundesratsbevollmächtigten die für die Ernährungsfrage zuständigen Staatsminister der Bundesstaaten teil.

Nach einer Besprechung des allgemeinen Standes der Ernährungsfrage wurden insbesondere erörtert die militärischen Anforderungen auf dem Gebiet der Nahrungsmittel, die Maßnahmen für die ausreichende Ernährung der Schwerarbeiter, die Fragen der Nahrungsmittel-Einfuhr, der Kartoffelversorgung sowie der Fett- und Milchversorgung.

Die Zusammenkunft hat in vertrauensvoller Aussprache dazu beigetragen, die Fühlung zwischen der Berliner Zentralinstanz für Ernährungsfragen und den maßgebenden Persönlichkeiten der einzelstaatlichen Regierungen zu erneuern und enger zu gestalten und die Einheitlichkeit in der Durchführung der für die Volksernährung notwendigen Maßnahmen zu sichern.

Etwas für die Hausfrau.

Zeitgemäße Wirtschaftsführung der „Koch“. — Rezepte von
Melanie Zsch, Leiterin der Musterküche.

Kriegsspeisen.

Dänische Gemüsespeise mit Hammelfleisch. 40 Dekagramm Hammelschlegel in Würfel schneiden, ohne Fett im eigenen Saft mit Zwiebel, Petersilie, Schnittlauch, etwas Knoblauch, Majoran andünsten, 60 Dekagramm fein geschnittenes Weißkraut gibt man über das Fleisch, darüber wieder 5 sehr fein gehobelte Karotten, über diese in kleine Würfel geschnittene Kohlrüben, darüber wieder Kraut, oben etwas gehacktes Fenchelkraut, 2 Schöpflöffel Wasser, und drei Viertelstunden zugedeckt langsam dämpfen. Mit Salzkartoffeln servieren.

Bulgarisches Fleisch am Rost. Hammelrücken oder Schlegel rasch waschen, mit Tuch abtrocknen, mit dünner Nadel fünf- bis zehnmal einstechen, ohne Salz und Wasser auf den Rost legen und nicht zu heiß drei Viertelstunden braten. Der abgetropften Saft mit Zwiebel und Majoran etwas verrösten, mit 1 bis 2 Kochlöffel Mehl oder Kartoffelwalzgrieß stauben, mit Wasser vergießen und mit 2 geschälten, entkernten, roh geriebenen Gurken vermengen, nebst 1 Löffel Trockenmilch und Salz 20 Minuten verkochen.

Hirse-Bratling. $\frac{1}{2}$ Kilogramm Hirse wird durch zweimaliges Abbrühen entbittert, mit 1 Liter Wasser, etwas Salz zirka eine Viertelstunde weich gedämpft. Ausgekühlt, mit 5 Dekagramm geriebenem Käse, 4 weichgedämpften, fasziierten Kohlrüben, etwas angeröstetem Zwiebel, Petersilie und Schnittlauch gut vermengt, eventuell nachgesalzen, einer Handvoll Brotbröseln, 1 Löffel Mehl gestaubt, mit 1 Ei oder Gelatinelösung gebunden, eine lange, schmale Rolle geformt, in Abständen von 3 Finger Breite mit dem Kochlöffel eingedrückt, auf eine Brotpfanne gelegt und schön hellbraun gebacken.

Wiener Spießbraten im eigenen Fett. Zum Braten am Spieß eignet sich jede Fleischsorte, muß jedoch von guter, zarter Qualität sein. Das Fleisch soll mehr länglich geschnitten werden, wird geräuchernd und abgetrocknet, ohne Salz und Fett an den Spieß gesteckt, nicht zu heiß schön hellbraun 20 bis 30 Minuten, bei größeren Stücken länger, gebraten. In Stücke geschnitten, der abgetropfte Saft gesalzen, mit Wasser vergossen, einige Minuten verkocht und heiß über die auf die Bratenschüssel gelegten Bratenstücke gegossen. Zu Gemüse oder ausgiebigen Kriegssalaten serviert.

Wurst im Schlafrock. Von $\frac{1}{2}$ Kilogramm gekochten, geriebenen Kartoffeln, 2 gestrichenen Eßlöffeln Mehl, 1 Eßlöffel Trockenmilch, 5 Dekagramm geriebenem Topfen, 1 Ei (kann auch weglassen), etwas Salz wird ein zarter Teig gemacht, damit 2 bis 3 Blutwürste eingewickelt, auf ein etwas eingefettetes Backblech gelegt und schön hellbraun gebacken. Zu Sauerkraut, Sauerkohl, Rübengericht, Bohnenpüree, Sauce usw. servieren.

Türkisches Gericht. Man macht von $\frac{1}{2}$ Kilogramm Mehl einen fettarmen Strudelteig. Nachdem er gerastet, wird er dünn ausgezogen und leicht übertröcknet. Ein gekochtes halbes Hammelbeuschel wird fein gehackt, mit Zwiebel, Petersilie verbünstet, ausgekühlt, mit etwas Mehl gebunden (eventuell 1 Ei), der Strudelteig damit belegt, oben mit 5 Dekagramm geriebenen Nüssen bestreut, sehr locker zusammengerollt, in eine Pfanne gelegt und nicht zu heiß schön semmelbraun gebacken. Man übergießt nun den Strudel mit leicht gesalzenem und mit 1 Eßlöffel Trockenmilch abgesprudeltem Paradeismark und läßt die Speise noch eine Viertelstunde backen.

Sackbraten vom Fisch. Man läßt Zwiebel gelb anlaufen, Petersilie, etwas Knoblauch, Majoran dazu, gibt 30 bis 40 Dekagramm Fisch (für 6 Personen), den man durch die Fleischmaschine getrieben hat, dazu, läßt einige Minuten verrösten, bis der Fisch sich trocken ansieht. Erkalte, mengt man 10 Dekagramm geweichtes, fest ausgedrücktes, fasziiertes Brot, 10 Dekagramm angeröstetes Gemüse, am besten Kraut oder Kohl (kann ohne Fett geschehen), 1 Ei, 3 Löffel Potenta, Mehl oder Grieß oder 3 Dekagramm Brotbrösel dazu, salzen, eine Rolle formen auf gefettetem Papier eine halbe Stunde bis drei Viertelstunden braten, mit Paradeis, Sauce oder Gemüse anrichten (Kartoffel dazu).

Fisch-Layengericht. 1 Kilogramm gekochte, in Scheiben geschnittene Kartoffeln werden leicht gesalzen; der rohe Fisch in Stückel geschnitten. Nun wird in eine wenig gefettete Kasserolle eine Lage Kartoffeln, eine Lage Fisch, der leicht gesalzen ist, darüber wieder Kartoffel, dann Fisch, zuletzt müssen Kartoffeln sein, gegeben, mit Fett beträufelt, eine halbe Stunde bis drei Viertelstunden backen oder in der Kochkiste in Dunst kochen gelassen. Mit Sauce oder dünnem Gemüse anrichten.

Einführung von Fett- und Zuckerkarten. Die tatsächlich menschenunwürdigen und zu den ärgsten Mißbräuchen Anlaß gebenden Zustände beim Fettverkauf haben nun auch unseren Magistrat bewogen, ab 1. November die Fettkarte einzuführen. Die Vorarbeiten sind schon im Sommer durchgeführt worden, so daß man mit der Verteilung der Fettkarten gewiß nur auf geringe Schwierigkeiten stoßen wird. Die Hauptsache ist jedoch, den Verkauf so einzurichten, wie das jetzt beim Brotverkauf der Fall ist. Auch der Fettverkauf darf nicht zentralisiert bleiben, dem Anstellen muß ein Ende bereitet werden. Vorläufig sollen pro Kopf und Monat 60 Deka Fett entfallen. Das ist nun ein Punkt, der nicht einfach übergangen oder gutgeheißen werden darf. Eine so geringe Ration gibt es selbst in dem an fette Speisen weniger gewöhnten Deutschland nicht. Fett ist Lungennahrung und namentlich in *Borsony*, wo Erkrankungen der Lunge und der Luftwege, für die Fettstoffe als die besten Heilmittel gelten müssen endemisch sind, und wo es so viele Fabriken gibt die mit giftigen Gasen arbeiten, deren Gegengift eben die Fettstoffe bilden, muß wohl für eine höhere Ration Sorge getragen werden.

Was den *Zucker* betrifft, so werden ebenfalls Karten auf $\frac{3}{4}$ Kilo pro Monat und Kopf ausgeben werden. Hoffentlich wird auch hier das System des Brotverkaufes in Anwendung kommen. Gestern hat übrigens Bürgermeister *kal. Rat Broly* die *Anmeldung der Zuckervorräte* angeordnet. Die diesbezügliche Kundmachung lautet:

Auf Grund der mit Erlaß 163091—1916 des kön. ung. Ministers des Innern erhaltenen Ermächtigung verpflichte ich im Sinne der Min.-Verordnung 4207/1915 M. E. § 4 die am Territorium der Stadt befindlichen

Kaufleute

ihre sowohl in eigenen, als auch in fremden Lokalen befindlichen sämtlichen

Zucker-Vorräte am 26. Oktober 1916
in der städt. Magistrats-Abteilung 7 (Apponihaus 2. Stock) innerhalb der Amtsstunden anzumelden.

Ebenso verpflichte ich im Sinne der Min.-Verordnung 4207—1915 M. E. alle diejenigen, welche Zucker-Vorräte für Kaufleute oder andere in Verwahrung halten, am 26. Oktober 1916 in der Magistratsabteilung 7 den Betreffenden namhaft zu machen.

Gleichzeitig mache ich die obigen Anmeldepflichtigen darauf aufmerksam, daß mir im Sinne der obzitierten Min.-Verordnung 4207—1915 M. E. § 4 das Recht zusteht, ihre Vorräte, Magazine und Geschäftsbücher zu überprüfen oder durch meinen Bevollmächtigten überprüfen zu lassen.

Im Sinne des § 15 der Min.-Verordnung 4207—1915 M. E. begehrt derjenige, welcher die seitens der Behörde verlangten Daten zum abgegebenen Termin nicht anmeldet, oder nicht wahrheitsgemäß anmeldet, die Vorräte verheimlicht, verbirgt oder die behördliche Kontrolle vereitelt, insofern seine Tat keinen strengeren Strafbestimmungen unterliegt, eine Uebertretung und wird auf Grund der §§ 9 und 17 des G. N. I vom Jahre 1914 mit Arrest bis zu 2 Monaten und einer Geldstrafe bis zu 600 Kronen bestraft.

Borsony, am 21. Oktober 1916.

Theodor Broly m. p., Bürgermeister

Hundefutter.

Die Schwierigkeiten der Ernährungsverhältnisse der Menschen haben natürlich auch ihre Rückwirkung auf die Ernährung der Haustiere. Wo ist die Zeit, in der die auten fastigen Brocken, die Knochen, an denen noch köstliche Fleischstücke hingen, vom Tisch des Herrn für den Hund als Nahrung abfielen! Der Hund konnte wüßlerisch sein, und was seinem Geschmack und Geruchsinne nicht recht zusagte, durfte er verächtlichen, und wurde doch von dem ausgewählten Menü der reichlichen Mahlzeit noch vollkommen satt. Das ist nun ganz anders geworden, insbesondere für jene Hunde, deren Besitzer nicht zu den oberen Hunderttausend, zu den Reichen oder zu den neuen Millionären gehören, die ihren Hunden noch was Feines bieten können. Aber unter den 60.000 bis 65.000 Hundebesitzern Wiens wird es wohl kaum 10.000 geben, die in der glücklichen Lage sind, ihren Hunden jetzt reichliche Kost zu bieten. Den meisten unter ihnen macht die Beschaffung des Hundefutters unter den gegenwärtigen Verhältnissen große Sorgen, und viele mußten sich im Hinblick auf die Nahrungsmittelteuerung dazu entschließen, die Hunde glücklicheren, wohlhabenderen Leuten zu überlassen oder sie dem Tierschutzverein zur Lösung zu übergeben. Die Hundefutterbeschaffung ist äußerst schwierig geworden. Das präparierte Hundefutter, der Hundekuchen, ist nur selten erhältlich und dann zu so horrendem Preis, daß ein Hundebesitzer des Mittelstandes ihn nicht mehr bezahlen kann. In den Restaurants, wo die Hundebesitzer früher einmal für ein paar Heller eine recht ausgedehnte Mahlzeit an Speisenabfällen für ihre Lieblinge erstehen konnten, wird gegenwärtig kaum mehr etwas abgegeben. Denn es bleibt einfach nichts übrig. Die Gäste verzehren die ohnehin nicht umfangreichen Speisenportionen restlos. Für den Hund bleibt da nichts übrig. Alte Stammgäste erhalten unter Umständen ein wenig Küchenabfälle als Futter für die Hunde. Die Hunde selbst sind auffallend genügsam geworden. Wo Schmalhans Küchenmeister ist, heißt es das essen, was da ist, wenn man nicht verhungern will. Das haben auch die Hunde gelernt: sie, die an Fleischkost gewöhnt sind, fressen jetzt die harmlosesten Gemüsearten, das früher verschmähte Brot, überhaupt alles halbwegs Verdauliche. Man kann im allgemeinen unbedingt eine Kräfteabnahme bei den Hunden feststellen. Am merkbarsten ist sie bei den Zughunden, die vor Leiterrägeln gespannt sind. Der Kohlenausträger etwa oder der Lehrling, der einen solchen kleinen Wagen auch zu ziehen hat, muß jetzt viel mehr Kraft anwenden als früher, da der Hund den größten Teil der Last beim Ziehen auf sich nahm.

Ernährungs- und Kriegswirtschaftsfragen.

Aus dem Haushaltsauschuß des Reichstags.

Der Haushaltsauschuß des Reichstags setzte heute die Beratung der Ernährungsfragen fort.

Geheimrat Steinkopf erklärt, daß der Gesamtauschuß der Spirituszentrale zusammengesetzt sei und nur der Genehmigung der Reichsbranntweinstelle bedürfe. Der Abschlagspreis war seinerzeit auf 78 Mark festgesetzt worden, um einen Anreiz zu bieten. Gleichwohl erschien die Bereitstellung des Spiritus für Heereszwecke nicht ausreichend gesichert, da die Kartoffeln für Schweden in Anspruch genommen wurden. Die Schwierigkeiten in der Spiritusfabrikation veranlaßten die Reichsbranntweinstelle einstimmig dazu, den Preis auf 98 Mark zu steigern. Dies bildet die Grundlage für die Berechnung der Preise; der Preis für die Heeresverwaltung kam auf 92 Mark. An diesen Kalkulationen kann nicht unter allen Umständen festgehalten werden, da die Kosten von Woche zu Woche schwanken. Melasse, die für die Fabrikation herangezogen wird, ist billiger als Zucker. Wird der vollständig vergällte Branntwein nicht voll abgesetzt, so wirkt das auch auf die Preise zurück.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter weist darauf hin, daß die Steigerung der Absatzpreise vom Januar angefangen größer ist als wir sie jemals gehabt haben. Im wesentlichen handelt es sich um den technischen Spiritus. Wir kommen bei 98 Mark Abschlagszahlung auf eine Bewertung der Kartoffeln von 5 bis 6 Mark für den Zentner. Warum führt man nicht Produktionszwang ein, oder erzeugt Spiritusprodukte in Regie der Regierung? Da in würde genug Spiritus vorhanden und billiger sein. Es liegt hier eine einseitige Begünstigung eines einzelnen Gewerbes vor, die Interessenten haben das Heft vollständig in der Hand.

Ein Abgeordneter der Deutschen Fraktion widerspricht dieser Behauptung. Es fehlt an Petroleum, den Ersatz bietet Spiritus für 55 Pfennig pro Liter. Gleichwohl ist der Redner einer Preiserhöhung nicht abgeneigt.

Wucherpreise für Spiritus.

Ein Zentrumsabgeordneter führt aus, daß die Milchproduktion zurückgehen würde, wenn keine Schlempe mehr als Futter zur Verfügung stände. Allerdings muß das Verbrennen der Kartoffeln aus bekannten Gründen eingeschränkt werden. Der Preis ist außerordentlich hoch und muß herabgesetzt werden. In den landwirtschaftlichen Haushaltungen muß man für den Liter 1,50 Mark zahlen, das ist ein Wucherpreis. Hier muß eine Aenderung eintreten. Spiritusmangel ist vorhanden; kann man nicht aus Holz und aus den Abfällen der Papierfabrikation Ersatz schaffen und so die Preise senken?

Ein Sozialdemokrat erklärt gleichfalls, daß man zu einem richtigen Preis für Spiritus kommen werde, wenn man die verschiedenen Verwertungsmöglichkeiten der Kartoffeln in Rücksicht ziehe. Dazu ist es nötig, daß nicht von einer ganzen Reihe von Stellen die verschiedenen Preise je nach der besonderen Verwendung festgesetzt werden, sondern von einer einzigen Zentralstelle. Von notwendigem Anreiz sollte man nicht sprechen, nachdem jahrzehntelang Milliarden an Liebesgaben gegeben worden sind; jetzt sollte die Spirituszentrale die Gegenleistung gewähren.

Präsident des Kriegsernährungsamts v. Batocki: Ich trage die Verantwortung für die Preise. Eine Nachprüfung hat ergeben, daß die Brenner die Höhe der Preise bedauern, aber fürchten, daß ohne solche Preise der Spiritus nicht in ausreichender Menge zu beschaffen sei. Die Reichsbranntweinstelle hat ihre Entscheidung auf Grund zahlreicher Informationen gefaßt. Die Spiritusgewinnung aus Holz erfordert Vorbereitungen; eine erhebliche Zahl von Brennereien fällt aus verschiedenen Gründen aus trotz der Gefahr, das Kontingent zu verlieren. Unter diesen Umständen hat die Reichsbranntweinstelle im Einverständnis mit dem Kriegsministerium und dem Reichsschatzamt die Preise festgesetzt. Ohne den grundsätzlich zu mißbilligenden Preisanreiz kommt man eben nicht aus.

Ein konservativer Redner erklärt, daß eine Bewässerung des Heeres durch die Spirituszentrale nicht vorliege. Das Heer bekommt den Spiritus ungefähr für den Selbstkostenpreis. Die Ersparung bei kosmetischen Mitteln usw. kann nur gering sein und hat andere Uebelstände. Die landwirtschaftlichen Brennereien könnten mit einer Beschlagnahme durch den Staat ganz zufrieden sein. Die Sozialdemokraten sollten sich einmal eine Brennerei kaufen, dann würden sie sehen, was es mit den großen Gewinnen auf sich hat. Bei einer Genossenschaftsbrennerei verwertet sich der Zentner Kartoffel, wie genau nachgewiesen ist, mit 2,30 Mark. In der Spirituszentrale wird ein Druck ausgeübt, damit die Brennereien überhaupt brennen. Die Kosten sind außerordentlich erhöht. Vielleicht ändern sich die Preise nach unten unter den veränderten Verhältnissen. Gegen den Preis von 1,50 Mark für den Liter für Leuchtzwecke bestehen natürlich Bedenken, aber nur so kann man den Verbrauch einschränken. Die reichen Damen werden für das Brennen der Locken gern den Preis anlegen. Die Herstellung von Spiritus aus Sulfit und Holz wird sich bestenfalls langsam entwickeln.

Sätten wir die landwirtschaftlichen Brennereien nicht, so hätten wir auch den Kartoffelanbau nicht. Man soll mit der Entwicklung des Brennereigewerbes doch nur zufrieden sein. Der Redner teilt nicht die Freude darüber, daß der Trinkbranntwein der Zivilbevölkerung gesperrt ist. Es ist kein Verbrechen, hin und wieder einen Schnaps zu trinken. Alle Dinge haben zwei Seiten. Weshalb soll man ungenießbares Getreide nicht brennen?

Geheimrat Steinkopf von der Reichsbranntweinstelle: Zu den 98 M. Abschlagszahlung kommt 12 M. Schlemmewert, davon ab die Kosten von 30—40 M., bleiben 70 bis 80 M., dividiert durch 20 Zentner Kartoffeln pro Hektoliter, so kommt man auf knapp 4 M. für den Zentner Kartoffeln. Die Abgabe von Leuchtspiritus ist nach dem Maßstab des früheren Verbrauchs rationiert. 30 v. H. des früheren Konsums werden gegenwärtig zu 55 M., 10 v. H. zu 150 M. abgegeben, erstere auf Grund von Marken der Kommunalverwaltungen. Es ist fraglich, ob es möglich ist, die zur Verfügung stehende Melasse zu brennen, insbesondere zugleich mit den Kartoffeln. Die Ersatzstoffe werden herangezogen. Große Anlagen kommen demnächst in Betrieb.

24./X. 1916

Ernährungsfragen im Hauptauschuß.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Verhandlungen des Reichshaushaltsausschusses erklärt ein sozialdemokratischer Abgeordneter, kein Zentner Getreide dürfe zu Brennereizwecken Verwendung finden. Die Unterlagen der Preisfestsetzung bedürfen der Nachprüfung. Auch die Nachzahlungen der Spirituszentrale mit etwa 16 M. müssen noch hinzugenommen werden. Zwanzig Zentner Kartoffel sind für einen Hektoliter Spiritus nicht notwendig. Der Redner bringt den Antrag ein, die Festsetzung von 98 M. für zu hoch zu erklären.

Präsident v. Batocki meint, man dürfe in solchen Fällen nicht auf die Entstehungskosten zurückgehen, sowie nicht nur die Verhältnisse erstklassiger Brennereien berücksichtigen, da man auch die weniger gut arbeitenden brauche.

Die hohen Spirituspreise.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter führt aus: 98 M. sind zu hoch, das läßt sich nicht in ein Verhältnis bringen zu den 55 M. für Brennspiritus. Wir werden also mit einer Erhöhung der Preise oder mit einer Einschränkung der Menge rechnen müssen. Die Spannung von 55 Pf. zu 150 ist zu hoch, das Publikum begreift sie nicht. Die süddeutschen Brenner würden sich über die Zuwendung von Melasse sehr freuen.

Ein Zentrumsabgeordneter stimmt der Anregung hinsichtlich der süddeutschen Brennereien zu, dagegen nicht dem Antrag der Sozialdemokraten, dessen Grundlage falsch sei. Der Preis von 150 M. für Brennspiritus ist viel zu hoch. Warum hat man mit der Gewinnung von Spiritus aus Sulfidäugen so lange gezögert? In Laugen fehlt es doch nicht. Der Redner ist erstaunt, daß die Gewinnung aus Holz noch so sehr im Rückstande ist, hier dürfe an Geld nicht geknauert werden.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß die Nachzahlungen der Spirituszentrale nie mehr als 6 M. betragen haben, im letzten Jahr werden es nicht mehr als 2-3 M. gewesen sein. Die früheren Preiserhöhungen haben nicht so anreizend gewirkt, wie man hoffte. Die Kosten sind an allen Ecken und Enden außerordentlich gestiegen. Die Einschränkung der Verwendung für technische Zwecke geschieht schon, man kann aber doch nicht z. B. alle Effigfabriken stilllegen. Wären die Preise zu hoch, so würden die Brennereien ihren Betrieb steigern, davon ist wenig oder nichts zu merken. Die Preise für Brennspiritus sollen nicht über den gegenwärtigen Stand erhöht werden. Die Höhe der Spannung von 55 Pf. bis zu 150 M. ist allerdings außerordentlich fühlbar, aber es wird gerade der ärmeren Bevölkerung durch Marken der Gemeinden der billigere Spiritus zugeführt, was eine durchaus soziale Maßnahme ist.

Der Antrag beider sozialdemokratischer Fraktionen (98 M. sind zu hoch, Herabsetzung auf eine Preislage, daß die Kartoffel unter dem Höchstpreise für Eßkartoffeln verwertet werden kann) wird zurückgezogen, nachdem der Vorsitzende festgestellt hat, daß Präsident v. Batocki in Aussicht gestellt hat, auf eine Herabsetzung der Preise Bedacht zu nehmen.

Abkürzung der Beratungen.

Vor Fortsetzung der Debatte gibt der Vorsitzende eine Aeußerung des Staatssekretärs Dr. Helfferich bekannt, daß es der Regierung bei der jetzigen Ausdehnung der Sitzungen unmöglich sei, alle Arbeiten zu erledigen. Mit Rücksicht hierauf und auf die allgemeine Geschäftslage wird beschlossen, die Beratungen möglichst abzukürzen und zusammenzuziehen.

Die Erstattung eines schriftlichen Berichtes wird beschlossen. Bezüglich der allgemeinen Geschäftslage meint ein Zentrumsabgeordneter, es sei besser, anstatt mit so zahlreichen Gegenständen zu kommen, eine geringere Anzahl zu behandeln, diese aber mit Nachdruck zur Durchführung zu bringen. Der Redner hält es für wünschenswert, wenn das Plenum des Reichstages bis zum 4. November fertig werden würde.

Ein Redner der Fortschrittlichen Volkspartei wendet sich dem konservativen Antrag zu, der eine gerichtliche Bestrafung des Wuchers, sowie Einziehungen nur in den Fällen eintreten lassen will, in denen einwandfrei nachgewiesen ist, daß der Täter vorfänglich und aus Gewinnsucht gegen die Ernährungsverord-

nungen verstoßen hat. Der Redner begründet im einzelnen den fortschrittlichen Antrag, der eine Reihe von Maßnahmen bezüglich der Viehhaltung und eine Verminderung des Wildbestandes fordert.

Ein nationalliberaler Redner begründet den Antrag seiner Partei über Düngerverteilung; dieser solle verhindern, daß in ein und demselben Bezirk einzelne Landwirte bevorzugt würden, während andere nichts erhielten.

Ein Zentrumredner wünscht, daß der Kleinhandel in das Kriegsernährungsamt mit einbezogen würde. Das könne nur nützlich wirken, außerdem handle es sich um die Erhaltung eines bedeutungsvollen Erwerbsstandes.

Schweine-Abchlachtung oder nicht?

Ein Redner der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft führt aus, das Sinken der Ferkelpreise beweise, daß der Schweinebestand zu groß sei. Um die Abchlachtung der Schweine kämen wir nicht herum.

Ein Zentrumredner behauptet, daß ein großer Teil der Tiere mit Rohfutter durchgehalten werden könne. Die Abchlachtung der Schweine sei nicht nötig.

Ein Redner der Fortschrittlichen Volkspartei spricht für den fortschrittlichen Antrag, der ja gerade dem Landwirt freie Hand lassen will und die Viehhandelsverbände zur Übernahme verpflichtet, wenn der Landwirt einzelne Tiere abzustößen genötigt ist.

Ein konservativer Redner warnt davor, zu schematisch vorzugehen. Beim Schweinemord habe man nicht genügend dafür gesorgt, die Schweine der menschlichen Ernährung zuzuführen. Der Redner erklärt sich einverstanden mit der Hinzuziehung eines Kleinhandelsvertreters in das Ernährungsamt. Die Zwangsbewirtschaftung stifte keinen Nutzen, wolle man sie aber durchführen, so müsse man die kleinen Betriebe nicht anders behandeln als die großen. Der Redner rügt, daß nicht genügend Vieh nach den okkupierten Gebieten geschafft worden sei.

Ein Sozialdemokrat fragt an, ob die Regierungspräsidenten genügend darüber instruiert seien, wie sie die Durchführung der Höchstpreise zu überwachen hätten. Er fragt ferner, ob sich nicht besser dafür sorgen ließe, daß die Zufuhr von Butter und Fett nach den Städten weniger störend erfolge.

Präsident im Kriegsernährungsamt von Batocki: Die bedenkliche Stokung im Verkehr ist Gegenstand der Beratung der beteiligten Instanzen. Die Gründe sind mannigfacher Art. Was die geforderte Einbeziehung des Kleinhandels in das Kriegsernährungsamt anbetrifft, so bestehen Bedenken gegen eine Vermehrung des Vorstandes. Es handelt sich hier nicht um den Kleinhandel allein, es liegen nicht weniger als zwanzig Anträge von verschiedener Seite vor. Den Wünschen des Kleinhandels hinsichtlich der Gewinne ist leider nicht immer zu entsprechen, weil man den Konsum nicht zu stark belasten darf. Der Kunstbäcker soll mehr als im Vorjahre dem freien Handel zur Verfügung gestellt werden. Wir hatten 50 v. H. des Friedensbedarfs an Stickstoff; wie es später werden wird, mag dahingestellt bleiben. An Thomasmehl haben wir 85 v. H., Superphosphat steht nur wenig zur Verfügung. Kali ist eine Verkehrsfrage. Eine Rationierung des Kunstbäckers ist nicht möglich, der Anbau von Desfrüchten, Flachs, Gemüsen und Hülsenfrüchten und auch von Zuckerrüben wird im voraus berücksichtigt. Eine Verschiebung zugunsten des freien Handels soll bei der Verteilung erfolgen. Ungefähr zur Hälfte soll der Stickstoff an die Organisationen und zur Hälfte an den freien Handel gegeben werden. Vom Mischdünger sollen 40 v. H. an den Handel gehen. Das Thomasmehl wird je zur Hälfte verteilt werden. Den Kommunalverbänden kann man die Verteilung nicht übertragen.

Das Frostwetter ist recht ernst zu nehmen.

die Kälte beträgt bis zu 5 Grad in höheren Lagen, sicher werden wir wieder frostfreie Tage bekommen. Der akute Kartoffelmangel ist zum allergrößten Teile behoben. Die Dispositionen sind vielfach durch die Umstände über den Haufen geworfen worden. Bei Fett und Butter befinden wir uns in einem Übergangszustand zu einer besseren Regelung. In etwa acht Wochen werden wir zu stetigen Verhältnissen kommen. Berlin mit 90 Gramm Fett pro Kopf und Woche steht immer noch besser da als andere Orte. Auch beim Fleisch wird die Verteilung regelmäßiger werden.

Ziffer 5 des fortschrittlichen Antrages, der die Viehhandelsverbände verpflichtet, Schweine aller Altersklassen, welche wegen Futtermangels nicht nutzbringend gefüttert werden können, baldmöglichst abzunehmen, wird dahin geändert, daß statt „welche wegen Futtermangels“ gesetzt wird: „welche der Tierhalter aus wirtschaftlichen Gründen zu verkaufen für zweckmäßig erachtet“.

Die Debatte ist damit geschlossen. Die Fortsetzung der Beratungen findet Dienstag vormittag statt mit der Tagesordnung: Brotgetreide, Hafer und Gerste.

Am Mittwoch früh wird der Reichsfinanzsekretär der Kommission einen Vortrag halten über die Lage der Reichsfinanzen.

Eine Nahrungsmittel- und Surrogatmesse in Wien.

Der Wiener Handels- und Industrieverein brachte vor kurzem die Veranstaltung einer solchen Messe in Vorschlag. In Verfolg dieser Angelegenheit weist nun die genannte Korporation

darauf hin, daß durch eine solche Veranstaltung nicht nur die legitime Industrie und der legitime Großhandel gefördert und der Kettenhandel ausgeschaltet werden würde, sondern daß eine solche Ausstellung auch eine derzeit wertvolle Uebersicht über die Qualität und Preise der vorhandenen Nahrungsmittelsurrogate geben würde. Als Surrogate kommen bisnun als Nahrungsmittel nicht verwendete vegetabilische Öle sowie Buchenfrüchte, Weißdornfrüchte (Mehlbeeren), Eicheln, Koffkastanien, Luzerner Klee und viele andre Naturprodukte in Betracht. Die Geschmacksqualität, Nahrungswertigkeit sowie die eventuell vorteilhaften Preise der angebotenen Präparate zu prüfen, hätte das große Publikum ein bedeutendes Interesse, andererseits besteht auf seiten der realen Industrie das Bestreben, solche Erzeugnisse, die auf Nichtzufriedenstellung und Uebervorteilung der Käufer hinausgehen, zu kennzeichnen.

Die durch diese Messe bewirkte richtige Wertung und Verpendung der Surrogate hätte daher eine Streckung der Nahrungsmittelvorräte zur Folge.

Außer den Nahrungsmittelsurrogaten sind auch die vorhandenen Surrogate für Bedarfsartikel sowohl für die kommerziellen und industriellen Kreise als auch für das konsumierende Publikum von höchstem Interesse, und wäre es praktisch, die Erzeugnisse in Seifensurrogaten, Sehlendeterfak, Papierspagat, Papiertreibriemen und dergleichen Artikel bei dieser Veranstaltung vor Augen zu führen.

Die Ausführung der vorerwähnten Anträge des Wiener Handels- und Industrievereines hätte nicht nur hohen Wert für den einzelnen, sondern auch große Bedeutung im ausgedehntesten Sinne für die Nationalökonomie und die Volkswirtschaft des ganzen Staates.

24./X. 1916

Verderben von Lebensmitteln.

Der Präsident des Kriegsernährungsamtes, Herr von Datocki, veröffentlicht in den „Mitteilungen aus dem Kriegsernährungsamt“ über das obige Thema folgendes:

Das Verderben von Lebensmitteln unter der Herrschaft des geltenden Kriegswirtschaftssystems beschäftigt die Öffentlichkeit in zunehmendem Maße. In der Friedenswirtschaft wendet die Öffentlichkeit dem Verderben von Waren in größeren oder kleineren Mengen wenig Interesse zu. Der einzelne Landwirt, Fabrikant oder Kaufmann, dem Ware verbitt, hat den Schaden, der Konkurrent die Schadensteude und dem Publikum ist das Mißgeschick gleichgültig, da es die Ware deswegen nicht weniger reichlich bekommt. Ihrer Natur nach leichtverderbliche Waren verderben im Frieden in großen Massen, um so mehr, je reichlicher sie erzeugt werden. Das gilt von Frühkartoffeln, von Gemüse und besonders von vielen Obstsorten, bei denen der Handel im Frieden Verluste von 10, 20 und mehr Prozent des Gesamtumsatzes als normal in die Geschäftsunkosten einrechnet. Auch Butter, Getreide, Hülsenfrüchte usw. verderben durch Mißgeschicke aller Art im Frieden in recht erheblichen Mengen, ohne daß die Öffentlichkeit sich darum kümmert. Anders ist es mit Recht jetzt im Kriege, da tatsächlich jedes Pfund Ware, das verbitt, ein Verlust für die Volkswirtschaft ist, der durch gleiche oder gleichwertige Ersatzware nicht ersetzt werden kann und der, je knapper die Gesamternährung wird, desto empfindlicher wirkt. Die durch den langen Krieg entstehende Nervosität bringt es mit sich, daß tatsächliche Beobachtungen beim Weitergehen oft übertrieben werden, daß aus 10 Pfund verderbener Butter 10 Zentner, aus einem Waggon verfaulten Kartoffeln oder Pflaumen 10 oder gar 100 Waggons usw. werden. Die Nachforschungen, die ich auf jede in der Presse in dieser Richtung erscheinende Mitteilung anstellen lasse, haben oft ganz überraschende Beispiele von Übertreibungen oder auch reiner Phantasie ergeben.

Damit ist aber nicht gesagt, daß nicht tatsächlich von den Milliarden von Zentnern, die an Lebensmitteln jährlich in Deutschland erzeugt, verarbeitet, versandt und verteilt werden, ein bedauerlich großer Teil und zwar von manchen Waren erheblich mehr als im Frieden verbitt. Das muß von allen beteiligten Stellen mit aller Sorgfalt und, wo es sein muß, mit Rücksichtslosigkeit bekämpft werden. Es ist festsam, daß die Gegner der jetzigen in großem Umfange auf staatlichem Zwang und Ausschaltung des freien Verkehrs beruhenden Kriegswirtschaft anscheinend darüber sich wundern, daß diese Kriegswirtschaft selbst bei aller Sorgfalt der beteiligten Stellen das Verderben von Waren in größeren Massen herbeiführt wie die Friedenswirtschaft. Dem volkswirtschaftlich geschulten Beurteiler sollte diese Tatsache, so traurig sie ist, eigentlich selbstverständlich erscheinen. Wäre es anders, würden wirklich, noch dazu unter den Erschwernissen des Krieges, der Aufbewahrung und der Einziehung der tüchtigsten Kräfte, der Beschränkung der Einfuhr, der Verschlebung des Bedarfs die verwickelten Vorgänge der Zuführung der Waren vom Erzeuger zum Verbraucher sich jetzt ebenso glatt und mit ebenso geringen Verlusten vollziehen wie im Frieden, dann wäre der Beweis erbracht, daß der ganz freie Handel, der diese Tätigkeit im Frieden ausübt, völlig überflüssig, daß er ein Scherzstück im Volksleben wäre, der selbst in der schwierigsten Kriegszeit ohne Nachteil ausgeschaltet und nur als Kommissionär ohne Selbstinteresse benutzt werden könnte.

Dabon ist natürlich keine Rede. Es ist völlig unmöglich, daß ein von fest besoldeten, ohne Privatinteresse arbeitenden und zum großen Teil nicht waren- und geschäftskundigen Beamten geleiteter, auf völlig neuer, im Frieden in keiner Weise vorbereiteter Grundlage errichteter öffentlicher Riesenbetrieb auch nur annähernd so billig und mit so wenig Reibungen und Verlusten arbeiten kann, wie der seit Jahrhunderten bis ins kleinste ausgebildete, auf die Ausnutzung der kleinsten Vorteile und die Vermeidung der kleinsten vermeidbaren Verluste angewiesene freie Handel. Die Summen, die durch die Ausschaltung des freien Handels bei aller Mühe der an seine Stelle getretenen Stellen an Geld für Geschäftsunkosten, für Frachten und Aufbewahrungskosten und an Verlust durch Verderben von Waren zu Buche kommen, müssen größer sein, als sie im Frieden waren. Die zwangsläufige Kriegswirtschaft ist, wie die Dinge liegen, nach meiner Ueberszeugung unbedingt notwendig und eine Abkehr von ihr wäre im heutigen Zeitpunkt verderblich. Aber trotz dieser unbedingten Notwendigkeit bleibt sie ein Uebel, und die Folgen dieses Übels müssen so lange mit in den Kauf genommen werden, bis der herannahende Frieden es einmal erlauben wird, mit dem Abbau der Kriegszwangswirtschaft zu beginnen und die freie Friedenswirtschaft wieder in ihre Rechte einzuführen.

Diejenigen, die diesen Umschwung lieber heute wie morgen sehen möchten, haben es gar nicht nötig, immer wieder die Öffentlichkeit durch Hinweise auf die Nachteile der jetzigen Wirtschaft: Verteuerung und Verderben der Ware hinzuweisen, weil diese Nachteile ganz selbstverständlich sind; und diejenigen, die wie ich das vorläufige Festhalten an dem Kriegswirtschaftssystem und in einzelnen Punkten seinen noch weiteren Ausbau für nötig halten, um die minderbemittelten nicht selbst erzeugenden Bevölkerungsmassen vor äußerster Not zu schützen, sollten erst recht nicht jene unvermeidlichen Mängel der Kriegswirtschaft immer wieder von neuem, in wemöglich die Öffentlichkeit ohne Grund beunruhigender Übertreibung hervorheben. Bieher sollten sie die ihnen zugetragenen Nachrichten zunächst sorgsam und gewissenhaft auf ihre Richtigkeit prüfen und dann entweder direkt den verantwortlichen Stellen, oder wenn sie es für nötig halten, in sachlicher, jede Übertreibung vermeidender Form der Öffentlichkeit übergeben. Undernfalls handeln sie ebenso unverständlich, wie jemand, der den jetzigen Krieg, so hart er ist, für unvermeidlich hält und der trotzdem den verantwortlichen Stellen für jeden Kriegsverlust aufgeregt Vorwürfe machen wollte.

Zum Schluß heißt es: Wer für die Dinge verantwortlich ist, darf sich weder in jener Hinsicht entmutigen, noch in dieser davon abhalten lassen, alles daran zu setzen, um die unvermeidlichen Uebelstände wenigstens auf das denkbare geringste Maß einzuschränken. In dieser Richtung ist tatsächlich an allen Enden noch viel zu bessern und jede vernünftige, sachlich begründete Angabe über bestehende Mißstände, jeder vernünftige sachkundige Rat, wie ihnen abgeholfen werden kann, wird von uns mit Dank begrüßt werden.

Morgenröte?

Die „Neue Freie Presse“ ist erhaben über den Verdacht, sozialistische Gedanken unter ihren Lesern fördern zu wollen; wäre das nicht, so könnte man zu der Meinung kommen, sie habe zwei Mitteilungen in ihrer heutigen Morgenausgabe in solch aufhegender Absicht unmittelbar hintereinander gestellt. Die eine besagt, daß das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat — es war letzten Samstag davon im „Abend“ die Rede — die Absicht habe, den Kohlenpreis um eine „Kleinigkeit“ zu erhöhen; die andere meldet, daß dem sächsischen Landtag der Entwurf des sogenannten Sperrgesetzes zugegangen ist, als Vorbereitung des Monopols der Kohlengruben, das in einigen Monaten folgen wird. Das Sperrgesetz soll verhindern, daß in der Zwischenzeit Verträge geschlossen und Handlungen vorgenommen werden, die den Staat als Inhaber des künftigen Monopols ausbeuterischen Forderungen der Finanzleute aussetzen.

So stehen in der „N. Fr. Pr.“ unmittelbar nebeneinander die verwegenste Kundgebung der kapitalistischen Ausbeutung der Bodenschätze, die Preistreiberei in Zeiten, wo man sich davor auf das sorgfältigste hüten müßte, um nicht den öffentlichen Unwillen noch ärger zu reizen, und andererseits eine Tat, die man nicht anders als Morgenröte der Erkenntnis bezeichnen kann. Was an Kohlenvorkommen im Königreiche Sachsen noch unausgebeutet ist, wird nun Gegenstand des staatlichen Monopols werden, nicht länger der Bereicherung einzelner auf Kosten der Gesamtheit dienen. Näheres darüber liegt noch nicht vor; so wie es bekannt ist, werden wir selbstverständlich darüber berichten. Schon heute darf man aber als ganz sicher annehmen, daß dieses Monopol bescheidenen Umfanges nur das Vorpiel zu einem weit bedeutungsvolleren sein kann; es ist unmöglich, daß der gegenwärtige Zustand andauere; zu sehr bricht sich die Erkenntnis Bahn, zu sehr auch sorgen die Nutznießer des Privatmonopols allenthalben dafür, daß ihre schrankenlose Gewinn gier die öffentliche Meinung aufkläre. Wir halten es nicht für möglich, daß der jetzige Zustand andauere, sondern sind überzeugt, daß die Zurücknahme der Bodenausbeutung an den Staat nahe bedorft. Deshalb sei immer wieder darauf hingewiesen, daß dies keineswegs etwa so geschehen darf, daß der Ertrag zur

Grundlage der Entschädigung dient; alles, worauf die Nutznießer im besten Falle Anspruch haben, ist, daß man ihnen das gewähre, was sie jeinerzeit selbst ausgegeben haben. Ihnen den Gewinn als Rente bewilligen, wäre das schwerste Unrecht an der Allgemeinheit, auf deren Kosten sie sich schon viel zu lange bereichert haben. Wenn es damit zu Ende geht, muß es ein wirkliches Ende sein, kein solches, daß ihnen den bisherigen Gewinn für ewige Zeiten als gänzlich arbeitsloses Einkommen sicherstellt.

Eine amtliche Verwarnung der Samster.

Aus Krems wird uns telegraphiert: Der k. k. Bezirkshauptmann Dr. Julius Ritter von Stahl in Krems a. d. Donau hat zu allgemeinen Befriedigung der Bevölkerung von Krems und Umgebung nachfolgende „Danachachtung“ erlassen:

„Ich werde in letzter Zeit mit unterschiftlosen Briefen bedacht, in denen mir alles mögliche angedroht wird. Der Schrift nach gehören die Brieffschreiber den sogenannten „besseren“ Kreisen an, und denke ich deren Unwillen durch jene Maßnahmen erregt zu haben, welche den anständigen Teil des Publikums vor den rücksichtslosen und selbstsüchtigen Samstern schützen sollen. So sehr ich nun in dieser schweren Zeit allen vernünftigen und sachlichen Vorschlägen zugänglich bin, ebenso wenig werde ich mich durch Drohungen — und seien sie die gemeinsten — von dem Pfade des Rechtes und der Pflicht abdrängen lassen. Es ist also schade um Tinte, Papier und Zeit!“

25./X. 1916

Kriegskommission für Konsumenteninteressen

In der letzten Sitzung des Arbeitsausschusses wurde zunächst mitgeteilt, daß neue Delegierte in die Kommission entsendet haben der Reichsverein der Bankbeamten und die Oesterreichische Richtervereinigung. Zum Zwecke einer besseren Fischversorgung, namentlich auf dem Wege der Zuweisung durch die Konsumentenorganisationen, sollen den maßgebenden Behörden zweckentsprechende Vorschläge erstattet werden. Die Kommission beschloß, ihre schon vor geraumer Zeit erstatteten Vorschläge betreffend die Rationalisierung des Lebensmittelverkehrs durch Wahl der Verkaufsstellen seitens der Kunden neuerdings den Behörden zur Durchführung zu empfehlen. Hierauf wurde ein Bericht genehmigt, der sich auf die Bestandesaufnahme der Lebensmittelvorräte nicht bloß bei den Produzenten und Händlern, sondern auch in den Privathaushaltungen in Stadt und Land bezieht, um dadurch einen Ueberblick über die vorhandenen Vorräte und die Möglichkeit einer gerechten Verteilung zu schaffen. Das kürzlich ins Leben getretene Ernährungsamt entspricht nicht den schon wiederholt geäußerten Wünschen der Konsumentkreise, indem es einerseits eine viel zu geringe Kompetenz hat, auch nicht genügend einheitlich organisiert ist, andererseits in dem Beirat keine zureichende Zahl von Konsumentenvertretern Sitz und Stimme hat. Die Kommission plant, in nächster Zeit abermals eine große Konsumentenkundgebung zu veranstalten und die grundlegenden Fragen der Ernährungspolitik, wie sie von der Kommission seit Jahr und Tag vertreten werden, neuerdings zur Geltung zu bringen. In längerer Debatte wurde die Frage der Gemeinschaftsküchen erörtert. Bei der Knappheit aller Lebensmittel muß mit diesen äußerst sparsam umgegangen werden. Die unheimlichen Zustände beim Einkauf, die unwirtschaftliche und so kostspielige Zubereitung im einzelnen Haushalt können nur durch die einheitlich organisierte Schaffung einer entsprechend großen Zahl von Gemeinschaftsküchen vermieden werden. Hierbei müßte jedoch wie bei der Verköstigung in den Gasthäusern der entsprechende Teil der Bezugskarten eingerechnet werden: es wären einheitliche Mahlzeitkarten auszugeben. Die Kommission wird in dieser Angelegenheit demnächst an die maßgebenden Behörden herantreten.

Unsere Bedarfsdeckung.

Auf dem Schlachtviehmarkt wurden am Montag fast um 400 Rinder mehr als auf dem Markt der vorigen Woche aufgetrieben. In Niederösterreich fanden umfangreiche Requisitionen von Rindern statt, wodurch dem Markt tausend Rinder zugeführt werden konnten, während aus den übrigen Reichsteilen bloß 533 Stück Rinder aufgetrieben wurden. Blieben auch die Preise in der gleichen Höhe wie auf dem letzten Markt, so zeigte doch das Requisitionsergebnis, daß in vielen Bedarfsartikeln eine bessere Beschickung der Märkte zu erwarten wäre, wenn eine tatkräftige Beschlagnahme so vieler zurückgehaltener Artikel folgerichtig durchgeführt würde. Wir zweifeln nicht daran, daß diese Energie doch endlich einmal Platz greifen wird, die sodann auch aufgewendet werden müßte, die Wucherpreise herabzudrücken. Gegen die ungerechtfertigt hohen Preise kann nur mit Erfolg vorgegangen werden, wenn ein energisches Requisitionsverfahren Platz greift. Freilich müßten Oesterreich und Ungarn eine wirtschaftliche Einheit werden und beide Regierungen müßten die ihnen kraft ihres Amtes zustehenden Machtmittel aufwenden, um endlich die Approvisionierung der beiden Reichshälften zu ordnen.

Wie es damit gegenwärtig aussieht, zeigen die Ergebnisse der Bemühungen, Wien mit Schweinen zu versorgen. Wir dürfen von den Höchstpreisen, die mit der ungarischen Regierung vereinbart wurden, nicht abgehen. Sie müssen sich in einer solchen Relation zu den ungarischen Höchstpreisen verhalten, daß kein Anreiz für die ungarischen Schweinezüchter vorliegt, den Wiener Markt zu beschicken. Da der Wiener Markt dadurch wirklich nicht beschickt wurde — blieben die Züchter doch auch dem ungarischen Markt fern —, so kauften die Wiener Selcher, Wirte u. s. w. direkt in Ungarn, das heißt sie kauften außer Markt. Die Höchstpreise wurden umgangen, indem den Züchtern „Spesen“ zugebilligt wurden, die sonst nicht üblich waren. Die Außermarktbezüge stiegen, während der Markt unbeschickt blieb. Beachtet muß werden, daß der private Handel durch den unkontrollierten Bezug die Höchstpreisvereinbarungen hinfällig gemacht hat. Das ist so gekommen: Schlachtreife Schweine können ohne Gefahr und Schaden nicht so lange zurückgehalten werden. Das österreichische Ernährungsamt rechnete damit, daß, wenn Oesterreich nicht kauft, die Zurückhaltung der ungarischen Mäster gebrochen würde, daß sie endlich auf den Markt müßten. Leider haben die österreichischen Interessenten nicht so lange auszuhalten verstanden und haben außer Markt höhere Preise bewilligt. Nachdem dies einmal eingerissen war, vermochten die ungarischen Mäster ohnemeiters direkt zu sehr erhöhten Preisen zu verkaufen und die Höchstpreisvereinbarungen waren hinfällig.

Auch diese Woche war der Markt unbeschickt, aber auch die Außermarktbezüge von Fettschweinen haben eine bedeutende Abschwächung erfahren. Es wurden außer Markt 4155 Fettschweine, das ist um 3109 Fettschweine weniger als in der letzten Woche bezogen. War der Bedarf für Wien geringer geworden? Nein, die geringeren Bezüge sind eine Folge der Verfügung der ungarischen Behörden, wonach der Einkauf von Schweinen in Ungarn an eine spezielle Bewilligung gebunden wird. Ungarn mißt uns mithin ein Kontingent zu, das unseren Bedarf nicht deckt, und wir sind nicht in der Lage, gegen diese Einschränkung des Auftriebes irgend welche Maßnahmen zu treffen. Wie sehr unser Konsum von dieser Einschränkung betroffen wird, geht daraus hervor, daß der Wiener Markt sogar noch im Kriegsjahr 1914 zur gleichen Zeit mit mehr als elftausend Fett- und mit siebentausend Fleischschweinen beschickt wurde. Diese Woche wurden 89 Fleischschweine außer den 4155 Fettschweinen außer Markt bezogen! Man kann daraus ersehen, wie mangelhaft unser Fleisch- und unser Fettbedarf gedeckt wird.

Aber auch mit anderen Bedarfsartikeln werden wir weit schlechter versorgt, als wir versorgt werden könnten. Unser Ernteergebnis an Hülsenfrüchten in Niederösterreich ist gewiß sehr gering. Wir bekommen aber von diesem geringen Ertragnis gar nichts zu Markt, weil die Bauern die Uebernahmepreise von 55 Kronen für Erbsen und Binsen und von 40 Kronen für Bohnen zu niedrig finden. Die Marktlage gestaltet sich, was die Beschickung mit vielen Bedarfsartikeln anlangt, immer trauriger für alle die, die gezwungen sind, ihre Bedürfnisse im kleinen Einkauf zu decken. Bei den Kleinkäufern sind stets Tafeln ausgehängt, welche ankündigen, daß alle staatlich bewirtschafteten Bedarfsartikel ausverkauft sind. Die Zuckerpriese sind erhöht worden, aber der Zuckermangel herrscht vor, trotzdem dem Kleinhandel Zucker bereits zugeführt wird. Kaffee fehlt infolge der Einstellung des Imports. Mehl ist nur unter unsäglichen Mühsalen zu bekommen. Petroleum fehlt. Es fehlt aber auch an nicht staatlich bewirtschafteten Bedarfsartikeln. Gestern waren keine Eier auf dem Markte. Die galizische Ware ist dem Markte gänzlich ferngeblieben. Die jüdischen Feiertage haben auf die Beschickung des Marktes hemmend eingewirkt, denn es fehlten die arbeitenden Hände. In einigen Tagen dürften wieder Eier auf den Markt gebracht werden können, vorläufig herrscht ein empfindlicher Eiermangel. Für Konservierungszwecke sind in Wien bei Händlern 2.300.000 Stück Eier beschlagnahmt worden und die Gemeinde hat diese Eier angefordert. Bisher ist keine Verfügung getroffen worden, ob die Eier der Stadt Wien oder der Oesterreichischen Zentraleinkaufsgesellschaft überlassen werden. Diese Unentschlossenheit in den obersten Ernährungsämtern ist der raschen Approvisionierung der Bevölkerung nicht förderlich und wir wünschen recht lebhaft, daß sie endlich dort weiche, wo rasches Handeln geradezu unerlässlich ist. Sollen wir noch mehr von unseren Versorgungsnoten sprechen? Unsere Bewunderung erregen gegenwärtig jene Haushalte, die nach Hauspersonal in den Tagesblättern inserieren, Köchinnen suchen und dadurch Personal anzuloden suchen, daß man versichert, es gebe kein Anstellen, denn Kochmaterial sei genügend vorhanden! Im „Neuen Wiener Tagblatt“ können dergleichen Inserate nachgelesen werden. Öffentlich sorgt das Ernährungsamt dafür, daß auch die weniger Glücklichen mit Kochmaterial soweit versehen werden, damit sie nicht hungern müssen.

Die Ernährungsfragen im Haushalts-Ausschuß.

Im Reichshaushalts-Ausschuß erklärte gestern bei der Beratung über die Getreideversorgung ein Redner der Fortschrittlichen Volkspartei, es sei wohl möglich, die Brottrationen zu erhöhen. Gezielt solle man vorsichtig sein, aber der Wirtschaftsplau enthalte erhebliche Reserven. Die Zahl der auszugehenden Nationen sei sicherlich zu hoch angenommen; auch der Bedarf der Heeresverwaltung sei zu hoch angesetzt, wenn natürlich auch an dieser Stelle nicht getarnt werden dürfe. Was die Verteilung der Arie anbelangt, so sei die Partei des Redners der Meinung, daß die Arie ausschließlich zum Zwecke der Milchproduktion verwendet werden müsse, wie dies der fortschrittliche Antrag fordere. Hafer und Futtergerste brauchen nicht teurer zu sein als Roggen. Die Herstellung von Erfasstoffen sollte noch über das in Aussicht genommene Maß gesteigert werden, im Hafer seien noch große Reserven enthalten. Der Redner ist gegen eine zu starke Rücksichtnahme auf die bayerische Brauindustrie. Alle Sonderinteressen müßten zurücktreten.

Ein Redner der Deutschen Fraktion hat gleichfalls den Eindruck, als könne man hinsichtlich des Brotgetreides etwas weitergehen, aber man müsse festen Boden unter den Füßen behalten. Der Roggen habe vielfach enttäuscht. Hafer und Gerste sollte man nicht im Preise benachteiligen.

Ein Zentrumsredner erklärt die bisherige Getreidebewirtschaftung für vorbildlich. Das Preisystem müsse zu geeigneter Zeit revidiert werden.

Präsident von Batacki erwidert, die Druschprämien seien nicht ideal, aber mit Rücksicht auf den Bedarf nicht zu umgehen. Des Kriegsministerium halte an seiner Forderung auf rasche Lieferung von Hafer fest. Der Redner unterstreicht seine früher gemachten Ausführungen über die Gerstenpreise. Die bayerische Gerstenfrage liege äußerst verwickelt.

Unterstaatssekretär Michaelis führt aus, daß die Zahl der eingesetzten Nationen immer etwas größer sein werde als die Zahl der wirklich vorhandenen Personen, das liege an der Fluktuation der Bevölkerung zwischen den einzelnen Bezirken. Wir dürfen uns nicht mit Rücksicht auf die Reserven zu Maßnahmen verleiten lassen, die dazu führen könnten, daß wir nicht durchhalten. Die Ablieferungen seitens der Produzenten seien in guter Weise erfolgt.

Oberamtmann Jörg gibt Auskunft über die Art, in der die Abnahme des Getreides erfolge.

Ein sozialdemokratischer Redner bezeichnet eine Erhöhung der Brottrationen für überaus wünschenswert; sobald es irgend angehe, so solle man dazu schreiten. Wie die Petition des Mühlenverbandes beweise, seien die Mühlen mit der jetzigen Regelung noch nicht zufrieden.

Ein Antrag zur Regelung der Hauschlachtungen.

Es ist ein konservativer Antrag eingelaufen, der eine Abänderung der Verordnung über die Regelung des Fleischverbrauchs dahingehend bezweckt, daß

1. Geflügel von der Verbrauchsregelung ausgenommen wird,
2. die Bestimmungen über die Verbrauchsregelung der Selbstversorgung so festgesetzt werden, daß bei Hauschlachtungen in jedem Jahr vom Inkrafttreten der Verordnung ab, ein Schwein ohne Anrechnung auf die wöchentliche Verbrauchshöchstmenge geschlachtet werden darf und bei allen weiteren Schlachtungen von Schweinen die Anrechnung mit drei Fünfteln des Schlachtgewichts vorsehen wird,
3. die gemeinsame Wästung von Schweinen (sogenannten Penfionschweinen) möglichst erleichtert wird.

Ein nationalliberaler Redner bemerkt, daß die mannigfache Bevorzugung Bayerns beim Braukontingent anderwärts unangenehm empfunden werde.

Unterstaatssekretär Michaelis führt aus, wenn, wie von einigen Rednern angedeutet, das Mehl nicht immer einwandfrei sei, so hänge das mit dem Ausmahlungsverhältnis zusammen. Mit dem Mühlenverband sei verhandelt worden, im Prinzip geschehe alles, was er will, praktisch könne man nicht alle seine Wünsche erfüllen.

Ein fortschrittlicher Redner will davon Abstand nehmen, allzusehr auf eine Erhöhung der Brottration zu drängen, obwohl diese vielfach eine große Erleichterung schaffen würde. Der kleine Bauer könnte die Hinterkornpolitik nicht verstehen. Auch die Preispolitik errege Verstimmung.

Billigere Nährmittel.

Ein sozialdemokratischer Redner meint, die Erhöhung der Brottration würde keinen großen Betrag an Getreide erfordern. Die Preisabstufung zwischen den einzelnen Getreidearten müsse dieselbe bleiben wie im Frieden.

Präsident von Batacki: Die Ariefrage hat sich verschoben, weil die Heeresverwaltung auf ihre Arie verzichtet hat; die dadurch freigewordene Arie soll solchen Anhaltern zugewandt werden, die ihre Milch zum Verkauf bringen. Bei der Kontingentierung der Braugerste habe ich mir vorbehalten, auf 25 % herunterzugehen; ob dies möglich sein wird, läßt sich noch nicht absehen. Die Wiederherstellung der ostpreussischen Landwirtschaft hat hocherfreuliche Resultate ergeben. Der Redner verspricht schließlich, daß die Nährmittel mit allem Nachdruck billiger gemacht werden sollen.

Ein Regierungsvertreter beipricht die Frage der Hülsenfrüchte. Ackerbohnen können nur soweit abgefordert werden, daß dem Landwirt genug für seinen Betrieb übrig bleibt.

Ein konservativer Redner glaubt, die kommende Volkszählung werde voraussichtlich ergeben, daß wir größere Reserven haben, als jetzt auf dem Papiere steht. Aber vor der Einführung neuer Verteilungsmassstäbe müsse erst eine völlige Klärung abgewartet werden. Die Erzeugung von Nährpräparaten dürfe nicht verzögert werden.

Ein Zentrumsredner weist darauf hin, daß das Personal für Dreschmaschinen sehr knapp sei, dem müsse durch Beurlaubungen abgeholfen werden.

Präsident von Batacki rechtfertigt den hohen Preis für Futterbohnen. Das Futter sei überaus wertvoll und könne heute schwerer denn je entbehrt werden.

Die Debatte über diesen Teil der Ernährungsfrage ist damit geschlossen. Die Weiterberatung der anderen Ernährungsfragen wird auf Mittwoch vormittag vertagt. Vor der Beratung wird der Reichschatzsekretär seinen bereits angekündigten Vortrag über die Finanzlage halten.

Keine Kartoffeln zu Branntwein. Wie die „Köln. Ztg.“ von zuständiger Seite erzählt, soll in den nächsten Tagen durch Beschluß des Bundesrats die Bearbeitung von Kartoffeln zu Branntwein in Kleinbrennereien verboten werden, um den Bedarf der Bevölkerung an Kartoffeln sicherzustellen. Wer entgegen dem Verbot Branntwein herstellt, hat neben einer empfindlichen Geldstrafe die Einziehung des verbotswidrig hergestellten Branntweins zu gewärtigen.

25./X. 1916

Roedern über die Finanzlage des Reiches

Der Reichshaushaltsausschuß setzte heute vormittag seine Beratungen fort. Vor Eintritt in die Tagesordnung hielt der Reichsschatzsekretär Graf von Roedern einen Vortrag über die Finanzlage des Reiches. Er legte im Verlauf dieses Vortrages die Praxis unserer Finanzpolitik während des Krieges dar, die darauf ausgeht, die schwebende Schuld in Form von Schaßanweisungen durch langfristige Anleihen zu konsolidieren. Bisher sind an Krediten 54 Milliarden Mark bewilligt, davon sind 48,6 Milliarden bis 30. September ausgegeben worden, davon 37,5 Milliarden durch Anleihen, der Rest durch Schaßanweisungen. Im Monat Oktober werden Rückzahlungen an die Bundesstaaten für vorausgabte Unterstützungsgelder in Höhe von 250 Millionen Mark zur Auszahlung gelangen. Der Staatssekretär bespricht die neue Kreditvorlage, deren Höhe 12 Milliarden Mark beträgt. Die Mitteilungen waren im übrigen streng vertraulicher Art. Der Staatssekretär beabsichtigt, in der Volkversammlung am Freitag der Öffentlichkeit Aufschluß zu geben.

Die Ernährungsfragen.

Hierauf kam General v. Oven auf die gestrigen Ausführungen eines Redners über den Haferbedarf des Heeres zurück und bezeichnete die von dem Redner aufgemachte Rechnung als irrig. Die Haferationen für die Militärpferde, insbesondere des Besatzungsheeres, seien vor längerer Zeit herabgesetzt worden. Die leichteren Pferde erhielten 4,2 Kilogramm, die schwereren Pferde 7 Kilogramm; Pferde des Feldheeres 5 bzw. 7,5 Kilogramm. Bei der Inanspruchnahme der Pferde, namentlich auch nachts, sei diese Menge nicht nur nicht zu hoch, sondern notwendig, um die Tiere in gutem Stand und bei Kräften zu halten. Bei der Berechnung des Bedarfs sei eine gewisse Sicherheitsquote im Hinblick auf mögliche Verluste, wie Schwund beim Transport und der Zufuhr in die vorderen Linien, eingelegt. Anordnungen für möglichst sparsame Bewirtschaftung des Hafers seien erlassen.

Ein Redner der Konservativen äußerte den Wunsch, den Pferden der landwirtschaftlichen Betriebe die bisherige Haferation zu belassen. Dagegen könnten beim Militär sehr wohl im Hinblick auf die gute Raufutterernte Ersparnisse an Hafer gemacht werden. Panzerpferde brauchten keineswegs 7 Kilogramm Hafer. In ähnlichem Sinne äußerte sich ein Vertreter der Deutschen Fraktion. An manchen Stellen der Front scheine das Verständnis für die Bedürfnisse der landwirtschaftlichen Pferdehalter zu fehlen. Daher müsse die Militärverwaltung selbst viel stärker auf Sparsamkeit drängen.

Dem stimmte auch ein Redner der Fortschrittspartei zu. Bei den wohlhabenden Leuten, deren Wagenpferde wohl genährt ausfallen, müsse gleichfalls eingegriffen werden.

General v. Oven sagte möglichstes Entgegenkommen in diesem Punkte zu.

Dann wandte man sich zur Beratung der

Regelung der Gemüse-, Obst- und Zuckererzeugung.

Der Berichterstatter verwies einleitend auf die einschlägigen Bundesverordnungen, den vom Kriegsernährungsamt vorgelegten Wirtschaftssplan und die von den Fraktionen eingebrachten Anträge. Die Zuckererzeugung betrage 768 000 Tonnen. Der Zuckerpriß solle auf der bisherigen Höhe gehalten werden. Die Preisregelung für Rohzucker sei einheitlich für das ganze Reich vorgehen. Die zuckerhaltigen Futtermittel, Schnitzel und Melasse, sollten in größerem Maße der Landwirtschaft zugewendet werden. Das liege auch im Interesse der Erzeugung.

Ein Fortschrittler gab zu, daß es unmöglich sei, Obstverordnungen herauszugeben, die alle Kreise befriedigten. Zudem seien die Verordnungen erst gekommen, als die Preisentwicklung schon sehr vorgeschritten gewesen sei. Bei der Obstfrage habe sich besonders gezeigt, daß die Zentralisierung viel zu weit getrieben werden könne. Die Verordnungen von Berlin aus hätten viel Verwirrung angerichtet. Die Preisgestaltung sei sonderbar; der Erzeuger erhalte 10 Pfg., der Händler 25 Pfg. für das Obst. Daß so der Händler einen 1½-fach höheren Preis als der Erzeuger bekomme, habe die Erzeuger verbittert und zur Zurückhaltung veranlaßt.

Präsident v. Batocki teilte mit, die Beratungen beim Kriegsernährungsamt über Preisfestsetzung für Kohlrüben seien abgeschlossen, und noch heute werde eine Verordnung erlassen. Runkelrüben und andere Wurzelfrüchte müßten auch in die Höchstpreisverordnung einbezogen werden. Außerdem sei vorgesehen, den Landräten das Recht des Ausfuhrverbotes für Rübenfrüchte zu geben, um Nachschüssen des Handels zu verhindern. Der Erzeugerpreis für Kohlrüben werde auf 2,50 M., für Runkelrüben auf 1,80 M. für den Zentner frei Bahn, für Möhren auf 4 M. festgesetzt. Die Kommunen sollten ermächtigt werden, für ihren Bedarf 50 Pfg. mehr zu zahlen. Der Zuckerrübenbau sei infolge Mangels an Gespannen und Arbeitskräften erschwert. Maßnahmen zur Förderung der Erzeugung und Deckung des Zuckerbedarfs würden erwogen.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter begrüßte die angekündigte Herabsetzung der gegenwärtigen Preise. Zu bedauern sei, daß beim Gemüse nicht in gleicher Weise verfahren werde.

Ein Redner des Zentrums fand die Verhältnisse auf dem Gemüsemarkt sehr bedauerlich. Die angekündigte Verordnung sei ungenügend. Die unglücklichste Verordnung sei die Obstbeschlagnahme gewesen. Er verstehe nicht, wie man die Beschlagnahme von Pflaumen, einer so leicht verderblichen Ware, habe anordnen können, ohne dafür zu sorgen, daß Abnahme und Abfuhr vorher vorbereitet worden seien. Wenn die Militärverwaltung das verlangt habe, so hätte das Kriegsernährungsamt es einfach ablehnen müssen mit der Begründung, daß die Vorbereitungen dafür nicht getroffen seien. Die Preisfestsetzung für Obst hätte auch nicht das Richtige getroffen und die ganze Verordnung die Versorgung der württembergischen Bevölkerung mit Obst in Frage gestellt. Daß die Fabrikation von Malzkaffee allein der Firma Rathkreiner übertragen worden sei, müsse er rügen.

Auf die Tagesordnung der nächsten Reichstagsitzung am Donnerstag hat der Präsident noch folgende Punkte gesetzt: Mündlicher Bericht des Reichshaushaltsausschusses betreffend die Schußhaft während eines Krieges (Berichterstatter Abg. Dr. Stresemann), mündlicher Bericht des gleichen Ausschusses betreffend die politische Zensur (Berichterstatter Abg. Dr. Stresemann), ferner mündlicher Bericht über Petitionen, betreffend die auswärtige Politik (Berichterstatter Abg. Dr. Stresemann), endlich mündlicher Bericht über Fragen der Gefangenenbehandlung (Berichterstatter Abg. Prinz zu Schoenaich-Carolath). Als erster Punkt stand schon bisher auf der Tagesordnung: die Beratung von Angelegenheiten der auswärtigen Politik und des Krieges während der Vertagung in dem Reichshaushaltsausschuß.

26./X. 1916

Anpassung der Küche an die Kriegsnotwendigkeiten.

In einer von der Noth veranstalteten, gutbesuchten Versammlung auf der Hohen Warte hielt gestern Frau Priester aus Frankfurt einen Vortrag über die Ernährungsfragen in der Kriegszeit. „Die Kämpfer an der inneren Front“ nennt Frau Priester die Frauen, ihr Kampf gilt der verhängnisvollen Knappheit unserer Lebensmittel. Unsere Waffe dagegen sei der leider bis jetzt verspottete Vegetarismus. Die Pflanzenkost sei vollständig imstande, dem menschlichen Organismus jene Nährwerte zu geben, die er braucht, und trage durch die Vermeidung oder Verminderung der Fleischkost bei,

den Viehbestand zu schonen und die Milchwirtschaft dem allgemeinen Bedürfnis entsprechender zu gestalten. Die wichtigsten, momentan in Betracht kommenden eiweißhaltigen Nahrungsmittel seien Hülsenfrüchte, besonders Bohnen, ferner Käse, Kastanien und Nüsse. Sie werden als Fleischersatz verwendet. Ganz kleine Mengen genügen, um das Fleisch entbehrlich zu machen, deshalb müssen sie, wenn auch teuer, doch gekauft und verwendet werden. Es sei sehr wichtig, daß alle Lebensmittel jetzt möglichst fein zerkleinert, sehr weich gekocht und außerdem noch überaus sorgfältig gekaut werden. Merkblätter zur Ermahnung zum Kauen sieht man im Deutschen Reich in allen Bahnhöfen, in allen Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden. Die fettarme Küche sei dem Magen ganz zuträglich. Tatsächlich seien jetzt überraschend viel Magenkatarrhe geheilt. Die meisten Nahrungsmittel besitzen übrigens auch etwas Fettgehalt, Nüsse enthalten zum Beispiel bis zu 66 Prozent Fett. Sehr wichtig sei die Erzeugung von Magerkäse, der ein wertvolles Nahrungsmittel sei und getrocknet, in Verbindung mit Kartoffeln, den weitesten Bevölkerungskreisen zugänglich gemacht werden müßte. Auch Pilze bieten einen nährhaften Fleischersatz.

26./X. 1916

* Die Lebensmittelversorgung in Berlin-Wilmersdorf. In der gestrigen Wilmersdorfer Stadtverordnetenversammlung stellte Stadtv. Raste (Freie Fraktion) folgende Anfrage: „Welche Maßnahmen gedenkt der Magistrat zu treffen, daß die Bürger Wilmersdorfs genügend mit Kartoffeln versorgt werden, da sehr viele Bürger Friedenau in Wilmersdorfer Geschäften die Kartoffeln einkaufen.“ — Stadtrat Wenzel wies darauf hin, daß in Groß-Berlin die Kartoffelgemeinschaft herrsche, und daß ein Abschluß gegen Friedenau nicht möglich und auch wegen der freundschaftlichen Beziehungen nicht beabsichtigt sei. — Stadtbaurat Müller, der Dezernent für die Fleischversorgung, bemerkte u. a.: Durch das Nummern- und Kundensystem, das in Wilmersdorf den Verkehr zwischen Publikum und Schlächtern regelt, ist es gelungen, die häßlichen Ansammlungen vor den Schlächterläden zu unterbinden. Der von der Stadtverordnetenversammlung für etwaige unvorhergesehene Verluste aus der Fleischversorgung bereitgestellte Betrag von 100 000 M. braucht voraussichtlich nicht in Anspruch genommen werden, es ist vielmehr ein Ueberschuß zu erwarten, der nach Einstellung der städtischen Fleischversorgung den Schlächtern im Verhältnis der von ihnen bezogenen Mengen zugute kommen soll. Zum Schluß kam der Redner auf die städtische Fleischhalle zu sprechen, die 18 bis 20 v. H. der Wilmersdorfer Bevölkerung mit Fleisch versorgt. Die beklagten Mißstände sind hier zum Teil vom Publikum selbst verschuldet. — Der Nahrungsmitteldezernent Stadtrat Wenzel erklärte u. a.: Da der größte Teil aller Nahrungsmittel durch die vom Kriegsernährungsamt ins Leben gerufenen Gesellschaften den

Städten zur Verteilung überwiesen wird, sind die für den freien Handel übriggebliebenen Nahrungsmittel an Zahl nur noch gering. Besonders leiden hierunter die kleineren Gewerbetreibenden, die bisher von den sogenannten Großhändlern beliefert wurden. Dieses Gewerbe hat durch die geringen Mengen von Waren, zu denen noch durch den Krieg bedingte erhöhte Unkosten treten, nicht mehr seine Rechnung gefunden und hat sich daher ausgeschaltet. Um die hierdurch entstandene Lücke auszufüllen, hat sich der Magistrat als Bindeglied eingeschaltet und alle noch im freien Handel irgendwie zu erhaltenden Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände angekauft, um sie den Kleinhändlern zwecks Abgabe an die Verbraucher zuzuführen. Die Händler haben sich zu Verbänden zusammengesügt, und das Zusammenarbeiten mit dem Magistrat ist zu einer sehr segensreichen Einrichtung für die Bürger sowohl wie für die Händler selbst geworden. Im besonderen sind die nach Hunderten zählenden Kriegerfrauen dadurch in die Lage versetzt, ihr Geschäft aufrechtzuerhalten. — In der kurzen Erörterung dankten die Voritzenden der bürgerlichen Fraktionen dem Magistrat für seine zielbewußte Arbeit, die anderen Vororten zum Vorbild gedient habe.

26./X. 1916

Ernährungsfragen im Haushalts-Ausschuß.

Im Reichshaushaltsausschuß beauftragte im weiteren Verlauf der gestrigen Sitzung ein Redner der Deutschen Fraktion einen Antrag seiner Partei, daß bis drei Prozent der geernteten Zuckerrüben der minderbegüterten Bevölkerung zur Herstellung von Aufstreichmitteln zu einem drei Mark für den Zentner nicht übersteigenden Preis zur Verfügung gestellt wird.

Ministerialdirektor v. Batoeki führt aus: Wenn die Gemüse- und Obstverordnungen sich in der Hauptsache nicht bewährt haben, so ist dies in erster Linie der leichten Verderblichkeit der betreffenden Gegenstände zuzuschreiben. Ein Verbraucherhöchstpreis läßt sich nicht durch das R. E. A. festsetzen, sondern nur durch die Landeszentralbehörden. Die Höchstpreisfestsetzung für Pflaumen ist bald als zu hoch, bald als zu niedrig kritisiert worden. Die Spannung zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreis ist hier auch im Frieden ziemlich hoch. Angesichts der Verluste, die durch Warenverderb entstehen, kann man sie nicht ohne weiteres als wucherisch bezeichnen. Es kommt wohl vor, daß infolge der Maßnahmen der Behörden das eine oder andere verdirbt, aber man darf hier nicht übertreiben. Die Klagen über mangelnde Dispositionen der Reichsstelle für Gemüse sind nicht berechtigt. Hinsichtlich der Äpfel wird jetzt ein anderes System versucht als das bei den Pflaumen mißglückte. Der Weistohlmart ist durch die Tätigkeit der Kommunalverbände verderben worden; jetzt soll größeren Bezirken eine Art Landlieferung auferlegt werden. Die Preise müssen nach örtlichen Verhältnissen geregelt werden. Der geforderte ausschließliche Verkauf nach Gewicht läßt sich nicht einheitlich vorschreiben. Ohne die Spannung zwischen den Preisen für Rohzucker und Raffinade würden verschiedene Raffinerien nicht arbeiten. Die Verarbeitung von Zucker zu Schokolade läßt sich nicht verbieten, weil dadurch über 30 000 Arbeiter arbeitslos werden würden.

Schlechte Weinernte.

Angesichts der schlechten Weinernte läßt sich auch die Abgabe von Zucker an die Winzer nicht umgehen, die Trauben sind durchweg so krank, daß sie sich nicht zu Mus verarbeiten lassen. Die Verarbeitung von Zuckerrüben zu Marmelade würde nur in wenig Haushaltungen möglich sein; den Fabriken ist eine namhafte Menge zugewiesen worden. Die Herstellung der Kaffeesurrogate läßt sich mit Rücksicht auf die Getreinvorräte nicht freigeben; es sind sämtliche Mältereien herangezogen worden, hinsichtlich der Malsfabriken wird die Frage noch geprüft. Die Preise sind knapp kalkuliert, im nächsten Jahr können sie etwas herabgesetzt werden.

Ein nationalliberaler Redner wendet sich gegen die Beunruhigung der Bevölkerung durch falsche Gerüchte. Man müsse der Bevölkerung die Nahrungsmittel so schnell, als es nur irgend angeht, zuführen. Ueber die Zwetschen-Verordnung herrschte allgemeine Erbitterung; die Autorität der Regierung habe dadurch gelitten. Der Redner tritt für die Hinzuziehung tüchtiger Sachverständiger ein.

Ein fortschrittlicher Redner erklärt den Preiskonservativen Antrag, der der ärmeren Bevölkerung Zuckerrüben billig zur Verfügung stellen will, für beachtenswert. Auf Kaffeeersatz könne nicht verzichtet werden, eher noch ließe sich das Bier entbehren. Der Kleinhandel müsse ausreichend verdienen, um lebensfähig zu bleiben. Ein anderer fortschrittlicher Redner erklärt die Schokoladenfabrikation sollte man schon im Interesse des Meeres nicht unterbinden, es handle sich hier um ein konzentriertes Nahrungsmittel. Der Redner fragt, warum auf dem Lande reichlichere Zuckerrationen gegeben werden als in den Städten. Die Hinzuziehung des Zuckergroßhandels würde eine weit bessere Verteilung garantieren. Das Verfahren des Kriegsausschusses für Kaffee gegenüber dem alten soliden Kaffeehandel sei beispielsweise, ebenso die Art der Enteignung zu einem minimalen Preis.

Ein Sozialdemokrat ist der Ansicht, daß mit dem Honig schlecht gewirtschaftet worden sei, die enorme Preissteigerung mache Honig für die ärmere Bevölkerung unerschwinglich. Unverständlich sei die Preisfestsetzung der Kaffeesurrogate.

Auf die Frage, ob die Marmelade Neigung zeige, zu verderben, antwortet Herr von Batoeki, er fürchte, es werde ziem-

lich viel verderben wegen der geringen Sachkunde, mit der vielfach in Haushaltungen eingekocht würde. Alle Maßnahmen müßten, um zweckmäßig zu wirken, von langer Hand vorbereitet sein, das Fehlen solcher Vorbereitungen sei beim Obst verhängnisvoll geworden. Den Handel könne man nicht entbehren, ebenso wenig die fabrikmäßige Herstellung von Marmeladen. Die Kriegswirtschaft bringe es mit sich, daß die Behörden vielfach mit ungeschickter Hand eingreifen, manchen Schaden und Nachteil müsse man in Kauf nehmen. Im Winter müsse vorbereitet werden, was im nächsten Jahr geschehen solle. Das Kriegsernährungsamt kenne die Fehler der Kriegswirtschaft ganz genau und besser als die Herren, die kritisieren. Die Verteilung von Zucker an Imker habe auch ihre zwei Seiten. Den Winzern werde nicht mehr Zucker als unumgänglich notwendig gegeben. Die Verwendung von Zuckerrüben zur Herstellung von Marmeladen in Arbeiterhaushalten habe auch ihre Bedenken.

Ein Vertreter des Kriegsausschusses für Kaffeeverforgung erklärt, daß die Beschlagnahme des Kaffees überall gleichmäßig und gegen Gewährung des Einstandspreises erfolgt sei. Den vorgetragenen Einzelfällen werde nachgegangen werden. Die Herstellung von koffeinfreiem Kaffee geschehe auf Ersuchen von Lazaretten, Sanatorien, Ärzten usw. Das Privatkapital im Kriegsausschuß betrage nur 500 000 Mark und werde mit 5 Proz. verzinst. Zur Herstellung von Ersatzkaffee seien alle Betriebe, die sich im Frieden damit befaßten, herangezogen worden. Die Preise seien genau berechnet.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Freitag vormittag vertagt.

Die Stadtverwaltungen und der Krieg.

Sitzung der Geschäftsleitung des Bundes der deutschen Städte Österreichs.

Am 24. Oktober fand im Wiener Rathaus unter dem Vorsitz des Abg. Kraft und in Anwesenheit des Bundesobmannes Bürgermeister Dr. Weiskirchner eine Sitzung der Geschäftsleitung des Bundes der deutschen Städte Österreichs statt. Zu Beginn der Sitzung hielt der Vorsitzende dem Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh einen von den Anwesenden stehend angehörten Nachruf, in dem er sagte, daß Graf Stürgkh ein Beispiel von Hingebung, Fleiß und Ausdauer für die Sache seines Vaterlandes war. „Wenn wir auch nicht mit allem, was er getan hat, einverstanden sein konnten, so haben wir doch bei ihm immer wohlwollendes Gehör und oft auch guten Rat gefunden. Er war ein Staatsmann, der sicher das Beste wollte, wenn es ihm auch in dieser schweren Zeit nicht immer möglich war, sein Bestes zu geben.“

Es wurde sodann in die Tagesordnung eingegangen. Der von der Stadt Salzburg auf dem Städtetag gestellte Antrag auf Einsetzung eines Kriegswucherrates wird dem großen Ausschuss vorgelegt werden. Die Stadt Salzburg wurde ersucht, die Berichterstattung hierüber zu übernehmen. Es gelangten hierauf die immer schwieriger werdenden Verhältnisse bezüglich der den Städten zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte zur Sprache. Es wurde beschlossen, in einer Eingabe an die zuständigen Ministerien darauf hinzuweisen, daß eine weitere Entziehung von Arbeitskräften im Interesse einer klugen Durchführung der wichtigen den Stadtverwaltungen obliegenden Aufgaben, insbesondere der Militärangelegenheiten, des Gesundheitswesens und der Volksernährung unbedingt vermieden werden müsse. In der Kartoffelfrage wurde darauf hingewiesen, daß es nötig sei, die Kartoffelernährung der Bevölkerung mit allen Mitteln sicherzustellen und daß zu diesem Behufe eine Einschränkung der Spiritusherzeugung auf das unbedingt notwendige Maß Platz zu greifen hätte. In der Frage des Städtecredits erstattete Bürgermeister Dr. Weiskirchner einen eingehenden Bericht und stellte den Antrag auf Einsetzung eines Unterausschusses, welcher auch angenommen wurde. Zum Schlusse beschäftigte sich die Geschäftsleitung mit der Frage der gleichmäßigen Verteilung der Nahrungsmittel und beschloß, an die Regierung die Aufforderung zu richten, bei Verteilung der vom Staate reglementierten Lebensmittel „keine Differenzierung der Bevölkerung eintreten zu lassen,“ sondern nach dem Grundsatz einer vollständig gleichen Behandlung der gesamten Bevölkerung vorzugehen, wobei die als notwendig erkannte Berücksichtigung der Schwerarbeiter aufrechtzuerhalten ist.

Haus- und Heimsuchungen.

Es wird wahrhaftig Ernst gemacht. Die Geschichte von den behördlichen Revisionen, bei denen sich die Polizei an fleischlosen Tagen in den Häusern der Bemittelten als uneingeladener Gast an den Tisch setzt und in der Küche die Dedel von den Töpfen hebt, um nachzusehen, ob nichts Fleischliches darin zur unmittelbaren Hungerstillung vorbereitet wird, ist nicht bloß erfunden, um die großen vermögenden Kinder zu schrecken; nein, sie ist buchstäblich wahr. Auch die Tausende von Kronen, die da als Strafe zugunsten der Armen einkassiert werden, stehen nicht nur auf dem Papier. Der einzelne, dem da der verbotene Bissen beim Anblick der gestrengen Obrigkeit im Halse stecken bleibt und der dann tief in den Säckel greifen muß, um das so teuer erstandene Fleisch noch einmal zu bezahlen, ganz gewaltig zu überzahlen, mag wohl das Gefühl haben, daß ihm hart mitgespielt wird und daß die Beschränkung seiner persönlichen Freiheit nicht ganz im richtigen Verhältnis zu dem steht, was er sich durch Einhaltung der strengen Verbote für die Gesamtheit vom Munde abspart.

Aber die Heimsuchung, die ihn trifft, hat auch eine symbolische Bedeutung, und gerade die Reinsüchtheiten, die mit solchem Erwischen und Erwischtwerden verbunden sind, besitzen ihren pädagogischen Wert. Daß man die Reichen, die sich vom Durchhalten gleichsam loszukaufen versuchen, und auch diesmal von Gleichheit und Brüderlichkeit nichts wissen wollen, kräftig beim Geldbeutel faßt und an den Pranger stellt, wird von den übrigen, denen der Fleischgenuß nicht nur an drei Tagen der Woche verjagt

bleibt, mit ethischer und patriotischer Schadenfreude ausgenommen. Die Behörde macht sich bei denen unbeliebt, die, wie man in Wien sagt, stets für sich eine Extrawurst gebraten haben wollen, aber sie wird dafür populär bei den anderen, die oft darüber murren, daß die Gesetze zwar für alle da sind, aber nur gegen sie angewendet werden.

Die Haus- und Heimsuchungen bei solchen, die sich ihr Guhn im Lops auch an fleischlosen Tagen gönnen, sind also gewiß berechtigt und lobenswert. Aber vielleicht sollte man doch noch um einen Schritt weiter gehen. Um den kleinen Schritt von der Stadt aufs Land. Denn in der Stadt handelt es sich im großen und ganzen doch nur um die Erzwingung von Recht und Billigkeit und um die Erbringung des Beweises, daß die Reichen sich das Fleisch zwar immer kaufen, es aber auch nicht jederzeit verzehren dürfen. Für die Fleischvorräte, die den Massen der Bevölkerung zur Verfügung bleiben, sind die Fleischspeisen, die die Revisoren den Reichen vom Tisch wegkonfiszieren, und von deren künftigen Einkauf sie die Gewichte abschrecken, doch kaum von besonderer Bedeutung. Der Arme freut sich, daß man dem Reichen so scharf auf den Mund sieht, aber er hofft nicht, daß ihm das zum Sattessen verhelfen könnte. Dagegen ist er fest davon überzeugt, daß draußen auf dem flachen Lande bei den Bauern und Gutsbesitzern noch Vorräte angehäuft und verborgen sind, die schon besser ausgehen würden, wenn man sie alle aus ihren Verstecken herausholen könnte. Er rechnet sich aus, daß der Landwirt, bei den Preisen, die er jetzt für die Erzeugnisse seines Bodens erhält, größere Vorräte übrigbehalten kann, weil schon ein Teil der Produkte durch ihren Verkauf sein Bedürfnis

nach Bargeld zur Anschaffung von Kleidern und Produktionsmitteln, zur Tilgung der Hypothekenzinsen und zu Einlagen in die Sparkassen reichlich deckt. Außerdem ist der Bauer vorsichtig, ängstlich und misstrauisch, und seine Augen sind, wie man zu sagen pflegt, größer als sein Magen. Man glaubt also in der Bevölkerung, daß die heimlichen Vorratskammern der Landbewohner ein Bißchen überfüllt sind. Vielleicht irrt man sich, vielleicht tut man den Leuten unrecht. Aber eines ernstlichen Versuches wäre die Sache immerhin wert. Findet man wirklich

etwas, was der Menge nach nur halbwegs dem Verdacht entspricht, den die so streng beaufsichtigten Städter hegen, so hat man etwas, was immerhin zur Streckung unserer Vorräte auf ein paar Wochen ins Gewicht fallen kann. Findet man aber nichts oder nur wenig, dann weiß man, zumindest endgültig, daß es keine nennenswerten heimlichen Reserven für unerwartetes Durchhalten gibt, und muß sich dann eben noch vorsichtiger nach der Decke strecken. Der Verdacht, daß es auf dem Lande Riesenhamster gibt, muß bestätigt oder zerstört werden. Und zwar so bald als möglich; denn er ist zugleich eine Hoffnung, die schädlich wird, wenn sie trügerisch ist.

Fett- und Zucker-Karten.

Nachdem die Regelung des Fett- und Zuckereinkaufes notwendig geworden, ordne ich demgemäß Folgendes an:

Jeder Einwohner der Stadt Bozsony hat seinen sowohl in seiner Wohnung als auch eventuell an einem anderen Orte befindlichen Fett- (Schweineschmalz, Schmeer, Speck, Gänsefett, Kunstfett) und Zuckervorrat anzumelden.

Zu diesem Zwecke wird anlässlich der Verteilung der für den Monat November gültigen Mehl- und Brotanweisungen dem in der städt. Mehlkanzlei erscheinenden Hauseigentümer, beziehungsweise dessen Stellvertreter für jede einen eigenen Haushalt führende Mietpartei ein Anmeldebezetel übergeben, welchen die betreffende Partei unverweilt pünktlich auszufüllen und dem Hauseigentümer, beziehungsweise dessen Stellvertreter zurückzugeben hat, welcher verpflichtet ist, den ausgefüllten Anmeldebezetel in der Zeit

vom 1—10. November l. J.

in der städt. Mehlkanzlei abzugeben.

Gleichzeitig mit der Verteilung der Mehl- und Brotanweisungen pro November werden dem Hauseigentümer, beziehungsweise dessen Stellvertreter für jede einen eigenen Haushalt führende Mietpartei gleichzeitig die entsprechende Anzahl der für den Monat November gültigen Fett- und Zuckerkarten ausgeteilt derart, daß auf jede Person des Haushaltes je eine Fett-, beziehungsweise Zuckerkarte entfällt, welche der Hauseigentümer, beziehungsweise dessen Stellvertreter gleichzeitig mit den Mehl- und Brotanweisungen der betreffenden Mietpartei zu übergeben verpflichtet ist.

Wer vom Hauseigentümer, beziehungsweise dessen Stellvertreter keinen Anmeldebezetel erhielt, ebenso jeder andere nicht in die obige Kategorie gehörende Einwohner der Stadt, — welcher einen Fett- (Schweineschmalz, Schmeer, Speck, Gänsefett, Kunstfett) oder Zuckervorrat besitzt — hat sich einen Anmeldebezetel in der städt. Mehlkanzlei ungekäuert selbst zu besorgen, denselben auszufüllen und längstens bis zum 10. November l. J. in der städt. Mehlkanzlei persönlich abzugeben.

Die Zuckerkarte berechtigt zum Ankauf von 3/4 Kilo Zucker, die Fettkarte zum Ankauf von 60 Oka Fett (Schweineschmalz, Schmeer, Speck). Die Fettkarte besteht aus 3 St. Coupons, deren jeder einzelne für 10 Laga auf je 20 Oka Fett lautet.

Fett kann auf Grund der Fettkarten im städt. Fettverkaufsstand (Markthalle), sowie in sämtlichen Geschäften, welche sich mit dem Verkauf von Fett beschäftigen, Zucker gegen Zuckerkarten im

städt. Lebensmittelverkaufsstand (Markthalle), sowie in allen Zucker verkaufenden Geschäften gekauft werden.

Das Verzeichnis derjenigen Geschäfte, in welchen der durch die Zuckerzentrale der Stadt zuzureichende Zucker zum Verkauf gelangt, wird nach erfolgter Zuweisung separat bekanntgegeben werden.

Ich mache die Bevölkerung aufmerksam, daß die Fett- und Zuckerkarten nur nach Maßgabe der vorhandenen Vorräte eingelöst werden und hat der Verkauf dieser Artikel gegen Karten vornehmlich den Zweck nach Tüchtigkeit zu verhindern, daß einzelne zum Schaden anderer Fett und Zucker kaufen.

Nachdem derzeit die Zucker-, besonders aber die Fettvorräte den Bedarf nicht decken, wurden zur Sicherung des Bedarfsquantums die nötigen Schritte bereits unternommen und wird der Zeitpunkt, von welchem an die Fett- und Zuckerkarten zur Einlösung gelangen, in dem Moment bekanntgegeben werden, wo das Bedarfsquantum zur Verfügung stehen wird.

Mit Rücksicht auf die ungenügenden Zucker- und besonders Fettvorräte erlaube ich diejenigen Einwohner der Stadt, welche Zucker-, beziehungsweise Fettvorräte besitzen, die Lage des mit diesen Artikeln nicht versorgten Teiles der Bevölkerung dadurch zu erleichtern, daß sie ihre Fett- und Zuckerkarten pro November nicht einlösen.

Bozsony, am 23. Oktober 1916.

Theodor Broßly m. p.,
Bürgermeister

27/X. 1916

fu.

Die Ernährungsfragen im Reichstags-Ausschuß.

Einschränkung der Aussprache.

Im Hauptausschuß des Reichstags kam es heute zunächst zu einer Aussprache über die Geschäftslage.

Ein Redner des Zentrums fand, daß die Beratung der Ernährungsfragen im Ausschuß viel Neues nicht zutage gefördert habe; die meisten Fragen seien bereits im parlamentarischen Ernährungsrat besprochen worden. Im Interesse der Förderung der Arbeiten liege eine weniger breite Behandlung einzelner Fragen. Zu diesem Zwecke beantrage er zehn Minuten Redezeit und außerdem Kontingentierung in der Weise, daß zu ein und derselben Frage von jeder Fraktion nur ein Redner zu Worte kommen solle. — Redner der Sozialdemokratie und der Fortschrittspartei widersprachen der Kontingentierung.

Der Vorsitzende Dr. Spahn teilte mit, der Seniorenkongress habe sich in seiner gestrigen Sitzung dahin geeinigt, daß die Fraktionsvorsitzenden etwas auf die Redelust im Hauptausschuß eindämmend wirken sollten. Im Hinblick auf die gesamte Lage sei es erwünscht, jede Frage zwar möglichst erschöpfend, aber in knapper Form zu behandeln.

Schließlich einigte sich der Ausschuß auf zehn Minuten Redezeit.

Zucker, Obst, Gemüse.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wurde die Beratung der Zucker-, Obst- und Gemüsefrage fortgesetzt.

Gegenüber Ausführungen eines Redners der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft erklärte Präsident v. Batocki, daß der Plan für die Nachlieferung von Zucker zu Einmachezwecken aufgestellt werde, sobald die Ernte zu übersehen sei. Die Desproduktion werde nur in geringem Umfange weitergeführt, mit dem absprechenden Urteil über das Verfahren sollte man zurückhalten. Süßstoff werde so viel wie möglich hergestellt, die Preise seien der Sachlage angemessen; einer Verschwendung von Süßstoff müsse vorgebeugt werden.

Ein anderer Regierungsvertreter bespricht den Schwindel mit Ersatzmitteln, der sich allenthalben breit mache. Eine große Anzahl von Bestimmungen suche ihn zu bekämpfen; Erwägungen über weitere Maßnahmen schweben noch.

Ein Sozialdemokrat bemängelt die Abgabe von Zucker an die Winzer.

Ministerialdirektor v. Braun erklärt hierzu, daß 70 000 Doppelzentner aus der vorjährigen Ernte an die Winzer gegeben und bereits verwendet seien; eine gleiche Menge sei für den nächsten Herbst zugesichert, die eventuell noch erhöht werden solle.

Ein Redner der Fortschrittlichen Volkspartei stimmt dem absprechenden Urteil über die Herstellung der Nährhefe bei, die irrationell sei. Besser sei es, Melasse direkt zu verfüttern. Der Redner tritt ein für eine Mitwirkung des Futtermittelhandels bei der Verteilung der Futtermittel, ferner für eine wesentliche Verbilligung des Süßstoffs.

Ein Redner der Deutschen Fraktion bemängelt gleichfalls die Abgabe von Zucker an die Winzer. Er fordert ein Ausfuhrverbot für Leer. Präsident von Batocki erklärt, ein solches bestehe schon, und verteidigt nochmals die Gewinnung von Nährhefe als nützlich für die Kriegswirtschaft.

Die Kartoffelfrage.

Die Kommission wendet sich nunmehr der Kartoffelfrage zu.

Der Berichterstatter empfiehlt mehr Ruhe bei der Beurteilung der Frage. Die Ernte des Vorjahres sei zweifellos zu hoch geschätzt worden. Der Redner geht ausführlich auf den Wirtschaftspland ein. Die Auslegung des Begriffes „Fabrikkartoffel“ sei nicht klar. An eine Erhöhung der Kartoffelpreise werde von keiner Seite gedacht. Die Unkosten der Gemeinde und des Kleinhandels bei der Kartoffelversorgung sollen zum Teil erlegt werden, die Frachtkosten seien limitiert, ebenso die Provisionen.

Ein konservativer Redner tritt dafür ein, daß die alten guten Beziehungen zwischen Erzeuger und Versorger nicht gestört werden.

Ein Vertreter des R. C. A. begründet die jüngsten Eingriffe in die Verflitterung und in den Verkehr mit Saatkartoffeln, die angesichts der Ernte notwendig gewesen seien. Beschädigte Kartoffeln, die nicht an Fabriken geliefert werden können, dürften von den Landwirten verwendet oder verarbeitet werden. Preisänderungen seien ausgeschlossen. Im nächsten Frühjahr werde eine eigens zu dem Zwecke geschaffene Organisation die Versorgung mit Saatkartoffeln in die Hand nehmen. Das Bezugsscheinverfahren sei nicht zu empfehlen, nur mit dem Zwangslieferungsverfahren ließe sich trotz aller seiner Mängel das Ziel erreichen. Gegenwärtig würden mehr Kartoffeln im Eisenbahnverkehr bewegt als je im Frieden.

Auf mehrere kritische Bemerkungen gegenüber dem seitherigen Verfahren führt Präsident von Batocki aus, im allgemeinen habe die Androhung der Beschlagnahme genügt; die Schwierigkeiten beständen nicht bei der Ablieferung, sondern beruhten auf dem Wagenmangel. Der Landrat habe in erster Linie die Verantwortung für Massenlieferungen. Ausnahmen könnten nur in ganz besonderen Fällen zugelassen werden. Einzelsendungen ließen sich nicht kontrollieren und dürften daher nicht einreisen. Härten sollen nach Möglichkeit vermieden werden.

Ein Redner der Deutschen Fraktion ist mit diesen Grundsätzen einverstanden. Bei den Gefangenen müsse an Kartoffeln gespart werden.

Präsident v. Batocki: Die Frage der Ernährung der Kriegsgefangenen ist geregelt. Die Versorgung mit Stroh wird nach Verlauf einiger Wochen eintreten. Mit Saatkartoffeln kommen schwer kontrollierbare Schiebungen vor.

Ein Sozialdemokrat erklärt die Beunruhigung der Bevölkerung für nicht unberechtigt, die Einschränkung der Rationen in den Industriebezirken habe sie gesteigert. Der Redner hält daran fest, daß der jetzige Preis zu hoch ist.

Surrogatschwindel.

Der Mangel oder die Verteuerung echter Ware erzeugt einen Ueberfluß an Surrogaten. Das ist immer so gewesen, und zur Kriegszeit, wo so viele Gegenstände des gewohnten Bedarfes knapp geworden oder maßlos verteuert sind, blüht die Surrogaten-Industrie noch viel üppiger als jemals. Der Markt ist von den Erzeugnissen dieser Industrie überschwemmt, und sie finden reichen Absatz, weil eben die große Masse der Käufer genötigt ist, sich mit verhältnismäßig billigen Ersatzmitteln an Stelle der unerschwinglichen echten Ware zu befreundeten. Eisenerzsaß, Kaffeecerzsaß, Eierersaß, Honigerzsaß — was rar und teuer ist, dafür werden uns Surrogate angeboten. Die Billigkeit ist freilich oft nur eine scheinbare. Das Ersatzmittel ist natürlich stets wohlfeiler als das, was es ersetzen soll, ob es aber auch an sich preiswert ist, wer vermag das zu beurteilen? Der Käufer ist in den seltensten Fällen in der Lage, die Preisbestimmung nachzuprüfen, weil ihm die Fachkenntnisse fehlen und weil er weder die Zusammenfassung der Ware noch ihre Erzeugungskosten kennt. Unter dem Anschein der Billigkeit wird er also tausendmal übervorteilt. Er kauft Nahrungs- und Genußmittelsurrogate, deren Nährwert oft ein so geringfügiger ist, daß der dafür bezahlte mäßige Preis noch immer viel zu hoch ist. Bei der gegenwärtigen Teuerung und bei der Verbrauchs- und Ernährungsökonomie, die uns die Kriegsverhältnisse auferlegen, ist die

Schädigung des Publikums durch den Ersatzmittelschwindel eine wirtschaftliche Gefahr von ernstester Bedeutung.

Aus eigener Kraft kann sich das Publikum gegen diese Gefahr nicht schützen. Jeder Kaufmannsladen ist jetzt voll neuer Artikel, die man vor dem Kriege nicht gekannt hat, und denen gegenüber die reichste Hausfrauenerfahrung arm ist. Die guten alten Firmen- und Warenbezeichnungen verschwinden, weil die guten, alten Rohstoffe und Materialien nicht mehr zu haben sind, und neue Erzeuger und neue Erzeugnisse drängen sich hervor, über deren Vertrauenswürdigkeit niemand Auskunft weiß. Dabei bleibt keine Wahl: man muß nach dem Unbekannten greifen, weil das Bekannte eben mangelt, und man muß vielfach Surrogate nehmen, weil der häusliche Budgetzwang unübersteigbare Preisstrahlen setzt. Welche Mittel gibt es nun, um die Konsumenten vor den größten Uebervorteilungen, sei es durch unbrauchbare Ware, sei es durch unangemessenen Preis, zu schützen? Die allgemeinen strafgesetzlichen Bestimmungen gegen Betrug und Fälschungen versagen hier zumeist. Denn Erzeuger und Händler können an den ihnen wohlbekannten Strafvorschriften vorbeirutschen und das Publikum dabei noch immer ausgiebig schröpfen. Ueberdies werden erfahrungsgemäß, selbst wo es sich um die dreisteiten Täuschungen handelt, nur in der verschwindenden Minderzahl der Fälle Anzeigen erstattet, die zu be-

hördlichem Einschreiten führen. Es gibt aber ein viel besseres Mittel, das allgemein wirkenden, sicheren Schutz gewährt; dieses Mittel besteht einfach darin, das kaufende Publikum über die Zusammenfassung, Brauchbarkeit und Preiswürdigkeit der auf den Markt gebrachten gangbaren Artikel ausreichend zu informieren. In den großen Städten Deutschlands geschieht das durch städtische Preisprüfungsstellen, die aus eigener Initiative, ohne erst private Beschwerden oder behördliche Aufträge abzuwarten, jeden neuen Artikel vornehmen, sachmännlich untersuchen lassen und, wenn ein Schwindel vorliegt, einfach durch die Zeitungen eine warnende Notiz veröffentlichen. Jedermann bekommt es dann schwarz auf weiß, daß in dem betreffenden Surrogat diese und jene Bestandteile enthalten sind, und daß der geforderte Preis um soandsoviel Prozent

zu hoch ist. Damit ist die Sache erledigt. In Oesterreich, wo das Publikum weniger mißtrauisch und kritisch ist als in Deutschland, wären derlei kontrollierende Amtsstellen doppelt notwendig und nützlich. Die Presse würde mit Freuden ihre Pflicht tun und durch regelmäßige Veröffentlichung solcher amtlichen Warnungen das Publikum instand setzen, dem Surrogatschwindel auszuweichen und nur Ware zu kaufen, die einwandfrei ist. Man muß nicht gegen jedes Uebel gleich neue Gesetze schaffen und die Justiz alarmieren. Mit ein wenig Mühseligkeit und modernem Verwaltungsgeist kann man sich sehr gut helfen.

Durchfuhr von Milchconserven und Fischen in Deutschland verboten.

In Deutschland wurden Durchfuhrverbote für Milchconserven und für alle Fische mit Ausnahme von frischen (lebenden und nicht lebenden) Fischen und Zubereitungen von Fischen erlassen. Die Durchfuhr von Milchconserven und von Fischen durch Deutschland kann jedoch für vor der Erlassung der Durchfuhrverbote gekaufte Mengen im Wege des Milch-, bzw. Fischvollzugsausschusses Berlin erreicht werden. Interessenten, welche Schlüsse auf Milchconserven oder auf Fische aller Art im neutralen Auslande getätigt haben, werden, um Schwierigkeiten bei der Durchfuhr zu vermeiden, in ihrem Interesse aufgefordert, die getätigten Kaufabschlüsse, ordnungsgemäß belegt, der Oesterreichischen Zentraleinkaufsgesellschaft A. G. in Wien, I. Am Hof Nr. 4, ehestens zur Weiterleitung vorzulegen.

Vorsorge für den Winter.

Die Zufuhr von Kartoffeln hat wieder nachgelassen. Wenn auch nicht die augenblickliche Versorgung gefährdet ist, so doch die für den Winter, da nur vor Eintritt der Frostzeit Kartoffeln eingelagert werden können. Wohl sind in privaten Haushaltungen schon Kartoffeln eingelagert worden, aber vielfach nicht sachgemäß. In den meisten Haushaltungen ist gar kein Raum für eine entsprechende Einlagerung, weil die Keller so eng sind, daß kaum einige Zentner Kohle untergebracht werden können. Die Folge ist, daß schon jetzt, so kurz nach dem Einlagern, Kartoffeln zu verderben beginnen. Angesichts des allgemeinen Mangels an Lebensmitteln muß dies möglichst verhütet werden, und dies kann nur durch eine rasche Vorratsbeschaffung durch die öffentlichen Stellen geschehen. Aber diese Vorratsbeschaffung darf keinesfalls auf Kartoffeln beschränkt werden. Schon steigen zum Beispiel Zwiebeln erheblich im Preise, eine Entwicklung, die gewiß noch ansteigen wird. Dies verleitet wieder zur Ansammlung von Vorräten, auch wo die sachlichen Voraussetzungen hierfür nicht gegeben sind. So steht man denn auch hier vor der Gefahr, daß Lebensmittel verderben. Desgleichen bei Kraut. Eine Vorratsaufnahme in privaten Haushaltungen würde überhaupt zu Tage fördern, nicht nur wie viel von der wohlhabenden Bevölkerung gehamstert worden ist, sondern auch wie viele Lebensmittel durch dieses Hamstern verlorengegangen sind. Die Wiener Wohnungen sind im allgemeinen gar nicht darauf eingerichtet, daß größere Vorräte für den Winter eingelagert werden, fehlt doch den Kleinwohnungen sogar die Speisekammer. Diese Aufgabe fiel im Frieden dem privaten Handel zu, auf den man sich jetzt unter keinen Umständen verlassen kann und darf. Es müssen die öffentlichen Stellen die Vorräte sammeln und dann die Öffentlichkeit vergewissern, daß dem so ist, damit die private Anhäufung als überflüssig eingeschränkt werde. Sehr viele Proletarierfamilien leben übrigens von der Hand in den Mund und können gar nicht Vorräte häufen. Sie laufen Gefahr, im Winter notwendige Bedarfsartikel doppelt und dreifach zu bezahlen oder aber bei Festsetzung von Höchstpreisen diese Lebensmittel überhaupt nicht zu bekommen. Dem kann nur durch eine Vorratspolitik der Gemeinde begegnet werden. Andere Gemeinden haben dies längst getan und verlaufen seit Monaten direkt an die Verbraucher allerhand Lebensmittel. So konnte es geschehen, daß Städte, die im Frieden als teuer gegolten haben, wie zum Beispiel Völs, jetzt sehr viele Bedarfsartikel zu mäßigen Preisen verlaufen. Angesichts des Milchmangels ist auch die kondensierte Milch zu einem unentbehrlichen Bedarfsartikel geworden. Es kommt jetzt vor, daß plötzlich in keinem Geschäft kondensierte Milch zu bekommen ist, bis man erfährt, daß in einem Bezirk von diesem Mangel nichts bekannt ist, also pilgert alles in diese Milch-oase. Diese Unterschiede von Bezirk zu Bezirk sind übrigens auch ein Beweis von der Vortrefflichkeit des privaten Handels. Kondensierte Milch müßte die Gemeinde in Vorrat halten und so vieles andere. Allerdings ist es für eine Vorratsammlung reichlich spät, aber noch nicht zu

spät. Es gibt in privaten Haushaltungen und bei Spekulanten reichliche Mengen von Lebensmitteln, die nur requiriert und der Allgemeinheit gleichmäßig zugeführt werden müßten. Aus den privaten Haushaltungen Eier, Fett und Dauerfleisch, von den Spekulanten insbesondere Reis. Es ist stadtbekannt, daß es solchen noch in großen Mengen gibt. Seine Funktion besteht seit Monaten nicht darin, der Ernährung zugeführt zu werden, sondern durch Spekulation das Vermögen derer, die den Schlüssel zum Magazin haben, zu vermehren. Dadurch, daß in Wien nicht rechtzeitig Vorsorge für einen ausreichenden Ernährungsdienst getroffen wurde, konnte es geschehen, daß Gegenstände, die aus Wien oder über Wien kamen, in den Grenzländern um so viel billiger verlaufen wurden, daß es den Angehörigen von Flüchtlingen möglich war, diesen von dort aus Sardinen, Reis, bosnische Pflaumen, Kaffee und andere Lebensmittel trotz der hohen Fracht und der Kosten der Verpackung zu schicken. Wenn also jetzt endlich einmal Vorsorge getroffen werden soll, dann muß es rasch, sachgemäß und vor allem — rücksichtslos geschehen.

Eine Verteilungskommission.

Stattlich wird gemeldet:

Zur Herstellung einer organischen Verbindung zwischen den die wichtigsten Lebensmittel liefernden und den sie verteilenden Faktoren hat das Ernährungsamt eine Kommission für die Regelung der Lebensmittelverteilung eingesetzt. Die Kommission wird unter dem Vorsitz des für den Inspektionsbezirk Wien bestellten Ministerialkommissärs Dr. Kurt Drexler tagen; es gehören ihr Vertreter der Statthalterei, der Gemeinde, der Polizeidirektion, ferner der mit der Lieferung der staatlich bewirtschafteten Lebensmittel betrauten Zentralen, endlich der mit Lebensmitteln unmittelbar beliefernden Konsumentenorganisationen als Mitglieder an. Zur Erzielung einer nach jeder Richtung hin gerechten Verteilung der Lebensmittel auf die Bevölkerung wird die Kommission einerseits die für bestimmte Verbrauchsperioden jeweils zur Verfügung stehenden wichtigsten Lebensmittel in genauer Evidenz halten und hienach andererseits die zur Herbeiführung einer gleichmäßigen und zweckentsprechenden Verteilung geeigneten Maßnahmen der Beratung unterziehen. Die auf Grund dieser Beratungen erforderlichen Verfügungen werden vom Vorsitzenden der Kommission im Sinne der vom Ernährungsamt erteilten Weisungen getroffen. Die Mitglieder der Kommission werden von dem Vorsitzenden zu Sitzungen einberufen, denen nach Bedarf auch nicht der Kommission angehörende Personen als Experten fallweise zugezogen werden können.

Kriegserfahrungen in der Gemeindeverwaltung.

Die Groß-Berliner Einrichtungen.

Berlin, 23. Oktober.

Vor einigen Tagen besichtigte der Hauptausschuß des Reichstages auf Einladung des Berliner Magistrats die Groß-Berliner Einrichtungen für die Lebensmittelversorgung im Kriege. Man erhielt einen Einblick in die Fleischversorgung durch einen Rundgang durch den städtischen Vieh- und Schlachthof, man besichtigte eine der

großen, für die Massenspeisung neuerrichteten Volkstüchen in einer ehemaligen Markthalle und man ging durch den ganzen Bürobetrieb, den die Brot- und Butterrationierung erfordert, hindurch. Natürlich konnte trotz Vorbereitung und trotz der instruktiven Darlegungen der einzelnen Referenten der Besuch nur ein flüchtiger Rundgang sein, der dem Reuling lediglich einen raschen Einblick in das ganze Getriebe bot und dem Fachmann allenfalls Möglichkeiten zu Vergleichen und Anregungen. Aber mehr war auch nicht erwartet worden. Als stellvertretender Vorsitzender des Hauptausschusses konnte Südekum im Namen aller Teilnehmer dem Oberbürgermeister Vermuth danken und dem Gefühl der Verhütung Ausdruck geben, das jeder einzelne bei diesem Einblick in die Selbstverwaltung der größten und wichtigsten Gemeinde Deutschlands unwillkürlich gewonnen hatte.

Aber die Besichtigung fordert doch zu einigen Betrachtungen allgemeiner Natur auf. So hat sie die hohe Bedeutung augenfällig gemacht, die sich in dieser Kriegszeit und infolge der Kriegsnotwendigkeiten die städtische Selbstverwaltung errungen hat. Wo wäre Deutschland geblieben, wenn die früher nur im zähen Kampfe gegen die staatliche Bürokratie mühsam hochgehaltene Selbstverwaltung der Gemeinden gleich bei Ausbruch des Krieges nicht mit überraschender Klarheit ihre Aufgabe erkannt und mit ebenso überraschender Tapferkeit angepaßt hätte? Was hätte alle Tapferkeit an den Fronten genützt, wenn nicht durch fleißige Arbeit im Innern, durch unzählige neue Kräfte im Dienste der Gemeinden, teils amtlicher, größtenteils aber ehrenamtlicher Natur, die innere Front aufrecht erhalten worden wäre? Wer kann es nach dem Kriege wagen, die Gemeinden wieder nach längst überholten und vermoderten Paragraphen und Verordnungen aus Urgroßväterzeiten auf unselbständige Anhängel einer selbstfüchtigen staatlichen Bürokratie zurückzuschrauben? Ist eine Leitung des Staates nach dem Kriege denkbar, die die zahlreichen kraftvollen Ströme des Volkslebens, die dem Staate während des Krieges durch die Kanäle der Selbstverwaltung zugeflossen sind, wieder abdämmen möchte? Hat in dem Kriege die zielklare Zentralisation ihre wohlverdienten Erfolge errungen, so nicht minder die als notwendige Ergänzung zur Zentralisation gehörige Dezentralisation, deren Kraft in einer vertrauensvoll zugestandenem Selbstverwaltung beruht. Durch diese aber sind zahllose Männer und Frauen, für die bisher die Politik im ganzen und die Kommunalpolitik im besonderen herzlich gleichgültige Dinge waren, mit Interesse und Verständnis für tatkräftige politische Mitarbeit erfüllt worden. Es ist zu hoffen, daß diese Verbreiterung des Interesses an der Selbstverwaltung die Selbstverwaltung selber wiederum gegen etwaige herrschfüchtige Ansprüche der Reaktion schützen wird.

Bei der Selbstverwaltung handelt es sich um eine Einrichtung, die auch schon vor dem Kriege bestanden hat und durch ihn nur bestärkt worden ist. Aber der Krieg hat noch eine Reihe von Einrichtungen geschaffen, die vor dem Kriege nicht nur nicht da waren, sondern gegen deren Einführung von allen maßgebenden Stellen die triftigsten Einwände geltend gemacht worden wären. Auch dafür bot der Besuch der Berliner Einrichtungen für die Lebensmittelversorgung einige recht bezeichnende Beispiele. Beim Durchschreiten der zahlreichen Gassen in dem riesigen Komplex des städtischen Viehhofes äußerte der städtische Dezernent: „Früher, meine Herren, vor dem Kriege, waren die Straßen des Viehhofes um diese Stunde mit dem Gewimmel von ungefähr zweitausend Männern erfüllt, Schlächtern, Viehhändlern, Agenten, Neugierigen, die durcheinanderrannten, schrien, gestikulierten und miteinander auf eigene Faust Geschäfte machten. Die Stadt kümmerte sich darum nicht, das war Sache des privaten Handels. Jetzt sehen Sie kaum einen Menschen. Ungefähr zwei Duzend städtische Beamte machen das, was früher von den zweitausend Leuten besorgt wurde. Dazu kommt allerdings noch ein Stab von einigen hundert Bürobeamten,

die die nötigen schriftlichen Arbeiten und die Kontrolle besorgen.“ Das war eine äußerst interessante Gegenüberstellung. Früher das wüste, Zeit und Kraft raubende Getöse von zweitausend Männern, jetzt ruhige, überlegene Organisation. Früher schleppte jeder Viehhändler sein Vieh heran und suchte es möglichst teuer an den Mann zu bringen, jetzt kommt das Vieh zwar noch aus allen Gegenden Deutschlands heran, wird dann aber sofort nach Art, Güte und anderen Merkmalen sortiert und sodann in kürzester Zeit durch zweckmäßige Organisationskanäle über ganz Berlin und seine zahlreichen Vororte verteilt, und zwar ganz gleichmäßig und gerecht, so daß jeder Berliner, sofern er das nötige Geld hat, den genau gleichen Anteil am gemeinsamen Fleischbezug wie jeder andere erhält. Früher der Wirrwarr des Privatbetriebes, jetzt die Ordnung des Gesamtwohls. Man fragt: soll nach dem Kriege, sobald die Friedensglocken den furchtbaren Druck wieder von der Menschheit nehmen, sofort auch die alte sinnlose Unordnung wieder einreißen? Oder werden die Menschen klug genug sein, aus den Erfahrungen der Kriegswirtschaft auch das Gute mit in den Frieden hinüber zu retten?

Ein anderes Beispiel. In den riesigen Räumen einer der größten Markthallen, in denen früher täglich Tausende und Abertausende von Frauen mit der Markttasche in der Hand an Hunderten und Aberhunderten von einzelnen kleinen, sich gegenseitig Konkurrenz machenden Verkaufsstellen vorüberzogen, ist jetzt eine Riesenvolkstüche eingerichtet. Mehr als fünfzig große Kochkessel brodeln die Speisen zurecht, zahlreiche andere Maschinen besorgen das Vorrichten der Speisen, das Schälen der Kartoffeln, das Verkleinern von Gemüse und andere Einzelarbeiten. Sauber gekleidete Männer und Frauen wachen mit sachmännischer Geschäftlichkeit ihres Amtes als Verwalter der Vorräte, als Köche, als Hilfsarbeiter. Das Essen selbst ist schmacht und kann gegen ein bescheidenes Entgelt verabreicht werden.

Man fragt auch hier wieder: Sollen diese nützlichen Einrichtungen, die der arbeitenden Bevölkerung, vor allen Dingen den überlasteten Arbeiterfrauen Zeit, Kraft und Geld sparen, nach dem Kriege wieder der alten Zersplitterung und unökonomischer Einzelwirtschaft weichen? Dabei soll selbstverständlich in Betracht gezogen werden, daß diese neuen Einrichtungen vorläufig mit den unauß-

bleiblichen Kinderkrankheiten zu kämpfen haben, daß manche Fehler beseitigt werden müssen und daß sich eines nicht für alle schickt. Aber es wäre sozialpolitisch ein Jammer und eine Torheit, wenn die guten Anfänge auch auf diesem Gebiet nach dem Kriege nicht sinnvoll und planmäßig fortgesetzt würden.

Wenn auch weniger augenfällig, so doch nicht minder lehrreich war der Einblick in die Bürozentrale der Brotversorgung. Anfangs war mit dem Widerstand des rückständigen Kleinmeistertums im Bäckergewerbe zu kämpfen gewesen. Aber der frühzeitige, glückliche und energische Griff, der gerade mit der Brotrationierung gemacht worden war, hatte alle Hindernisse in kürzester Zeit überwunden. Das Bäckergewerbe hat sich selbst in seinen rückständigsten Teilen gehoben und die Bevölkerung bekommt ohne irgend welche Schwierigkeiten den ihr zustehenden Anteil an Brot und Mehl. Um das möglich zu machen, hat freilich eine vielköpfige Zentralorganisation geschaffen werden müssen. Aber die Organisation hat sich doch auch hier in der Brotfrage, der wichtigsten für die Volksernährung, als das beste Mittel gegen alle Hindernisse und Schwierigkeiten gezeigt. Soll nach dem Kriege auch diese prachtvolle Organisation aufgegeben werden — obwohl dann die heutige Sparsamkeit in der Zuteilung nicht mehr nötig ist —, um der alten Planlosigkeit in der Brot- und Mehlversorgung wieder Platz zu machen?

Es muß die Aufgabe des Sozialismus nach dem Kriege sein, den Staat und die Gemeinden auf dieser Bahn voranzutreiben. Die Erfahrungen, die damit während des Krieges gemacht worden sind, werden dabei seine besten Agitatoren sein.

H. Sch.

28.7.1916

Die Ernährungsfragen im Reichshaushalt-Ausschuß.

Der Vorsitzende wies zu Beginn der heutigen Vormittags-sitzung des Reichshaushaltsausschusses darauf hin, daß er die Verhandlungen am Dienstag abschließen müsse, damit am Sonnabend das Plenum des Reichstages zu Ende kommen kann.

Als erster Redner in der heute fortgesetzten Beratung über Vieh, Fleisch usw. sprach ein fortschrittlicher Abgeordneter, der ausführte, daß Reichsbehörden und preussische Behörden nicht immer zusammenarbeiten. Zweckmäßig erscheint es, die heute vorhandenen Rinder durchzubringen, um im nächsten Jahr die Weiden besetzen zu können. Dagegen erscheint der Schweinebestand zu hoch. Gut ist es, daß Gänse nicht in die Fleischkarte einbezogen sind, aber wir müssen Höchstpreise für Geflügel haben.

Präsident von Batocki erwidert, daß Höchstpreise für Hühner unmöglich sind, weil diese nicht nach Gewicht verkauft werden; sie müssen auf der Fleischkarte bleiben.

Ein nationalliberaler Abgeordneter verlangte, daß die Mäster das ihnen zustehende Getreide rechtzeitig bekommen. Die Reichsfleischkarten sind nicht gleichmäßig durchgeführt. Die Fleischversorgung in Berlin ist wohlgeordnet.

Präsident von Batocki: Die Beschaffung des Mastfutters hat aus verschiedenen jetzt beseitigten Gründen leider gestoppt. Die Gerstenerzeuger sollen im allgemeinen mit den ihnen verbliebenen Vorräten fittlern.

Das Pensionschwein.

Ein Vertreter der Deutschen Fraktion erklärt: Die unteren Behörden handeln nicht immer im Sinne des Kriegsernährungsamtes. Die Erfüllung der Mastverträge muß den Interessen der Brauereien vorgehen. Die Pensions Schweinehaltung ist eine Bergendung. Ein Zentrumredner verlangt, daß bei Haus-schlachtungen nicht kleinlich verfahren werde. Die Pensions Schweine sind an sich nicht bedenklich. Zwischen Milch- und Schlachtviehpreisen besteht ein krasses Mißverhältnis. Kann man im Winter nicht in den Vieferzeugungsgebieten Fleischereien einrichten? Die Genossen-schaften sind bei der Fleischlieferung heranzuziehen.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter erklärt die Grundzüge der Reichsfleischstelle für gesund, hoffentlich würden sie sich vielen Widerständen gegenüber durchsetzen lassen. Die Städte sollten angehalten werden, die Wurstfabrikation in eigene Regie zu nehmen. Die Herabsetzung der Viehpreise ist viel zu gering. Die Unzufriedenheit über die Ungleichheit der Verteilung von Fleisch und Butter ist außerordentlich groß. Geflügel gehört auf die Fleischkarte, man spart dadurch Fleisch. Der konservative Antrag über Haus-schlachtungen ist ungerechtfertigt, die geltende Anrechnung beim ersten Schwein billigen wir, weiterzugehen besteht kein Anlaß. Von Pensions Schweinen haben nur die Reicherer Nutzen.

Ein Nationalliberaler findet, daß eine weitere Freigabe der Haus-schlachtungen bedenklich sein würde. — Ein fortschrittlicher Redner will, daß man nicht nur auf die Zahl der Tiere blicke, sondern auch auf ihren möglichen Ertrag an tierischen Produkten. Es fehlt uns gegenüber dem Friedensstand eine sehr große Futtermenge. Beseitigung der Ausfuhrverbote der Bundesstaaten ist dringend notwendig. Das mecklenburgische Gänseausfuhrverbot wird sogar von der Berliner Polizei unter-stützt.

Der sozialdemokratische Berichterstatter befürwortet eine Petition aus Ostpreußen um Begünstigung des durch den Krieg mitgenommenen Besitzes.

Geheimrat von Dppen vom Kriegsernährungsamt: Höchstpreise für Gänse werden erwogen. Eine neue Organisation verlangt Zeit, namentlich bei einem so schwierigen Gegenstand.

Ein Zentrumsabgeordneter fordert Verhinderung der Umgehung der Kartoffelhöchstpreise; für Futterkartoffeln werden oft höhere Preise angelegt.

Geheimrat von Braun: Die Höchstpreise gelten natürlich auch für Futterkartoffeln.

Mißgriffe der Landräte.

Präsident von Batocki: Den Streit über viehlose Wirtschaften sollte man vertagen, jetzt kann man ihn nicht austragen. In Berlin ist den Schiebungen der Gastwirte mit Erfolg entgegengetreten worden. Dem Fremdenverkehr kann man erst entgegenkommen, wenn das der Allgemeinheit zustehende Fleischquantum gesichert ist. Bei den Haus-schlachtungen werden durch die Landräte viele Mißgriffe begangen. Die Höflichkeit der Händler läßt sich nicht erzwingen, die Herren sollten daran denken, daß sie in ihrem eigenen Interesse das Publikum höflich zu behandeln haben.

Ein fortschrittlicher Redner fragt, wie es denn wäre, wenn Preußen einmal ein Ausfuhrverbot für Kohle einführt? Wie solle der Bauer denn sein überschüssiges Vieh los werden?

Präsident v. Batocki teilt mit, daß die Ausfuhrverbote für Gänse bis zum 1. November gutgeheißen seien. An sich und darüber hinaus sind sie ebenso wenig erwünscht, wie andere Ausfuhrerschwerungen. Der Magerviehhandel ist frei, wenn er verlagert, so ist das traurig. Das Heer nimmt das Vieh gern ab.

Butter, Eier, Milch, Käse.

Präsident v. Batocki erklärt, daß der Eingriff in die Milch-erzeugung nicht ganz zu umgehen sei.

Der Leiter der Reichsfettstelle setzte auseinander, daß die Kontrolle des Verbrauchs durch den Erzeuger ist unmöglich, es kann nur den Gemeinden ein gewisses Quantum als Lieferungs-pflicht auferlegt werden. Die Organisation funktioniert trotz ihrer Schwierigkeiten zur Zufriedenheit. Bei der Milch ist die praktische Durchführung der Verordnungen besonders schwierig, sie wird hoffentlich gleichwohl gelingen.

Geheimrat von Dppen: Eine Beschlagnahme und gleichmäßige Verteilung von Käse kann nicht in Aussicht gestellt werden wegen der Verschiedenheit der Qualität und des Bedarfs. Der Käsehandel wird zurückgedrängt werden auf sein Gebiet im Frieden. Fettkäse soll nicht mehr hergestellt werden, die Beschaffung des Käses an der Reichsstelle ist unmöglich.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter erklärt es als zu weitgehend, generell den Verkehr in Butter zwischen Produzent und Konsument zu verbieten. Nur bei Molkereien bei der Versand per Post zu unterlagen. Die Preise für Buchedern sind zu niedrig gestellt. Die Gewinnung von Fett aus Knochen für menschliche Nahrung ist nur in ganz modernen Fabriken möglich.

Ein nationalliberaler Abgeordneter hält dafür, nicht mit Gewaltmaßregeln vorzugehen, sondern mit Aufklärungen. Die Beschlagnahme der Milch ist schädlich, wo es an den ausreichenden Molkereien fehlt.

Von der Deutschen Fraktion wird die Herstellung von Weichkäse empfohlen.

28. X. 1916

* (Das Volksernährungsamt und der Mais.)

Bezugnehmend auf die im heutigen Leitartikel aufgeworfene Frage, warum dem Volksernährungsamte die Disposition über den Mais entzogen wurde, schreibt uns das Fachblatt „Ungarische Mühlen-Nachrichten“: Auf den ersten Blick mag es auffallend erscheinen, daß der Mais dem Machtbereiche des Volksernährungsamtes entzogen ist, worin man Rücksicht auf Sonderinteressen erblicken mag. Dem ist aber nicht so. Dem Volksernährungsamte wurden die gesperrten Maismengen zur Requirirung nicht zugewiesen, weil Mais für die direkte menschliche Nahrung heuer nicht in Frage kommt. Insoferne aber der Mais für die Schweinemastung in Frage kommt, also für die Gewinnung von Fett, hat die Regierung bereits die denkbar beste Verfügung getroffen. Die Verordnung Z. 3172/1916 verfügt, daß die gewerbliche Schweinemastung nur zulässig ist, wenn der Mäster sich verpflichtet, die gemästeten Schweine dem öffentlichen Verbrauch zu überlassen und ebenso sind auch zu Zwecken des Weiterverkaufs vom Produzenten gemästete Schweine für den öffentlichen Konsum gebunden. Damit ist der Verkauf von Mastschweinen außerhalb des Landes nur mit Erlaubniß der Behörden möglich, welche Erlaubniß nur dann erteilt wird, wenn der Inlandsbedarf gedeckt erscheint. Infolge dieser Maßregeln ergab sich nicht die Nothwendigkeit, den Wirkungsbereich des Volksernährungsamtes auch auf Mais auszudehnen. Einem Verbergen des Mais aber hat die Regierung damit vorgebeugt, daß für requirirten Mais um 6 Kronen mehr als der Maximalpreis beträgt, bezahlt wird.

Die Lebensmittelversorgung. Verschiedene Lebensmittelfragen.

Zusammengesetzte Lebensmittelfarten.
— Wie steht es mit dem Kaffee? —
Ausbau der Kriegsküchenwirtschaft.

Von zuständiger Seite werden uns folgende Mitteilungen gemacht: Der Approvisionierungsbeirat hat sich in seiner letzten Sitzung gegen die Einführung von Fleischkarten ausgesprochen, was allerdings noch nicht bedeutet, daß dieser Gedanke endgültig fallen gelassen wurde. Die Regierung erwägt, da sie die Fleischkarte zu wünschen scheint, den Plan der sogenannten kombinierten Lebensmittelfarten. Wer, die Einführung der Fleischkarten vorausgesetzt, auf den Fleischgenuß Verzicht leistet, würde z. B. eine größere Kopfquote Brot und Mehl erhalten. Für diejenigen, die sich aus irgend einem Grunde den Genuß von Fleisch abgewöhnt haben, wäre diese Neuerung zw. felloß von Vorteil. — In den letzten Tagen hat die Kartoffelzufuhr nach Wien etwas abgenommen. Das Ernährungsamt hat energische Maßnahmen getroffen, um diese Zufuhren auf das Höchstmaß zu steigern. — In Regierungskreisen wird die Regelung des Verkehrs und der Preise für Marmeladen, besonders für Zwetschken- und Apfelmarmeladen, eifrig besprochen. Eine diesbezügliche Verordnung dürfte schon in den nächsten Tagen erscheinen.

In der nächsten Woche wird sich die Regierung mit der Frage der Kaffeeverorgung beschäftigen. Es wird die Frage zu beantworten sein, ob die Kaffequote herabgesetzt werden soll oder nicht. Es scheint sehr wahrscheinlich zu sein, daß man sich zur Verringerung der Kaffequote entschließen wird, um die Zeit des völligen Kaffeemangels möglichst hinauszuschieben. Um der Anstellerei bei den Verkaufsstellen der Firma Meinel ein Ende zu bereiten, ist verfügt worden, daß die Firma im Gegensatz zu ihrer bisherigen Praxis während des ganzen Tages zu verkaufen hat. Gleichzeitig ist der Kaffezentrale der Auftrag zugegangen, für eine bessere Verteilung der Kaffeevorräte Sorge zu tragen.

Als eine wichtige Frage betrachtet man ferner den Ausbau der Kriegsküchenwirtschaft. Es besteht die Absicht, diese Kriegsküchenwirtschaft auf möglichst breiter Grundlage zu organisieren. Ein Unterausschuß des Approvisionierungsbeirates, der sich mit dem Studium dieser Frage beschäftigte, hat bereits ein Wirtschaftsprogramm ausgearbeitet. Nach seinen Berechnungen stellt sich der Preis eines Mittagessens (fünf Tage in der Woche sind als fleischlos zu betrachten) auf 537 Heller. Ob sich die Praxis mit der Theorie decken wird, muß allerdings vorerst noch abgewartet werden. Der Ausschuß empfiehlt eine möglichst starke Heranziehung des Gastwirtgewerbes zur Übernahme solcher Kriegsküchen. Betont wird, daß eine Zwangsbelegung in diesen Anstalten ausgeschlossen ist, das Prinzip der Freiwilligkeit wird gewahrt bleiben.

Zu der jüngst veröffentlichten Mitteilung über die Beibehaltung der derzeitigen Brotquote wird uns von zuständiger Seite noch bemerkt: Die Absicht, die Brotquote zu vermindern, besteht nicht. Doch muß hervorgehoben werden, daß das Kartensystem durchaus keine Anweisung darstellt, daß man die festgesetzte Quote tatsächlich auch erhalten muß. Es kommt ja vor, daß man infolge augenblicklicher Störungen, so z. B. infolge der Verzögerung des Drusches und des Transportes nicht immer die ganze Menge zur Verfügung stellen kann, die auf die Summe aller Kopfquoten in dieser oder jener Stadt entfällt.

Die Salzversorgung Wiens.

Die „Rathauskorrespondenz“ meldet:

Es wurde festgestellt, daß in jüngerer Zeit Salzgroßhändler auch an Private Salz sachweise abgegeben haben. Hierdurch wurden überreichliche Salzvorräte in einzelnen privaten Haushaltungen angesammelt, was sicherlich mit zur gegenwärtigen Salzknappheit beigetragen hat. Um die Salzknappheit zu beheben und um weiteren Kreisen der Bevölkerung den Salzbezug bei ihren Detailhändlern leichter zu ermöglichen, hat der Magistrat über Ermächtigung der Statthalterei auf Grund der kaiserlichen Verordnung vom 21. August 1916 die Salzgroßhändler Wiens beauftragt, daß sie in Zukunft nur an Gewerbetreibende Wiens Salz abgeben dürfen, die nach ihrer Gewerbeberechtigung entweder Salz unmittelbar an Verbraucher verkaufen oder Salz zur Herstellung ihrer Erzeugnisse verarbeiten müssen; diese Gewerbetreibenden haben sich beim Bezuge des Salzes dem Salzgroßhändler gegenüber durch Vorlage des Gewerbescheines oder anderer die Gewerbeberechtigung bescheinigenden Urkunden auszuweisen.

Etwas für die Hausfrau.

Obst-, Gemüse- und Schöpfenbratenrezepte.

Wirtschafts-Marmelade.

Ein Kilogramm Äpfel, ein halbes Kilogramm Birnen, ein halbes Kilogramm Pflaumen, ein halbes Kilogramm Parabeis. Obst kann billigster Sorte sein. Abwischen, ungeschält weich kochen und passieren. Dazu dann 60 Dekagramm Zucker, etwas Zitronensaft und kochen lassen, bis es die entsprechende Dike hat. Die Marmelade sieht aus und schmeckt ähnlich wie eine Marillenmarmelade. Zum Brotaufstrich bestens geeignet.

Kartoffel-Hallimajsch.

Die Schwämme werden gepüht, in größere Stücke geschnitten. Zwiebel läßt man mit etwas Salz und gehackter Petersilie anlaufen — natürlich muß auch die Zwiebel fein geschnitten sein —, gibt die Schwämme hinein, etwas Paprika dazu und läßt es wie Gulasch dünsten. Sind sie fast weich, wird Wasser beigegeben und in große Würfel geschnittene Kartoffel.

Paradeisgelee-Speise.

Beigabe zu den Abend-Kartoffeln für Freunde pilanter Speisen. Man kocht einige schön rote Früchte recht weich, ohne viel Wasser beigegeben, und passiert sie. In das Püree kommt etwas Essig oder Zitrone oder Wein, Salz, Gewürz überhaupt und aufgelöste Gelatine. (Zu einem $\frac{1}{2}$ Liter Flüssigkeit rechnet man zehn Blatt rote Gelatine.) Hat man zu wenig Saft, löst man einen Suppenwürfel in Wasser auf und „streckt“ damit. Alles gut miteinander mit der Schneerute schlagen, in eine Schüssel geben und kalt stellen. Man stürzt dann die Form, wenn sie ganz erstarrt ist, garniert den Schüsselrand und das Gelee mit harten Eiern, Gurken, grüner Petersilie, weißem Aspik u. dgl. Man kann auch die Schüssel mit dergleichen vorher unterlegen, das Püree dann darauffüllen, so daß beim Stürzen die Einlagen hervortreten. Sehr billig herzustellen. Kartoffeln, Makkaroni oder Reis sind die beste Zugabe.

Schöpfernes als Rehbraten.

Ein ganzer Schlögel wird von Haut und Fett gereinigt, gesalzen, und wie ein Rehschlögel gebunden. Nun kommt er in einen tiefen Weidling, darauf schüttet man Gewürznelken, Lorbeerblätter, Pfeffer, und so viel kochendes Wasser mit rotem leichten Wein gemischt, bis das Fleisch ganz bedeckt ist. Man wiederholt diesen Vorgang: Abgießen, aufkochen und kochend darüberschütten durch 3 bis 4 Tage und bröht das Fleisch immer um. Dann soll (!) der Schlögel gespickt, auf Fett gebraten und zuletzt wie jeder Wildbraten behandelt werden. Das Fleisch ist ähnlich dem Rehgeschmack.

S. R.

Blaukohl oder Kraut mit Kastanien.

Man schneidet das gesäuberte Kraut zusammen, gibt es in eine Kasserolle nebst wenig Fett und läßt es zugebedt gut dünsten. Wenn es weich ist, stäubt man es mit Mehl (ein wenig), salzt es, gießt etwas mit Zitrone gesäuerte Trockenmilch zu, gibt gebratene, geschälte Kastanien dazu und läßt es noch etwas zusammen dünsten.

Hammelfleisch mit Rüben.

1 Kilogramm weiße Rüben püht man, schneidet sie, wenn sie zu groß sind, in längliche Stücke, wüllt sie mit siedendem Wasser 5 Minuten ab, läßt sie abtropfen, gibt sie mit so viel heißem Wasser, daß sie nur eben bedeckt sind, und Salz in die Kasserolle zu dem abgeschäumten angekochten, in Stücke zerlegten Hammelfleisch, läßt alles zusammen langsam garkochen, schmeckt mit Salz ab und verbücht das Gemüse, nachdem das Fleisch herausgenommen worden ist, mit gelb geröstetem Mehl. Das Fleisch wird von den Knochen sorgfältig abgelöst, in Stücke geschnitten und wieder mit den Rüben gemischt.

A. P.

Wurzel-Hammelbraten.

Geschnittenes Hammelfleisch wird mit grob geschnittenem verschiedenem Wurzelwerk, Zwiebel, Salz und Pfeffer, Kohlrüben, etwas Kohl zugestellt, kurze Zeit gedünstet, dann mit Suppe oder Knochenwasser bedecken, ein Löffel Paradeis und weich dünsten; vor dem Anrichten einige Kartoffel in Scheiben schneiden, dazu geben und weich werden lassen, am besten in der Kochkiste, sonst ganz abseits am Herd stehen und nur schütteln, nicht umrühren.

Neujahrer Paradeis-Schöpfernes.

Der enthäutete Braten, am besten der Schlögel, kommt in eine nicht zu große Pfanne, wo er knapp Platz hat. Etwas Fett in dieselbe, etwas Wasser, damit das Fleisch nicht anbrennt, mit Pfeffer und Salz den Schlögel einreiben; dicht mit gewaschenen, in Stücke gebrochenen Paradeis belegen, in der Röhre braten und mit dem Saft oft begießen. In schöne Scheiben geschnitten, den Saft passieren, über den Braten gießen.

S. R.

29. / X. 1916

Aus dem Approvisionierungsbeirat.

In der Geschäftsitzung des Approvisionierungsbeirates, die am 25. d. stattgefunden hat, begrüßte der Präsident Graf Parisch-Moennich die Schaffung des Kriegsernährungsamtes und gab dann einen allgemeinen Ueberblick über die Tätigkeit der Regierung auf dem Gebiete der Volksernährung.

Der Präsident des Ernährungsamtes Sektionschef von Keller teilte auf eine Anfrage, welche Maßnahmen zur Vermeidung des Anstehens getroffen würden, mit, eine schablonenhafte Regelung dieses Problems sei im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse in den verschiedenen Konsumorten nicht möglich.

Ein Antrag des Dr. Lampe auf Gleichstellung der Richtpreise für Schlachtvieh in den einzelnen Kronländern fand die Billigung des Beirates.

Gegen die Einführung der Fleischkarte.

Hierauf referierte Dr. Sotowetz über die Vieh- und Fleischversorgung, beantragte unter anderem, daß auch der Zuchtviehverkehr und insbesondere auch der Schweineverkehr ähnlich geregelt werden wie der Schlachtviehverkehr, sprach sich jedoch gegen die Einführung einer Fleischkarte aus. Die Anträge des Referenten wurden einstimmig angenommen, dann auch der Spezialantrag Dr. Forstner über die Sicherung und zweckmäßige Organisation des Bezuges von Fettschweinen und Schweinefett aus Ungarn und eine gleichmäßige Ueberführung desselben in den Konsum, ferner der Antrag Sonntag, die Anlieferung einer möglichst großen Menge von Futtermais aus Ungarn zur Schweinemast, schließlich der Antrag des Dr. Schreiner, für die Errichtung von Mühlen zur Herstellung des als vorzügliches Schweinefutters bewährten Kleemehles und die Beschaffung der bezüglichen Einrichtungen im Anschluß an bereits bestehende Mühlenunternehmungen baldigst Sorge zu tragen.

Die Sozialisierung der Kriegsküchen.

Dr. Freißler erstattete ein ausführliches Referat über die Einrichtung von Kriegsküchen. In diesem Referate wird

die Sozialisierung des Kochprozesses als ein wichtiges Mittel nicht nur zur Ersparnis von Geld, sondern — was vom Standpunkte der Approvisionierung besonders wichtig ist — zur Ersparnis jener Lebensmittel bezeichnet, aus denen Speisen bereitet werden; allerdings müsse die Verabsolung von Speisen aus den Kriegsküchen in obligatorischen Zusammenhang mit den amtlichen Bezugskarten für die verschiedenen staatlich bewirtschafteten Lebensmittel gebracht werden. Dr. Tausche empfahl dem Beirat, an die Regierung das Ersuchen zu stellen, auf die Einführung nach Vorschrift zusammenzustellender vereinfachter Speisefolgen in den Gastwirtschaften hinzuwirken. Die Anträge des Referenten und der Antrag Tausche wurden angenommen.

Antrag auf Errichtung einer Reichsfettstelle.

Mitglied Dr. Tausche berichtete namens des ersten Sachausschusses über die Zentralisierung der Fettversorgung. Der ausführliche Bericht gipfelte in den Anträgen auf Förderung der Fettproduktion, Erzielung einer entsprechenden Preisbildung und Errichtung einer „Reichsfettstelle“ in Ernährungsamte, der es obliegen wird, die Erzeugung von Butter und Schweinefett zu erfassen und zur Versorgung des allgemeinen Konsums in gleicher Weise zur Verfügung zu stellen wie alle anderen vom Kriegsverbande der Oel- und Fettindustrie überwiesenen tierischen und pflanzlichen Oele und Fette.

Für die Ausarbeitung der Details der vorgeschlagenen Zentralisierung wurde ein Sonderausschuß gewählt, die Anträge selbst wurden angenommen.

Gefährliche Winke für Hausfrauen.

Die Küchenzettel der „Wiener Mode“.

Eine Wiener Hausfrau schreibt uns: Die Zeitschrift „Wiener Mode“ erscheint seit einiger Zeit mit einer Beilage, in der uns Hausfrauen geraten wird, was wir an den verschiedenen Tagen der Woche kochen sollen. Wenn die „Wiener Mode“ als Ratgeber zur Kriegszeit benötigt wird, dann ist es kein Wunder, daß gewisse Leute immer wieder dabei ertappt werden, den fleischlosen Tagen und den strengen, zum Nutzen der Allgemeinheit erlassenen Vorschriften ein Schnippchen zu schlagen. Das genannte Blatt geht in seinem Oktoberheft nämlich dabei voran, den Hausfrauen Gesetzesübertretungen anzuempfehlen. Der Küchenzettel der „Wiener Mode“ empfiehlt ihnen gleich für den ersten Tag, Mittwoch, den 1. November (also für einen fleischlosen Tag): Rindfleisch; dasselbe wird wie folgt zubereitet: feingehackte Zwiebeln läßt man in Fett anrösten, gibt kleinstwürfelig geschnittenes, gefalzenes Rind- oder Schweinefleisch (!); etwas Paprika dazu und läßt das Fleisch weich dünsten, staubt ein wenig und gießt die Sauce auf usw. Für Montag, den 6. November, wieder einen zweifellos fleischlosen Tag, werden „Sohlknudeln mit Selchfleisch (!)“ vorgeschrieben. Allerdings ist die Zubereitung eine derartige, daß der „Kommission“ vielleicht ein „X“ für ein „U“ vorgemacht werden kann, weil laut Rezept nur „feingehacktes“ Selchfleisch oder feingehackte Würst dazu kommen soll. Augenscheinlich rechnet die Verfasserin dieses sonderbaren Speisezettels damit, daß das Fleisch im gehackten Zustande in der fertigen Speise nicht mehr auffällt. Für Mittwoch, den 8. November (wieder ein fleischloser Tag!), ist Rindsuppe, ferner Kartoffelauflauf mit Rindfleisch (!) gefüllt anempfohlen. Hier wird wahrscheinlich wieder damit gerechnet, daß bei dem Kartoffelauflauf die Rindfleischfüllung sich innen (!) befindet und daher äußerlich gar nicht zum Vorschein kommt, wenn die „Kommission“ nachschauen sollte.

Sieht das Ganze nicht aus, wie die Anempfehlung eines Tricks, der es einem ermöglichen soll, sich über die fleischlosen Tage hinwegzusetzen? Die „Wiener Mode“ empfiehlt diesen Schwindel. Ich habe mich erkundigt, wie dies geschehen kann und vorläufig nur festgestellt, daß die „Wiener Mode“ von einer Firma herausgegeben wird, in deren Verwaltungsrat Richard Kola (recte Kohn), kais. Rat Karl Colbert (recte Kohn), R. v. Lewicki, Artur Kola (recte Kohn) und verschiedene Rosenbäume sitzen. — Jedenfalls sei vor diesen Küchenzetteln der „Wiener Mode“ gewarnt.

Lebensmittelfragen.

Sitzung des Approvisionnementsteirates.

Nach eingehenden Beratungen der einzelnen Fachkomitees fand am 25. d. die fünfte Plenarversammlung des Approvisionnementsteirates statt. Der Präsident Dr. Johann Graf Parisch von Moennich eröffnete die Sitzung, indem er der Trauer der ganzen Bevölkerung wegen des Hinscheidens des verehrten Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh Ausdruck gab. Die Sitzung wurde hierauf geschlossen.

Die Verteilung der Lebensmittel.

In der nach einiger Zeit neu eröffneten Geschäftssitzung begrüßte der Präsident Graf Parisch von Moennich die Schaffung des Ernährungsamtes. Die Bevölkerung sehe der weiteren Entwicklung und Ausgestaltung des gesamten Ernährungswesens mit vollem Vertrauen entgegen, und auch der Beirat werde stets bereit sein, seine eifrige Mitarbeit zur Verfügung zu stellen. Der Vorsitzende gab hierauf einen kurzen allgemeinen Überblick über die bisherige Tätigkeit der Regierung in der Frage der Volksernährung. An die Mitteilungen des Präsidenten knüpfte sich eine längere Debatte.

Die Anfrage des Beiratsmitgliedes Muchitsch, welche Maßnahmen zur Vermeidung des Aufstehens von Käusern bei den Lebensmittelgeschäften getroffen, beziehungsweise in Aussicht genommen seien, gab dem Präsidenten des Ernährungsamtes Seltionschef Ritter v. Keller Anlaß, die im Gegenstand an die politischen Landesbehörden herausgegebenen Weisungen zu besprechen. Redner führte insbesondere aus, daß eine schablonenhafte Regelung der Frage im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse

in den einzelnen Konsumgebieten nicht möglich sei, und besprach die verschiedenen vorgeschlagenen und auch in der Presse besprochenen Mittel, die Verteilung der verfügbaren Lebensmittel zu regeln und das Anstellen der Käufer zu verhindern.

Dr. Lausche betonte die Notwendigkeit der Bewirtschaftung von Kalao, die Einschränkung der Zuder Verwendung für die Herstellung von Zuckerartikeln, die Revision der Vorräte bei den Approvisionnementsgewerben und eine zusammenfassende Darstellung der geltenden Approvisionnementsvorschriften.

Die Vieh- und Fleischversorgung.

Hierauf referierte Dr. Gotowetz eingehend über die Frage der Vieh- und Fleischversorgung, beantragte unter anderem, daß auch der Zuchtviehverkehr und insbesondere auch der Schweineverkehr ähnlich geregelt werden wie der Schlachtviehverkehr, sprach sich jedoch gegen die Einführung einer Fleischkarte aus.

Der Berichterstatter empfahl ferner die Annahme des Spezialantrages des Geheimen Rates Dr. Jarsch über die Sicherung und zweckmäßige Organisation des Bezuges von Fettschweinen und Schweinefett aus Ungarn und dessen gleichmäßige Ueberführung in den Konsum, ferner des Antrages Sonntag, die Anlieferung einer möglichst großen Menge von Futtermais aus Ungarn zur Schweinemast, schließlich des Antrages des Geheimen Rates Dr. Schreiner, für die Errichtung von Mühlen zur Herstellung des als vorzüglichsten Schweinefutters bewährten Leemehles und die Beschaffung der bezüglichen Einrichtungen im Anschluß an bereits bestehende Mühlenunternehmungen baldigst Sorge zu tragen.

Nach einer eingehenden Debatte, an der sich die Mitglieder Geheimen Rat Dr. Schreiner, Kunschak, Dr. Lampe und der Präsident der Futtermittelzentrale Mendl beteiligten, wurden die Anträge des Referenten einstimmig angenommen und außerdem der besondere Antrag des Mitgliedes Kunschak über den Zwang des Abschusses von Wild und über das Verbot der Genußfütterung an Wild und der Antrag des Mitgliedes Dr. Lampe über die Förderung der Adriaflora und die ausschließliche Verwendung von Wasserrübe zur menschlichen Nahrung angenommen.

Die Kriegsküchen.

Es gelangte nunmehr Dr. Freißler zum Wort, der ein ausführliches Referat über die Einrichtung von Kriegsküchen erstattete. In diesem Referat wird die Sozialisierung des Kochprozesses als ein wichtiges Mittel nicht nur zur Ersparnis von Geld, sondern — was vom Standpunkt der Approvisionnement besonders wichtig ist — zur Ersparnis jener Lebensmittel bezeichnet, aus denen Speisen bereitet werden; allerdings müsse die Verabfolgung von Speisen aus den Kriegsküchen in obligatorischen Zusammenhang mit den amtlichen Bezugsarten für die verschiedenen staatlich bewirtschafteten Lebensmittel gebracht werden.

Zum Gegenstand sprachen Regierungsrat Friß, Kalusch, Dr. Kenner, Finkl und Dr. Lausche, welcher letzterer dem Beirat empfahl, an die Regierung das Ersuchen zu stellen, auf die Einführung nach Vorschrift zusammengestellten, vereinfachter Speisefolgen in den Gastwirtschaften hinzuwirken. Die Anträge des Referenten und der Antrag Lausche wurden hierauf angenommen.

Die Zuweisung von Kraftfuttermitteln.

Es gelangte nunmehr der Antrag Stödler zur Beratung und Annahme, nach dem obligatorische Bestimmungen über die Zuweisung von Kraftfuttermitteln zur Erzeugung von Fett und Milch zu treffen und Kraftfuttermittel nur jenen Produzenten zuzuweisen wären, die sich verpflichten, entsprechend der zugewiesenen Menge Fett und Milch zu produzieren und sämtliche Produkte nach Abzug des eignen Bedarfes dem allgemeinen Konsum zur Verfügung zu stellen.

In diesem Zusammenhang sprach der Präsident der Futtermittelzentrale Mendl über die verfügbaren Mengen an Futtermitteln und deren Verwendung und Beiratsmitglied Dr. Nowak über die Förderung der Schweinezucht in Galizien.

Zwei Anträge des Geheimen Rates Dr. Schreiner, deren einer die Notwendigkeit betont, daß sich die maßgebenden Stellen bezüglich der richtigen und zweckmäßigen Verwendung namentlich der einweihreichen, die Erzeugung von Fett fördernden Futtermittel mit den Landeskulturräten ins Einvernehmen setzen, während der andere die Verschrotung von Getreide mit Benützung der Handerschrotmühlen zum Gegenstand hatte, wurden angenommen.

Eine Reichsfettstelle.

Hierauf erstattete Mitglied Dr. Lausche namens des ersten Sachausschusses über die Zentralisierung der Fettversorgung einen Bericht, der an die in den früheren Tagungen gefaßten Beschlüsse anknüpfte. Der ausführliche Bericht gipfelt in den Anträgen auf Förderung der Fettproduktion, Erzielung einer entsprechenden Preisbildung und Errichtung einer „Reichsfettstelle“ im Ernährungsamte, der es obliegen wird, die Erzeugung von Butter und Schweinefett zu erfassen und zur Versorgung des allgemeinen Konsums in gleicher Weise zur Verfügung zu stellen wie alle anderen vom Kriegsverbände der Oel- und Fettindustrie überwiesenen tierischen und pflanzlichen Oele und Fette.

Für die Ausarbeitung der Details der vorgeschlagenen Zentralisierung wurde ein Sonderausschuß gewählt.

Die Kartoffelversorgung.

Hierauf erstattete Mitglied Sonntag Bericht über die vom Komitee für Kartoffeln und Kartoffelprodukte beschlossene Resolution über die zur Durchführung der Kartoffelversorgung zu ergreifenden Maßnahmen, in der zunächst gefordert wurde, daß unter allen Umständen der Speisebedarf an Kartoffeln zuerst gedeckt und gewährleistet werden müsse.

Das Komitee sprach sich für die Aufrechterhaltung der jetzt geltenden Erzeugerhöchstpreise für Kartoffeln aus und äußerte den Wunsch, daß durch die Kriegsgetreidewerksanstalt rechtzeitig Vorsorgen für die Sicherstellung der Saatkartoffeln getroffen werden.

Der Präsident des Approvisionnementsteirates teilte hierauf mit, daß ein Antrag des Geheimen Rates Dr. Schreiner-Dr. Ziegler betreffend die Belassung der für die Selbstversorger notwendigen Getreidequantitäten der Gebirgsbauern bis zur Mahlfähigkeit des Getreides der nächsten Ernte, und ein Antrag des Beiratsmitgliedes Dr. Ziegler betreffend die Gewährung von Prämien für die Erzeugung eines den Landesdurchschnitt übersteigenden Gektarertrages, dem Plenum des Beirates anlässlich der nächsten Tagung (18. November) werde vorgelegt werden. Damit wurde die Sitzung geschlossen.

29. IX. 1916

Kriegsflüchzettel mit Kochvorschriften.

Von Luise Holte.

Sonntag: Gemüsegrausensuppe. Schmorfleisch mit Bierlunte, Kartoffelstücken. Feine Speise im Ofen.

Gemüsegrausensuppe. 150 Gramm grobe Graupen kocht man ab, gießt 1½ Liter Wasser, in dem man zwei Brühwürfel löst, darauf, fügt 250 Gramm ganz nach eigenem Geschmack gewählte und gepuzte feinstreifig geschnittene Gemüse dazu, kocht die Suppe 15 Minuten und stellt sie darauf 3 Stunden in den Gartocher. Zuletzt schmeckt man sie mit Salz und gewiegtem Selleriegrün ab und gibt ihr besonderen Nährwert und Wohlgeschmack, wenn man 2 bis 3 Teelöffel voll Eierparpulver zuletzt mit durchkocht.

Schmorfleisch mit Bierlunte. Das Fleisch muß zart und wenn möglich mit etwas Fett durchwachsen sein; man klopft es gut und gibt es in eine gut schließende Kasserolle, deren Boden mit kochendem Wasser bedeckt ist. Wenn das Wasser verkocht ist, begießt man das Fleisch mit Braumbier und wiederholt dies mehrere Male. Damit schmort man das Fleisch weich, bindet die Brühe mit etwas glattgerührtem Mehl und gibt einen Löffel voll aufgewollene Rosinen und einen Löffel voll kleine Perlzwiebelchen zuletzt an die Lunte, die man beim Anrichten über das Fleisch füllt.

Feine Speise im Ofen. Man rührt aus 2 Teelöffel Eierparpulver, das man mit wenig Wasser glatt rührte, einem Eigelb, etwas Zucker, obgeriebener Zitronenschale und einem gehäuften Löffel Weizenmehl, das man mit etwas Backpulver vermischt, einen leichten Teig, unter den man zuletzt den steifen Schnee von einem Eiweiß zieht. In eine Bratpfanne gibt man 10 Gramm Fett, läßt es zergehen, gibt den Teig hinein und stellt ihn auf einen Unterfah in den heißen Bratofen, in welchem er 15 Minuten backen muß. Der hochaufgegangene Teig wird dann sofort auf eine heiße Schüssel geschoben, die mit beliebigem, abgetropftem Kompott bedeckt, zusammengeklappt und mit Zimtzucker bestreut. Der abgetropfte Fruchtstift kann als Lunte zu der Speise gegeben werden.

Montag: Gefüllte Kartoffeln, geschmorter Rottkohl ohne Fett.
Gefüllte Kartoffeln. Man nimmt zehn große Kartoffeln, schält sie und höhlt sie so weit aus, daß ringsherum ein ziemlich dicker Rand stehen bleibt, wobei man auf dem einen Ende einen Deckel abschneidet, auf dem anderen so viel aber abschneiden muß, daß die Kartoffeln stehen können. Die ausgehöhlten Kartoffeln und die Deckel müssen 5 Minuten in Salzwasser kochen, während das ausgehöhlte und abgeschnittene Kartoffelfleisch gar kochen muß, gut abtropft und ganz fein zerdrückt wird. Man gibt 100 Gr. im eigenen Saft geschmorte gewiegte Pilze, 1 Teelöffel Eierparpulver, 2 Teelöffel Fleischbrühe, etwas geriebene Zwiebel, gehackte Petersilie, Salz und Pfeffer daran und füllt die abgetropften Kartoffeln damit, bindet den Deckel darauf und stellt die Kartoffeln nebeneinander in eine passende eingefettete Pfanne. Man schiebt sie in den heißen Ofen und dünstet sie weich. Beim Anrichten werden sie umgeben mit

Rottkohl ohne Fett. Man schneidet einen mittelgroßen Kopf Rottkohl so fein wie möglich, kocht ihn fünf Minuten in kochendem Wasser ab, läßt ihn abtropfen, gibt ihn in eine große Schale und rührt mit großer Gabel soviel Essig daran, daß der Kohl eine frischrote Farbe hat. In ½ Liter kochend Wasser reibt man etwas Zwiebel, gibt vier geschälte, in Scheiben geschnittene Äpfel, 1 kleines Glas Johannisbeerst, etwas Salz daran und schmort hierin den Kohl drei Stunden. Er kann nach viertelstündigem Ankochen auch in den Gartocher gestellt werden. Zuletzt reibt man eine rohe Kartoffel an den Kohl, die ihn bindet und ihm ein glänzendes Aussehen verleiht.

Dienstag: Tomatensuppe (Vorschrift bekannt). Birnenpudding.
Warmer Birnenpudding. Eine Puddingform wird mit Fett ausgestrichen und ausgestreut und dann zu drei Viertel ihrer Höhe abwechselnd mit altbackenen Weißbrotwürfeln und weichen, saftigen Birnenstücken gefüllt. Die Füllung muß zwei Stunden, bevor man den Pudding kocht, erfolgen. Man bereitet aus 3 Eßlöffel Milch ein knappes Liter Milch, verquirlt ihn mit 4 Teelöffeln Eierparpulver, einer Prise Salz, ½ Teelöffel feinem Kardamom und etwas feinem Zucker. Diese Mischung gießt man über die Füllung, läßt sie damit 2 Stunden stehen und kocht den Pudding im Wasserbade zwei Stunden. Einige Löffel Obstmus verdünnt man mit einem Glas Apfelwein, süßt dies und bindet es mit etwas Maismehl. Wenn man den Pudding gestürzt hat, schüttet man die dicke Lunte, die ihn leicht überziehen soll, darüber.

Mittwoch: Kartoffelrand mit Spinatgemüse und kleinen Fleischlöffchen. Ungebackene Kriegsappelforte.

Kartoffelrand. 500 Gr. Kartoffeln kocht man mit der Schale am Tage vor dem Gebrauch, zieht sie ab und reibt sie am folgenden Tage. Ein Eigelb rührt man mit 10 Gr. weichgerührter Butter gut durcheinander, gibt 2 Teelöffel Magermilch, 30 Gr. geriebenen, trockenen Käse beliebiger Art und die geriebenen Kartoffeln dazu, schmeckt den Teig mit Salz und etwas geriebener Muskatnus ab und zieht zuletzt den steifen Schnee des Eiweiß durch. Man füllt die Masse in eine vorgerichtete Randform, bäckt sie lichtbraun, stürzt den Kartoffelrand auf eine heiße Schüssel und füllt Spinatgemüse in die Mitte, das man mit kleinen Fleischlöffchen belegt.

Ungebackene Kriegsappelforte, am Tage vor dem Gebrauch zu bereiten. Eine kleine Springform, die man nicht einsetzt, legt man am Boden dicht mit kleinen Zwiebäckchen aus, wobei man die Lücken mit kleinen Zwiebackstücken gut ausfüllen muß. Von 1 Kg. Äpfel kocht man ein steifes Äpfelmus, das man heiß auf die Zwiebäckchen füllt und auch mit Zwiebäckchen wieder dicht zudeckt. Von einem Puddingpulver, am besten ist Mandel-Matronen-Vanillepuddingpulver, bereitet man eine steife Puddingmasse, die heiß gleichmäßig auf der zweiten Schicht Zwiebäckchen verteilt wird. Man stellt die Forte bis zum folgenden Tage kühl, nimmt dann den Rand und Formboden behutsam ab, reibt über die Oberfläche etwas Schokolade und legt kleine Stüchchen Fruchtgelee dazwischen.

Donnerstag: Gebakene Stedrüben mit Kartoffeln. Einfacher Haferflockenpudding mit Obstlunte.

Gebakene Stedrüben. 2 Kg. Kohlrüben pugt man, schneidet sie in runde Scheiben und kocht sie in Salzwasser ab. Dann löst man einen Suppenwürfel Königsuppe in einem halben Liter Wasser, gibt 15 Gramm Fett, etwas Pfeffer, einen Löffel Zitronensaft daran und gibt die Kohlrüben hinein. Ganz langsam, damit sie nicht ansetzen, schmort man sie nicht ganz weich. Inzwischen bereitet man aus 200 Gramm Hackfleisch, 250 Gramm kalten geriebenen Kartoffeln, 2 Teelöffel Eierparpulver, geriebener Zwiebel, Salz und Pfeffer ein Füllsel, mit dem man schichtweise die Stedrübenscheiben in eine vorgerichtete Backform füllt. Die Oberfläche, die aus Rüben bestehen soll, wird leicht mit Semmelkrumen bestreut, nachdem man die Lunte der Rüben über die Speise gefüllt hat, und das Gericht im Ofen etwa 15 Minuten gebäckt. Kartoffeln in der Schale reicht man nebenher.

Einfacher Haferflockenpudding. In eine vorgerichtete Puddingform gibt man ein halbes Liter Milch, die man aus Trockenmilchpulver bereiten kann, schüttet eine große Lasse Haferflocken hinein, gibt eine Prise Salz daran und kocht den Pudding im Wasserbade etwa 1½ Stunden. Er wird gestürzt, mit Zimtzucker dick bestreut und mit beliebiger Obstlunte gereicht.

Freitag: Bunte Gemüsesuppe (Vorschrift bekannt). Mohrrüben im Wasserbad, Kartoffelschnee (Vorschrift bereits mitgeteilt), Fischschnitten auf der Röstpfanne.

Mohrrüben im Wasserbad. Die Mohrrüben müssen gut gepuzt und in kleine Streifen geschnitten, dann gewaschen und mit etwas Salz und wenig Zucker durchgeschwenkt werden. Man gibt sie in einen kleineren Kochtopf, mit dem man sie in einem größeren Kochtopf mit kochendem Wasser stellt. Im Wasserbad müssen sie 2 Stunden mindestens kochen, sie werden dann ohne weiteres angerichtet, mit gewiegter Petersilie bestreut und mit einem Kranz von Kartoffelschnitten angerichtet.

Fischschnitten auf der Röstpfanne. Kleine billige Fische kann man dazu gut verwenden, man reinigt 750 Gramm davon, kocht sie etwa 10 Minuten langsam in Salzwasser, enthäutet und entgrätet sie und treibt das Fleisch durch die Fleischhackmaschine. Eine kleine geriebene Zwiebel, eine gewiegte Semmel, Salz, Pfeffer und 2 Teelöffel Eierparpulver gibt man zu dem Fischfleisch, mischt alles gut und formt mittelgroße Schnitten davon. Die Röstpfanne wird leicht eingefettet, auf die heiße Röstpfanne gelegt und darauf unter öfterem Wenden gargeröstet.

Sonabend: Pichelsteiner von Gemüse (Vorschrift schon gebracht). Flammende Birnen.

Flammende Birnen. Die Birnen müssen weich und saftig sein, sie werden geschält, aber nicht zerhackt und ganz in Apfelwein mit etwas Zucker und Zitronenschale weich gekocht. Sie müssen abtropfen und ihr Saft indessen mit 3-4 Löffeln Aprikosenmarmelade vermischt und mit etwas Maismehl gebunden werden. Vorher hat man einen einfachen Maisgrießbrei bereitet. Er wird auf eine Schüssel gegeben, die Birnen darauf gestellt, mit ihrer dicken Lunte überzogen und eben vor dem Auftragen mit 1 Löffel Rum übergossen, den man anzündet, wenn man die Birnen zu Tisch gibt.

30./X. 1916

Russische Lebensmittelnöte.

In Rußland stehen jetzt die Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung im Mittelpunkt des Interesses. Nach allen Richtungen hin werden Pläne erörtert, die eine Behebung oder wenigstens eine Milderung der Lebensmittelnöte bezwecken, ohne daß man bisher einen Ausweg gefunden hätte. Besondere Schwierigkeiten scheint das Herausholen der Getreidevorräte bei den Bauern zu bereiten. Die Bauern halten ihr Getreide aus ganz besonderen Gründen

verborgen und sind scheinbar nur durch draconische Maßnahmen zur Herausgabe ihrer Vorräte zu bewegen. Dabei wird man beachten müssen, daß angesichts des Mangels an Arbeitskräften und Maschinen ein großer Teil der ackerbauenden Bevölkerung Rußlands während des Krieges zweifellos eine schwere Zeit durchgemacht hat. Infolgedessen, und besonders gegenüber den ungeheuren Gewinnen der meisten Großindustriellen, ist die Unzufriedenheit der Landwirte zum Teil verständlich. Daher ist es auch nicht zu verwundern, daß unter den Landwirten, und besonders unter den Großgrundbesitzern, der Gedanke an die Notwendigkeit einer Monopolisierung des Getreidehandels immer die Oberhand behält. Uns wird darüber geäußert:

Pg. Stockholm, 30. Oktober. (Drahtbericht unseres Vertreters.) Laut „Nietich“ schlug der Landwirtschaftsminister vor, an die Bauern ganz Rußlands einen Ruf zu richten, das Getreide herauszugeben. Demgegenüber plane Stürmer, eine Massenrequisition vorzunehmen. Die Absicht Stürmers findet den Beifall der Mehrheit des Ministerrates. — Um einer Kaffeekrise vorzubeugen, ließ der Innenminister einen Privatisierungsplan ausarbeiten, der die Ernenennung besonderer Bevollmächtigter für die Kaffeefuhr in den Großstädten Rußlands vorsieht. Die Regierung beabsichtigt, für 1917 in Brasilien eine Million Pfund Kaffee einzukaufen, der hauptsächlich auf Petersburg, Moskau, Odessa und die Ostseeprovinzen, wo der Kaffeeverbrauch vorherrscht, verteilt werden sollen.

Des weiteren fand laut „Nietich“ in Petersburg in Anwesenheit des Landwirtschafts-, des Finanz- und des Handelsministers eine Sitzung mit den Vertretern von Banken statt zwecks Besprechung der Lebensmittelfrage. Die Banken erklärten sich bereit, bei der Beseitigung der Schwierigkeiten mitzuhelfen, vorausgesetzt, daß die Regierung ihre Vorurteile fallen lasse und namentlich die Banken gegen die Verschuldigung der Spekulation mehr in Schutz nehme. Die Vertreter der Banken besuchten in den folgenden Tagen auch Protopopow.

Die „Industrie- und Handelszeitung“ wendet sich gegen die Behauptung des „Economist“ über die Aussichten der künftigen russischen Getreideausfuhr nach England. Das Hindernis liege nicht nur in den verhältnismäßig hohen Frachtkosten, sondern auch in der Unmöglichkeit, der amerikanischen Konkurrenz auf dem englischen Markt begegnen zu können. Von Rußland könne gerechterweise nicht verlangt werden, die beträchtlichen Transportkosten zu tragen, wo es in seiner Nachbarschaft einen aufnahmefähigen Abnehmer habe.

Interessant ist an der vorstehenden Meldung noch die Tatsache, daß jetzt in Rußland auch die Banken wieder um ihren Beitrag an der Lebensmittelfrage angegangen werden. Gegen die Banken wurde, wie man sich erinnert, der Vorwurf des Lebensmittelwuchers und des Zurückhaltens der Vorräte erhoben. Die meisten Banken wurden als unaufrichtig russische bezeichnet und gegen sie die Anklage der Deutschfreundlichkeit erhoben, da sie ja mit deutschem Kapital arbeiteten. Diese Verdächtigungen wiederholten sich immer schärfer und die anglophile Gesellschaft in Rußland hat erst in den letzten Tagen wieder gegen diese Institute, deren Hilfe man jetzt scheinbar nötig hat, gehetzt und eine eingehende Revision dieser Institute gefordert. Es ist ja leider wahr, daß deutsches Kapital an verschiedenen russischen Banken Interesse genommen hat, aber sicherlich ganz erheblich weniger, als die heutigen Freunde Rußlands an ihnen beteiligt sind. Da wir zudem einen großen Teil der russischen Bankaktien aus Rußland abgestoßen haben, kann es uns im Grunde gleich sein, ob und wie man die russischen Bankinstitute im eigenen Lande bedrängt.

Verabschiedung des Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber vom gemeinsamen Finanz- ministerium.

Ministerpräsident Dr. v. Koerber über die Wichtigkeit der Ernährungsfrage.

Wien, 30. Oktober.

Heute vormittag fand die Verabschiedung des Beamtenkörpers des gemeinsamen Finanzministeriums von dem zum österreichischen Ministerpräsidenten ernannten bisherigen gemeinsamen Finanzminister Dr. v. Koerber statt. Namens der Beamenschaft richtete Sektionschef v. Thalloczy folgende Ansprache an den Ministerpräsidenten:

„In dieser weltbewegenden Epoche einen schablonenhaften Abschiedsgruß an Eurer Exzellenz zu richten, entspricht weder den Intentionen Eurer Exzellenz, noch unseren Gefühlen. Durch die Gnade Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät ist es nun Eurer Exzellenz beschieden, das durch das tieftraurige Hinscheiden weiland Grafen Stürgkh verlassene Steuer des österreichischen Staatschiffes zu lenken. Gott gebe Eurer Exzellenz Kraft und Ausdauer, um im Verein mit dem ungarischen Bruderstaate zu Ruh und Fromm unser aller einer der bewährten Wegweiser zu sein, welche uns zum ersehnten Endziele führen.“

Sektionschef v. Thalloczy gab dem Bedauern des Beamtenkörpers Ausdruck, daß es dem Ministerpräsidenten nicht beschieden war, in den seiner Leitung anvertrauten Ländern Bosnien und Herzegowina all das zu verwirklichen, was er sich vorgenommen, doch habe er in vollem Maße die Gelegenheit benützt, um das Land kennen zu lernen. Er sei sozusagen ein Kronzeuge jener ungestümen Tapferkeit und jenes Todesmutes geworden, welche die bosnisch-herzegowinischen Truppen auf allen Schlachtfeldern in beispielgebender Weise bewiesen haben. Das Volk Bosniens und der Herzegowina, wo unsere Verwaltung tiefe Wurzeln geschlagen hat, ist treu. Das vergossene Blut dieser Braven beweist, daß die dynastische Idee sich als unausrottbar erweisen hat gegen alle Anstürme der Feinde rings um uns her. Sektionschef v. Thalloczy gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß Seine Exzellenz der Ministerpräsident auch in seiner neuen verantwortungsvollen Stellung sein tiefes Interesse für diese Länder bewahren werde, erbat auch für die Zukunft sein Wohlwollen für die Beamenschaft des gemeinsamen Finanzministeriums, das dem bewährten Führer mit ganzer Treue gedient habe, und schloß mit einem Glückauf zu der neuen und wichtigsten Lebensphase des langen so verdienstvollen Wirkens des neuen österreichischen Kabinettschefs.

Rede des Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Dr. v. Koerber erwiderte mit folgenden Worten:

„Infolge des erschütternden Ereignisses, das uns alle tief bewegte und mir einen altbewährten Freund raubte, bin ich von Sr. Majestät berufen worden, an seine Stelle zu treten und die Führung der Staatsgeschäfte zu übernehmen. Es war vielleicht die ernsteste Stunde meines Lebens, in der ich mich entschloß, dieser Berufung zu folgen, weil ich mir der erdrückenden Fülle von Pflichten sowie der Verantwortung bewußt bin, welche mir daraus gegen den Staat und seine Völker erwachsen. Wer mich kennt, weiß, daß ich jedem äußerlichen Scheine, jedem Brinke, der mit solchen Stellungen verbunden ist, abhold bin und daß es mir ohne Rücksicht auf meine Person stets und allein um das allgemeine Wohl, um die Herbeiführung eines gesunden wirklichen Fortschrittes auf allen Gebieten des staatlichen Lebens zu tun ist. Reichtümer strebte ich nie an. Nur die Hoffnung, daß die Bevölkerung in ihren verschiedenen Schichtungen meine reinen Absichten erkennen und ungeachtet der schweren Mühsale, die sie infolge dieses schon so lange währenden Krieges opferwillig trägt, nicht verzagen, sondern die Ueberzeugung gewinnen wird, daß mit Ernst und Gewissenhaftigkeit das Möglichste geschehen wird, um vor allem ihre Nahrungsjorgen zu lindern, gab mir den Mut, trotz aller zu erwartenden Schwierigkeiten und vielleicht auch Widrigkeiten, die in unserem öffentlichen Leben leider nicht selten sind, mich der Aufforderung nicht zu entziehen, die an mich ergangen ist.“

In dieser schicksalsschweren Zeit hatte auch das gemeinsame Finanzministerium in allen seinen Abteilungen vielfältige gewichtige Aufgaben zu bewältigen, die die Anspannung aller Kräfte erforderten. Mit nicht genug anzuerkennender Hingebung und nie verjagender Dienstbereitschaft haben Sie diesem erhöhten Pflichtenkreise entsprochen und Leistungen vollbracht, die nicht nur für den vergänglichsten Tag bestimmt sind. Fahren Sie fort auf diesem Wege, welchen ich Ihnen gewiesen habe, und Sie werden in den erzielten Erfolgen für das öffentliche Wohl den schönsten Lohn Ihrer Arbeit finden. Unablässig war meine Sorgfalt den unseren Herzen so nahe liehenden Ländern zugewendet, die der obersten Verwaltung des gemeinsamen Finanzministeriums anvertraut sind. Zum Teile vom Feinde heimgesucht, waren diese Länder, deren Söhne auf allen Schlachtfeldern sich mit Ruhm bedeckten, herben Prüfungen ausgesetzt. Wir waren bemüht, die durch den Krieg verursachten Schäden zu heilen und alles vorzulehren, um die gedeihliche Entwicklung und das Aufblühen dieser Länder für die Zukunft zu sichern.

Ich scheidet nunmehr aus Ihrer Mitte, lasse viele mir werthe Freunde zurück, die ich mit in Ihrem Kreise erworben habe, und versichere Sie, daß mir die Zeit, während welcher es mir beschieden war, mit Ihnen zusammen zu arbeiten, stets eine teure Erinnerung bleiben wird. Gott schütze Sr. Majestät, die beiden Staaten der Monarchie und ihre Völker!“

Der Ministerpräsident verabschiedete sich hierauf in herzlichster Weise von jedem der erschienenen Beamten.

Der Schwindel mit Ersatzmitteln.

Es wird uns geschrieben:

Die Erzeugung schwindelhafter Ersatzmittel, seien es Nahrungsmittel oder Bedarfsartikel, hat sich während der Kriegszeit zu einer Großindustrie entwickelt. Vor einiger Zeit wurde in der „Reichspost“ mitgeteilt, daß jedes vierte Ersatzmittel, das dem Allgemeinen österreichischen Apothekerverein zur Begutachtung vorgelegt wurde, entweder minderwertig, verfälscht oder gesundheitsschädlich war. Die Zusammensetzung der in der Händlerpresse zumeist mit den kühnsten Uebertreibungen angepriesenen Erzeugnisse ist mitunter haarsträubend. Da steht z. B. ein sogenannter „Eierersatz“ aus Mais und Kartoffelmehl, ein angebliches „Salatöl“ aus 99% Wasser, ein „Getreidemehl“ aus zwei Dritteln Gips und einem Drittel Sägemehl, ein „Butterersatz“ aus 50% Wasser, 38% Kartoffelmehl und nur 12% Fett, eine „Kunstseife“ aus 80% Wasser, eine „Ersatzbohne“ aus Pappdeckel, der bei schlechtem Wetter natürlich schon innerhalb weniger Stunden unbrauchbar ist, ein „Milchsuppenpulver“ aus Maisgrieß und etwas Rohzucker, ein „Milchfakawürfel“ aus Magermilchpulver und einigen Prozent Kakaopulver. Man könnte die Reihe der Fälschungen ins Unendliche fortsetzen. Die Mehrzahl der im Handel befindlichen Surrogate hat nur den Zweck, die Käufer zu beschwindeln und die Erzeuger rasch reich werden zu lassen. Wer das Bech hat, auf einen Abnehmer zu treffen, der die Anzeige erstattet, zahlt etliche Kronen Strafe. Das ist ein „Risiko“, mit dem jeder Schwindler rechnet und das er als „unvermeidliche Geschäftsspesen“ betrachtet. Aber wie viele Käufer können die Beschaffenheit und den Wert solcher Ersatzstoffe beurteilen? Hunderttausende, die aus irgend einem Grunde auf den Kauf der „Surrogate“ angewiesen sind, vermögen das nicht. Die Schwindler haben so ein leichtes Spiel, der unwissenden Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen.

Das Publikum vermag sich also vor diesem Schwindlertum allein nicht zu schützen. Darum muß es

Sache der Behörden sein, dem Treiben der Beutejäger ein Ende zu machen, das gar nicht rasch genug erfolgen kann. Fast in jeder Nummer der Geschäftspresse wird das eine oder das andere Ersatzmittel angepriesen, das einer fachlichen Begutachtung nicht standhalten kann. Zudem bereift ein Heer von Agenten alle Städte und schwärmt den Kaufleuten die Schwindelerzeugnisse auf. Das ganze Land ist überflutet mit Schwindelprodukten, die, wie die Erfahrung lehrt, auch in gesundheitlicher Beziehung nicht immer ungefährlich sind.

Es kann, den ernstlichen Willen vorausgesetzt, nicht so schwer sein, wirksame Dämme gegen die Schwindel-surrogate aufzurichten. Ein Gesetz, das längst besteht, schreibt vor, daß Lebens- und Futtermittel nur nach vorhergegangener amtlicher Analyse in den Handel gebracht werden dürfen. Leider wird es heute so gut wie nicht beachtet, viel weniger sogar als in den vergangenen Friedensjahren, da die Surrogatindustrie noch eine mehr oder weniger belanglose Rolle gespielt hat. Wenn diesem Gesetze rückhaltlose Beachtung verschafft würde, wäre gewiß der Hauptteil des Übels beseitigt. Alles übrige wäre dann Sache energischer Kontrolle. Denn wenn die Kaufleute verpflichtet wären, nur solche Waren anzupreisen, bezw. weiterzuverkaufen, die von der amtlichen Begutachtung als zulässig erklärt wurden — der Charakter der Zulässigkeit könnte durch Bignetten an den Waren, bezw. durch Vorweisung der amtlichen Atteste nachgewiesen werden — so wären damit sozusagen mit einem Federstriche die Märkte von zahllosen Erzeugnissen, die auf die Beschwindelung der Käufer abzielen, gesäubert. Freilich wäre noch immer eine wirksame Kontrolle nötig, denn man weiß ja, daß sich die gewisse Händlerwelt nicht viel um behördliche Verordnungen kümmert, die ihre zügellose Profitgier eindämmen sollen. Die Kontrolle hätte sich auf häufige Nachschau in den Geschäften und ganz besonders auf den Ankündigungsteil der gewissen Presse zu erstrecken.

Das wertvollste Material zur Ausrottung des Ersatzmittelschwindels könnte unstreitig die k. k. Allgemeine Untersuchungsanstalt für Lebensmittel in Wien beistellen. Aber da müssen wir gleich feststellen, daß diese Anstalt, die wichtigste ihrer Art in Oesterreich, sich nicht einmal zur

Veröffentlichung ihrer Tätigkeitsberichte entschließt. In dieser Zeit, wo täglich eine erkleckliche Zahl der ihr vorgelegten Ersatzmittel als verfälscht, minderwertig oder gesundheitsschädlich befunden werden, wäre es höchst wichtig, die Namen der Erzeuger oder wenigstens die Bezeichnungen der Waren zu erfahren, um gewarnt zu sein. Nichts logischer, als daß das Publikum über diese Schwindelerzeugnisse fortlaufend unterrichtet werden sollte, ganz abgesehen davon, daß die Tätigkeitsberichte auch jenen Stellen, die sich berufsmäßig mit der Verfolgung des Warenschwindels zu befassen haben, als wichtige Fingerzeige dienen könnten. Was nützt es, das Volk vor dem Ankauf der Schwindelerzeugnisse zu warnen, wenn es nicht weiß, was gut und was schlecht ist? Unter diesen Umständen sind die Verbraucher leicht geneigt, das Kind mit dem Bade auszugießen und auch jene Produkte als verfälscht und minderwertig zu betrachten, die uns in der Zeit der Knappheit verschiedener Naturprodukte wirklich gute Dienste leisten könnten, ein Umstand, der weder im Interesse des Volkes, noch der ehrlichen Ersatzmittelindustrie gelegen sein kann, die ausgiebige Förderung verdient. Eine großzügige Bekämpfung aller wucherischen Erscheinungen in unserem Wirtschaftsleben erscheint freilich ohne Kriegswucherramt mit außerordentlichen Machtbefugnissen kaum mehr durchführbar.

Fleisch und Eier.

Dem Geflügelzuchtverein erhalten wir folgende Zuschrift: Heute, wo das Fleisch und das Ei einen außergewöhnlich hohen Preis hat, ist die Geflügelzucht die geeignetste Art der Fleischherzeugung. Nicht nur Fleisch, sondern auch die so nahrhaften Eier kann man sich selbst beschaffen durch eine rationell betriebene Geflügelzucht, denn nur wenn diese wirklich rationell betrieben wird, ist ein Nutzen aus ihr zu ziehen. Es ist nicht gleichgültig, wie Geflügel gepflegt, gehalten und gezüchtet wird, das muß nach erprobten Regeln geschehen. Der Wiener Geflügelzuchtverein hat es sich seit vielen Jahren zur Aufgabe gestellt, aufklärend zu wirken, und ladet Interessenten ein, seinen Geflügellehrcurs, der am Mittwoch den 25. d. im Vereinslokal, 15. Bezirk, Mariahilferstraße Nr. 156 (Hotel Solzwarth), um 8 Uhr abends begonnen hat und jeden weiteren Mittwoch fortgesetzt wird, zu besuchen, um in alle Gebiete der rationellen Geflügelzucht praktisch und theoretisch eingeführt zu werden.

Die küstenländische Versorgungsorganisation.

Zu dem Schreiben unseres Triester Genossen J. Sch., das wir am 26. d. veröffentlicht haben, sendet uns Abgeordneter Pittoni folgende ergänzende Zeilen:

Werte Genossen! J. Sch. schildert sehr richtig die Verteilungsorganisation der Lebensmittel in Triest und ich habe gegen die Anmerkung der Redaktion, daß ich an dieser Organisation beteiligt war, nichts einzuwenden, weil dadurch hervortritt, daß die von einem Leiter eines Konsumvereines gesammelten Erfahrungen in dieser schweren Zeit der Allgemeinheit sehr zugute kommen können.

Ihr Korrespondent hatte sich zur Aufgabe gestellt, unsere Organisation der Warenverteilung zu schildern. Ich hatte mir oft vorgenommen, Ihnen auch über die sonstige großzügige Aktion der küstenländischen Approvisionierungskommission ausführlich zu berichten; es blieb aber leider bei dem guten Vorsatz.

Jetzt sehe ich mich aber verpflichtet, Ihnen wenigstens kurz zu sagen, worauf die gute Verteilung gegründet ist und wie sie ermöglicht wurde.

Im März und April 1915 trat nach der Verschwendung der ersten Kriegsmomente die äußerste Knappheit der Mehlvorräte, ein wirklicher Mehlmangel ein. Das wenige Mehl, das auf den Markt gebracht wurde, verschwand sehr bald und die Bevölkerung bekam kein Brot.

Eine Abordnung der organisierten Arbeiterschaft begab sich zum Statthalter Freiherrn v. Fries-Stene, um über die Notlage zu berichten und die Mitarbeit der Organisation anzubieten. Der Statthalter, welcher die gute Gewohnheit hat, bei jeder auftauchenden Schwierigkeit — und wir haben deren genug gehabt — die Vertreter der Interessententeile, die Fachmänner, überhaupt Männer guten Willens zu Besprechungen einzuladen und zur Mitarbeit anzuspornen, berief mich, als Vertreter der Konsumentenorganisation, in den Approvisionierungsausschuß, wo mir eben die Möglichkeit geboten war, nicht nur für die Konsumvereinsmitglieder, sondern für die Allgemeinheit zu wirken.

Unter dem Vorsitz des Hofrates v. Scarpa wurde vom Statthalter bei der Statthaltereie selbst ein Approvisionierungsausschuß für Triest und das Küstenland eingesetzt. In diesen Ausschuß wurden damals der Sekretär der Handelskammer Dr. Johann Garanini, der Mühleninspektor Tullio Benardon, der Advokat Josef Abram und ich als Leiter des Arbeiterkonsumvereines berufen.

Der bei der Einsetzung des Ausschusses vom Statthalter selbst entschieden vertretene Grundsatz, daß in der jetzigen schweren Zeit die Rücksichten auf die schwer betroffene Bevölkerung allen anderen vorangehen müssen und daß die Interessen der einzelnen denen der Allgemeinheit der Verbraucher weichen müssen, war die feste Grundlage, auf der allein wirkliche Erfolge zu erzielen waren und tatsächlich erzielt wurden.

Seit jener Zeit entwickelte sich aus den kleinen Anfängen ein riesenhaftes Millionenunternehmen, welches die wichtigsten Lebensmittel und Verbrauchsartikel für das ganze Küstenland monopolisiert hat. Wie einer der größten Konsumvereine ist der Approvisionierungsausschuß allmählich auch zur Eigenproduktion übergegangen und betreibt heute eine Polenta- und eine Weizenmühle, Teigwarenherzeugung und Seifenerzeugung. Gleich im Anfang wurde die ganze Broterzeugung durch die Kleinbäcker, die zu allen möglichen Anständen geführt hatte, eingestellt und seit der Zeit steht die ganze Broterzeugung von Triest in den Händen der Kommission, während die Kleinbäcker nur Brotverschleißer geworden sind.

Seit mehr als einem Jahre besitzt jede Familie in Triest, ob arm oder reich, ihre allgemeine Lebensmittelliste; besondere Delikatessen, Kartoffellisten sind bei uns schon längst eingeführt; sogar die Pferde haben ihre Futterkarte von der Kommission.

Um nur ein Beispiel anzuführen, wie das gewirkt hat, sei hervorgehoben, daß wir aus den Mehlerparnissen während des ganzen Jahres unserer Bevölkerung die besten Teigwaren zum Preise von 1.32 Kronen das Kilogramm abgeben konnten, während mindere Ware im Inland bis auf 4.80 Kronen gestiegen war.

Eine solche Warenbeschaffung und gerechte Warenverteilung ist nur möglich gewesen, weil der Statthalter mit uns eines Sinnes war, daß jetzt wenigstens die Bedürfnisse

der Verbraucher, also der Allgemeinheit, jedem privaten oder Sonderinteresse vorangehen müssen.

Valentino Pittoni.

Das Landes-Lebensmittelamt hat in den im dritten Stockwerke des ehemaligen „Hotels zur Königin von England“ befindlichen Lokalitäten seine Thätigkeit bereits aufgenommen. Dem Amte, das 28 Zimmer okkupirt, sind aus den verschiedenen Ministerien Beamte, sowie die Vertreter des Militärs, der Gendarmerie und der Grenzpolizei zugetheilt. In seinen Wirkungskreis gehören nicht nur die Approbitionierungsfragen, sondern auch die Angelegenheit der Versorgung des Publikums mit Holz und Kohle. Baron Ludwig Kürthy ist derzeit mit dem Studium der Frage beschäftigt, auf welche Weise das

Anstellen und die Ansammlungen bei den Verkaufsstellen von Lebensmitteln zu vermeiden wären. — Der Leiter des Landesamtes für Volksernährung Baron Ludwig Kürthy erschien gestern Morgens in Ujpesti und besuchte in Begleitung des Bürgermeisters den dortigen Markt. Er besichtigte das städtische Mehlamt, das neuorganisirte Approbitionierungsamt und erkundigte sich bei einer Anzahl von Verkäufern um die Preise und richtete an mehrere Personen die Frage, ob und welche Klagen sie gegen die Versorgung mit Lebensmitteln haben. Baron Kürthy machte sich über das Gesehene und Gehörte Notizen und erklärte, er beabsichtige in ähnlich praktischer Weise die Approbitionierung im ganzen Lande kennen zu lernen und werde zu diesem Zwecke den größeren Provinzstädten Besuche abstaten.

31./X. 1916

Akademische Einkaufsorganisation.

In den Kreis der Interessenten, die angesichts der Schwierigkeiten auf dem Markte zum gemeinsamen Einkauf der wichtigsten Lebensmittel schreiten, ist nunmehr auch die Wiener Universität getreten. Auf Vorschlag des Rektors hat ein Ausschuß, der über die Frage der Beschaffung von Lebensmitteln für Universitätsangehörige wiederholte Beratungen pflog, die vorbereitenden Schritte zur Gründung einer Einkaufsorganisation getan. In einem Rundschreiben des Rektors wird als Zweck der Organisation die Beschaffung zu möglichst billigen Preisen sowie die Verringerung der Bezugschwierigkeiten während der Dauer der ungünstigen Approvisionierungsverhältnisse bezeichnet. Von den unter der Patronanz der akademischen Behörden gestellten Einrichtungen können sowohl die Professoren und andern Lehrpersonen wie auch die Beamten, Diener und Privatangestellten der Universität mit ihren Familien Gebrauch machen, ferner die pensionierten Angehörigen der Universität und die Witwen nach Universitätsangehörigen. Auf die Einladung des Rektors hin sind bereits zahlreiche Anmeldungen erfolgt.

Von der Akademie der bildenden Künste ist die Erklärung eingelangt, daß sie sich der Organisation anschließe und daß sämtliche Mitglieder des Professorenkollegiums die Stammeinlage, die verzinslich und kündbar ist, leisten. ferner daß die Akademie als Ganzes eine größere Stammeinlage zu geben beabsichtigt.

An den andern Wiener Hochschulen sind analoge Unternehmungen in Vorbereitung.

Eine Kriegskostausstellung. Wie man schmackhafte und gleichzeitig nahrhafte Speisen an Fleisch und auch an fettlosen Tagen herstellen kann, zeigt gegenwärtig eine Kriegskostausstellung in Mariabühl, Kasernengasse 15, wo die verschiedenen Gänge auf Schüsseln appetitlich hergerichtet und garniert auf einer langen Tafel bereitstehen, eine Kochkunstausstellung im Kleinen, allerdings mit sehr beschränkten Mitteln. Die Ausstellerin ist eine Reichsdeutsche, Frau Maria Priester aus Frankfurt am Main, wo sie mit ihrer Familie bereits seit dreißig Jahren vor rein vegetarischer Kost lebte und jetzt ihre diesbezüglichen Erfahrungen der Allgemeinheit zur Verfügung stellt. Sie hat bereits 65 deutsche Städte bereist und ist nun auch nach Oesterreich gekommen, ein Apostel des Vegetarismus, den wir früher verlockten und zu dem wir uns jetzt gedrungen bekennen müssen. Der Hauptnährwert der Speisen liegt in deren Eiweißgehalt und sie beweist, daß derselbe in Gemüse in größerem Maße noch vorhanden ist als im Fleisch. Vierzig Gramm Fett können durch neun-

zig Gramm Kohlehydrate ersetzt werden und diese liefern alle zuckerhaltigen Rüben Gemüse, Kartoffeln und Hülsenfrüchte. Die letzteren müssen als Hauptbedingung sehr weich gekocht sein und dann können sie statt des Fleisches als Fülle von Gemüse dienen. Nachdem das Ganze mit Suppenwürze etwas braun gefärbt erscheint, täuscht es im Aussehen eine Fleischspeise vor. Dazu kommt immer eine Garnitur von anderen Gemüse, was die Illusion um so vollkommener macht. Eine Kostprobe besteht aus folgender Mischung: Ein Achtelkilo weichgekochter Bohnen wird mit ebensolchen Kartoffeln, Zwiebel, Petersilke, Majoran und allen Gewürzen, die sonst den Leberwürsten zugesetzt werden, durch die Passiermaschine getrieben und zu einem länglichen Braten oder ein Laibchen oder zu einer Wurst geformt. Die beiden ersteren können warm genossen, die letztere als Aufschnitt verwendet werden und schmeckt die fertige Masse tatsächlich einer Leberwurst ähnlich. Sehr empfohlen werden auch Graupen, die selbst Fett bilden und, mit geriebenem Käse versetzt, einen vollwertigen Fleischersatz bilden. Es liegt viel Beachtenswertes in all diesen Vorschlägen, die nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch ausgeführt, vorhanden sind, es fällt nur leider dem vermögnten Wiener Gaumen schwer, sich mit dieser ungewohnten Kost abzufinden.

Die Ernährungsfragen.

Die „Bud. Korr.“ ist von zuständiger Seite um Veröffentlichung des Nachfolgenden ersucht worden:

Unter dem Titel „Oesterreich im Jahre 1916“ veröffentlicht eine Budapester Zeitung einen Artikel, der die anlässlich des Kabinettswechsels in Oesterreich gegenüber Ungarn aufgetauchten Wünsche gewisser österreichischer Kreise, angeblichen österreichischen Aristokraten in den Mund gelegt, zusammenfaßt. Seit dem tragischen Hinscheiden des Grafen Stürgkh tauchten diese Wünsche in den mannigfachen Formen in der Wiener und der aus Wien inspirierten Budapester Presse auf.

Abgesehen von einer kurzgefaßten warnenden Mitteilung, wünschten wir uns nicht, mit ihnen zu befassen, denn an die Bildung der neuen Regierung und an das erfolgreiche Zusammenwirken der ungarischen und der österreichischen Regierung knüpfen sich ja große Interessen der ganzen Monarchie, die vorzeitige öffentliche Besprechung der in Frage stehenden Angelegenheiten aber würde diesen großen Interessen einen schlechten Dienst erweisen. Allein der Artikel, um den es sich jetzt handelt und der nicht Anstand nimmt, auch die Person des Königs in einen geschmacklosen Klatsch einzubeziehen, enthält derartige tatsächliche Behauptungen, gegen die wir Protest erheben müssen.

So beklagt beispielsweise eine „Notabilität“ die ungarischen Bauern, die ihre Produkte kaum um 30 bis 38 Prozent höher verwerten, während sie für industrielle Erzeugnisse das Vierfache des früheren Preises zu zahlen haben; demgegenüber ist der allgemein bekannte Tatbestand der, daß auch bei den industriellen Erzeugnissen bloß ein Teil eine so hochgradige Preissteigerung aufweist, der Preis sehr bedeutender Industrieartikel aber sich in wesentlich mäßigerem Verhältnis erhöht hat. Und was insbesondere die Rohprodukte betrifft, so hat sich der Preis der wichtigsten Tierprodukte (Fleisch, Fett usw.) auf das Vier- bis Sechsfache der vor dem Kriege üblich gewesen hohen Preise gesteigert.

Die „Notabilität“ fährt dann fort: „Welches Elend! Die Ungarische Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft requiriert vom armen Ungar zu niedrigen Preisen den Hafer, gibt ihn zu etwas höherem Preise weiter, und viele von denen, die ihn von ihr bekommen, verkaufen ihn zu sechs- bis siebenfachen Preise in Oesterreich. Ich kann nur wiederholen: ein Elend!“

Diesem Ausbruch der Entrüstung gegenüber stellen wir einfach fest, daß die Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft Hafer ausschließlich für Heereszwecke requiriert hat und niemand in die Lage kommen kann, von der Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft getauften Hafer in Oesterreich anzubieten.

Nach all dem dürfen wir uns nicht wundern, wenn die betreffende „Notabilität“ auch davon überzeugt ist, daß viele Millionen Meterzentner in Ungarn „tief in der Erde vergraben sind“, und auch das darf uns nicht wundernehmen, daß in den Kreisen derer, deren Selbstvertrauen nach dem so häufig bewährten psychologischen Erfahrungssatze im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Sachkenntnis steht, auch die Forderung laut wird, die Approvisionierungsfragen der ungarischen Regierung aus der Hand zu nehmen.

Die ungarische Regierung wird, wie sie es bisher getan, auch künftig alles tun, um Oesterreich bis an die äußerste Grenze der Möglichkeit zu Hilfe zu eilen und sich mit ihm in die Schwierigkeiten der Volksernährung brüderlich zu teilen. Auch wird sie in dieser Hinsicht wir bisher so auch künftighin bereitwillig jeden Aufschluß erteilen; das aber wollen wir „dem österreichischen Minister“ des erwähnten Blattes denn doch nicht glauben, daß der ungarische Ministerpräsident eine solche Forderung von Dr. Ernest v. Koerber zu hören bekommen wird. Den Herrn Ministerpräsidenten Oesterreichs halten wir für einen viel zu ernstern Staatsmann, um von ihm voraussehen zu können, daß er eine gegen das Gesetz verstößende, rechtswidrige und unzumutbare Maßregel in Vorschlag bringen würde.

(Kriegsprodukten-A.-G.) Diese größte kriegswirtschaftliche Organisation des Landes hat die ihr übertragenen hochwichtigen Aufgaben der öffentlichen Approvisionierung unter ganz außerordentlich schwierigen Verhältnissen glänzend zu lösen verstanden, wovon auch die Tatsache zeugt, daß die Getreideversorgung bis zum letzten Tage der vorjährigen Kampagne anstandslos erfolgt ist. Nach dieser so gelungenen technischen Durchführung ihres Arbeitspensums begegnete es begreiflichem Interesse, wie das finanzielle Resultat des ersten Geschäftsjahres der Kriegsprodukten-A.-G. sich gestalten wird. Die heute veröffentlichte Bilanz der Gesellschaft gibt nun auch Zeugnis von dem erfolgreichen Abschluß der finanziellen Gesinnung dieses Instituts. Die Gesellschaft weist an Provisionen und Preisdifferenzen einen Verdienst von 18 1/2 Millionen Kronen auf. Hieron entfallen nach dem Umsatz von 20 Millionen Meterzentner Getreide bei dem üblichen Provisionsfuß von 50 Hellern pro Meterzentner rund 10 Millionen, während der Rest auf die übrigen Geschäftszweige sich verteilt. Zu dem ausgewiesenen Reingewinn von nahezu fünf Millionen Kronen ist noch die für besondere Risiken erfolgte Reservierung von 7 1/2 Millionen Kronen hinzuzurechnen, wenn wir das eigentliche Geschäftsergebnis ziffermäßig feststellen wollen. Mit Rücksicht auf die Kriegereignisse, namentlich die jüngsten Vorgänge auf den neuen Kriegsschauplätzen in Siebenbürgen und Rumänien, war die Rückstellung dieses namhaften Betrages für die eventuelle Deckung aller sich noch ergebenden Risiken ein unabwendbares Gebot der vorsichtigen und umsichtigen Bilanzierung. Von der Direktion der Kriegsprodukten-A.-G. erhalten wir nachstehende Mitteilung: „Die Direktion der Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft hat in einer heute abgehaltenen Sitzung die Bilanz des ersten vom 1. Juli 1915 bis 30. Juni 1916 reichenden Geschäftsjahres festgestellt. Die Bilanz zeigt folgende Biffern:

Aktiva: Nicht eingezahltes Aktienkapital k 14.000.000, Kasse k 34.826.07, Debitoren k 152.224.419.95, Einrichtung k 77.178.12, Warenvorrat k 545.684.40, Totale k 166.882.108.54.
Passiva: Aktienkapital k 20.000.000, Kreditoren k 113.470.864.75, Akzente k 21.000.000, ausländische Geschäfts- und Kriegskrisikofonto k 7.500.000, Ueberschuß k 4.911.243.79, Totale k 166.882.108.54.

Gewinn- und Verlustkonto: Ausgaben: Beamtensgehälter k 2.398.991.22, Spesen k 2.431.557.05, Steuern und Gebühren k 1.013.802.12, ausländische Geschäfts- und sonstige Kriegskrisiken k 7.500.000, Ueberschuß k 4.911.243.79, Totale k 18.255.394.18. — **Einnahmen:** Provisionen und Differenzen: k 18.255.394.18.

Laut der Schlußrechnung schließt sonach das Geschäftsjahr 1915/16 mit einem Ueberschuß von k 4.911.243.79, von welchem Betrag im Sinne der Statuten die Aktionäre nur auf fünf Prozent des eingezahlten Kapitals von sechs Millionen Kronen Anspruch erheben können. Es ist sonach als Dividende die Summe von k 300.000 oder von k 150 pro Aktie auszuführen, während die verbleibenden k 4.611.243.79 zu reservieren sind. Die in dieser Art verbleibenden Ueberschüsse werden nach Liquidation der Gesellschaft für von der Regierung zu bezeichnenden gemeinnützigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschaft wird über ihre Tätigkeit der Generalversammlung einen eingehenden Bericht unterbreiten, dem wir folgende Daten entnehmen: Die Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft hat in Brotsfrüchten, Hülsenfrüchten und Futterstoffen im Inlande einen Verkehr von mehr als 20 Millionen Meterzentnern abgewickelt. Bei der Abwicklung dieses mächtigen Quantums hat die Gesellschaft sich sowohl die Verfügungen der in Kraft stehenden Regierungsverordnungen, wie die Rolle vor Augen gehalten, die sie hinsichtlich der der Billigkeit entsprechenden Ausgleichung der berechtigten Interessen der Konsumenten, Produzenten, Kaufleute und Industrieunternehmungen zu erfüllen hatte. Bei der ausländischen Getreideausfuhr hat die Gesellschaft Hand in Hand mit den deutschen und österreichischen Getreidezentren gewirkt und im Laufe des verfloßenen Jahres gemeinsam mit den erwähnten zwei Gesellschaften mehr als 26 Millionen Meterzentner Getreide aus Rumänien und Bulgarien eingeführt. Der Kreis der Aufgaben der Gesellschaft ist in Verbindung mit der Zentralisierung der verschiedenen Lebensmittel ausländischen Ursprungs wesentlich erweitert worden und hat auch in der Abwicklung des inländischen Verkehrs immer größere Dimensionen genommen. Dieser Umstand hat den ständigen stufenweisen Ausbau der inneren, wie der äußeren Organisation der Gesellschaft nötig gemacht. Die Ausmaße der Tätigkeit der Gesellschaft kommen auch in den Daten des Verkehrs zum Ausdruck. Der buchmäßige Verkehr übersteigt 28 Milliarden Kronen; zu Ende des Geschäftsjahres wurden täglich bereits 20.000 bis 24.000 Geschäftssüßkäse mit der Post abgesendet, während täglich 8000 bis 9000 Briefe eingelangt sind. Die Abwicklung dieses riesigen Verkehrs hat naturgemäß die Verwendung fremder Zahlungsmittel notwendig gemacht und die in der Schlußrechnung figurierenden 21 Millionen Kronen Akzente finden in diesem Umstande ihre Begründung. Beim inländischen Geschäft, namentlich aber bei der Abwicklung des ausländischen Ge-

schäftes, mußte die Gesellschaft zum Teil selbständig, zum Teil aber auf Konfortialgrundlagen Verpflichtungen übernehmen, die auch in anderer Zeit mit weitgehenden Risiken verbunden gewesen wären. Bei der Zusammenstellung der Bilanz mußten daher die mit diesen Transaktionen verbundenen Eventualitäten in Betracht gezogen werden, und bei der Bewertung der Aktiven der Gesellschaft mußten jene Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden, welche die Vorsichtigkeit und Sorgsamkeit gebot. — Die Direktion der Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft hat in ihrer heutigen Sitzung die Direktorstellvertreter Franz Besenyei, Paul Prager und Dr. Eugen Reich zu Direktoren, den Prokuristen Dr. Alois Bul zu Direktorstellvertreter, ferner die Abteilungschefs Arpád Bertovits, Edmund Alexander Diósh, Sigmund Erdély, Ludwig Lamberger, Géza v. Sugár, Viktor Schnabel, Alexander Bajda und Viktor Jánkai zu Prokuristen ernannt.

1./XII. 1916

Der Salzwocher.

Vielfach werden in der Presse Klagen über wucherische Salzpreistreibereien laut. Bei der Nachprüfung dieser Klagen hat sich ergeben, daß das Publikum mit einem Teil der Schuld trägt, daß solche Preistreibereien überhaupt möglich werden. Trotz wiederholter Aufklärungen der Presse lassen sich viele durch irgendwelche, von unlauteren Elementen in die Welt gesetzte Gerüchte über bevorstehenden Salzknappheit immer wieder zu Angstläufen größerer Mengen Salz verleiten. Diese Massenausläufe, auf die die Händler nicht vorbereitet sind, erzeugen dann tatsächlich eine plötzliche Salznot, was naturgemäß von gewissenlosen Händlern sofort zu Preistreibereien ausgenutzt wird. Es sei deshalb nochmals auf das nachdrücklichste erklärt, daß Deutschland nicht nur imstande ist, den Salzbedarf der eigenen Bevölkerung im weitesten Umfange zu befriedigen, sondern daß es darüber hinaus in recht beträchtlichem Umfange Salz an das neutrale Ausland abgeben kann. Wenn irgendwo örtliche Schwierigkeiten in der Salzversorgung entstehen, so kann dies nur darauf zurückgeführt werden, daß plötzlich ein Salzbedarf auftritt, den die Händler nicht voraussehen konnten und für den sie daher nicht eingedeckt waren. Wo sich irgendwie „Spekulationsausläufe“ des Handels oder Zurückhaltung zum Zwecke von Preistreibereien bemerkbar machen, wird hiergegen von den Preisprüfungsstellen auf das schärfste vorgegangen werden. Gegen derartige unlautere Preistreibereien kann auf Strafen bis zu einem Jahr Gefängnis oder auf Geldstrafe bis zu 10 000 M. erkannt werden.

staatlichen, provinziellen und gemeindlichen Organisationen zu jener Zeit, als Fett noch in beträchtlicher Menge greifbar war, als aber — trotz aller Vorträge, Aufsätze und Flugschriften — die überwältigende Masse der Einzelnen den beglückenden Fettmangel zwar an den Preisen spürte, aber doch nicht begriff, bis zu welchem Grade er mit mathematischer Sicherheit auszuwachsen müsse, und deshalb zwar etwas, aber bei weitem nicht ausreichend mit dem Fettverbrauch zurückhielt, es versäumt, ihrerseits die behördliche Hamsterei in großem Maßstabe zu organisieren. Dies geschah erst viel zu spät; die Beschlagnahme der Fettwaren, zum mindesten das Gebot, von jedem geschlachteten Rind, Schwein usw., von jedem erzeugten Zentner Butter, Del usw. einen gewissen, hohen Prozentsatz abzuliefern zu müssen, um daraus einen der Allgemeinheit dienenden Vorrat zu sammeln, hätte sowohl in Deutschland wie in der Doppelmonarchie viel früher kommen müssen. Man kann nicht sagen, das sei Treppenviis; denn an dem frühzeitigen Mahnruf: „Videant Consules“ hat es von vornherein nicht gefehlt. Bei rechtzeitigem Eingreifen hätten wir vielleicht nicht für die ganze Dauer des Krieges, aber doch auf sehr lange Zeit, wahrscheinlich bis jetzt und noch darüber hinaus, die auf Kopf und Tag entfallende Fettmenge um namhafte Werte vergrößern können.

Erst in zweiter Linie drohte dem Wissenden das Gespenst des Eiweißmangels. Es war zwar vorauszu sehen, daß das Fleisch knapp werden müsse, daß die Erzeugung von Milch, Käse und Eiern — nächst Fleisch unseren vornehmsten Eiweißträgern — mangels ausreichender Mengen von Kraftfutter bedenklich nachlassen werde, daß der in unserem Klima und Boden nicht über eine gewisse Höhe zu treibende Anbau der eiweißreichen Hülsenfrüchte die Breche nicht entfernt decken könne und daß gerade die Einfuhr von Eiweißträgern aus dem neutralen Ausland früh versiegen müsse. Aber dies konnte nicht beunruhigen, da es doch ziemlich sicher stand, daß wir mit dem uns verbleibenden animalischen und vegetabilen Material doch noch mehr würden decken können, als dem durchschnittlichen Minimalbedarf an Eiweißnahrung entspricht. Dies traf auch wirklich zu.

Keine wesentliche Sorge machte die Befriedigung des Kohlenhydratbedarfs, da bei vernünftigem Haushalten und zweckmäßiger Verteilung die Körnerfrüchte, Kartoffeln, Zuckerrüben, Obstfrüchte, Gemüse, daneben auch der Milchzucker, der Milch genügend Stärkemehl und Zucker (zusammengefaßt unter dem Namen Kohlenhydrate) in Aussicht stellten, um darauf den Grundstock der Volksernährung aufzubauen und mit Kohlenhydraten einen Teil des ausfallenden Fettes zu ersetzen. Wir verfügen im Inland auch — im Gegensatz zu den meisten anderen Staaten — über genügende Mengen von mineralischen Düngemitteln — teils bergmännisch gewonnener, teils chemisch hergestellter — um den Ertrag unseres Bodens auf wünschenswerter Höhe zu halten. Auch diese Annahme und Berechnung hat sich bestätigt. Es hat freilich an Enttäuschungen nicht gefehlt; aber sowohl in Deutschland wie in Oesterreich-Ungarn waren sie mehr bedingt durch Verjagen der Organisation, die das Material einheitlich sammeln und nach einheitlichen Gesichtspunkten in die richtigen Bahnen leiten sollte, als durch wirklichen Mangel. Ihre Zentralisierung hat sich glänzend bewährt bei der Getreideverteilung in Deutschland, die später in Oesterreich nachgeahmt wurde — wie es scheint, später, als wünschenswert gewesen wäre. Am schwierigsten erwies sich die gerechte und gleichmäßige Kartoffelverförgung; und es ist der Erwägung wert, ob es nicht klüger gewesen wäre, die pflegliche Sorge für diese heikle und wichtigste Bodenfrucht und ihre Verteilung den Händen kleinerer provinzieller, die Sachlage in ihrem Kreis aber genauest überschauenden Verbände anzuvertrauen. Es wäre den großen Städten zugute gekommen, die bei etwaigen Störungen und bei der enormen Arbeitsüberlastung der zentralen Organisation am meisten und am frühesten leiden mußten.

Zum Anfang gingen die eindringlichen, aber leider nicht genügend durch Zwang unterstützten, vielfach an der Macht der Gewohnheit und an Unverständnis scheiternden Mahnungen darauf aus, die Bevölkerung auf die voraussichtlich dauernd greifbaren Nahrungsmittel hinzuweisen und von dem Verbrauch des versiegenden, nur durch Import zu ergänzenden und des als Dauerware haltbaren

Ueber Kriegsernährungsfragen.

Von Hofrat Karl v. Noorden.

Frankfurt am Main, 25. Oktober.

Im ersten Kriegsjahr, namentlich in der ersten Hälfte des Jahres 1915, überschwemmte uns eine Flut von Büchern, Aufsätzen, Flugblättern über Ausgestaltung der Ernährung im Kriege. Vorausgegangen war ein ungefähres Abschätzen der aufgestapelten Vorräte, des erwarteten Erntezuwachses und der möglichen Einfuhr; als Gegenstück das Abschätzen des gewohnheitsmäßigen Verbrauchs und des tatsächlichen Mindestbedarfs. Als unwiderleglich wurde erkannt, daß sowohl in Deutschland wie in Oesterreich-Ungarn ein gewaltiger Ausfall an Speisefetten aller Art eintreten müsse und daß selbst bei den kühnsten Hoffnungen auf Zuschuß aus neutralen Ländern nicht erwartet werden durfte, daß der Bedarf bis zu dem Grade, den wir bis dahin als Mindestbedarf zu betrachten gewohnt waren, gedeckt bliebe. Viele Hausfrauen, Genossenschaften, Kaufleute und Gemeinden, denen ein überdurchschnittliches Maß von Glaube an statistische Wahrheiten und von vorausschauender Vorsicht eignete, haben damals pflanzliches und tierisches Fett in Form von Dauerware aufgestapelt, den augenblicklichen Fettverbrauch auf das Notwendigste einschränkend. Es geschah dies zu einer Zeit, wo noch ansehnliche Vorräte fertiger Ware im Inland lagerten, wo die Millionenherden fetter Schweine noch nicht gelichtet waren, wo auch das neutrale Ausland noch freigebig Fett lieferte — freilich zu sehr hohen Preisen, aber doch noch zu Preisen, an die wir heute, nachdem sie um das Vielfache gesteigert sind, mit Wehmut zurückdenken. Man nannte dies „Hamstern“ und fand es anstößig — oft sicher mit Unrecht, denn gerade die, die am eifrigsten sammelten, haben oft am parsamsten gewirtschaftet. Es sind dadurch ansehnliche Vorräte vor dem sofortigen und unnötigen Verbrauch gerettet worden. Immerhin war es doch nur eine verschwindende Menge, verglichen mit dem Bedarf der Gesamtheit. Leider haben die großen

Über Nahrungsmittelfragen.

Materials möglichst zurückzuhalten. Wenn dies auch noch weiterhin zu beachten ist, so hat sich doch durch die Beschlagnahme und möglichst gleichmäßige Verteilung fast aller wichtigen Lebensmittel die Sachlage gegen früher geändert. Heute ist es dem Einzelnen kaum mehr überlassen, was er essen will, sondern bei arm und reich, bei Verwöhnten und Nichtverwöhnten ist der Tisch fast gleichartig gedeckt. Daß die wohlhabende Bevölkerung der Kost durch reichere Auswahl an Futaten (Gewürze und gewürzhaltige Genussmittel), an Gemüse und Obst noch eine breitere geschmackliche Abwechslung geben kann, daß es ihr hier und da gelingt, verborgene Quellen für dieses oder jenes Lebensmittel anzuzapfen, daß auf dem Lande trotz aller Beschlagnahmen dieser oder jener Stoff noch leichter als in Städten greifbar ist, mag zwar die ärmere Bevölkerung, namentlich der Städte, mit Reid und Unmut erfüllen; aber im großen und ganzen liegt wahrlich kein Grund dafür vor. Nach einer gewissen Uebergangszeit, die vielleicht noch nicht ganz abgeschlossen ist, sind diese Unterschiede nahezu ausgeglichen; es muß nach den von mir gemachten Erfahrungen sogar ausdrücklich hervorgehoben werden, daß in Deutschland schon sehr früh nach Kriegsbeginn gerade die wohlhabenden Kreise begannen, sich einer möglichst weitgehenden spartanischen Einfachheit der Kost zu befleißigen. Bedauerliche Ausnahmen kamen natürlich vor. Es wurde aber mit Recht schon frühzeitig darauf hingewiesen, daß es durchaus nicht im vaterländischen Interesse sei, wenn die Wohlhabenden Sparsamkeit an Material mit Sparsamkeit an Geld verwechselten. Es war geradezu Pflicht und ist es bis zum gewissen Grade noch heute, daß die Wohlhabenden nach den teureren Nahrungsmitteln greifen, um das billigere Material möglichst den minder Begüterten zu überlassen. Das ist nicht überall richtig verstanden und beachtet worden. Man fürchtete in den Ruf des Verschwenders und Ueppigen zu kommen. Eine Grenze mußte der Verzehr des Teueren nur da finden, wo das Material aus dem Ausland herbeizuschaffen war. Dies wurde schon frühzeitig im Interesse der heimischen Valuta durch Einfuhrverbote unterbunden.

Mit Ausnahme von sehr wenigen, quantitativ gar nicht in die Waagschale fallenden Stoffen ist aber jetzt in Deutschland der Bezug aller wichtigen Lebensmittel für arm und reich gleich schwer und gleich leicht. Nicht einmal Qualitätsunterschiede gibt es mehr. Wir können heute nicht mehr wählen und essen, was wir wollen, wir müssen essen, was wir bekommen.

Wenn wir nun das übersehen, was wirklich zur Verfügung steht und bei siegreichem Aushalten unserer braven Truppen weiter zur Verfügung stehen wird, so scheint mir sowohl für Volksgesundheit, Küchentechnik und Geschmacksinnensgenuß der Mangel an Fetten weitaus im Vordergrund zu stehen. Daß es uns an Abwechslung und Menge der sogenannten Genussmittel und Würzstoffe mangelt, daß viele von ihnen, an die wir gewöhnt waren und die aus dem Ausland stammten, nur zu ungeheuren Preisen erhältlich sind, ist belanglos. Die heimatischen Felder bieten uns genug Ersatz. Unsere Vorfahren kamen damit aus, und wir werden ohne Wurren das gleiche tun. Mit Kohlenhydraten müssen wir haushalten; wir haben nicht mehr die unbegrenzte Auswahl wie früher; aber wir kommen aus. In Deutschland war die Körnerernte so reich, daß voraussichtlich sogar mehr ausgeteilt werden kann als im Vorjahre. Es muß nur zurückgehalten werden, bis man die Gesamtmenge der Mittelmächte überschaut. Mit Eiweiß sind wir knapp — allerdings nicht überall; denn in weiten Landbezirken ist zwar kein Ueberschuß, aber doch genug Milch vorhanden, deren gleichmäßige Verteilung unter die Gesamtbevölkerung wegen der Eigenart des Materials und verkehrstechnischer Schwierigkeiten niemals glatt durchführbar sein wird. Selbst da, wo die Milch für die Zentralbehörden leicht greifbar ist, beläßt man den Viehhaltern aus guten Gründen so viel Milch, daß wirkliche Eiweißarmut der Kost ausgeschlossen ist. Bedenklicher sind die Zustände in großen und auch in vielen kleinen Städten, wohin nur das Pflichtquantum von Milch geliefert wird. Trotz alledem hält sich, nach Maßgabe der vorliegenden Stichproben, die durchschnittliche Tagesmenge der Erwachsenen an Harnstickstoff auf der Höhe von etwa 9 Gramm, was einem Eiweißumsatz von etwa 55 Gramm entspricht. Der Eiweißverzehr muß etwa um 12 Gramm

höher liegen, da bei der jetzigen, vorwiegend pflanzlichen Ernährung mindestens 2 Gramm Stickstoff (12.5 Gramm Eiweißsubstanz entsprechend) mit dem Stuhlgang entführt werden. Wenn wir den Stickstoffgehalt der zur Verfügung stehenden Kost überschauen, so darf der Eiweißumsatz von 55 Gramm überraschend hoch erscheinen. Er würde sich kaum auf dieser Höhe halten, wenn nicht durch Gewöhnung an größeres Brot und an reichliche Gemüsekost eine bessere Ausnützung des Stickstoffmaterials erfolgte, als man nach den vorliegenden Arbeiten über Nahrungsausnützung erwarten sollte. Daß Gewöhnung den Grad der Ausnützung dieses oder jenes Nahrungsmittels beeinflussen kann, wissen wir; ich selbst habe einige Belege dafür. Aber in dem Maße, wie sie es verdient, ist diese wissenschaftlich interessante und volkswirtschaftlich bedeutungsvolle Frage noch nie bearbeitet worden. Wenn der Gewöhnungseinfluß so groß ist, wie ich auf Grund einiger Vorversuche annehme, so wird das nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft der praktischen Ernährungslehre bedeutsam sein. Es würde uns vor allem dazu führen, dem groben Roggenmehl, beziehungsweise der Roggenkleie, eine viel größere Wertung entgegenzubringen, als es von leitender Seite jetzt geschieht. Ich darf hier erwähnen, daß ich von meinen Untersuchungen über brauchbare Eiweißersatzstoffe in der nach eigenartigem Verfahren mehlig zerstäubten Roggenkleie aus Dr. Volkmar Klopfers Fabrik in Dresden-Leubnitz auf ein Mittel gestoßen bin, dessen Stickstoffsubstanz so vortrefflich ausgenutzt wird, wie man es früher bei den Kleienbestandteilen nicht für möglich gehalten hätte. Die Ausnützung steht der des in Deutschland üblichen Roggenbrottes nicht nach. Wir setzten das Klopfersche Kleienpulver anderem Backmehl zu, reicherten das Brot auf diese Weise erheblich mit Eiweißstoffen an und gewannen als willkommene Beigabe den reichen Gehalt der Kleie an sogenannten „Ergänzungstoffen“ (auch Vitamine genannt) und an wertvollen, gut ausnützbaaren Nährsalzen.

Ein Eiweißumsatz von 55 Gramm, mit dem wir jetzt zu rechnen haben, ist gewiß nicht groß. Es gibt zwar manche Ärzte und Physiologen, die uns davon überzeugen wollen, daß wir bisher — allzu sehr auf C. v. Voit's Arbeiten fußend — den Eiweißbedarf des Menschen stark überschätzt haben. Nicht durchschnittlich 110 bis 120 Gramm, wie v. Voit wollte, sondern 60 bis 70 Gramm sei das richtigste und bekömmlichste Maß. Von diesem neu aufgestellten Wert wären wir jetzt nicht allzu weit entfernt. Ich möchte mich aber mit allem Einfluß, den ich in diesen Fragen auszuüben vermag, gegen die neue Lehre stemmen. Ich kann dies nicht näher hier begründen. Einiges darüber wurde in meiner kleinen Schrift „Hygienische Betrachtungen über Volksernährung im Kriege“, Stuttgart, 1915, ausgeführt. Andererseits pflichte ich aber vollständig bei, daß vorübergehende Ermäßigung des Eiweißverzehrs weder der Gesundheit des Einzelnen noch der der Nachkommenschaft abträglich ist. Monate und selbst Jahre, aber nicht Generationen hindurch wird sie schadlos bleiben. Wir werden also in der jetzigen Beschränkung des Eiweißverzehrs zwar eine wesentliche Schmälerung des Behagens und des Genusses, aber doch nicht eine Quelle für das Verfliegen der Volkskraft erblicken müssen.

(Ein zweiter Artikel folgt.)

**Wirtschaftlicher Zusammenschluß der Ärzte,
Tierärzte und Apotheker.**

In zwei Sitzungen haben bereits Vertreter der Wiener Ärztekammer, der wirtschaftlichen Organisation der Ärzte Wiens, der hiesigen Tierärzte sowie des Allgemeinen österreichischen Apothekervereins darüber beraten, wie den Angehörigen dieser Berufe die jetzt im hohen Grade erschwerte Beschaffung von Lebensmitteln ermöglicht werden sollte. Die bisherigen Beratungen, an denen für die Ärztekammer Hofrat Adler, für die wirtschaftliche Organisation der Ärzte Dr. Skorschan, für die Tierärzte Dr. Sobelsohn und für den Apothekerverein Dr. Stohr teilnahmen, zeitigten vor allem den prinzipiellen Beschluß, eine Lebensmitteleinkaufsstelle zu gründen. Einer in den nächsten Tagen stattfindenden Beratung bleibt noch die Entscheidung vorbehalten, ob die Schaffung der Lebensmitteleinkaufsstelle selbständig oder im Anschluß an den Reichswirtschaftsbund für Festangestellte erfolgen soll. Wie uns mitgeteilt wird, zeigt sich in den Kreisen der Ärzte, Tierärzte und Apotheker für die Gründung dieser Institution das lebhafteste Interesse.

2./II. 1916

Seheimrat Rubner über die Volksernährung.

Seh. Medizinalrat Professor Dr. Rubner hielt gestern, Mittwoch abend, in der „Urania“ einen Vortrag, der ein „Rückblick und ein Ausblick auf unsere Volksernährung“ sein sollte und der wieder starke Kritik an den verschiedenen Regelungen übte. Zum Pessimismus sah freilich auch er keinerlei Ursache, ist aber der Meinung, daß die Lasten größer sind, als sie zu sein brauchen. Nicht das ganze Land sei in übler Lage, sondern nur Großstädte und Industriebezirke und auch nicht einmal alle. Man schilt ja heute in den Städten oft, daß die landwirtschaftlichen Erzeuger besser gestellt sind. Dem kann sich Rubner jedoch nicht anschließen; er gibt die eingetretene Spannung zwischen Stadt und Land zu, sieht aber die eigentlichen Schwierigkeiten in dem „Verteilungsfanatismus“, der gewichtig sein will. Das Bestreben, gleichmäßig zu verteilen, beruhe auf Trugschlüssen und sei gänzlich undurchführbar, wie ja die Erfahrung beweise. Immer werde der Erzeuger besser stehen, die Städte aber schlechter.

Für Rubner ist überhaupt schon der Begriff der gleichen Kopfmenge ein „physiologischer Unsinn“. Nach ihm wäre die Verteilung erst dann gerecht und wirklich gleichmäßig, wenn sie dem Gewicht, der Arbeitsleistung, dem Temperamente usw. eines jeden angepaßt wäre. Das Rezept für die Durchführung blieb er allerdings schuldig. Jedenfalls ist er entschieden dagegen, daß noch weitere Nahrungsmittel zugemessen werden, was er nach den letzten Reichstagsverhandlungen fürchtet. Die Regierung lasse sich von den Verteilungsfanatikern hierin beeinflussen. Er wünscht, daß heute sogar schon die Kartoffel freigegeben werden sollte, sagt jedoch wieder nicht, wie dann die Allgemeinheit vor den Hamstern und unsere Kartoffelloorräte vor vorrächtlicher Er schöpfung zu schützen seien.

Das Trachten nach „gleichmäßiger Verteilung“ führe zu nichts, und Seheimrat Rubner fordert daher, daß die großen Städte und Industriekreise aus „diesem Schematismus“ herausgenommen und anders gestellt werden müßten. Für sie sei der Ausfall an Nährstoffen — wofür er eine Rechnung im einzelnen aufmachte — doch recht erheblich gewesen und sie müßten bei einer Neuordnung entschädigt werden durch Ersatzstoffe; denn das Essen sei eben doch keine Angewohnheit. Darüber hätten selbst Ärzte oft recht laienhafte Vorstellungen.

Rubner hat sich ausgerechnet, daß eigentlich keine Schwierigkeiten beständen, die Städte besser zu stellen und sie zu entschädigen. Aus der größeren Ernte sollte man ihnen mehr Brot und mehr Mehl zuführen und auch die Zuckermenge erhöhen. Auch ließe sich durch die Erhöhung der Mengen von Fischen, Hülsenfrüchten usw. ein Ausgleich für den Ausfall an tierischen Nährstoffen schaffen. Im allgemeinen müsse man das Bestreben zuerst nicht darauf richten, das ganze Reich zu befriedigen, sondern nur die Stellen, wo wirkliche Schwierigkeiten bestehen.

Aus den Einzeldarlegungen sei noch folgendes hervorzuheben: Der Eierausfall ist gegenüber dem Frieden, nicht so schlimm, empfindlicher schon der an Milch. Den Eingriff in die Lage der Milchwirtschaft hält er nicht für begründet. Man hätte nun wenigstens den Städten eine entsprechende Menge von Magermilch zukommen lassen müssen. Berlin gehört zu den Fettstädten, die viel Fett verbrauchen. Der jetzige Mangel wird durch die Milch- und Butternappheit aber doch sehr empfindlich. — Eine Verwendung der Rüsse zur Delerzeugung wäre Verschwendung, weil das Eiweiß dabei verloren ginge. Warum gewinnen wir nicht Fett aus Mais? Für Italien haben wir das früher reichlich getan. Die Italiener schickten uns dieses Fett mit Del gemischt dann als „Olivenöl“ zurück. Daß wir Fett in Margarineform bekommen, ist ebenfalls zu beanstanden; wozu dieser Umweg? Von der Schweinefleischzeit solle man sich keine übertriebenen Erwartungen machen. — Die Zuhörer nahmen die Forderungen Rubners mit großer Zustimmung auf.

2./XI. 1916

Warnung für „private Einkäufer“ in Ungarn.

Man meldet aus Budapest: Mit Rücksicht auf den Umstand, daß in der letzten Zeit in Postpaketen und Reisegepäck „außerordentlich viele“ (?) Lebensmittel, besonders Mehl und Fleisch aus Ungarn nach Oesterreich gebracht werden, will die ungarische Regierung bereits demnächst sehr strenge Maßnahmen gegen diese Art von Lebensmittelversendung treffen. Das Reisegepäck wird einer genauen Untersuchung unterzogen werden, wenn auch nur der leiseste Verdacht vorhanden ist.

2./XII. 1916

Die Lebensmittelabgabe für die Minderbemittelten in Graz.

(Originalbericht der „Reichspost“)

b. Graz, 31. Oktober.

Montag den 30. Oktober l. J. fand unter dem Vorsitz des Statthalters Grafen Clary in der Grazer I. I. Burg eine Sitzung des Beirates für die Versorgung der notleidenden Bevölkerung mit billigen Lebensmitteln und Bedarfsartikeln statt. Die Zahl der an der Lebensmittelabgabe teilnehmenden Personen betrug am 30. September l. J. 36.820. In der Zeit vom 1. Mai bis 30. September 1916 wurden an verschiedenen Lebensmitteln rund 77 Waggons ausgegeben. Die aus dem steiermärkischen Approvisionierungsfonds gedeckte Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Verkaufspreis der Lebensmittel betrug vom 1. Mai bis 31. August l. J. 503.308 Kronen 35 Heller und hat somit für die gesamte Zeit vom Beginn der Aktion, also seit April 1915, die sehr bedeutende Summe von 1.146.085 Kronen 9 Heller erreicht. Die Milchabgabe hat während der Sommerung des Viehs und des Futterwechsels notwendigerweise eine Einschränkung erfahren und ist von 57.000 Liter im Monat Mai auf 35.000 Liter im Monat September herabgesunken. Im Monat Oktober ist die Milchzulieferung jedoch wieder auf 42.000 Liter gestiegen und durch die Erschließung neuer Milchquellen wird der Stand vor dem Sommer hoffentlich bald wieder erreicht werden.

Für die Abgabe billiger Lebensmittel außerhalb Graz, und zwar in Marburg, Leoben, Donawitz, Eisenerz und Knittelfeld wurden in den letzten Monaten dem Stadtrate Marburg 22.000 Kronen, der Bezirkshauptmannschaft Leoben 15.000 Kronen und der politischen Expositur Knittelfeld vorläufig 1000 Kronen aus dem steiermärkischen Approvisionierungsfonds überwiesen. Nach der mit 31. August l. J. aufgestellten Bilanz war der steiermärkische Approvisionierungsfonds in diesem Zeitpunkte mit 247.239 Kronen 44 Heller aktiv.

Im September l. J. wurde über Auftrag des Statthalters die Einführung von Mittelstandsküchen und Fahrküchen in Angriff genommen. In den Mittelstandsküchen kann das Essen an Ort und Stelle eingenommen oder abgeholt werden. Die Preise sind für die Portion Suppe 12 Heller, Gemüse mit Beilage 38 Heller, Fleisch 94 Heller, Mehlspeise 40 Heller, Braten (Sonntags) 1 Krone 50 Heller. Die Zahl der Gäste nimmt ständig zu und beträgt gegenwärtig in den drei in Betrieb stehenden Küchen zusammen rund 1300 Personen täglich. Davon holt ungefähr der vierte Teil das Essen ab.

Eine Küche versorgt gleichzeitig die Fahrküchen, aus welchen täglich an bestimmten Straßenstellen das Mittagessen, und zwar Suppe zu 12 Heller und Zuspitze zu 20 Heller verabfolgt wird. Im allgemeinen war der Zuspruch bei den Fahrküchen bisher kein besonders starker. Trotz der niedrigen Preise und der guten Beschaffenheit der Speisen konnten die Betriebskosten der Mittelstands- und Fahrküchen bisher aus den Einnahmen gedeckt werden.

Bei der Milchabgabe wird schon in den nächsten Tagen die Zustellung ins Haus versucht werden. Da die Fahrküchen bei der Bevölkerung zum Teil nicht den erwünschten Anklang fanden, wurde die versuchsweise Einführung einer vom Landeskulturinspektor Peter in Köln studierten Einrichtung beschlossen, welche in der Zubereitung der Speisen mit vollster Ausnützung aller ihrer Bestandteile in einer Zentralküche und in der Zufuhr mittels Thermophorgefäßen besteht.

Schließlich wurde der vom Bezirksverband christlicher Arbeitervereine in Graz gestellte Antrag auf unentgeltliche Verabfolgung eines warmen Frühstücks an Schulkinder sowie die vom steiermärkischen Frauenhilfsausschusse angeregte Einführung einer Mittagsauspeisung für Schulkinder in den Schulen erörtert und vom Statthalter die ehefte Durchführung zugesagt.

Erhöhte Vollmachten.

Unser Ernährungsamt besteht noch nicht lange, aber seine Organisation ist heute bereits durch die Entwicklung der Dinge überholt. Gleich als das Amt geschaffen wurde, war die Empfindung allgemein, daß sein Wirkungsbereich und seine Vollmachten viel zu eng gezogen seien. Schon die Erfahrungen, die man in Deutschland gemacht — wo der gute Wille und die hervorragenden Fähigkeiten des Präsidenten Batocki so vielfach an Kompetenzhemmungen scheitern mußten — hätten in Oesterreich davor warnen sollen, das neue Ernährungsamt allzu ängstlich an die alten bürokratischen Schranken zu binden. Den außerordentlichen Aufgaben des Amtes, die rasche Entscheidung und unmittelbare Vollzug erfordern, konnte nur eine Organisation entsprechen, die alle Förmlichkeiten eines schleppenden Geschäftsganges ausschaltete und freien Spielraum für weitgehende Machtbefugnisse öffnete. Statt dessen wurde in Sachen der Ressort- und Kompetenzabgrenzungen alles beim alten gelassen, so daß mit der Errichtung des österreichischen Ernährungsamtes nur eine Vermehrung der Behörden, nicht aber eine wesentliche Vereinfachung und Beschleunigung des behördlichen Verfahrens in Ernährungsangelegenheiten erzielt schien.

Mittlerweile sind aber in den letzten Wochen die Schwierigkeiten und Verwicklungen, über die uns das neue Amt mit kräftigem Antrieb hinweghelfen soll, noch beträchtlich gewachsen. Und nicht nur dies, es ist gleichzeitig auch in Ungarn ein Ernährungsamt geschaffen worden, das sich nach seinem Statut als eine dem österreichischen Amt an Wirkungsbereich und Befugnissen weit überlegene Behörde darstellt. Sowohl die Sachlage in Oesterreich wie auch das ungarische Beispiel drängen also dazu, die Organisation unseres Ernährungsamtes rasch und gründlich umzugestalten.

Der Präsident des ungarischen Ernährungsamtes ist nicht ein Sektionschef, der an die Weisungen seines vorgesetzten Ministers des Innern gebunden, von der fallweise einzuholenden Zustimmung der wirtschaftlichen Ressortminister abhängig und überdies noch mit dem schwerfälligen Hilfsapparat einer „interministeriellen Approvisionierungskommission“ belastet ist. In Ungarn hat man an die Spitze des Ernährungsamtes einen Obergespan gestellt — was ungefähr einem österreichischen Statthalter entspricht — und ihm das Recht der Teilnahme an jeder Ministerberatung, die Ernährungsfragen betrifft, eingeräumt. Er hat überdies das Recht, das andere Minister nicht besitzen, über die ganze Beamtenschaft der ungarischen Verwaltung zu verfügen, und sie, wenn nötig, mit Zwangsmitteln zur unweigerlichen und ungesäumten Vollstreckung seiner Anordnungen anzuhalten. Was das bei Vorratsaufnahmen, Requisitionen und Transportbefehlen zu bedeuten hat, liegt auf der Hand. Ob bei den bekannten Verhältnissen der ungarischen Komitatsverwaltung die Macht des neuen Ernährungsamtes auch tatsächlich so weit reichen wird, wie es auf dem Verordnungspapier steht, bleibt freilich abzuwarten. Aber darüber besteht kein Zweifel, daß das ungarische Amtsstatut das Nötige trifft, und daß ein Ernährungsamt, das seinen Aufgaben gerecht werden soll, solche außerordentlichen Vollmachten bedarf. Wie könnte das österreichische Amt sich weiterhin neben dem ungarischen noch sehen lassen, wenn ihre Kompetenzen so stark voneinander ab-

weichen? Die Ernährungsfragen beider Reichshälften greifen mannigfach ineinander und sind zum großen Teile ohne beiderseitiges Einvernehmen gar nicht zu lösen. Bei allen Versuchen, ein derartiges Einvernehmen herbeizuführen, würden wir aber eine schlechte Rolle spielen, wenn ein ungarisches Ernährungsamt von unbegrenzter Autorität einem österreichischen gleichartigen Amte, aber ohne Einfluß und Macht, gegenüberstände. Wenn Ungarn sich in den Sitzungen setzt, können wir nicht in der Passivität sitzen bleiben. Schon aus taktischen Gründen ist es also unerlässlich, unser Ernährungsamt aus seiner gegenwärtigen Enge und Bedrücktheit zu einer hohen und freien Stellung emporzuheben, und gerade der gegenwärtige Zeitpunkt, wo der Kabinettswechsel allerlei Personaländerungen und Kompetenzschiebungen so sehr erleichtert, dürfte zu dieser rasch durchzuführenden Umgestaltung der geeignetste sein.

Das neue Ernährungsamt.

Die Annahme durch Baron Bed bevorstehend.

Wie es scheint, ist der erste großzügige Plan des Dr. von Koerber der Verwirklichung nahe und wir werden bald ein Ernährungsamt besitzen, das nicht nur durch die ausgedehntesten Machtbefugnisse, sondern vor allem durch die an seine Spitze tretende Persönlichkeit Erfolg verbürgt. Dr. v. Koerber hat den ehemaligen Ministerpräsidenten und derzeitigen Präsidenten am Obersten Gerichtshofe Freiherrn von Bed eingeladen, die Leitung des zu schaffenden Ernährungsamtes zu übernehmen und es scheint, daß sich Freiherr von Bed ungeachtet der sehr begreiflichen persönlichen und sachlichen Bedenken entschließen wird, das vielleicht verantwortlichste aller Ämter zu übernehmen.

Das Ernährungsamt dürfte, vollkommen der Anschauung der beiden hervorragenden Staatsmänner entsprechend so eingerichtet sein, daß sein Vorsitzender eine dem Ministerpräsidenten nebengeordneter Stellung innehaben wird, was sich durch den unmittelbaren Verkehr mit der Krone und den parlamentarischen Körperschaften auch äußerlich kundgeben wird.

Noch scheint eine endgültige Zusage des Freiherrn von Bed nicht vorzuliegen. Man wird es nur begreiflich finden, daß ein Mann von seiner hohen Gewissenhaftigkeit auf das eingehendste mit sich zu Räte geht, bevor er ein Amt übernimmt, von dessen erfolgreicher Leitung so außerordentlich viel abhängt. Die Schaffung eines Amtes, das dem Vorsitz in der Regierung gleichgestellt wird, ist ohne Beispiel in der Verfassungsgeschichte Oesterreichs, wie es ja auch die Umstände sind, die dazu führen; um so größer wird das Verdienst der beiden Männer sein, die sich entschlossen haben, der eine, das Amt anzubieten, und der andere, es anzunehmen, wenn sie es zum erfolgreichen Ende führen.

4. XI. 1916

Der Ernährungsdiktator.

Ein Diktator wird gesucht! So seltsam gestaltet der Krieg die Dinge zuweilen, daß die Demokratie nach einem Diktator ruft und ihm ja eine möglichst große Gewaltensfülle anvertraut wissen will. Der neue Ministerpräsident ist auf der Suche nach dem Manne, dem er selbst und dem zugleich die Öffentlichkeit die Kraft zutraut, in der letzten, vielleicht allerletzten Stunde unseren Volksernährungsdienst einzurenken und befriedigend fortzuführen. Bisher war diese Suche vergeblich.

Was wird von der Person, was in der Sache gefordert? Man muß diese zwei Dinge wohl auseinanderhalten, damit nicht die Mängel des einen Teiles dem anderen zur Last geschrieben werden. Weit gefehlt wäre die Annahme, es habe bisher nur an der Person gemangelt; viel richtiger ist die Annahme, die stärkste Persönlichkeit hätte an der bisherigen sachlichen Einrichtung scheitern müssen. Aber immerhin kommt sehr viel auf die Person an.

Das zeigt schon ein kurzer Ueberblick über den Dienst, der zu leisten ist. Zunächst sind die Borräte aufzubringen und zu verwalten, was bisher die lose nebeneinander stehenden Zentralen, zum Teil getrennte Ministerien besorgen. Für Brotsfrüchte, Hülsenfrüchte und Kartoffeln sorgt die R. G. B., die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt. Um die staatliche Bewirtschaftung des Viehs soll sich das Ackerbauministerium bemühen, die Viehprodukte (Fleisch, Fett, Milch, Eier) unterstehen schon dem Ackerbauministerium und dem Ministerium des Innern, wobei die Eier nur vorübergehend staatlich bewirtschaftet waren („Miles“), für die Fettstoffe eine Oel- und Fettzentrale besteht, die jedoch nicht eigentlich ein Wirtschaftskörper ist: eine wirkliche Fettzentrale besitzen wir nicht und die größere Menge, das in der Heimat gewonnene Fett, ist zwar rationiert, aber nicht bewirtschaftet. Der Ackerbauperwaltung angegliedert ist die Futtermittelzentrale, die nach kompetentem Ausspruch zwar eine Zentrale, aber ohne Futtermittel ist. Die landwirtschaftlichen Industrien, die Zucker und Spiritus erzeugen, unterstehen noch ganz dem Handelsministerium unter Einflusnahme des Ackerbau- und Finanzministeriums. Petroleum gehört zum Arbeitsministerium. Hierzu kommen noch die Einfuhrwaren, die uns der Handel zu vermitteln hätte, die sich also enger an das Handelsministerium anschließen, also Kaffee, Tee, Kakao, Gewürze und alle sonstige Ueberlands- und Ueberseezufuhr, die heute von der Oesterreichischen Zentraleinkaufsgesellschaft (der O. Z. E. G.) besorgt werden.

Für die Borratsgebarung besteht somit schon ein weitläufiger Apparat, der bloß aus der Umstrickung durch die Fachministerien zu lösen und zusammenzuhalten ist. Der Mann, der dieses Werk vollbringen soll, muß also vor allem Macht haben, gewinnen und behaupten gegenüber allen einzelnen Ressortministerien. Das fehlt heute gänzlich. Die Fachreferenten, denen das heute zugemutet wird, sind Sekretäre, höchstens Sektionsräte und natürlich ohnmächtig gegenüber den Sektionschefs der Ministerien oder gar den Ministern. Indessen wäre das noch der geringere Mangel: Hinter dem Zucker steht das Zuckerkartell, hinter dem Spiritus das Spirituskartell

und so fort — hinter den Kartellen stehen noch die Allgewaltigen, die Banken. Der Mann muß also die Kraft haben, wenn es not tut, die Banken zu beugen! Hinter Brotsfrucht und Vieh aber steht weiter der Produzent, den man besser unter dem Sammelnamen Agrarier kennt. Der Mann muß auch diesen Kreisen gegenüber sich durchsetzen unabhängig und rücksichtslos genug sein.

Hierzu kommt die Borratsverteilung als allgemeine hochwichtige Aufgabe. Sie erfordert vor allem die größten volkswirtschaftlichen Einsichten, die lebendigste Anschauung des volkswirtschaftlichen Betriebes bis herab zu den unausschöpflichen Mannigfaltigkeiten des Haushalts, somit sozialen Blick, den kein Amt und kein Studium verleiht. Und auf diesem Gebiet vor allem, wo das Neue und Vorbildlose zu schaffen ist, bedarf es vor allem des Reichtums an gestaltenden Ideen. Dabei sind die Vorurteile zu besiegen, die unserer ganzen Verwaltung zu Gunsten des freien Handels tief eingepreßt sind, und zu besiegen ist unter Umständen die Macht des Handelskapitals, die auch nicht gering zu veranschlagen ist.

Man sieht, es ist nicht wenig, was not tut. Aber das Erwähnte ist nicht alles!

Der Mann, den uns die Vorsehung zu beschenken hat, muß sich ständig, eifrig und nachhaltig auseinanderzusetzen wissen mit dem Eisenbahnministerium und mit der Kriegsverwaltung, zumal mit der letzteren, mit der er ja die Borräte örtlich, zeitlich und nach dem Maße zu teilen hat. Und, um mit der Hauptsache zu schließen, er muß sich mit Ungarn auseinandersetzen, er muß den Ungarn in der Geschicklichkeit des Unterhandelns sowohl als auch von Macht zu Macht gewachsen sein...

Nachdem wir so den Aufgabenkreis umrissen haben, geraten wir selbst in Furcht, unsere Leser kleinlaut gemacht zu haben. Denn sie werden sich eingestehen: So was gibt's gar nicht — eine solche Persönlichkeit ist ja nicht aufzutreiben. Damit aber wollen wir sie auf den Kern der Frage hinführen: Das Amt kann von einer Person höchstens geführt, aber nicht verwaltet werden. Es muß eine kleine Zahl, aber immerhin eine Zahl tüchtigster Menschen zusammenwirken, deren Autorität nicht aus der Rangklasse, nicht ausschließlich aus der bürokratischen Stellung erwächst. Aus dem Aufgabenkreis, der aus der Zusammenarbeit mit so vielen bürokratischen Dienstzweigen dies- und jenseits der Leitha entspringt, muß sofort gefolgert werden, daß an der Spitze nur ein Mann stehen kann, der der Bürokratie entstammt und in der Gabe, mit den Ungarn zu verhandeln, schon erprobt ist. Aber ihm müssen für die Hauptzweige des Aufbringungs- wie des Verteilungsdienstes Mitarbeiter (nicht bloße Beiräte) beigegeben werden, die im Wirtschaftsleben wie in sozialen Dingen Autorität haben.

Es ist also eine Personenfrage zu lösen, die sich vorwiegend, aber nicht allein um eine Persönlichkeit dreht. Das Vorbild der Deutschen wie der Bulgaren bestätigt auch diese Annahme. Alle Persönlichkeiten aber müssen scheitern, wenn die sachliche Kompetenz des Amtes nicht losgelöst wird von den Einzelressorts. Machtvoll handeln kann nur, wer eigene Macht hat, rasch handeln nur, wer nicht tagelang an den Beratungstisch gesesselt und dort dem steten Tropfen endlosen Wortregens ausgeliefert ist. Konferenzen und Kommissionen sind der Tod der Tatfreude und der Tat. Durch Mehrheitsentscheidungen kommen Resolutionen, aber selten etwas Resolutes zustande. Die Kompetenzfrage bleibt die sachliche Voraussetzung für allen Erfolg. Und das gilt vor allem für das Verhältnis zu Ungarn. Wenn der „Ernährungsdiktator“ zum minder begünstigten Schicksalsgenossen des Schlafwagenkonduktors der Strecke Wien-Budapest wird, wenn aus rascher und unmittelbarer Verwaltung ein Problem der Kriegsjahrpläne und des Depeschenauslasses wird, so wird der Tyrann in Hemdärmeln einen Doppelgänger in der Gestalt des Diktators im Reifekostüm erhalten. Und diese Rolle wird nicht beneidenswert sein.

4./XI. 1916

Ueber Kriegsernährungsfragen.

Von Hofrat Karl v. Noorden.

Frankfurt am Main, im Oktober.

(Siehe Nr. 18750 der „Neuen Freien Presse“ vom 1. November.)

Die Fettarmut kann dagegen eine Abnahme des durchschnittlichen Ernährungszustandes bewirken, das heißt Abmagerung und Gewichtsverlust. Für eine große Zahl von Menschen ist das sehr nützlich, andere können es nicht brauchen. Bisher ist diese Wirkung zwar hier und da, aber doch nirgends in breiterem Umfange eingetreten. Besonders erfreulich ist, daß die sämtlichen Wägungen von Schulkindern, von denen schon zahlreiche veröffentlicht wurden, ebenso von jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen keine nennenswerten Unterschiede gegenüber den Friedenszeiten ergeben haben. Da zweifellos die Nährwertsummen (berechnet nach Wärmeeinheiten, Kalorien) jetzt im Durchschnitt geringer sind als früher, gibt diese Tatsache denen recht, die lehrten, daß sich der Stoff- und Kraftumsatz des Menschen bis zu einem gewissen Grade der Zufuhr anpassen könne, das heißt, daß der Organismus bei gewohnheitsgemäß niedrigerer Zufuhr an Einheiten zu sparsamem Haushalten und zu einer gewissen Einschränkung der stoffzehrenden Drydationsenergie gelange. Auf die Dauer wird aber ein durchschnittlicher Gewichtsverlust der Bevölkerung nicht zu vermeiden sein, wenn nicht durch reichere Zufuhr von Kohlenhydraten dem entgegengearbeitet wird. Sie können nach dem Verhältnis von etwa 2 : 1 die Aufgaben des Fettes voll und ganz ersetzen. Die Erfahrungen des letzten Jahres in dem wir im Gegensatz zum ersten Kriegsjahr so gut wie vollständig auf Lebensmitteleinfuhr verzichten mußten und in das wir auch mit kaum nennenswerten Vorräten eintraten, berechtigen zu der Zuversicht, daß die durchschnittliche Einbuße an Körpergewicht in bescheidenen und vielleicht ganz nützlichen Grenzen bleiben wird. Für manche Einzelpersonen und Einzelfamilien mag dies nicht zutreffen. Das ist unvermeidbar, weil vollständig regelmäßige und gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel trotz besten Willens nicht immer durchführbar ist und beklagenswerte Stockungen aus äußeren Gründen vorkommen können.

Am schwierigsten gestaltet sich die Versorgung von Kranken mit Nahrungsmitteln, sowohl der Menge wie der Art nach. Unter dem Vortritte Frankfurts haben in Deutschland zwar jetzt alle Gemeinden gewisse Einrichtungen getroffen, wodurch auf eidesstattlich abgegebene ärztliche Bescheinigung hin gewisse in der Krankenkost bedeutsame Lebensmittel von der Gemeinde geliefert werden können, wie Milch, Rahm, Eier, frisches Fleisch, Butter, Hafer und andere Mehlpräparate. Die Mengen sind aber doch gering, hier größer, dort kleiner, und können auch nicht jedem, dem wir Aerzte es gönnen möchten, gewährt werden. Diese Extragaben addieren sich dem zu, was jedem einzelnen als normaler Durchschnitt zukommt. In Frankfurt wurde jetzt die Einrichtung getroffen, daß je nach Krankheitsfall von den erwähnten Stoffen eine oder zwei Arten geliefert werden können, und zwar auf hausärztlichen Antrag, der seinerseits wiederum dem Gutachten einer ärztlichen Vertrauenskommission unterliegt. Am schlimmsten sind natürlich die im Hause verpflegten Kranken daran, sehr viel besser die in geschlossenen Anstalten, weil ihnen die zustehenden Lebensmittel nach Maßgabe der Belegschaft geliefert werden, und weil bei den nach Menge und Art höchst verschiedenen Bedürfnissen der einzelnen Insassen es bei guter Leitung unschwer gelingt, die Nahrungstoffe richtig zu verteilen, bei den einen etwas einzusparen, was anderen dann zufließt. Man hörte in Deutschland mehrfach den Vorwurf, daß die öffentlichen Krankenhäuser und die Sanatorien gegenüber den Hauskranken ungerechtfertigt bevorzugt würden; das trifft in Wirklichkeit gar nicht zu, sondern ist nur eine Folge der natürlichen und sinngemäßen Organisation, die die Einzelwerte in die richtige Bahn leitet.

Die Krankendiätetik hat in den Kriegsjahren sehr viel gelernt. Vor allem für die Behandlung der Magen- und Darmkranken. Die bis zum äußersten getriebene Schonungsdiät, die man fast wahllos und jedem als sehr kritiklos auf alle Krankheitszustände des Verdauungskanaals ausdehnte — eine von mir in der Praxis und im Hörsaale stets bekämpfte Eigenheit der letzten Jahrzehnte — konnte mit Ausnahme von wenigen Fällen, wo sie wirklich unabweisbar war, mit bestem Willen nicht durchgeührt werden. Man mußte den Magen- und Darmkranken sehr oft Speisen erlauben und anraten, vor denen man früher als „unmöglich“ zurückgeschreckt wäre. Es ging auch so; es ging oft sogar besser als früher mit der extremen Schonungsdiät. Ich muß ausdrücklich hervorheben, daß es mir wohl etwas mehr Nachdenken, aber nicht im geringsten mehr wirkliche Schwierigkeiten als früher machte, die Kost den Bedürfnissen des Einzelfalles anzupassen. Besonders viel haben wir Aerzte und hoffentlich auch die Patienten in bezug auf bestimmte Gruppen von Magen- und Darmkranken gelernt. Ich vertrat immer den Standpunkt, daß die große Mehrzahl der Magen- und Darmleiden nicht von ungebührlicher Belastung, von sogenannter schwerer Kost, ihren Ursprung nehme, sondern von übertriebener Verzärtelung jener Organe. Man findet Magen- und Darmkrankheiten am häufigsten und am hartnäckigsten, wo gewohnheitsmäßig alle sogenannten schwere Kost vom Tisch der Kinder und der Familie ferngehalten wurde — und was für Dinge gelten im Volksmund nicht alles für „schwer“! Dann darf man sich natürlich nicht wundern, wenn ungewohnte, an sich ganz vernünftige Nahrung, zu deren Aufnahme äußere Verhältnisse zwingen, sogleich schwere Erscheinungen machen. Die Kriegskost sollte uns lehren, auch auf diesem Gebiete die Abhärtung als beste vorbeugende Therapie zu betrachten und mit der Abhärtung von Magen und Darm schon in der Kinderstube zu beginnen. Wenn das geschieht, müssen reichlich drei Viertel aller sogenannten Spezialärzte für Magen- und Darmkrankheiten ihren Beruf wechseln.

Vielleicht wird auch ein anderes Vorurteil durch die Erfahrungen über Kriegskost beseitigt, der Glaube an die Schwerkömmlichkeit des dunklen Fleisches (insbesondere Rindfleisch) verglichen mit dem des weißen Fleisches (insbesondere Kalb und Geflügel). In bezug auf viele Krankheiten besteht das Vorurteil — nirgends traf ich es ausgeprägter als in Wien. Es ist aber nicht für eine einzige Krankheit wirklich gerechtfertigt (Magen-, Darm-, Gicht-, Nieren-, Zucker-, Fieberkrankheit und andere). Immer ist die Zartheit der Faser, die Menge des verzehrten Materials, die Art der Zubereitung für die

4./XI. 1916

Unter Kriegsernährungsfragen

Behömmlichkeit maßgebend, nie der Gehalt an dem unschuldigen, höchst nebensächlichen Farbstoff. Wir hatten kein weißes Fleisch. Gutes Kalbfleisch und zarte Kapaunen waren so selten wie sonst Pfauenfleisch. Ist dadurch das Kranksein irgendeines Menschen auch nur um einen Tag verlängert worden? Ich glaube kaum, daß irgendein Arzt das zu behaupten wagt.

Recht wichtig und hoffentlich nachwirkend ist, was man über die Ernährung in Schwangerschaft und beim Stillen feststellte. Es ist freilich nichts Neues, wurde aber bisher ungenügend gewürdigt. Es besteht das alte Vorurteil, daß man schwangeren und namentlich stillenden Frauen sehr große Nahrungsmengen geben müsse, damit die Frucht kräftiger werde, und mehr und bessere Milch abgefordert werde. Die Biologen wissen längst, daß überreichliche Nahrung, das heißt eine solche, die nicht nur das augenblickliche Gesamtbedürfnis von Mutter und Frucht deckt, sondern darüber hinaus Nährwerte einverleibt, der Frucht nicht zugute kommt, sondern nur bei der Mutter Fettansatz bewirkt. Umgekehrt wird durch allzu knappe Nahrung der Ausbau der Frucht gar nicht oder kaum nennenswert geschädigt, während die Mutter freilich unter solchen Umständen abmagern würde. Tatsächlich ergaben auch trotz der schwierigen Kriegsernährungsverhältnisse die Wägungen der Neugeborenen völlig normale Werte; sie sind bei Kindern von Müttern gewonnen, die am stärksten von dem Kampfe ums Dasein betroffen waren und zur Niederkunft die öffentlichen Entbindungsanstalten aufsuchten. In Wirklichkeit hat man den Mehrbedarf der Schwangeren nur um einige wenige Prozent höher einzuschätzen als den der Nichtschwangeren. Eine Zulage von $\frac{1}{10}$ bis $\frac{2}{10}$ Liter Milch würde den durch die Ansprüche der Frucht bedingten Mehrbedarf schon sehr reichlich decken. Während diese Tatsachen schon weiten Kreisen hinlänglich bekannt geworden und berücksichtigt sind, steht es beim Stillen anders. Es ist nicht Ausnahme, sondern geradezu die Regel, daß stillende Frauen sehr erheblich überfüttert werden, wobei Milch, Rahm, Hafersgrütze, Eier, zuckerreiche Speisen und Getränke die Hauptrolle spielen. Es ist die Regel, nicht die Ausnahme, daß die Frauen dadurch 10 bis 20 Pfund während der Laktationsperiode zunehmen. Man darf die willige Nahrungsaufnahme und den willigen Fettansatz während des Stillens sich bei Frauen gern gefallen lassen, die vorher abnorm mager waren; Sie gelangen oft erst durch eine Schwangerschaft mit anschließendem Stillen in den wünschenswerten Ernährungszustand. Aber weit größer ist die Zahl derer, die durch unvernünftiges Überfüttern während des Stillens den Grund zu unerwünschter und bleibender Fettleibigkeit legen. Dem Säugling ist damit nicht im geringsten gedient. Durch Überfüttern kann man die Brustdrüse der Mutter nicht füllen. Auch hier wandert jeder Ueberschuß über den augenblicklichen Bedarf von Mutter und Säugling nicht in den Körper des Säuglings, sondern nur in die Fettpolster der Mutter. In Wirklichkeit ist der Mehrbedarf der stillenden Frau an Nahrungsmittel nicht nennenswert größer als das, was das Kind absaugt, wäre also mit $\frac{1}{2}$ Liter Milch am Anfang, mit etwa $\frac{3}{4}$ Liter später völlig gedeckt. Daneben bedarf es allerdings einer reichlichen Zufuhr von Wasser, wozu sich unter Umständen noch die Zugabe von Nährsalzgemischen oder nährsalzhaltigem Material gesellen kann, da die Kost der Mutter nicht immer ausreichende Zufuhr solcher Stoffe gewährleistet. Bei den erwähnten Zulagen liefert die Mutter so viel Milch, wie sie nach Veranlagung ihrer Brustdrüsen liefern kann. Gute Anmen werden nicht herangesüßert, sie werden schon als solche geboren; und sie werden sich dann in dieser Richtung entwickeln, wenn nicht Krankheit oder langjährige Unterernährung die gute Anlage verkümmern lassen. Leider will man von diesen Tatsachen in der Kleinkinderstube nichts hören und leider sind sie auch an dem Bewußtsein vieler Kinderärzte ungehört abgeglitten, so daß die Mütter von ihnen zu einer unverständigen Ueberernährung und Verfestung des Körpers geradezu angetrieben werden. Es entspricht der weitestgehenden Rücksicht auf das erstrebenswerte Gedeihen des Säuglings, wenn die meisten Gemeinden Deutschlands den stillenden Müttern einen Liter Milch über das jedem einzelnen Mitbürger zustehende Maß von Lebensmitteln hinaus zukommen lassen. Bei normalen Ernährungsverhältnissen wäre das eher

zu viel. Ich bin oft befragt worden, mit welchen Stoffen man am besten ausbessern könne, um die Milch der Stillenden möglichst mit Nährstoffen anzureichern und die Mutter möglichst kräftig zu erhalten, ohne sie auf Fett zu mästen. Zweifellos stehen hier Eiweißkörper an erster Stelle. Die Landwirtschaft ist an diesen Fragen natürlich lebhaft interessiert; unter allen den vielen Versuchen, die man gemacht hat, ist von Anreicherung des Futters mit Fett und mit Kohlenhydraten entweder gar kein oder nur ein schnell vorübergehender Erfolg gesehen worden. Anreicherung des Futters mit Eiweiß ergab zwar nicht immer, aber doch häufig eine dauernde Qualitätsverbesserung der Milch, so daß die Tagesmenge der abgeforderten Nährstoffe sich etwas höher einstellte. Dies ist ohne weiteres auf den Menschen übertragbar. Es ist durchaus zu billigen, wenn man stillenden Müttern jetzt die eiweißreichen Nährpräparate empfiehlt, deren die Technik eine große Zahl herstellte, teils animalischen, teils pflanzlichen Ursprunges, zum Beispiel Eukasin, Plasmon, Sanatogen, Tropon, Alexonol, Lezithineiweiß, Roborat, Tutulin, Energin und anderes. Von einigen derselben scheinen noch größere Mengen greifbar zu sein. Dazu kommt ein neues, das erst kurz vor dem Kriege bekannt wurde, die sogenannte „Materna“. Jetzt, wo man Wert darauf legt, daß die ausbessenden Nährpräparate möglichst wenig durch chemische Eingriffe denaturiert werden, verdient es wegen seiner Eigenart besonders hervorgehoben zu werden. Das Präparat wurde durch eine experimentelle Arbeit Boruttans in die Diätetik eingeführt („Zeitschrift für diätetische Therapie“, Band XVI, 1912) und findet jetzt während der Kriegszeit in Deutschland steigende Beachtung. Ich lernte es kennen und schätzen, als mir die Frage vorlag, wie die beim Vermahlen des Getreides abfallenden Nebenprodukte am besten für die menschliche Ernährung verwertbar seien. Dem Urteil N. Schmidts („Zeitschrift für diätetische Therapie“, Band XVII, 1913), daß B. Klopfers Materna einen wesentlichen Fortschritt bedeute, kann ich mich durchaus anschließen. Es ist ein Pulver, das ohne chemische Hilfsmittel, auf rein mechanischem Wege aus den Weizenkeimlingen hergestellt wird; das eigenartige Herstellungsverfahren interessiert hier nicht. Die im Getreidekorn lagernden winzigen Keimlinge enthalten gewissermaßen die Quintessenz alles Guten, was die Mutterpflanze der neuen Generation mitgeben kann, vor allem reichliche Mengen leicht assimilierbarer Stickstoffsubstanzen und Nährsalze aller Art, unter anderem auch der hochgeschätzten Lezithine. Ein Kilogramm des billigen Pulvers (1 Kilogramm = 8 Mark) hat den vollen Nährwert von etwa vier Kilogramm Magerfleisch. Man verteilt etwa 40 bis 50 Gramm täglich auf dicke, bedeckende Suppen, auf Kartoffel- oder Gemüsebrei, auf Apfelsauce, auf Kakao; man darf das Pulver aber nicht mitkochen, weil es sonst bitteren Geschmack annimmt. Nach Versuchen von H. Boruttan wird das Materna-Pulver vom menschlichen Darm vortrefflich resorbiert. Ich glaube vielen Schwächlichen und insbesondere stillenden Frauen durch Verordnen dieses eigenartigen und wertvollen Präparats wesentlich genützt zu haben und möchte es gerade jetzt, in der Kriegszeit, zur Kostergänzung dringend empfehlen.

Wie die Kriegsverhältnisse auf Anschauungs- und Handlungsweise der Ärzte in Ernährungsfragen eingewirkt haben, ließe sich noch nach vielen anderen Richtungen hin ausmalen. Aber das meiste ist noch zu wenig übersichtlich, um heute schon als Gegenstand fruchtbarer Aussprache dienen zu können. Die Hauptsache ist, daß uns die verflorenen 27 Monate Kriegszeit nicht nur die Möglichkeit, sondern die Sicherheit einer zwar karglichen und abwechslungsarmen, aber doch zureichenden und die Volkskraft nicht schädigenden Ernährung bewiesen haben. Man achte doch alle die kleinen Entbehrungen, Scherereien, Mühseligkeiten, Unlustgefühle, Ausschaltung individueller Geschmacksrichtung usw., die uns die Zwangslage und die spartanische Gleichmäßigkeit der Lebensmittelverteilung und der Kost auferlegen, gering, verglichen mit der ungeheuren Verantwortung, in erster Stelle für die Vorkernährung der Helden draußen im Felde sorgen zu müssen. Dies und nicht unser Behagen ist das wichtigste Ziel.

5./XII. 1916

Ein ernährungspolitisches Programm.

In der letzten Sitzung der Kriegskommission für Konsumenteninteressen wurde beschlossen, anlässlich der Ernennung des neuen Kabinetts das ernährungspolitische Programm dieser Kommission, wie es seit geraumer Zeit und zu wiederholten Malen bekanntgegeben wurde, bei der Regierung neuerdings zu vertreten. Die Konsumentenkreise Oesterreichs können der neuen Regierung Vertrauen entgegenbringen, weil Ministerpräsident Dr. v. Koerber schon bei der ersten feierlichen Gelegenheit, die sich ihm darbot, bei der Verabschiedung von den Beamten des Gemeinsamen Finanzministeriums, mit ganz besonderem Nachdrucke davon sprach, daß mit Ernst und Gewissenhaftigkeit das Möglichste geschehen wird, um vor allem die Nahrungssorgen des Volkes zu lindern, weil ferner der neue Justizminister Geheimer Rat Dr. Klein in einem vor kurzem im niederösterreichischen Gewerbeverein gehaltenen Vortrage die Bekämpfung des Kriegswuchers und die Lösung der ernährungspolitischen Fragen als eine der dringendsten Aufgaben jeder Regierung bezeichnet hatte.

Die Konsumenten Oesterreichs vertreten nach wie vor die Anschauung, daß nur die Schaffung eines den übrigen Ministerien gleichgestellten Ernährungsministeriums die unbedingt notwendige einheitliche Ernährungspolitik in Oesterreich gewährleisten könne, deren Hauptforderungen sind: Die möglichste Erhöhung der Produktion (Produktionszwang); die lückenlose Erfassung aller vorhandenen Vorräte; deren gerechte und gleichmäßige Verteilung auf alle Kreise der Bevölkerung, insbesondere auch hinsichtlich des Selbstverbrauches der Produzenten und in den Privat-Haushaltungen; allmählicher Abbau der ins Unerlöschliche gesteigerten Preise; unnachsichtliche Strafe gegen jede Art von Vorratsverheimlichung, Warenaufspeicherung, Zurückhaltung der Waren und gegen Preistreiberei an jeder Stelle; zur rationellen Ersparnis von Lebensmitteln weitestgehende Unterstützung der Gemeinschaftsküchen. Unerläßlich ist es, daß Ungarn auch durch Schaffung eines gemeinsamen Versorgungsgebietes in der Lebensmittelversorgung mit Oesterreich gleichgestellt werde und einverständlich vorgehe. Schließlich ist es eine Aufgabe unserer auswärtigen Politik, dahin zu wirken, daß Oesterreich-Ungarn mit dem Deutschen Reiche und den übrigen Verbündeten eine gemeinsam geführte, auf eine gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung abzielende Ernährungspolitik einschlage.

Die Kommission beschloß, bei der Regierung für die Verwirklichung dieses ernährungspolitischen Programms vorstellig zu werden.

Die Ernährungsfrage.

In politischen Kreisen verlautet, daß sich die Regierung gegenwärtig neben den laufenden Angelegenheiten vor allem mit jenen Maßnahmen beschäftigt, welche die Lösung der so dringlichen Fragen der Ernährung bezwecken. Es wird darauf hingewiesen, daß der Ministerpräsident in seiner Ansprache an die Beamtenschaft des gemeinsamen Finanzministeriums und heute in der Ansprache an die Vertreter der Gemeinde Wien seinen Willen bekundet hat, Ordnung in die Verteilung der vorhandenen Lebensmittelvorräte zu bringen und die Ernährung der Bevölkerung unter allen Umständen zu sichern. In den politischen Kreisen wird aus diesen Äußerungen des Ministerpräsidenten der Schluß gezogen, daß der neue Kabinettschef die Lösung der Ernährungsfrage als die erste, vornehmlichste Regierungsaufgabe betrachte.

Vor allem handelt es sich hier um eine durchgreifende Reorganisation des Ernährungsamtes. Wie verlautet, wird die Abhängigkeit des Ernährungsamtes von den einzelnen Fachministerien fallen gelassen und dieses Amt als eine selbständige, mit weitgehenden Befugnissen ausgestattete Behörde eingerichtet werden. Insbesondere soll dem Leiter des Ernährungsamtes eine sehr ausgedehnte Machtvollkommenheit eingeäumt werden.

Freiherr v. Beck voraussichtlicher Leiter des Ernährungsamtes.

In unterrichteten Kreisen gilt es als sicher, daß der Präsident des Obersten Rechnungshofes Freiherr v. Beck die Leitung des Ernährungsamtes übernehmen werde. Man erwartet die kaiserliche Entscheidung, durch welche die Ernennung vollzogen wird, für die ersten Tage der kommenden Woche.

5./XI. 1916

Die Sicherung der Ernährung.

Worte des Ministerpräsidenten.

Ein befreiendes Wort ist gestern in der Ernährungsfrage gesprochen worden, von dem wir sicher hoffen, daß ihm auch die längst ersehnte Tat folgen wird. Der neue Kabinettschef Dr. von Koerber hat beim Empfange der Vertreter der Stadt Wien in nicht mißzuverstehender Weise seine Entschlossenheit kundgegeben, in der Frage der Nahrungsversorgung unter allen Umständen Ordnung zu machen. Alle Widerstände, die sich der Sicherung der Ernährung entgegenstemmen, will der Ministerpräsident, um seine eigenen Worte zu gebrauchen, brechen. Der Ton wird gehört werden überall dort, wo er gehört werden soll. Auf die einfachste Formel gebracht, lautet die Lösung des neuen Kabinettschefs: So wie bisher, darf und wird es in der Lebensmittelfrage nicht weitergehen. Hier ist eine große Pflicht zu erfüllen, und Dr. v. Koerber versäumte nicht, seinen kraftvollen Worten den Nachsatz anzufügen: Die Regierung wird ihre Pflicht tun.

Das erwartet auch die Bevölkerung von den neuen Männern, die jetzt das Staatsruder zu leiten berufen sind. Wir brauchen uns gar nicht in Einzelheiten einzulassen, worin die Widerstände bestehen, die es nach dem Ausspruch des Kabinettschefs jetzt zu brechen gilt. Jeder einzelne von uns kennt sie, kennt sie aus eigener Anschauung, auch Dr. v. Koerber läßt keinen Zweifel darüber, daß er weiß, wo er die Schädlinge des Volksganzen aufzustöbern und zu packen hat. Niemand klagt über notwendige Entbehrungen, sondern darüber, daß unnötige Drangsalierungen und Pladereien die Dinge verschärfen, hauptsächlich aber, daß verbrecherischer Wucher sich immer breiter und breiter macht. Der herrschende Preiswucher allein wäre ein endloses Kapitel. Man vergleiche unsere Preistafeln nur mit denen im Deutschen Reiche, und man wird Wunder erleben. Nirgend findet dieses wucherische Treiben eine bessere Stätte als in unserem Vaterlande mit seiner gutmütigen Bevölkerung. Daß es der an Ausdauer und stiller Tapferkeit auch daheim nicht gefehlt hat, dafür hat gleichfalls Dr. v. Koerber wärmste Worte der Anerkennung gefunden.

Eine solche Bevölkerung verdient es auch, daß man sie schützt und sich ihrer annimmt. Wir haben Vertrauen zu dem neuen Kabinettschef, daß er sein Wort ernst nimmt und es, soweit dies in seiner Macht und in den Verhältnissen liegt, auch einlösen wird. Seine gestrige Erklärung bürgt uns dafür, daß er bei seinen zu gewärtigenden Maßnahmen ohne Ansehen der Person, vorgehen und seine Entschlüsse fassen wird. Hat doch auch ein anderes Kabinettsmitglied, Finanzminister Marek, bei seinem Amtsantritt erklärt, daß eine Verwaltung, der kein Ansehen der Person gilt, ihre beste Kraft aus dem Vertrauen der Bevölkerung schöpft. Werden nun an die Spitze jener Amtsstellen, denen die Sicherstellung der Ernährung obliegt, auch noch Männer gestellt, deren Vergangenheit einigermaßen schon Gewähr für ihre Tatkraft ist — und man vernimmt, daß dem ehemaligen Ministerpräsidenten Freiherrn v. Beck die Leitung des Ernährungsamtes übertragen werden soll — dann ist ein guter, vielversprechender Anfang zu den weiteren notwendigen Schritten gemacht.

5./X. 1916

Der Lebensmittellagerbetrieb des Handelsministeriums.

Der Lebensmittellagerbetrieb des Handelsministeriums gehört zu denjenigen Konsumenten-Organisationen, welchen eine direkte Mehlbelieferung bewilligt ist. Es wird daher — wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird — auch nach Inkrafttreten der vom Wiener Magistrat kundgemachten Regelung des Mehlbezuges bei sämtlichen Zweigstellen dieses Unternehmens Mehl verläuft werden. Gegenwärtig verfügt der Betrieb über folgende Geschäftslokale: I., Fleischmarkt 19, I., Börseplatz 7, III., Dapontegasse 9, IV., Taubstummengasse 9;

Montag den 13. November gelangen die Zweigstellen in: VII., Kirchengasse 41, VIII., Pernalergürtel, Stadtbahnbogen 63, XII., Malstattgasse 16, und XIX., Döblingergürtel 7;

Montag den 20. November die Zweigstellen in: II., Novaragasse 40, XV., Schweglergasse 42, und XVIII., Semperstraße 19 zur Eröffnung.

Mit Rücksicht auf § 6 der soeben erschienenen Verordnung des Magistrats haben die Mitglieder

des Lebensmittellagerbetriebes des Handelsministeriums das Recht, bei ihrer zuständigen Brot- und Mehlkommission unter Hinweis auf ihre Zugehörigkeit zum Lebensmittellagerbetriebe für sich und die ihrer Haushaltung angehörenden Personen blaue Mehlbezugskarten zu verlangen. Da die drei zuletzt genannten Zweigstellen erst eine Woche nach Inkrafttreten des neuen Mehlregimes eröffnet werden, ist es den Teilnehmern an diesen Stellen gestattet, ihren Mehlbedarf bis zum Eröffnungstage bei irgendeiner anderen Zweigstelle zu decken. Die Ausfolgung der Bezugsbücher an die bereits angemeldeten Teilnehmer wird rechtzeitig erfolgen.

Staatsangestellte, die zwar nicht an die erwähnten Zweigstellen direkt angeschlossen sind, deren vorgelegte Dienststellen jedoch das Mehl für ihre Bediensteten beim Lebensmittellagerbetrieb des Handelsministeriums beziehen, haben gleichfalls das Recht, blaue Mehlbezugskarten zu verlangen.

Erster Wiener Konsumverein.

Die Leitung des Ersten Wiener Konsumvereins ersucht uns um Aufnahme folgender Mitteilung:

Den Mitgliedern des Ersten Wiener Konsumvereins ist hiebei das Recht gewahrt, sich ihren Mehlbezug nach wie vor in den Verschleißmagazinen des Ersten Wiener Konsumvereins zu sichern. Zu diesem Zwecke ist es notwendig, daß die Mitglieder bei Behebung der Mehlbezugskarte bei der Brotkommission sofort erklären, daß sie ihr Mehl im Konsumverein beziehen wollen und eine Mehlbezugskarte von blauer Farbe wünschen. Nach Erhalt dieser Karte haben sich die Mitglieder unter Vorweisung derselben und des Warenbezugsbuches in demjenigen Verschleißmagazin des Ersten Wiener Konsumvereins, in welchem sie rathoniert sind, beim Magazinsleiter zu melden, und erhalten auf die Mehlbezugskarte die Stampiglie des Verschleißmagazins, in welchem für sie die entsprechenden Mehlquantitäten in der Folge an den jeweils veröffentlichten Tagen bereitgestellt sein werden. Ab 12. November kann Mehl nur an Mitglieder abgegeben werden, welche sich mit der blauen Mehlbezugskarte, die mit der Stampiglie des Verschleißmagazins versehen ist, und dem Warenbezugsbuche legitimieren; selbstverständlich sind die Brot- und Mehlkarten behufs Abtrennung der Mehlkartenabschnitte bei jeweiliger Ausfolgung mitzubringen.

Neue Zweigabgabestellen der Festangestellten.
Der Vorstand des Reichswirtschaftsbundes der Festangestellten teilt mit:

Montag werden folgende Zweigstellen eröffnet: I., Rodhgasse 8; III., Löwengasse 39; VII., Richterergasse 7; XIII., Sechshausstraße 106; IV., Wiednergürtel 64; XVIII., Martinstraße. Bei diesen neuen Stellen kommen alle Mitglieder zum Einkauf, die bereits im Besitz der Mitgliedskarte und des Ausfolgeseines sind, die sich aber auch schriftlich zu dem Warenbezug in den bestimmten Zweigstellen gemeldet haben. Mit Rücksicht auf den außerordentlichen Andrang behält sich der Vorstand vor, neu eintretende Mitglieder nach eigenem Ermessen in schwächer besetzte Zweigstellen zuzuweisen. Eine Aufnahme von Mitgliedern findet weder in den Zweigstellen, noch in der Zentralkasse, sondern ausschließlich durch die Vereine statt. In den Zweigstellen kommen zum Verkauf: Mehl, Zucker in Kartons (Marken für 4¼ Kilogramm), Äpfel, Sardinen.

Nachdem der Reichswirtschaftsbund im Wege der Kriegsgetreideverkehrsanstalt unmittelbar mit Mehl versorgt wird, werden die Mitglieder ersucht, bei ihrer zuständigen Brotkommission unbefragt ausdrücklich zu erklären, beziehungsweise erklären zu lassen, daß sie ihren Mehlbezug bei der Warenabteilung des Reichswirtschaftsbundes der Festangestellten decken werden.

Mitteilungen der Höhe.

5. t e Sonntag findet im Magazine VII., Neubaugasse 31 eine **Schweinefleischabgabe** statt. Bezugsberechtigt sind jene Mitglieder, deren Namen mit dem Buchstaben A, B, C, D, E, F, G, H beginnen. Die Abgabe ist von 1/9 Uhr früh so lang der Vorrat reicht. Preis — per Kilogramm Kr. 8.60.

M o r g e n Montag findet im Magazine VII., Neubaugasse 31 eine **Äpfel und Zwiebelabgabe** statt. Bezugsberechtigt sind die Mitglieder, deren Lebensmittellarten mit folgender Nummern beginnen:

4000 bis 4500	von 1/9 bis 1/11 Uhr	vormittags.
4500 - 5000	1/11 bis 1/1 Uhr	nachmittags.
5000 - 5500	1/1 bis 1/3 Uhr	nachmittags.
5500 - 6000	1/3 bis 1/5 Uhr	nachmittags.
6000 - 6500	1/5 bis 1/6 Uhr	nachmittags.

Die Mitglieder, die ihre neuen Bezugsbücher noch nicht erhalten haben, können diese gegen Vorweisung des Meldezettels und der Mitgliedskarte im Anmeldebureau VII., Lindengasse 34, vom 6. bis 10. d. beheben. Die Mitglieder werden ersucht, diese Tage einzuhalten, da nach dieser Zeit keine Bücher mehr ausgestellt werden können. Abgabe ist von 1/9 bis 12 Uhr vormittags und von 1/3 bis 1/6 Uhr nachmittags.

(Das Volksernährungsamt und die Hauptstadt.) Der Präsident des Volksernährungsamtes Baron Ludwig Kürthy hat an die Hauptstadt drei Zuschriften gerichtet. In der einen Zuschrift teilt er der Hauptstadt mit, daß das Volksernährungsamt seine Tätigkeit bereits begonnen habe. „Die Lösung unserer schwierigen Aufgabe — heißt es weiter in der Zuschrift — ist nur möglich, wenn sowohl die Behörden als auch die ganze Gesellschaft sich in dem Bestreben vereinigen, mit selbstopfernder Arbeit an dem wirtschaftlichen Kampfe der Nation teilzunehmen. Das Interesse des Vaterlandes, des Gemeinwohls erfordert, daß jeder unermüdet und mit Ausdauer alle seine Kräfte dieser Arbeit widme. Der Präsident bittet die Hauptstadt, ihn in seiner Tätigkeit zu unterstützen. Es ist — erklärt er — mein fester Entschluß, gegen diejenigen, die sich auf die von den großen Zeiten geforderte Höhe nicht erheben wollen oder können, im Interesse des Gemeinwohls meine von der Regierung mir verliehene Macht geltend zu machen. Schulter an Schulter arbeitend, wird hoffentlich auch uns ein solcher Sieg beschieden sein, wie unseren glorreichen Waffen. Die zweite Zuschrift bezieht sich auf das von uns bereits erwähnte Verbot des Verkaufs von Milchkafee. In der Zuschrift wird es als unhaltbarer Zustand bezeichnet, daß, während Tausende von Menschen sich vor den Milchgeschäften anstellen müssen, um zu der nötigen Menge Milch zu gelangen, in den Kaffeehäusern alle möglichen Milchgetränke ohne jede Einschränkung den Gästen vorgesetzt werden. Um dem abzuwehren, fordert Präsident Baron Kürthy den Magistrat auf, den Kaffeehäusern und Zuderbäckereien den Verkauf von Getränken oder Speisen, bei deren Zubereitung Milch verwendet wird, in der Zeit von 3 bis 8 Uhr nachmittags unverzüglich zu verbieten und die hiedurch gewonnene Milch zur Erleichterung der Versehen des Publikums mit Milch zu verwenden. In der dritten Zuschrift antwortet Präsident Baron Kürthy der Hauptstadt auf deren Eingabe, die sie im Interesse einer Erleichterung der Fettversorgung an die Regierung gerichtet hat. Der Präsident hat nichts dagegen einzuwenden, daß die Hauptstadt statt der bisherigen 25.000 Kilogramm 35.000 Kilogramm Butter wöchentlich von der Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft erhalte. Die Hauptstadt hatte nämlich um Erhöhung der ihr gewährten Buttermenge angesucht, um mit der Butter ihre Fettvorräte zu ergänzen. Zu demselben Zwecke gestattet ferner der Präsident

der Hauptstadt, nach jedem Schwein, das im Schweine-schlachthause geschlachtet wird, zwanzig Kilogramm Fett zum Maximalpreise in Anspruch zu nehmen. Das Ersuchen der Hauptstadt, daß ihr gestattet werde, von den Selchern auch zu höheren Preisen Fett zu kaufen, wird dagegen abgelehnt, weil die Uebersetzung der Bestimmungen über die Höchstpreise nicht geduldet werden dürfe. Der Präsident gestattet der Hauptstadt die Einführung von Fettarten, doch muß sich das Kartensystem auch auf den Verkauf durch die Selcher und Groß-schlächter erstrecken, damit so die Fettversorgung vereinheitlicht werde und das Publikum sich ohne Einschränkung überall Fett verschaffen könne. Die Vorräte der Hauptstadt dürfen nur als Anshilfsreserve dienen.

*** Das Volksernährungsamt an die Municipien.**
Der Präsident des Volksernährungsamtes Baron Ludwig Kürthy hat an sämtliche Municipien und auch an die Hauptstadt eine Zuschrift gerichtet, in welcher er mittheilt, daß das Volksernährungsamt seine Thätigkeit bereits begonnen habe. „Die Lösung unserer schwierigen Aufgabe — heißt es in der Zuschrift — ist nur möglich, wenn sowohl die Behörden als auch die ganze Gesellschaft sich in dem Bestreben vereinigen, mit selbstaufopfernder Arbeit an dem wirthschaftlichen Kampfe der Nation theilzunehmen. Das Interesse des Vaterlandes, des Gemeinwohls erfordert, daß Jeder unermüdtlich und mit Ausdauer alle seine Kräfte dieser Arbeit widme. Der Präsident bittet die Hauptstadt, ihn in seiner Thätigkeit zu unterstützen. Es ist — erklärt er — mein fester Entschluß, gegen Diejenigen, die sich auf die von den großen Zeiten geforderte Höhe nicht erheben wollen oder können, im Interesse des Gemeinwohls meine von der Regierung mir verliehene Macht geltend zu machen. Schulter an Schulter arbeitend, wird hoffentlich auch uns ein solcher Sieg beschieden sein, wie unseren glorreichen Waffen.“

Fremdenverkehr und Ernährungsfragen.

Der auf der Hauptversammlung des Bundes deutscher Verkehrsvereine gewählte Ausschuss hat jüngst in Berlin im Hotel Stadt Gotha getagt. Es wurde, wie wir im „B. Z.“ lesen, einstimmig beschlossen, dem Kriegsernährungsamt eine neue Eingabe zu unterbreiten, die u. a. nachstehende Vorschläge enthält: 1. Der Reiseverkehr: Erstens der notwendige Berufsverkehr der Reisenden, zweitens der notwendige Kur- und Erholungsverkehr ist von so außerordentlich wirtschaftlicher Bedeutung, daß seine Aufrechterhaltung im ganzen Reiche mit allen verfügbaren Mitteln zu erstreben ist. Deshalb erscheint es dringend geboten, eine amtliche Statistik des Fremdenverkehrs vom vergangenen Jahre anzuordnen. Auf Grund dieser Statistik sind die erforderlichen Lebensmittelmengen festzustellen. Der Mehrbedarf an Lebensmitteln, der sich durch Zuwanderung von Fremden zur ortsanfässigen Bevölkerung ergibt, ist den Kommunalverbänden sicherzustellen und ihnen rechtzeitig zuzuwenden. 2. Insbesondere ist vom Kriegsernährungsamt auf die Viehhandelsverbände einzuwirken, daß die auf Grund der Reichsfleischkarte zugesicherte Menge Fleisch von 250 Gramm für die Ortsanfässigen und die Fremden an allen Orten des Reiches tatsächlich abgegeben werden kann. 3. Für die kurgemäße Verpflegung kranker und genesender Zivil- und Militärpersonen in den Kurorten und Sommerfrischen ist anzustreben, daß die von den Ärzten verordneten Mengen an bestimmten Lebensmitteln verabreicht werden können.

Gewerkschaftssekretär Stegerwald über die Ernährungsfrage.

Den gegenwärtigen Krieg führt das deutsche Volk um seine Gleichberechtigung in der Welt, und auch die deutsche Arbeiterschaft steht jetzt vor der Entscheidung, entweder die Opfer, die die Fortsetzung des Krieges erfordert, weiter zu tragen, oder aber gezwungen zu sein, jahrzehntelang sich damit abzufinden, die Kriegskosten und Steuern Deutschlands abzuverdienen. Einem geschlagenen Deutschland wäre es unmöglich, für die Witwen und Waisen der Gefallenen angemessen zu sorgen, ein besiegtes Deutschland könnte unmöglich seine Kriegsbeschädigten anständig versorgen, und ein zerstübeltes Deutschland würde keineswegs jährlich eine Milliarde Mark für die gesetzliche Arbeiterversicherung aufbringen können. Das sind die Worte, die Generalsekretär Stegerwald als Vorstandsmitglied des Kriegsernährungsamts, der gegenwärtig im Industriebezirk eine Reihe von aufklärenden Vorträgen über Volksernährungsfragen halten wird, gelegentlich einer in Köln abgehaltenen Versammlung über die Aufgaben des deutschen Volkes an alle Kreise, insonderheit an die deutsche Arbeiterschaft richtet. Seinen Ausführungen sei in kurzem Auszug das Folgende entnommen: Es ist nicht wahr, daß der Krieg nur für die Interessen der bestehenden Klassen geführt werde, denn die vielen Millionen Arbeiter sind mehr interessiert als die kleine Gruppe der Kapitalisten. Das deutsche Volk steht gegenwärtig vor der Situation, ob es wieder zum Bettelvolk zurückgeworfen werden soll, wie vor 100 Jahren, oder ob es sich gleichberechtigt neben andern Völkern in der Welt betätigen will. Wir haben vorläufig alles aufzubieten, daß dem Heer der erforderliche Kriegsbedarf gesichert und die Lebensmittelpolitik so gestaltet wird, daß wir unter keinen Umständen zu einem Hungerfrieden gezwungen werden können. Zur Kritik, wie sie am R. E. A. geübt wird, bemerkte Herr Stegerwald, daß man oft vom Versagen des Amtes höre, aber selbst die 14tägigen Beratungen im Haushaltsausschuß des Reichstags hätten positiv Verbesserungsvorschläge nicht erbracht, weil man es eben mit zu großen sachlichen Schwierigkeiten, mit anormalen Verhältnissen zu tun habe; das R. E. A. könne nicht so funktionieren, wie man es wünsche, könne vielmehr nur die größten Mängel hintanhaltend. Immerhin würden, falls es nicht vorhanden sein sollte, die Dinge im Juni oder Juli d. J. weit schlechter gestanden haben. Nach dem Krieg, wenn man offen reden dürfe, würden die Aufgaben und die Tätigkeit des R. E. A. sicher ganz anders beurteilt werden. Tatsache sei, daß das R. E. A. in den wichtigsten Lebensmitteln Preis-erhöhungen hintangehalten, daß es die Hafer-, Gerste- und Suppenartikelpreise gesenkt, die Erhöhung der Schweinepreise verhindert und durch die Niesenarbeit der Einführung der Fleisch- und Fettkarte für diese Artikel eine gleichmäßige Verteilung herbeigeführt habe. Der Redner kam dann zu der Frage: Wie steht es gegenwärtig mit unsern hauptsächlichsten Lebensmitteln? und stellte in Aussicht, daß man für den ganzen Winter mit einer Fleischration von 250 Gramm auf den Kopf und die Woche im ganzen Reich, in bestimmten Bezirken vielleicht auch noch mehr werde rechnen können. Eine Erhöhung der Kartoffelmenge sei ausgeschlossen und es bestehe auch keine Garantie, daß die Kartoffelfrage im nächsten Jahr viel besser funktionieren werde, weil eben die Kartoffel eine lebendige Ware sei, ihre Ernte und Verteilung von so vielen Zufälligkeiten abhängen. Würde man aber die Lösung des Kartoffelproblems dem freien Handel übertragen haben, so würden man bestimmt mit größern Schwierigkeiten zu rechnen haben, so daß manche Städte jetzt wohl wochenlang ohne Kartoffeln sein würden. Mit der Einkellerung werde es wohl er sein; man werde sorgen müssen, daß die Städte mindestens eine Monatsreserve erhalten. Bei Zucker rechne man mit 1½ Pfund für den Kopf und Monat aus der neuen Ernte. Welche Mittel kommen nun zur Streckung der Lebensmittel in Frage? Nach Ansicht des Redners zunächst die Gemeinschafts- speisung, die weiter ausgedehnt werden soll. Gegen den Zwang

zur Teilnahme sprechen, wie er sagt, viele Gründe: In der Landwirtschaft ist er nicht durchführbar; die Eintopfgerichte sind eine breite Nahrung und nicht sättigend genug, um sie für die 20 Millionen Kinder unter 14 Jahren ohne Gefahr für die dauernde Erhaltung ihrer Gesundheit durchzuführen, und von den 14 Millionen deutscher Familien wird bei einem großen Teil mindestens so rationell gekocht, wie in der Stadtliche. Nach der persönlichen Meinung des Herrn Stegerwald könnte man das Massen-speisungsproblem für etwa den dritten Teil des Volkes lösen, indem man alle alleinstehenden Personen und alle kleinen Familien zur Teilnahme zwingen, die Schulspeisung in stärkerem Umfang einführen, jedem, der den Wunsch hat, teilzunehmen, dazu die Möglichkeit geben, und für den lokalen Restaurationsbetrieb die Speisungskarte vorsehen würde. Ein zweites Streckungsmittel ist das Brotgetreide dergestalt, daß alles aus der Landwirtschaft herauszuholen und der Ausmahlungs-Prozentsatz zu erhöhen sein würde. Der Praxis stellen sich verschiedene Bedenken entgegen. Sodann kann die Gerste zur menschlichen Nahrung mehr herangezogen werden, und zur Brostreckung zugunsten der Verringerung des Kartoffelzusatzes. Aber auch hier ist zu überlegen, ob man den jetzigen Gerstenbedarf zur Malzkaffeeabritation einschränken soll, da man nicht ohne Grund unserm weiblichen Teil der Bevölkerung den Genuß dieses warmen Getränkes berauben möchte. Jedenfalls wird Hafer mehr als bisher zur menschlichen Ernährung bereitgestellt werden, und wir werden uns wieder mehr anstelle des Morgentkaffees an die nahrhaften Morgensuppen aus vergangener Zeit gewöhnen müssen. Beiden Endes können wir unsern Viehbestand, soweit er nicht zur Milch- und Fettgewinnung bounden ist, zugunsten der Vermehrung unserer Fleischnahrung angreifen; ferner werden uns Erdkohl-rabi, Graupen, Grieß und Teigwaren in größeren Mengen zur Verfügung stehen. Breitere Kreise der bestehenden Schichten sollten sich in stärkerem Maße des Ernstes der gegenwärtigen Stunde bewusst werden, anstatt darauf zu spekulieren, wie sie die Verordnungen umgehen oder zu Phantastepreisen Lebensmittel aufzukaufen zum Nachteil der minderbemittelten Schichten. Derartiges ist eines erastren Volkes in entscheidender Stunde unwürdig. Solche Menschen, die nur an sich selbst denken, sind nicht wert, daß andere für sie Opfer bringen.

6./XI. 1916

Unsere Ernährung im Winter.

Generalsekretär Stegerwald, Vorstandsmitglied des Kriegsernährungsamtes, erklärte in einer vom Mariell christlicher Gewerkschaften einberufenen öffentlichen Versammlung in Köln mit Bezug auf den gegenwärtigen Stand der Hauptlebensmittel, daß man 250 Gramm Fleisch der Bevölkerung während des ganzen Winters bestimmt werde gewähren können. Bestimmte Schichten könnten voraussichtlich noch mehr erhalten, da 20 Millionen Zentner Vieh mehr erzeugt wurde. Die Körnerfrucht habe eine sehr gute Ernte erzielt, 5 Millionen Tonnen seien mehr als im letzten Jahre eingebracht. Eine Erhöhung der Kartoffelmenge auf mehr als 1 Pfund für den Kopf und Tag sei ausgeschlossen. Eier seien sehr knapp, aber Zuder werde man 1½ Pfund für den Kopf und Monat gewähren können. Bei Obst und Gemüse komme man mit Beschlagnahme und Höchstpreisen nicht zum Ziele. Schon jetzt werde vorgearbeitet, daß durch vor langer Hand vorbereitete Verträge die ungerechtfertigt hohen Preise in Fortfall kommen. Für die Biererzeugung werde man in Zukunft nur noch 25 Prozent des früheren Bedarfs an Gerste zur Verfügung stellen können. Stegerwald erklärte, er habe stets den Standpunkt vertreten, daß man den städtischen Verbrauchskreisen reinen Wein einschenken müsse, weshalb er die Verhältnisse geschildert, wie sie wirklich liegen. Namentlich aber müsse der Einfluß auf die Landwirtschaft geltend gemacht werden, damit auch sie sich größere Einschränkung auferlege.

7./XII. 1916

Die Verteilung unserer Hauptlebensmittel.

Köln, 5. November. (Eigene Drahtmeldung.)
Generalsekretär Stegerwald, Vorstandsmitglied des Kriegsernährungsamtes, erklärte in einer vom Kartell der christlichen Gewerkschaften einberufenen öffentlichen Versammlung mit Bezug auf den gegenwärtigen Stand der Hauptlebensmittel:

250 Gramm Fleisch werde man bestimmt der Bevölkerung während des ganzen Winters gewähren können. Bestimmte Bevölkerungsschichten könnten voraussichtlich noch mehr erhalten, da 20 Millionen Zentner Vieh mehr erzeugt wurden. Die Körnerfrüchte haben eine sehr gute Ernte erzielt. 5 Mill. To. seien mehr als im letzten Jahre eingebracht worden. Eine Erhöhung der Kartoffelmenge auf mehr als ein Pfund auf den Kopf und Tag sei indes ausgeschlossen. Eier seien sehr knapp, aber Zucker werde man 1½ Pfund auf den Kopf und Monat gewähren können. Bei Obst und Gemüse komme man mit Beschlagnahme und Höchstpreisen nicht zum Ziele. Schon jetzt werde vorgearbeitet, daß durch von langer Hand vorbereitete Verträge die ungerechtfertigt hohen Preise in Fortfall kommen. Für die Biererzeugung werde man in Zukunft nur noch 25 v. H. des früheren Bedarfs an Gerste zur Verfügung stellen können. Stegerwald erklärte, er habe stets den Standpunkt vertreten, daß man den städtischen Verbrauchskreisen reinen Wein einschenken müsse, weshalb er die Verhältnisse geschildert, wie sie wirklich liegen. Namentlich aber müsse jeder Einfluß auf die Landwirtschaft geltend gemacht werden, daß auch sie sich größere Einschränkungen auferlege.

7./X. 1916

Neuordnung des Ernährungswesens.

Wien, 6. November.

Die Ernennung des Freiherrn v. Beck zum Leiter des Ernährungsamtes wird in den allernächsten Tagen amtlich verlautbart werden.

Mit der Ernennung wird eine durchgreifende Neuordnung des gesamten Ernährungsdienstes Platz greifen. Um ein möglichst klagloses Funktionieren des für die Ernährung der Bevölkerung in Betracht kommenden Verwaltungsapparates zu sichern, soll Freiherr v. Beck mit sehr weitgehenden Vollmachten ausgestattet werden. Das Ernährungsamt wird, wenn auch nicht als besondere Zentralstelle, so doch als eine von den Ministerien unabhängige Amtsstelle ins Leben gerufen werden. Der Leiter des Ernährungsamtes wird eine von den Ressortministern unabhängige Amtsgewalt erhalten und sich bei seinen Maßnahmen nur mit dem Ministerpräsidenten ins Einvernehmen zu setzen haben.

In der am Samstag abgehaltenen Sitzung des Ministerrates wurden, wie verlautet, die von Freiherrn v. Beck ausgearbeiteten Grundsätze für die Neuordnung des Ernährungswesens beraten und die erforderlichen Beschlüsse gefaßt. Auch die Verlautbarung der neuen grundsätzlichen Vorschriften dürfte in den allernächsten Tagen erfolgen.

Raschmarktumzug.

Mit Beginn der nächsten Woche wird der Umzug des Raschmarktes in die neue, auf die Wienflußeintwölbung errichtete Marktstadt beginnen. Das Marktamt dürfte bereits am 16. d. in dem neuen Amtsgebäude amtieren. Bis 23. d. wurde den Händlern Frist eingeräumt, ihren Umzug zu vollziehen. Wieder wird ein Stück Alt-Wien vom Kehrbesen der neuen Zeit hinweggefegt. Bald wird der alte Raschmarkt nur mehr der Geschichte angehören. Schade um diesen trauten Alt-Wiener Winkel, um die zerfranste und zerschlossene alte Budenstadt, die in der Verfertigung aller Tradition untertaucht.

Kontrolle für alle.

Die Mehlfractionierung, die jetzt in Wien im Zuge ist, gibt ein Beispiel davon, zu welchen großangelegten und bis ins letzte Detail gehenden Organisationen die kriegswirtschaftliche Verbrauchsregelung bereits gediehen ist. Wenn Mehl genug hereinkommt, wird dieser künstlich aufgebaute Verteilungsapparat gewiß tadellos arbeiten. Das einzige ungewisse Element bleibt also immer nur die Frage der Zufuhren, und zwar nicht nur für Wien, sondern für alle Städte und Industriezentren Oesterreichs. Von einem ungewissen Element ist hier aber nicht etwa in dem Sinne zu sprechen, als ob ernste Zweifel daran bestünden, daß die vorhandenen Nahrungsmittelvorräte zur Ernährung der Bevölkerung auch tatsächlich ausreichen. Nach dem Urteil der Sachmänner und nach der bisherigen Kriegserfahrung sind die Vorräte ausreichend, vorausgesetzt, daß die Verteilung eine richtige und der Verbrauch ein sparsamer ist. Die Ungewißheit besteht in einer anderen Richtung: es fragt sich, ob die Vorräte auch restlos ans Licht gezogen und auf den Markt gebracht werden. Und da muß man allerdings zugeben, daß trotz aller behördlichen Anstrengungen, trotz der Ueberfülle von Verordnungen, die zur Sicherung der Volksernährung im Kriege erlassen sind, noch bei weitem nicht der Punkt erreicht ist, wo die Staatsgewalt über alle greifbaren Vorräte verfügen oder auch nur deren Größe zuverlässig bestim-

men könnte. Nein, an diesem wünschenswerten Entwicklungspunkt ist die staatliche Kriegswirtschaft noch nicht angelangt, und darin liegt das Unbefriedigende der heutigen Verhältnisse. Die städtischen Volksschichten, die ihren Verbrauch an notwendigem Lebensbedarf aufs genaueste reglementiert sehen und sich mit Ruhe und Disziplin diesem wirtschaftlichen Belagerungszustand fügen, sehen den weiten ländlichen Umkreis unter eine weit weniger strenge Ernährungskontrolle gestellt. Aber die Stadt mißgönnt es dem Flachland gar nicht, daß dieses sich gegenwärtig besser nährt und viel leichter und sorgloser lebt. Die Stadt verlangt nicht, was undurchführbar wäre, die Herstellung einer absoluten Konsumgleichheit, wohl aber verlangt sie Gewißheit und klare Rechnung darüber, daß der Produktionsüberschuß der ländlichen Wirtschaft dem städtischen Konsum voll zugeführt wird. Ueber diese grundlegende Rechnungsfrage der ganzen Kriegswirtschaft gibt es aber bisher keine Klarheit.

Es ist die einstimmige Meinung der österreichischen Städtebevölkerung, daß ein nomadischer Teil der landwirtschaftlichen Gütererzeugung dem Stadtkonsum entzogen bleibt, und zwar nicht jener Teil, um den der Bauer sich besser nährt als der Städter — das sei ihm gegönnt —, sondern jener andere Teil, der in den landwirtschaftlichen Borrätkammern verborgen bleibt und zurückgehalten wird, sei es, weil der wohlhabend gewordene Landwirt aus Inbolenz nicht verkaufen will, sei es, weil er für unbestimmte Möglichkeiten ein Superplus aufspeichert, sei es, weil er menschlichen Ernährungsstoff verbotenerweise für Viehfütterung reserviert. Das ist, wie gesagt, die allgemeine Meinung in den Städten, und wenn der Herr Jedermann, der ja über tausend Informationsquellen verfügt, eine solche Meinung hat, so kann sie nicht aus der Luft gegriffen sein. Daraus ergibt sich aber das berechtigte Verlangen der städtischen Volksschichten, daß die strenge staatliche Kontrolle, die bisher mit gutem und gern anerkanntem Erfolg den städtischen Konsum in Ordnung gebracht hat, nunmehr ihre Tätigkeit ebenso gründlich und hoffentlich ebenso erfolgreich auch den landwirtschaftlichen Produzenten zu-

wende. Das Kriegsernährungsamt, das ja jetzt eine neue Organisation und außerordentliche Vollmachten erhalten soll, wird davon vor allem dort Gebrauch machen müssen, wo es sich um endliche Aufhellung, Hervorziehung und Mobilmachung der dem Konsum bisher entzogenen Vorräte handelt. Wir wollen zunächst einmal wissen, was wirklich da ist. Und dann verlangen wir zwischen Stadt und Land wenigstens insofern eine Gleichstellung, daß nicht die altruisische Kriegswirtschaft bloß auf die Stadt beschränkt bliebe, während auf dem Land nach wie vor die alte individualistische Interessenswirtschaft fortbauern würde.

Die Lebensmittelversorgung Wiens.

Beratungen der gemeinderätlichen Obmännerkonferenz.

Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der Vizebürgermeister fand gestern die 59. Konferenz der Obmänner der Gemeinderatsparteien statt.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erstattete vorerst den Bericht über den Stand der Zentralstelle. Es wurden bis zum Berichtstage ausgezahlt: an fortlaufenden Unterstüzungen 2.416.055 Kronen, an einmaligen Unterstüzungen 1.081.449 Kronen, für die Ausspeisung 8.300.771 Kronen, für die Näh- und Strickstüben 2.122.833 Kronen. An laufenden Unterstüzungen sind derzeit für 4130 Personen 91.899 Kronen pro Monat bewilligt. Der Stand der Anmeldungen für den staatlichen Unterhaltsbeitrag beträgt 300.262.

Steigerung des Kohlenabfahes.

Magistratssekretär Dr. Fastenbauer berichtet über die Versorgung der Stadt Wien mit Kohle und führt aus, daß in der letzten Zeit eine außerordentliche Steigerung des Kohlenabfahes Platz gegriffen habe, während die Anlieferung infolge des herrschenden Waggonmangels abgenommen habe, weshalb die Gemeinde mit ihren Lagerbeständen auszuhalten mußte. Für den gegenwärtigen Bedarf an Kohle sei vorgesorgt, und es werde der Magistrat alle Mittel ergreifen, um den Bedarf für den Winter sicherzustellen.

Keine Einführung der Kartoffelkarte.

Magistratsrat Dr. Ehrenberg berichtet über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien und teilt mit, daß von Ende August bis einschließlich 4. November 1916 insgesamt 4033 Bahnwagen mit Kartoffeln an die Gemeinde Wien eingelagert seien, wovon die Gemeinde 8591 Waggon in den Verbrauch überführt habe. In den städtischen Mieten seien 997, in sonstigen Unterkünften 200 bis 300 Bahnwagen Kartoffeln eingelagert. Unter Einhaltung des von der Regierung zur Versorgung der Stadt Wien mit Kartoffeln festgestellten Programms sollten heute schon 7500 Waggon von dem für Wien bewilligten Kontingent von 12.000 Waggon Kartoffeln in Wien eingelagert sein, während tatsächlich erst ungefähr 4000 Waggon angerollt seien.

Ueber die Mitteilung des Bürgermeisters, daß die Regierung die eventuelle Einführung einer Kartoffelkarte in Erwägung ziehe, gelangte die Obmännerkonferenz nach einer eingehenden Debatte zu folgenden Beschlüssen:

1. An die Regierung ist das Ersuchen zu richten, zur Versorgung der Kartoffelzufuhr zu den Bahnen und zur Verladung der Kartoffeln Militärcautos, beziehungsweise Mannschaft beizustellen.
2. An die Regierung ist das Ersuchen zu richten, die Ausstellung von Transportbewilligungen für die Sendung von Kartoffeln nach Wien als Stückgüter aufzuheben.
3. Die Regierung ist aufzufordern, neuerliche Verhandlungen wegen der Einfuhr von Kartoffeln aus Ungarn einzuleiten.
4. Die Obmännerkonferenz ist nicht in der Lage, die Einführung einer Kartoffelkarte zu empfehlen, da die in Aussicht genommene Kopfquote zu gering bemessen und trotz dieser geringen Zurechnung der entsprechende Vorrat nicht vorhanden sei, abgesehen davon, daß es nicht angehe, ein Lebensmittel zu portionieren, das allein geeignet ist, die herrschende Knappheit der anderen Konsumartikel auszugleichen.
5. Die Obmännerkonferenz richtet an die Regierung das Ersuchen, mit Rücksicht darauf, daß Böhmen und Mähren das im Regierungsprogramm vorgesehene Kontingent von 5000 Waggon Kartoffeln nicht aufbringen, vorzusorgen, daß das auf Galizien entfallende Reservkontingent von 2000 Bahnwagen herangezogen werde.

Die Mehlversorgung.

Magistratssekretär Dr. Rothkopf berichtet über die Mehlversorgung und teilt mit, daß durch die Schaffung des Kriegsverbandes die Zuweisungen an die Gemeinde verringert worden seien, da der Kriegsverband von der Regierung direkt dotiert werde. Das für die ab nächste Woche in Kraft tretende Mehlorationierung erforderliche Mehliquantum von 120 Waggon sei bereits sichergestellt, und es sei in der Kriegsgetreideverkehrsanstalt eine eigene Abteilung „Wien“ geschaffen worden, der die rechtzeitige Dotierung der Gemeinde obliegt. Für die nächste Zeit beabsichtige die Regierung Weizenmehl für die Brotzeugung nicht mehr zur Verfügung zu stellen; für Kochzwecke werde ein zu 78 Prozent ausgemahlene Weizengleichmehl und ein 20prozentiges Gerstefochmehl in Verkehr gebracht werden. Für die Brotzeugung werde eine neue Mischung aus Roggenmehl, Gerstemehl und Hafermehl festgesetzt werden. Weiter berichtet Magistratssekretär Dr. Rothkopf, daß die Gemeinde ihre Bemühungen, einen Vorrat an Petroleum sicherzustellen, fortgesetzt habe, und daß es ihr gelungen sei, ein entsprechendes Quantum zu beschaffen.

Die Behebung des Eiermangels.

Magistratssekretär Dr. Wanschura legte in Entsprechung eines Auftrages der letzten Obmännerkonferenz einen Bericht vor, der sich gegen die Zentralisierung des Eiergeschäftes in Wien, gegen die Einführung der Fütterungspflicht für Eier und die Einführung einer Eierkarte ausspricht. Weiter teilte Sekretär Dr. Wanschura mit, daß er auftragsgemäß der Regierung Eingaben unterbreitet habe, in denen die seitens der Gemeinde bereits verlangte Beschlagnahme der in Wien eingelagerten konservierten Eier urgiert und die Behebung der für die Eierausfuhr aus Galizien bestehenden Schwierigkeiten verlangt wurde.

Unaufschiebbarer Versorgungswünsche.

Verkaufstage nennen!

Man will dem Übel des Anstellens durch die Rationierung beikommen. Zweifellos ist sie das geeignete Mittel, das Anstellen mit Stumpf und Stiel auszurotten. Bis aber die Rationierung aller Lebensmittel und unentbehrlichen Bedarfsgegenstände des täglichen Lebens, um die heute unsere Hausfrauen sich anstellen müssen, durchgeführt sein wird, dürfte leider noch ziemlich lange Zeit verfließen. Daher haben heute unsere Behörden alles daranzusetzen, auch unter den gegebenen Verhältnissen die Mängel der Verteilungsorganisation nach Tunlichkeit zu lindern. Leider wurden aber in der letzten Zeit wiederholt Dinge versucht, die dem Interesse der Bevölkerung durchaus nicht entsprechen. So wird den Hausfrauen in wichtigen Wiener Lebensmittelgeschäften unter Berufung auf einen behördlichen Auftrag die Angabe der Verkaufstage verweigert. Eine Hausfrau erscheint bei Mehl und erhält, nachdem sie sich zwei Stunden lang angestellt hat, die Auskunft, daß es heute keinen Kaffee gebe. Fragt sie dann, wann der nächste Kaffeeverkaufstag sei, so zuckt der Verkäufer die Achsel. Genau so geht es zu, wenn eine Hausfrau es wagt, sich irgendwo nach dem nächsten Butter- oder Seifenverkaufstage zu erkundigen. Die Kaufleute wollen ihre „Ruh“ haben.

Sie haben kein Interesse daran, daß sie möglichst viel Personen mit dieser oder jener Ware beteilen, sie wollen ihr Geschäft in Gemächlichkeit abwickeln und ihren Händlergewinn möglichst bequem einstreifen. Daher sehen wir tagtäglich unsere Hausfrauen auf den Straßen auf der Suche nach einer Bezugsquelle, und erst wenn sie sie ausspindig gemacht haben, was oft Stunden dauert, dürfen sie sich anstellen.

Man könnte ihnen das Einkaufen sehr erleichtern, wenn die Kaufleute durch einen behördlichen Auftrag gezwungen würden, ihre Verkaufstage zu nennen. Diese Pflicht kann ihnen in einer Zeit der Zwangsregelungen ohneweiters auferlegt werden. Die Qualen des Einkaufens und Anstellens wären damit um die Hälfte gekürzt.

Das Brot muß rationiert werden!

Heute ist der erste Ausgabetag der rationierten Mehlmarken. Die Mehllrationierung ist damit vollzogene Tatsache und ein tüchtiger Schritt nach vorwärts scheint gemacht. Wir dürfen uns aber damit nicht zufriedengeben. Erst gestern hat der Bürgermeister in einer Besprechung mit den Pressevertretern erklärt, daß die Gemeinde an die Rationierung anderer wichtiger Lebensmittel schreiten werde, sobald man Erfahrungen darüber gesammelt haben werde, wie die Mehllrationierung sich bewähre. Einkerstand! Allein schon heute wollen wir unsere Meinung klarlegen, die dahin geht, daß man nicht zuviel Zeit mit Sammeln von Erfahrungen wird verbringen dürfen. Ärger noch als das Anstellen um Mehl ist das Anstellen um Brot. Ärger schon deshalb, weil jede Hausfrau gezwungen ist, täglich den bitteren, qualvollen Weg ums Brot zu tun, der Mehlbedarf bei einigermaßen günstigen Bedingungen aber für mindestens eine Woche durch ein einmaliges Anstellen gedeckt werden kann. Wenn die Gemeinde trotzdem zuerst die Mehllrationierung durchgeführt hat, so geschah es, weil sie leichter zu organisieren ist. Dagegen ist nichts zu sagen, weil eben in einer so wichtigen und verwickelten Angelegenheit ein möglichst leichter Anfang gefunden werden

mußte. Keinen Tag lang darf aber mit den Vorarbeiten zur Brotrationierung gezögert werden. Schon heute sind sie zu beginnen. Der Magistrat darf dessen gewiß sein, daß niemand ihm unnötige Schwierigkeiten machen wird, auch wenn die Mehllrationierung sich nicht in allen Punkten bewähren sollte. Sie ist eben auch nur Menschenwerk, das seine Fehler haben kann. Die Bevölkerung wird an ihrer Beseitigung nach Kräften mithelfen, muß aber auch die Gewißheit haben, daß die Gemeinde nicht die Absicht hat, sich auf ihren Lorbeeren auszuruhen.

Fett und Butter.

Fast ebenso wichtig wie Brot und Mehl ist Fett. Von diesem ist leider so wenig da, daß die zum wöchentlichen Verbrauch zugewiesene Menge im Durchschnitt nicht einmal zur Hälfte gedeckt werden kann. Von allen Lebensmittelsorten ist die Fettsorte die wertloseste, denn allwöchentlich verfallen Hunderttausende von Marken. Sämtlich kamen für unsere Fettversorgung Schweinefleisch und Butter in Betracht. Bis Mitte Oktober waren die Zufuhren an Fettschweinen recht ausgiebig, aber die Selscher brachten, bis auf wenige rühmliche Ausnahmen, ihre Fettausbeute nicht zum Kleinverkauf, so daß damals schon die Beschaffung von Fett für die Verbraucher schwer und mühsam war. Die Fleischselscher wollten durchaus nicht einsehen, daß der Händler den Bedürfnissen der Verbraucher zu dienen habe, und da alle Ermahnungen nichts fruchteten, ließ die Regierung die Fleischselscher im Stich, und es ist eine offene Frage, ob die Regierung sich entschließen wird, die Ausbeutung der Fettschweine noch einmal den Selschern

überlassen. Vorläufig bekommen sie keine Fettschweine und ohne bestimmte Zusicherungen werden sie auch keine bekommen.

An Butter bekamen die Wiener Großhändler ursprünglich von der Zentraleinkaufsgesellschaft 4000 Fässer (zu 50 Kilogramm) wöchentlich zugewiesen, wovon sie nur einen kleinen Teil an die Provinz abzugeben hatten. Allmählich wurde die wöchentliche Menge auf 900 Fässer beschränkt, und leghin wurden hiebei noch 200 Fässer für die Kriegsdienstleister abgezogen. Infolge der steten Abzüge konnte man den ursprünglich vereinbarten Aufteilungsschlüssel oft nicht einhalten, und gestern wurde auf Veranlassung des Magistrats ein zehnköpfiger Arbeitsausschuß eingesetzt, der einen neuen Aufteilungsschlüssel ausarbeiten soll.

Die Lebensmittelfrage und die Hauptstadt.

— Zur morgigen Generalversammlung. —

Die Generalversammlung der hauptstädtischen Repräsentanz wird sich morgen mit einer äußerst wichtigen und ernstlichen Angelegenheit zu befassen haben. Auf der Tagesordnung steht die Frage der Approvisionnement der Hauptstadt, und es bedarf wohl keines weiteren Beweises, daß diese Frage derzeit allen anderen vorangehen muß und daß die entsprechende Versorgung der Hauptstadt mit Lebensmitteln keine nur die hauptstädtische, sondern die Bevölkerung des ganzen Landes am nächsten berührende Angelegenheit ist. Denn unsere militärische Lage ist gottlob die denkbar günstigste, und es kann nur eine Wendung zum Besseren erwartet werden. Was in dieser Beziehung zu geschehen hat, werden die Heeresleitungen der verbündeten Armeen und unsere braven Söhne auch weiterhin in der glänzendsten Weise besorgen. Wir zuhause müssen den wirtschaftlichen Krieg ausfechten und Alles daran setzen, damit die Aushungerungspolitik unserer Feinde auf der ganzen Linie zu Schanden komme.

In der Frage der Versorgung mit Lebensmitteln befindet sich die Hauptstadt in einer viel schwierigeren Lage als die zum größten Theile agrarische Provinz. Eben deshalb erwächst für die Provinz, auch wenn sie nicht gerade in Ueberfluß schwelgt, die Pflicht, der Bevölkerung der Städte und der Industriezentren zu gedenken und von ihrem Vorrath das Entbehrliche abzugeben. Es kann nicht genug wiederholt werden, daß dies heute nicht Humanität, nicht Wohlthätigkeit ist, sondern eine patriotische Pflicht und vor Allem ein gemeinsames Interesse.

Unserem Vaterland war heuer leider keine glückliche Ernte vergönnt, umso mehr müssen wir mit dem Vorhandenen haushalten und das Sparsamkeitsprinzip in der konsequentesten Weise durchführen. In richtiger Erkenntniß dieser Thatsache wurden in der Hauptstadt rechtzeitig den Verbrauch gewisser Konsumartikel einschränkende Verfügungen getroffen, welche, wenn sie auch nicht angenehm berührten, sehr am Platze waren und ihre Wirkung auch nicht verfehlt haben. Die hauptstädtische Behörde hat — dieses belobende Zeugniß muß man ihr wohl ausstellen — auf dem Gebiete der Approvisionnement viel geleistet, bedeutend mehr, als es ihre Pflicht und Aufgabe gewesen wäre. Der zielbewußten Initiative und der energischen Durchführung der getroffenen Verfügungen des Bürgermeisters Bárczy, des Vizebürgermeisters Bódy und des Magistratsrathes Fokusházy darf gerechterweise die Anerkennung nicht versagt bleiben. Wir wollen bei dieser Gelegenheit auf die Approvisionnementpolitik der Hauptstadt nicht des Näheren eingehen, sondern blos kurz auf die Thatsache hinweisen, daß die erwähnten leitenden Männer unseres Gemeinwesens auf ihr eigenes Risiko Lebensmittel im Betrage von vielen Millionen beschafft und erst nachträglich die Generalversammlung um die Genehmigung ihres Vorgehens angegangen haben. Der kommunale Lebensmittelbetrieb hat im Vorjahre und heuer den kolossalen Umsatz von 340 Millionen erzielt. Wie viele Millionen hiedurch der hauptstädtischen Bevölkerung erspart worden sind und welche Wohlthat es besonders für die ärmeren Volksschichten war, ihnen die Möglichkeit der Beschaffung der nothwendigsten Lebensmittel zu bieten, möge jetzt dahingestellt bleiben.

Bei dieser objektiven Beurtheilung der Lage muß aber gleichzeitig auf die bedauerliche Thatsache hingewiesen werden, daß der Hauptstadt in der Erreichung des großen Zieles der entsprechenden Approvisionnement seitens der Regierung nicht immer die Unterstützung zutheil geworden ist, die man mit vollem Rechte hätte erwarten können. Die Unterbreitungen und Vorschläge der Hauptstadt wurden entweder überhaupt nicht oder mit solcher Verspätung erledigt, daß unterdessen der Nutzen der Maßnahme gleich Null geworden ist. Der Bericht an die morgige Generalversammlung führt eine Reihe von Angelegenheiten an, deren Erledigung seitens der Regierung bis auf den heutigen Tag aussteht. In vielen Fällen war die Saumseligkeit noch das kleinere Uebel. Ein direkter großer Schaden ist der Bevölkerung und der Approvisionnementfrage dadurch erwachsen, daß die Regierung oft gegen die Hauptstadt Stellung genommen und in einzelnen Fragen nichts weniger als Wohlwollen ihr gegenüber an den Tag gelegt hat. Das Publikum, welches von den Vorgängen hinter den Coulissen keine Kenntniß hatte und auch keine haben konnte, hat sich allmählig daran gewöhnt, für Alles die Hauptstadt verantwortlich zu

machen, und es ist durchaus nicht zu verwundern, wenn die Unzufriedenheit sich manchmal in harten Ausfällen Luft gemacht hat. Ueberdies haben sensationslüsterne Presseorgane durch eine unermülich betriebene Verhezung die Unzufriedenheit weiter geschürt. Sie glaubten dies nicht nur ihrem Publikum, sondern auch ihrer Gesundheit schuldig zu sein, da sie solcherart ihre oppositionellen Velleitaten, die derzeit aus gewissen Gründen der Regierung gegenüber mundtot sind, der Hauptstadt gegenüber in überlauter, schreiender Weise zum Ausdruck bringen konnten.

Doch genug der Rekriminationen. Wenn wir die große Heimfuchung glücklich überstanden haben werden, wird es davon noch immer mehr als genug geben. Heute heißt es, sich aufraffen, aufrecht stehen und jeden Gedanken, jeden Tropfen Herzblutes dem großen Problem des Durchhaltens zu widmen. Das einzige Mittel heißt: Sparsamkeit. Dieser unschätzbaren Tugend hat es Deutschland zu verdanken, daß es das vorige Jahr, das ihm eine mindestens ebenso schwache Ernte gebracht hat, wie sie uns heuer beschieden war, glücklich übertaucht hat. Das Publikum muß sich selbst gegenüber die größte Strenge walten lassen, aber auch die Behörden haben in der Lebensmittelfrage gegen Groß und Klein mit unbeugsamer Rücksichtslosigkeit vorzugehen. Unser Publikum ist leider weder auf das Eine, noch auf das Andere gehörig eingerichtet. Man legt sich, wenn man die entsprechenden Mittel besitzt, keine freiwilligen Entbehrungen auf und die behördliche Strenge ist uns höchstens dann willkommen, wenn sie unsere Mitmenschen betrifft. Dies muß anders werden, es muß ein völliger Umschwung der Gesinnung und Gesittung platzgreifen. Das liebe Ich muß vor den großen Interessen der Allgemeinheit ganz zurücktreten. Wer anders handelt, begeht eine Sünde gegen das Gemeinwohl, gegen das Vaterland und gegen unsere Helden, die an verschiedenen Fronten für uns bluten.

(Erster Wiener Konsumverein.) Der Erste Wiener Konsumverein versendet folgendes Zirkular: „Wir machen unsere Mitglieder neuerdings darauf aufmerksam, bei Abholung der Mehlbezugskarte bei der Brotkommission ausdrücklich eine blaue Mehlbezugskarte zu verlangen, da sich bereits Fälle ereignet haben, in welchen unsere Mitglieder, wahrscheinlich infolge eines Fehlers, anstatt der blauen Mehlbezugskarte eine gelbe erhielten und sich mit dieser zum Mehlbezug bei uns vormerken lassen wollten. Andere Mitglieder wieder nahmen zum Teil blaue, zum Teil gelbe Mehlbezugskarten, und wird diesfalls bemerkt, daß solche Mitglieder nur für den Teil der blauen Mehlbezugskarte bei uns rationiert bleiben. Wer also im Ersten Wiener Konsumverein sein Mehl ab 12. d. beziehen will, muß unbedingt eine blaue Mehlbezugskarte haben; mit gelber Mehlbezugskarte kann im Konsumverein kein Mehl geholt werden. Wer irrtümlicherweise eine gelbe Mehlbezugskarte ausgefolgt bekam, muß dieselbe noch vor dem 12. d. bei der Brotkommission in eine blaue umtauschen.“

9./XI. 1916

Förderung der Volksernährung.

Die Deutsche Parlaments-Correspondenz berichtet: Das Kriegsernährungsamt ist gegenwärtig damit befaßt, weitgehende Maßnahmen zur weiteren Förderung der Volksernährung vorzubereiten. Dazu gehört, daß von Gerste und von Hafer soviel als möglich der menschlichen Ernährung zugeführt werden soll. Die Graupenerzeugung ist bereits auf das Dreifache vermehrt und soll weiter gesteigert werden, soweit die Graupenmühlen hierzu imstande sind. Die Reichsgetreidestelle hat mit 500 000t für Nahrungsmittelpräparate einen bedeutend höhern Satz als im vorigen Jahre vorgeesehen. Mit dieser Menge werden alle Graupenmühlen, Grießmühlen und sonstigen Fabriken voll beschäftigt sein. Ob noch mehr wird hergestellt werden können, läßt sich gegenwärtig nicht übersehen. Nach den neuen Anordnungen haben auch die Kommunalverbände das Recht, Graupen zu machen. An Hafer sind 100 000t für Präparate angesetzt. Das Kriegsernährungsamt will aber noch erheblich mehr zur Verfügung stellen und hat bereits weitere Mengen für Fabriken freigegeben. Man rechnet damit, daß die Gesamtmenge für Nahrungsmittelverarbeitung eine Million Tonnen erreichen wird. Zur gleichmäßigen Verteilung dieser bedeutenden Mengen wird die Rationierung erfolgen. Bei den verschiedenen Bedürfnissen in Stadt und Land stellen sich zwar der Rationierung ganz erhebliche Schwierigkeiten entgegen, das Kriegsernährungsamt ist aber in voller Arbeit, den Plan für die Rationierung fertigzustellen. Kommen diese Arbeiten zur Durchführung, dann werden die Städte ganz bedeutende Mengen wöchentlich an Getreidenährpräparaten erhalten. Auch an Trodenkartoffeln sollen soviel als möglich, besonders von den angefrorenen Kartoffeln, als Reserve hergestellt werden, um nicht nur zur Brotstreckung, sondern auch für Speisezwecke zu dienen und im Frühjahr zum Ausgleich verwandt zu werden.

9. / XII. 1916

420

Verlegung der Verkaufstage im Konsumverein.

Der „Erste Wiener Konsumverein“ teilt mit: In der nächsten Woche findet mit Rücksicht auf den Feiertag die Abgabe von Mehl, Butter, Kaffee und Zucker für die erste Gruppe der Mitglieder bereits am Dienstag und für die zweite Gruppe der Mitglieder am Freitag statt. Auch für die Folge wird Dienstag der Verkaufstag für die erste Gruppe, Freitag der Verkaufstag für die zweite Gruppe der Mitglieder sein. Mehl kann in der nächsten Woche nur mehr gegen Vorweisung der blauen Mehlbezugskarte und der dazu gehörigen Brot- und Mehlkarte ausgefolgt werden.

Die Elektrische als „Handelsplatz“.

Wir erhalten folgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung: Abgesehen von jenen Wiener Straßen und Plätzen, auf welchen sie schon in Friedenszeiten zum Straßenbilde gehörten, überschwommen jetzt die gewissen Lebensmittelvertreuer schon zahlreiche selbst bisher vornehme Cafés. Daß sie ihr „Handeln“ nunmehr auch auf der Elektrischen fortsetzen, ist neu. Heute um halb 10 Uhr fuhr ich im 13er-Wagen in der Richtung Alserstraße. Da stiegen Ede Ziegelofen- und Margaretenstraße zwei Morgenländer ein, setzten sich gegenüber und begannen nun ohne Rücksicht auf die übrigen Fahrgäste laut und ungeniert ihr „Geschäft“ abzuwickeln. „Wann ich Ihnen sag: 5 Kronen 50 Heller das Kilo, is doch billig?“ der eine. — „Lassen Se anschau“, der andere.

Nun öffnete der Besitzer der Ware eine große Ledertasche, holte daraus eine Blechschachtel hervor, in der sich scheinbar eine Schmierseife befand, nahm den Deckel weg und ließ den andern riechen. Der schüttelte erst zweifelnd den Kopf, dann steckte er Daumen und Zeigefinger in die braune, schmierige Masse, wischte sich ein paar Mal die Hand und roch dazu. Während dieser Szene redete der Mann mit der Ledertasche auf den noch schwankenden Käufer unermüdlich ein. Der aber warf plötzlich die Frage auf: „Können Se mer garantieren, daß sie 15 bis 20 Prozent Fett hat?“

„Wie heißt, garantieren,“ war die Antwort, „wer hat m i r garantiert? Ich versteh' doch nig davon!“ — „5 Kronen 50 Heller is mer zu viel,“ ließ sich der Käufer wieder vernehmen, „was glauben Se, bis die Seif' in den Konsum kommt, wie teuer se dann sein werd? Na Mensch werd sech finden, der einem das noch abkauft.“

Und so ging es fort bis zur Gumpendorferstraße, wo die beiden Kettenhändler ausstiegen. Wären nicht zufällig nur Frauen im Waggon gewesen, so wären die beiden offenbar schon eher an die Luft gesetzt worden. Die Elektrische ist doch kein Leopoldstädter Kaffeehaus. Oder . . . ?

Katholische Frauenorganisation für Niederösterreich.

Die Hauptstelle der KFD. teilt mit: Es mehrten sich im Sekretariat sowie in den Lebensmittelausgabestellen die Anfragen unserer Mitglieder, ob und warum die Katholische Frauenorganisation mit ihrem Verteilungsapparat nicht ebenfalls zur Versorgung der Stadt mit Mehl und anderen wichtigen Bedarfsgegenständen herangezogen worden sei. Die Zentrale berichtet dazu, daß sie bereits am 18. September 1916 im Approvisionierungsbeirat des Ministeriums des Innern, mit Berufung auf die Verordnung vom 21. August 1916, § 8, Absatz 4 und 5, vorstellig geworden ist, daß man sie gleichfalls in die durch diese Verordnung in Aussicht gestellte Approvisionierungsorganisation einbeziehen möge. Zu gleicher Zeit stellten unsere Vertreterinnen in der Kriegskommission für Konsumenteninteressen den Antrag, es möge von der genannten Kriegskommission aus das gleiche Ansuchen an den Approvisionierungsbeirat gerichtet werden. Die Kriegskommission für Konsumenteninteressen unterbreitete nun dem Antrage stattgebend, namens der in ihr vertretenen Konsumentenvereinigung am 10. Oktober 1916 dem Ministerium des Innern ein Gesuch um Einstellung in den öffentlichen Approvisionierungsapparat. Nun ist die Katholische Frauenorganisation für Niederösterreich in der Lage, ihren Mitgliedern folgendes ihr heute von der Kriegskommission für Konsumenteninteressen in Abschrift übergebene Schreiben zur Kenntnis zu bringen:

An die Kriegskommission für Konsumenteninteressen, Wien. Ueber Weisung des k. k. Ministeriums des Innern wird die Kriegskommission mit Beziehung auf ihre Eingabe vom 10. Oktober d. J. aufgefordert, ehestens hier bekanntzugeben, welche Vereine, bzw. Organisationen dem Verbands der Kriegskommission angehören und für wie viele Mitglieder einschließlich der Haushaltsangehörigen die direkte Belieferung mit Lebensmitteln angesprochen wird. Der k. k. Statthalter. Bleyleben m. p.

Nach neuester Information teilen wir unseren Mitgliedern mit, daß die Frauenorganisationen diesmal in die Mehlmeyerung nicht einbezogen worden sind, daß aber die direkte Belieferung staatlich bewirtschafteter Lebensmittel für die großen Frauenorganisationen gesichert erscheint.

Die Zentrale der KFD.

9./XI. 1916

Die Umgestaltung des Ernährungsamtes.

Wien, 8. November.

Wie bereits mitgeteilt, hat Freiherr v. Beck die Uebernahme der Leitung des Ernährungsamtes abgelehnt.

Ueber den Verlauf der Verhandlungen, die mit Freiherrn v. Beck geführt worden sind, erfahren wir von unterrichteter Seite:

In der zweiten Hälfte der vergangenen Woche wurde vom Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber dem Präsidenten des Obersten Rechnungshofes, Dr. Freiherrn v. Beck, der Antrag gemacht, die Leitung des Ernährungsamtes, das unter einem eine durchgreifende Umgestaltung erfahren sollte, zu übernehmen.

Freiherr v. Beck erklärte zunächst, sich zur Uebernahme dieser Stelle nicht entschließen zu können. Ministerpräsident

Dr. v. Koerber setzte jedoch seine Bemühungen, den Freiherrn v. Beck für die Leitung des Ernährungsamtes zu gewinnen, fort und veranlaßte, daß der Präsident des Obersten Rechnungshofes in dieser Angelegenheit zum Kaiser berufen wurde. Nach der Audienz trat Freiherr v. Beck mit dem Ministerpräsidenten neuerlich in Verbindung, und nun wurden die Verhandlungen über die sachlichen Voraussetzungen aufgenommen, unter denen sich Freiherr v. Beck zur Uebernahme des ihm zugeordneten Amtes entschließen würde. Freiherr v. Beck arbeitete ein Memorandum aus, in welchem er seine Anschauungen über die Aufgaben des Ernährungsamtes und die Organisation des Ernährungsdienstes überhaupt niederlegte. Dieses Memorandum bildete auch den Gegenstand der Besprechung im Ministerrate.

Freiherr v. Beck verlangte, wie verlautet, vor allem sehr weitgehende Vollmachten bei der Ausübung seiner Funktionen und eine derartige Umschreibung seiner Befugnisse, die das Ernährungsamt von den Fachministerien vollständig unabhängig stellen sollten. Freiherr v. Beck wünschte weiter, daß seine Verfügungen im Ministerrate vom Ministerpräsidenten selbst vertreten werden.

Außerdem sprach Freiherr v. Beck in dem Memorandum den Wunsch aus, daß vor der Reorganisation des Ernährungsdienstes Fühlung mit der Heeresverwaltung genommen werde, damit Störungen in der Versorgung des Hinterlandes von vornherein vermieden werden.

Im Verlaufe der Verhandlungen stellte es sich heraus, daß die in dem Memorandum des Freiherrn v. Beck aufgeworfene Frage, wie die Abgrenzung der Kompetenz aller für die Lösung des Ernährungsdienstes in Betracht kommenden Stellen vorzunehmen sei, auf Schwierigkeiten stieß, die nicht beseitigt werden konnten. Freiherr v. Beck sah sich daher veranlaßt, die ihm angebotene Stelle eines Leiters des Ernährungsdienstes endgültig abzulehnen.

Von anderer Seite erfahren wir über die Verhandlungen, die mit Freiherrn v. Beck gepflogen worden sind, das folgende:

Freiherr v. Beck vertrat die Auffassung, daß eine Organisation des Ernährungsdienstes sich nicht auf Oesterreich allein beschränken, sondern daß womöglich auch Ungarn und das Deutsche Reich bei der Aufbringung und Verteilung der Lebensmittel mitberücksichtigt werden sollen. Es sollte die Nahrungsfrage gewissermaßen für alle im Bündnis stehenden Länder gleichmäßig und nach gleichen Gesichtspunkten geregelt und zu diesem Zwecke eine Art Zentralleitung für den Ernährungsdienst aller Bündnisstaaten geschaffen werden. In den Rahmen dieser umfassenden Organisation wären sowohl die Bedürfnisse der Zivilbevölkerung wie die der Heeresverwaltung einbezogen gewesen.

Die Verhandlungen des Freiherrn v. Beck mit dem Ministerpräsidenten Koerber haben zu keinem Ergebnis geführt. Im Verlaufe der Besprechungen erhoben sich vornehmlich Schwierigkeiten verfassungsrechtlicher Natur. Es erwies sich als unmöglich, die politische und verfassungsrechtliche Stellung des Leiters des Ernährungsamtes, wie Freiherr v. Beck sich diese dachte, mit der verfassungsrechtlich festgelegten Ministerverantwortlichkeit in Einklang zu bringen. Freiherr v. Beck hat demgemäß die Uebernahme der Leitung des Ernährungsdienstes abgelehnt.

Es wird nun ein anderer Weg gesucht, um die Fragen des Ernährungsdienstes einer Lösung zuzuführen. In diesem Zusammenhange ist, wie verlautet, auf die in einem früheren Stadium erörterte Idee der Schaffung eines besonderen Ernährungsministeriums zurückgegriffen worden, dessen Leiter als Mitglied des Kabinetts Sitz und Stimme neben den anderen Ressortministern im Kabinettsrat hat. Gegenwärtig werden die Möglichkeiten dieser Lösung studiert.

Eine Ernährungsdebatte.

In einer gemeinsamen Beratung der Reichsratsabgeordneten beider großen deutschen Parteien, des Nationalverbandes und der Christlichsozialen, haben die Finanzfragen der Zukunft und die Ernährungsfragen der Gegenwart eingehende Erörterung gefunden. Wie sich von selbst versteht, war es das Gegenwartsthema, das in der Debatte den größeren Raum einnahm und sie fast vollständig beherrschte. Die Frage, die die weitesten Volkskreise unausgesetzt beschäftigt, steht natürlich auch auf der Tagesordnung, wenn die Volksvertreter sich wieder einmal zur Besprechung öffentlicher Angelegenheiten zusammenfinden. Die Beschlüsse, in denen die gestrige Abgeordnetenversammlung zur Ernährungsfrage Stellung nahm, entsprechen so ziemlich dem allgemeinen Urteil, allerdings, ohne daß die sonst geübte Kritik dabei eine sonderliche Erweiterung ihrer Gesichtspunkte gewonnen hätte. Neue Anregungen wurden nicht zutage gefördert, es sei denn der von einem besonders radikalen Referenten empfohlene Grundsatz, in Sachen der Volksernährung die Einzelwirtschaft völlig aufzugeben und zur Massenpeisung durch Staatsküchen überzugehen. Die Gemeinschaftsküche ist freilich auch kein neuartiger kriegswirtschaftlicher Reformgedanke, aber sie ist bisher, wenigstens als obligatorische Einrichtung und bis in die letzten Konsequenzen ausgebaut, nur von sozialdemokratischer Seite gefordert worden. Neu ist sie als bürgerliches Parteipostulat, und man muß einigermassen zweifeln, ob diejenigen,

die sich für eine so grundstürzende Aenderung der herrschenden Ernährungsgewohnheiten aussprechen, auch ganz darüber im Klaren sind, daß dies nicht nur das Aufhören aller individuellen Haushaltung, sondern auch die gänzliche Einstellung der gesamten Lebensmittelgewerbe mit sich bringen müßte. Gewiß darf man, da ja die wirtschaftlichen Möglichkeiten bei noch langer Fortdauer des Krieges sich nicht absehen lassen, auch die Idee der Gemeinschaftsküche nicht absolut von der Hand weisen. Solange aber diese Revolution im Ernährungsweisen nicht durch den Zwang der Tatsachen unweigerlich geboten ist, werden wir doch wohl gut tun, im Rahmen der bestehenden Ordnung jene organisatorischen Verbesserungen anzustreben, die zur richtigen Verteilung und zum geregelten Verbrauch der gegebenen Vorräte doch vielleicht ausreichen dürften.

Daß die organisatorische Arbeit auf diesem Gebiete noch lange nicht auf wünschenswerter Höhe steht, darüber ist alle Welt einig, und die Beschlüsse der Abgeordnetentagung sprechen das in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung klar und unberhöhlen aus. Vor allem wird ein mit angemessenen Vollmachten ausgestattetes Ernährungsamt gefordert. Wie sollte auch die Organisation unseres Volksernährungswesens eine zweckdienliche sein, da doch ihre erste Voraussetzung, eine kräftige Zentralstelle, noch immer mangelt? Das Ernährungsamt, wie es anfänglich geplant war, hat sich als völlig unzureichend erwiesen, und das richtige Ernährungsamt, das erst geschaffen werden soll, hängt nach langwierigen Verhandlungen noch immer in der Luft. Da also die starke Triebfeder fehlt, die das ganze Werk in Gang zu halten hätte, ist es kein Wunder, daß die vielerlei Ressorträder jetzt bunt durcheinanderlaufen und manchmal mehr Berordnungslärm als wirkliche Ordnung erzeugen. Während in Deutschland die Grundsätze der Rationierung und Rayonierung systematisch immer weitergehende Anwendung finden, sowohl auf die Bewirtschaftung der Lebensmittel wie auch anderer unentbehrlicher Bedarfsgegenstände, ist bei uns die Regelung erst für einen kleinen Bruchteil des Ernährungswesens halbwegs durchgeführt

und zum Beispiel für das wichtige Bekleidungsweisen noch kaum in Angriff genommen. Ebenso ist die notwendige Einheitlichkeit der Ernährungspolitik für Oesterreich und Ungarn noch nicht einmal in den Hauptlinien hergestellt. Es bleibt also noch viel, sehr viel kriegswirtschaftliche Reformarbeit zu leisten, und es ist der dringendste Wunsch der Bevölkerung — ein Wunsch, den die Abgeordnetentagung vielleicht nachdrücklicher hätte unterstreichen können —, daß in dieser organisatorischen Arbeit, an deren Gelingen sich die höchsten Staatsinteressen knüpfen, endlich ein rascheres Tempo eingeschlagen werde.

Im GemeinderatsitzungsSaale des Wiener Rathhauses fand heute die gemeinsame Beratung der Christlichsozialen Vereinigung und des Deutschen Rationalverbandes über die Fragen der Ernährung und der staatlichen Finanzen statt. Die Beratungen begannen um 10 Uhr vormittags und wurden nach einer Mittagspause bis halb 7 Uhr abends fortgesetzt.

Ueber den Beginn der Beratungen haben wir im Abendblatt berichtet.

Nach dem Referate des Abgeordneten Dr. Kreißler über Ernährungsfragen im Staat, Land und Gemeinde sprachen noch Abgeordneter Dr. Damm, Landesauschuß Stöckler und Bürgermeister Dr. Weiskirchner. An der Wechselfrede beteiligten sich die Abgeordneten Doktor Schreiner und Summer.

Der Beschluß über die Ernährungsfragen.

Folgende Entschliebung wurde einstimmig angenommen.

1. Die Zusammenfassung aller in Betracht kommenden Amtsgewalten in ein staatliches Ernährungsamt, welches die Anordnungen nicht nur auszuführen, sondern zu treffen berechtigt ist, wird nach wie vor als entscheidende Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Volksernährung betrachtet. Das jüngst beim Ministerium des Innern errichtete Ernährungsamt entspricht dieser Forderung nicht.

2. Die beiden Reichshälften der Monarchie müssen sich endlich auf gemeinsame Richtlinien in der Ernährungspolitik vereinigen. Der Regierung obliegt es als erste Pflicht, von deren Erfüllung die höchsten Staatsinteressen abhängig sind, diese Aufgabe durchzusetzen.

3. Die Lage der Lebensmittelmärkte wird ein Durchhalten nur dann ermöglichen, wenn rasch und planvoll weitere Ersparungen beim Verbrauch der wichtigsten Nahrungsmittel angeordnet werden.

4. Die Entwicklung des Verteilungsverfahrens ist planlos und bedenklich. Das Durcheinander aller möglichen Organisationsgrundsätze muß abgestellt werden.

5. Ueberhaupt begegnet die Aufteilung der Lebensmittel in einzelne kleine Kopfsnoten täglich wachsenden, in kurzer Zeit vielleicht unlöslichen Schwierigkeiten. Der einzige Ausweg, von dem allerdings mit Sicherheit erwartet werden kann, daß er zum Erfolge führt, besteht in einer möglichst raschen Sozialisierung der Küchenwirtschaft. Jedoch hätten diese Kriegsküchen — wie übrigens auch die Gastgewerbe — nicht neben dem Bezirksartenssystem zu bestehen, sondern nach Möglichkeit an dessen Stelle zu treten.

6. Um die Stärkung der heimischen Lebensmittelvorräte durch Einführen aus dem Auslande auch für die Folge nach Möglichkeit zu sichern, hat die Regierung auf die Valutapolitik rasch und rücksichtslos in dem Sinne einzuwirken, daß die Einfuhr von Luxusartikeln ebenso verboten werde wie die heute noch freie Ausfuhr österreichischer Werte und daß durch eine allgemeine, selbstverständlich auch für die großen Geldorganisationen geltende Besonnenheitspflicht über den Besitz ausländischer Zahlungsmittel diese dem öffentlichen Interesse dienstbar gemacht werden.

Ferner wurde nach einem Antrage des Abg. Dr. Schreiner ein Beschluß gefaßt, der die Regierung dringend auffordert,

bei der Neuorganisation des Ernährungsamtes auch auf die Hebung der Erzeugung gebührende Rücksicht zu nehmen und in diesem Amte eine eigene Abteilung für die Hebung der Produktion zu bilden.

Die „Aeltesten“ gegen die Ausschaltung des Fachhandels. Gegen die unberechtigten Angriffe auf den Handel nahmen die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin in ihrer letzten Sitzung Stellung. Der Handel wird für die Mängel in der Lebensmittelversorgung, insbesondere für die hohen Preise und das geringe Angebot, verantwortlich gemacht. Der Präsident des Kriegsernährungsamts hat die starken Preissteigerungen für Rüben auf Aufläufe des Handels zurückgeführt, die teils im Auftrage von Kommunalverwaltungen erfolgt, teils spekulativer Art gewesen seien. In der Sitzung des Aeltesten-Kollegiums wurden diese Vorwürfe nachdrücklich zurückgewiesen. Nicht der Handel sei die Ursache der Preissteigerung für Rüben gewesen, sondern die ungenügenden Kartoffelzufuhren, die die Stadtverwaltungen benötigten, Rüben als Ersatz für Kartoffeln zu beschaffen. Angesichts dieses Zustandes wäre es Aufgabe der Regierung gewesen, beizeiten in die Preisbewegung einzugreifen. Das Aeltesten-Kollegium war der Meinung, daß es richtiger wäre, den Fachhandel zur Mitwirkung bei der Beschaffung von Lebensmitteln mehr als bisher heranzuziehen. Bei einer solchen Mitwirkung werde voraussichtlich auch nicht das vor einiger Zeit vom Präsidenten des Kriegsernährungsamts beklagte Verderben von Lebensmitteln in dem Maße vorgekommen, wie es bis jetzt leider geschehen sei. Die Erfahrungen bei der Kartoffelversorgung des letzten Jahres sollten den Behörden zur Warnung dienen. Es werde bei der Rückkehr zur Friedenswirtschaft eine der wichtigsten Aufgaben sein müssen, den Handel nach einer gewissen Uebergangszeit wieder in seine frühere Stellung einzusetzen und ihm die Verteilung der Güter zu überlassen.

10./XI. 1916

Die Rohö und die Belieferung von Frauenorganisationen mit Lebensmitteln.

Der Vorstand der Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs sendet uns folgende Zuschrift: „Auf Anfragen aus den Kreisen unserer Mitglieder, ob und warum die Rohö mit ihrem Verteilungsapparat zur Versorgung der Konsumenten mit Mehl und andern wichtigen Bedarfsgegenständen nicht herangezogen worden sei, teilen wir mit, daß wir bei den verschiedenen Zentralstellen und Behörden vorstellig geworden sind, damit der in der Kriegszeit bewährte Verteilungsapparat der Rohö in die allgemeine Approvisionierungsorganisation einbezogen werden möge. Gleichzeitig stellten uns unsere Vertreterinnen in der Kriegskommission für Konsumenteninteressen im Vereine mit den Vertreterinnen der andern Frauenorganisationen den Antrag, es möge die Kriegskommission für die in ihr vertretenen Organisationen die direkte Belieferung der staatlich bewirtschafteten Lebensmittel ansprechen.“ — Im Anschlusse an eine Zuschrift des Statthalters von Niederösterreich Freiherrn v. Bleyleben, worin die Kriegskommission für Konsumenteninteressen aufgefordert wird, bekanntzugeben, welche Vereine, beziehungsweise Organisationen und für wie viele Mitglieder einschließlic der Haushaltungsangehörigen die direkte Belieferung für Lebensmittel angesprochen wird, teilt der Vorstand der Rohö mit, daß die Frauenorganisationen diesmal in der Mehlarationierung nicht einbezogen worden sind, daß aber die direkte Belieferung staatlich bewirtschafteter Lebensmittel für die

großen Frauenorganisationen in der Folge gesichert erscheint.

Das Ernährungsamt.

In den letzten Tagen wurde von verschiedenen Seiten gemeldet, daß die Ernennung eines neuen Präsidenten des Ernährungsamtes bevorsteht. Wie wir erfahren, ist in dieser Angelegenheit bisher keinerlei Entscheidung getroffen. Ministerpräsident Dr. v. Koerber widmet seine ganze Aufmerksamkeit persönlich allen Fragen der Approvisionierung und der Behebung der gegenwärtigen Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung. Wen Dr. v. Koerber zur Mitarbeit auf diesem dringenden Gebiet heranzieht, steht noch nicht fest. Sektionschef Doktor v. Keller steht wie bisher an der Spitze des Ernährungsamtes und widmet sich in aufopferungsvoller Weise den vielfachen schwierigen Aufgaben seines Dienstes. In Sektionschef Ritter v. Simonelli würde Dr. v. Koerber einen Mitarbeiter voll Sachkenntnis und Organisationstalent finden. In der letzten Zeit wurde auch gemeldet, daß Generalstabsoberst v. Wörner für das Ernährungsamt in Betracht komme. Die Berufung dieses hervorragenden Offiziers, der sich in den weitesten Kreisen der lebhaftesten Sympathie erfreut, würde einen unschätzbaren Gewinn für das Ernährungsamt bedeuten.

18. X. 1916

Rayonierung und Portionierung.

Von Dr. Rudolf Schwarz-Siller.
Gemeinderat der Stadt Wien.

Wien, 17. Oktober.

Der große Krieg kann durch Waffengewalt nicht mehr zu unseren Ungunsten entschieden werden. Diese Erkenntnis scheint nun auch schon bei unseren Feinden zur unbedingten Gewißheit geworden zu sein, und so hoffen jene, die im Kriege der Waffen nicht die Oberhand erringen konnten, auf den Sieg im „Kriege der Rohstoffe“, auf endgültigen Erfolg des Versuches der wirtschaftlichen Aushungerung.

Wir können die Quantitäten der Nahrungsmittel nicht erhöhen und vergrößern, aber wir können die Verteilung des Vorhandenen derart organisieren, daß alle ihren gerechten, gleichen Anteil erhalten und daß wir hiedurch ruhig und sicher durchhalten können, so daß die Hoffnung unserer Feinde, im Kriege der Rohstoffe zu siegen, sich gleichfalls als aussichtslos und nichtig erweisen muß. Wirtschaftlich stark organisiert, wie wir es jetzt militärisch sind, sind und bleiben wir unbesiegt.

Und den Sieg in diesem ungeheuren Ringen müssen und werden wir erringen, denn unsere Sache ist gerecht, und so viel Blut ist vergossen und so viel Menschenglück zerstört. Und der Sieg darf nicht erschwert werden durch Aufsehnung gegen Einschränkung im Hinterlande.

Ich habe gesagt, daß wir die Quantität der Nahrungsmittel nicht künstlich erhöhen können, aber auf ihre Verteilung können wir Einfluß nehmen, und wenn geschickt und gerecht verteilt wird, dann ist genug vorhanden.

Ich kämpfe seit mehr als einem Jahre für die Organisation der gerechten und gleichen Verteilung. Im August dieses Jahres habe ich in der Obmännerkonferenz des Gemeinderates die Einführung der Familien-Einkaufslegitimation beantragt; im Oktober des vorigen Jahres beantragte ich an derselben Stelle die Rayonierung und Portionierung für Mehl. Ich gehe bisher von der unumstößlichen Ueberzeugung aus, daß Vorräte zum Durchhalten genügend vorhanden seien, daß wir gespart und richtig verteilt werden müsse und daß, wenn einmal weniger vorhanden sein sollte, was kein Unglück ist im Vergleich zu den Zielen dieses Krieges, den wir gewinnen müssen, und zu den Leistungen und Entbehrungen unserer Brüder im Felde, das „Weniger“ von allen gleichmäßig getragen werden müßte, als gleiche Kriegslast, von allen gleichmäßig, ohne Unterschied auf Stand und Vermögen.

Ich verglich unsere Situation mit jener einer belagerten Festung, in der genügend Vorräte vorhanden sind, genügend, um die längste Belagerung durchzuhalten, wenn die Nationen rechtzeitig und richtig, gerecht und genau ausgegeben werden.

Als ich vor einem Jahre mit meinem Plan der Rayonierung heraustrat, fand dieser Plan nur wenig Sympathien, er wurde so ziemlich auf allen Seiten bekämpft, gewiß nicht aus parteipolitischen Motiven, sondern teils aus gewerblichen Rücksichten und auch teils aus der mir wohl bekannten und wohl begreiflichen Abneigung meiner Landsleute gegen jegliche Reglementierung und übermäßig straffe Disziplin. Eine Abneigung, die in normalen Zeiten vielleicht nicht unsympathisch sein mag, in solchen Kriegszeiten wie heute aber leicht zum Verderbnis werden kann. Die „Neue Freie Presse“ gewährte mir und meinen Ideen Gastrecht, und so erschien in Nummer 18398 vom 10. November 1915 dieses Blattes mein Aufsatz: „Vorschläge zur Organisation des Mehlverkaufs in Wien.“ Es war das erstmal, daß ein strikter Rayonierungsvorschlag der Öffentlichkeit zur Diskussion stand. Ich habe meinen Aufsatz einer großen Anzahl leitender Persönlichkeiten, Ministern, Sektionschefs usw. zur Kenntnisnahme übermittelt. Auf fruchtbaren Boden ist aber meine Anregung damals leider nicht gefallen, und zwölf Monate der Unordnung und des „Anstellens“ mußten vergehen, bis die meiner Ansicht nach einzige mögliche Lösung der Frage der Abstellung der

nutzlos sein werden und vermieden werden soll, daß sich Parteien wiederholt vergeblich zu diesen Funktionen betätigen, hat der Präsident des Ernährungsamtes den Samstag der Woche in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags als Empfangstag festgesetzt.

Reichsorganisation der Hausfrauen Österreichs.

Morgen Mittwoch findet im Magazin Neubaugasse 31 eine Seifenabgabe an jene Mitglieder statt, deren Namen mit dem Buchstaben P, Q, R beginnen. Die Abgabe beginnt um halb 2 Uhr und dauert bis 5 Uhr nachmittags.

Morgen Mittwoch können Mitglieder, deren Namen mit dem Buchstaben Q beginnen und diejenigen, deren Namen mit dem Buchstaben R bis Z beginnen und die noch keine Eierzeugsbücher erhalten haben, dieselben gegen Vorweisung des Meldezettels und die Mitgliedskarte in unserem Anmeldebüreau für Lebensmittelbezüge, Findengasse 34, beheben. Die Zeit ist von halb 9 bis 12 Uhr vormittags und von halb 3 bis 5 Uhr nachmittags. Bis die Rayonierung durchgeführt ist, gelten die bisherigen Eierkarten.

Donnerstag den 19. d.: Eine neue Sendung Schweinefleisch ist angelangt und können Mitglieder, deren Namen mit dem Buchstaben A, B, C, D, E, F, G und H beginnen, dasselbe Donnerstag im Magazin Neubaugasse 31 abholen. Die Abgabe ist von halb 9 bis 12 Uhr vormittags und von halb 3 bis halb 5 Uhr nachmittags.

Bereitschaften.

[Vollständige Universitätskurse.] Morgen Mittwoch, 1/8 Uhr abends: Professor Dr. S. Oppenheim, Astronomie: 1. Grundlehren der Astronomie (mit Lichtbildern), Bezirk, Währingerstraße 13a, Pharmatologisches Institut, Dr. S. Thirring, Dotti: 1. Geometrische Optik und Instrumentenlehre (mit Demonstrationen und Experimenten), Leopold Lupis-Kurs, 9. Bezirk, Volkmanngasse 6, Hörsaal des Instituts für theor. Physik, Dr. Stephan Hock: Schüler 1, 9. Bezirk, Währingerstraße 13, Anatomisches Institut, Parterre. (Kartenausgabe eingestellt.)

[Vorträge und Versammlungen.] Morgen Mittwoch, 1/8 Uhr, im großen Saale Universitätsprofessor Dr. Max Dessler (Berlin): „Kabbala“. Weiter werden um 1/8 Uhr die folgenden Kurse eröffnet: Im kleinen Saale Universitätsdozent Dr. Paul Kammerer: „Was ist das Leben?“; im Kurssaal Monfrigneur Professor Dr. Karl v. Weegerzik: „Erläuterung von Goethes „Faust“, zweiter Teil.“ Im Mikroskopieraal beginnen die folgenden Sprachkurse: Um 5 Uhr, Professor Konstantin Gheorghiew: Bulgarischer Sprachkurs; um 8 Uhr, Ruggero Conforto: Italienischer Sprachkurs. — Volkshaus, 5. Bezirk, Stöbergasse 13/15, 1/8 bis 1/9 Uhr, H. Ungar: „Einführung in die Algebra“; E. Heilsberg: „Einführung in die Weltgeschichte“; Dr. A. v. Palitzsch: „Einführung in die Kulturgeschichte der Gegenwart“.

10. November 1915 aufstellt. Dieser Vorschlag hat glücklicherweise jetzt begründete Aussicht auf Verwirklichung, und so können wir hoffen, daß in kurzer Zeit Unbelstände wenigstens wesentlich verbessert werden, welche uns allen in den letzten Monaten viel Sorge bereitet haben.

Ich gebe ohne weiteres zu, daß man sich zu einer so tief eingreifenden Maßregel, wie es die Rayonierung und Portionierung ist, nicht leicht entschließen konnte; bringt ja jede solche neue Einführung neben ihren großen Vorteilen auch einige Schattenseiten mit sich, aber das Wichtigste, das erreicht wird, daß jeder mit Sicherheit auf etwas rechnen darf und niemand leer ausgeht und daß nicht mehr die größere Technik im „Anstellen“ darüber entscheidet, ob eine Familie Mehl erhält oder nicht, ist so bedeutend und so einleuchtend, daß auch die bisherigen Gegner der Rayonierung, deren gewiß wohlmeinende Ueberzeugung ich zu respektieren hatte, ihre Zustimmung zu der neuen Maßregel nicht verweigern werden. Ich will gleich jene Einwendungen herausgreifen, die seinerzeit gegen meinen Vorschlag erhoben wurden. Ich zitiere aus meinem oben erwähnten Aufsatz: „Da wurde nun behauptet, daß die Durchführung meines Vorschlages außerordentlich hohe Kosten hervorrufen würde. Ich bestreite vor allem die Notwendigkeit besonderer Kosten, da ich mich ja im großen und ganzen an die bereits bestehenden städtischen Brotkommissionen anschließe, die Kosten vielleicht während der Uebergangszeit etwas erhöhte wären, im übrigen aber überhaupt nicht in Frage kommen können, wenn es sich um eine derartig wichtige Nation in einer so schwierigen Zeit handelt, in welcher eine ordentliche Versorgung des Volkes mit einem so wichtigen Nahrungsmittel von ungeheurer Bedeutung ist. Ein weiterer Einwand bestand darin, daß gesagt wurde, daß durch die von mir beantragte Rayonierung eine große Anzahl von Gewerbsleuten in ihrem Verdienste in dieser ohnehin schwierigen Zeit arg gefährdet würde. Auch dieser Behauptung kann ich nicht beistimmen. Ich kann vor allem auf meine bisherige öffentliche Tätigkeit hinweisen, die gewiß zeigt, daß es mir jederzeit fern gelegen ist, irgend jemanden in seinen gerechten Verdienstmöglichkeiten zu beschränken. Allerdings muß in dieser Zeit, wo wir uns infolge der Aushungerungspolitik unserer Feinde wie in einer belagerten Stadt befinden und zweifellos mit dem Rationensystem zu arbeiten haben, gegenüber den öffentlichen Rücksichten jedes Privatinteresse in den Hintergrund treten. Hunderttausende von Menschen haben infolge des Krieges in ihren Erwerbsmöglichkeiten leider gelitten; aber gerade Fachleute haben mir versichert, daß infolge des Steigens der allgemeinen Regie, infolge der besonderen Schwierigkeiten des Mehlverkaufs, infolge der Verstaubung und anderer Umstände der Verdienst beim Mehlverkauf ohnehin ein geringer ist. Und die Ansicht, daß eine Verschleißstelle die Kunden anderer Geschäfte an sich ziehen könnte, halte ich einerseits nicht für richtig, andererseits aber dadurch für vermeidbar, daß die behördlich bestellten Mehlverschleißstellen andere Artikel nicht zum Verkauf bringen dürften, zum mindesten nicht gleichzeitig anlässlich des Mehlverkaufs. Schließlich wurde mir als Mangel bei der Rayonierung des Mehlverkaufs noch vorgehalten, daß bestimmte Personen, die des Morgens in einen anderen Bezirk zur Arbeit gehen, in Schwierigkeiten kämen, wenn sie nur in ihrem Wohnbezirk das Mehl erhalten könnten. Auch dieser Einwand ist meiner Ansicht nach nicht haltbar; denn während der Tagesbeschäftigung hat niemand Zeit, sich stundenlang vor einer Mehlverschleißstelle anzustellen, und ist sicherlich in einer besseren Lage, wenn er abends nach der Arbeit im Wohnbezirk das ihm gebührende Mehlquantum ohne Zeitverlust unbedinnet erhalten muß. Denn der Ha-

Arbeiter

Die Organisation des Konsums.

Die stillschweigende Voraussetzung, auf der die Brotkarte fußt, ist die Zugänglichkeit genügender Mehl- und Brotmengen im freien Verkehr, nachdem der relative Ueberschuß eingeschränkt ist. Die Brotkarte ist kein System organisierter Zuteilung, sondern bloße mechanische Verbrauchsschranke. Darum reicht sie nicht aus, sobald erstens durch sie der Mehrverbrauch nicht sicher verhindert ist und sobald zweitens die Vorräte knapp sind oder wenigstens die Befürchtung solcher Knappheit besteht. Wenn nur einmal auch ohne Grund Verdächtigungen eingetreten ist, fürchtet die Ernährung der Ihren verantwortliche Hausmutter einen Ausfall des allerwichtigsten, ganz unentbehrlichen Nahrungsmittels, läuft und stellt sich an. Jeder Haushalt muß sicher sein, jederzeit wenigstens etwas zu haben. Das aber vermag die Brotkarte nicht mehr zu verbürgen.

Wir müssen einen Schritt weitergehen und ein positives Bezugsrecht schaffen, das eine solche Bürgschaft gewährt. Ein Bezugsrecht aber ist nicht bloß formale Grenze und fordert darum auch positive Bezugsorganisation, das ist solche Einrichtungen, die den verfügbaren Vorrat tatsächlich auf Köpfe und Haushaltungen aufteilen.

Dort, wo die Versorgung der Hauswirtschaft nicht dem privaten Handel überlassen, wo der Konsum schon organisiert ist, hat man solche Zuteilungssysteme sofort, unauffällig, als Selbstverständlichkeit eingeführt. Die größeren Wiener Konsumvereine hatten bald nach Kriegsbeginn Mehlkarten eingeführt und später, als die staatliche Brot- und Mehlkarte geschaffen wurde, wieder aufgelassen. Als sie jedoch von den Verteilungsstellen trotz aller Bemühungen nur ganz vorübergehend den vollen Mehlbedarf ihrer Mitglieder erhalten konnten und mit einem sehr geringen Bruchteil des Bedarfs sich begnügen mußten (meist nur ein Achtelkilogramm auf Familie und Woche!), sahen sie sich genötigt, das wenige auf die Mitglieder gleichmäßig aufzuteilen und ihnen die Sorge zu überlassen, wo sie den Rest aufstreifen könnten. Man hielt die Arbeiterkonsumvereine so knapp mit der Begründung, daß ja auch im Frieden die Mitglieder nicht alles bei ihrem Verein gekauft hätten. So mußten sie denn wieder ein Verteilungssystem entwerfen. Da auch viele andere Waren knapp waren, führten sie Bezugs-scheine ein. Jedes Mitglied erhielt einen Bezugs-schein, wo für Milch, Brot, Mehl, Fett, Hülsenfrüchte und so weiter Tages-, beziehungsweise Wochenrubriken vorgegedruckt sind.

Das Mitglied erwirbt so das Recht, wöchentlich einmal Mehl zu beziehen — wieviel, darüber entscheidet der jeweils verfügbare Vorrat. Hat das Mitglied das Mehl bezogen, so wird die Wochenrubrik durchstrichen. Lebensmittelmagazine haben derlei Bezugs-karten eingeführt und verzeichnen den Tagesbezug an Brot, den Wochenbezug an Mehl u. s. w. durch die Durchlochung der betreffenden Rubrik. Solche Bezugs-scheine oder Bezugsarten haben einen Ausbruch, der auf einen, zwei, höchstens drei Monate reicht. Längst war dabei, daß der Mehl- und Brotbezug einen doppelten Nachweis erforderte, daß zu der Brotarten- auch die Bezugscheinmanipulation hinzukam.

Dieser von selbst gegebene Vorgang wurde in der jüngsten Zeit in zweifacher Richtung erweitert. Der Erste Wiener Konsumverein verhielt seine Mitglieder zum Einkauf in bestimmten Verschleißstellen, numerierte die Bezugs-scheine und schrieb für jede Nummernreihe bestimmte Bezugstage vor. Die vier Arbeiterkonsumvereine, die rund 96.000 eingeschriebene Mitglieder zählen, unterziehen sich soeben der mühsamen Erhebung des Familienstandes der Mitglieder. Nach dem formalen Gesichtspunkt des Genossenschaftsgesetzes ist ein Mitglied wie das andere und eine Unterscheidung nach der Kopfszahl der Haushaltsangehörigen nicht leicht zu machen, diese ist auch schwer nach-zuprüfen. Diese mechanische Gleichheit beeinträchtigt jedoch die kinderreichen Familien. Daher werden die alten Bezugs-scheine eingezogen und auf Grund der vorgenommenen Erhebungen neue ausgegeben werden, in denen die nachgewiesene Kopfszahl der Haushalts-angehörigen vermerkt ist. Nachdem so der ganze Ver-pflegsstand nach Verschleißstellen festgesetzt ist, wird der jeweils verfügbare Vorrat nach dem Verpflegsstand auf alle Verschleißstellen aufgeteilt und dort jedem Mitglied das so Vielfache der Portion zugewiesen, als sein Haushalt gemäß dem Bezugs-schein Köpfe zählt. Man kann sich die große, umständliche Arbeitsleistung, die mit dieser Reform verbunden ist, und die Mühe dieser ständigen Vorratsverteilung leicht vorstellen. Aber sie wird durchgeführt, sie wird in kürzester Zeit abgeschlossen sein. Die Numerierung der Bezugs-scheine wird den reihenweisen Bezug nach bestimmten Wochen-tagen und Tagesstunden ermöglichen.

Der Vorgang, den wir hier schildern, ist natür-lich zu gleicher Zeit und schon früher auch von vielen großen Konsumvereinen im Deutschen Reiche ein-geschlagen worden. Die Konsumgenossenschaften sind ja zu allen Zeiten nichts anderes gewesen als ein planmäßig organisierter Konsum, ob-schon sich diese Planmäßigkeit im Frieden vorwiegend auf den gemeinsamen Einkauf im großen gerichtet hat. Dabei wurde natürlich die Auf-be einer möglichst bequemen, gerechten und gleich-zügigen Abgabe nie aus den Augen verloren. Freilich — die unaufhörliche Berrufung dieses Organisations-werkes durch die Händlerchaft und die fortwährenden Schikanen einer nicht wohlberatenen Verwaltung haben es zu den Erfolgen und zuder Reif nicht gelangen lassen, die es ver-dient hätte. Leider wurde nicht vergebens de-Same des Mißtrauens so reichlich in die Herzen de-Frauen gestreut: Während es in den westlichen Ländern schon längst beinahe selbstverständlich ist, daß jeder verständig geführte Haushalt einer Konsumorganisation angehört, hat sich unsere Bevölkerung um eine Ordnung der Lebensmittelbeschaffung beinahe gar nicht ge-kümmert.

Aber das Bezugs-scheinsystem und die gleichmäßige Portionierung dessen, was da ist, wird in vielen Städten des Deutschen Reiches von Amts wegen im Kriege schon geraume Zeit geübt. Nicht aus jeder Stadt sind Berichte in die öffentlichen Blätter übergegangen. Soweit wir die Sache verfolgen können, war es die Stadt Strassburg zuerst, die bei der Fleisch-versorgung eine Verzeichnung der Haus-haltungen nach Köpfen, deren Nach-weis durch Bezugsarten und damit eine gleichmäßige Zuteilung des jeweiligen Fleischvorrats auf alle durchgeführt hat. Dieses System hat jedenfalls in ganz Deutschland Schule ge-macht und ist unter dem etwas irreführenden Namen der „Kundenliste“ viel besprochen und oft beschrieben worden. Es hieße besser System der „Kunden-Verzeichnung“, denn die Liste, die der Geschäfts-mann führt, ist an ihm die Hauptsache nicht. Das Wichtigste ist die Verzeichnung der Haus-haltungen durch die Gemeinde selbst und die Beteiligung jedes Haushaltsleiters mit einem Be-zugs-schein. Mit diesem Bezugs-schein begibt er sich in seines Geschäfts, wo er sonst sein Fleisch einzulaufen gewohnt ist, und trägt sich dort in ein amtliches Formular einer Kundenliste ein, während der Geschäftsinhaber seinen Bezugs-schein abstempelt. Nach Ablauf des Monats löst die Kunde den neuen Bezugs-schein, der Geschäftsinhaber die neue Liste, beide gegen Umtausch des alten Formulars. Die Kun-den-Liste behält ihre volle Freizügig-keit, die Geschäftsinhaber ihre ständige Kundschaft, solange sie sie sorgsam bedienen (Wechsel ist mit Ablauf der Periode zulässig). Die Vorratsverteilung erfolgt so, daß jeder Geschäfts-mann seine ausgefüllte Kundenliste vorweist, auf der die Kopfszahl der Kunden zusammengezählt ist: danach wird er beteiligt. Im einzelnen lassen sich mancherlei Aenderungen denken und sind auch von Ort zu Ort Abweichungen gegeben, insbesondere können Geschäfts-leute mit zu unbeträchtlicher Kundenzahl abgewiesen

werden. In ähnlicher Weise wie das Fleisch in Strassburg Mehl, Milch und Kolonialwaaren bezogen.

Gerade zur rechten Zeit lesen wir in der „Frankfurter Zeitung“ ein wertvolles Zeugnis dafür, wie diese Kundenverzeichnung wirkt. Ein Musterbeispiel aktiver Stadtwirtschaft nennt der Besichtigter S. G., der die Stadt zum Studium der Ernährungs-fürsorge besucht hat, in der Nummer vom 15. Oktober die Ernährungs-politik der Stadt Strassburg. „Ob in einer Stadt die Lebensmittelorganisation gut oder weniger gut funktioniert, das hängt wenn auch keineswegs ausschließlich, so doch zu einem erheblichen Teil von dem Geiste ab, aus dem heraus sie geschaffen ist und fort-geführt wird.“ Und die Strassburger haben sie nicht in dem Geiste geschaffen, daß just der Bod zum Gärtner gemacht werden müsse. „Was dem Besucher in Strassburg sofort wohlthuend auffällt, das ist das völlige Fehlen von Menschen-namensungen vor oder in den Lebens-mittelkassen. Der Verkehr wickelt sich genau so glatt und geräuschlos ab wie in Friedenszeiten. Jedermann weiß, wohin er zu gehen hat, wenn er kaufen will, und da er die Gewißheit hat, daß er die ihm zustehenden Mengen auch wirklich be-kommt, so fehlt dem Verkehr das nervöse Hasten und Treiben, das in so vielen anderen Städten leider immer noch zu beobachten ist. Erreicht ist das alles durch ein wohl durchdachtes, wohlgeord-netes Verteilungssystem, auf dessen strikte Durchführung mit aller Strenge geachtet wird. Der Reiche kann nicht bevorzugt, der Arme nicht benachteiligt werden.“

Dabei hat die Stadt durch die Kundenverzeich-nung es in der Hand, sozial zu unterscheiden. Städtisches Gefrierfleisch, Rauch- und Würstwaren werden nur an Haushaltungen mit einem Ein-kommen unter 2400 Mark abgegeben und kosten dafür nur 2 bis 2-60 Mark das Kilogramm; gewisse Innereien werden besonders billig und nur an Haus-haltungen unter 1200 Mark Einkommen verkauft. Kartoffeln werden zu drei verschiedenen Preisen nach drei Einkommensstufen verkauft: Das vermag nur der organisierte Konsum! Und ein hauptsächlich Verwaltungsmittel dazu ist die Kundenverzeichnung!

Man meine jedoch nicht, daß Strassburg die einzige Stadt ist, die so weit geht. Fast alle Städte des rheinisch-westfälischen, des sächsischen und anderer Industriegebiete sind ihm nachgefolgt; das System der Kundenverzeichnung ist verwaltungs-technisch wohl am folgerichtigsten in Dresden ausgestaltet. Im allgemeinen weitestgehend die deutschen Städte mit größtem Ehrgeiz in ihren Ernährungs-einrichtungen und nichts wirkt niederdrückender als ein Vergleich der Hilflosigkeit, der Passivität, der Gleichgültigkeit unserer Stadtverwaltungen mit diesem Ehrgeiz!

Arbeiterzeitung

Abonnementbedingungen:
 Preis: Mit Zustellung ins Haus:
 monatlich 60 H.,
 monatlich 25.00, vierteljährlich 75.00
 Sam. Abheben in den Filialen, in allen
 Leber-Kraften und Geschäftsstellen:
 monatlich 25.00.
 Werbung und Anzeigen:
 Monatlich 25.00, vierteljährlich 75.00.
 bei freier Zustellung durch die Post.
 Geschäftsstellen: Vierteljährlich 25.00.
 für alle anderen dem Verlagsverein
 angehörig, halber: Vierteljährlich 12.50.
 Abonnementen werden angenommen
 in der Administration, V. Reichs
 Weg 97, und in den Filialen:
 I. Schulstr. 10, Tel. 1000 010.

Zwangsweise oder freie Organisation des Konsums?

Wer den systematischen Kampf gegen den Hunger, den im Deutschen Reiche nicht nur die Staatsbehörden, sondern auch die ganze bürgerliche Gesellschaft mit zähem Eifer führt, mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt hat, ist über die Fülle der Formen und Methoden

erstaunt, mit denen man den Konsum zu organisieren versucht hat. Nirgends ging man bloß nach der bürokratischen Schablone vor, einen örtlichen Kreis von Haushaltungen mechanisch abzugrenzen wie einen Amtssprengel und gleichsam als willenlose Untertanen unter eine Ernährungsbehörde oder eine Lebensmittelabgabestelle zu setzen. Der Schimmel „Amt, Untertan und Amtssprengel“ erschöpft eben das Organisationsproblem nicht, wie bequem er auch erscheinen mag.

Fast überall betrieb man den freiwilligen Selbstzusammenschluß der Interessenten, führte die schon vorhandenen Kräfte in Verbände zusammen, übertrug oder überließ ihnen vielmehr die technischen Arbeiten, die sie seit jeher durchzuführen hatten, und beschränkte sich darauf, beisammenzuhalten, immer neuen Anstoß zu geben und darüber zu wachen, daß sich das Privatinteresse nicht zu weit vorwage. So hat man, um nur ein Beispiel zu nennen, die besugten und erfahrenen Viehhändler nicht einfach an die Lust gesetzt und den Einkauf nicht an sachunkundige öffentliche Angestellte übertragen, sondern die Viehhändler jedes Kreises zu einem Zwangsverband vereinigt, durch den Buchzwang und ständige Kontrolle streng überwacht und dadurch jede Störung des gewohnten Verkehrs vermieden. So haben einzelne Städte ihre Lebensmittelgewerbe in „Gesellschaften für Volksernährung“ konzentriert und bewirkt, daß ihre Erfahrung der Stadt nutzbar wird, ohne daß ihr Eigenmut ihr Schaden stiftet. Es liegt durchaus in diesem Geiste, daß man auch dem einkaufenden Bürger nicht mehr Zwang und Unbequemlichkeit auferlegte, als unbedingt nötig ist.

Das ist nun der große Vorteil, der von uns schon öfter geschilberten Kundenverzeichnung, daß die freien gewohnten Verkehrsbeziehungen, wie sie im Frieden bestanden haben und sich nach hundertertei Gründen täglich umgestalten, nicht gestört werden. Aus welchen Gründen eine Kundschaft gerade dieses Geschäft zum Einkauf wählt, entzieht sich der Beurteilung durch die Behörden vollständig. Es mag vielfach bloße Gewöhnung, alteingelebte Beziehung oder unbestimmte Vorliebe sein, zu allermeist sind es ernste wirtschaftliche Gründe: die Anpassung des Geschäftes an einen bestimmten Kundenkreis, der Vorteil der Lage, die Ersparnis an Zeit und Unkosten, das Vertrauen in die redliche Handhabung von Maß und Gewicht, die angemessene Behandlung und Umgangsweise. Wer sein gutes Geld im Wege des Einkaufs hingibt, will ja das Entgelt dafür nicht hinnehmen als Gnade und Gefälligkeit oder in Demut wie das Erkenntnis einer Behörde. Wenn man auch zugeben muß, daß heute die Einkaufenden schon alles und jedes sozusagen „mit in Kauf nehmen“, falls sie nur die gesuchte Ware finden, so kann doch eine Reform unmöglich darin bestehen, dieses Uebel gar nicht zu beseitigen oder auch nur zu mindern, sondern geradezu zur organischen Einrichtung zu machen! Jeden Haushalt schlanke einem privaten Geschäftsmann als seiner Brot- oder Mehlbehörde zuweisen, ohne Rücksicht auf die Eigenheiten der Kundschaft wie des Geschäftsmannes, ohne Rücksicht auf die örtlichen Umstände, heißt ein Zwangsverhältnis aufrichten, das nur dann gerechtfertigt wäre, wenn die gestellte Verwaltungsaufgabe anders schon gar nicht mehr zu lösen wäre. Die äußerste Not kennt natürlich auch die letzte Rücksicht nicht mehr; aber diese äußerste Not liegt nicht vor, da alle Aufgaben besser durch die freiwillige Kundenliste gelöst werden.

Der heute versendete Entwurf des Rathauses, der sich schönfärbend „Schaffung einer Mehleinkaufskarte“ überschreibt, enthält endlich die sehr wünschenswerte Reform, daß neben der auf das Individuum berechneten Brotkarte ein Bezugsschein für den ganzen Haushalt, für alle Köpfe in einem, eingeführt wird. Diese Mehleinkaufskarte ist richtig gedacht, nur falsch benannt, denn von einem „Einkauf“ im Sinne eines freien Vertrages bürgerlichen Rechtes ist gar keine Rede mehr; die Karte soll zum Bezug von Mehl aus einer bestimmten Abgabestelle in fester Menge und zu festem Preise berechtigen, ist also eine Anweisung auf Mehlbezug aus einer städtischen Stelle, ein auf den Haushalt lautender Bezugsschein. Dieser Bezugsschein ist ein unumgänglicher Verwaltungsbehelf geworden.

ung

r Zeitung.)

mer 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen:

Kolonelzeile 60 J. Abendbl. 75 J.
 Reklamen 42 —, Abendbl. 42.50.
 Familienanzeigen 41 —, zuzügl.
 10 % Kriegszuschlag, Platz- und
 Daten-Vorschriften ohne Verbind-
 lichkeit. — Anzeigen nehmen an:
 Unsere Expeditionen in Frankfurt
 a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37,
 Schillerstr. 20, Mainz: Schillerpl. 8,
 Berlin: Manerstr. 16/18, Dresden: Per-
 waisenstr. 5, Offenbach: Hübenerstr. 34,
 Stuttgart: Poststr. 7, Zürich: Nord-
 str. 62. Uns. übr. Agentur.
 n. d. Annonc.-Exp. Ferner in
 New York: 20 Broad Street.
 Verlag u. Druck der Frankfurter
 Societäts-Druckerei G. m. b. H.
 Postcheckkonto Frankfurt (Main) 4430.

Die Ernährungspolitik der Stadt Strasbourg.

Folgerungen und Ausblicke.

II.*) Schluß.

S. G. Die **N u z a n n e n d u n g e n**, die sich aus unserer Schilderung der Ernährungspolitik der Stadt Strasbourg ergeben, müssen zweierlei vor Augen haben: die Kriegszeit jetzt und die Friedenszeit später. Auch die Zeit nach dem Kriege; denn nicht nur, daß vieles von dem, was an den Straßburger Einrichtungen lobenswert ist, nur deshalb möglich war, weil eine weitblickende, von der Notwendigkeit aktiven Handelns auf dem Gebiete kommunaler Versorgung schon im Frieden durchdrungen gewesene Verwaltung eigene Stadtwirtschaft, so insbesondere auf dem Gebiete der Milch- und Fleischversorgung, bereits betrieben oder doch weitgehend vorbereitet hatte, als der Krieg uns überraschte, — es ist auch selbstverständlich, daß mit der Beendigung des Krieges der städtische Nahrungsmittelmarkt nicht ohne weiteres seine frühere Physiognomie wieder annehmen wird und daß schon deshalb der alte Zustand passiven Geschehenlassens auf diesem Gebiete nicht wieder eintreten kann und darf. So wertvoll aber die materielle Vorarbeit, die in Strasbourg die Kriegseinrichtungen erleichterte, auch gewesen ist, ungleich wichtiger war das Vorhandensein des Geistes und des Willens, aus dem sie herausgewachsen war. Denn als nach Kriegsausbruch sehr bald die Notwendigkeit regelnden Eingreifens auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung sich ergab, da griff man in Strasbourg energisch zu, während man anderwärts vor Eingriffen in die freie Wirtschaft vielfach noch zurückschreckte und; indem man sich von den Ereignissen viel mehr treiben und drängen ließ, statt sie meistern zu überwinden, nur langsam und zögernd und unsicheren Schrittes von Stufe zu Stufe gelangte. Das war nicht nur in den Kommunen als dem Unterbau staatlicher Gemeinschaft so, sondern viel mehr, noch an den leitenden Stellen oben. Auch dort fehlte es an der Vorbereitung und an dem Geiste für diese Dinge. Aber selbst als das Tempo etwas rascher, die Notwendigkeit ordnenden Eingreifens dringlicher und der Eingriff in die freie wirtschaftliche Selbstbestimmung — der Erzeuger wie der Verbraucher — immer tiefer wurde, machten die Gemeinden meist nur zögernd von den ihnen verliehenen Rechten Gebrauch. Das erklärt sich zwar zu einem sehr großen Teil aus der gewaltigen Ueberlastung mit neuen Arbeitsanforderungen, die der Krieg bei ohnedreißig quantitativ und qualitativ verringerten Arbeitskräften brachte, in der Hauptsache aber doch aus der inneren Fremdheit, mit der man diesen Dingen gegenüberstand und aus der Scheu vor durchgreifender Umgestaltung auch da, wo sie im Interesse der Bevölkerung unvermeidlich geworden war. Auch in Strasbourg hat man, was übrigens ganz selbstverständlich ist, in vorhandene Rechte und Gewohnheiten nur soweit eingegriffen als unbedingt gezwungen war und dafür gesorgt, daß Handel und Gewerbe die Anpassung an die neuen Verhältnisse durch vernünftige Heranziehung und Eingliederung erleichtert wurde.

Wir haben in unserer Schilderung der Straßburger Ernährungspolitik und der auf ihrer Grundlage geschaffenen Einrichtungen darauf hingewiesen, wie glatt und reibungslos dort die Versorgung sich regelt und wie ein wohlbedachtes, wohlgeordnetes Verteilungs- und Kontraktssystem dafür sorgt, daß nicht der Reiche vor dem Minderbemittelten bei der Versorgung bevorzugt werde, wie vielmehr jeder die Sicherheit hat, den ihm gebührenden Anteil auch wirklich zu bekommen, und wie diese Sicherheit eine Abwicklung des Verkehrs gewährleistet, die sich von der in Friedenszeiten kaum unterscheidet. Der Einwand, daß dies nur möglich sei, weil die Stadt Strasbourg „alles habe“, ist durchaus hinfällig, denn auch ihr standen und stehen nur begrenzte Mengen zur Verfügung. Wäre dem nicht so, dann brauchte sie überhaupt nicht zu regulieren, so wenig wie dies in Friedenszeiten notwendig war. Einige Straßburger Zuschriften auf unseren ersten Artikel, in denen Klagen darauf hingewiesen wird, daß sehr wenig Eier verteilt werden und erwachsene männliche Personen Milch überhaupt nicht mehr bekommen, zeigen am besten, daß auch dort nicht beliebige Mengen von Lebensmitteln verfügbar sind. Die Einsender jener Zuschriften mögen sich aber damit trösten, daß auch in anderen Großstädten erwachsene Personen von der Milchzuteilung ausgeschlossen sind und auch die Stadt Strasbourg nicht mehr Eier verteilen kann als ihr zugewiesen werden. Aber die Art, wie sie die Verteilung der vorhandenen Waren geregelt,

Hand seines Kollegen Professor Dr. Welbenreich. Obgleich ehrenamtlich, widmen sich doch beide Herren ihrer Aufgabe hauptamtlich. Ueber aller Organisation aber waltet als Anreger und Leiter das Oberhaupt der Stadt. Der Bürgermeister, der fortgesetzt in enger Fühlung mit der Bürgerschaft steht, ist die Kraftquelle für alles, was geschieht, interessiert an allem, was geschieht bis ins kleinste, und doch nicht durchs Detail absorbiert.

Die Aufgaben, die den Städten nach dem Kriege gestellt sind — für sie ebenso wie für jeden einzelnen wird das Leben schwieriger, weil verantwortungsvoller, und in seinen Arbeitsanforderungen anspruchsvoller sein! —, lassen schon jetzt die Forderung erheben, daß für diese Zeit die Stadtverwaltungen sich mit dem neuen Geiste erfüllen, der dann notwendig sein wird. Leitende Männer oben mit dem Blick fürs Ganze, tüchtige Fachleute jeder an seiner Stelle. Und dann wird auch der tüchtige Kaufmann nicht fehlen dürfen!

*) Vgl. Erstes Morgenblatt vom 15. d. Mis.

21./X. 1916

Verdorbene Lebensmittel.

Vom Präsidenten des Kriegsernährungsamts v. Batocki.

Das Verderben von Lebensmitteln unter der Herrschaft des geltenden Kriegswirtschaftssystems beschäftigt die Öffentlichkeit in zunehmendem Maße. Die Frage ist von solcher Bedeutung, daß ich es für nützlich halte, persönlich das Wort dazu zu nehmen. In der Friedenswirtschaft werden die Öffentlichkeit dem Verderben von Waren in größeren oder kleineren Mengen wenig Interesse zu. Der einzelne Landwirt, Fabrikant oder Kaufmann, dem Ware verderbt, hat den Schaden, der Konkurrent die Schadenfreude und dem Publikum ist das Mißgeschick gleichgültig, da es die Ware deswegen nicht weniger reichlich bekommt. Ihrer Natur nach leicht verderbliche Waren verderben im Frieden in großen Massen, um so mehr, je reichlicher sie erzeugt werden. Das gilt von Frühkartoffeln, von Gemüse und besonders von vielen Obstsorten, bei denen der Handel im Frieden Verluste von 10, 20 und mehr vom Hundert des Gesamtumfanges als normal in die Geschäftskosten einrechnet. Auch Butter, Getreide, Hülsenfrüchte usw. verderben durch Mißgeschicke aller Art im Frieden in recht erheblichen Mengen, ohne daß die Öffentlichkeit sich darum kümmert. Anders ist es mit Recht jetzt im Kriege, da tatsächlich jedes Pfund Ware, das verderbt, ein Verlust für die Volkswirtschaft ist, der durch gleiche oder gleichwertige Ersatzware nicht ersetzt werden kann und der, je knapper die Gesamternährung wird, desto empfindlicher wirkt. Es ist natürlich, daß jeder Deutsche sich jetzt für diese wichtige Frage interessiert, daß er jedem Fall des Verderbens von Ware nachspürt, darüber spricht und womöglich schreibt und damit seinerseits zur Besserung des Mißstandes beizutragen sucht. Die durch den langen Krieg entstehende Nervosität bringt es mit sich, daß tatsächliche Beobachtungen beim Weitergeben oft übertrieben werden, daß aus 10 Pfund verdorbener Butter 10 Zentner, aus einem Waggon verfaulter Kartoffeln oder Pflaumen 10 oder gar 100 Waggons usw. werden. Die Nachforschungen, die ich auf jede in der Presse in dieser Richtung erscheinende Mitteilung anstellen lasse, haben oft ganz überraschende Beispiele von Übertreibungen oder auch reiner Phantasie ergeben.

Damit ist aber nicht gesagt, daß nicht tatsächlich von den Milliarden von Zentnern, die an Lebensmitteln jährlich in Deutschland erzeugt, verarbeitet, versandt und verteilt werden, ein bedauerlich großer Teil, und zwar von manchen Waren erheblich mehr als im Frieden, verderbt. Das muß von allen beteiligten Stellen mit aller Sorgfalt und, wo es sein muß, mit Rücksichtslosigkeit bekämpft werden. Aber man darf sich nicht einbilden, daß dieser Kampf vollen Erfolg haben kann.

Es ist seltsam, daß die Gegner der jetzigen in großem Umfange auf staatlichem Zwang und Ausschaltung des freien Verkehrs beruhenden Kriegswirtschaft anscheinend darüber sich wundern, daß diese Kriegswirtschaft selbst bei aller Sorgfalt der beteiligten Stellen das Verderben von Waren in größeren Massen herbeiführt wie die Friedenswirtschaft. Dem volkswirtschaftlich geschulten Beurteiler sollte diese Tatsache, so traurig sie ist, eigentlich selbstverständlich erscheinen. Wäre es anders, würden wirklich, noch dazu unter den Erschwernissen des Krieges, der Aufbewahrung und der Einziehung der tüchtigsten Kräfte, der Beschränkung der Einfuhr, der Verschiebung des Bedarfs die verwickelten Vorgänge der Zuführung der Waren vom Erzeuger zum Verbraucher sich ebenso glatt und mit ebenso geringen Verlusten vollziehen wie im Frieden, dann wäre der Beweis erbracht, daß der ganze freie Handel, der diese Tätigkeit im Frieden ausübt, völlig überflüssig, daß er ein Schmarotzer im Volksleben wäre, der selbst in der schwierigsten Kriegszeit ohne Nachteil ausgeschaltet und nur als Kommissionär ohne Selbstinteresse benutzt werden könnte.

Davon ist natürlich keine Rede. Es ist völlig unmöglich, daß ein von fest besoldeten, ohne Privatinteresse arbeitender und zum großen Teil nicht waren- und geschäftslundigen Beamten geleiteter, auf völlig neuer, im Frieden in keiner Weise vorbereiteter Grundlage errichteter öffentlicher Riesenbetrieb auch nur annähernd so billig und mit so wenig Reibungen und Verlusten arbeiten kann, wie der seit Jahr

Die Aufbringung der Vorräte.

Strenge Anordnungen, die von den Landes- und Bezirksbehörden in der letzten Zeit erlassen worden sind, gebundene Aufträge, die an die Kriegs-Getreideinspektoren ergangen sind, Zuweisung von militärischen Organen an einzelne Lokalstellen und manche andere Anzeichen beweisen, daß die Behörden sich die Beschleunigung der Zufuhren an die Verbrauchszentren ernsthaft angelegen sein lassen. Es sind auch Fälle der Öffentlichkeit bekannt geworden, wo politische Behörden ohne Ansehen der Person, des Ranges und des Berufes tatkräftig eingeschritten sind. Nichtsdestoweniger gestalten sich die Zufuhren nicht so, wie es erwünscht wäre.

Die begreifliche Ungeduld der Bevölkerung ist indessen durch die sichtbaren Zeichen ernstest Willens allein, so lange nicht auch der Erfolg sichtbar ist, nicht so leicht zu bannen. Unser geschichtlich gestalteter Volkarakter neigt wie immer dazu, persönliche Unfähigkeit der durchführenden Organe verantwortlich zu machen. Man weiß nicht, ist es ein Trost oder keiner, jedenfalls ist es eine heilsame Erkenntnis, wenn wir begreifen: **Wir büßen da alte Sünden!** Am meisten büßen wir jetzt das geringe Interesse, das unsere auf allerlei nationale und sonstige Abstrakta gerichtete Politik wie an Wirtschaftsfragen überhaupt, so insbesondere an Eisenbahnfragen genommen hat. Seit zehn oder zwanzig Jahren suchte sich in verlorenen Zeilen entlegener Spalten unserer Zeitungen, in Nebenauschnitten unserer Volksvertretung die Lösung über Wagonmangel und ungenügende Stationsanlagen vorzudrängen. Alljährlich im Herbst, wenn der Bauer die Stoppelfelder stürzte, wurde die schüchterne Klage zum lauten Rotschrei — im Winkel. Da galt es, die Kartoffeln und die Kohlen in die Städte, die Zuckerrüben in die Fabriken zu verschaffen; aber es gebrach aller Orten an Fahrmitteln. Um die Kalendertage, wo zumeist die herbliche Obstruktion um Postbeutelausschriften und derlei staaterschütternde Dinge einsetzte, rang draußen der Volkswirt die Hände, rieb sich das Bahnpersonal auf, sorgte sich in der Stadt der Kaufmann. Aber wen bekümmerte das sonst? Fürmliche Bittgänge mußten die Metallarbeitervertreter mit sozialdemokratischen Abgeordneten unternehmen, daß man einstweilen „budgetlos“ Zahl und Typen, von Lokomotiven und Waggons in Aussicht nehme, damit sie die Fabriken einstweils auf Vorrat arbeiten könnten!

Alte Sünden! Heute kostet dieses Versäumnis Hunderttausenden oft viele Tage lang einen „kartoffelfreien“ Tisch. Heute warten die Kohlezuckerfabriken oft tagelang auf die Anlieferung ihres Rohstoffes. Und alle Welt läuft jeden Morgen zum Thermometer, mustert den Wollenzug am Firmament und fragt sorgenvoll: Wann kommen die ersten Herbstfröste? Alte Sünden!

Wer sich die Mühe gibt, die Zustände in ländlichen Bezirkshauptmannschaften zu betrachten, findet überall die gleiche nervöse Hast, vom Amtsstädtchen drinnen bis hinaus zum Dorfe. Die Beamten spüten sich, manche von ihnen arbeiten bis über Mitternacht bei Petroleumlicht — falls nämlich das Erdöl eingetroffen ist. Die Druckerei des Amtsblättchens drückt fleißig Maueranschläge, die Gendarmen sind immer auf den Beinen. Draußen im Dorfe, wo der Ausgedingener wieder über den Hof gebietet und die Bauernfrau sich die harte Stimme des Befehls aufzwingt, ist des Rennens auch kein Ende. Der Herbstanbau braucht beinahe so viel Wochen als früher Tage. Scheuer, Keller und Kammer nehmen ungeordnet auf, was der Acker abgibt,

denn er muß der Ansaat Platz machen. Zum Drusch ist noch keine Zeit, auch ist der Drusch im Bauernhof nicht früher üblich, als bis der erste Schneefall der Winterfaat die flaumige Decke überzieht. Nun soll zugleich geerntet, geborgen, gedroschen und abgefährt werden — der uralte Wirtschaftsplan ist an sich über den Haufen geworfen und noch schickt beinahe Tag für Tag der Ortsvorsteher den Gemeinbediener in die Häuser und läßt einsagen: Korn ist abzuliefern, Kartoffeln und so fort.

Der Behördenapparat steht wirtschaftsfeindlich über dem Landvolk. Täglich wird ein Paragraphensack auf die kalte Tenne geschüttet, auf daß dort Korn aufgehe. Wir haben kein Wirtschaftsamt, nur eine **Juristenbehörde!** Eine alte Sünde! Was kann der junge Mann dafür, der acht Jahre Latein acht und vier Jahre die drei Rechte bricht, daß er von dem bäuerlichen Arbeitsplan, vom Lauftempo des Ochsen am Goppel und von der Druschordnung des Bauernhofes keine sichere Kunde besitzt? Was kann er dafür, daß er in der Hauptmannschaft mit Juristen und Schreibern allein sitzt? Hätten wir das gemischte System im Amt, Juristen über dem Beirat erprobter Wirte, beide in jahrelanger Zusammenarbeit auf gegenseitige Achtung eingestellt, der Praktikus mit einem gehörigen Lach von Paragraphen und der Jurist mit etwas Erdgeruch der Volkswirtschaft, dann ginge das alles viel verständiger, glatter, reibungsloser. Aber wer hat sich bei uns jemals dafür interessiert, wie wir verwaltet werden? Vom Amt, von seinem hundertfältigen inneren Leben und seinen tausendfältigen äußeren Beziehungen interessierte uns doch nur die Amtstafelaufschrift und die Protokollsprache. Wir waren verblendet, wir waren wie der Narr, der die Kappe rettet und dabei den Kopf verliert! — Alte Sünden! Und nun büßen wir sie tagtäglich auf unserem Tische.

Einer Bevölkerung, die das Bewußtsein von dem Vorrang der Lebensnotdurft gegenüber all dem Aufwuch des Lebens verliert, können solche Erfahrungen nicht erspart werden. Wir werden gestraft damit, woran wir gesündigt haben: wir haben das Einmaleins der Volkswirtschaft und Wirtschaftspolitik verlernt, darum werden wir mit gelegentlichen Fasttagen bestraft.

Und darum sind wir auch so namenlos unbeholfen in allen Wirtschaftsdingen. Bezirkshauptmann und Gendarmerie müssen nun die Vorräte eintreiben! In älteren Zeiten hat man das weit besser verstanden und planmäßiger vollbracht, obschon die Verwaltungsmittel viel primitiver waren. Mit ganz einfachen Aufzeichnungen über Ackerfläche und Viehstand hat man eines jeden Bezirkes Leistungsfähigkeit abgeschätzt und dem Bezirk rechtzeitig eine Auflage von etlichen hundert Mehen Frucht und Pentnern Schmalz gemacht, lieferbar in bestimmten Terminen. Man hat den Landwirten überlassen, sich selbst den Aufbringungsplan zu machen, die Menge unter sich auf Ort und Zeit und Mann aufzuteilen und rechtzeitig abzustellen. Sie waren eine Realgemeinde, eine Genossenschaft allen deutschen Rechtes, für die Leistung zur ungeteilten Hand haftbar und gehalten, sich selbst untereinander den Richter zu machen. Wenn sie nur einmal an den Ernst der Pflicht glaubten, so teilten sie die Auflage unter sich, mit größter Schonung der Nachbarn, mit der geringsten Störung des ländlichen Arbeitsplanes. Sie nahmen nie zur Unzeit und am unrichtigen Orte, wußten dabei die Ärmsten und Dürftigsten zu schützen und dem Starken seine tüchtige Bürde aufzuhälten. So wurden sie miteinander und mit ihrer Auflage fertig. Das war die alte Landsgemeinde.

Wir haben auch jetzt im Kriege Ähnliches erlebt im Vorarlbergischen, wo sie halb und halb in der Vorstellungswelt eines Schweizer Kantons leben. Dort haben sie die Viehlieferungen an das Heer, das in Südtirol kämpft, ganz altväterlich einfach, aber sehr verständlich auf Dorfschaften und Höfe aufgeteilt, haben die Schlachtviehlieferung an ihre paar Landesstädte ähnlich geordnet, das Mehzergegeschäft abgetan, indem sie das Vieh in Lohn schlagen und ausschroteten ließen, und so eine stetige Versorgung ohne viel Zwischengewinn hergestellt. Alles Bauern untereinander, ohne alle Theorie, geleitet vom praktischen Instinkt und von alten Ueberlieferungen.

Als wir nach der Aera des Absolutismus unsere Gemeinden wiederherstellten, schufen wir eine rein politische Gemeinde als nackte juristische Person, die alte Wirtschaftsgemeinde lebte nicht wieder auf und was noch an Gemeinbesitz da war, wurde tunlichst rasch und vollständig auf die einzelnen Rechtssubjekte aufgeteilt. Das soziale, das sozialistische Element der Landgemeinde wurde beinahe ausgerottet, jeder Landwirt auf sich selbst und das gemeine Wesen auf den Wachsigen Gendarmen gesetzt. Das war eine arge Sünde und diese alte, sehr alte Sünde büßen wir heute wieder. Wir müssen jedem einzelnen Landwirt mit dem Gendarmen nachrennen, weil die Gemeinschaft fehlt, die, zur gesamten Hand haftend, Träger öffentlicher Auflagen und Verwalter ihrer Gesamtinteressen sein könnte.

Wien brauchte im Frieden täglich etwa 800.000 Liter Milch. Es ist gar keine Frage, daß der Rayon, der Wien sonst beliefert hat, nicht unter weit schwierigeren Verhältnissen immer 800.000 Liter ausbringen könnte, denn Bezirk und Ortschaft ständig eine bestimmte Pflichtmenge aufgelegt bliebe, die zu stellen die Gesamt-

last jeder Geshöferschaft wäre. Sie auf ihre Glieder aufzuteilen bliebe ihr selbst überlassen. Die Nachbarn kennen einander nicht nur in der Person, sondern in Pferd und Kuh und Kalb und Huhn und keiner könnte dem anderen etwas zur Täuschung vormachen. Wir aber stehen vor dem Problem, wie wir denn neben jede Kuh einen Gendarmen stellen sollen, und fühlen uns durch solchen Witz besiegt und zur Hilflosigkeit verdammt! So rächen sich alte Sünden! Wir haben eben den reinen Obrigkeitsstaat an Stelle der Wirtschaftsgemeinschaft gesetzt und sind nun in der Zwangslage, mit halbem Erfolg behördlich zu kommandieren, wo wir mit ganzem Erfolg sozial verwalten könnten und sollten!

Für eine soziale Gemeinschaft ist die Vorratsaufbringung eine einfache Aufgabe, für den Paragraphen aber, der des reinen Behördenstaates höchstes Sinnbild ist, die größte Schwierigkeit, zumal dann, wenn er selbst in seiner Art unvollkommen ist und an den Sünden der Väter und Vorväter krankt.

26. / x. 1916

Errichtung und Organisation des Volksernährungsamtes.

Budapest, 26. Oktober.

In der heutigen Nummer des Amtsblattes veröffentlicht die Regierung die Verordnung, durch die das Volksernährungsamt ins Leben gerufen und seine Organisation festgestellt wird. Auf den ersten Anblick schon kann gesagt werden, daß die Konzeption in vielen wichtigen Stücken besser ausgefallen ist als der Ruf, der ihr im Zustande des Werdens vorausging.

Namentlich sind es zwei Momente, die die öffentliche Meinung mit Befriedigung begrüßen wird, weil damit Halbgeschlichkeiten entfallen, die eine wirksame Tätigkeit des neuen Amtes von vornherein zu erschweren drohten.

Der Leiter des Volksernährungsamtes — dies das erste Moment — wird zugleich dessen Präsident sein; ursprünglich hieß es bekanntlich, er werde bloß als Vizepräsident die Geschäfte führen und der Ackerbauminister oder ein anderes Mitglied der Regierung werde als Präsident über ihn gestellt sein. Von diesem Gedanken ist man nun abgekommen, und dadurch ist die Möglichkeit von Kompetenzreibungen, die nicht anders als lähmend auf das Wirken der neuen Institution hätten einwirken können, ausgeschaltet.

Das zweite beruhigende Moment besteht darin, daß dem Präsidenten des Volksernährungsamtes in allen Fragen, die die Volksernährung betreffen, namentlich in den Requisitionsfällen, die unmittelbare Verfügungsgewalt über die autonomen Verwaltungsorgane eingeräumt ist und diese Verfügungsgewalt die Suspendierung dieser Organe in Fällen von Saumseligkeit oder Widerseßlichkeit in sich begreift. Nach dem ganzen Zuschnitt des neuen Amtes wird dessen Hauptaufgabe das Herausbringen der überschüssigen Vorräte an Brotrüchten und ihre Ueberweisung an den öffentlichen Verbrauch bilden. Nach den mehr als zweijährigen Erfahrungen ist die reifste Lösung dieser Aufgabe nur durch diktorische Gewalt möglich, ja selbst diese wird bei der Natur der Dinge noch manche zähe Hemmung zu überwinden haben. Durch den Wirkungskreis, der dem Präsidenten des neuen Amtes in der Verordnung zugewiesen ist, erscheint der Leiter der Volksernährungsangelegenheiten mit solcher Gewalt in wirksamem Maße bekleidet. Er ist nach dem Zuschnitt seiner Kompetenz zwar nicht der Lebensmitteldiktator vom Typus Batocki, wohl aber ist er, und das wird ja vorerst genügen, ein Requisitionsdiktator, der über die Macht verfügt, jegliche Indolenz und jeglichen Widerstand zu brechen, der sich dem Streben, die überschüssigen Vorräte des flachen Landes dem Verbrauch namentlich der städtischen Bevölkerung zuzuführen, in den Weg stellen sollte. Der Präsident des neuen Amtes hat es in der Hand, jedes Selbstverwaltungsorgan, das in Durchführung seiner Verordnungen es an der erforderlichen Energie fehlen läßt, vom Amte zu suspendieren, und alle Organe der Selbstverwaltung sind ausdrücklich verpflichtet, die ihnen vom Präsidenten des Volksernährungsamtes unmittelbar zugehenden Verfügungen unverweilt und unbedingt zu vollstrecken. Dem Leiter der Volksernährungsfragen ist somit ein Wirkungskreis zugewiesen, der ihn in den Stand setzt, einen gleichmäßigen Verbrauch der Brotrüchte im Geiste der sozialen Gerechtigkeit und der Staatsräson zu erzwingen. Einzig von seiner Organisationsgabe und seiner Tatkraft wird somit der Erfolg der neuen Institution abhängen.

Auch die Bestimmung der Verordnung, demgemäß dem Präsidenten des Volksernährungsamtes die Teilnahme an Ministerratsitzungen, soweit sie sich auf Angelegenheiten seines Wirkungskreises beziehen, eingeräumt wird, ist eine Verheißung des guten Erfolges. Der Leiter des neuen Amtes trägt eine schwere moralische Verantwortung vor dem Lande, und es mußte ihm daher die Möglichkeit gesichert werden, bei Regierungsbeschlüssen, die das Problem der Volksernährung betreffen, seinen Einfluß im Stadium des Werdens geltend zu machen. Vielleicht liegt eine Quelle der bisherigen Fehler und Mäden auf diesem Gebiete in dem Umstande, daß die Einrichtungen, die bisher in Fragen der Volksernährung tätig waren, von den Regierungsentwürfen nicht rechtzeitig in Kenntnis gesetzt, daß sie fast immer vor die ohne ihr Befragen und ohne ihr Zutun entstandene, vollzogene Tatsache gestellt waren. Das wird nun anders werden. Wenn der neue Leiter der Volksernährungsfrage dem Ministerrate beigezogen und in die Lage versetzt wird, auf den Inhalt der Regierungsbeschlüsse Einfluß zu nehmen, so wird es sich vermeiden lassen, daß Anordnungen getroffen werden, die entweder sich in der Praxis als undurchführbar erweisen oder ungeeignet sind, ihre Bestimmung reiflos zu erfüllen.

Auf zwei Punkte in der Verordnung möchten wir noch hinweisen, in denen das Publikum nicht klar genug

sieht und bezüglich deren Aufschlüsse von zuständiger Seite jedenfalls erwünscht wären. Unter den taxativ aufgezählten Getreidearten, deren Requisition in den Wirkungskreis des Volksernährungsamtes gewiesen sind, vermischen wir den Kukuruz. Da die Annahme, daß diese Rude auf ein Versehen zurückzuführen sei, sich von selbst verbietet, und mit Rücksicht darauf, daß die Frage der Fettversorgung aufs innigste mit dem Herausbringen der Kukuruzvorräte zusammenhängt, muß die Frage aufgeworfen werden, von welcher Art die Gründe sind, die für die Ausschaltung des Kukuruz aus der Requisitionsdiktatur des Präsidenten des Volksernährungsamtes maßgebend waren und auf welche andere Art die Regierung die Frage der Fettversorgung, die an Wichtigkeit derjenigen der Brotversorgung gewiß nicht nachsteht, zu lösen gedenkt.

Die zweite Frage, die sich bei der Analyse der Verordnung aufdrängt, betrifft die Zentralen. Dem Präsidenten des neuen Amtes ist die Kontrolle nicht aller Zentralen zugewiesen, sondern bloß derjenigen, deren Kontrolle das Ministerium seiner Kompetenz zuweisen wird. Nun gibt es ja allerdings eine stattliche Anzahl von Zentralen, die nichts mit der Lebensmittelversorgung zu tun haben. Wenn aber das Volksernährungsamt die an sein Wirken geknüpften Erwartungen erfüllen soll, so müßten alle jene Zentralen und sonstigen Organisationen, deren Substrat irgendein mit der Volksernährung in Zusammenhang stehender Artikel ist, schon der Vollständigkeit halber, und weil die einzelnen Partikeln des Volksernährungsproblems notwendig ineinander hinübergreifen, der Kontrolle des neuen Amtes unterworfen werden. Die Regierungsverordnung über die Errichtung und Organisation des Volksernährungsamtes hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Zur Sicherung der einheitlicheren Erledigung der Angelegenheiten der Volksernährung wird unter der Oberhoheit der königlich ungarischen Regierung ein Landesvolksernährungsamt organisiert.

§ 2. Den Präsidenten des Amtes ernennt der Ministerpräsident.

Der Präsident des Amtes wird an den Ministerratsverhandlungen, soweit diese die Volksernährungsfragen betreffen, teilnehmen.

Das Personal des Amtes wird vom Minister des Innern, vom Handels- und vom Ackerbauminister aus der Reihe der Beamten der ihrer Leitung unterstehenden Ministerien ernannt. Die ernannten Beamten unterstehen für die Dauer ihrer Ernennung dem Präsidenten des Amtes, im sonstigen aber sind sie ihrem Minister untergeordnet.

Zur Vernehmung der Agenden des Amtes kann der Präsident nach Maßgabe der Notwendigkeit auch andere Personen in provisorischer Eigenschaft anstellen.

§ 3. Im Namen des Amtes verfügt dessen Präsident.

§ 4. In den Wirkungskreis des Amtes gehört:

1. die zentrale Leitung und die Kontrolle der Durchführung in allen Angelegenheiten, die die Sperrung und Requirierung von Weizen, Korn, Halbfucht, Gerste, Hafer und Hülsenfrüchten betreffen;

2. die Erteilung der von den Verwaltungsbehörden angeforderten Ermächtigungen zur Requisition einzelner Lebensbedarfsartikel oder zu anderweitigen, aus dem Gesichtspunkte der Volksernährung oder der öffentlichen Versorgung erforderlichen Verfügungen, die die Behörde nur auf Grund der Ermächtigung des Ministeriums oder einzelner Minister anordnen kann;

3. die Festsetzung des Mehl- und des sonstigen Bedarfes der Munizipien und der zu besonderer Versorgung Befugten und die proportionelle Anweisung von Mehl und sonstigen, behördlicher Verfügung unterstehenden Lebensbedarfsartikeln im Rahmen der vom Ministerium zur Versorgung der bürgerlichen Bevölkerung zur Verfügung gestellten Vorräte;

4. die Verfügungsgewalt in allen Angelegenheiten der Volksernährung und der öffentlichen Versorgung, die bisher durch Gesetz oder Verordnung dem Minister des Innern, dem Handelsminister, dem Ackerbauminister oder der Landes-Wirtschaftskommission zugewiesen waren;

5. hinsichtlich der Volksernährung und der öffentlichen Versorgung die Kontrolle der Verwaltungsbehörden, ferner jener Zentralen und sonstigen Organisationen, deren Kontrolle das Ministerium in den Wirkungskreis des Amtes überweisen wird;

6. die Erledigung jener Angelegenheiten der Volksernährung und der öffentlichen Versorgung, die das Ministerium künftig in den Wirkungskreis des Amtes überweisen wird;

7. das Vorbereiten und Inorschlagbringen solcher Verordnungen und Verfügungen zur Sicherung der Volksernährung und öffentlichen Versorgung, die die Entschliebung des Ministeriums oder eines Ministers bedingen.

§ 5. Der Präsident des Amtes kann in seinem auf der gegenwärtigen Verordnung beruhenden Wirkungskreis über die Angestellten und Organe der Komitate, Städte und Kommunen unmittelbar verfügen und unmittelbar Verordnungen an sie richten.

Die im obigen aufgezählten Angestellten und Organe sind verpflichtet, die auf Grund der gegenwärtigen Verordnung getroffenen Verfügungen des Präsidenten unverzüglich und unbedingt zu vollstrecken, und sie können dieserhalb von ihren vorgesetzten Behörden nicht zur Verantwortung gezogen werden.

Die saumseligen oder den Gehorjam verweigern den Angestellten und Organe kann der Präsident ohne Disziplinarverfahren von ihrem Amte oder ihrer Stellung suspendieren.

Gegen den suspendierten Angestellten oder gegen das suspendierte Organ ist das gesetzliche Disziplinarverfahren von Amte wegen anzustrengen. Das Urteil der Disziplinärbehörde wird jedoch die Wirksamkeit der Suspendierung nicht berühren.

§ 6. Unter dem Vorsitz des Präsidenten wird zur Vorbereitung der die Volksernährung und öffentliche Versorgung betreffenden Angelegenheiten ein Landesvolksernährungsrat organisiert. Die Mitglieder des Rates ernannt auf Vorschlag des Präsidenten des Amtes der königlich ungarische Ministerpräsident. Je ein Bevollmächtigter der Minister für Inneres, Handel, Ackerbau, Finanzen, Justiz und Landesverteidigung, sowie des kroatisch-slavonisch-dalmatinischen Ministers und des Banus sind von Amte wegen Mitglieder des Rates.

Der Präsident des Rates kann den Sitzungen des Rates fallweise wen immer beiziehen.

Die Geschäftsordnung des Rates wird das Landesvolksernährungsamt feststellen.

§ 7. Jene Bestimmungen der durch das Ministerium oder einzelne Minister bisher erlassenen Verordnungen, die der gegenwärtigen Verordnung zuwiderlaufen, werden außer Kraft gesetzt. Die erforderlichen Uebergangsverfügungen werden im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Amtes von dem Ministerium, beziehungsweise den zuständigen Ministern getroffen werden.

§ 8. Die Geltung der gegenwärtigen Verordnung und der Wirkungskreis des Landesvolksernährungsamtes in allen die Volksernährung und die öffentliche Versorgung betreffenden Fragen, sofern ihre Erledigung nicht in den Kreis der Autonomie Kroatiens-Slavoniens gehört, erstreckt sich auf das ganze Gebiet der Länder der heiligen ungarischen Krone.

§ 9. Der Tag, an dem das Landesvolksernährungsamt seine Tätigkeit antritt, wird im amtlichen Blatt verlaublich gemacht werden.

§ 10. Die Verordnung tritt am Tage ihrer Verlaublichung in Kraft.

Budapest, 26. Oktober 1916.

Graf Stefan Tisza,

Königlich ungarischer Ministerpräsident.

27. IX. 1916

Das Volksernährungsamt.

Eines der Schmerzenskinder der Regierung, das seit Langem geplante Volksernährungsamt, ist endlich geboren. Es ist seiner äußeren Konstruktion nach nicht so arg ausgefallen, wie wir befürchtet hatten, es ist aber auch nicht aller Mängel bar. Aber schließlich kommt ja in solchen Dingen doch in erster Reihe Alles auf die Persönlichkeit an, die das Amt verkörpert, ihm Inhalt, Kern, Geist und Kraft verleiht. Der Staat selbst kann ja blos den Rahmen schaffen und die Behelfe und Handhaben zum Funktioniren vorsehen und garantiren. Man muß nun allerdings zugeben, daß der Staat diesmal mit den nöthigen Behelfen und Handhaben in der That nicht geklagt hat. Er hat dem Leiter des neuen Amtes eine Machtvollkommenheit zugesichert, wie sie sich bisher außer bei dem Minister des Innern hierzulande in ein und derselben Hand vereint noch nie befunden hat. Es ist nun die Frage, wie der Leiter des neuen Amtes mit dieser außerordentlichen Verfügungsgewalt in der Praxis umzugehen verstehen wird. Denn davon hängt doch in Wahrheit Alles ab. Ein Zuviel und ein Zuwenig könnte gleicherweise verhängnißvoll werden und das neue Volksernährungsamt zu einer verfehlten Institution machen, welche die Sache der Volksernährung nur noch verfahrenener und noch unsicherer und unorientirter machen würde, als sie schon bisher gewesen ist. Die große Frage bleibt also die, ob Baron Ludwig Kürthy, der zum Leiter und zugleich zum Präsidenten des neuen Volksernährungsamtes und des noch zu organisirenden Landes-Volksernährungsamtes ernannt wurde, auch wirklich alle jene Fähigkeiten und Kenntnisse besitzt, die zur restlosen und durchgreifenden Durchführung der großen Aufgaben, die an dieses Amt gestellt werden, thatsächlich nothwendig sind. Wir haben unsere Ansicht über diese Frage schon mehrmals offen ausgesprochen. Mit Rücksicht auf das große, an Wichtigkeit Alles überragende Ziel wünschen wir einen auf seine Leistungsfähigkeit und Tüchtigkeit hin genügend erprobten Mann an dieser Stelle zu sehen. Einen, dessen Vergangenheit eine solche ist, daß sie alle Garantien des Gelingens im Voraus in sich birgt, und wir müssen es aufrichtig gestehen, daß wir dabei keineswegs an den nunmehr ernannten Präsidenten gedacht haben.

Baron Ludwig Kürthy ist doch eigentlich ein homo novus, was indessen durchaus nicht ausschließt, daß er nicht nur tüchtig, sondern sogar genial sein neukreirtes Volksernährungsamt verwalten wird. Wir erwarten das sogar, denn wir wollen und können es nicht voraussetzen, daß die königlich ungarische Regierung, wenn sie schon keinen Mann vor erprobter Vergangenheit ernannt, so doch zumindest einen tüchtigen Kopf und eine energische Hand für diese Stelle auswählt hat. Baron Kürthy wird Gelegenheit haben, den Beweis zu erbringen, daß er das Vertrauen der Regierung zu rechtfertigen im Stande ist. Zu dem Augenblicke aber, in welchem wir ihn nunmehr in dieser so überaus verantwortungsvollen Stellung wissen, wendet sich auch das Vertrauen des ganzen Landes und seiner vielgeprüften Bevölkerung dem neuen Präsidenten zu. Wir Alle wollen ihm dieses Vertrauen kreditiren, und hoffen, daß er es rechtfertigen und die Völker Ungarns in ihren gerechten Erwartungen, die sie an sein Wirken

28. X. 1916

Unsere Ernährung im Winter.

Wenn man die Berichte des Haushaltsausschusses über die Ernährungsfragen im Winter gelesen hat, dann kann man verstehen, daß die Regierung außerstande ist, alle Arbeiten, die man von ihr verlange zu erledigen. Es sind ja gewiß alles recht wichtige Dinge und sie stehen alle mit der Volksernährung im unmittelbaren Zusammenhang. — Die Höhe der Spirituspreise, der Zwang zur Bewirtschaftung der Güter, die Verteilung der Düngemittel und anderes mehr —, aber ihre eingehende Erörterung verdunkelt doch einigermaßen das Bild vom Stande unserer Ernährung und erschwert das Urteil über die Aussichten. Wir möchten wünschen, daß der Reichstag, wenn er sich in der nächsten Woche in der Vollversammlung abermals mit diesen Fragen beschäftigt, sich die notwendige Beschränkung auferlegt, nur die wichtigsten Punkte unserer Lebensmittelpolitik erörtert und auf diese Weise auch dem nicht ganz sachverständigen Hörer und Leser die Möglichkeit gibt, das Wahre vom Falschen in den täglichen Diskussionen zu unterscheiden. Wir halten es da durchaus mit dem Zentrumsredner, der wenige Einzelfragen, aber dieses Wenige um so nachdrücklicher erörtert haben wollte.

Über allem steht die Frage, ob und in welchem Maße wir in diesem Winter mit Kartoffeln versorgt sind. Gerade die zeitweiligen Störungen in der Zufuhr haben den Beweis erbracht, daß die Kartoffel die Grundlage für unsere gesamte Ernährung ist, nicht nur unmittelbar für den Menschen, sondern auch als Viehfutter die Quelle unserer Fettversorgung. Und diese wichtige Frucht hat uns einige sorgenvolle Tage gemacht. Man muß unterscheiden zwischen der akuten Kartoffelnot, in der wir zum Teil noch drinstehen, und den Aussichten für den Winter. Die akute Not entstand dadurch, daß sich die Ernte erheblich verzögerte. Daran war die nasse Bitterung, der Mangel an Arbeitskräften, aber auch, wie das Zeugnis vieler Landräte dargetan hat, eine absichtliche Zurückhaltung vieler Bauern schuld. Jedenfalls steckt noch ein erheblicher Teil der deutschen Kartoffelernte im Boden, als gegen Ende der verflochtenen Woche unvermutet einige Nachtfröste die Lage verschlimmerten. Diese Gefahr ist glücklicherweise bald gewichen, da sich die Bitterung wieder milderte; es war bei einem nicht zu übersehenden Menetekel geblieben. Was diesmal rasch vorübergegangen ist, kann sich bald wiederholen und zum Dauerzustand werden. Dann dürfen wir nicht mehr überrascht werden. Daß der Kultusminister die Schulferien verlängert und der Justizminister die Gefängnisse geleert hat, um die Arbeitskräfte zu vermehren, kann keine genügende Hilfe bringen. Die Sache ist dringend genug, um als militärische Angelegenheit behandelt zu werden. Vereinzelt ist ein stellvertretendes Generalkommando schon dazu übergegangen, Kriegsgefangene zum Kartoffelausmachen in die Gebiete zu schicken, die für den Korpsbezirk die Kartoffeln zu liefern haben. Man müßte darüber hinausgehen und Arbeitskommandos aus nicht kriegsverwendungsfähigen Soldaten bilden, die den Landwirten die Arbeit abnehmen und die Kartoffeln in die Flüge zu bringen hätten. Das wäre auch die einzige Möglichkeit, den passiven Widerstand der Kartoffelerzeuger dort, wo er sich zeigte, zu brechen und mit der Enteignungsmöglichkeit wirksam vorzugehen. Es wird gar nicht bestritten, daß die Landwirte, fußend auf den Erfahrungen des letzten Jahres, eine Erhöhung der Kartoffelpreise erwarten, wenn sie nur die Ware lange genug zurückhalten; daß Herr v. Batocki die Preisfrage zur Kabinettsfrage gemacht hat und eher sein Amt niederlegt, als dem Verlangen dieser Widerstrebenden nachgibt, das sieht den einzelnen Kartoffelerzeuger nicht an und wenn jetzt auch sicher zu erwarten ist, daß die Landräte und die landwirtschaftlichen Organisationen ihr möglichstes tun werden, um die Landwirte zur schleunigsten Ablieferung zu bewegen, so könnte doch eine militärische Unterstützung dort, wo sie sich als nötig herausstellt, nur nützlich wirken.

Ist aber die akute Kartoffelnot beseitigt, d. h. ist dafür gesorgt, daß vor der Frostzeit genügende Vorräte an Kartoffeln aus den ostdeutschen Überschussbezirken in die Bedarfsgebiete geschafft sind, dann ist nur die unmittelbare Gefahr vorüber; ein leichtfertiges Draufloswirtschaften mit den Kartoffeln ist in diesem Winter ebenso verhängnisvoll, wie ein vorzeitiges Verzagen, als ob wir bei unserer mittlern Ernte angesichts des großen Verlangens nach dieser Knollenfrucht nicht durchgehalten könnten, unbedeutend ist. Auf den ersten Blick sehen die Zahlen ja bedenklich aus. Nach den bisherigen Schätzungen umfaßt die Kartoffelernte nicht ganz 40 Millionen Tonnen. Wenn man bedenkt, daß die vorigjährige fast 55 Millionen Tonnen zählte und doch ziemlich restlos aufgefressen worden ist, dann kann man zunächst stutzig werden. Aber die Notwendigkeit und die Behörden haben uns schon das Sparen gelehrt. Nach der jüngsten Verordnung kommt dem einzelnen

durchschnittlich nicht mehr als ein Pfund zu, eine recht knappe Ration, die für die Schwerarbeiter verdoppelt wird. Rechnen wir nun auf den Kopf der Zivilbevölkerung, die wir mit 60 Millionen Menschen annehmen, die Höchstsumme von zwei Pfund täglich, und nehmen wir als die Zeit bis zur nächsten Frühkartoffelernte acht Monate an, so ergibt sich als Bedarf 60 Millionen $\times 2 \times 8 \times 30 = 28.800.000.000$ Pfund = 288 Millionen Zentner = rund 15 Millionen Tonnen Kartoffeln. Auf der Grundlage dessen, was dem Schwerarbeiter zugebilligt ist, würde die Versorgung des Volkes mit Kartoffeln also 15 Millionen Tonnen verlangen, die auch von einer nicht gerade günstigen Ernte, die auf 40 Millionen Tonnen geschätzt wird, leicht zu bestreiten wären. Dazu kommt, daß die oben erwähnte Sparsamkeitsverfügung das Verfüttern von Kartoffeln, die noch menschlichen Ernährungszwecken dienen können, an das Vieh verboten hat und daß, wie wir mitteilen konnten, die Verarbeitung der Kartoffeln zu Branntwein wesentlich eingeschränkt werden soll.

Ohne irgendwie schön zu färben und ohne zu übersehen, daß trotz aller Verbote Kartoffeln verfüttert werden, viele Tonnen verderben werden, auch unsere Brotbereitung durch die Streckung eine belächliche Summe verlangt, darf man auf Grund dieser Zahlen aussprechen, daß wir bei sparsamer Wirtschaft mit unsern wichtigsten Nahrungsmitteln auch durch einen langen Winter kommen. Es darf aber nicht verschwiegen werden, daß, wie aus landwirtschaftlichen Kreisen gemeldet wird, Proben bei mehrmaligem Verlesen von Speisekartoffeln in diesem Jahre eine auffallend geringe Haltbarkeit der Kartoffeln ergeben haben. Sollte sich diese Erfahrung weiterhin bestätigen, so könnte die in Aussicht genommene Aufbewahrung der Kartoffeln durch die Städte und die städtischen Haushaltungen zu sehr erheblichen Verlusten führen. Es erwächst den Städten deshalb die dringende Pflicht, daß die von ihnen eingelagerten Kartoffeln einer sehr sorgfältigen Beobachtung von Sachverständigen unterstellt und daß sie regelmäßig von Zeit zu Zeit verlesen werden. An Vorschlägen für eine richtige Aufbewahrung der Kartoffeln ist es nicht gefehlt; es ist aber eine der wichtigsten vaterländischen Aufgaben, die mit so schwerer Mühe errungene Kartoffelernte nunmehr auch in der zweckmäßigsten Weise und unter Ausschaltung aller irgend vermeidbaren Verluste zu verwalten. Für die Aufbewahrung der Kartoffeln im Hause gibt neuerdings die Gesellschaft zur Förderung des Baues und der wirtschaftlich zweckmäßigen Verwendung der Kartoffeln folgende Regeln:

1. Nicht zu warm, nicht zu kalt. Die Temperatur darf $10^{\circ} \text{C.} = 8^{\circ} \text{R.}$ nicht übersteigen. Erfrieren die Kartoffeln, verderben sie unter allen Umständen. Sind sie dauernd einer Temperatur von über 10°C. ausgesetzt, verfaulen sie.

2. Bodenräume sind zumeist ungeeignet, Kellerräume geeignet, sofern sich nicht eine Heizung in der Nähe befindet. Keller in Häusern mit Zentralheizung sind verträglich.

3. Die Fäulnis kommt dadurch zustande, daß sich Pilze entwickeln, die in die Kartoffeln eindringen. Eine Kartoffel überträgt die Fäulnis auf die andere.

4. Bei Ankunft müssen die Kartoffeln an einer Stelle ausgebreitet werden und sorgsam verlesen werden, d. h., alle angestohenen, vom Spaten getroffenen, mit Flecken versehenen irgendwie einen ungenügenden Gesundheitszustand bekundenden müssen herausgesehen und sofort verwandt werden. Der Rest wird eingelagert. Dieses Verlesen hat zur wärmern Jahreszeit, Herbst und wieder Frühjahr, alle vier Wochen stattzufinden.

Da es notwendig ist, alle Speisekartoffeln dem menschlichen Verzehr vorzubehalten, müssen für die Schweinemast, die als Quelle der Fettgewinnung von außerordentlicher Bedeutung ist, andere Futtermittel bereitgestellt werden. Dafür kommen Rüben in Betracht, vor allem aber Gerste, die natürlich an anderer Stelle eingesetzt werden muß. Die Einschränkung des Bierbrauens ist deshalb im Haushaltsausschuss eingehend beraten worden, ohne daß man zu einem Ergebnis gekommen wäre. Wir wollen auf diese Einzelheiten nicht eingehen, um nicht in den Fehler zu verfallen.

der uns an den Ausschussverhandlungen aufgefallen ist. Man gewinnt aus allen diesen Bemühungen, ein Loch in unserer Ernährung nach dem andern zu stopfen, die Nährmittel bis zum Äußersten auszunutzen und immer dort zu verwenden, wo sie am notwendigsten verlangt werden, den Eindruck, daß wir unserer Versorgung im Winter zwar mit Ruhe, aber auch mit Ernst entgegensehen müssen. Was wir an Nahrungsmitteln im Lande haben, läßt sich voraussichtlich nicht wesentlich vermehren; was dem einzelnen zugemessen ist, läßt sich kaum mehr herabsetzen. Wir müssen aber gegen den Fall gewappnet sein, daß irgendeine neue Überraschung, an denen die Kriegszeit so reich ist, unsere Ernährungszustand verschlimmert. Für diese immerhin mögliche Entwicklung bleibt uns nur das eine übrig, unsere Vorräte noch besser zu verwerten, als es bisher in der Anarchie der Einzelhaushaltungen möglich war, und einen verschwenderischen Verzehr von Lebensmitteln durch diejenigen, für die die Geldfrage keine Rolle spielt, einen neuen Niegel vorzuschieben. Das kann nur geschehen durch die Verallgemeinerung der Gemeinschaftsküche.

Wir wollen nicht unterschätzen, was bisher schon darin geschehen ist. Im allgemeinen aber sind dort, wo die Gemeinschaftspeisung eingeführt ist, nicht mehr als 5 bis 10 Prozent der Bevölkerung daran beteiligt. Daß damit die Zwecke nicht erreicht werden, die mit der Einführung angestrebt worden sind, leuchtet ein. Wir haben die Vorteile wiederholt geschildert, so daß wir uns in der Wiederholung auf die Stichworte beschränken können: Mit der Gemeinschaftsküche wird der Kampf gegen den Hunger erleichtert, die Hamsterartigkeit hört mehr oder weniger auf, das stundenlange Warten vor den Geschäften erübrigt sich; die Lebensmittel werden rationeller verwandt; viele Schichten des Volkes werden besser und billiger ernährt als bisher; weibliche Arbeitskräfte werden für neue Aufgaben frei; das Gemeinschaftsgefühl des Volkes erhält einen neuen Antrieb. Es sind jedenfalls triftige Gründe, die für eine Ausdehnung der Gemeinschaftspeisung, für den Übergang vom fakultativen System, mit dem wir nach den Erfahrungen nicht weiterkommen, zum obligatorischen sprechen. Um so überraschender ist, daß Herr v. Batocki diese Bestrebungen ziemlich unverbürgt abgelehnt hat und dieselben ethnischen Bedenken vorgebracht hat, die auch schon im Kölner Hansa-Jahr herhalten mußten. Warum dieselbe Maßregel, an der im Heere, das doch einen Mikrokosmos unseres Volkskörpers darstellt, noch niemand Anstoß genommen hat, zur Kriegszeit für das Volk unannehmbar sein soll, ist schlechterdings nicht einzusehen. Wie in der militärischen, so fragt man auch in der wirtschaftlichen Kriegsführung nicht in erster Linie nach den ethnischen Gründen oder Wirkungen einer Maßregel, sondern vor allem nach ihrer Notwendigkeit. Der Reichstag müßte unsern verantwortlichen Ernährungsminister fragen, ob er auch ohne die Einführung einer erweiterten Gemeinschaftspeisung die Gewähr dafür übernehmen kann, daß uns Notstände in der Ernährung für die kommende Zeit erspart bleiben werden. Kann diese Zusicherung nicht gegeben werden, dann dürfen keinerlei Gefühlsmomente die Volksvertreter abhalten, sich für diesen letzten entscheidenden Schritt einzusetzen. Wie die Gemeinschaftspeisung im einzelnen durchzuführen ist, ob man einen unmittelbaren Zwang zur Teilnahme einführt oder den Selbstverforgern, die sich von irgendwoher Lebensmittel zu verschaffen wissen, die Teilnahme freistellt, ob man einmal oder zweimal täglich die Menge speist, ob man auch die verschiedenartigen Nahrungsbedürfnisse berücksichtigen kann, das wird man erst zu erörtern haben, wenn Regierung und Reichstag sich grundsätzlich zur großen Volksküche bekannt haben. Darüber müssen die Reichstagskammern Aufschluß geben.

29. I. 1916

Der Surrogatwindel.

Wertlose und schädliche Ersatzmittel.

Die gegenwärtigen Verhältnisse, die eine Ersparung bei der Beschaffung von Lebensmitteln herbeigeführt haben, sind für gewisse Elemente in der Kaufmannschaft der Anlaß gewesen, eine Reihe von Waren auf den Markt zu werfen, die als Ersatz für gewisse, in geringer Zahl vorhandene Lebensmittel dienen sollten. Die Surrogate, die auf diese Weise in den Handel kamen, haben sich nun aber fast durchweg als minderwertige oder wertlose Ersatzmittel erwiesen. Für die Bevölkerung ist natürlich bei solchen Angeboten vor allem die Bezeichnung des betreffenden Ersatzmittels, das ja in der Regel mit hochtrabenden Namen angepriesen wird, maßgebend. So kommt es, daß diese wertlosen Ersatzmittel viel gekauft und mit verhältnismäßig hohen Preisen bezahlt werden, weil die Käufer in dem Glauben sind, einen dem fehlenden Lebensmittel tatsächlich gleichwertigen Ersatz zu kaufen.

Tatsache ist, daß die meisten dieser Ersatzmittel Surrogate sind, die kaum eine Spur jener Ware enthalten, für die sie als Ersatz ausgegeben werden. In der letzten Zeit haben sich die Gerichte auf spezielle Anzeigen hin wiederholt mit solchen Surrogaten beschäftigt, in vielen Fällen mußte jedoch der Erzeuger oder Verkäufer des Surrogats straffrei bleiben, weil er erklärte, daß er den betreffenden Artikel eben nur als Ersatz und nicht als das zu ersetzende Nahrungsmittel bezeichnet hat. Die Bezeichnung der Artikel ist gegenwärtig noch von besonderen gesetzlichen Einschränkungen frei. Verfolgt kann der Erzeuger eines Surrogats nur werden, wenn ihm nachgewiesen wird, daß die Zusammensetzung des Surrogats dem Lebensmittelgesetz nicht entspricht.

Um nun Verhütung der Verbreitung solcher schädlicher Ersatzmittel zu steuern, werden gegenwärtig zahlreiche Untersuchungen solcher Surrogate vorgenommen. Leider geschieht dies bei uns nur an einer einzigen Stelle, die gleichzeitig als amtliche Untersuchungsstelle und als städtisches Untersuchungsamt für Lebensmittel wirken muß. Es ist dies die Lebensmitteluntersuchungsanstalt in der Kinderspitalgasse. Daß diese eine Stelle, die übrigens gegenwärtig große Arbeit leistet und sehr viel Surrogate untersucht, nicht so intensiv arbeiten kann, als es nötig ist, ist selbstverständlich. Es wäre Pflicht der Gemeinde Wien, eine eigene Untersuchungsanstalt für Lebensmittel zu errichten. Es ist von größter Wichtigkeit, daß für diese Anstalt größere Mittel verwendet werden, und daß eine Untersuchungsstelle errichtet wird, an der staatlich ausgebildete Chemiker die Kontrolle ausüben. Bei der Kombination, wie sie jetzt besteht, werden der staatlichen Arbeit nur unwillkürlich Kräfte entzogen. Es kann so die Arbeit nur eine minderwertige, unvollständige sein. Was die allgemeine Kontrolle betrifft, so ist zu berücksichtigen, daß die Markt-Kommissionäre nur Aufsichtsorgane sind, die nur den Waren Proben zu entnehmen haben, die Kontrolle aber nicht zu durchführen können, wie es notwendig ist. In Deutschland hat heute bereits fast jede Stadt ihre eigene Untersuchungsanstalt für Lebensmittel, und diesem Umstand ist es zu verdanken, daß das Publikum dort unbedenklich gesunde und unverfälschte Lebensmittel zu angemessenen Preisen kaufen kann.

Die Errichtung solcher Untersuchungsanstalten in größerer Zahl ist dringend nötig; außerdem aber sollte, um der Lebensmittelverfälschung und der Verbreitung wertloser Surrogate zu steuern, eine Reihe von gesetzlichen Bestimmungen getroffen werden, die erstens das Verbot einer irreführenden Bezeichnung von Genussmitteln enthalten und zweitens anordnen, daß Konserven den Namen und Wohnort des Erzeugers aufweisen, damit dieser jederzeit zur Rechenschaft gezogen werden kann. Nur wenn solche Maßnahmen getroffen werden, wird dem Surrogatwindel ein Ende gemacht sein.

Ueber die vorkommenden Arten von Surrogaten und Surrogatverfälschungen verdanke ich dem bekannten Nahrungsmittelchemiker Prof. Dr. A. FOLLER die folgenden Angaben: "Surrogate und Verfälschungen finden sich vor allem unter den in den verschiedenen Lebensmittelgeschäften jetzt angebotenen Kakaoarten. Man wird beim Genuß die meisten dieser Kakaoarten nicht einmal schlecht

finden, Tatsache aber ist, daß viele von ihnen stark verfälscht sind. Die Verfälschung besteht namentlich in einem intensiven Zusatz von feinpulverisierter Kakaoohale. Die Kakaoohale bestehen in der Hauptsache nur aus Zellulose. Diese Ohalen beschweren nur die Verdauungswerkzeuge, sind aber sonst ganz wertlos für die Ernährung. Infolgedessen sollten die Kakaoohalen nur für den Zweck verwendet werden, für den sie seit jeher bestimmt sind, nämlich zur Fütterung des Viehs. Sie dürfen aber nicht zur Gewichtszunahme für Kakooarten verwendet werden, die so teuer bezahlt werden müssen, als wären sie echter Kakao.

Zu den bekanntesten Surrogatwindeln gehören die Suppenwürfel. Während gute Suppenwürfel einen Gehalt an Kochsalz von höchstens 8 bis 25 Prozent aufweisen dürfen, enthalten die meisten jetzt im Verkehr befindlichen Suppenwürfel 40 bis 60 Prozent Kochsalz. Die jetzt im Handel erhältlichen Suppenwürfel sind fast durchweg nachgeschänte minderwertige Erzeugnisse, die unter vielfachen Bezeichnungen angepriesen werden.

Mit Kaffeegurrogaten wird natürlich gleichfalls ein großer Schwindel getrieben. Es werden Kaffeemischungen angeboten, die aus gemahlenem und gebranntem Bohnenkaffee, mit einem Kaffeersatzmittel gemischt, bestehen. Solche Surrogate unter der Bezeichnung Kaffeemischung in den Verkehr zu bringen, ist schon Betrug, denn unter Kaffeemischung versteht man nach dem Lebensmittelgesetz nur eine Mischung verschiedener Sorten von Bohnenkaffee, nicht aber ein Kaffeersatzmittel. Dabei werden diese Kaffeersatzmittel zu enorm hohen Preisen verkauft und das Publikum auf diese Art materiell geschädigt. Es ist außerdem zu bedenken, daß ein solcher Kaffeersatz keine Spur von Koffein enthält, jenes anregende Element, das der Kaffee ja enthalten soll.

Mit den Eierersatzmitteln steht es noch schlechter. Denn diese sind in der Mehrzahl nicht nur vollkommen wertlos, sondern sie bergen auch die Gefahr einer Schädigung des menschlichen Organismus in sich. Diese Eierersatzmittel bestehen nämlich aus gefärbten Stärkemehlen, die mit Natriumbicarbonat und Weinstein vermischt sind, um die dem Ei innewohnende Triebkraft der Kohlensäure nachzuahmen zu erzeugen.

Alle Salatölsahmungen sind zweifellos schlecht und völlig wertlos. Sie bilden zumeist einen wässrigen Auszug schleimliefernder Pflanzenstoffe, sind meist von schwach gelblicher Farbe, etwas aromatisiert und mit Kochsalz versetzt. Die Gefahr bei Verwendung eines solchen Salatölsahmes besteht darin, daß er rasch verdirbt und dann eben als verdorbene, schädliche Substanz zum Kochen verwendet wird.

Was die Milch betrifft, das gegenwärtig wichtigste Nahrungsmittel, so ist ja ihre Verfälschung mit Wasser naheliegend. Dann werden der Milch verschiedene Konservierungsmittel zugesetzt, um ihr eine bessere Beschaffenheit zu verleihen. So bestehen Milchsurrogate, die schließlich mit wirklicher Milch nichts mehr zu tun haben.

Zu den Surrogaten kann man heute wohl vielfach auch schon gewisse Würstsorten zählen. Der Gehalt der Würste an Fleisch nimmt zusehends ab, dagegen der an minderwertigen, schlechten Abfällen zu. Es ist bekannt, daß in Deutschland zum Beispiel in manchen Untersuchungsanstalten Leberwürste untersucht wurden, die keine Spur von Leber enthielten. Bei Würsten, die aus Rind- und Schweinefleisch hergestellt sein sollten, wurde der Fettgehalt geprüft, und es wurde gefunden, daß er bis auf 3 Prozent und darunter gesunken war, während diese Würste normal 20 bis 30 Prozent Fett enthalten sollten.

Rum, Arrak und Cognac werden meist mit Kartoffelsprit verfälscht. Wenn sich der Zusatz des gewöhnlichen Branntweines zu den Edelbranntweinen in vernünftigen Grenzen hält und der Preis ein angemessener ist, so ließe sich gegen solchen Verfaß nichts einwenden. In der Regel aber steht der Gehalt an Arrak, Rum und Cognac bei diesen Edelbranntweinen hinter dem Gehalt bei anderen Branntweinen derart zurück, daß ein Einfluß der Verfaßung auf Geschmack und Geruch des Getränkes ausgeschlossen ist.

Es sind dies nur einige Beispiele der marfantersten Surrogate, die gegenwärtig im Handel sind und deren Verfaßung an das Publikum Betrug und materielle Schädigung bedeutet."

Was die Qualität des Brotes anbelangt, be-
tritt Herr Foltusházy nicht, daß das Brot tatsäch-
lich schlechter ist, als es im Verhältnis zur Qualität
des Getreides, aus welchem es hergestellt wird, sein
dürfte. Ein Grund dafür ist darin zu suchen, daß die
Regierung, um das Mehlsquantum zu vergrößern,
gezwungen war, das Mehlercentage von 80 auf 84 zu
erhöhen. Diese vier Prozent machen sich beim Brot
in Form von Mele bemerkbar. Als ein weiterer
nachtheiliger Umstand muß noch der Erbsenmangel
angeführt werden, unter welchem nicht nur die
Bäcker, sondern auch die kommunale Brotfabrik zu-
leidern hat, und schließlich der Mangel an Hefe, an
dessen Stelle Sauerteig verwendet werden muß, ein
Bestandtheil, der dem Brot den säuerlichen Geschmack
gibt. Diese Qualitätsmängel haben auf die Mahr-
haftigkeit des Brotes natürlich keinen Einfluß.

Das Fett.

Was die Fettfrage betrifft, kann ich jetzt —
sagte der Magistratsrath — nicht viel mehr sagen,
als was durch die Publikationen der Hauptstadt be-
reits bekannt ist. Wir sind vollständig fertig, die
Fettkarten zu jeder Stunde einzuführen, sobald
die Regierung über diese Frage entschieden hat.
Nachdem die Entscheidung in dieser Frage jedoch
nicht mehr bei der Regierung, sondern bei dem
Landes-Lebensmittelamt fallen wird, hoffen wir,
daß die Erledigung dieser Frage dort dringend be-
handelt werden wird, was umso wahrscheinlicher ist,
da für die Hauptstadt das größte Wohlwollen
herrscht. Die Einführung der Fettkarten dürfte also
bald möglich werden und damit hoffen wir, daß das
Gedränge und das Anstellen vor den Geschäften um
das Fett, was bisher selbst bei dem größten Ent-
gegenkommen nicht vermieden werden konnte, von
selbst aufhören wird.

Der Zucker.

Bezüglich des Zuckersystems, dessen Einführung ebenso nothwendig wie dringend
ist, kann ich dasselbe sagen, und deshalb erwarten
wir die Entscheidung hierüber mit denselben Hoff-
nungen und ebensolcher Ungeduld, wie das Fettkar-
tensystem. Bei den heutigen mangelhaften Vorräthen
kann solange keine Ordnung eintreten, als wir nicht
zum System der einheitlichen und gerechten Ver-
theilung übergehen.

Die Hülsenfrüchte.

Bei der Versorgung mit Hülsenfrüchten (Boh-
nen, Erbsen, Linsen) bestehen thatsächlich Uebel-
stände und Schwierigkeiten. Die allgemeine Verfö-
gung mit Erbsen und Linsen wird sozusagen ganz
ausfallen, weil man mangels genügender Vorräthe
froh sein muß, die Spitäler und Wohlfahrtsanstalten
einigermaßen versorgen zu können. Linsen dürften
im Verkehr überhaupt nicht erscheinen, da diese
Frucht stets importirt wurde. In Frage können nur
Bohnen kommen, und auch hievon stehen geringere
Mengen zur Verfügung, als nothwendig wären, und
das bürgerliche Publikum muß sich damit begnügen,
was das Militär übrig läßt. Derzeit legen wir das
größte Gewicht darauf, die Privathaushaltungen auf
Grund der Bohnenarten zu befriedigen, was auch
ungestört vor sich geht. Wenn noch Bohnen übrig
bleiben, werden auch die Gasthäuser, Auskochen-
und sonstige Speiseanstalten regelmäßig versorgt
werden. Die Verbeisaffung der Bohnen ist durch
den Umstand erschwert, daß sie nur in kleinen Men-
gen von Tausenden und Abertausenden kleinen Land-

wirthen gefischt werden. Ihre Requirirung ist un-
gemein beschwerlich und problematisch, so daß heute
noch jede Uebersicht über die gefischten Mengen aus-
steht. Es läßt sich demnach auch nicht berechnen, wie
viel Bohnen per Kopf der hauptstädtischen Bevöl-
kerung zur Verfügung stehen werden. Es ist jedoch
berechtigte Hoffnung vorhanden, daß auch hierüber
in naher Zukunft die Entscheidung fallen wird. Bis
dahin werden per Kopf und Monat $\frac{1}{2}$ Kilogramm
Bohnen angewiesen werden. Es wird Sache der
Behörde sein, den Mehrverbrauch durch entsprechende
Maßnahmen zu verhindern und dadurch die Vorräthe
auf je längere Zeit zu strecken. Vorläufig bringt die
Hauptstadt die in weiser Voraussicht noch im vori-
gen Jahre erworbenen Bohnen in Verkehr. Diese
Voraussicht macht es eben möglich, daß das Publi-
kum, trotzdem die neuen Bohnen noch ausstehen,
jetzt schon mit dieser Frucht versorgt werden kann.

Die Milch.

Ueber die Milch kann ich jetzt nicht mehr sagen,
als was im gestrigen Communiqué bereits mitge-
theilt wurde, d. h. da die Milcheinfuhr in Abnahme
begriffen ist, strengere Maßnahmen bezüglich deren
Vertheilung getroffen werden müssen.

Ohne daß ich dies hervorzuheben brauchte, fühlt
und weiß es Jedermann, daß insbesondere in den
Frühjahrs- und Sommermonaten das Publikum
sich an größere Sparsamkeit wird gewöhnen müssen,
während es Aufgabe der Behörde sein wird, über die
zur Verfügung stehenden Lebensmittel in einer Weise
zu wachen, daß von denselben Jedermann, wenn
auch mit Wenigem, aber einheitlich und gerecht be-
theiligt werde und daß in erster Reihe die Privat-
haushaltungen zu den Artikeln leicht gelangen, ohne
daß die Gesundheit durch das stundenlange Warten
gefährdet werde. Wenn alle Faktoren nach dieser
Richtung hin zusammenhalten, glaube ich, wird es
gelingen, auch über diese Schwierigkeiten hinwegzu-
kommen.

Neues Pester
29. IX. 1916

Die Approvisionnement der Hauptstadt.

Eine Unterredung mit dem Magistratsrath Ludwig
Foltusházy.

An der Schwelle des Winters, da die Verfö-
gung der Hauptstadt mit Lebensmitteln auch in
Friedenszeiten eine schwerere zu sein pflegt als in
den anderen Jahreszeiten, nahmen wir Veran-
lassung, den Leiter der Approvisionungssektion
Magistratsrath Ludwig Foltusházy, dem zuge-
standen werden muß, daß es ihm auch unter den
schwierigsten Verhältnissen gelungen ist, das haupt-
städtische Publikum vor den schwersten Heimlichun-
gen zu bewahren, zu befragen, wie sich die Appro-
visionierung der Hauptstadt in den bevorstehenden
Wintermonaten gestalten dürfte. Magistratsrath Lud-
wig Foltusházy hatte die Liebenswürdigkeit, sich im
Gespräche mit unserem Berichterstatter über die ein-
zelnen an ihn gestellten Fragen ungefähr wie folgt zu äußern:

Die Mehlversorgung.

Die Mehlversorgung der Hauptstadt geht der-
zeit ungestört vor sich und Mehl ist für die nächste
Zukunft genügend vorhanden. Während dieser Zeit
kann die Vertheilung weder durch Transportschwie-
rigkeiten, noch durch andere Verkehrshindernisse be-
einträchtigt werden. Wenn dem Publikum bei der
Einlösung der Mehlkarten an den Verkaufsstellen
dennoch Schwierigkeiten bereitet werden, so darf dies
nicht als Symptom dessen betrachtet werden, als ob
die Hauptstadt die Verkaufsstellen nicht genügend mit
Mehl versorgen würde, vielmehr ist diese Erscheinung
darauf zurückzuführen, daß in den betreffenden Ge-
schäften Unregelmäßigkeiten bestehen. In solchen
Fällen können wir dem Publikum nur empfehlen,
die betreffenden Verkaufsstellen in der Approvisi-
onierungssektion anzuzeigen, damit die Klage sofort ge-
prüft werden könne. Heute haben die Mehlkarten und
die pünktliche Verrechnung derselben doppelte Wich-
tigkeit. Mehlmangel kann nur dort entstehen, wo das
Mehl ohne Karten abgegeben wird oder wo die
später fälligen Mehlkarten vor ihrer Gültigkeit hono-
rirt werden. Nachdem das Centralmehlamt die früher
eingelösten Karten zur Verrechnung nicht annimmt,
sondern nur jene, die in der laufenden Woche fällig
sind, kann es leicht vorkommen, was auch die Erfah-
rung lehrt, daß ein solches Geschäft mit weniger
Mehl versorgt wird, als für das dort tausende Publi-

kum ausreicht. Diese von den Verkäufern begangene,
scheinbar belanglose Unregelmäßigkeit zum Schaden
des Publikums präsentiert sich dann als großer Uebel-
stand, nämlich als Mehlmangel.

Auf die Frage, wie es mit der Mehlversorgung
im nächsten Frühling und Sommer aussehen werde,
antwortete Foltusházy, daß er sich in Prophe-
zeiungen nicht einlassen könne. Diese Frage könne nur
bedingungsweise beantwortet werden. Wird die Re-
gierung, respektive die Kriegsprodukten-Aktiengesell-
schaft einigermaßen mit Mehl versorgt sein, so kann
ruhig gesagt werden, daß auch die Hauptstadt Mehl
haben wird. Es hängt Alles von dem Ergebnis der
jetzt mit großer Energie betriebenen Getreiderequirir-
ung im Lande ab. Welch großes Gewicht die Regie-
rung auf die Requirirung legt, beweist der Umstand,
daß sie nach dieser Richtung hin dem eben errichteten
Landes-Lebensmittelamt einen weiten Wirkungsbereich
eingeräumt hat. Vorläufig liegt kein Grund vor, die
Zukunft als trübe zu betrachten, obwohl es zweifellos
ist, daß die Mehlversorgung im Frühjahr und Herbst
mehr Sorgen bereiten wird als bisher.

Konsumentenpolitik in Krieg und Frieden.

Referat gehalten anlässlich der Hausfrauen-tagung von Dr. Adolf Siegler, Konsulent der niederösterreichischen Handels- und Gewerbesammer.

Schon vor dem Kriege machte sich gegenüber der immer mehr fortschreitenden Organisation der Produzenten das Bedürfnis geltend, die Konsumenten zu organisieren. Wenn die Landwirtschaft durch ihre Interessenvertretung, die Landes- und Kulturräte, die Lebensmittelproduktion im Vereine mit der Landwirtschaft durch Kartelle (Zuckerartell) ihrer eigenen Preis- und Zollpolitik maßgebenden Ortes Geltung zu verschaffen mußte, so hatte sich früher das Fehlen eines Gegengewichtes, das Fehlen der Vertretung einer Konsumentenpolitik dadurch bemerkbar gemacht, daß die Lebenshaltung, und zwar in einem Maße, das mit dem der Steigerung der Produktionskosten nicht Schritt hielt, verteuert wurde. Die Preisregulierung nach den Gesetzen der freien Konkurrenz, nach freiem Angebot und Nachfrage, wurde dadurch, daß die Interessentengruppe der Produzenten durch ihren Zusammenschluß einseitig das Angebot beeinflussen konnte, immer mehr von dieser infolge ihrer Organisation stärkeren Interessentengruppe zu ihren eigenen Gunsten beeinflusst. Schon vor dem Kriege suchten sich daher die Konsumentkreise dadurch zu schützen, daß sie sich gegen gewisse zugunsten der Produktion eingeführte Institutionen zur Wehr setzten. Die Agitation für die Aufhebung der Getreidezölle, für die Ermöglichung der Einfuhr überseeischer Gefrierfleischs und für die Aufhebung der Grenzsperr für Vieh gegen den Balkan sind die ersten Ansätze für eine organisierte Konsumentenpolitik. Als zu Beginn des Krieges in Anbetracht der Tatsache, daß Österreich in seinen normalen Bedürfnissen auf die Zufuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande angewiesen ist, das Angebot der gewohnten Nachfrage nicht vollständig Genüge leisten konnte, setzte sofort eine energische Preissteigerung in sämtlichen Lebensmitteln ein. Das Übergewicht der Vertreter der Produzentenpolitik, die insbesondere im Agrarstaate Ungarn ihre Vertretung fand, konnte auch dingende Maßnahmen, wie die Aufhebung der Lebensmittelzölle (insbesondere der Getreidezölle) soweit hinauschieben, daß die endliche Aufhebung in einem Zeitpunkte erfolgte, da der Abschluß der Centralmächte gegenüber dem Auslande nahezu ein vollständiger war und keine Wirkung mehr äußern konnte. Das weitere rapide Steigen der Preise, der spekulative Aufkauf von Lebensmitteln in preisstreberischer Absicht, machte staatliche Maßnahmen zum Schutze der Konsumenten, wie die Verordnungen über Preisstreiberel und die Festsetzung von Höchstpreisen für die wichtigsten Lebensmittel,

endlich die Monopolisierung des Verkehrs mit dem wichtigsten Lebensmittel, Getreide und Brot, notwendig. Die engen Wechselbeziehungen zwischen Volk und Volksheer, der Umstand, daß die schönsten militärischen Erfolge durch Unzufriedenheit im Hinterlande, durch eine wirkliche oder auch nur durch Spekulation hervorgerufene scheinbare Lebensmittelknappheit und Hungernot in Frage gestellt werden können, ließen eine Konsumentenpolitik auch im Interesse des Staates selbst gelegen erscheinen.

Eine richtige Konsumentenpolitik muß sich nach drei Richtungen hin äußern. Sie muß beginnen mit der möglichsten Steigerung der Produktion — hier geht sie konform mit dem Produktionsinteresse — sie muß aber — hier trennen sich die Interessen — auch auf eine richtige und gerechte Preisbildung, muß insbesondere dort, wo die Preise zu hoch gestiegen sind, einen langsamen Aufbau der Preise im Auge behalten und muß endlich auf eine gerechte und gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel hinwirken. Vielleicht hat man im allgemeinen auf dieses letzte Moment zuviel Gewicht gelegt, man ist von einer Art Verteilungsmaniak befangen, ohne zu bedenken, daß zu erst genügende Mengen zur Verteilung hier sein müssen, bevor man an die Verteilung schreiten kann. Die Steigerung der Produktionsmöglichkeit im Interesse größerer momentaner Verteilungsmöglichkeit außer acht zu lassen, war vielleicht im ersten Kriegsjahre verzeihlich, als man mit einer kurzen Dauer des Krieges rechnete, nicht aber jetzt, wo ein Ende des Krieges noch immer nicht absehbar ist, dagegen sicher feststeht, daß auch nach dem Friedensschluß die Verkehrsverhältnisse es mit sich bringen werden, daß Österreich durch geraume Zeit hindurch auf seine eigene Produktion wird angewiesen sein.

Eine richtige Konsumentenpolitik muß daher beginnen mit der möglichsten Anspannung der Produktion. Den Besitzern von Grund und Boden muß zum Bewußtsein gebracht werden, daß die Ausnützung desselben zur Produktion nicht in seinem Belieben gelegen ist, sondern daß er der Allgemeinheit gegenüber die Pflicht hat, die Produktion auf das höchste anzuspinnen. Es darf nicht möglich sein, daß ausgedehnte Alpen, die für die Viehzucht dienen könnten, wegen des Jagdvergnügens reicher Besitzer ihrem natürlichen Zwecke entfremdet bleiben, genau so wie das Brachliegenlassen des Ackerlandes verboten werden könnte. Die vielfach rückständigen Landwirte müssen gezwungen werden, die Produktion von Lebensmitteln auf das höchste anzuspinnen, durch Strafe sowohl als auch durch Belohnung. Ich meine hier nicht die Subventionen, wie sie heute von den Landes- und Kulturräten verteilt werden und die eine günstige Wirkung nicht äußerten, sondern auch dem in seiner Kultur lässigen Landwirt zugute kommen, der damit als mit einer hohen Geldquelle rechnete, so daß ein Anreiz zu intensiver Tätigkeit nicht gegeben war, sondern Belohnung für wirklichen Erfolg. Es sei hier darauf verwiesen, daß die unter bedeutend ungünstigeren Umständen und Bodenverhältnissen arbeitende deutsche Landwirtschaft doppelt so hohe Hektarerträge hervorbringen in der Lage ist wie die österreichische oder gar die ungarische Landwirtschaft. In einer Sitzung der Handelspolitischen Kommission habe ich die Bezahlung von Prämien für die den Durchschnitt übersteigenden Hektarerträge vorgeschlagen. Man dürfte hier auch nach meiner Ansicht nicht davor zurückschrecken, einen Anreiz zu gesteigerter Produktion dadurch zu bieten, daß man in dieser Hinsicht erfolgreich tätigen Landwirten eine Erhöhung der Protraktion für sich und sein Gesinde bewilligt. In Anbetracht der geringen Krustkraft des Geldes wäre dies wohl der größte Ansporn für den Landwirt, und wenn man beispielsweise dadurch eine 50%ige Erhöhung

der Produktion erreichen könnte (und das wird bei der Verbesserungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Produktion häufig der Fall sein), so wird die Möglichkeit, derartigen Landwirten eine 10 oder 20%ige Verbesserung der Brotversorgung zu gewähren, der Allgemeinheit gewiß keinen Nachteil, sondern nur Vorteile bringen. (Kurzfristige Verordnungen, die zwar den momentanen Bedarf ins Auge fassen, aber die künftige Produktion außer acht lassen, vergrößern vielleicht die gegenwärtigen Vorräte um ein Geringes, schädigen aber die Zukunft um ein Vielfaches. So können Selbstversorger im Gebirge mit einer Erntezeit etwa im September ihre Selbstversorgung ebenso wie etwa die Marchfeldbauern mit einer Erntezeit Ende Juni oder Anfangs Juli ihren Bedarf nur bis zum 15. August decken und sind gezwungen, vom 15. August bis zur Mähfähigkeit des eigenen Getreides die Versorgung durch die Vorkarte in Anspruch zu nehmen. Die Zustreitung fremden, anderswo geernteten Getreides ist aber in gebirgigen, von der Bahn entfernten Gegenden infolge des Fuhrwerksmangels nicht möglich. Der Landwirt muß daher gerade zur Zeit der intensivsten Erntearbeit mit seiner Vorkarte, die oft nicht honoriert wird, von einem Ort zu oft entlegenen anderen Orten wandern und die bringenden Erntearbeiten zum Schaden des Erntertrages vernachlässigen oder er läßt sich verleiten, entgegen den Vorschriften trotzdem eine Reserve für diese Zeit zu versetzen, und zwar, da eine Übertretung einmal nicht vermeidbar ist, gleich ein größeres Quantum. Ähnlich kurzfristig war die geschliche Unmöglichkeit für den Selbstversorger, den eigenen Kartoffelbedarf länger als bis zum 1. Juli zurückhalten zu dürfen. Die Folge davon war, daß von dieser Zeit bis zur neuen Kartoffelernte die Selbstversorger die kleinen unausgereiften Knollen, um den Hunger zu stillen, ausgaben, die ausgereift ein Vielfaches des Ertrages ergeben hätten, ein Raubbau an der eigenen Produktion. Man hat den Eindruck, daß manchmal einem Kilo nachgelaufen wird und dabei wagonweise kostbare Lebensmittel verloren gehen.

Nun zur Preispolitik:

Die schlechten Erfahrungen, die man bisher mit der Festsetzung von Höchstpreisen gemacht hat, lassen sich auch nur auf Irrtümer und unrichtige Veranlagung, nicht aber auf das Prinzip der Höchstpreise zurückführen. Ich habe in der Handelspolitischen Kommission vor mehr als einem Jahre eine Reihe von Grundfragen für die Erstellung von Höchstpreisen in einem an die Behörden gegangenen Gutachten an der Hand zahlreicher Beispiele aufgestellt. Höchstpreise müssen zweckmäßigweise in einem ganzen System alle Artikel treffen, die in irgend einem Zusammenhange miteinander stehen. So müssen die Preise der Gegenstände zum direkten menschlichen Konsum in ein Verhältnis gebracht werden zu jenen Artikeln, die erst auf dem Umwege des Tiermagens in Fleisch- und Fettform dem menschlichen Genuße dienen können. Wenn gutes Getreide den Höchstpreisen unterliegt, schlechtes, von der Kriegs-Getreideverkehrsanstalt zurückgewiesenes Getreide, welches nur mehr als Futter verwendet werden kann, keine Preisbeschränkung hat, oder wenn das Vieh gleichzeitig keinen Höchstpreis erhält, so wird der Landwirt verleitet, Getreide zu verfüttern, ja es zu diesem Zwecke sogar zu Viehfutter zu werden zu lassen.

(Fortsetzung im nächsten Blatte.)

Abonnementbedingungen:
 Wien: Mit Zustellung ins Haus:
 Wöchentlich 60 h,
 monatlich K 2.00, vierteljährlich K 7.50
 Zum Abholen in den Filialen, in allen
 Tabak-Praktiken und Vertriebsstellen:
 Wöchentlich K 2.00.

Bratislava und Ungarn:
 Monatlich K 3.—, vierteljährlich K 9.—
 bei freier Zustellung durch die Post.
 Deutschland: Vierteljährlich K 12.—
 für alle anderen dem Weltpostverein
 angehör. Länder: Vierteljährlich K 15.—
 Abonnements werden angenommen
 in der Administration, V. Rechte
 Wienzeile 97, und in den Filialen:
 I. Schulerstraße 18, Telefon 8181
 II. Bognerstraße 30, Tel. 40228
 X. Bielenplatz 6, Telefon 88244
 XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 83128
 XVI. Klausgasse 54, Telefon 84145
 XVII. Sadnergasse 22, Telefon 17175
 XXI. Angererstraße 14.
 Für die an fremde Ausländer oder
 Beschleifer bezahlten Beträge leisten
 wir keine Garantie.
 Offene Reklamationen sind vorzuziehen.

zung

erreich.

Arbeiterzeitung nachmittags.

XXVIII. Jahrgang.

Die Nahrungsjorgen zu lindern!

Der österreichische Ministerpräsident hat heute bei seiner Verabschiedung von seinem bisherigen Amte eine Rede gehalten, die nicht nur infolge der grundsätzlichen Schweigsamkeit seines Vorgängers auffällt, sondern auch von den meisten seiner bisherigen Äußerungen absteht. Sie sucht nicht den Glanz, sie ist schlicht und warm, sie enthält zugleich ein persönliches Bekenntnis, das in diesem Zusammenhang überrascht. Die ernsteste Stunde seines Lebens nennt Dr. v. Koerber den Augenblick, wo er sich entschloß, dieser Berufung zu folgen; denn er sei sich der erdrückenden Fülle von Pflichten sowie der Verantwortung bewußt, welche ihm daraus gegen den Staat und gegen seine Völker erwüchse. „Wer mich kennt, weiß, daß ich jedem äußerlichen Scheine, jedem Brunske, der mit solchen Stellungen verbunden ist, abhold bin und daß es mir ohne Rücksicht auf meine Person stets und allein um das allgemeine Wohl, um die Herbeiführung eines gesunden wirklichen Fortschritts auf den Gebieten des staatlichen Lebens zu tun ist. Reichtümer strebte ich nie an.“ Von ihm weiß man das ja auch schon lange. Was also hat ihn bestimmt, in verworrenen Zeiten das schwierige Amt zu übernehmen, das öffentliche Wesen unseres Landes wieder aufzurichten? Mut gab ihm nur die Hoffnung, daß die Bevölkerung meine reinen Absichten erkennen und ungeachtet der schweren Mühsale nicht vorjagen, sondern die Ueberzeugung gewinnen wird, daß mit Ernst und Gewissenhaftigkeit das möglichste geschehen wird, um vor allem ihre Nahrungsjorgen zu lindern.“

Dr. v. Koerber stellt demnach die Ernährungsfrage in den Mittelpunkt seiner künftigen Tätigkeit, er steht in ihr zurzeit die höchste Aufgabe des Staates und die oberste Regierungspflicht gegenüber dem Volke, an das er sich freimütig wendet. Das ist nach der langwährenden Enthaltungskur, der die Volksmassen in Bezug auf öffentliche Erklärungen bei uns ausgesetzt waren, immerhin schon etwas. Man findet es doch des Versuches wert, mit der Bevölkerung zu reden und die schweren Mühsale, die sie opferwillig trägt, auch zu verzeichnen.

Im Anfang war das Wort — und also können wir hoffen, daß das Wort auch wirklich ein Anfang von Taten werden wird. Herr v. Koerber ist kein neuer Mann, man weiß von ihm, daß er Ideen und Tatkraft besitzt, und so wollen wir seine Hoffnung auf die Bevölkerung mit unseren Hoffnungen vergelten, obschon es für die vielgeprüften Österreicher zum Hoffen schon beinahe zu spät ist! Alles und jedes in der österreichischen Ernährungs-politik ist Versäumnis — und so auch diese Berufung selbst. Im ersten Kriegsjahr ließ sich alles, im zweiten noch vieles, im dritten nur noch manches richten. Daß unsere Felder nicht voll angebaut sind, daß die Anbau- wie die Erntearbeiten niemals ausreichend organisiert worden sind, daß man für Stickstoffdünger nicht vorgesorgt hat, daß unsere Viehstände durch die zweijährige Verspätung der Viehverkehrsregelung arg mitgenommen sind — das ist ein unwiederbringlicher Verlust, ein nie mehr gutzumachender Schaden! Wer vermöchte den Katalog der Unterlassungen und der Verspätungen heute noch herzusagen? Wir haben das Einfuhrverbot für Getreide erst aufgehoben, nachdem freie Einfuhr nicht mehr möglich war, Höchstpreise für Getreide erst eingeführt, als der Preis schon Wucherbedürfnisse befriedigt hatte, die Brotkarte und das Getreidemonopol erst geschaffen, nachdem wir das Edelgetreide verschwelgt hatten. Wir haben Fettpreise erst festgesetzt, als die Preise fast unerschwinglich waren, und dann nicht den Mut gehabt, sie abzubauen; wir haben nicht zuerst die Viehpreise ab Stall geregelt, sondern sind umgekehrt vorgegangen, haben erst Fettpreise gesetzt und gewartet, bis der Fleischpreis sie umstieß, dann Fleisch- und Fettpreise für Schweine gesetzt und sehen nun zu, wie der Viehpreis sie umstößt. Man nehme Milch, Zucker, Kaffee, was man will, überall kamen wir Wochen, Monate, Vierteljahre zu spät. Und so kam es, daß sich die „Interessenten“ allenthalben an der Konjunktur Genüge tun konnten. Wir haben

auf dem Gebiet der Massenbedarfsartikel viel neuen Reichtum entstehen gesehen, wir schauen ihn ja täglich in den Straßen, in den Luxusgeschäften, in den Logen, wir hören, daß er Schlösser erwirbt und in den Hauptstädten Häuser aufkauft. Er hält es gar nicht nötig, sich zu verbergen. Wir lesen erstaunt die Jahresabschlüsse der Aktiengesellschaften, die mit Zucker, Spiritus, Petroleum und anderen Unentbehrlichen zu tun haben, und hören, daß die Ergebnisse die Aktionäre recht befriedigen. Wir sind eben überall mit den staatlichen Eingriffen zu spät gekommen oder auch nicht tief genug eingedrungen.

Die Preise haben sich so auf einer sehr hohen Stufe befestigt, wenn sie nicht gar noch immer neue Stufen erklimmen. Von einem Abbau der Preise, einem der ersten Programmpunkte des deutschen Reichsernährungsamtes, wissen wir auch nicht ein Beispiel vorzuführen. Recht so, daß der neue Ministerpräsident die ernstliche Absicht bekundet, des Volkes Nahrungsjorgen zu lindern; in vielen Fällen wird das das gleiche bedeuten wie die Preise abzubauen. Es ist nur so kläglich spät damit geworden, Preise fressen sich ein in die Volkswirtschaft wie Polypen, ihre Beseitigung kostet umso mehr, je länger sie auf sich warten läßt. Mit den Preisen verhärteten sich die Seelen und klammern sich um so trostloser an den Vorrat.

Für das Gute ist es nie zu spät und das Notwendige kommt noch immer zur rechten Zeit. Noch ist gar vieles zu richten.

Indessen ist ein Uebel zu heilen, das noch viel tiefer sitzt: Am Ende des zweijährigen Teuerungsfeldzuges heften wir auf dem Papier schon viele gut durchdachte Vorschriften, sie werden sogar jetzt in Buchform erscheinen. Aber gerade diese papierene Versorgung ist uns zum rechten Vergernis geworden! Wir haben nämlich nicht gleich bei Kriegsbeginn das ganze Volk auf allen zugänglichen Wegen, durch das Amt und durch seine Vertrauensmänner, wissen lassen, daß es fürchterlich ernst mit diesen Dingen steht, daß die Normen auch wirklich gehalten, um der Volksgesamtheit willen gehalten werden müssen. Freilich, man hat sich den Zugang zum Herzen, zum guten Willen, zum Verstand des Volkes selber verammelt, man verkehrte mit ihm nur auf dem Wege von Maueranschlägen und Amtstafelaufschriften. Dort mochte also jeder hingehen und lesen, was seine paragraffierte Pflicht ist! Die Bürgermeister haben die schwarzen Tafeln im Vorweg des Gemeindehauses lange Monate hindurch vollgeklebt — aber geht wirklich jemand hin, dort seine Pflicht zu lesen? Was gemeinlich dort steht, ist Behördensache, wird nicht leicht als Volkssache empfunden. Weite, sehr weite Volkstreife haben den schweren Fehler begangen, in Maßregeln, die geradehin die Selbsterhaltung des Volkskörpers bezwecken, bloß unverständliche Behördensinsinnsfälle und Nennerschriften zu sehen. Aber freilich — mer hätte denn ihr Dolmetsch in diesen Dingen sein können? Jene, die gewohnheitsmäßig mit ihnen reden und durch gewisse Grundgesetze auch dazu befugt wären, sie wurden ja als Mittler zwischen Staat und Volk überflüssig befunden. Die Zeitungen aber beschränkten sich allmählich darauf, die Verordnungsterte wie Inserate einzuschalten, nachdem der erklärende Text, den sie beigaben, sich zu allermeist in einen weißen Fleck verwandelte. So schlug unser Ernährungsregime im Volke nicht Wurzel: man gewöhnte sich, nichts zu befolgen oder den Vorschriften nur „beiläufig“ nachzuleben. Die Behörden standen erschreckt und hilflos vor dem allgemeinen Streik der Gesetzlichkeit. Der Handel machte sich, sobald er die Schwäche erkundet hatte, sofort sie zunutze. Kam eine Höchstpreisvorschrift, flugs riß er die Vorräte vom Markte und erzeugte eine Klemme, in der man das Manöver durch erhöhte Lospreise belohnte. Bisher hat er sich nicht ein einziges Mal getäuscht. Mit der Regelmäßigkeit der Planeten lehrte jedesmal, wenn eine Zuckerpreisregulierung bevorstand, eine beängstigende Zuckerflemme wieder, und noch schlimmer ging es beim Vieh und bei tierischen Nährstoffen.

Das ist das Uebel, das zu tiefst sitzt! Der Sinn für Gesetzlichkeit, in Oesterreich nie zu stark entwickelt, ist aus den erwähnten Gründen von Anfang an nicht gepflegt worden. Wird aber einmal in diesem wichtigen Regwerk eine Masche loder, so erweitert sich der Riß nur allzu leicht: wie soll der Staats-

1/XI. 1916

Ämtliche Bekanntmachungen.

M. b. S. VI b 398
M. f. S. II b 12 224
M. f. S. I A I e 13 723.

Anordnung

der Landeszentralbehörden, betreffend Errichtung eines Kommunalverbandes „Fettstelle Groß-Berlin“ zur Regelung des Verkehrs und Verbrauchs von Milch und Speisefetten.

§ 1.

Zum Zwecke der Regelung des Verkehrs und Verbrauchs von Milch und Speisefetten, sowie der Festsetzung von Höchstpreisen für diese Lebensmittel werden gemäß § 18 Absatz 3 und § 29 Absatz 3 der Verordnung des Bundesrats über Speisefette vom 20. Juli 1916 (Reichsgesetzbl. S. 755) und gemäß § 9 der Bekanntmachung über die Bewirtschaftung von Milch und den Verkehr mit Milch vom 3. Oktober 1916 (Reichsgesetzbl. S. 1100) unter dem Namen „Fettstelle Groß-Berlin“ die Stadtkreise Berlin, Charlottenburg, Neukölln, Berlin-Lichtenberg, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf sowie nachstehende Gemeinden und Gutsbezirke des Landkreises Teltow: Wlbershof, Alt-Ostende, Berlin-Britz, Cöpenick, Berlin-Dahlem, Gut Düppel, Berlin-Friedenau, Grünau, Forst Grünau-Dahme, Berlin-Grünwald, Grünwald-Forst, Seerstraße, Johannisthal, Berlin-Lankwitz, Berlin-Lichterfelde, Berlin-Mariendorf, Berlin-Mariensfelde, Nikolassee, Berlin-Niedererschöneweide, Berlin-Schmargendorf, Berlin-Steglitz, Berlin-Tempelhof, Berlin-Treptow, Wannsee, Zehlendorf zu einem Kommunalverband vereinigt.

§ 2.

Der Kommunalverband nimmt die Regelung des Verkehrs und Verbrauchs von Milch und Speisefetten sowie die Festsetzung von Höchstpreisen vor. Es werden ihm die Befugnisse und Pflichten aus den §§ 8 bis 17 der Verordnung über Speisefette vom 20. Juli 1916 und den §§ 6 bis 8 der Bekanntmachung über Bewirtschaftung von Milch und den Verkehr mit Milch vom 3. Oktober 1916 übertragen.

§ 3.

Die Angelegenheiten des Kommunalverbandes werden durch einen Ausschuss erledigt, der Vorstand im Sinne des § 33 der Verordnung über Speisefette vom 20. Juli 1916 und des § 13 der Bekanntmachung über die Bewirtschaftung von Milch und den Verkehr mit Milch vom 3. Oktober 1916 ist. In den Ausschuss entsendet der Stadtkreis Berlin den Oberbürgermeister oder einen Stellvertreter und 3 weitere Mitglieder, die übrigen Stadtgemeinden und der Landkreis Teltow je einen Vertreter. Jedes Mitglied führt eine Stimme. Den Vorsitz führt der Oberbürgermeister von Berlin oder sein Stellvertreter. Die Beschlüsse werden nach einfacher Stimmenmehrheit gefaßt; bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Zur Gültigkeit der Beschlüsse ist erforderlich, daß Vertreter von mindestens 4 verschiedenen Stadt- oder Landkreisen anwesend sind.

§ 4.

Der Vorsitzende des Ausschusses führt in dessen Namen die laufenden Geschäfte und gibt sämtliche Willenserklärungen des Kommunalverbandes in dessen Namen nach außen hin ab. Zur Erledigung einzelner Geschäfte können Unterausschüsse gebildet werden.

§ 5.

Die der Fettstelle Groß-Berlin erwachsenden Kosten werden von den beteiligten Stadtgemeinden und dem Landkreis Teltow nach Maßgabe der Bevölkerungszahl der angeschlossenen Gemeinden getragen.

§ 6.

Die beteiligten Stadtgemeinden und der Landkreis Teltow sind verpflichtet, Beschlüsse und Anordnungen des Kommunalverbandes amtlich bekanntzugeben und zur Ausführung zu bringen.

Berlin, den 26. Oktober 1916.

Der Minister des Innern: Der Minister für Handel und von Loebel. Gewerbe: Im Auftrage: Lufsenky. Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten. Im Auftrage: Graf Reysersling.

Gemäß der obigen Anordnung der Landeszentralbehörden wird die von der Milchversorgungsstelle Groß-Berlin erlassene Milchverordnung als Verordnung der Fettstelle Groß-Berlin hiermit nochmals veröffentlicht:

Milchverordnung.

Auf Grund der Bekanntmachung über Speisefette vom 20. Juli 1916 (R.-G.-Bl. S. 755) und der Bekanntmachung über die Bewirtschaftung von Milch und den Verkehr mit Milch vom 3. Oktober 1916 (Reichsgesetzblatt Seite 1100) wird für den Bezirk der Fettstelle Groß-Berlin bestimmt:

§ 1.

Der Vollmilch, Magermilch oder Sahne in das Gebiet der Fettstelle Groß-Berlin einführt oder von außerhalb dieses Gebiets bezieht, hat diese Erzeugnisse an die von der Fettstelle Groß-Berlin bezeichneten Milchbearbeitungsstellen (Meiereien) usw. unter den von der Fettstelle Groß-Berlin festgesetzten Bedingungen abzugeben. Die näheren Bestimmungen über die Bearbeitung, Verarbeitug und Verteilung der genannten Erzeugnisse trifft die Fettstelle Groß-Berlin.

§ 2.

Die Abgabe von Voll- und Magermilch an Verbraucher und die Entnahme durch sie darf nur auf Grund von Milchkarten, die für den Bezirk der Fettstelle Groß-Berlin ausgegeben sind, nach Maßgabe des Aufdrucks erfolgen. Verbraucher sind auch Gast- und Speisebetriebe sowie Anstalten.

Durch die Zuteilung von Milchkarten gewährleistet die Fettstelle Groß-Berlin nicht den Bezug einer der Milchkarte entsprechenden Milchmenge.

§ 3.

Den zum Bezirk der Fettstelle Groß-Berlin gehörigen Gemeinden und Gutsbezirken bleibt es überlassen, für ihr Gebiet nähere Bestimmungen über die Ausweisung der Milchkarten zu erlassen.

§ 4.

Es werden Vollmilchkarten und Magermilchkarten ausgegeben. Es erhalten Vollmilchkarten: 1. auf 1 Liter Vollmilch täglich Kinder im 1. und 2. Lebensjahre, 2. auf 3/4 Liter Vollmilch täglich Kinder im 3. und 4. Lebensjahre, 3. auf 1/2 Liter Vollmilch täglich Kinder im 5. und 6. Lebensjahre, 4. auf 3/4 Liter Vollmilch täglich schwangere Frauen in den letzten 3 Monaten vor der Entbindung, 5. auf 1/2 bis höchstens 1 Liter Vollmilch täglich Kranke auf Grund einer ärztlichen Bescheinigung, über deren Ausstellung und Nachprüfung die Fettstelle Groß-Berlin die näheren Bestimmungen trifft. Dies gilt auch für Kranke in Anstalten, sofern nicht den Anstalten eine besonders bestimmte Milchmenge zugewiesen wird. Die Versorgungsberechtigung gemäß Nr. 1, 2, 3 des obigen Absatzes endet mit dem Ablauf des Kalendervierteljahres, in dem das Kind das 2., 4., 6. Lebensjahr zurückgelegt hat. Magermilchkarten werden nach Maßgabe der vorhandenen Magermilchmenge und der besonderen Bestimmungen der Fettstelle Groß-Berlin ausgegeben.

§ 5.

Die Magermilchkarte ist bei der Entnahme der Milch vom Verbraucher vorzulegen; der Milchhändler hat den für den Abgabetag geltenden Abschnitt abzutrennen. Die Milchkarte und ihre einzelnen Abschnitte sind nicht übertragbar. Die vom Montag bis Sonntag abgetrennten Abschnitte hat der Milchhändler am Montag der nächsten Woche der Fettstelle Groß-Berlin, Berlin C 2, Poststr. 13, porto- und bestellgeldfrei einzureichen, und zwar in einem Umschlag, der die Bezeichnung „Milchkartenabschnitte“ sowie Namen und Geschäftsstelle des abliefernden Händlers enthält, aber getrennt nach der sich auf dem Aufdruck ergebenden Milchmenge. Die Abgabe und Entnahme von Voll- und Magermilch ist nur in den von der Fettstelle Groß-Berlin zugelassenen Milchgeschäften zulässig.

§ 6.

Vollmilch darf nur dort abgegeben und entnommen werden, wo der Karteninhaber angemeldet und in die Kundenliste eingetragen ist. Die Anmeldung zum Milchbezug geschieht derart, daß der Inhaber seine Milchkarte dem Milchhändler vorlegt und dieser den an der Karte befindlichen Anmeldeabschnitt abtrennt und an sich nimmt. Die Anmeldung darf auch durch den Haushaltsvorstand für die Mitglieder des Haushalts erfolgen. Der Milchhändler hat die Eintragungen in die

von der Fettstelle Groß-Berlin vorgeschriebene Kundenliste vorzunehmen. Die Eintragungen sind mit laufender Nummer zu versehen. Diese Nummer sowie der Name oder die Firma des Milchhändlers sind auf der hierfür vorgesehenen Stelle der Vollmilchkarten zu vermerken. Die Anmeldung wird erst wirksam, nachdem die Karte diesen Vermerk erhalten hat. Der Vermerk ist bei der Ausgabe neuer Karten vom Karteninhaber auf diese zu übertragen.

§ 7.

Die Anmeldung zur Kundenliste vom August 1916 bildet bis auf weiteres die Grundlage für den Milchbezug. Ob und wann eine erneute Anmeldung stattfindet, bestimmt die Fettstelle Groß-Berlin.

§ 8.

Erfolgt die Zuteilung von Vollmilchkarten infolge Geburt, Zuzug von außerhalb oder aus sonstigen Gründen nach Erlebigung der allgemeinen Anmeldung, so hat die Anmeldung des Milchbezugs auch für diese Personen gemäß § 6 zu erfolgen (Nachanmeldung). Die Nachanmeldung darf nur auf Grund solcher Karten erfolgen, auf deren Anmeldeabschnitt sich der Vermerk „Nachanmeldung“ befindet. Der Milchhändler, bei dem Nachanmeldungen erfolgen, hat unter Uebersendung der Anmeldeabschnitte bei der Fettstelle Groß-Berlin unverzüglich zu beantragen, daß ihm die entsprechende Milchmenge zugewiesen wird.

§ 9.

Ummeldungen von einem Milchhändler zum anderen sind nur im Falle eines Wohnungswechsels zulässig. Die für die Ummeldung vorgesehenen Formulare sind von dem Verbraucher, dem Milchhändler, bei dem die Milch bisher bezogen ist, und dem Milchhändler, bei dem sie in Zukunft bezogen werden soll, auszufüllen. Die Milchhändler haben die Formulare von den Brotkommissionen oder den sonstigen von den Gemeinden bestimmten Stellen in genügender Anzahl anzulangen. Der Milchhändler, bei dem die Milch bisher bezogen ist, hat den Abgemeldeten in der Kundenliste zu streichen. Der Milchhändler, bei dem die Milch in Zukunft bezogen werden soll, hat das ausgefüllte Formular unverzüglich der Fettstelle Groß-Berlin, Berlin C 2, Poststr. 13, zu übersenden.

§ 10.

Verzieht der Inhaber der Vollmilchkarte nach außerhalb oder verliert er aus sonstigen Gründen seine Berechtigung zum Bezug von Vollmilch, so ist seine Milchkarte der Brotkommission oder der sonstwie von der Gemeinde bestimmten Stelle zurückzugeben; gleichzeitig ist der Name und die Geschäftsstelle des Milchhändlers, bei dem der Karteninhaber eingetragen ist, anzugeben.

§ 11.

Werden neue Vollmilchkarten ausgegeben, so hat der Milchhändler zu prüfen, ob der Karteninhaber die Nummer der Kundenliste sowie den Namen oder die Firma des Milchhändlers richtig auf die neue Karte übertragen hat (§ 6 letzter Satz). Ist dies der Fall, so hat der Milchhändler den an der Karte befindlichen Anmeldeabschnitt abzutrennen und an sich zu nehmen. Er hat die Anmeldeabschnitte am Montag der nächsten Woche der Fettstelle Groß-Berlin, Berlin C 2, Poststr. 13, einzureichen, und zwar in einem Umschlag, der die Bezeichnung „Anmeldeabschnitte“ enthält, aber getrennt nach der sich aus dem Aufdruck ergebenden Milchmenge.

§ 12.

Wer Milch erzeugt, einführt, verarbeitet oder vertriebt, hat den Anweisungen der Fettstelle Groß-Berlin Folge zu leisten, insbesondere die von dieser Stelle geforderten Anzeigen vorchriftsmäßig zu erstatten.

§ 13.

Die Fettstelle Groß-Berlin ist befugt, Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zuzulassen.

§ 14.

Wer gegen diese Verordnung verstößt, wird gemäß § 85 der Bekanntmachung über Speisefette vom 20. Juli 1916 (Reichsgesetzblatt Seite 755) und § 14 der Bekanntmachung über die Bewirtschaftung von Milch und den Verkehr mit Milch vom 3. Oktober 1916 (Reichsgesetzblatt Seite 1100) mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Erzeugnisse erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 15.

§ 1 dieser Verordnung tritt mit dem 31. Oktober 1916, vormittags 9 Uhr, im übrigen tritt die Verordnung am 1. November 1916 in Kraft. Die Bestimmungen der Milchversorgungsstelle Groß-Berlin vom 7., 14., 15., 31. August und 26. Oktober 1916 treten außer Kraft. Berlin, den 20. Oktober 1916.

Fettstelle Groß-Berlin. Wermuth.

Tab.-Nr. 348 Br. 8.

Flechten als Nahrungs- und Futtermittel.

Von Dr. Fritz Jürgen Meyer.

Ungefähr vor Jahresfrist erschien eine kleine Broschüre „Die Flechten Deutschlands und Oesterreichs als Nähr- und Futtermaterial“ von dem Tübinger Pharmatologen Prof. C. Jacobi, und ihr folgte sehr bald eine zweite Veröffentlichung des gleichen Verfassers über „Die Lager der Renttierflechte und ihre Verwertung als Futter“. Vor kurzem gab Jacobi noch „Weitere Beiträge zur Verwendung der Flechten“ *) heraus, welche für das große Publikum vor allem wegen der in ihnen enthaltenen Rezepte für Flechtengerichte von besonderem Interesse sein dürfte.

Bis jetzt ist es gelungen, zwei Arten von Flechten nutzbar zu machen, die Renttierflechte (*Cladonia rangiferina*) das „Isländische Moos“ (*Cetraria islandica*). Freilich werden wohl auch noch zahlreiche andere versüßert oder sogar zu Nahrungsmitteln für den Menschen verarbeitet werden können, sobald eine Methode gefunden ist, die für den menschlichen und tierischen Körper schädlichen Flechtensäuren aus ihnen zu extrahieren.

Das Isländische Moos ist die wertvollere von den beiden genannten Flechtenarten. Ihr Beinamen „Isländisch“ ist wohl darauf zurückzuführen, daß diese Flechte für die Bewohner von Island von ganz besonderer Wichtigkeit gewesen ist und auch heute noch ist. Haben doch wiederholt die Isländer sich zum Teil ausschließlich von dem isländischen Moos ernähren müssen, wenn sie vom Festlande kein Getreide erhielten. In unseren Gegenden ist früher die Flechte wohl nur zur Schweinemast und als Futter für Zugvieh verwandt.

Die Verbreitung des Isländischen Mooses ist eine sehr weite. Es findet sich in ganz Nord- und Mitteleuropa. In Deutschland kommt es im Norden in großen Mengen in der Heide vor, in den Mittelgebirgen, den Alpenogrländern und

*) Alle drei Veröffentlichungen erschienen im Verlag von Mohr in Tübingen 1915, bzw. 1916.

den Alpen besonders in Nadelwäldern. Seine Ansprüche an Klima und Boden sind äußerst gering, und dadurch ist die Größe des Verbreitungsgebietes erklärlich.

Daß das Isländische Moos reich an Nährstoffen ist, war schon lange bekannt. Wie Jacobi in seiner ersten Broschüre berichtet, wies schon 1817 der schwedische Chemiker Berzelius in der Flechte 44 v. H. Stärkemehl und überdies noch 36 v. H. stärkehaltige Substanz nach, und spätere Analysen bestätigten diese Zahlen. Dem entspricht die Tatsache, daß in Island zwei Pfund Flechtenmehl einem Pfunde Getreidemehl gleich gerechnet werden. Außerdem enthält das Isländische Moos aber noch 3 v. H. von einem schädlichen Bitterstoff; diesen vollkommen zu entfernen, ist erst jetzt gelungen, und daher läßt sich nunmehr das Flechtenmehl ähnlich wie anderes Stärkemehl verarbeiten.

Berzelius versuchte den Bitterstoff durch bloßes Stehenlassen der Flechten in kaltem Wasser während 24 Stunden oder in kürzerer Zeit mit erwärmtem Wasser zu entfernen; Westering wandte später mit größerem Erfolg Alkali an. Jetzt pflegt man die zu entbitternde Masse von Flechten mit der sechsfachen Menge einer 1 v. H. Pottaschelösung zu übergießen und in dieser 24 Stunden stehen zu lassen. Wiederholtes Umrühren der kalten Lösung ermöglicht eine gründlichere Extraktion. An Stelle der Pottasche kann — vielleicht sogar mit größerem Erfolg — auch reines kohlen-saures Kali, wie es in den Apotheken und Drogerien zu beziehen ist, genommen werden. Um die Reste der Pottaschelösung und des darin enthaltenen Bitterstoffes zu entfernen, ist mehrfaches kurzes Auswaschen mit frischem kaltem Wasser erforderlich. Die auf diese Weise behandelten Flechten werden dann getrocknet und gemahlen.

Aus dem so gewonnenen Mehl lassen sich unter Zusatz von einem Teil anderen Mehles Brot und eine Reihe von schmackhaften Speisen herstellen. Zum Brotbacken nimmt man einen aus einem Teile Flechtenmehl und 6 bis 7 Teilen Wasser angerührten und langsam gekochten Brei, vermischt ihn mit etwas Weizen- oder Roggenmehl und läßt ihn darauf dick einkochen. Aus diesem dicken Brei kann unter Zusatz von Sauerteig und eventuell auch noch etwas Mehl Brot gebacken werden. Daß dessen Nährhaftigkeit durch teilweise Verwendung von Milch statt des Wassers und durch Zucker und Eigelb, sofern diese Mittel zur Verfügung stehen, erhöht werden kann, braucht wohl nicht näher auseinandergesetzt zu werden.

Zweitens lassen sich aus dem Isländischen Moos Salat und Gemüse herstellen. Und schließlich gibt es noch mehrere Gerichte, zu welchen aus dem Flechtenmehl eine Gallerte gekocht wird. So bieten die Flechten einen Ersatz für Sago, aus dem mit Hilfe von Wein, Zucker, Rosinen, Zitronensaft, Zimt und anderen Gewürzen sehr schmackhafte Speisen bereitet werden können. Vor allem Suppen können so und aus Flechtenbrot gekocht werden.

In gleicher Weise wie das Isländische Moos lassen sich die Renttierflechten entbittern, und sie sind dann zwar nicht für menschliche Nahrungsmittel zu verwenden, wohl aber als Futter für Vieh und Geflügel. Nach den in Tübingen angestellten Versuchen wird z. B. vom Schwein ein Drittel der verfütterten Flechten nicht nur verdaut, sondern sogar angefressen. Auch bei Pferden, Rindern, Schafen, Kaninchen und Hühnern zeigten sich ähnliche Ergebnisse. Neben der Renttierflechte sind als Viehfutter in letzter Zeit auch Evernien, lappige z. B. auf Obstbaumstämmen wachsende Flechten, mit gutem Erfolg erprobt, und mit der Zeit werden wahrscheinlich noch manche anderen nutzbar gemacht.

Das Einsammeln der Flechten kann jetzt ohne große Kosten z. B. reichlich durch die Heidebau umgrabenden und urbar machenden Kriegsgefangenen geschehen. Auch werden Schulkinder namentlich während der Ferien das Sammeln der im Walde wachsenden Flechten übernehmen können, wenn ihnen von ihren Lehrern die nutzbaren Arten gezeigt werden. Damit aber die Flechten da, wo sie geerntet werden, nicht ganz ausgerottet werden, ist es notwendig, daß sie entweder dicht über dem Boden abgeschnitten oder daß, wenn sie gepflückt und dabei natürlich ausgerissen werden, ein kleiner

Methoden der Kriegswirtschaft.

Von

Regierungsdirektor a. D. Heinrich Bartels, Walbed,
Geschäftsführer der Landesfuttermittel- u. S. m. S.

Der Absatz der Ware, dem in der Friedenszeit die Wege durch den Ausgleich privatwirtschaftlicher Interessen gewiesen wurden, vollzieht sich jetzt im Kriege auf wichtigem Gebiete nach kriegswirtschaftlichen Anordnungen besonders auf dem Gebiete des Nahrungsmittelvertriebes. Zu dem Erlaß der mannigfachen Anordnungen, die, kurz gesagt, die Rationierung der Vorräte und ihre gleichmäßige Verteilung zum Gegenstand haben, zwangen zwei Momente: die Knappheit der Vorräte und ihr dringender Bedarf. Damit nur die Ware letzten Endes auch zum Verbraucher gelangt, hat man ihren Absatz regeln müssen. Hiermit war der neue Begriff des kriegswirtschaftlichen Absatzes gegeben. So überließ man dem Bäcker nicht das Mehl zur freien Verfügung; man gab ihm Vorschriften über die Ablieferung der Backware. Man nannte dem Fleischer die Kunden, die er zu bedienen hat. Es könnte hier zur Veranschaulichung des eben genannten Begriffs, des kriegswirtschaftlichen Absatzes, Beispiel an Beispiel gereiht werden. Allgemein, so könnte man auch sagen, ist das System dieses Absatzes überall da gewählt worden, wo jene schon angeführten Momente eine kriegswirtschaftliche Regelung des Warenvertriebes notwendig machten. Aus den vielen Beispielen, die sonach gegeben sind, sollte an sich der Volkswirt die Regel ziehen können, um den Begriff zu umfassen und ihn zum Leitfaden zu machen. Und doch hat uns dahin die harte Schule der Kriegswirtschaft noch nicht geführt; noch bestehen Unklarheiten in unserem Wissen.

Näher heran an die Grenze, wo vielleicht die Klarheit beginnt, führt der Weg, wenn der Begriff des kriegswirtschaftlichen Absatzes vorläufig folgendermaßen gefaßt wird: Bei der Uebergabe der Ware verpflichtet sich der Empfänger, sie nach kriegswirtschaftlicher Anordnung abzugeben.

Wenn die eben gegebene Regel wieder auf ein Beispiel angewandt wird, wenn man also den oft weiten Weg durchmisst, den eine Ware von Hand zu Hand durchläuft, ehe sie zum Verbrauch gelangt, so wird sich als erste Frage ergeben, auf welche der vielen Uebergaben, die erfolgen, sich der Erlaß derjenigen Vorschriften beziehen soll, die den kriegswirtschaftlichen Absatz sichern. Bislang ist meist diejenige Uebergabe von der Kriegswirtschaftsordnung gewählt worden, die auf dem Wege von der Erzeugung der Ware bis zu ihrem Verbrauch dem Endziel möglichst nahe lag. So hingen die Bekanntmachungen über den Absatz von Nahrungsmitteln meist im Bäcker- und im Fleischladen, nicht aber in den Bauernstuben aus, auch nicht in dem Schreibraum des landwirtschaftlichen Großbetriebes. Man lebte also wohl dem Glauben, daß auf die Produktion nicht eingewirkt zu werden brauche, oder daß man dies nicht könne; man hielt es auch wohl für genügend, den Vertrieb der Ware letzten Endes, d. h. beim unmittelbaren Absatz an den Verbraucher, zu regeln.

Schrittweise hat uns aber die Kriegswirtschaft gelehrt und gezwungen, auf dem eben bezeichneten Wege immer mehr rückwärts zu gehen, bis hin zum Produzenten, und mit ihm zu verhandeln, damit die Rationierung der Vorräte und ihr Absatz in gesicherte Bahnen komme. Mit Erfolg konnten die Verhandlungen geführt werden, weil bereits in die Hand der kriegswirtschaftlichen Organismen des Reiches und der Einzelstaaten die Verfügung über wichtige Rohstoffe, die Produktionsmittel darstellen, gelegt worden war. Somit war die Möglichkeit geschaffen, daß bei der Abgabe der Produktionsmittel der Empfänger zu kriegswirtschaftlichen Leistungen verpflichtet wurde. Die Leistungen, die man hier vorschrieb, gehen dem Absatz der Ware voran; sie sichern also den Warenbezug. Damit war mehr erreicht, als es da der Fall ist, wo die Regelung ausschließlich den Absatz ergreift, ohne Gewähr zu bieten, daß die Ware auch zum Absatz gelangt. Jenes vollkommene System der Sicherung des Warenbezuges ließ sich nun aber nicht durch einseitige obrigkeitliche Vorschriften einführen, wofür später die Gründe zu nennen sein werden. Die Handhabe dazu bot vielmehr das erstattenreiche zweiseitige Rechtsgeschäft des Vertrages. In ihm liegt das System, daß der Vertragschließende freiwillig sich zur Uebernahme kriegswirtschaftlicher Aufgaben verpflichtet. Und zahlreich haben sich schaffensfreudige Hände dazu gemeldet. So sind weiten Kreisen die Verträge in ihrer verschiedenen Ausgestaltung schon bekannt; sie lassen sich benennen und heißen: der Schweinemast-, der Milch- und Eierlieferungsvertrag.

In den Einrichtungen, die man durch den Abschluß der eben genannten Verträge an vielen Orten schuf, wurde der Kriegswirtschaft nichts Neues, nichts genial Erdachtes, gegeben. Denn in der Theorie war das System schon längst vor Ausbruch des Krieges in den Kreisen der Sozialpolitiker umstritten und erwogen worden. Anhängerschaft hatte jedenfalls das System gefunden bei den Sozialisten, teilweise auch bei den Staatssozialisten. Von anderer

Batocki über die Volksernährungsfragen.

Erledigung kleinerer Gesetzentwürfe. — Die Konfessionsfrage im Heere.

Das Haus trat gestern noch in die zweite Lesung des Entwurfs über die Festsetzung von Kursen der zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere ein.

Abg. Dove (Vpt.): Eine Wiedereröffnung der Börse dürfte wohl nicht angängig sein, weil eine sehr lebhaft entwickelte Spekulation die Folge sein würde. Es ist also nicht wahrscheinlich, daß die Börse eröffnet wird, und es müssen darum andere Vorkehrungen für die Bewertung der Wertpapiere getroffen werden. Wegen die Festsetzung des Bundesrats als Organ für diese Bewertung kann nur das Bedenken bestehen, daß der Bundesrat, um möglichst hohe Steuererträge herauszubringen, die Kurswerte sehr hoch festsetzen könnte. Ich habe diese Befürchtung nicht. In der Begründung des Gesetzes ist schon gesagt worden, daß Sachverständige, insbesondere die Börsenvorstände, gehört werden sollen, und es ist klar, daß der Bundesrat nicht aus sich heraus so weitgehende und für große Interessententeile erhebliche Entscheidungen treffen kann, ohne sich an sachverständiger Stelle zu erkundigen. Da sind die Börsenvorstände die geeigneten Organe; sie kennen die Papiere im einzelnen, die Gestaltung der Kursbewegung, sie sind auch in der Lage, die Veränderungen zu beurteilen, die sich vollzogen haben. Sollte gleichwohl aus statistischen Gründen eine zu hohe Bewertung der Papiere stattfinden, so steht der Rechtsweg gegen die Festsetzung allerdings nur im Verwaltungsrechtverfahren der Einzelstaaten offen. Dabei kann es nicht ausbleiben, daß in den verschiedenen Bundesstaaten ungleichmäßige Entscheidungen getroffen werden. Wir werden ja, wenn wir zu direkten Reichsteuern gekommen sein werden, zweifellos auch ein Verwaltungsrechtverfahren für das Reich organisieren müssen. Jetzt dieses Verfahren in das Gesetz hineinzuarbeiten, empfiehlt sich nicht, und wir müssen den Nachteil verschiedenartiger Entscheidungen in Kauf nehmen. Im übrigen besteht die Schwierigkeit, jetzt einen bestimmten Kennwert festzusetzen, nicht nur für Wertpapiere, sondern auch für andere Kapitalanlagen. Vor allem muß auch bei der Bewertung des Grundbesitzes auf die veränderten Verhältnisse Rücksicht genommen werden. Offenlich werden wir bei der Ausfertigung des Gesetzes keine Klagen zu erheben brauchen. Die Klagen, denen das Gesetz neue Lasten auferlegt, sollten wenigstens das Bewußtsein haben können, daß gegen sie gerecht verfahren wird. (Bravo.)

Unterstaatssekretär Jahn: Die gleichen Schwierigkeiten, für die nicht zum Börsenverkehr zugelassenen Wertpapiere, jetzt Kurse festzusetzen, bestanden schon beim Wehrbeitrag. Auch damals sind diese Papiere nicht nach ihrem Kennwert, sondern nach ihrem wirklichen Wert eingeseht worden.

Abg. Carsten (Vpt.): Wenn in Petersburg und anderswo die Börsen geöffnet sind, dann könnte man auch bei uns dazu übergehen. Es muß unter allen Umständen dafür gesorgt werden, daß jede fiskalische Ausmacheret unterbleibt. Die größten Schwierigkeiten werden sich bei der Kursfestsetzung für ausländische Wertpapiere ergeben. Wie soll diese Festsetzung erfolgen? Darüber muß rechtlich Klarheit geschaffen werden. Im übrigen gibt es ja begünstigte und weniger begünstigte Aktien. Die Aktien aus den Kriegsindustrien stehen viel besser da als die Aktien von Aktien aus Industrien, die im Kriege nicht beschäftigt werden können. Zweifellos sind die Aktien der Kriegsindustrie ganz erheblich im Werte gestiegen, während die Aktien der anderen Aktien im Werte zurückgegangen sind. Es wird Sache der Börsenvorstände sein, bei der Kursfestsetzung hier für einen gerechten Ausgleich zu sorgen.

Abg. Zimmermann (Mitgl.): Im Gegensatz zum Vorredner halten wir es für richtig, daß die Börsen seit Kriegsbeginn geschlossen sind. Die Verhältnisse in Paris, London und Petersburg zeigen wirklich nicht zur Nachahmung. Wer jetzt im Inland flüssiges Geld hat, legt es am besten in deutscher Kriegsanleihe an.

Abg. Frhr. v. Camp (V. Pr.): Auch wenn wir bei uns die Börsen öffnen würden, würden wir keine zuverlässigen, dem wirklichen Wert der Papiere entsprechenden Kurse erhalten. Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Auskunft über Kriegsverordnungen.

Es folgt die zweite Lesung des Antrages Schiffer-Magdeburg (Mitgl.) über den Gesetzentwurf für Auskunftserteilung über Kriegsverordnungen.

Abg. Siehr (Vpt.) hebt als Berichterstatter über die Ausschussverhandlungen die Notwendigkeit eines solchen Gesetzentwurfes hervor. Auch ein geschulter Jurist kann sich in den Verordnungen nicht mehr zurechtfinden.

Auf Antrag des Abg. Freiherrn v. Rechenberg (Vr.) wird die Vorlage ohne Aussprache in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Die gestern abgebrachte Aussprache über Heeresfragen wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Vpt.): Die gestrigen Ausführungen des Abg. Dr. Mayer waren zu partikuläristisch gehalten. Er hat fast ausschließlich von seinem lieben Bayern gesprochen. Würden die anderen Bundesstaaten mit ihren Wünschen ebenso aufmarschieren, es würde kein schönes Bild ergeben. Bei der Vergütung von Kriegsteilnehmern muß allein der Gesichtspunkt der Schlagfertigkeit des Heeres ausschlaggebend sein. Vieles von dem, was der Abg. Stülken gestern gesagt hat, können wir unterschreiben. Die Kompagnieführer sollten in der Tat sich auch mehr um die Beköstigung ihrer Mannschaft kümmern. Zahlreich sind die Klagen über die Degradation von Offiziersstellvertretern. Man muß sich nur in die Seele eines solchen Menschen versetzen, der lange Zeit mit den Abzeichen eines Offiziersstellvertreters herumgegangen ist, vielleicht das Eisener Kreuz I. Klasse besitzt und nun plötzlich diese Abzeichen ablegen muß. Ähnliche Klagen hören wir jetzt auch von den Beamten-Stellvertretern.

Die Dissidentenfrage im Heere.

Was den Standpunkt der Heeresverwaltung in der Dissidentenfrage anlangt, so kann ich nur sagen, daß die Haltung des Kriegsministeriums bei uns direkt als ein Skandal angesehen wird. (Beifällige Zustimmung links.) Der Vertreter des Kriegsministeriums hat heute zwar bestritten, daß ein solcher Erlaß ergangen ist, aber er hat zugeben müssen, daß ein Brief gleichen Inhaltes vom Kriegsministerium an den Abg. Beckler ergangen ist. Das ist aber auch das einzige Neue, das wir erfahren haben. Jedenfalls bekennet sich das Kriegsministerium auch in dem Briefe zu dem Grundsatze, daß konfessionslose Dissidenten von der Beförderung zum Offizier ausgeschlossen sind. Diese Stellungnahme des Kriegsministeriums steht mit der preussischen Verfassung im Widerspruch. (Sehr richtig links.) Das Gesetz vom 2. Juli 1869 bestimmt:

„Alle noch bestehenden, von der Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses herrührenden Beschränkungen der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte werden aufgehoben, insbesondere soll die Befähigung zur Teilnahme an den Gemeinde- und Landesvertretungen und zur Bekleidung öffentlicher Ämter vom religiösen Bekenntnis unabhängig sein.“

Meine Freunde vermögen nicht einzusehen, wie die Heeresverwaltung dazu hat kommen können, gegen diese klare gesetzliche Bestimmung zu handeln. (Sehr richtig links — Zuruf links: Und noch dazu im Kriege!) Wenn jeder einzelne Staatsbürger sich den Gesetzen unterwerfen muß, so muß das in erster Linie auch von der Regierung verlangt werden. Kann sich denn die Regierung nicht endlich zu dem Entschlusse aufraffen, den ganzen mittleren und unteren Dienst, die Massen, Klassen, Glaubens- und Gesinnungsschnüffel über Bord zu werfen? (Sehr richtig links.) Das Volk versteht es nicht, daß ein konfessionsloser Dissident zwar Erzeleuz und Unterstaatssekretär sein darf, nur nicht Leutnant. Kein Mensch bezweifelt, wie gerade die Heeresverwaltung gegen das bekannte Kaiserwort fortgesetzt, noch dazu im Namen des Kaisers, handeln darf.

Die Behandlung der Soldaten ist besser geworden. Jeder Vorgesetzte muß zu der Ueberzeugung gebracht werden, daß, wenn er einen Untergebenen beschimpft, er das ganze Volk beschimpft, denn unser Heer ist ein Volksherr im wahren Sinne des Wortes. (Beif. all links.)

Oberst v. Brischberg: Ich habe schon vorher erklärt, daß in der Frage der Beförderung von Dissidenten zu Offizieren eine wohlwollende Prüfung erfolgen soll. Ich bitte Sie, diese Prüfung abzuwarten. Das Kriegsministerium hat schon vor längerer Zeit die Verfügung erlassen, die Zahl der in den Kriegsgesellschaften beschäftigten Juden festzusetzen. Diese Verfügung hat nur den Zweck, statistisches Material zu sammeln, um unberechtigten Vorwürfen die Spitze abzubreden. Eine antisemitische Absicht liegt selbstverständlich nicht vor. Diese Verfügung ist ergangen, lange ehe die Verhandlungen im Reichsausschusse stattfanden. Die schlechte Behandlung von Soldaten, Beschimpfungen usw. mißbilligt die Heeresverwaltung aufs erlichste. Wir haben den Beweis erbracht, daß alle Mittel angewendet werden, um hier Gutes zu schaffen. Unser Vorgehen hat bereits gute Früchte getragen. Allgemein kann das Uebel noch nicht verschwunden sein, dazu ist das Heer zu groß. Aber was geschehen kann, das geschieht. Wenn Offizierstellvertreter die Uniform aberkannt wurde, so sollen sie sie wieder bekommen. Es soll überhaupt vermieden werden, daß sie abgelegt haben. Bezüglich der Beamtenstellvertreter wird in eine Prüfung eingetreten.

Die Behandlung der Soldaten.

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Soz. Arb.) bespricht Beschwerden von Munitionsarbeitern und führt Fälle an, in denen angeblich radikal gefonnene Sozialdemokraten ihre Zustimmung wegen zum Heer eingezogen wurden. Das Volksherr ist nach wie vor ein Klassenheer. Die hohen Mindeststrafen für einfache Vergehen führen zu wahren Schreckenurteilen. Soldatenmishandlungen werden erst aufhören mit der Anerkennung des Rechtes auf Nothwehr. Den Mannschaften sollte noch häufiger Urlaub gewährt werden. Weil das Heer ein Klassenheer ist, dauert der Krieg so lange. In seiner Beendigung muß der Klassenkampf beitragen. (Beif. b. d. Soz. Arb.)

Oberst v. Brischberg: Die eingezogenen Jugendlichen, von denen der Vorredner sprach, sind bei der Untersuchung tauglich befunden worden, bei den konfessionellen Nachprüfungen kann von ihrer politischen Gesinnung nichts bekannt gewesen sein.

General v. Döberl: Die Reform der Besoldungsordnung spart jährlich 12 Millionen. Einer der Vorredner hat gemeint: Je geringer die persönliche Gefahr, desto höher die Besoldung. Man rechne doch auch nach der Tätigkeit und Verantwortlichkeit der betreffenden Stellen! Unsere Vorgesetzten geben uns Feuer hinein, um zu zeigen, daß sie das Los des einfachen Soldaten teilen. Die Offiziere scheinen nicht in den Schützengräben, sie teilen den Hunger mit den Soldaten, wenn einmal gehungert werden muß. Je höher die Stellung, desto einfacher das Leben draußen. Allerdings geht noch manches von der Ausgabe bis zur Feldküche verloren, aber ich habe strenge Nachprüfung aller solchen Vorkommnisse angeordnet. Den Offizieren würde ich für sehr bescheiden halten, der nicht weiß, daß die Leute um so besser für ihn und das Vaterland eintreten, je besser versorgt und in je besserer Stimmung sie sind.

General v. Langemann verliest zum Beweise dafür, wie das Verhältnis zwischen Soldaten und Offizieren in der Armees ist, ein herzliches Schreiben, das er jetzt von Soldaten seiner Kompagnie, Jahrgang 1868, erhalten hat.

Abg. Heß (Mitgl.): Die Schilderungen meines Vorredners aus dem Hause über das Heer sind vollkommen falsch. Das ganze Heer, vom General bis zum einfachen Soldaten, besteht ein einheitlicher Geist. (Beif. all.) Die Dissidenten müssen nicht nach Wohlwollen, sondern nach Recht und Gerechtigkeit, wie das Gesetz von 1869 es vorschreibt, behandelt werden. Jeder, der die nötige Bildung besitzt, muß Offizier werden können. Die neue Verordnungsordnung ist unklar und schwerig, im Kriege etwas Weltgebendes zu schaffen. Nur sind die Offiziere, die nach dem 1. Oktober befristet sind, gegenüber den älteren zu sehr im Nachteil. Das erzeugt leicht Erbitterung. Die Erlasse, welche die Lage der Mannschaften bessern sollen, sind freudig zu begrüßen. Sie müssen aber auch besolgt werden. Wer dagegen vertritt, muß bestraft werden. Von oben herab will man das Beste. Die Resolutionen des Ausschusses werden den Beifall des ganzen Volkes finden.

Welches Verständnis Generalfeldmarschall v. Hindenburg für die Bedürfnisse in der Heimat hat, beweist die Tatsache, daß er, als Noth war, sofort 10 000 Pferde zur Verfügung gestellt hat, um die Kartoffeln herauszubringen. (Beif. all.) Bei dem Pferdeverkauf sind viele Mißstände vorgekommen, viele Pferdehändler sind Millionäre geworden.

Abg. Heins (Soz.): Beim Kriegsministerium findet man stets offenes Ohr. Der Weg nach unten ist aber immer weit. In der Dissidentenfrage habe ich im Kriegsministerium zunächst immer die Antwort erhalten, daß ein Verbot der Ernennung von Dissidenten zu Offizieren nicht bestünde. Heute hat man uns mit militärischer Offenheit das Gegenteil gesagt. In der Begründung kommt der sehr bedenkliche Satz vor: Die letzte ernste Zeit habe bewiesen, wie tief die Religion im Volke wurzelt. Religion und Konfession sind zwei ganz verschiedene Dinge. Religion darf nicht in Konfessionen getrieben werden. Das tief innerliche religiöse Erlebnis tritt auch bei Verlorenen auf, die keiner Kirche angehören. Daher ist der Standpunkt des Kriegsministeriums un-

haltbar. Uns ist es in dieser Frage bitter ernst. Die Dissidenten tun genau so ihre Pflicht wie jeder andere. Daher ist es ungerecht, sie als Soldaten zweiter Klasse zu behandeln. Ähnlich liegt es mit der Beförderung der Juden. Fortgesetzt verfehlt das Kriegsministerium, daß es nichts sagen jüdische Offiziere habe, und daß es antisemitische Tendenzen weit von sich weise. Es fängt die Sache aber so ungeschickt wie möglich an. Dazu gehört auch die Judenstatistik in den Kriegsgesellschaften. Es ist nun einmal nicht zu leugnen, daß die jüdische Bevölkerung körperlich der nichtjüdischen Bevölkerung nicht gewachsen ist. Ein Jahrtausend Ghetto geht an einem Volk nicht spurlos vorüber. Wenn ein Volk Jahrhunderte hindurch von jeder körperlichen Arbeit ausgeschlossen wird, dann ist es kein Wunder, daß es körperlich pommerischen Grenadiere und oberbayerischen Bauern nachsteht. Wenn man eine Abklärung der Juden in einer Weise vornimmt, die auf Ungebildete, antisemitisch instigirte Vorgesetzte ganz besonders aufreizend wirken muß, dann macht man jüdische Vorgesetzte allerdings ganz unmöglich. (Sehr richtig.)

Der Antisemitismus im Heere.

Trotzdem die Juden von dieser Stelle als ein Fremdkörper bezeichnet worden sind, haben sie im Kriege ihre volle Schuldbiligkeit getan. Man sollte sie daher ihr Judentum nicht in einer so unnoblen Weise fühlen lassen. (Sehr richtig links.) Leider macht sich der erbärmliche Antisemitismus im Heere mit der längeren Dauer des Krieges immer mehr breit, denn erbärmlich ist es, jetzt, wo wir die Zusammenfassung aller Volksträfte brauchen, andere wegen ihres Bekenntnisses zu misshandeln oder zu beschimpfen. (Beif. all Zustimmung links.) Es ist das ein trauriger Beweis für eine verkehrte Erziehung im Volk und im Heer. Im Heer wird nicht jedem Tüchtigen freie Bahn geschaffen, da wird nach der Konfession gefragt. Gerade die Kreise, die so viel Wert auf die Religion legen, begrüßen es freudig, wenn ein Jude auf einmal seine Religion beiseite wirft. Dann auf einmal ist er zum Offizier geeignet. Ist das das Ehrgefühl unserer Offiziere, ist das der sittliche Ernst, auf den sich das deutsche Volk so viel zugute hält? (Sehr gut links.) Viele Juden sind für das Vaterland gefallen: sie hofften, an dem neuen Deutschland mitbauen zu können, damit Recht und Wahrheit, Kraft und Schönheit darin wälden sollten. Sorgen wir dafür, daß die Ueberlebenden nicht schließlich die Toten beneiden müssen, die im Dienste des Vaterlandes ein solches Ende gefunden haben, während wir einen hoffnungslosen Kampf mit Realität und Falschheit führen müssen. (Beif. all links.)

Wären Sie nach Frankreich. Ich verneine mich vor diesem großen Volk, das für seine vermeintlichen Ideale seinen letzten Blutstropfen opfert. Dort drüben gibt es keinen Unterschied zwischen Juden und Christen, zwischen Freimaurern und Gläubigen, da gibt es nur ein französisches Volk und einen französischen Willen. Unser Ansehen im Ausland würde herabgesetzt werden, wenn nicht Wandel eintritt. Wir glauben nicht, daß uns eine bessere Zukunft geschenkt wird. So stark ist kein Kaiser und kein Kanzler.

Deutschlands bessere Zukunft.

Das Volk muß sich das bessere Deutschland selbst bereiten. Aber wenn die Regierung dem Volke auch nicht abhandeln helfen kann, so kann sie jedenfalls sehr viel schaden, wenn sie nichts tut, um den Glauben an die Zukunft aufrecht zu erhalten. Ein freiwilliger Offizier hat geschrieben, die neue Besetzung in der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes bedeutet eine Abkehr von der Verbindung der inneren und auswärtigen Politik, namentlich der Kriegspolitik. Nach unserer Ansicht hat die Regierung gerade mit der Fundierung der Kriegspolitik auf dem moralischen Boden einer guten inneren Politik das Klügste getan, was sie tun konnte. (Beif. all Zustimmung links.) Eine Abkehr davon wäre ein Verhängnis für Deutschland. Wir können nicht dulden, daß durch Ungerechtigkeit und Unfreiheit, durch Kleinlichkeit und Schwäche gegen gewisse alte Ueberlieferungen der einmütigen Siegeswille des Volkes zerstört wird. (Beif. all Zustimmung links.)

Abg. Dr. Haas-Karlruhe (Vpt.): Es ist nicht richtig, was der Abg. Cohn gesagt hat, daß unser Heer ein Klassenheer sei, daß draußen eine entrechtete Masse von Anechten stehe, beherzigt von stolzen Herren. Wenn es so wäre, dann hätte nicht erreicht werden können, was erreicht worden ist. (Beif. all Zustimmung) Was in diesen Tagen an der Somme geleistet wurde, kann nicht geleistet werden von einer entrechteten Masse, sondern nur von einem Volksherr, nur von aufrechten deutschen Soldaten. (Erneuter Beif. all.) Es gibt bedauerliche Ausnahmen, die energisch bestraft werden müssen, aber im allgemeinen stehen die Dinge gut. Die Art, in der der Abg. Cohn die Dinge dargelegt hat, ist keine demokratische Art. (Sehr richtig links.) Gerade als Demokrat sage ich: dies alles könnte nur erreicht werden, weil keine Anechten, sondern freie Männer draußen im Kampf stehen, gestärkt durch ihre Ueberzeugung. (Beif. all Zustimmung)

Keine Reglementierung der religiösen Ueberzeugung.

Nun zur Dissidentenfrage. Es ist wahr, daß mancher eine andere und tiefere Stellung zur Religion gefunden hat als vor dem Kriege. Viele draußen haben den Spott über religiöse Dinge verlernt, und manche sind gläubiger geworden. Aber soldatisch ist die Stellungnahme des Kriegsministeriums in dieser Frage nicht. Der Einzelne mag tief gläubig sein, aber er fragt den anderen nicht danach, welches Glaubens er ist. (Sehr gut links.) Wenn der andere nur ein guter Kamerad und ein tapferer Soldat ist, dann ist er recht als Kamerad. Die ganze Stellungnahme des Kriegsministeriums paßt in unsere Zeit nicht hinein. (Sehr richtig links.) In religiösen Dingen soll man die Ueberzeugung des anderen achten und ehren, aber reglementieren kann man diese Dinge nicht.

Nun zur Zählung jüdischer Soldaten und jüdischer Angestellter bei den Kriegsgesellschaften. Ich spreche hierüber, weil ich Jude bin und der Eindruck nicht entstehen darf, als ob Juden ausschließlich in dieser Frage geschwiegen hätten. Ich habe mich immer offen und freudig zum Judentum bekannt. (Beif. all links.) In den weitesten Kreisen der deutschen Juden und weit darüber hinaus hat die angeordnete Zählung lebhaftes Befremden erregt. (Sehr richtig links.) In eine Zeit, in der die Einheitlichkeit und Geschlossenheit aller Volksträfte dringend notwendig ist, paßt ein solcher Erlaß nicht hinein. (Zustimmung links.) Das Kriegsministerium hat nicht nur alle antisemitischen Tendenzen bestritten, sondern erklärt, mit dem Ergebnis der Zählung unerbittliche Vorwürfe bekämpfen zu wollen. Ich nehme diese lokale Erklärung des Kriegsministers loyal an. Aber ungeschickt bleibt die Verfügung.

Die Verfügung ist auch geeignet, die Autorität jüdischer Vorgesetzter zu untergraben. Wir wäre es als Kompagnieführer oder nicht angegeben gewesen, wenn dieser Erlaß in die Hände meines Kompagnieführers gekommen wäre. Wir haben eine Fülle von

Die Schlußsitzung des Reichstags.

Ernährungsfragen. — Erhöhung der Familien-Unterstützung.

74. Sitzung, Sonnabend, den 4. November, Fortsetzung.

Am Bundesratsstische: Dr. Helfferich.

Die Debatte über die Ernährungsfragen wird fortgesetzt.

Abg. Herold (Ztr.): Gewiß ist die Errichtung des Kriegsernährungsamtes von großer Wichtigkeit. Neben ihm muß man aber auch den Landesbehörden genügenden Spielraum lassen. Der Abschluß vom Auslande hat eine Knappheit in vielen Verbrauchsartikeln zur Folge gehabt. Wir mußten daher auf vielen Gebieten eine Nationalisierung eintreten lassen. Alle Kräfte unseres Volkes müssen bei der Durchführung dieser Verordnungen helfen. Die Kartoffelpreise dürfen nicht wieder nachträglich geändert werden, der ganze Reichstag würde sich dagegen aussprechen. Vordringend ist die Kartoffelernte in diesem Jahre nur mäßig. Daher muß man die Kartoffel in erster Linie der menschlichen Ernährung nutzbar machen. Das Kartoffelverfütterungsverbot wird leider eine gewisse Knappheit an Fleisch zur Folge haben. Auch die Spirituserzeugung muß soweit eingeschränkt werden, wie es die Bedürfnisse des Heeres irgend gestatten. Der Zuckerrübenbau muß wieder ausgedehnt werden, ebenso der Anbau von Hülsenfrüchten. Wir halten durch bis zu einem siegreichen Frieden. Möge er bald kommen! (Beifall.)

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.): Ohne unsere Zwangsmaßnahmen würden wir in Deutschland jetzt viel höhere Preise haben. In Luxemburg kostet das Pfund Kartoffeln 24 Pfennig. Unbebautes Land muß zwangsweise angebaut werden. Die Preis-erhöhungen des Kriegsernährungsamtes können wir nicht billigen, sie bieten keinen Anreiz zur Pflanzung, fördern aber die Zurückhaltung, weil die Landwirte auf noch höhere Preise hoffen. Der Kettenhandel lebt immer noch. Manche Viehkommissionäre beziehen ein Minusgeschäft. Die Situation ist viel zu ernst, als daß man 600 000 Tonnen Gerste zu Vier machen dürfte. Die Fleischkarte muß liberal 250 Gramm gewährt. Die Forderung der Zuckerrüben nach einer neuen Preiserhöhung auf 25 Mark übersteigt doch alles, der Preis ist seit Kriegsbeginn von 9,50 Mark auf 15 Mark erhöht worden und die Gewinne sind ungeheuer. Bei einem Kalopreis von 8 Mark das Pfund muß die ärmere Bevölkerung völlig auf ihn verzichten. Die Nationalisierung muß durchgreifen und das Ernährungsbedürfnis der einzelnen Volksklassen berücksichtigen. Der freie Wettbewerb muß aufgehoben, Eigennutz und Gewinnjagd müssen ausgeschaltet werden.

Abg. Hoff (Dpt.): Durch die Errichtung des neuen Kriegsernährungsamtes kommt die Volksernährung viel mehr unter militärische Leitung. Ich bitte den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes, uns über das neue Kriegsamt näheres mitzuteilen. — Auch ich teile die feste Zuversicht, daß es auch im nächsten Jahre unseren Feinden nicht gelingen wird, uns niederzuringeln. Dafür bürgt uns der Geist unseres Volkes und die Energie unserer Landwirtschaft. Nach den Schätzungen sind etwa 5 Millionen Tonnen Körner mehr geerntet als im Vorjahr. Wird diese Menge in richtiger Weise der menschlichen Ernährung zugeführt, so wird das außerordentlich stark ins Gewicht fallen. Die Raufutterernte ist ähnlich, andererseits bleibt die Kartoffelernte sehr erheblich hinter dem Vorjahr zurück. Nehmen wir noch dazu, was der Fleisch unserer Feldgrauen hinter der Front dem feindlichen Boden abgenommen hat, so steht im ganzen die Ernährungsfrage erheblich günstiger als im Vorjahr. Aber fast ebenso wichtig wie die Ernte ist ihre Verteilung. Herr v. Batocki hat im Ausschuß den Grundgedanken aufgestellt, daß alles dort verwendet werden muß, wo es am wirksamsten und wichtigsten ist. Die schwere Kartoffelkrise in diesem Frühjahr war nicht auf ungenügende Ernte, sondern auf falsche Bewirtschaftung zurückzuführen. Wir wünschen eine starke Herabsetzung des Brauereikontingents, die gewonnene Gerste ist für die Ernährung bereitzustellen. Die Spiritusgewinnung aus Holz wird nicht energisch genug betrieben. Wir können nur durchkommen, wenn wir energisch und zielbewußt unsere ganze Volksernährung auf den direkten Verbrauch von pflanzlichen Nahrungsmitteln einrichten. Das ist die größte Aufgabe der Ernährung. Das für die Menschen nötige Getreide, die Hülsenfrüchte und das Gemüse sind vorweg unbedingt sicher zu stellen und an die Fronten zu schaffen, damit sie bei eintretenden Störungen der Kartoffelzufuhr Ersatz schaffen können. Dazu gehört aber auch die Anwendung der nötigen Mittel, es genügt nicht, Beschlagnahme und Verfütterungsverbot auszusprechen, wenn dann Getreide und Kartoffeln doch verschwinden. Da wir nicht mehr Futtermittel aus dem Ausland einführen können, bleibt nur übrig, unseren Viehbestand so einzurichten, daß er mit dem inländischen Futter gut ernährt werden kann, da es für die Fleisch-, Milch- und Fetterzeugung noch mehr auf die Qualität als auf die Zahl der Tiere ankommt.

Einschränkung des Viehbestandes.

Wir haben ungefähr denselben Rindviehbestand wie in der Friedenszeit, der Schweinebestand ist um 30 Prozent geringer, der Ertrag für die menschliche Ernährung beträgt aber nur ein Viertel bis höchstens ein Drittel. Die Einschränkung des Viehbestandes wird sich ohne Zwang vollziehen, wenn die Landwirte das Vieh, das sie nicht mehr ernähren können, los werden und wenn die Preise für Tiere und Tierprodukte so sind, daß sie nicht mehr zur Verfütterung von Brotgetreide und Speisekartoffeln anreizen. Es ist ein sehr gefährliches Beginnen, auf das Fortmachen der vorhandenen Schweinebestände hinzuwirken, denn ohne einen Zusatz an Körnerfutter ist das gar nicht möglich. Wir Brotgetreide verfüttern, so verliert es ein Viertel von seinem Nährwert für die Menschen. (Hört! Hört! links.) Dr. Heim, gewiß ein Sachkenner, hat die Gleichstellung der Hafer- und Gerste mit den Roggen- und Weizenpreisen gefordert, weil die Preisdifferenz zur Verfütterung großer Mengen von Brotgetreide geführt hat. Die Leiter der großen Schlachthöfe haben aus dem Mageninhalt der Tiere festgestellt, daß sie vielfach mit Getreide gefüttert wurden.

Zunächst befinden sich die Landwirte in einer schwierigen Situation. Sie hätten damit gerechnet, daß ihnen erhebliche Mengen Korn zum Verfüttern zur Verfügung stehen würden. Das geht nun nicht. Auf der anderen Seite hat man die Hauswirtschaften verboten. Die Landwirte befinden sich da in einer verzwickten Lage. Es muß alles geschehen, um sie anzuhalten, soviel Vieh zu halten, wie sie füttern können, aber auch nicht mehr. Dagegen wird häufig verstoßen. Es könnte eine viel größere Zahl von Schweinen den Viehhändlervereinen zur Verfügung gestellt werden. Auch unser Rindviehbestand ist viel zu hoch. Wir wollen in keiner Weise unseren Rindviehbestand zugrunde richten, aber wir sind dagegen, daß jetzt in Weltkrieg unser Rindviehbestand stärker steigt, als in den Friedensjahren. (Sehr richtig! links.) Man kann mindestens soviel aus dem Rindviehbestand herausnehmen, wie in Friedenszeiten durch den freien Handel herausgenommen wird. (Zustim-

mung links.) Herr Herold sagte, man müsse doch mit der Schlachtung warten, bis das unerste Vieh ausgemästet ist. Womit will denn Herr Herold heute das Vieh mästen? Welche Futtermittel stehen denn zur Verfügung? Es ist einfach nicht wahr, daß man die Tiere mit Raufutter allein fettmachen kann. Wir sollten darauf verzichten, in diesen Kriegsjahren von der Abschachtung von Vieh Abstand zu nehmen, das nach Friedensansprüchen vielleicht weniger gut ist. Sonst kommen wir überhaupt nicht dazu, jetzt Vieh zu schlachten, denn es fehlt uns eben an Kraftfuttermitteln zur Ausmästung. Wir halten diese Politik für so bedenklich, daß wir die Verantwortung für sie ablehnen. Wahrscheinlich wird die Zahl der Rinder jetzt wiederum um 5 bis 600 000 sich vermehren. Das ist eine Teufelskurve, für die uns das Verständnis fehlt. Sie steht im schreiendem Widerspruch zu den unerhöht hohen Fleischpreisen. Rindfleisch kostet jetzt mehr als doppelt so viel als im Frieden. Diese Preise sind in keiner Weise begründet. (Zustimmung links.) Unfreiwillig ist das auch die Landwirte sich in steigendem Maße gegen die hohen Vieh- und Fleischpreise wenden und eine Herabsetzung fordern. Hier ist ein Punkt, wo Präsident v. Batocki fühlbar zugunsten der Konsumenten eingreifen könnte. Wenn die Schlachtungen in demselben Umfang fort vorgenommen werden, wie in den Friedensjahren, so könnte die weitere Nation mindestens auf 400 Gramm wöchentlich erhöht werden. (Hört! hört! links.) Bei billigeren Preisen würden sich auch die Leute Fleisch kaufen können, die jetzt die Fleischkarte nicht ausnützen können. Wir bedauern es lebhaft, daß Präsident v. Batocki sich in dieser Frage so völlig festgelegt zu haben scheint. Bleibt es bei den jetzigen hohen Preisen, dann wird mit dem Eintritt des Friedens geradezu ein Preissturz eintreten, der für die Landwirtschaft verhängnisvoll wirken könnte. Die gegenwärtigen Preise sind auf keinen Fall zu halten. Wenn etwa die Landwirtschaft des Glaubens sein sollte, nach Friedensschluß durch Zölle und andere Maßnahmen sich auch weiterhin diese hohen Preise sichern zu können, so wird einen Enttäuschungsurm im Volke erleben, wie sie ihn noch nie erlebt hat. (Sehr richtig! links.) Berechtigt sind die Klagen über die zu mechanische Tätigkeit der Viehhändlerverbände. Während in der einen Gegend bereits in den Milchviehbestand eingegriffen werden muß, ist in anderen Gegenden noch Jungvieh vorhanden. Man darf den hohen Viehbestand auch nicht mit dem Hinweis darauf rechtfertigen, daß wir im Herbst 1917 Fleisch brauchen. Uns dreht jetzt die Not auf den Nägeln. (Sehr richtig! links.) Daher kann das deutsche Volk mit vollem Recht sich gegen jede ungesunde Aufstapelung unserer Viehbestände wenden. Im übrigen glauben auch wir, daß unser Volk, wenn es die ergangenen Anordnungen befolgt, trotz einiger Entbehrungen durch den dritten Kriegswinter hindurchkommen wird. (Beifall! Beifall links.)

Abg. Dr. Böhm (nltb.): Durch Heranziehung aller sachkundigen Kreise wird die Sicherstellung der Volksernährung besser durchgeführt werden, als ohne diese sachverständige Beratung. Bei dem starken Mangel an Nahrungsmitteln ist ein freies Schalten und Walten des Handels nicht möglich. Das haben uns die bisherigen Erfahrungen gelehrt. Der Anfall an Nahrungsmitteln ist von den Schutzollabhängern unterschätzt worden, weil sie die heimische Produktion zu hoch veranschlagt haben. Den Irrtum, der durch falsche Statistik genährt wurde, sollte man offen zugeben. Unsere Wirtschaftspolitik war noch keine falsche. Aber wir müssen die heimische Produktion noch weiter steigern, damit die Landwirtschaft noch mehr als bisher die Volksernährung bedenken kann. Bei den Kriegsernährungsmaßnahmen hat man die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsgrößen nicht berücksichtigt, was zu nutzloser Arbeit geführt hat. Die kleinen Betriebe unter zwei Hektaren stellen ein Zwölftel der landwirtschaftlichen Bevölkerung, aber nur ein Fünftel der Produktion der Getreideerzeugung dar. Besonders schwer leiden jetzt die kleinen Beamten, die festangestellten Staatsarbeiter und die Mittelständler und Arbeiter, die durch die Kriegsverhältnisse nicht begünstigt sind. Ihnen gebührt der Dank für ihr Durchhalten unter Entbehrungen. Bei der ungeheuren Preissteigerung der Lebensmittel kann die notwendige Bevölkerung sich kaum noch ernähren. Was sind das für Zustände, daß für eine Kuh 14 Mark gefordert werden. Den wackersten Erscheinungen muß zuerst zu Felde gerückt werden. Das System der Strafe und seine Weiterentwicklung tut es nicht allein. Irrefühler soll man nicht drakonisch bestrafen. Oft hat sogar der Landrat einzelne Verfügungen nicht verstanden. Bei großen Verletzungen sollte man nicht scharfe Strafen verhängen. Ein Mitglied des Deutschen Landwirtschaftsrates hat an zu früh verkauften Speisekartoffeln 140 000 Mark verdient, und trotz wiederholter Anzeigen ist nichts gegen ihn geschehen. Mit den vorhandenen Kartoffeln kommen wir für die menschliche Ernährung aus. Das Umlegungsverbot muß die Größe der Wirtschaft und den Viehbestand berücksichtigen. Manche Wirtschaften kommen ohne Verfütterung nicht aus. Die Knappheit an Fleisch wird in der nächsten Zeit noch anhalten. Trotz eines Schweinebestandes von 192 Millionen Stück am 1. Oktober 1916 sind die gewerblichen Schlachtungen in den letzten Quartalen auf ein Drittel zurückgegangen. Am 1. September dieses Jahres war der Bestand nur noch 17 Millionen Stück. Wir werden also zu einer stärkeren Abschachtung der Rindviehbestände kommen, die ziemlich erhalten sind. Wo Landwirte Überfluß an jungen Schweinen haben, wären Ferkel und Käufer durch die Viehhändlerverbände in die bestetzten Gebiete zu überführen. Für starke Ferkelschlachtung können wir nicht eintreten. Im Interesse der Fettversorgung begrüßen wir die Mastprämien. Besser wenige fette, als viele Schweine ohne Fett. (Zustimmung.) Gessen sollte auch Fettprämiene einführen. Die Herabsetzung des Schotterpreises ist zu begrüßen. Der Aufbau des Viehbestandes hat gelitten, weil zu viel junge Tiere darunter sind. Eine Abschachtung ist nicht notwendig. Einzelne Landkreise klagen über fleischmangelnde Versorgung. Die Provisionen, für die jetzt Vermittler ausgesendet werden, müssen nachgeprüft und nötigenfalls verringert werden. Die Verteilung von Mehl und künstlichem Dünger ist noch nicht zweckmäßig genug.

Gegen den Produktionszwang.

Abg. Graf v. Schwerin-Blotitz (kons.): Wohl ist im Frieden schon auf die hohe nationale und wirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft hingewiesen worden. Aber jetzt im Kriege hat sie Gelegenheit zu zeigen, was sie leisten kann. Jeder Landwirt hat die Pflicht, aus seinem Boden herauszuholen, was irgend möglich ist. Alle Kreise des Volkes müssen dazu beitragen, die Schaffenskraft und Schaffensfreude der Landwirtschaft zu erhalten. Die Landwirte waren die ersten, die Höchstpreise verlangt haben. Ich habe bereits vier Wochen nach Kriegsausbruch es im Namen aller meiner Berufsangehörigen abgelehnt, aus der Kriegszeit Konjunkturgewinne zu ziehen. Im Vergleich zu den anderen Ländern ist die Preisfrage bei uns glänzend gelöst. Die Hauptursache ist allerdings für die nötigen Vorräte zu sorgen, in zweiter Reihe kommt die richtige Verteilung und erst dann kommt die Preisfrage. Auch für den Fernsten ist es immer noch besser,

teuer zu kaufen, als daß gar nichts da ist. Der Präsident v. Batocki hat ja zweifellos einen schweren Stand. Wir wissen, daß er oft manchmal wohl auch gegen seine bessere Überzeugung Konzeptionen machen muß. Aber diese Konzeptionen dürfen nicht so weit gehen, daß die Produktionslust der Landwirtschaft eingeschränkt wird. Die Einführung eines landwirtschaftlichen Produktionszwanges wäre der Gipfel des Unheils. Manche Landwirte und Landwirtsfrauen wären froh, wenn sie ihre Güter für eine Zwangsbewirtschaftung zur Verfügung stellen könnten. Bei der Zwangsbewirtschaftung würde was Schönes herauskommen. (Sehr richtig! rechts.) Woher will man zudem die Arbeitskräfte dazu nehmen? Die Beschaffung von Munition und von Nahrungsmitteln sind jetzt die Hauptaufgaben. Alles andere muß dahinter zurücktreten. Trotz der Mängel und Schwächen unserer Ernährung haben wir keine Ursache, in unserer festen Zuversicht wankend zu werden. Ja wir sind in einem sehr schlechten Erntejahr ausgenommen. Deshalb werden wir durchhalten, solange der Krieg dauern mag. Unser Volk ist weiter imstande und entschlossen, alles zu leisten. Niemals zuvor ist von größerer Bedeutung für die ganze Zukunft unseres Volkes die Schaffenskraft und Schaffensfreudigkeit unserer deutschen Landwirtschaft gewesen. Helfen Sie uns, diese zu stärken und zu erhalten. (Beifall! Beifall.)

Präsident des Kriegsernährungsamtes v. Batocki: Die Machtbefugnisse des Kriegsernährungsamtes sind weniger wesentlich als der gute Wille aller Beteiligten. Es wird keine notwendige Maßnahme unausgeführt bleiben. Die Sorge des Vordrängers vor einem Nachgeben gegen politische Richtungen ist unbegründet. Die Freunde des Grafen Schwerin werden noch öfter Maßnahmen von uns so deuten, wir müssen uns damit ebenso abfinden, wie wenn die andere Seite unsere Maßnahmen wegen meines Privatberufs und meiner Vergangenheit kritisiert. Ich muß den Weg zwischen zwei Polen suchen und werde ihn hoffentlich finden.

Über die Organisation des von General Gröner geleiteten Kriegsammtes kann ich noch nichts sagen. Wir arbeiten noch zusammen. Ich hoffe, daß wir einheitlich und geschlossen die Ernährung des Volkes und des Heeres miteinander in Einklang bringen werden. Das Kriegsamt hat besonders auch für die Ernährung der Munitionsarbeiter zu sorgen.

In den letzten 5 bis 6 Monaten habe ich oft auch überreife arbeiten müssen. Die Vorratspolitik findet ihre Grenzen im augenblicklichen Bedarf. Kartoffeln müssen schon vor dem Winterfertig verteilt und eingelagert werden. Der Bedarf ist gegen den Frieden verdrängt, und solche Mengen können im strengen Winter nicht transportiert werden. Durch Heranziehung der Sachverständigen aus der Praxis sollen die Zentralstellen reformiert werden. Die vollstimmliche Zusammenfassung der Vorkomitees soll erfolgen, im Winter wollen wir die Obst- und Gemüseversorgung besser vorbereiten als sie war. (Beifall.)

Frische Fische lassen sich kaum beschlagnahmen; ohne Beschlagnahme ist aber eine Preisherabsetzung unmöglich, denn dann läme nichts mehr auf den Markt, und niemand hätte was. Wir wollen aber soweit als möglich regeln.

Die ersten Monate der Viehhandelsregelung sind vorüber; an die Herabsetzung der Provisionen kann jetzt herangegangen werden. Niedrigere Kartoffelpreise waren nicht möglich, da jetzt die Versuchung zu groß ist, das mangelnde Futter durch Kartoffeln zu ersetzen. Die Holzspirituserzeugung wird energisch gefördert, aber man darf nicht übertriebene Hoffnungen daran knüpfen.

Die Verwendung von Ersatznahrungsmitteln hängt von der Freigabe durch die Heeresverwaltung ab. — Die absoluten Temperanzler glauben jetzt ihre Zeit gekommen, sie gehen mit einer Rücksichtslosigkeit vor, der man nur mit etwas Humor beikommen kann. Der Krieg ist nicht die Zeit, unsere ganzen Volkssitten von Grund auf zu ändern. Von einer Vermahlung von 900 000 Tonnen Gerste ist keine Rede mehr, es wird eine sehr erhebliche Herabsetzung erfolgen. Herrn Hoff kann ich sagen, daß auch beim Rindvieh dafür gesorgt ist, daß die Büme nicht in den Himmel wachsen. (Heiterkeit.) Die schlachtreifen Tiere werden geschlachtet, und wenn Rindvieh übrig bleibt, ist es kein Unglück. — Der Ernährungsbeitrag wird in acht Tagen über den Zucker beraten. Sein Anbau erfordert besonders viel Kräfte, es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um beim Zuckerrückbau die Arbeiterknappheit zu mildern.

Die Stäckerzeugung wird aufs äußerste angespannt. Ihre Leistung ist eine Frage der Maschinenherstellung und der Arbeitskräfte. Zur Moor- und Kultur nur Kriegsgefangene zu verwenden, könnte dieses notwendige Werk schädigen. (Zustimmung.) Mit allen Bevölkerungsteilen und mit der Presse suche ich eine Fühlung zu behalten. Von der anfänglichen Begeisterung ist manches verflogen. Das ist nicht weiter verwunderlich. Leider ist aber auch von der Kameradschaft, wie sie im Schützengraben als selbstverständlich gilt, bei der Unterschiedlichkeit der Berufe in unserem verwinkelten Wirtschaftsleben nicht mehr viel zu spüren. Der Städter kennt das Land nur von Sommerausflügen. Vieles hat er mit seinem gespickten Beutel der Landbewohnerschaft das letzte weggekauft. Die Beziehungen zwischen Stadt und Land sind dadurch nicht besser geworden. Heute verfügt nicht mehr der Bauer, sondern der Gendarm. Der Bauer erträgt das schwer, er muß aber umlernen. Aber auch der Landwirt beurteilt die Stadt nur nach Sonntagbesuchen. Leider gibt ihm der unangenehme Einschlag von Lebemannern und Lebefrauen im Stadtleben aufbringliche Eindrücke. Von der angestrengten Arbeit der großen Masse der Stadtbewohner weiß er nichts. Er sieht auch nicht die Munitionsarbeiter an ihrem schweren Werk und die zahlreichen Frauen an ihrer ungewohnten Arbeit. Sie alle müssen ausreichend ernährt werden. Der Beamte lebt längst nicht mehr seinen guten Tag, sondern muß gesteigerten Anforderungen genügen. Wir müssen uns vor Augen halten, daß Geldverdien und Beschränkungen in der Ernährung nicht unsere Hauptproben sind, sondern was aus Deutschland werden soll. Wir können nur bestehen, wenn wir einig und geschlossen sind. Helfen Sie uns dabei. (Beifall.)

6./II. 1916

Konsumentenpolitik in Krieg und Frieden.

Referat gehalten anlässlich der Hausfrauentagung von Dr. Adolf Ziegler, Konsulent der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer.

Der bekannte Abbau der Fett Höchstpreise ohne gleichzeitiges Festsetzen der Höchstpreise für Lebensschweine hatte sofort das Verschwinden des Fettes vom Markt zur Folge. Hier hat man wohl im Laufe des Krieges genügend traurige Erfahrungen gesammelt und wird bei künftiger Erstellung von Höchstpreisen wohl die „Forderungen der Handelspolitischen Kommission“, die heute noch ein Nachschlagswert für die Behörden sein sollten, berücksichtigen.

Als letzte, nicht minder wichtige Tätigkeit der Konsumentenpolitik kommt die gleichmäßige und gerechte Verteilung der Lebensmittel in Betracht. Ein großer Hemmschuh in dieser Hinsicht ist die schon oft gerügte, aber noch immer nicht abgestellte Länder, ja bezirksweise Absperrung. Eine zentrale Organisation der Verteilung für das ganze Reich ist eine absolute Notwendigkeit, ebenso wie die direkte Beteiligung der, und zwar möglichst vieler Detailabgabestellen, die Dezentralisation der Lebensmittelabgabe. Die auf ein im voraus bestimmtes Quantum lautenden Ausweisarten, wie sie in einzelnen Artikeln eingeführt wurden, haben deshalb eine vollständig gerechte Verteilung nicht bewirken können, weil nicht genügend Vorräte vorhanden waren oder rechtzeitig an die Detailabgabestellen verteilt werden konnten, um die Ausweisarten zu honorieren. Insbesondere seit dem Kriege mit Rumänien, als die Lebensmittel alter Ernte verbraucht waren, die rumänischen Zuschüsse aufhörten, die neue Ernte aber noch nicht in die einzelnen Abgabestellen geleitet werden konnte, machte sich ein wohl nur vorübergehender, aber trotzdem empfindlicher Mangel gerade der wichtigsten Lebensmittel geltend.

Das Anstellen vor den Lebensmittelgeschäften ist auf diese Kombination verschiedener ungünstiger Tatsachen zurückzuführen. Je häufiger und je mehr Kunden von einem Geschäft, welches nicht genügend bevorrätigt war, unbefriedigt weggehen mussten, desto ängstlicher und stürmischer war die Nachfrage und desto längere Reihen meist von Frauen und Kindern mussten sich oft bei Nacht und schlechter Witterung anstellen, um ihren täglichen Bedarf im wahrsten Sinne des Wortes zu erstehen. Die maßgebenden Faktoren zerbrechen sich seit längerer Zeit den Kopf, wie dieser nicht nur in Österreich, sondern auch in

Deutschland bemerkbaren sozial, hygienisch und ökonomisch gleich bedenklichen Erscheinung zu steuern wäre.

Viele gutgemeinte aber unwirksame Maßnahmen wurden auch aus dem Publikum vorgeschlagen: so die Einführung fahrbarer Kaufmannsläden, wie sie in anderen Ländern üblich sind. Diese hätten jedoch nur dort einen Sinn, wo zuviel Ware und zu wenig oder nicht genügend verteilte Detailgeschäfte vorfindlich sind. Bei uns fehlt es aber gerade nicht an Detailgeschäften, sondern nur an der verfügbaren Ware. Die fahrbaren Kaufmannsläden würden nur die sechshaftigen Kaufleute ruinieren und dadurch erst einen künstlichen Mangel an Detailgeschäften hervorrufen, ohne der Sache selbst zu steuern. Dagegen ist die genügende Beteiligung der vorhandenen Detailgeschäfte eine bringende Notwendigkeit. Die in der handelspolitischen Kommission für die Milchbezugsarten seinerzeit vorgeschlagene Rationierung, das heißt die Aufstellung von Kundenlisten, verbunden mit der Bindung der betreffenden Kunden an das einmal gewählte Lebensmittelgeschäft hat im Deutschen Reich, dort, wo eingeführt, sich bis jetzt am besten bewährt. Dadurch ist die Möglichkeit geboten, daß jedes einzelne Geschäft über seinen Bedarf die Menge der dort zu verteilenden Lebensmittel eine Vorstellung bekommt und die Menge der Waren rechtzeitig von den zentralen Verteilungsorganisationen ansprechen kann. Dadurch ist aber auch die Möglichkeit gegeben, im Falle des Warenmangels die Detailverteilungsstellen gleichmäßig prozentuell zu kürzen, die wieder ihre einzelnen Kunden im selben Prozentsatz geringer beteiligen können: Zur Einführung der sogenannten beweglichen Ration. Ein vollkommenes Vorkommen eines später kommenden Kunden wird nicht mehr vorkommen und das Bewußtsein, daß jeder später Kommende dieselbe Ration erhält wie der früher Kommende, macht ein Anstellen und sich um den ersten Platz Drängen nicht mehr notwendig.

Der geringe Vorrat an gewissen Lebensmitteln und die Unmöglichkeit, die Verteilung in den sich ergebenden oft sehr geringen Quantitäten auf die einzelnen Haushaltungen durchzuführen, dürfte aber bald zu einer weiteren Maßnahme führen, nämlich zur Sozialisierung der Küchenwirtschaft auf Kriegsbauer durch Einführung, bzw. Ausgestaltung der Kriegsküchen. Durch die Möglichkeit, auf diese Art für eine große Anzahl von Personen zu kochen, wird nicht nur eine ganz außerordentliche Ökonomie im Verbrauch der Lebensmittel erzielt werden können, sondern durch diese Einführung wird auch für eine große Anzahl von Hausfrauen, welche sonst jede für sich hätte einkaufen und kochen müssen, Zeit erspart und damit die jetzt so kostbare Arbeitskraft für andere Zwecke gewonnen. Schon jetzt muß eine Anzahl von Frauen, anstatt den eigenen Haushalt zu versorgen, dem Verdienste nachgehen. Es sei hier nur an die weiblichen Schaffnerinnen der Strahndahn, an die Angestellten der Protzfabriken usw. erinnert. So lange noch die Ferienzeit es ermöglichte, daß die Kinder beim Lebensmittelkauf und auch schlecht und recht zur Versorgung des Haushaltes verwendet werden konnten, trat die Notwendigkeit noch weniger in Erscheinung. Für derartige Haushaltungen wird die Einführung der Kriegsküche und die Möglichkeit, mit relativ geringen Kosten, ohne Zeitaufwand, sich eine gut bestimmende und ausreichende Mahlzeit zu verschaffen, besonders jetzt, nach Schluß der Ferien, einen Segen bedeuten. Mehr noch fällt jedoch in die Waagschale die schon erwähnte Ökonomie im Verbrauch der Nahrungsmittel, und angestellte Berechnungen haben ein geradezu erstaunlich günstiges Resultat ergeben, mit wie geringen Mengen von Nahrungsmitteln und mit geringem Kostenaufwand sich eine verhältnis-

mäßig gute und nahrhafte Kost bereiten läßt. Wichtig ist, daß die Einführung bei dem gerade in Österreich etwas verminderten Geschmack und den verschiedenen individuellen Bedürfnissen bisher noch nicht den richtigen Anklang gefunden hat. Es wird jedoch die Zeit kommen, wo eine berartige ökonomische Behandlung mit Lebensmitteln ein absolutes Postulat der Notwendigkeit und als einzige Möglichkeit des Durchhaltens erlangt werden wird und es ist daher zweckmäßig, daß sich die maßgebenden Faktoren rechtzeitig mit der Organisation beschäftigen, damit im geeigneten Moment mit den entsprechend vorbereiteten Einrichtungen vor die Öffentlichkeit getreten werden kann. Man darf sich hier nicht verhehlen, daß diese Organisation keine einfache Sache sein wird, daß nicht nur die Auffindung entsprechend geeigneter Räumlichkeiten, sondern auch die Beschaffung des notwendigen Inventars zur Auspeisung, wie Geschirre usw. gerade in den jetzigen Kriegzeiten große Schwierigkeiten bieten wird. Die Heranziehung der bestehenden Gasthäuser für diese Aktion wird, da auch diese nicht für eine so große Menge von Auszuspeisenden eingerichtet sind, voraussichtlich nicht genügen, wenn auch andererseits, da durch das Aufhören des Bierauschankes diese Verwendung als eine Art Kostandsaktion für das Gastwirtsgerwerb von vielen Gastwirten begrüßt werden wird und dadurch wenigstens ein großer Teil der die Auspeisung Suchender wird befriedigt werden können. Für die fehlenden Räumlichkeiten wird anderweitig Vorkehrung zu treffen sein und vielleicht dürfte die Lösung der Frage auch dadurch erleichtert werden, daß viele Parteien es vorziehen werden, die fertige Mahlzeit in eigenen Geschirren aus den Speisehallen in die eigene Wohnung abzuholen, wodurch gleichfalls der Betrieb entlastet wird. Selbstverständlich müßte bei derartigen Auspeisungen Vorkehrung getroffen werden — und diese ist bei den bisherigen Gasthausbetrieben bisher nicht der Fall gewesen — daß auch die die Auspeisung in Anspruch Nehmenden dazu herangezogen werden, entsprechend dem Verbrauch an den Ausweisarten gebundenen Lebensmitteln ihre Ausweisarten kürzen zu lassen, wodurch wieder das Mißverhältnis zwischen den verbrauchten Lebensmitteln und den dafür eingeführten abgegebenen Ausweisarten behoben und eine richtige Verteilung dieser Nahrungsmittel an die einen eigenen Haushalt führende und außerhalb des Haushaltes speisende Bevölkerung möglich wird.

An besonderen Maßnahmen, die für die Sparsamkeit im Verbrauch empfohlen werden könnten, sind zu erwähnen, die Heranziehung neuer Surrogate für das Getreide,

Es kommt hier insbesondere die Heranziehung der heuer glänzenden Hafenernte und der Gerste zur Brotbereitung in Betracht, sowie die Einbürgerung des Hafermehls und der Hafersuppe zu der in Österreich bisher noch wenig bekannten Hafersuppe, und die zweckmäßigere Heranziehung der Milch, soweit sie nicht als unumgängliches Nahrungsmittel, als Vollmilch für Kinder und Kranke in Betracht kommt, zur Butterbereitung als Ersatz der fehlenden anderen Speisefette. Es sei hier auf die bereits im Deutschen Reich eingeführte Verbutterung der eingelieferten Milch im großen hingewiesen, die, entsprechend organisiert, ein rationelles und sparsames Gebaren ermöglicht, als in den unzähligen kleinen bäuerlichen Betrieben auf dem flachen Lande und die gleichzeitig die Verwertung der hochwertigen und in Anbetracht der Fleisch- und Eierzeugung für die städtische Bevölkerung doppelt hochwertigen Magermilch als städtisches Volksnahrungsmittel

Das Volksernährungsamt und die Approvisionierung der Hauptstadt.

— Eine Unterredung mit dem Präsidenten Baron Ludwig Kürthy. —

Budapest, 5. November.

Mit den größten Erwartungen sieht man im ganzen Lande der Tätigkeit des Volksernährungsamtes entgegen, das, wie wir bereits gemeldet haben, am gestrigen Tage in Aktion getreten ist. Mit begreiflicher Spannung harret man überall der Maßregeln des Präsidenten des neuen Amtes Barons Ludwig Kürthy, besonders hier in Budapest, wo trotz der ehrlichsten Bemühungen der Behörden es auf dem Gebiete der Approvisionierung noch manche Schwierigkeiten zu überwinden gibt. Je näher der Winter heranrückt, desto schwieriger gestalten sich die Aufgaben der Approvisionierungsbehörden. Wird das neue Amt es vermögen, seine riesenhafte Aufgabe in befriedigender Weise zu lösen? Wir glauben, diese Frage bejahen zu können, selbstverständlich in der Voraussetzung, daß das Publikum selbst das Volksernährungsamt in dessen Tätigkeit unterstützen, mit der nötigen Diszipliniertheit und mit der von den außerordentlichen Verhältnissen gebotenen Opferwilligkeit sich den Maßregeln des Amtes fügen, in richtiger Erkenntnis der Situation alle Vorschriften ehrlich und genau einhalten wird.

Um die Pläne des Präsidenten des Volksernährungsamtes bezüglich der Approvisionierung der Hauptstadt kennen zu lernen, ersuchten wir ihn um eine Unterredung, die uns lebenswürdig gewährt wurde. Baron Kürthy ist bestrebt, mit der Presse, von deren Mitarbeit er sich viel verspricht, in ständiger Fühlung zu sein.

Baron Kürthy empfing unseren Mitarbeiter Samstag nachmittag; er war allein im Amte, vor einem Stoß Telegramme und Akten sitzend und in deren Studium vertieft.

Unser Mitarbeiter kam zunächst auf die erste Maßregel des Präsidenten, auf die Abschaffung der Milchkaffeejaule in den Kaffeehäusern und Zuckerbäckereien, zu sprechen. Da das Verbot des Verkaufs von Milchkaffee sich auf die Kaffeehäuser nicht erstrecken soll, tauchte die Frage auf, welche Lokale unter den Begriff „Kaffeehandl“ fallen.

— Ich betrachte — erwiderte Baron Kürthy auf diese an ihn gerichtete Frage — als Kaffeehandl jedes Lokal, das nicht Luxuszweden dient, das das Publikum nicht zur Zerstreuung auslucht, sondern um sich durch Speise und Trank zu erfrischen, zu stärken. Das letztere ist nicht der ausschließliche Zweck der Besucher von Kaffeehäusern, denn ihnen handelt es sich weniger um den Kaffee, als um Zerstreuung. Auch gibt es viele, die das Kaffeehaus als ihr Bureau betrachten und dort Geschäfte abwickeln. Jene wie diese können ganz gut auf den Milchkaffee verzichten, es stehen ihnen viele andere Erfrischungen zur Verfügung. Der Milch aber bedarf man an anderen Orten viel dringender. Aus diesem Grunde wird in den Kaffeehäusern selbstverständlich nicht nur der Verkauf von Milchkaffee zwischen 3 und 8 Uhr nachmittags verboten sein, sondern überhaupt alle Getränke, denen Milch beigemischt zu werden pflegt. (Tee oder Kakao mit Milch usw.) Schwärzer Kaffee darf selbstverständlich auch zwischen 3 und 8 Uhr verkauft werden. Uebrigens bedeutet die Abschaffung des Hauskaffees nur den ersten Schritt in dieser Richtung; wir werden ja sehen, in welchem Maße dadurch der Genuß anderer Getränke beeinflusst, welches Getränk mehr konsumiert wird als bisher. Vielleicht wird unsere Maßregel eine zu große Erhöhung des Konsums von Kaffee oder Tee zur Folge haben, und vielleicht werden wir dem übermäßigen Konsum auch dieser Getränke einen Damm setzen müssen. Die Zukunft wird zeigen, ob auf dem Gebiete des Kaffeehauswesens weitere Einschränkungen notwendig sind oder nicht.

— Welche wichtigeren Maßregeln zum Zwecke einer Erleichterung der Approvisionierung der Hauptstadt stehen bevor?

— Die Maßregeln, durch die das Publikum von dem peinlichen Zwange befreit werden soll, sich vor den Lebensmittelgeschäften anstellen und stundenlang warten zu müssen, bis es, wenn es Glück hat, die nötigen Lebensmittel sich beschaffen kann. Dieser Zustand ist unwürdig und unhaltbar und muß daher ehestens aus der Welt geschafft werden. Denn kann man es ruhig mit ansehen, wie sich die armen Leute drängen, wie sie in Reih und Glied, in leichten, oft defekten Kleidern, den Unbilden der Witterung ausgesetzt, geduldig stehen müssen, bis sie an die Reihe kommen, um dann eventuell mit leeren Händen wieder abgehen zu müssen? Da ist sofortige Abhilfe nötig und daher habe ich die Behörde der Hauptstadt aufgefordert, innerhalb der kürzesten Zeit ihre Vorschläge in dieser Richtung zu erstatten.

— An maßgebender kommunaler Stelle — bemerkte unser Mitarbeiter — äußerte man sich in dieser Frage dahin, daß wenn die Regierung die von der Hauptstadt schon vor Wochen an sie gerichteten Eingaben erledigt hätte, der geschilderte Zustand bereits aus der Welt geschafft wäre.

Auf diese Bemerkung erwiderte Baron Kürthy: — Die Eingabe der Hauptstadt um Ermächtigung zur Einführung von Fettkarten wurde mir von der Regierung übermittelt, und ich habe die Eingabe schon erledigt; der Hauptstadt wurde die gewünschte Ermächtigung erteilt, so daß der

Einführung des Fettkartensystems nichts mehr im Wege steht. Hauptsächlich wird die Hauptstadt auch unverzüglich Gebrauch von dem erhaltenen Rechte machen. Die auf die Einführung von Zuckerkarten bezügliche Eingabe der Hauptstadt ist mir noch nicht zugestellt worden, in dieser Hinsicht konnte ich also noch keine Verfügung treffen. Es gibt aber außer dem Kartensystem noch andere Mittel, um die Verteilung der Lebensmittel unter die Bevölkerung zu erleichtern und das Anstellen des Publikums überflüssig zu machen. Ich habe dem Leiter der Approvisionierungssektion gegenüber die Idee angeregt, den Lebensmittelverschleiß nach Möglichkeit zu dezentralisieren, das heißt die Verschleißstellen zu vermehren. Das hiegegen vorgebrachte Argument, daß der Transport der Lebensmittel nach so vielen Verschleißstellen mit den größten Schwierigkeiten verbunden wäre, ist meiner Ansicht nach nicht genügend begründet, um auf eine Vermehrung der Verschleißstellen zu verzichten. Denn weshalb bedient sich die Hauptstadt zu Zwecken des Lebensmitteltransportes nicht der Elektrizität? Wie in anderen Großstädten könnte auch bei uns die Elektrizität in den Nachstunden, wenn der Passagierverkehr ruht, zur Beförderung von Lebensmitteln und anderen Bedarfsartikeln nach den Verschleißstellen verwendet werden. Die Hauptstadt müßte diese Idee ehestens verwirklichen, dann wäre es ein leichtes, die Verschleißstellen stets mit genügenden Vorräten zu versehen. Alle vernünftigen Maßregeln zur Verbesserung der Verhältnisse sind meiner Zustimmung gewiß.

Baron Kürthy erklärte sodann, er werde alles, was in seiner Macht liege, ausbieten, um die Deckung des Winterbedarfes der Budapester Bevölkerung an Lebensmitteln und anderen Gebrauchsartikeln zu sichern. Die brennendste Frage — sagte er — ist die Fettfrage, deren Lösung ich mich zunächst widmen werde. Die Fettaktion der Hauptstadt verdient alle Anerkennung und Förderung. Ich werde sie auch nach besten Kräften fördern, ich werde auch die Schweinemastaktion der Hauptstadt so weit als möglich unterstützen. Leider weiß ich derzeit noch nicht, wie viel Futter, hauptsächlich Mais, zu diesem Zwecke zur Verfügung steht. Für die Schweinemast dürften übrigens in nächster Zeit große Erleichterungen geschaffen werden.

Sehr wichtig ist auch die Kartoffelfrage; in dieser Hinsicht wird mein Bestreben hauptsächlich auf die Behebung der von Zeit zu Zeit sich einstellenden Transport Schwierigkeiten gerichtet sein, und ich hoffe, den Transport wesentlich erleichtern zu können.

Was die Versorgung mit Mehl betrifft, muß dem Publikum ans Herz gelegt werden, so haushälterisch als nur möglich mit den Mehlrationen zu wirtschaften. Ich hoffe, den Mehlbedarf des Publikums stets decken zu können; sollte sich aber dennoch früher oder später einiger Mangel an Brotfrüchten einstellen, so werden wir rechtzeitig für entsprechende Ersatzmittel (Gemüse u. a.) in ausreichender Menge sorgen. Es ist auch wahrscheinlich, daß nochmals eine Requirierung des Getreides im ganzen Lande erfolgen wird. Es wird sich vielleicht auch die Notwendigkeit einer Mischung des Mehls einstellen; da unsere Maisvorräte hiezu nicht groß genug sind, dürften Gerste, Kartoffeln usw. zur Mischung verwendet werden. Aus derart gemischtem Mehl läßt sich so gutes, schmackhaftes Brot herstellen, daß das Publikum den Genuß solchen Brotes kaum als eine neue Heimlichung betrachten wird.

In Holz, Kohle, Petroleum usw. herrscht im Lande kein Mangel, nur die Transport Schwierigkeiten müssen überwunden werden. Mit diesen Bedarfsartikeln beschäftigt sich eine besondere Abteilung des Volksernährungsamtes; bisher sind keine besonderen Klagen eingelaufen.

Eine andere Abteilung stellt die notwendigen statistischen Daten zusammen; es ist nämlich sehr wichtig zu wissen, wie viel Lebensmittel vorhanden sind, wie groß die Einfuhr von Lebensmitteln ist, wie viel Vorräte da oder dort zur Verfügung stehen. Nur wenn wir über all diese Daten verfügen, kann von einer richtigen Verteilung der Lebensmittel die Rede sein.

Was die Milchfrage betrifft, so ist diese sehr kompliziert, ihre Lösung äußerst schwierig. Den Plan der Hauptstadt, ein Zentralmilchamt zu errichten, kann ich nur billigen, denn dieses Amt würde die Milchversorgung des Publikums von Budapest wesentlich erleichtern.

Man hat im allgemeinen keine Ursache, mit übertriebenem Pessimismus der Zukunft entgegenzusehen. Ich hoffe, daß sich keine besonderen Kalamitäten einstellen werden, doch nur dann nicht, wenn das ganze Publikum die gebotene Sparsamkeit beobachtet, wenn es die Notwendigkeit der seinem Wohle gewidmeten behördlichen Verfügungen einzieht und selbst der Behörde in deren Tätigkeit behilflich ist. Das künftige Los des Publikums liegt zum größten Teile in seiner eigenen Hand!

Zum Schluß äußerte sich Baron Kürthy auch noch über die Organisation des von ihm geleiteten Amtes. Mit den Angelegenheiten der Approvisionierung der Hauptstadt beschäftigen sich jene Organe, die sich auch bisher in den einzelnen Ministerien damit befaßt haben. An der Spitze dieser Abteilung steht Sektionsrat Julius v. Ribely.

Demnächst wird auch der Volksernährungsamt gebildet; der Senat wird bloß aus 20 bis 30 Mitgliedern bestehen und verhältnismäßig nur wenig Sitzungen halten. Ich bin — schloß Baron Kürthy seine interessanten Ausführungen — kein Freund langer Beratungen, vieler Enquêtes und Konferenzen. Mein Prinzip ist: rasches, energisches Handeln!

Heinrich Schwet.

Westungarischer

Bericht des Bürgermeisters.

Hochgeborener Herr Obergespan!
Löblicher Munizipalausschuß!

Indem ich meinen Bericht über den Monat Oktober vorlege, halte ich es für meine Pflicht, nachdem ich in meinem Bericht vom Monate September dessen nicht mehr Erwähnung tun konnte, nachträglich zu berichten, daß die feierliche Eröffnung des dritten Schuljahres unserer Elisabeth-Universität am 30. September erfolgte. In der bei dieser Gelegenheit im Beratungsjaale der Universität abgehaltenen Generalversammlung erstattete der gewesene Rektor Dr. Edmund Polner einen Rechenschaftsbericht über das Schuljahr 1915/16 und der Rektor der Universität Dr. Joltan Kréssy für das Schuljahr 1916/17 hielt seine Antrittsrede. Mit so dankbarer Anerkennung wir die unverweifelichen Verdienste, welche sich der rücktretende Rektor Dr. Edmund Polner um die Leitung und Entwicklung unserer Universität erworb, sowie seine erfolg- und segensreiche Tätigkeit würdigen müssen, mit eben solcher Freude können wir den neuen Rektor unserer Universität Dr. Joltan Kréssy in seinem Amte begrüßen, dessen in der feierlichen Universitätsgeneralversammlung gehaltene Antritts- und Eröffnungsrede und die darin entwickelten leitenden Motive uns alle überzeugten, daß die Aufsicht über unsere Universität und deren Weiterentwicklung abermals einem hervorragenden, berufenen Leiter anvertraut ist.

In Verbindung mit diesem kann ich mit Freude berichten, daß die endgültige Entscheidung der Regierung bezüglich der Platzierung, des Baues und der vollständigen Organisierung unserer Universität welche sich schon Jahre hinzieht, nächstens zu erwarten ist. — Daß sich unsere Unterrichtsregierung ernst mit der Lösung der Universitätsfrage befaßt, zeigt der Umstand, daß Se. Erzengel Kultus- und Unterrichtsminister Dr. Bela v. Kanonovich mit dem Staatssekretär des Ministeriums Sr. Hochgeborenen Grafen Kuno Kelenberger und letzterer noch separat in unserer Stadt weilten und an Ort und Stelle die Frage der zweckmäßigsten Platzierung und des jeheren faktischen Ausbaues eingehend studierten.

In Anerkennung ihres eifrigen amtlichen Wirkens ernannte Se. Hochgeborene der Herr Obergespan Polizeikonzipisten Bela Kiraly und tit. Polizeikonzipisten Rudolf Kuzsel zu tit. Vizestadthauptleuten. Ich bitte den löblichen Munizipalausschuß, die Ernennung der genannten zwei Polizeibeamten zur Kenntnis zu nehmen und gleichzeitig auch seinerseits den zu tit. Vizestadthauptleuten ernannten Polizeikonzipisten Bela Kiraly und tit. Polizeikonzipisten Rudolf Kuzsel für ihre wirklich unvergleichliche, eifrige Tätigkeit die protokolllarische Anerkennung auszusprechen.

Um die ungestörte Abwicklung der öffentlichen Verpflegung nach Möglichkeit zu sichern, wurden mehrfache Anordnungen getroffen. So z. B. daß die Massenansammlungen vor den einzelnen Geschäften, besonders vor den Bäckergeschäften verhindert werden. ordneten wir an, daß die Bäckergeschäfte, sowie alle Geschäfte, welche Lebensmittel verkaufen, den ganzen Tag offen zu halten sind. Die Bäckermeister besonders verpflichteten wir noch, die von der Mehlskanzlei erhaltene Mehlmenge an einem Tage aufzuarbeiten, jedoch das ausgebackene Brot erst am nächsten Tage, in ausgekühltem Zustande zu verkaufen. Außerdem wird durch die Mehlskanzlei zur Orientierung des Publikums und auch behufs entsprechender behördlicher Kontrolle von Woche zu Woche bekannt gegeben, wieviel Brot bei jedem Bäckermeister täglich zum Verkauf kommt. Desgleichen, um die

Massenansammlungen vor den einzelnen Geschäften zu verhindern, haben wir vom November an das System der Zuckerkarten ins Leben gerufen, dem entsprechend die betreffenden Kaufleute Zucker und Fett nur gegen Vorweisung einer solchen Karte und nur in der auf der Karte verzeichneten Menge verkaufen dürfen. Schließlich haben wir neuerdings den Ministerialerlaß Zahl 4207—1915 bezüglich der Preistreibe- reien kundgemacht. Mit Bezug auf diesen Erlaß machten wir das Publikum besonders darauf aufmerksam, daß Kaufleute und Gewerbetreibende verpflichtet sind, die vorhandene Ware um den im affizierten und behördlich validierten Verzeichnis enthaltenen Preis dem Käufer zu verkaufen und zwar ohne jede besondere Bedingung und Abhängigkeitsmachung davon, daß die Ware mit einem anderen Artikel zusammen gekauft werde; zugleich forderten wir das Publikum auf, jeden diesbezüglichen Mißbrauch sofort bei der Polizei zur Anzeige zu bringen.

Was die Versorgung mit einzelnen Lebensmitteln betrifft, berichte ich folgendes:

Das Mehlkontingent unserer Stadt hat der Minister des Innern mit Einrechnung des Bedarfes der durch Ihre k. und k. Hoheit Frau Erzherzogin Isabelle geplanten Massenvolksküche mit monatlich 64 Waagons festgestellt. Diese Quantität hat uns die Kriegsprodukt-Aktiengesellschaft bis jetzt stets zur gehörigen Zeit zur Verfügung gestellt, so daß bis jetzt kein Hindernis eingetreten ist. Das Mehl erhielten wir stets von den Budapester Mühlen per Schiff. Diese Lieferung des Mehles per Schiff von Budapest ist für uns mit Hinsicht darauf, daß im Eisenbahnverkehr im Interesse der Kriegsoperationen längere oder kürzere Störungen eintreten, am sichersten. Mit Hinsicht jedoch darauf, daß mit Eintritt der rauhen Jahreszeit die Schifffahrt vollständig sistiert wird, und im Laufe des Winters der Fall eintreten kann, daß es weder per Schiff noch per Bahn möglich sein wird Mehl nach Pozsony zu liefern, wendete ich mich mit der Bitte an das Ministerium, wenigstens den dreimonatlichen Bedarf schon jetzt anzuweisen, um denselben noch jetzt, vor Sistierung der Schifffahrt, nach Pozsony liefern zu können.

An Milch kommen in diesem Jahre täglich um beiläufig 4000 Liter mehr vom Lande in die Stadt, als im Vorjahre. Dennoch existiert noch Milchmangel, der sich wie gewöhnlich in den Wintermonaten noch steigern wird. Die Ursachen des Milchmangels sind im allgemeinen die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse und zum Teil, daß sehr viel Milch gewerblich verarbeitet wird.

Erdäpfel zur öffentlichen Versorgung konnten wir nur im Wege der Landes-Vermittlungskanzlei beschaffen. Um in diesen schweren Zeiten an diesem erstrangigen Lebensmittel keine Not zu leiden, stehen wir mit der bezeichneten Kanzlei in ständiger Verbindung und trachten auf jede Art und Weise, den nötigen Vorrat zu beschaffen.

Was das Fett betrifft, verfügen wir derzeit überhaupt über keinen nennenswerten Vorrat, aber auch unsere Selscher nicht. Die Ursache dessen ist nicht vielleicht der Mangel an Schweinen, denn Schweine gibt es; jedoch zum Teil das, daß die Mäster und Züchter die Schweine zum Teil zurückhalten, zum Teil jedoch für die fertigen Schweine so unerhörte Preise fordern, daß es unmöglich ist, dieselben zu kaufen. Es ist jedoch sicher zu hoffen, daß sich diesbezüglich die Situation in absehbarer Zeit bessern wird und zwar in Folge dessen, daß der ganze Schweinebestand durch die Regierung zur Verpflegung des Heeres und der Öffentlichkeit requiriert wurde und die Lieferung der Schweine nur mittelst Erlaubnis und ausschließlich zur Verpflegung des Heeres und der Munizipien möglich ist. Ich berichte ferner, daß wir teils mit einzelnen Herrschaften und Grundbesitzern bezüglich Lieferung von Schweinen Verträge abschlossen, teils das Innenministerium telegraphisch ersuchten, die zur Verpflegung der Stadt mit Fett, monatlich benötigten neuhundert Schweine uns zu sichern.

Im Monate Oktober verständigte uns die Zuckerzentrale, daß sie den Zuckerverkauf an die Pozsonyer Kaufleute bis zur weiteren Verfügung einstelle und unseren Bedarf in Zukunft ausschließlich im Wege der Behörde zu decken wünsche. In dieser Verfügung bewog die Zuckerzentrale, wie selbe in einem an mich gerichteten Schreiben erklärte, der Umstand, daß, obwohl Pozsony unter die mit Zucker am besten versehenen Städte des Landes gehört, dennoch sowohl von Privaten als auch von Korporationen und

Instituten massenhaft solche Klagen einlangen, welche darauf hinweisen, daß die Kaufleute die ihnen für den allgemeinen Konsum zugewiesenen Zuckerquantitäten nicht dem, den Intentionen der Zuckerzentrale entsprechenden Zwecke zuwenden. In Folge dieser Verfügung der Zuckerzentrale und entsprechend dieser trafen wir die nötigen Verfügungen, daß in der Versorgung der Bevölkerung mit Zucker keine Störungen eintreten und das konsumierende Publikum im Verhältnisse zu der uns zur Verfügung stehenden Zuckerquantität, seinen Bedarf bei den Kaufleuten decken könne. Wir bildeten aus den Vertretern der Behörde, der Handels- und Gewerbekammer sowie der interessierten kaufmännischen Kreise ein Syndikat. Selbes stellt fest und beschafft die durch die Zuckerzentrale anzuweisende monatlich benötigte Zuckerquantität, verteilt selbe unter die Kaufleute im Verhältnisse ihres Umsatzes und kontrolliert dieselben, daß sie den übernommenen Zucker auch tatsächlich im Verkehr bringen, resp. gegen Zuckerkarten den Käufern abgeben und verrechnet mit ihnen auf Grund der abgegebenen Zuckerkarten bezüglich der Menge des ihnen übergebenen Zuckers.

Nachdem man im Sinne der Regierungsverordnungen auch Hülsenfrüchte nur im Wege der Kriegsproduktengenossenschaft beschaffen kann, traf ich auch in dieser Hinsicht die nötigen Verfügungen. Bohnen erhielten wir schon zwei Waagons und wurden uns nächstens ein-zwei Waagons Erbsen versprochen, desgleichen Hirse und Gerst. Außerdem beschafften wir von der Kriegsproduktengenossenschaft Käse und Butter und bestellten kondensierte Milch und bei der ungarischen Bank zwei Waagons Tafelkaltz.

Indem ich im Obigen über die Verfügungen Rechenschaft erstatte, welche wir bezüglich der Versorgung unserer Stadt trafen, halte ich es für meine Pflicht zu berichten, daß alle diese Verfügungen, insofern sie nicht rein behördlicher Natur sind, im Einverständnis mit der Approvisionierungskommission erfolgten und daß diese Kommission aus ihrer Mitte ein ständiges Exekutivkomitee entsendete behufs Besprechung der die allgemeine Verpflegung betreffenden Angelegenheiten, resp. zu dem Zwecke, daß diese Kommission die Behörde in ihren Bestrebungen die allgemeine Verpflegung zu sichern, unterstütze. In dieses Exekutivkomitee, welches unter meinem Präsidium bereits gebildet wurde und wöchentlich zweimal Sitzungen abhält, wurden aus der Approvisionierungskommission Josef Braun, Siegmund Nalovek, Johann Ludwig, Johann Sendlein, Max Stein, Gregor Wolff und Siegmund Wolf delegiert. Mitglieder des Exekutivkomitees sind noch zweiter Bürgermeister Theodor Kumlif, Oberstadthauptmann Koloman Peterdy, tit. Vizenotär Julius Moravek, Marktdirektor Karl Dvorak und Tierarzt Friedrich Palm. Ich drücke der Approvisionierungskommission und den aus ihrer Mitte entsendeten Mitgliedern des Exekutivkomitees meine dankbare Anerkennung für ihren Entschluß, resp. für ihre Bereitwilligkeit aus, mit welcher sie diese in den heutigten Zeiten nicht leichte und verantwortungsvolle Betrauung zu akzeptieren so freundlich waren, die Behörde in ihrer auf die Sicherstellung der allgemeinen Verpflegung gerichteten schweren Arbeit zu unterstützen.

Ich berichte ferner, daß Zeichenprofessor Geza Zierer dem städtischen Museum wertvolle Zeichnungen und graphische Werke spendete.

Die Interessen der Emmerich und Christine Duffil-Stiftung pro 1915 im Betrage von 9778 Kronen wurden dem Antrage entsprechend unter 36 Konkurrenten verteilt.

Mit Erlaß Zahl 158.140 I. 3. verständigte der Minister des Innern die Stadtgemeinde mit Hinweis auf seinen Zirkularelaß Zahl 147.500 vom Jahre 1914, daß er jenen Beschluß des löbl. Munizipalausschusses, mittels welchem ausgesprochen wurde, das Relief Andreas Simas „Karpatischenmacht“ um den Betrag von 10.000 K. für das städtische Museum anzukaufen, im Interesse der Erhaltung der Zahlungsfähigkeit der Stadtgemeinde nicht genehmige.

Derielbe Minister genehmigte mit Erlaß Zahl 157.416 jenen Generalversammlungsbeschluß, mittels welchem ausgesprochen wurde, von den Offerten, welche auf das zur Deckung der Militärbequartierungskosten bewilligte Ansehen per 300.000 Kronen einliefern, das Offert des hiesigen Einwohners Alois Lanfranconi zu akzeptieren.

Gelegentlich der heurigen Weinlese wurden insgesamt 4133 Hektoliter 64 Liter Maische ein-

Volksernährung im dritten Kriegsjahre

Eingabe des Vereines „Die Bereitschaft“ an Ge. Excellenz den Herrn Minister des Innern.

Euere Excellenz!

„Die Bereitschaft“ hat gleich von Kriegsbeginn an vorausgesehen, daß eines der wichtigsten Probleme der Kriegswirtschaft die Erhaltung der Volkskraft, also die Versorgung des Volkes mit ausreichenden Nahrungsmitteln, sein wird. Während viele andere Faktoren mit einer kurzen Kriegsdauer gerechnet haben und das Aufwerfen der Ernährungsfrage für verfrüht und nur das Volk beunruhigend angesehen haben, hat „Die Bereitschaft“ schon im August 1914 mit ihrer Tätigkeit dahin eingeleitet, daß sie probeweise eine Massenauspeisung von über 1000 Kindern begann, welche auch heute noch weitergeführt wird. Im weiteren Verfolge des Studiums des Ernährungsproblems haben wir die Zusammentretung eines Komitees von Fachleuten veranlaßt, von denen einzelne sich schon vorher eingehend mit diesen Fragen beschäftigt hatten, und haben das Ergebnis dieser Beratungen, in eine Denkschrift zusammengefaßt, anfangs 1915 dem hohen Ministerium des Innern vorgelegt.

In dieser Denkschrift, welche später auch im Druck erschienen ist, haben wir schon eine Reihe von konkreten Vorschlägen gemacht, bei deren rechtzeitiger und einheitlicher Durchführung die schwere Notlage in den ersten zwei Kriegsjahren wesentlich gemildert worden wäre und wir voraussichtlich noch mit kleinen Reserven in das dritte Kriegsjahr getreten wären. Im Gegensatz hiezu kamen immer nur halbe Maßregeln und immer verspätet, so daß die Maßregeln selbst, da sie nur Einzelheiten trafen, das Wesen der Bewirtschaftung der Vorräte, welches nur einheitlich einen Sinn hat, in den Augen der Bevölkerung diskreditierten und diese selbst den Verordnungen gegenüber so mißtrauisch machten, daß jedes Einzelindividuum aus Gründen der Selbsterhaltung an die Selbstversorgung denken mußte. Die getroffenen Maßregeln waren fast ausnahmslos durch Bemittelte und durch Produzenten der Nahrungsmittel zu umgehen. Eine einheitliche Erfassung der gesamten Ernährungsfrage ist nirgends zu sehen gewesen und so kam es, daß die erlassenen Verordnungen in vielen Fällen nach kurzer Zeit schon vielfach zum Schlechteren verändert wurden; hiebei war immer der Einfluß der interessierten industriellen und landwirtschaftlichen Kreise zu bemerken, welche in beschränkter Einsicht nur ihr Geldinteresse in Erwägung zogen und nicht einmal jenes Interesse, welches sie an der Erhaltung

der organischen Produktivkräfte, der Arbeiter und der Reproduktion dieser Arbeiter haben.

Wir können nur wenige Beispiele zur Illustration anführen, wie die halben Maßregeln, welche getroffen wurden, äußerst lückenhaft sind und ohneweiters von den Bemittelten, von Erzeugern und Händlern umgangen werden, während die Unbemittelten das Nachsehen haben. Auf nur annähernde Vollständigkeit müssen wir verzichten, denn wir wollen, daß diese Eingabe gelesen werde. Bekanntlich leiden die Mittelmächte an großem Fettmangel, auf welchem auch die Not an Seife und Glycerin beruht; tierisches Fett ist vom Fleisch praktisch nicht gut trennbar und wenn die Fettabgabe praktisch eingeschränkt wird, kann der Wohlhabende noch immer zu fettem Fleisch greifen; während dies bei einem Teile der Mittelmächte eingesehen wurde, hat gerade bei uns eine Verordnung über den Fettbezug alles zu Gunsten der Bemittelten umgestürzt. Die mit 120 Gramm bemessene Fettration wurde für die Leute, welche Fett gesichert hatten, nur auf 100 Gramm Butter reduziert. Es war ihnen aber die Möglichkeit gegeben, fettreiches Fleisch und fettgäns in beliebigem Quantum anzukaufen und ihre Fettvorräte zu erhöhen. Schon nach kurzer Geltung der Fettkarten hat sich der Mißbrauch herausgebildet, daß Fleischhauer, welche an Bemittelte liefern, Schweinefleisch mit dem Speck und der Schwarte ohne Karte verkaufen, wobei auf das gewonnene Fett größeres Gewicht entfällt. Es wurde eine Ausnahmsbestimmung getroffen, daß Zuckerfranke eine erhöhte Fettration erhalten, was ja ganz richtig sein mag, wenn tatsächlich der exakte Beweis erbracht wird, daß der Beziehende wirklich ein zuckerkranker Reicher und nicht nur ein Reicher ist; im erstern Falle wäre ihm aber selbstverständlich der Bezug von Zucker oder Mehl im isodynamen Verhältnis, das ist für je 100 Gramm Fett 230 Gramm Zucker, zu entziehen gewesen; all das ist unterlassen worden! Jeder Bemittelte kann sechsmal in der Woche außer dem Fettquantum zu Hause gefettete Speisen in Garküchen usw. ankaufen. Das Gleiche gilt für Kohlenhydrate, welche man sich eizerhalb der Mehl- und Zuckerkarte in Form von Grolade, Backwerk, Süßigkeiten (Bonbons und Marmelade), Teigwaren, Kuchenmassen und so fort in beliebiger Menge, wenn man die Ausgabe von Geld nicht in Rücksicht zieht beschaffen kann.

Den Bäckern, welche durch zwei Jahre Weizenmehl statt es zu verkaufen, zu Bäckereien verarbeitet haben,

wurde endlich der Mehlverkauf entzogen: die Folge war, daß die Bevölkerung mehrere Tage auf das Brot verzichten mußte. Wochenlang hat Zuckermangel geherrscht — seit die Preiserhöhung zugestanden wurde, ist wieder ausreichend Zucker da.

Wir teilen die Scham und Empörung, die in maßgebenden Kreisen herrschen müssen, wenn sie sehen, wie mit der Not des Volkes, mit den Anordnungen, welche ihr Steuern sollen, eitel Spott getrieben wird.

Wir sprechen die Meinung aus, daß es sich in unserer Notlage gar nicht mehr darum handeln darf, die Interessen von Produzenten oder besonderen Konsumenten zu berücksichtigen oder auf bestimmte Industrien zu achten; es kann nur ein Leitmotiv geben für jede Tätigkeit in dieser Frage, das ist die Erzeugung großer Nahrungsmittelmengen und ihre Verteilung in der Weise, daß jeder Bewohner dieses Staates mindestens eine Erhaltungsration, die Arbeitenden überdies genügende Deckung für den Arbeitsumjaz erhalten.

Wir haben in unserer Denkschrift den Vorschlag aufgestellt, daß alle Stoffe, welche für die Ernährung des Menschen zweckdienlich erscheinen, diesen ausschließlich zuzuführen sind. Wir halten an diesem Vorschlage, dessen Nichtbeachtung offenkundig verderbliche Folgen zeitigt, hat, fest und können ihn nur nach unseren jetzigen Erfahrungen dahin erweitern, daß es die Pflicht der Staatsverwaltung ist, alle Stoffe, welche für Ernährung von Menschen und Nutztieren verwendet werden können, im Gemeininteresse zu beschlagnehmen, dann planmäßig die Ernährung der Menschen sicherzustellen und erst die sohin erübrigten Nährstoffe und das Raufutter für die Fütterung der Nutztiere zu verwenden.

Die bei uns durchgeführte Trennung der Maßnahmen für die Ernährung der Menschen und der Tiere ohne einheitliche Gesichtspunkte hat nur zum Kampfe zwischen Menschen- und Tierinteressenten um die Nahrungsmittel geführt, bei welchen letztere die Machtstellung hatten. (Man erinnere sich an die zu mindest sonderbare Vergeudung unserer Zuckervorräte.)

Im Frieden wurde eine Reihe von Stoffen, welche zu Nahrungs- und Futtermitteln dienen können, in Industrie verwendet, welche nur zum kleinen Teile Nahrungs- oder auch nur Genußmittel erzeugen; im Frieden ist dagegen vielfach nichts einzunutzen, aber im Kriege mußte sich ein Land, welches seinen eigenen Bedarf schon im Frieden nicht decken konnte, eben dieser Stoffe bemächtigen, um sein Defizit wenigstens teilweise zu decken. Ganz besonders ist dies jetzt notwendig, da wir völlig von jeder Zufuhr abgeschnitten sind. Gilt dies schon für die Verwendung im eigenen Lande, so hat es umso größere Geltung für den Export. Ein Land, welches seine eigene Bevölkerung nicht im vollsten Ausmaße ernähren kann, darf unter keinen Umständen und unter keinem — aus anderen Gesichtspunkten noch so wichtig erscheinenden Gründen — Nahrungsstoffe, auch nicht nach dem neutralen Auslande ausführen, selbst wenn die Gewähr gegeben wäre, daß sie nicht in die feindlichen Länder gelangen. Es erscheint uns widersinnig und verderblich, daß in einer Notlage, welche vielleicht entscheidend ist für das Sein und Nichtsein eines Volkes, des Surrogat- und Genußmittelindustrien, welche zum großen Teile nur durch Reklame haltbar sind, noch immer Nährstoffe zur Verfügung preisgegeben werden, so daß diese in weitaus verschlechterter Form zu den teuersten Preisen wieder in den Handel gebracht werden. Schon bei Beginn des Krieges wurde von Fachgelehrten auf diese Vergeudung vielfach hingewiesen leider jedoch wenigstens hierzulande ohne Erfolg.

Dem gewöhnlichen Menschenverstande wäre es wohl das Nächstliegende gewesen, daß bei einer gemeinsamen Kriegsführung die für den Krieg zusammengeschlossenen Staaten sich auch zu einer gemeinsamen Ernährungswirtschaft zusammenschließen. Aus welchen Gründen auch immer dies nicht geschehen ist, die eine Möglichkeit muß doch gegeben sein, daß wenigstens in unserer Monarchie die Ernährung des Heeres und des Volkes einheitlich geregelt und durchgeführt wird. Ein einheitliches, für beide Staaten der Monarchie gemeinsames, Heer und Zivilbevölkerung umfassendes, von anderen Instanzen unabhängiges Ernährungswesen wäre ebenso notwendig und möglich wie ein gemeinsames Kriegswesen.

Wenn der Erfüllung dieser Forderung schwer beherrschbare Widerstände entgegenwirken, so müßte doch mindestens erstens für Österreich die Versorgung des Heeres und der

An den Verein

„DIE BEREITSCHAFT“

WIEN I.

Annagasse 18.

Ich trete Ihrem Vereine mit einem:

a) jährlichen Beitrage von _____

b) einmaligen Beitrage von _____ bei.

Name: _____

Beruf: _____

Adresse: _____

Fernsprecher: _____



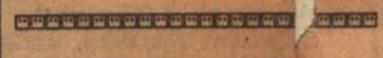
Wer die Pflicht jedes Staatsbürgers in sozialer Arbeit erkannt hat

Wem das öffentliche Wohl am Herzen liegt

Wer die Notwendigkeit sozialer Aufklärung klar faßt

Wer mithelfen will, glückliche gesellschaftliche Zustände herbeizuführen

der trete der Verein „DIE BEREITSCHAFT“ bei



Jahresbeitrag: 6 Kronen.
(für Arbeiter, Beamte, Lehrer und Studenten 2 Kronen.)

Nebstehendes ausschneiden! Ausfüllen! Unfrankiert aufgeben!



Volkswirtschaft im Dritten Reich

6. XI. 1916

Zivilbevölkerung einheitlich geregelt werden, zweitens der österreichische Staat ein großes ganzes und einheitliches Ernährungsgebiet bilden.

Im Gegensatz zu dieser Forderung sehen wir, daß nicht nur die Länder sondern auch Bezirke sich gegeneinander absperrten und die Höchstpreise ganz ungleichmäßig festgelegt sind; hiedurch leiden nicht nur gerade die stärksten Verbrauchsgebiete am meisten, sondern es ist auch jeder Art von Ausbeutung und Bucher Tür und Tor geöffnet. Durch diese Zersplitterung, dem konträren Gegensatz zur unbedingt notwendigen Zusammenfassung, hat sich der Mißbrauch ausgebildet, daß von allen staatlichen und privaten Organisationen bis zur Einzelwirtschaft hinunter wohllos Reserven angesammelt werden; es speichern die Zentralen, es speichern die Länder, die Bezirke, die Gemeinden, es stapeln die einzelnen Kaufleute, Vereine und Einzelwirtschaften; sie speichern was sie bekommen, gleichgültig ob dadurch das Nahrungsbedürfnis vollkommen oder nur einseitig befriedigt werden kann; alle aber aus Angst, daß sie später gar nichts erhalten könnten und keine Reserven zum Einsatz in der höchsten Not hätten, aus dem durch die Zersplitterung gegebenen Mißtrauen gegen die Verwaltungsmaßnahmen und aus der Erfahrung des Volkes, daß sich die Besitzenden unter allen Umständen noch Nahrungsmittel werden verschaffen können, während sie für die breiten Massen im gegebenen Momente unerreichbar sein werden.

Dabei dürfen wir nicht übersehen, daß die Schichte der Besitzenden eine immer dünnere wird gegenüber den Massen, welche nichts mehr zu verlieren haben; da selbst die sogenannten staatserkhaltenden Kreise der Beamenschaft und des Kleinbürgertums wohl den größten Teil ihrer Ersparnisse und Reserven eingebüßt haben dürften.

Dieses unzweckmäßige Speichern führt vielfach zum Verderben eines Teiles der Nahrungsmittel, an welchen es uns so bitter nottut. An frassen Beispielen für diese Tatsache fehlt es leider bei zivilen und militärischen Organisationen nicht. Durch eine einheitliche Organisation soll diesem Übel nicht nur gesteuert, sondern es sollen die gespeicherten Vorräte für die Volksgesamtheit ausgenützt werden. Eine kurzfristige Amnestie für die Überschreitungen der bisherigen Verbote, eine Beschlagnahme aller Vorräte ohne jede Ausnahme, hohe Bestrafung an Freiheit und im Verhältnis zum Vermögen für spätere und andauernde Übertretungen, Prämien für Befanngabe der gespeicherten Vorräte; diese Maßregeln würden wenigstens einen Überblick über die vorhandenen Nahrungsmittel herbeiführen. Dann könnte an die zweckmäßigste und gleichmäßigste Verwendung geschritten werden.

Unter allen Umständen muß sich eine Verteilung der Nahrungsmittel nicht nur auf einzelne Nahrungsmittel beziehen, sondern auf die Gesamtheit dieser, sodas jedem sein Teil zugewilligt wird und nicht mehr angewiesen wird, als tatsächlich vorhanden, da dies selbstverständlich zu den schwersten Schädigungen und Benachteiligungen der Schwerverarbeitenden und Unbemittelten führt, welche im Kampfe um die Erwerbung dieser Nahrungsmittel aus Mangel an Zeit und Verbindungen, an Mitteln, um Lieferanten oder ihre Angestellten zu bestechen, unterliegen müssen und ganz leer ausgehen.

Wir haben schon in unserer Denkschrift 1915 als das einzige Mittel zur Vorbeugung einer Katastrophe, der wir sonst hilflos entgegenstehen, die Organisation der Massenauspeisung verlangt. Wir müssen heute die obligatorische Gemeinschaftsküche fordern.

Da ihre praktische Durchführung nicht mit einem Schläge verwirklicht werden kann und man eben deshalb den Beginn nicht auf die nur wenige Monate entfernte Zeit der größten Not verschieben darf, schlagen wir vor, daß im größten und immerfort steigenden Ausmaße Massenauspeisungen für diejenigen veranstaltet werden, welche im Bezuge öffentlicher Unterhaltsbeiträge stehen, dann für alle industriellen Arbeiter, welche zum größten Teile heute für Kriegszwecke tätig sind; ihre Auspeisung einschließlich der Brotverteilung ist am leichtesten in den Betrieben selbst zu organisieren. Die Industriellen müssen daher hiezu verhalten und die bestmögliche Ausführung muß dauernd überwacht werden. Das gleiche gilt für Transportunternehmungen, welche ja zum größten Teil in den Händen des Staates, der Länder und der Großgemeinden sind. Das Ziel muß aber immer die obligatorische Gemeinschaftsküche für alle Staatsbürger ohne jede Ausnahme bleiben. Wenn einmal die Lebensmittel nur mehr in auf Speisen verarbeiteter Zustände erhältlich sind, wird auch das Anstellen von deren Ankauf, welches heute ein gleich großes Übel bildet wie ihr Mangel und eine Verwüstung von Volkskraft und Arbeitszeit bedeutet, auf das möglichst geringste Maß beschränkt sein. Es ist uns klar, daß einzelne erwerbende Schichten wie Kaufleute, Gasthaus- und Kaffeehausbesitzer leiden werden; aber es handelt sich um die Frage der Erhaltung des Gesamtvolkes, und gerade diese Stände haben bisher, während der Kriegszeit, einen stark erhöhten Gewinn gehabt und haben ihr gesteigertes Selbst- und Machtbewußtsein die Käufer oft schwer empfinden lassen. Auch können die einzelnen Mitglieder dieser Stände beim Betriebe der Gemeinschaftsküchen eine nützliche Verwendung finden, ebenso wie ihre Anlagen selbst. Desgleichen sollen die Konsumvereine zur Durchführung dieser Gemeinschaftsküchen herangezogen werden.

Parallel mit diesen Maßregeln und als Vorbereitung zu den allgemeinen Auspeisungen, zu welchen wenn nicht weise Voraussicht die bittere Not zwingen wird muß die Organisierung der Verteilung gehen; die Organisierung nicht die Mechanisierung. Schon im Frieden ist die Zersplitterung des Nahrungsmittelhandels in Zwergbetriebe ein Übel; in unseren jetzigen Verhältnissen hindert sie jede vernunftgerechte Zuteilung und öffnet jedem Mißbrauche tausend kleine Lücken, welche nicht verstopft werden können. Dem gegenüber ist die Organisierung der Käufer in Konsumgemeinschaften zu fordern, unter Ausschüßen, welche zum größten aus ihrer Mitte, zum kleinen Teile aus der Mitte der Verkäufer gewählt werden. Nur die größeren Betriebe sind als Verschleißstellen dieser Konsumgemeinschaften offen zu halten. Diesen sind die Waren nach Maßgabe des Vorrates und der in diesen Betrieben organisierten Kopfszahl der Verbraucher zuzuteilen. Die Waren dürfen nur gegen Bezugshefte und in für alle gleichem Ausmaße ausgegeben werden. Das Ausmaß darf nicht ein für allemal, sondern in kürzeren Zeiträumen nach den vorhandenen Vorräten bestimmt werden — dieses Ausmaß muß aber jederzeit jeder erhalten. Es gibt niemanden, der es nicht vorziehen würde, eine geringere Menge ohne großen Zeit- und Kraftaufwand zu beziehen, als Lebensmittelarten in großer Zahl zu bekommen, die zum Teile verfallen müssen.

Verteilt kann nur werden, was da ist; die größte Sorge der Verwaltung muß es daher sein, die Produktion von Nahrungs- und Futtermitteln auf das höchste Ausmaß zu steigern. Angesichts der phantastischen Preise,

welche für Bodenprodukte und Nutztiere erzielt werden, fehlt der Anreiz, die Landwirtschaft und Viehzucht nach allgemein nützlichen Gesichtspunkten zu betreiben. Vielmehr zeigt es sich, daß die Grundeigentümer, bei welchen sich während der Kriegszeit eine Fülle von Bargeld angesammelt hat, für das sie nicht einmal beförmliche Gegenwerte (Waren) erhalten können, ihre Wirtschaft nur in ihrem eigensten Interesse ausgestalten. Es fehlt die Zeit, sie zum Gemeinfinn zu erziehen; es muß daher mit aller Kraft und aller Umsicht eingegriffen werden. Den Grundbesitzern muß vorgeschrieben werden, was und wieviel sie zu erzeugen haben; den Großgrundbesitzern in erster Linie und mit der größten Entschiedenheit. Es darf nicht, um nur Beispiele anzuführen, in der Kriegszeit wenigstens, dem Einzelbelieben oder gar den Kartellen überlassen bleiben zu bestimmen, ob und wieviel Rüböl, Gerste oder Weizen zu bauen ist; es darf nicht Jagdbesitzern überlassen bleiben, Weiden zu sperren und es darf auch nicht dem Einzelmessen anheim gestellt sein, ob Jungvieh aufzuziehen oder zu schlachten ist. Es muß sich dies lediglich nach den Raufuttermitteln und dem Weideland richten.

Bei der Lebensmittelerzeugung muß in erster Linie den Trägern der sich immer wieder erneuernden Nahrungsmittel, Milch und Eier die größte Sorgfalt gewidmet werden, also der Erhaltung und Aufzucht von Milchkuhen, Milchziegen und Sühnern. Dann müssen wir unser Augenmerk auf Nahrungsmittel mit kurzen Erneuerungsphasen richten: auf Gemüse, Kleinvieh, Geflügel, Schafe, Ziegen, Schweine und erst dann auf Fleischrinder, deren Aufzucht die längste Zeit erfordert. — Wir haben aber keine Zeit.

Unser Boden war schon vor dem Krieg schlecht gedüngt, daher der relative Minderertrag gegenüber schlechterem Boden in besser kultivierten Ländern. Die künstliche Stickstoffdüngung mußte, da Salpeter und Ammoniak jetzt ausschließlich Kriegszwecken dienen, aufhören, was natürlich einen weiteren Minderertrag der Ernte zur Folge hatte. Während die Kriegsverwaltung für ihre Zwecke große Anlagen zum Binden atmosphärischen Stickstoffes errichtet hat, hat nie jemand von ähnlichen Maßnahmen der Zivilverwaltung gehört, deren Aufgabe die Versorgung der Landwirte mit Düngemitteln wäre.

„Die Bereitschaft“ besteht aus unabhängigen, aufrechten Männern und Frauen, die ausnahmslos dem Mittelstande angehören. Sie sehen diesen Mittelstand sich auflösen und versinken und treten daher entschlossen an die Seite ihrer Schicksalsgenossen von morgen, an die Seite der Nichtbesitzenden. Sie fühlen es als ihre Pflicht, auf die Lehren der Theoretiker und auf die bitteren Erfahrungen zweier Kriegsjahre gestützt, Eurer Erzellenz diese Denkschrift zu überreichen, mit der Bitte, ihr mindestens jene Würdigung zuteil werden zu lassen, welche von den nur am Gewinne interessierten Kreisen in Anspruch genommen wird. Wir haben kein anderes Ziel im Auge, als das Durchhalten unseres Volkes, wenn nicht das Gemeininteresse sondern das Einzelinteresse den Vorrang haben wird; denn wir haben rechtzeitig und wiederholt unsere warnende Stimme erhoben, damit die Schädigung und Schädlinge des Volkes beseitigt werden.

Wien, den 2. Oktober 1916.

„Die Bereitschaft“

soziale Arbeit und zur Verbreitung sozialer Kenntnisse.

Die Approvisionnement der Hauptstadt.

— Bericht an die Generalversammlung. —

Der Bürgermeister hat bekanntlich in der letzten ordentlichen Generalversammlung des Municipal-Ausschusses angekündigt, daß der Magistrat der nächsten Sitzung, die am 8. d. stattfindet, einen ausführlichen Bericht über den Stand der Approvisionnement der Hauptstadt unterbreiten wird. Der Bericht, dessen Text gemeinsam mit der Zehnerkommission festgestellt wurde, ist nun im Druck erschienen. Wir entnehmen dem Bericht, den Magistratsrath Ludwig F o l k u s h á z y der Generalversammlung unterbreiten wird, Folgendes:

In der Einleitung des Berichtes heißt es, daß die Hauptstadt es für ihre Pflicht halte, die zu erwartenden schweren Zeiten allen Faktoren, der Hauptstadt, der Behörde sowohl als auch dem Publikum vor Augen zu führen, damit Niemand unvorbereitet sei und keiner von der zu erwartenden schweren Lage unerwartet betroffen werde. Die hauptstädtische Bevölkerung werde die Winters-, noch mehr aber die nächste Frühjahrszeit mit ihren Schwierigkeiten leichter ertragen, als wenn sie über den Stand der Dinge uninformiert bliebe.

Auf die Mehl- und Brotfrage übergehend, konstatiert der Bericht, daß die Versorgung der Hauptstadt mit Kornfrüchten durch die Kriegsproduktions-Aktiengesellschaft viele Mängel hatte, die sich besonders auf die Qualität des Getreides bezogen, aber auch die rechtzeitige Zufuhr ließ viel zu wünschen übrig. Mit der neuen Ernte habe sich der Zustand noch verschlimmert, weil die Regierung angeordnet hat, daß die Hauptstadt nur Mehl erhalten kann, und zwar auf Verfügung der Regierung bei der Kriegsproduktions-Aktiengesellschaft. Ferner haben Regierungsverordnungen ausgesprochen, daß die hauptstädtische Bevölkerung ihren ganzen Jahresbedarf an Mehl nicht mit einem Male decken dürfe. Der Magistrat hat eine ganze Reihe Unterbreitungen an die Regierung gerichtet, um die Mehlversorgung der Hauptstadt zu erleichtern, doch vergebens. Ein Theil der Unterbreitung wurde abschlägig beschieden, während bezüglich des anderen Theiles die Verständigung kam, der Gegenstand werde noch verhandelt. Was die Mehlpreise betrifft, so wurden dieselben am 20. Juli l. J. durch eine Ministerialverordnung wie folgt festgestellt: Der Preis des feinen Mehles wurde pro 100 Kg. von 78 auf 96 K., das Kochmehl von 52 auf 60 K. erhöht, während der des Brotmehls von 42.24 auf 42.20 K. herabgesetzt wurde, aber auf Kosten seiner Qualität. Die Folge hiervon ist, daß die Detailmehlpreise bei feinem Mehl von 84 auf 106 S., bei Kochmehl von 58 auf 68 S. stiegen und nur das Brotmehl blieb unverändert 48 S., dagegen ist der Roggenmehlpreis von 48 auf 52 S. pro Kilogramm gestiegen. Eine weitere Folge hiervon war, daß die Brotpreise am 3. September l. J. pro Kilogramm von 48 auf 52 S. erhöht werden mußten.

Hinsichtlich Fleisch- und Fettwaren konstatiert der Bericht, daß der Auftrieb von Hornvieh eine ständig sinkende Tendenz aufweise und daß die Abnahme des Fleischkonsums nicht nur durch die Einführung fleischloser Tage eingetreten sei, sondern vielleicht in höherem Maße durch die hohen Fleischpreise. Betreffs der kommunalen Hornviehmästung heißt es, daß der Hauptstadt in diesem Jahre insgesamt 3213 Stück Hornvieh zur Verfügung standen, außerdem wurden 360,000 Kilogramm Fleisch eingeführt. An Konfervenfleisch konnte die Hauptstadt 100,000 Büchsen dem Publikum zur Verfügung stellen. Die Sicherstellung des Schweinefettes bildet seit einem Jahre einen steten Kampf, was zum großen Theil dem von gewissenlosen Leuten sowohl hier als in Oesterreich betriebenen Wucher zuzuschreiben sei; dennoch sei es

der Hauptstadt gelungen, den Anforderungen, wenn auch in reduzierter Maße gerecht zu werden. Der Bericht befaßt sich nun eingehend mit der Wirkung der Verordnungen über das Fett, für welches die Preise stufenweise herabgesetzt wurden. Die Annahme, daß dadurch auch die lebenden Schweine im Verhältnis zum Fleische stufenweise im Preise sinken werden, fand keine Bestätigung. Im Gegentheil, das lebende Vieh verschwand vom Markte und bildete den Gegenstand eines versteckten Handels, insbesondere für österreichische Händler, die ungestraft jeden Preis bieten konnten. Ein besonderes Kapitel bildet die Maximalfixierung der lebenden Schweine und des Fettes. Bezüglich der Einführung der Fettarten hat der Magistrat noch am 17. Oktober an den Minister eine Unterbreitung gerichtet. Die Hauptstadt hat im laufenden Jahre einen Bestand von 23,535 Stück Schweinen gehabt, außerdem wurden in der Provinz 4200 Schweine und 1850 Frischlinge gemästet. Geschlachtet wurden circa 15,000 Schweine und der derzeitige Bestand beträgt 12,000 Schweine. Nach allem bemerkt der Bericht, daß es wünschenswerth wäre, die Mästaktion fortzusetzen und zu diesem Zwecke neuerlich 30,000 Schweine in Mast zu stellen. Das größte Hinderniß hierfür bildet das Futterwerk, bezüglich dessen Beschaffung die Regierung keinerlei Zusage machen kann.

Bei der Frage der Erdäpfel verweist der Bericht auch längere Zeit und macht kein Hehl daraus, daß auf diesem Gebiete, abgesehen von den Transportschwierigkeiten, mit den Produzenten große Schwierigkeiten bestehen, und es sei noch fraglich, ob es gelingen werde, den Erdäpfelbedarf — für die Wintermonate 2000, für das Frühjahr 3000 Waggons — sicherzustellen. Der Bürgermeister hat dem Präsidenten der Landes-Lebensmittelzentrale hierauf bezügliche konkrete Vorschläge gemacht. In Verbindung hiemit spricht der Bericht die Generalversammlung an, für die Erwerbung von 5000 Waggons Erdäpfel 10 Millionen Kronen verwenden zu dürfen.

Der Bericht erstreckt sich des Weiteren auf sämtliche Lebensmittelzweige: wie Milch, Bohnen, Reis, Zucker, Eier, Zwetschen, Kaffee, und befaßt sich dann mit der Regulierung der Gasthauskost, der Eisfrage, der Thätigkeit der Hauptstadt im Interesse der Siebenbürger Flüchtlinge, dem Thierfutterwerk, dem Geflügel, dem Brennholz, der Kohle, der Seife. Ueber den kommunalen Lebensmittelbetrieb theilt der Bericht mit, daß im laufenden Jahre 9.331,000 Kilogramm Lebensmittel in Verkehr gebracht wurden, die Brotfabrik hat 10.332,346 Kg. Brot erzeugt, während der Umsatz des kommunalen Pferdefleischbetriebes 1.520,103 Kg. betrug.

Im Schlusssatz summiert der Bericht das Gesagte und konstatiert, daß viele Regierungsverfügungen deshalb lange Zeit bedurften, ehe sie herauskamen, weil verschiedene Ministerien zu denselben Stellung nehmen mußten, was oft Verzögerungen zeitigte, die vom Publikum schwer empfunden wurden.

Schließlich gelangt ein Beschlusantrag zur Unterbreitung, in welchem die Generalversammlung ersucht wird, die verschiedenen Dispositionen, die der Magistrat im Einvernehmen mit der Zehnerkommission getroffen hat, zur Kenntniß zu nehmen. Ferner wird ersucht, an die Regierung eine Unterbreitung zu richten, damit die Getreide- und Mehlvorräthe im Lande ausgeforscht und der Mehlbedarf der Hauptstadt bis zur neuen Ernte unbedingt sichergestellt werde, ferner die auf dem Gebiete der Fettversorgung sich zeigende Systemlosigkeit mit ihrer Preistreiberei durch Requirirung zu regeln und den Fettbedarf der Städte und der Hauptstadt dadurch sicherzustellen, daß entsprechende Mengen von Schweinen zur Verfügung stehen; insoweit das Land nicht versorgt ist, ein Ausfuhrverbot für Schweine ins Leben treten zu lassen; die Genehmigung der Fettarten; das erforderliche Futterwerk für die Mästerei der Hauptstadt sicherzustellen; den Erdäpfelbedarf der Hauptstadt zu sichern; die Milchpreise für das ganze Land zu regeln, den Konsum am Produktionsorte zu regeln, Höchstpreise für Butter festzustellen, für die Auffrischung des Milchbestandes zu sorgen; Sicherstellung des Bohnenbedarfs; Einschränkung des Eierexports und die Herstellung einer einheitlichen Seife zu gleichmäßigem Preise anzuordnen.

Die Generalversammlung wird um die Ertheilung der Vollmacht über die Verwendung von 10 Millionen Kronen für 5000 Waggons Erdäpfel ersucht. Die Regierung möge ferner ersucht werden, bei dem Kriegsminister und der Obersten Seeres-

leitung zu erwirken, daß in die Hauptstadt ständig genügend Holz und Kohle gebracht werde.

Damit schließt der ausführliche Bericht, dem wir noch hinzuzufügen haben, daß die Kriegsthätigkeit der Hauptstadt bisher an Einnahmen und Ausgaben einen Gesamtumsatz von 340 Millionen Kronen erzielt hat.

Kommunal-Angelegenheiten.

Der Stand der Approvisionierungsfragen in der Hauptstadt.

Budapest, 6. November.

Der Magistrat der Hauptstadt wird dem Municipal-ausschusse in der für Mittwoch einberufenen Generalversammlung einen eingehenden Bericht über den Stand der Approvisionierungsangelegenheiten in Budapest unterbreiten. Der sehr ausführliche Bericht liegt uns bereits im vollen Wortlaute vor. Er bietet eine wirklich erschöpfende Darstellung der umfassenden Tätigkeit, die unsere Kommunalbehörden in den schwierigen Fragen der Volksernährung seit Kriegsausbruch entfaltet haben, und über die gegenwärtige Lage, die in dem Magistratsberichte eine ungekürzte, die ganze Wahrheit restlos aufdeckende Beleuchtung erfährt. Wer die Daten über die von der Kommittee geleistete Arbeit analysiert, wird zugeben müssen, daß die Hauptstadt und ihre Behörden alles, was in ihrem Machtbereich lag, in der Tat aufgebieten haben, um die Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Versorgung einer Millionenstadt tunlichst zu überwinden oder wenigstens auf ein immerhin noch erträgliches Maß zu reduzieren. Wenn ungeachtet dieser anerkanntswürdigen Kraftentfaltung die Versorgung vielfach unangenehme, ja schmerzliche Lücken aufweist, so liegt es zunächst offenbar in den allgemeinen wirtschaftlichen Hemmnungen, die der Kriegszustand nun einmal mit sich bringt, andererseits aber sicherlich auch an dem Umstande, daß in den Ernährungsfragen der Wirksamkeit lokalbehördlicher Verfügungen naturgemäß eine enge Grenze gezogen ist. Der Magistratsbericht weist deutlich auf die Punkte hin, die jenseits des kommunalen Machtbereiches liegen. Im Grunde sollten die lokalbehördlichen Verfügungen sich vorwiegend auf die gleichmäßige Verteilung der Proviantvorräte beschränken. Die Hauptstadt hat jedoch unter dem Druck der Verhältnisse ihren Wirkungsbereich sehr erheblich erweitert. Sie hat auch, und zwar durch großzügige Aktionen, durch Ausbietung beträchtlicher Geldmittel und durch eine tapferere, sich über bürokratische Bedenken hinwegsetzende Übernahme von Risiken bedeutende Vorräte beschafft. Daß aber diese Aktion in mancherlei Hinsicht Stückwerk bleiben mußte, ist darauf zurückzuführen, daß der Vorratsbeschaffung sich Schwierigkeiten in den Weg stellen, zu deren Bewältigung die lokalbehördlichen Machtbefugnisse nicht ausreichen. Das neue Volksernährungsamt wird hoffentlich Hand in Hand mit den Kommunalbehörden die Mittel und Wege finden, die geeignet sind, die Approvisionierungsfragen dieser Millionenstadt, die nahezu ein Drittel der gesamten Steuerleistungen des Landes aufbringt, über den toten Punkt, auf den sie vielfach gelangt sind, hinwegzubringen.

Dem Magistratsbericht entnehmen wir die folgenden Daten:

Mehl und Brot.

Die Hauptstadt verfügt derzeit über Mehlvorräte, die ihren Bedarf für einige Zeit decken. Es ist aber geraten, mit der Möglichkeit zu rechnen, daß in der Mehlversorgung der Hauptstadt schwierigere Verhältnisse eintreten werden.

Fleisch und Fett.

Das unausgesetzte Steigen der Rindfleischpreise hat zu einer erheblichen Zurückhaltung der Bürger-

lichen Bevölkerung im Rindfleischkonsum geführt. Gefennzeichnet ist diese Entwöhnung durch folgende Daten: Vor dem Krieg betrug der Verbrauch der Hauptstadt in den ersten neun Monaten des Jahres etwa 70.000 Stück Vieh; in der entsprechenden Zeitperiode des vorigen Jahres war dieser Konsum auf 39.000, im laufenden Jahre schon auf 20.000 zurückgegangen. Nebst diesem Rückgang des Rindfleischverbrauches hat zur Vinderung der Folgen des abnehmenden Auftriebes auch der Umstand beigetragen, daß die Kommunalbehörden im laufenden Jahre über 3000 Stück Vieh in eigener Regie gemästet haben. Von diesem Kontingent sind 1800 Stück schon bisher auf den Markt gebracht; die Hauptstadt hat im laufenden Jahre 360.000 Kilogramm Rindfleisch im Werte von rund zwei Millionen Kronen in Verkehr gesetzt.

Die Schwierigkeiten in der Fettversorgung haben ungeachtet der Festsetzung der Höchstpreise für lebende Schweine und für Fett beständig zugenommen. Angesichts der ungenügenden Vorräte und Zufuhren hat die Hauptstadt darauf aufmerksam gemacht, daß bei den geltenden Höchstpreisen für lebende Schweine und für Fett der Budapester Auftrieb beständig abnehmen müsse. Die hiesige Marktpolizei gestattet nicht eine Uebertretung der Höchstpreise, und infolgedessen haben sich zwei Folgeerscheinungen eingestellt. Der Auftrieb hat sich nach den Provinzmärkten verzogen, wo die Marktpolizei loyaler gehandhabt wird. Und auf diesen Provinzmärkten haben dann Konsumententriebe mit Umgehung der Höchstpreise ihren Bedarf gedeckt und dadurch die Vorräte dem hauptstädtischen Konsum entzogen. Vor dem Inleben-treten der Höchstpreise, also bis zum 15. Juli laufenden Jahres, hat der Auftrieb an Schweinen in Budapest wöchentlich noch 4000 Stück betragen; unter der Wirkung der Höchstpreise betrug der Auftrieb in den zwei letzten Juliwochen nur mehr 783 Stück, im ganzen Monat August nur mehr 1473 Stück, und im ganzen Verlauf des Monats Oktober ist kein einziges Stück Vorstenvieh auf den Budapester Markt gebracht worden. Der Magistratsbericht fügt diesen Daten die folgenden Bemerkungen bei:

Mit dem größten Bedauern müssen wir feststellen, daß durch die Lähmung des Marktverkehrs alle unsere Bestrebungen, die wir anlässlich des Inleben-tretens der Regierungsverordnung geäußert haben, in Erfüllung gegangen sind. Die festgesetzten Höchstpreise wurden in der Provinz umgangen, und es entstand die Sachlage, daß in Budapest zu den festgesetzten Höchstpreisen Schweine überhaupt unäuflich sind, und ein großer Teil der hauptstädtischen Konsumenten absolut außerstande ist, auch nur die geringsten Fettmengen zu beschaffen. Der Magistrat hat angesichts des beständig zunehmenden Fettmangels die Einführung des Fettkarten-systems beschlossen, in dessen Rahmen wenigstens eine minimale Fettmenge gesichert und leicht zugänglich gemacht werden kann.

Auch in bezug auf Fett hat die Aktion der Hauptstadt die bestehenden Mieren vielfach gelindert. Im laufenden Jahre hat die Hauptstadt rund 30.000 Stück Schweine zur Mast eingestellt und hievon 15.000 Stück geschlachtet. Dadurch kam sie in die Lage, in den ersten neun Monaten des Jahres anderthalb Millionen Kilogramm Fett und 400.000 Kilogramm Schweinefleisch auf den Markt zu bringen.

Zur Sicherung des Fettbedarfes für das Wirtschaftsjahr 1916/17 sowie für das Frühjahr 1918 mußten weitere 30.000 Stück Schweine fortgesetzt eingestellt werden. Der Hauptstadt stehen jedoch die hierzu nötigen Futtermengen nicht zur Verfügung. Die Hauptstadt hat die Regierung um Ueberlassung von 80.000 Meterzentner Gerste und 100.000 Meterzentner Kukuruz ersucht. Bisher ist eine Erledigung dieses Ansuchens nicht erfolgt, und der Magistratsbericht stellt fest, daß infolgedessen diese wichtige Aktion leider als problematisch anzusehen ist.

Kartoffeln.

Der Verbrauchsbedarf der Hauptstadt an Kartoffeln beträgt monatlich 1000 Waggons, täglich also 33 Waggons. Im September standen jedoch der Hauptstadt täglich im Durchschnitt bloß 17 und im Oktober bloß 16 Waggons zur Verfügung. Bei einer so fargen täglichen Versorgung war die Hauptstadt selbstverständlich nicht in der Lage, sich für die Wintermonate einen Reservestock anzulegen. Und da man mit dem Umstand zu rechnen hat, daß mit dem Eintritt der Winterfröste durch zwei Monate Kartoffelzufuhren nach der Hauptstadt unmöglich sind, wäre es erwünscht und notwendig gewesen, schon bisher 2000 Waggons, nämlich den Bedarf für zwei Monate, nach Budapest zu bringen und hier einzulagern. Weiter ist mit einer starken Abnahme der Kartoffelvorräte in den Frühjahrsmonaten zu rechnen, so daß die elementarste Vorsicht gebieten würde, für die hauptstädtische Bevölkerung noch den Bedarf für weitere drei Monate zu reservieren. Der Magistratsbericht schlägt nun vor, einen Kredit von 10 Millionen Kronen zur Beschaffung dieser 5000 Waggons Kartoffeln zu bewilligen; er fügt jedoch hinzu: Behufs Sicherung des Kartoffelbedarfes steht der Bürgermeister in sozusagen ständigem persönlichen Verkehr mit der Direktion der Staatsbahnen, mit der Kartoffelzentrale und neuestens auch mit dem Präsidenten des Ernährungsamtes, und an allen diesen Anstalten wird darauf hingewirkt, daß die nötigen Verfügungen zur unbedingten Sicherstellung des Kartoffelbedarfes der hauptstädtischen Bevölkerung in dringlichster Weise getroffen werden. Dennoch ist die Lage heute noch derart beschaffen, daß wir es absolut nicht als gesichert ansehen können, ob die für die Winterreserve erforderlichen 2000 Waggons und die für den Frühjahrsbedarf beanspruchten 3000 Waggons Kartoffeln rechtzeitig tatsächlich werden beschafft und nach Budapest gebracht werden können.

Milch.

Die Milchzufuhr ist im Oktober auf 149.000 Liter täglich zurückgegangen. Die hauptstädtische Lokalbehörde sieht sich außerstande, eine richtige Lösung dieser hochwichtigen Frage mit den Mitteln der Lokalverwaltung durchzuführen. Milch wird in der Provinz produziert, sehr häufig auf großen Distanzen von der Hauptstadt, und die Nachmittell der hauptstädtischen Kommune sind absolut unzureichend, die Hindernisse der Milchproduktion, die lokalen sowohl wie die allgemeinen, zu beseitigen. Die Hauptstadt hat die Regierung wiederholt gebeten, die Milchpreise für das ganze Land festzusetzen oder wenigstens Verfügungen zu treffen, durch die eine Ablenkung der in der Nähe der Hauptstadt erzeugten Milch nach anderen Märkten verhütet würde. Erwünscht wären ferner die behördliche Kontrolle und Regelung des Milchverbrauches an den Produktionsorten, die Einschränkung der Butter- und Käseherzeugung in der Provinz, sowie Ver-

fügungen, um die Butter- und Käsepreise mit den jeweiligen Milchpreisen in rationellen Einklang zu bringen. Die hauptstädtische Behörde muß sich naturgemäß darauf beschränken, dafür Sorge zu treffen, daß die nach Budapest kommende Milch gleichmäßig unter die Bevölkerung verteilt werde. Sie kann höchstens noch Verfügungen treffen, um den Milchverbrauch in der Hauptstadt zu beschränken und die ganze Milchversorgung unter behördliche Kontrolle zu stellen. Zu diesem Zwecke ist ein Zentralmilchamt eröffnet worden, das seine Tätigkeit bereits begonnen hat.

Bohnen.

Da die diesjährige Bohnernte nicht befriedigend ist, hat die Regierung ihren Ertrag mit Sperre belegt, und infolgedessen hat der freie Handelsverkehr in Bohnen in Budapest aufgehört. Da jedoch Fleisch und Mehl, sowie auch noch Kartoffeln nur in begrenzten Mengen zur Verfügung stehen, so ist der Konsum noch weit mehr als sonst auf Bohnen angewiesen. Die Hauptstadt hat die Regierung ersucht, ihr von der hiesigen Bohnernte für die Zwecke des Budapesters Verbrauches 1200 Waggons anzuweisen. Auch das würde einem Bohnenkonsum von bloß einem Kilogramm pro Monat und Kopf entsprechen. Dieses Ansuchen der Hauptstadt ist noch unerledigt und infolgedessen hat die Kriegsproduktions-Aktiengesellschaft der hauptstädtischen Kommune bloß 50 Waggons Bohnen überwiesen, wovon tatsächlich bisher nur die Hälfte abgeliefert worden ist. Da jedoch angesichts der Schwierigkeiten in der Versorgung des Publikums der Mangel an Bohnen von Tag zu Tag fühlbarer wurde, hat der Magistrat beschlossen, den Bohnenvorrat, über den er noch verfügt, etwa 70 Waggons, für Privathaushaltungen, vom 1. Oktober angefangen, gegen Bohnenkarten in Verkehr zu bringen. Die Monastration wurde pro Kopf vorläufig mit einem halben Kilogramm festgesetzt. Die Speisewirtschaften, Auskochenereien und die Arbeiterbespeisungshallen der Fabriken werden jedoch erst dann bedacht werden können, wenn die Kriegsproduktions-Aktiengesellschaft die entsprechenden Quantitäten zur Verfügung gestellt haben wird.

Zucker.

Im Hinblick auf die großen und stets zunehmenden Schwierigkeiten der Zuckerherzeugung hat die Hauptstadt der Regierung vorgeschlagen, die Einführung von Zuckerkarten zu bewilligen und der Hauptstadt zur Dedung der Zuckerkarten 240.000 Meterzentner Zucker zu überweisen, in welcher Menge nicht bloß der Bedarf der Haushaltungen, sondern auch derjenige der Kaffeehäuser, Zuckerbäckereien, Gasthäuser schon inbegriffen wäre. Die bezügliche Eingabe der Hauptstadt ist von der Regierung bisher noch nicht erledigt worden. Der Magistrat ist überzeugt, daß die unhaltbaren Zustände, die die Geduld des Publikums auf die härteste Probe stellen, bloß dann sich bessern werden, wenn das eine gleichmäßige und allgemeine Versorgung gewährleistetende Zuckerkartensystem eingeführt wird. Heute steht auch schon das konsumierende Publikum auf diesem Standpunkt, denn es hat erkannt, daß die wirkliche Quelle des Uebels nicht in dem Mangel an Vorräten zu suchen ist, sondern in der Zuckerspekulation und in der ungleichmäßigen und systemlosen Verteilung der Vorräte. Das Kartensystem wird, auch wenn die Nation gegen das normale Maß knapper bemessen werden sollte, dennoch allgemeine Beruhigung erwecken, denn es wird das Sichanstellen des Publikums vor den Geschäftslokaltäten, das oft stundenlang und vielfach ergebnislos herumlungern auf der Straße besitzigen und eine glatte und rasche Abwicklung des Verkehrs verbürgen. Der Magistratsbericht weist darauf hin, daß dieses System in Deutschland und auch in Oesterreich längst eingeführt ist und sich tadellos bewährt hat.

Die Hauptstadt hat von den Zuckervorräten, die sie sich selbst beschafft hat, andauernd größere und kleinere Mengen dem Konsum zugeführt. Sie hat jedoch niemals von der Zuckerzentrale genügende Vorräte bekommen, um die Zuckermot besitzigen zu können. Im Monat März besaß die Hauptstadt 128 Waggons Zucker. Dazu gab die Zuckerzentrale bis Mitte Oktober zwölf Waggons, in Oesterreich wurden eingekauft zwölf Waggons, so daß bis Mitte Oktober 152 Waggons zur Verfügung standen. Hievon hat die Hauptstadt 116 Waggons dem Konsum übergeben und sie verfügt nur mehr über einen Vorrat von 36 Waggons, deren Hälfte jedoch durch die 70 Spitäler der Hauptstadt in Anspruch genommen ist.

Eier.

Die Hauptstadt hat im Verlaufe des Sommers 5000 Kisten Eier, also etwa 7.200.000 Stück, angekauft und in den Kühhäusern untergebracht, um durch diesen Vorrat die voranschreitenden Eiermieren des Herbstes und des Winters wenigstens lindern zu können. Dieser Vorrat wird seit September in Wochenraten im Wege des kommunalen Lebensmittelbetriebes auf den Markt gebracht. Dabei wird aber die Beschaffung von frischen Eiern nach Umlichkeit andauernd fortgesetzt. Dank diesem Vorgehen kann der Lebensmittelbetrieb die Kiste Eier derzeit um 80 Kronen wohlfeiler im Detailverkauf abgeben als der Engrosmarktpreis dieses Artikels in Budapest beträgt. Die Hauptstadt verspricht sich eine Besserung der Zustände von der Regierungsvorgabe, die den Export von Eiern an eine Transportbewilligung knüpft. Eine preisermäßigende Wirkung dieser Maßregel hat sich aber bis jetzt nicht eingestellt, vielmehr ist der Eierpreis seit dieser Verordnung noch um 50 Kronen pro Kiste gestiegen.

Brennholz.

Behufs Sicherung des Bedarfes des Publikums an Brennholz hat die Hauptstadt mit 88 Holzproduzenten Verträge auf Lieferung von 30.500 Waggons Brennholz geschlossen, welche Menge ausreichen würde, um den Brennholzbedarf des Publikums bis Ende März zu decken. Von der erwähnten Menge wurden bis 1. Oktober ungefähr 9000 Waggons geliefert. Im September und Oktober sank die Zufuhr, die bis dahin durchschnittlich 2000 Waggons monatlich betrug, infolge der eingetretenen Verkehrserschwerigkeiten auf die Hälfte herab und wir haben nur wenig Aussicht, daß der Durchschnitt von 2000 Waggons in den nächsten Monaten erreicht wird. Mit einiger Bestimmtheit können wir nur auf 1000 Waggons pro Monat rechnen. Infolgedessen sah sich der Magistrat genötigt, in Eingaben und durch Delegierte das Kriegsministerium und die kompetenten militärischen Etablissementverwaltungen zu ersuchen, daß der Transport der für die Hauptstadt bestimmten bedeutenden Brennholzmengen ermöglicht werde.

Der Magistrat hält übrigens die Vorräte jedes einzelnen Lieferanten in Evidenz und ist ständig bestrebt, den Transport des für die Lieferanten bestimmten Brennholzes zu erleichtern. Leider nicht immer mit dem nötigen Erfolg. Sobald sich die Transportverhältnisse günstiger gestalten, wird die Hauptstadt über ausreichende Vorräte verfügen.

Z. XI. 1916

Kommunal-Angelegenheiten

Wiederholt hat die Hauptstadt die Festsetzung von Maximalpreisen für Brennholz urgiert, und zwar müssten die Höchstpreise für das ganze Land festgesetzt werden. Bisher aber wurde dieser Wunsch der Hauptstadt nicht erfüllt.

Heizkohle.

Der Bedarf der Hauptstadt an preussischer Kohle beträgt in Friedenszeiten 50.000 Waggons jährlich. Im laufenden Jahre sind bis zum 31. Oktober bloß 32.584 Waggons hier eingetroffen. Die Zufuhr der noch erforderlichen 25.000 Waggons ist jedoch infolge des Waggonmangels mit größten Schwierigkeiten verbunden. Nur die Regierung allein kann da Abhilfe schaffen und durch entsprechende Maßregeln den Kohlenbedarf der Hauptstadt für den Winter sichern. Der Magistrat hat sich daher wiederholt an die Regierung gewendet, bisher jedoch ohne Erfolg. Von den Vorräten der Staatsbahnen, die sich einen großen Teil der verfügbaren preussischen Kohle gesichert haben, will die Regierung gar nichts der Hauptstadt überlassen, nicht einmal zur Aushilfe.

Der wohlhabendere Teil des Publikums hat sich rechtzeitig mit Kohle versehen; damit auch die ärmeren Volksklassen zu Kohlen gelangen, haben wir die Kohlenhändler verpflichtet, in erster Reihe die Kleinhändler, bei denen das ärmere Volk seinen Bedarf zu decken pflegt, zu befriedigen. Wir können außerdem auf die Einfuhr von täglich 45 Waggons ungarischer Kohle rechnen, von denen der Magistrat zirta 20 Waggons täglich zu den Marktpreisen an das Publikum gelangen läßt. Der Magistrat hat ferner 120 Waggons gestellt, um die Armen unentgeltlich mit Kohle versehen zu können. Die Verteilung dieser Kohle beginnt mit 1. Dezember.

Seife.

Unbemerkt, doch umso qualvoller ist der Preis der Seife gestiegen. Dabei steht die Qualität der Seife in keinem Verhältnis zu den horrenden Preisen. Der geringe Gehalt der in Verkehr befindlichen Seifen an Fettsäure muß schon aus sanitärem Gesichtspunkte beanstandet werden. Mit Rücksicht hierauf hat der Magistrat noch im März eine Eingabe an die Regierung gerichtet, daß die Qualität und die Preise der Seifen für das ganze Land geregelt werden, doch fand diese Eingabe bisher keine Erledigung. Dagegen wurde der Hauptstadt die Ermächtigung erteilt, die in den Lagerhäusern untergebrachten achtundvierzig Waggons Seife zu requirieren, um mit dieser Menge dem Seifenmangel einigermaßen abzuhelfen zu können. Außerdem hat die Hauptstadt beschlossen, die in den Schlachthäusern und Viehmärkten gewonnenen tierischen Produkte, sowie die Fettprodukte des thermochemischen Instituts im eigenen Betriebe zu Seife zu verarbeiten. Die Betriebskosten werden schon im ersten Betriebsjahre durch den Ertrag vollständig ersetzt.

Das Anstellen vor den Geschäften.

In den letzten Monaten ist es leider auch in der Hauptstadt zu einer täglichen Erscheinung geworden, daß das Publikum, um gewisse wichtigere Lebensmittel erlangen zu können, bereits mehrere Stunden vor Beginn des Verkaufs vor den Verkaufsbuden sich anstellt und unter großem Zeitverlust und Gefährdung der eigenen Gesundheit die entbehrlichen Lebensmittel zu erhalten trachtet. Bis zum Frühjahr 1. J. blieb die hauptstädtische Bevölkerung von dieser traurigen Kriegsercheinung sozusagen verschont und kannte sie eigentlich nur vom Hörensagen, aus den Schilderungen ausländischer, hauptsächlich deutscher Städte. Gegen Ende des Vorjahres, als es an Milch und später im Frühjahr 1. J. als es an Fett, Kartoffeln und letztlich an Zucker und Kohle zu mangeln begann, kam es auch in Budapest zu diesem unerfreulichen Schauspiel.

Dieser betrübende Erscheinung entging auch der Aufmerksamkeit der Behörde nicht, umso weniger, als sich auch aus den Kreisen des Publikums und der Presse Stimmen gegen diese Zustände erhoben. Da diese Erscheinung zweifelsohne in erster Linie auf die Knappheit der Vorräte und ihrer unproportionalen Verteilung zurückzuführen ist, bildet eine entsprechende Abhilfe die wichtigste Aufgabe der Behörde. Erst in Deutschland, dann in Oesterreich nahmen die vor den Geschäften wartenden Mengen einen solchen Umfang an, daß die Behörde zu dem Mittel greifen mußte, den Verkauf der Waren in möglichst vielen Geschäften und in gewissen Stunden vornehmen zu lassen. Außerdem suchte die Behörde die Inverkehrbringung entsprechender Mengen der wichtigsten Waren zu sichern.

Es ist also klar, daß wir dieser Entartung der Warenbeschaffung erst mit ähnlichen energischen Verfügungen werden abhelfen können. Doch diese Maßnahmen können nur zum Ziele führen, wenn die benötigten Artikel in entsprechenden Mengen vorrätig sind, denn sonst wäre es ein vergebliches Beginnen, das Verhalten des Publikums mit Verordnungen regeln zu wollen, die ihm die Deckung selbst der minimalsten Bedürfnisse nicht gewährleisten können.

So muß es denn als die wichtigste Obliegenheit der Staatsgewalt bilden, dafür zu sorgen, daß sowohl die behördlichen als auch die privaten Verkaufsstellen über entsprechende Vorräte verfügen; ferner muß die pro Person und für eine gewisse Zeitdauer zur Verfügung zu stellende Menge behördlich festgestellt werden. In dieser letzteren Hinsicht bietet das System der Karten sichere Gewähr.

Die Behörde der Hauptstadt verfuhr auf ein Kartensystem bisher nur in Bezug auf Mehl, Brot, Bohnen, Reis und die für Kinder unter zwei Jahren, Kranke und Greise bestimmte Milch. Bezüglich der erwähnten übrigen wichtigen Artikel, hauptsächlich Fett und Zucker, gibt es zurzeit kein Kartensystem, obwohl diesbezüglich die Hauptstadt bereits Vorschläge an die Regierung gelangen ließ. Und so wie man sich nicht „anstellt“, um die an Karten gebundenen Lebensmittel zu erhalten, so wird man sich auch nicht mehr anstellen, sobald auch der Verkauf der übrigen Artikel geregelt ist. Es kommt aber hierbei nicht auf die Hauptstadt an, die ja das Kartensystem zwar organisieren, aber es in Ermangelung von Vorräten nicht auf eigene Verantwortung ins Leben treten lassen kann und, wenn es solches doch täte, dem Wesen des Übels nicht abzuhelfen würde. So wie dies auch in Deutschland und Oesterreich nichts geholfen hat, bei Artikeln, deren Bezug zwar an Karten gebunden war, die aber nicht in genügenden Mengen im Verkehr waren.

Der Magistrat ist unaufhörlich bestrebt, für das Vorhandensein der wichtigsten Lebensmittel zumindest in einer dem minimalen Bedarf entsprechenden Menge sowie dafür zu sorgen, daß die Beschaffung dieser Artikel kontinuierlich und systematisch vor sich gehe. In dem Augenblick, da die Beschaffung dieser Mengen auch nur einigermaßen gesichert ist, wird sofort das Kartensystem eingeführt werden, um das Publikum der Notwendigkeit zu entheben, sich stundenlang vor den Geschäften herumzudrängen. Nur so wird die mit der Lebensmittelbeschaffung verbundene Ungewißheit aufhören.

Die kommunalen Betriebe.

Der kommunale Lebensmittelbetrieb und die Brotfabrik versehen nicht nur einen großen Teil des Publikums mit allerlei Lebensmitteln, Brot usw., sondern auch noch 65 Spitäler und andere öffentliche Anstalten. Die Lebensmittelbetriebe der Hauptstadt bilden einen mächtigen Faktor der Approvisionnement der Budapest Bevölkerung, die deren Verpflegung mit den wichtigsten Lebensmitteln wesentlich erleichtern. Erst jetzt, im Kriege, zeigt sich recht die Bedeutung der Betriebe. Ueber die Tätigkeit der Betriebe geben folgende Daten Aufschluß: Der kommunale Lebensmittelbetrieb hat vom 1. Januar 1916 bis 30. September in Handel gebracht: 618.509 Kilogramm Wurstwaren, 1.034.513 Kilogramm Fett, Speck und Schmalz, 319.343 Kilogramm Selbwaren, 775.127 Kilogramm Butter, 216.844 Dosen kondensierte Milch, 15.167.851 Eier usw.; für die Spitäler lieferte der Betrieb 5.200.000 Kilogramm Lebensmittel. Die von dem Betrieb während der angegebenen Zeit gelieferten Lebensmittel betragen insgesamt 9.831.000 Kilogramm. Die kommunale Brotfabrik hat während derselben Zeit 10.149.016 Kilogramm Brot und 183.330 Kilogramm Gebäck für die Spitäler, der Pferdefleischbetrieb insgesamt 1.520.103 Kilogramm Pferdefleischwaren geliefert.

Anträge.

Der Bericht schließt mit folgenden Anträgen:

1. Die Generalversammlung möge den Bericht, sowie die Maßregeln, die der Magistrat im Einvernehmen mit der Behörde für die Volksverpflegung im Interesse einer leichteren Beschaffung und Verteilung der einzelnen Artikel, sowie der Regelung ihrer Preise getroffen hat, genehmigend zur Kenntnis nehmen.

2. Die Generalversammlung möge an die Regierung eine Eingabe richten mit dem Ersuchen,

a) die Regierung möge energischere Maßregeln als bisher in der Richtung treffen, daß man die im Lande befindlichen Getreide- und Mehlvorräte requiriere und daß das für die Bevölkerung der Hauptstadt bis Ende des Erntejahres notwendige Mehl unbedingt gesichert werde;

b) sie möge die auf dem Gebiete der Fettversorgung im ganzen Lande herrschende Systemlosigkeit und Preissteigerung durch die staatliche Requirierung des Schweinebestandes des ganzen Landes aus der Welt schaffen und besonders die Fettversorgung der Städte, in erster Reihe die der Hauptstadt, durch Beschaffung einer entsprechenden Menge von Schweinen für den Budapest Konsum sichern;

c) zu diesem Zwecke sollen die energischsten Maßregeln ins Leben gerufen werden, daß solange der Bedarf des Landes selbst nicht gedeckt ist, Schweine und Schweineprodukte nicht exportiert werden dürfen;

d) die Regierung möge der Hauptstadt die Bewilligung erteilen, in Budapest das Fettilartensystem unter den vom Magistrat angeführten Bedingungen ehestens einführen zu dürfen;

e) sie möge der Hauptstadt die zu Zwecken der Erhaltung ihrer Schweinebestände notwendigen Futtermengen unbedingt und ehestens bewilligen;

f) sie möge von der Kartoffelernte des Landes die zur Deckung des Bedarfs der Budapest Bevölkerung nötige Menge überlassen, die Kartoffelzufuhr nach der Hauptstadt unbedingt sichern und den Spiritusbrennern, sowie den Stärkefabriken verbieten, zum Nachteil der öffentlichen Verpflegung Kartoffeln zu kaufen;

g) die Regierung möge die Milchpreise für das ganze Land regeln, den Futterbedarf der Milchwirtschaften sichern, den Milchkonsum an den Produktionsorten regeln, die Höchstpreise für Butter usw. festsetzen, für eine Aufrechterhaltung des Kühebestandes und für einen öffentlichen Import ausländischer Kühe, überhaupt für eine auf das ganze Land sich erstreckende einheitliche Regelung der Produktion, Verarbeitung und Inbetriebsetzung der Milch, sowie des Milchkonsums sorgen;

h) die Regierung möge ferner dafür sorgen, daß der Hauptstadt die erbetene Menge von Bohnen zur Deckung des Bohnenbedarfes der Bevölkerung ehestens zur Verfügung gestellt werde;

i) die Regierung möge gestatten, daß die Hauptstadt das Zuckersystem unter den vom Magistrat vorgeschlagenen Modalitäten ins Leben rufe und daß der Hauptstadt die notwendigen Zuckermengen überlassen werden;

j) die Regierung möge die Einfuhr von Eiern unter den den veränderten Verhältnissen entsprechenden Einschränkungen derart reduzieren, daß im Rahmen des Bedarfes des Inlandes der Bedarf der Hauptstadt bei entsprechenden Preisen und in quantitativ befriedigender Weise gesichert werden könne;

k) die Regierung möge außer dem für den Budapester Tierbestand bereits bewilligten Haferquantum den noch unbedingt erforderlichen Futterbedarf in entsprechender Menge der Hauptstadt zur Verfügung stellen;

l) die Regierung möge die Fabrikation, die Qualität, den Preis und die Inverkehrsetzung der Seife im Sinne der diesbezüglichen Eingaben der Hauptstadt für das ganze Land regeln.

3. Die Generalversammlung möge den Magistrat ermächtigen, dem Zwecke der Deckung des Kartoffelbedarfes der Hauptstadt während des Winters und Frühjahrs zirta 5000 Waggons Kartoffeln kaufen und hierzu über die zu Zwecken der Kriegsuprovisionnement bewilligten 22 Millionen Kronen hinaus zu Kosten der Anlehensgelder weitere zehn Millionen Kronen verwenden zu dürfen.

4. Die Generalversammlung möge sowohl an die königlich ungarische Regierung als auch an den k. u. l. Herrn Kriegsminister, sowie an das Armeoberkommando Eingaben richten mit der Bitte, daß eine systematische und ständige Zufuhr von Brennholz und Kohle in den dem Bedarf der hauptstädtischen Bevölkerung entsprechenden Mengen durch Ausnahmsverfügungen gesichert werde.

Pester Lloyd

Der Stand der Approvisionierungsfragen in der Hauptstadt.

Budapest, 6. November.

Der Magistrat der Hauptstadt wird dem Municipal-ausschusse in der für Mittwoch einberufenen Generalversammlung einen eingehenden Bericht über den Stand der Approvisionierungsangelegenheiten in Budapest unterbreiten. Der sehr ausführliche Bericht liegt uns bereits im vollen Wortlaute vor. Er bietet eine wirklich erschöpfende Darstellung der umfassenden Tätigkeit, die unsere Kommunalbehörden in den schwierigen Fragen der Volksernährung seit Kriegsausbruch entfaltet haben, und über die gegenwärtige Lage, die in dem Magistratsberichte eine ungeschminkte, die ganze Wahrheit restlos aufdeckende Beleuchtung erfährt. Wer die Daten über die von der Kommune geleistete Arbeit analysiert, wird zu geben müssen, daß die Hauptstadt und ihre Behörden alles, was in ihrem Machtbereich lag, in der Tat aufgeboten haben, um die Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Versorgung einer Millionenstadt tunlichst zu überwinden oder wenigstens auf ein immerhin noch erträgliches Maß zu reduzieren. Wenn ungeachtet dieser anerkanntswürdigen Kraftentfaltung die Versorgung vielfach unangenehme, ja schmerzliche Lücken aufweist, so liegt es zunächst offenbar in den allgemeinen wirtschaftlichen Geminnungen, die der Kriegszustand nun einmal mit sich bringt, andererseits aber sicherlich auch an dem Umstande, daß in den Ernährungsfragen der Wirksamkeit lokalbehördlicher Verfügungen naturgemäß eine enge Grenze gezogen ist. Der Magistratsbericht weist deutlich auf die Punkte hin, die jenseits des kommunalen Machtbereiches liegen. Im Grunde sollten die lokalbehördlichen Verfügungen sich vorwiegend auf die gleichmäßige Verteilung der Proviantvorräte beschränken. Die Hauptstadt hat jedoch unter dem Druck der Verhältnisse ihren Wirkungsbereich sehr erheblich erweitert. Sie hat auch, und zwar durch großzügige Aktionen, durch Aufbietung beträchtlicher Geldmittel und durch eine tapfere, sich über bürokratische Bedenken hinwegsetzende Übernahme von Risiken bedeutende Vorräte beschafft. Daß aber diese Aktion in mancherlei Hinsicht Stückwerk bleiben mußte, ist darauf zurückzuführen, daß der Vorratsbeschaffung sich Schwierigkeiten in den Weg stellen, zu deren Bewältigung die lokalbehördlichen Machtbefugnisse nicht ausreichen. Das neue Volksernährungsamt wird hoffentlich Hand in Hand mit den Kommunalbehörden die Mittel und Wege finden, die geeignet sind, die Approvisionierungsfragen dieser Millionenstadt, die nahezu ein Drittel der gesamten Steuerleistungen des Landes aufbringt, über den toten Punkt, auf den sie vielfach gelangt sind, hinwegzubringen.

Dem Magistratsbericht entnehmen wir die folgenden Daten:

Mehl und Brot.

Die Hauptstadt verfügt derzeit über Mehlvorräte, die ihren Bedarf für einige Zeit decken. Es ist aber geraten, mit der Möglichkeit zu rechnen, daß in der Mehlversorgung der Hauptstadt schwierigere Verhältnisse eintreten werden.

Fleisch und Fett.

Das unausgesetzte Steigen der Rindfleischpreise hat zu einer erheblichen Zurückhaltung der Bürger

lichen Bevölkerung im Rindfleischkonsum geführt. Gefennzeichnet ist diese Entwöhnung durch folgende Daten: Vor dem Krieg betrug der Verbrauch der Hauptstadt in den ersten neun Monaten des Jahres etwa 70.000 Stück Vieh; in der entsprechenden Zeitperiode des vorigen Jahres war dieser Konsum auf 39.000, im laufenden Jahre schon auf 20.000 zurückgegangen. Nebst diesem Rückgang des Rindfleischverbrauches hat zur Verringerung der Folgen des abnehmenden Auftriebes auch der Umstand beigetragen, daß die Kommunalbehörden im laufenden Jahre über 3000 Stück Vieh in eigener Regie gemästet haben. Von diesem Kontingent sind 1800 Stück schon bisher auf den Markt gebracht; die Hauptstadt hat im laufenden Jahre 860.000 Kilogramm Rindfleisch im Werte von rund zwei Millionen Kronen in Verkehr gesetzt.

Die Schwierigkeiten in der Fettversorgung haben ungeachtet der Festsetzung der Höchstpreise für lebende Schweine und für Fett beständig zugenommen. Angesichts der ungenügenden Vorräte und Zufuhren hat die Hauptstadt darauf aufmerksam gemacht, daß bei den geltenden Höchstpreisen für lebende Schweine und für Fett der Budapester Auftrieb beständig abnehmen müsse. Die hiesige Marktpolizei gestattet nicht eine Übertretung der Höchstpreise, und infolgedessen haben sich zwei Folgeerscheinungen eingestellt. Der Auftrieb hat sich nach den Provinzmärkten verzogen, wo die Marktpolizei laxer gehandhabt wird. Und auf diesen Provinzmärkten haben dann Konsumentkreise mit Umgehung der Höchstpreise ihren Bedarf gedeckt und dadurch die Vorräte dem hauptstädtischen Konsument zugezogen. Vor dem Inlebensreten der Höchstpreise, also bis zum 15. Juli laufenden Jahres, hat der Auftrieb an Schweinen in Budapest wöchentlich noch 4000 Stück betragen; unter der Wirkung der Höchstpreise betrug der Auftrieb in den zwei letzten Juliwochen nur mehr 783 Stück, im ganzen Monat August nur mehr 1473 Stück, und im ganzen Verlauf des Monats Oktober ist kein einziges Stück Vorkstvieh auf den Budapester Markt gebracht worden. Der Magistratsbericht fügt diesen Daten die folgenden Bemerkungen bei:

Mit dem größten Bedauern müssen wir feststellen, daß durch die Lähmung des Marktverkehrs alle unsere Bestrebungen, die wir anlässlich des Inlebensretens der Regierungsverordnung geäußert haben, in Erfüllung gegangen sind. Die festgesetzten Höchstpreise wurden in der Provinz umgangen, und es entstand die Sachlage, daß in Budapest zu den festgesetzten Höchstpreisen Schweine überhaupt unkauflich sind, und ein großer Teil der hauptstädtischen Konsumenten absolut außerstande ist, auch nur die geringsten Fettmengen zu beschaffen. Der Magistrat hat angesichts des beständig zunehmenden Fettmangels die Einführung des Fettkartensystems beschlossen, in dessen Rahmen wenigstens eine minimale Fettmenge gesichert und leicht zugänglich gemacht werden kann.

Auch in bezug auf Fett hat die Aktion der Hauptstadt die bestehenden Mäßen vielfach gelindert. Im laufenden Jahre hat die Hauptstadt rund 30.000 Stück Schweine zur Mast eingestellt und hievon 15.000 Stück geschlachtet. Dadurch kam sie in die Lage, in den ersten neun Monaten des Jahres anderthalb Millionen Kilogramm Fett und 400.000 Kilogramm Schweinefleisch auf den Markt zu bringen.

Zur Sicherung des Fettbedarfes für das Wirtschaftsjahr 1916/17 sowie für das Frühjahr 1918 müßten weitere 30.000 Stück Schweine fortgesetzt eingestellt werden. Der Hauptstadt stehen jedoch die hierzu nötigen Futtermengen nicht zur Verfügung. Die Hauptstadt hat die Regierung um Ueberlassung von 80.000 Meterzentner Gerste und 100.000 Meterzentner Aukurn; ersucht. Bisher ist eine Erledigung dieses Ansuchens nicht erfolgt, und der Magistratsbericht stellt fest, daß infolgedessen diese wichtige Aktion leider als problematisch anzusehen ist.

Kartoffeln.

Der Verbrauchsbedarf der Hauptstadt an Kartoffeln beträgt monatlich 1000 Waggons, täglich also 33 Waggons. Im September standen jedoch der Hauptstadt täglich im Durchschnitt bloß 17 und im Oktober bloß 16 Waggons zur Verfügung. Bei einer so großen täglichen Versorgung war die Hauptstadt selbstverständlich nicht in der Lage, sich für die Wintermonate einen Reserverestock anzulegen. Und da man mit dem Umstand zu rechnen hat, daß mit dem Eintritt der Winterfröste durch zwei Monate Kartoffelzufuhren nach der Hauptstadt unmöglich sind, wäre es erwünscht und notwendig gewesen, schon bisher 2000 Waggons, nämlich den Bedarf für zwei Monate, nach Budapest zu bringen und hier einzulagern. Weiter ist mit einer starken Abnahme der Kartoffelvorräte in den Frühjahrsmontaten zu rechnen, so daß die elementarste Vorsicht gebieten würde, für die hauptstädtische Bevölkerung noch den Bedarf für weitere drei Monate zu reservieren. Der Magistratsbericht schlägt nun vor, einen Kredit von 10 Millionen Kronen zur Beschaffung dieser 5000 Waggons Kartoffeln zu bewilligen; er fügt jedoch hinzu: Behufs Sicherung des Kartoffelbedarfes steht der Bürgermeister in sozusagen ständigem persönlichen Verkehr mit der Direktion der Staatsbahnen, mit der Kartoffelzentrale und neuerdings auch mit dem Präsidenten des Ernährungsamtes, und an allen diesen Amtsstellen wird darauf hingewirkt, daß die nötigen Verfügungen zur unbedingten Sicherstellung des Kartoffelbedarfes der hauptstädtischen Bevölkerung in dringlichster Weise getroffen werden. Dennoch ist die Lage heute noch dazart beschaffen, daß wir es absolut nicht als gesichert ansehen können, ob die für die Winterreserve erforderlichen 2000 Waggons und die für den Frühjahrbedarf beanspruchten 3000 Waggons Kartoffeln rechtzeitig tatsächlich werden beschafft und nach Budapest gebracht werden können.

Milch.

Die Milchzufuhr ist im Oktober auf 149.000 Liter täglich zurückgegangen. Die hauptstädtische Lokalbehörde sieht sich außerstande, eine richtige Lösung dieser hochwichtigen Frage mit den Mitteln der Lokalverwaltung durchzuführen. Milch wird in der Provinz produziert, sehr häufig auf großen Distanzen von der Hauptstadt, und die Nachmittage der hauptstädtischen Kommune sind absolut unzureichend, die Hindernisse der Milchproduktion, die lokalen sowohl wie die allgemeinen, zu beseitigen. Die Hauptstadt hat die Regierung wiederholt gebeten, die Milchpreise für das ganze Land festzusetzen oder wenigstens Verfügungen zu treffen, durch die eine Ablenkung der in der Nähe der Hauptstadt erzeugten Milch nach anderen Märkten verhütet würde. Erwünscht wären ferner die behördliche Kontrolle und Regelung des Milchverbrauches an den Produktionsorten, die Einschränkung der Butter- und Käseerzeugung in der Provinz, sowie Ver-

fügungen, um die Butter- und Käsepreise mit den jeweiligen Milchpreisen in rationeller Einklang zu bringen. Die hauptstädtische Behörde muß sich naturgemäß darauf beschränken, dafür Vorkehrungen zu treffen, daß die nach Budapest kommende Milch gleichmäßig unter die Bevölkerung verteilt werde. Sie kann höchstens noch Verfügungen treffen, um den Milchverbrauch in der Hauptstadt zu beschränken und die ganze Milchversorgung unter behördliche Kontrolle zu stellen. Zu diesem Zwecke ist ein Zentralmilchamt eröffnet worden, das seine Tätigkeit bereits begonnen hat.

Bohnen.

Da die diesjährige Bohnenernte nicht befriedigend ist, hat die Regierung ihren Ertrag mit Sperre belegt, und infolgedessen hat der freie Handelsverkehr in Bohnen in Budapest aufgehört. Da jedoch Fleisch und Mehl, sowie auch noch Kartoffeln nur in begrenzten Mengen zur Verfügung stehen, so ist der Konsum noch weit mehr als sonst auf Bohnen angewiesen. Die Hauptstadt hat die Regierung ersucht, ihr von der heurigen Bohnenernte für die Zwecke des Budapesterverbrauchs 1200 Waggons anzuweisen. Auch das würde einem Bohnenkonsum von bloß einem Kilogramm pro Monat und Kopf entsprechen. Dieses Ansuchen der Hauptstadt ist noch unerledigt und infolgedessen hat die Kriegsproduktions-Aktiengesellschaft der hauptstädtischen Kommune bloß 50 Waggons Bohnen überwiesen, wovon tatsächlich bisher nur die Hälfte abgeliefert worden ist. Da jedoch angesichts der Schwierigkeiten in der Versorgung des Publikums der Mangel an Bohnen von Tag zu Tag fühlbarer wurde, hat der Magistrat beschlossen, den Bohnenvorrat, über den er noch verfügt, etwa 70 Waggons, für Privathaushaltungen, vom 1. Oktober angefangen, gegen Bohnenkartens in Verkehr zu bringen. Die Monatsration wurde pro Kopf vorläufig mit einem halben Kilogramm festgesetzt. Die Speisewirtschaften, Auskochenereien und die Arbeiterbespeisungshallen der Fabriken werden jedoch erst dann bedacht werden können, wenn die Kriegsproduktions-Aktiengesellschaft die entsprechenden Quantitäten zur Verfügung gestellt haben wird.

Zucker.

Im Hinblick auf die großen und stets zunehmenden Schwierigkeiten der Zuckerverorgung hat die Hauptstadt der Regierung vorgeklagt, die Einfuhr von Zuckerkarten zu bewilligen, die die Einfuhr zur Deckung der Zuckerkarten 240.000 Meterzentner Zucker zu überweisen, in welcher Menge nicht bloß der Bedarf der Haushaltungen, sondern auch derjenige der Kaffeehäuser, Zuderbäckereien, Gasthäuser schon inbegriffen wäre. Die bezügliche Eingabe der Hauptstadt ist von der Regierung bisher noch nicht erledigt worden. Der Magistrat ist überzeugt, daß die unhaltbaren Zustände, die die Geduld des Publikums auf die härteste Probe stellen, bloß dann sich bessern werden, wenn das eine gleichmäßige und allgemeine Versorgung gewährleistende Zuckerkartensystem eingeführt wird. Heute steht auch schon das konsumierende Publikum auf diesem Standpunkt, denn es hat erkannt, daß die wirkliche Quelle des Übels nicht in dem Mangel an Vorräten zu suchen ist, sondern in der Zuckerspekulation und in der ungleichmäßigen und schiefligen Verteilung der Vorräte. Das Kartensystem wird, auch wenn die Ration gegen das normale Maß knapper werden sollte, dennoch allgemeine Veruhigung ermedien, denn es wird das Sichanstellen des Publikums vor den Geschäftslotolitäten, das oft stundenlange und vielfach ergebnislose Herumlungen auf der Straße beseitigen und eine glatte und rasche Abwicklung des Verkaufs verbürgen. Der Magistratsbericht weist darauf hin, daß dieses System in Deutschland und auch in Oesterreich längst eingeführt ist und sich tadellos bewährt hat.

Die Hauptstadt hat von den Zuckervorräten, die sie sich selbst beschafft hat, andauernd größere und kleinere Mengen dem Konsum zugeführt. Sie hat jedoch niemals von der Zuckerkartens genügende Vorräte bekommen, um die Zuckernot herbeizuführen zu können. Im Monat März besaß die Hauptstadt 128 Waggons Zucker. Dazu gab die Zuckerkartens bis Mitte Oktober zwölf Waggons, in Oesterreich wurden eingekauft zwölf Waggons, so daß bis Mitte Oktober 152 Waggons zur Verfügung standen. Hievon hat die Hauptstadt 116 Waggons dem Konsum übergeben und sie verfügt nur mehr über einen Vorrat von 36 Waggons, deren Hälfte jedoch durch die 70 Spitäler der Hauptstadt in Anspruch genommen ist.

Eier.

Die Hauptstadt hat im Verlaufe des Sommers 5000 Kisten Eier, also etwa 7.200.000 Stück, angekauft und in den Lühlhäusern untergebracht, um durch diesen Vorrat die voraussichtlichen Eierminderungen des Herbstes und des Winters wenigstens lindern zu können. Dieser Vorrat wird seit September in Wochenraten im Wege des kommunalen Lebensmittelbetriebes auf den Markt gebracht. Dabei wird aber die Beschaffung von frischen Eiern nach Tunlichkeit andauernd fortgesetzt. Dank diesem Vorgehen kann der Lebensmittelbetrieb die Riste Eier derzeit um 80 Kronen wohlfeiler im Detailverkauf abgeben als der Engrosmarktpreis dieses Artikels in Budapest beträgt. Die Hauptstadt verspricht sich eine Besserung der Zustände von der Regierungsvorrichtung, die den Export von Eiern an eine Transportbewilligung knüpft. Eine preisermäßigende Wirkung dieser Maßregel hat sich aber bis jetzt nicht eingestellt, vielmehr ist der Eierpreis seit dieser Verordnung noch um 50 Kronen pro Kiste gestiegen.

Brennholz.

Behufs Sicherung des Bedarfes des Publikums an Brennholz hat die Hauptstadt mit 88 Holzproduzenten Verträge auf Lieferung von 30.500 Waggons Brennholz geschlossen, welche Menge ausreichen würde, um den Brennholzbedarf des Publikums bis Ende März zu decken. Von der erwähnten Menge wurden bis 1. Oktober ungefähr 9000 Waggons geliefert. Im September und Oktober sank die Zufuhr, die bis dahin durchschnittlich 2000 Waggons monatlich betrug, infolge der eingetretenen Verkehrsschwierigkeiten auf die Hälfte herab und wir haben nur wenig Aussicht, daß der Durchschnitt von 2000 Waggons in den nächsten Monaten erreicht wird. Mit einiger Bestimmtheit können wir nur auf 1000 Waggons pro Monat rechnen. Infolgedessen sah sich der Magistrat genötigt, in Eingaben und durch Delegierte das Kriegsministerium und die kompetenten militärischen Eisenbahnverwaltungen zu ersuchen, daß der Transport der für die Hauptstadt bestimmten bedeutenden Brennholzmengen ermöglicht werde.

Der Magistrat hält übrigens die Vorräte jedes einzelnen Lieferanten in Evidenz und ist ständig bestrebt, den Transport des für die Lieferanten bestimmten Brennholzes zu erleichtern. Leider nicht immer mit dem nötigen Erfolg. Sobald sich die Transportverhältnisse günstiger gestalten, wird die Hauptstadt über ausreichende Vorräte verfügen.

Z. XI. 1916

Der Kampf der Approximationsfragen der Hauptstadt.

Wiederholt hat die Hauptstadt die Festsetzung von Maximalpreisen für Brennholz urgiert, und zwar müßten die Höchstpreise für das ganze Land festgesetzt werden. Bisher aber wurde dieser Wunsch der Hauptstadt nicht erfüllt.

Steinkohle.

Der Bedarf der Hauptstadt an preussischer Kohle beträgt in Friedenszeiten 50.000 Waggons jährlich. Im laufenden Jahre sind bis zum 31. Oktober bloß 92.584 Waggons hier eingetroffen. Die Zufuhr der noch erforderlichen 25.000 Waggons ist jedoch infolge des Waggonmangels mit größten Schwierigkeiten verbunden. Nur die Regierung allein kann da Abhilfe schaffen und durch entsprechende Maßregeln den Kohlenbedarf der Hauptstadt für den Winter sichern. Der Magistrat hat sich daher wiederholt an die Regierung gewendet, bisher jedoch ohne Erfolg. Von den Vorräten der Staatsbahnen, die sich einen großen Teil der verfügbaren preussischen Kohle gesichert haben, will die Regierung gar nichts der Hauptstadt überlassen, nicht einmal zur Aushilfe.

Der wohlhabendere Teil des Publikums hat sich rechtzeitig mit Kohle versehen; damit auch die ärmeren Volksklassen zu Kohlen gelangen, haben wir die Kohलगroßhändler verpflichtet, in erster Reihe die Kleinhändler, bei denen das ärmere Volk seinen Bedarf zu beden pflegt, zu befriedigen. Wir können außerdem auf die Einfuhr von täglich 45 Waggons ungarischer Kohle rechnen, von denen der Magistrat zirka 20 Waggons täglich zu den Marktpreisen an das Publikum gelangen läßt. Der Magistrat hat ferner 120 Waggons bestellt, um die Armen unentgeltlich mit Kohle versehen zu können. Die Verteilung dieser Kohle beginnt mit 1. Dezember.

Seife.

Unbemerkte, doch umso anhaltender ist der Preis der Seife gestiegen. Dabei steht die Qualität der Seife in keinem Verhältnis zu den horrenden Preisen. Der geringe Gehalt der in Verkehr befindlichen Seifen an Fettsäure muß schon aus sanitärem Gesichtspunkte beanstandet werden. Mit Rücksicht hierauf hat der Magistrat noch im März eine Eingabe an die Regierung gerichtet, daß die Qualität und die Preise der Seifen für das ganze Land geregelt werden, doch fand diese Eingabe bisher keine Erledigung. Dagegen wurde der Hauptstadt die Ermächtigung erteilt, die in den Lagerhäusern untergebrachten achtundvierzig Waggons Seife zu requirieren, um mit dieser Menge dem Seifenmangel einigermaßen abhelfen zu können. Außerdem hat die Hauptstadt beschlossen, die in den Schlachthäusern und Viehmärkten gewonnenen tierischen Produkte, sowie die Fettprodukte des thermochemischen Instituts im eigenen Betriebe zu Seife zu verarbeiten. Die Betriebskosten werden schon im ersten Betriebsjahre durch den Ertrag vollständig ersetzt.

Das Anstellen vor den Geschäften.

In den letzten Monaten ist es leider auch in der Hauptstadt zu einer täglichen Erscheinung geworden, daß das Publikum, um gewisse wichtigere Lebensmittel erlangen zu können, bereits mehrere Stunden vor Beginn des Verkaufs vor den Verkaufsbuden sich anstellt und unter großem Zeitverlust und Gefährdung der eigenen Gesundheit die entbehrlichen Lebensnotwendigkeiten zu erhalten trachtet. Bis zum Frühjahr l. J. blieb die hauptstädtische Bevölkerung von dieser traurigen Kriegsercheinung sozusagen verschont und kannte sie eigentlich nur vom Hörensagen, aus den Schilderungen ausländischer, hauptsächlich deutscher Städte. Gegen Ende des Vorjahres, als es an Milch und später im Frühjahr l. J. als es an Fett, Kartoffeln und leghin an Zucker und Kohle zu mangeln begann, lag es auch in Budapest zu diesem unerfreulichen Schauspiel.

Diese betrübende Erscheinung entging auch der Aufmerksamkeit der Behörde nicht, umso weniger, als sich auch aus den Kreisen des Publikums und der Presse Stimmen gegen diese Zustände erhoben. Da diese Erscheinung zweifelsohne in erster Linie auf die Knappheit der Vorräte und ihrer unproportionellen Verteilung zurückzuführen ist, bildet eine entsprechende Abhilfe die wichtigste Aufgabe der Behörde. Erst in Deutschland, dann in Oesterreich nahmen die vor den Geschäften wartenden Mengen einen solchen Umfang an, daß die Behörde zu dem Mittel greifen mußte, den Verkauf der Waren in möglichst vielen Geschäften und in gewissen Stunden vornehmen zu lassen. Außerdem suchte die Behörde die Inverkehrbringung entsprechender Mengen der wichtigsten Waren zu sichern.

Es ist also klar, daß wir dieser Entartung der Warenbeschaffung erst mit ähnlichen energischen Verfügungen werden abhelfen können. Doch diese Maßnahmen können nur zum Ziele führen, wenn die benötigten Artikel in entsprechenden Mengen vorrätig sind, denn sonst wäre es ein vergebliches Beginnen, das Verhalten des Publikums mit Verordnungen regeln zu wollen, die ihm die Deckung selbst der minimalsten Bedürfnisse nicht gewährleisten können.

So muß es denn als die wichtigste Obliegenheit der Staatsgewalt bilden, dafür zu sorgen, daß sowohl die behördlichen als auch die privaten Verkaufsstellen über entsprechende Vorräte verfügen; ferner muß die pro Person und für eine gewisse Zeitdauer zur Verfügung zu stellende Menge behördlich festgestellt werden. In dieser letzteren Hinsicht bietet das System der Karten sichere Gewähr.

Die Behörde der Hauptstadt verfügt über ein Kartensystem bisher nur in bezug auf Mehl, Brot, Bohnen, Reis und die für Kinder unter zwei Jahren, Kranke und Greise bestimmte Milch. Bezüglich der erwähnten übrigen wichtigen Artikel, hauptsächlich Fett und Zucker, gibt es zurzeit kein Kartensystem, obwohl diesbezüglich die Hauptstadt bereits Vorschläge an die Regierung gelangen ließ. Und so wie man sich nicht „anstellt“, um die an Karten gebundenen Lebensmittel zu erhalten, so wird man sich auch nicht mehr anstellen, sobald auch der Verkauf der übrigen Artikel geregelt ist. Es kommt aber hierbei nicht auf die Hauptstadt an, die ja das Kartensystem zwar organisieren, aber es in Ermangelung von Vorräten nicht auf eigene Verantwortung ins Leben treten lassen kann und, wenn es solches doch täte, dem Wesen des Übels nicht abhelfen würde. So wie dies auch in Deutschland und Oesterreich sich nichts geholfen hat, bei Artikeln, deren Bezug zwar an Karten gebunden war, die aber nicht in genügenden Mengen im Verkehr waren.

Der Magistrat ist unaufhörlich bestrebt, für das Vorhandensein der wichtigsten Lebensmittel zumindest in einer dem minimalsten Bedarf entsprechenden Menge sowie dafür zu sorgen, daß die Beschaffung dieser Artikel kontinuierlich und systematisch vor sich gehe. In dem Augenblick, da die Beschaffung dieser Mengen auch nur einigermaßen gesichert ist, wird sofort das Kartensystem eingeführt werden, um das Publikum der Notwendigkeit zu entheben, sich stundenlang vor den Geschäften herumzusträngen. Nur so wird die mit der Lebensmittelbeschaffung verbundene Ungewißheit aufhören.

Die kommunalen Betriebe.

Der kommunale Lebensmittelbetrieb und die Brotfabrik versehen nicht nur einen großen Teil des Publikums mit allerlei Lebensmitteln, Brot usw., sondern auch noch 65 Spitäler und andere öffentliche Anstalten. Die Lebensmittelbetriebe der Hauptstadt bilden einen mächtigen Faktor der Approximation der Budapest Bevölkerung, die deren Versorgung mit den wichtigsten Lebensmitteln wesentlich erleichtern. Erst jetzt, im Kriege, zeigt sich recht die Bedeutung der Betriebe. Ueber die Tätigkeit der Betriebe geben folgende Daten Aufschluß: Der kommunale Lebensmittelbetrieb hat vom 1. Januar 1916 bis 30. September in Handel gebracht: 613.509 Kilogramm Wurstwaren, 1.034.513 Kilogramm Fett, Speck und Schmalz, 319.348 Kilogramm Selbwaren, 775.127 Kilogramm Butter, 216.844 Dosen kondensierte Milch, 15.167.851 Eier usw.; für die Spitäler lieferte der Betrieb 5.200.000 Kilogramm Lebensmittel. Die von dem Betrieb während der angegebenen Zeit gelieferten Lebensmittel betragen insgesamt 9.831.000 Kilogramm. Die kommunale Brotfabrik hat während derselben Zeit 10.149.016 Kilogramm Brot und 183.330 Kilogramm Gebäck für die Spitäler, der Pferdefleischbetrieb insgesamt 1.520.103 Kilogramm Pferdefleischwaren geliefert.

Anträge.

Der Bericht schließt mit folgenden Anträgen:

1. Die Generalversammlung möge den Bericht, sowie die Maßregeln, die der Magistrat im Einvernehmen mit der Behörerkommission für Volksverpflegung im Interesse einer leichteren Beschaffung und Verteilung der einzelnen Artikel, sowie der Regelung ihrer Preise getroffen hat, genehmigend zur Kenntnis nehmen.

2. Die Generalversammlung möge an die Regierung eine Eingabe richten mit dem Ersuchen,

a) die Regierung möge energisichere Maßnahmen als bisher in der Richtung treffen, daß man die im Lande befindlichen Getreide- und Mehlvorräte requiriere und daß das für die Bevölkerung der Hauptstadt bis Ende des Erntejahres notwendige Mehl unbedingt gesichert werde;

b) sie möge die auf dem Gebiete der Fettversorgung im ganzen Lande herrschende Systemlosigkeit und Preisereiberei durch die staatliche Requirierung des Schweinebestandes des ganzen Landes aus der Welt schaffen und besonders die Fettversorgung der Städte, in erster Reihe die der Hauptstadt, durch Beschaffung einer entsprechenden Menge von Schweinen für den Budapest Konsum sichern;

c) zu diesem Zwecke sollen die energisicheren Maßnahmen ins Leben gerufen werden, daß solange der Bedarf des Landes selbst nicht gedeckt ist, Schweine und Schweineprodukte nicht exportiert werden dürfen;

d) die Regierung möge der Hauptstadt die Bewilligung erteilen, in Budapest das Fettkartensystem unter den vom Magistrat angeführten Bedingungen ehestens einführen zu dürfen;

e) sie möge der Hauptstadt die zu Zwecken der Erhaltung ihrer Schweinemaststation notwendigen Futtermengen unbedingt und ehestens bewilligen;

f) sie möge von der Kartoffelernte des Landes die zur Deckung des Bedarfes der Budapest Bevölkerung nötige Menge überlassen, die Kartoffelzufuhr nach der Hauptstadt unbedingt sichern und den Spiritusbrennern, sowie den Stärkefabriken verbieten, zum Nachteil der öffentlichen Verpflegung Kartoffeln zu laufen;

g) die Regierung möge die Milchpreise für das ganze Land regeln, den Futterbedarf der Milchwirtschaften sichern, den Milchkonsum an den Produktionsorten regeln, die Höchstpreise für Butter usw. festsetzen, für eine Auffrischung des Milchbestandes und für einen einheitlichen Import ausländischer Milch, überhaupt für eine auf das ganze Land sich erstreckende einheitliche Regelung der Produktion, Verarbeitung und Inbetriebsetzung der Milch, sowie des Milchkonsums sorgen;

h) die Regierung möge ferner sorgen, daß der Hauptstadt die erbetene Menge von Bohnen zur Deckung des Bohnenbedarfes der Bevölkerung ehestens zur Verfügung gestellt werde;

i) die Regierung möge gestatten, daß die Hauptstadt das Zuckerkartensystem unter den vom Magistrat vorgeschlagenen Modalitäten ins Leben rufe und daß der Hauptstadt die notwendigen Zuckermengen überlassen werden;

j) die Regierung möge die Ausfuhr von Eiern unter den den veränderten Verhältnissen entsprechenden Einschränkungen derart reduzieren, daß im Rahmen des Bedarfes des Inlandes der Bedarf der Hauptstadt bei entsprechenden Preisen und in quantitativer befriedigender Weise gesichert werden könne;

k) die Regierung möge außer dem für den Budapest Tierbestand bereits bewilligten Haferquantum den noch unbedingt erforderlichen Futterbedarf in entsprechender Menge der Hauptstadt zur Verfügung stellen;

l) die Regierung möge die Fabrikation, die Qualität, den Preis und die Inverkehrbringung der Seife im Sinne der diesbezüglichen Eingaben der Hauptstadt für das ganze Land regeln.

3. Die Generalversammlung möge den Magistrat ermächtigen, zum Zwecke der Deckung des Kartoffelbedarfes der Hauptstadt während des Winters und Frühjahr's zirka 5000 Waggons Kartoffeln kaufen und hiezu über die zu Zwecken der Kriegsapproximation bewilligten 22 Millionen Kronen hinaus zu Lasten der Anlehensgelder weitere zehn Millionen Kronen verwenden zu dürfen.

4. Die Generalversammlung möge sowohl an die königlich ungarische Regierung als auch an den k. u. k. Herrn Kriegsminister, sowie an das Armeecorpskommando Eingaben richten mit der Bitte, daß eine systematische und ständige Zufuhr von Brennholz und Kohle in den dem Bedarf der hauptstädtischen Bevölkerung entsprechenden Mengen durch Ausnahmungsverfügungen gesichert werde.

und chemischen Behandlung, die ihnen durch Säuren und Speichel zuteil wird, bereits bedarf vorverdaut in den Magen und Darm, daß diesem nichts mehr zu tun übrig bleibt. Nach Mitteilungen von Personen, die längere Zeit gefestert haben, soll sich durch diese Ernährungsweise das Stoffverhältnis ganz von selber auf die von Fletcher angegebene geringe Quantität reduziert haben. Ferner haben erste Gelehrte auf Grund italienischer Untersuchungen festgestellt, daß die physische und geistige Leistungsfähigkeit durch das Fasten gesteigert wird. Auch wird berichtet, daß die Nachzeiten durch diese Methode durchaus nicht an Heiß verlieren, sondern zu einem besondern Genuß werden.

Daß ein solches System der dreifügigen Nahrung sehr viel für sich hätte, ist klar, und in der Tat ist auch schon eine kleine Blauschrift erschienen, die den Titel führt "Deutscher, stehere!" Aber auch abgesehen von der momentanen Aktualität muß man sich fragen, ob nicht Barmherzigkeit und Hygiene auf der Seite des Gletzerers stehen.

Zunächst gegen das Prinzip möglichst sparsamer Ernährung wird kaum etwas vorzubringen sein. Daß wir alle übermäßig sind, ist einfach eine Tatsache. Das milde Klima Mitteleuropas erfordert keinen starken Fettkonsum, und die geringe Körperbewegung des Großstädtemenschen rechtfertigt keine große Zufuhr von Kohlenhydraten. Auch unsere durchschnittliche Eiweißration ist zu hoch gegriffen. Selbst mächtige Menschen sind in diesen Dingen immer noch viel zu üppig. Der

Das "Fletchern".

Das "Fletchern" wird vielleicht eines Tages ebenso populär sein wie das "Müllern". Es ist von dem Amerikaner Horace Fletcher erfunden worden und fällt sich im wesentlichen auf folgende einfache Grregeln: 1. Nur essen, wenn ausgeprochenes Hungergefühl vorhanden ist. 2. Alle Nahrung so lange kauen, bis sie vollständig flüssig geworden ist und keine Gefühlsempfindung mehr erzeugt. 3. Mühsände, die sich nicht vollkommen zu Brei verarbeiten lassen, müssen wieder herausgegeben werden. 4. Flüssigkeiten, wie Milch, Suppe, Wein, müssen ebenfalls vollständig durchgeschmeckt werden (in ähnlicher Art, wie es die Weinstöber machen). "Meine Nahrung," sagt Fletcher, "besteht aus ungefähr dreifüg gewöhnlichen Nahrungsmitteln, die ich nach Belieben auf die einzelnen Tageszeiten verteile. Diese dreifügigen Nahrungsmittel sind: 2500 Karotte und 30 bis 35 Minuten."

Wie man erkennt, besteht der Gedanke dieses Ernährungssystems ganz einfach darin, daß der Wanderverdauung eine hervorragende, ja sogar die ausschließliche Bedeutung eingeräumt wird. Die Epeisen gelangen infolge der ausgesprochenen weichen

Fall des Luigi Cornaro, der mit einer täglichen Nahrungsmenge von einem Ei und etwas Wein bei völliger Gesundheit ein Alter von mehr als hundert Jahren erreichte, ist bekannt. Napoleon, sicherlich ein Organismus von sehr attraktivem Stoffwechsel und Energieverbrauch, sagte: "So wenig Nahrung man auch zu sich nimmt, man ist doch immer zu viel. Man kann vom Zwiebacken leben, wenn man nur zwei Zehen essen nie. Die Natur hat mir zwei wertvolle Gaben verliehen. Die eine: den Schlaf zu jeder Stunde, an jedem Ort. Die andere: die Unmöglichkeit, im Essen und Trinken Exzesse zu begehen." Daß der Verdauungsprozess die geistige und seelische Tätigkeit bis zu einem gewissen Grade heuert, kann ja tatsächlich jedermann täglich selbst beobachten. Kräfte, die für andere Zwecke verwendet werden könnten, werden absorbiert. Das Heizmaterial wird unten benötigt und mangelt daher oben. Und wenn Entschlackung im Essen den meisten Menschen Unbehagen erzeugt, so darf man nicht vergessen, daß der menschliche Organismus so bedeutend wertvoller elastisch und anpassungsfähig ist, daß er sich an das Viel und das Magnum ebenso leicht gewöhnt wie an das Wenig und das Minimum. Der Uebergang von einer reichlichen zu einer geringen Nahrungszufuhr wird daher immer mit gewissen Beschwerden verbunden sein, man hat es aber da lediglich mit Entschlackungserscheinungen zu tun, die bald vorübergehen. Auch der Arzeneifler fühlt sich nicht wohl, wenn er seine Nahrungszufuhr einschränkt, und doch wird

niemand behaupten wollen, daß hierin ein Indizium für die Schwäche der geringeren Konstitutionsums zu erblicken sei. Was also Fletcher über die Quantität der Speisen vor schreibt, läßt sich ohne weiteres rechtfertigen. Auch daß eine Speise leicht verdautlich sein soll, wird niemand bestreiten wollen. Es ist das ebenjohr eine Sache der Hygiene wie der allgemeinen Kultur. Wenn man näher zuseht, so wird man bemerken, daß die Nahrung mit zunehmender Zivilisation immer un komplizierter und unbeschwerlicher wird, so daß sich geradezu eine Art Hierarchie der Küche aufstellen läßt, die von unten nach oben sich auflöst: wenn man nämlich mit der für unsere Begriffe nahezu bis zur Ungeriefbarkeit überwürzten, überäuerten und überfetteten Zubereitung des Orients beginnt und sich über Desterreich und Süddeutschland nach Norddeutschland begibt, wo die Menüs fast ausschließlich von gebratenem Fleisch, Naturgemüsen, Eiergebüchten und Käse bestritten werden.

Über daß der Mensch sich nur noch von drei ernähren soll, ist bedenklich. Denn was geschieht dann mit seinem Darm? Die Darmmuskulatur ist eine Muskulatur wie jede andere. Man hat aber bekanntlich jeder Muskel die Eigenheit, daß er durch Inaktivität degeneriert: er "atrophiert". Wer einen kräftigen Muskel haben will, der turnt: er "belastet" also seinen Muskel, so weit es dieser nur erträgt. Die Folge einer habituellen Ernährung durch Gletzern wäre ganz einfach Darmatonie.

Heber Altberg vor einer Reihe von Jahren in seinem Buch "Prodomos" eine ähnliche Theorie vorgebracht hat. Er stellt darin unter anderem die Regel auf, man solle womöglich nur Nüchterns genießen. "Eine Speise zu sich nehmen, die nicht eine unbedingte Notwendigkeit ist für den Organismus und nicht zugleich leichtest verdaulich ist, wird einmal als ein Vergehen gegen die Sittlichkeit beurteilt werden." — "Sauge einer jeden Speise ihre Kraft, ihre Seele aus, verweibe ihre Leberflüssigkeiten. Was zu einem leichten Drei vermittels der Zähne und des Speichels verdaulich ist, das schlucke hinunter. Das andre — schlucke nicht hintunter!" Und einmal läßt Altberg den "Sbioten" sagen: "Über wenn man es gut zerkaut!" und repliziert sofort: "So friß doch Leber, in einer Feinmachmaschine zu Brei zerreiben, also noch besser zerkaut!" Darauf könnte ihm aber der andre, wenn er nicht eben ein Idiot wäre, sofort die Gegeneinwendung machen: "Die Bakterien, ein weissenlicher Bestandteil unserer täglichen Nahrung, ist ebenso unverdaulich wie Leder." Und es gibt nicht wenige Physiologen, die sie geradezu empfehlen: eben als Anregungsmittel für die Peristaltik. Bunge hat den Versuch gemacht, Kaninchen mit zellulosefreier Nahrung zu füttern. Es kam zu Störungen der Darmbewegung, und die Tiere gingen ausnahmslos an Darmentzündung zugrunde. Mäuse, die ausschließlich mit Milch gefüttert wurden, starben an Darmverengung. Nur ist der Darm des Menschen

Wflanzenfresser, eine Lebensgefahr besteht in der Aufnahme zellulosefreier Nahrung daher nicht; trotzdem erhellt aus diesem Experiment mit genügender Klarheit die große Bedeutung, die die Zellulose und ähnliche "unverdauliche" Substanzen als mechanisches Reizmittel auch für uns besitzen müssen. Und so können wir denn zu dem Schluß: Entweder ist diese ganze Breiernährung eine bloße Krankheitskur, eine Notmaßnahme für Organismen, die bereits so geschwächt sind, daß sie den normalen Nahrungsmitteln, die die Nahrung an den Verdauungsorganen nicht mehr genügen können, oder aber sie birgt die Gefahr, daß ein Organismus unfähig ist, ja zur Rückbildung gebracht wird. Und warum nicht? Warum sollte die Entwicklung des Menschen nicht in einer Ausbildung der Verdauungswerkzeuge liegen, da sie doch offenbar in seiner zunehmenden Verfestigung liegt? Wäre es nicht möglich, daß mit dem allmählichen Wegfall dieser Organe, die den tierischen Funktionen unfähig sind, eine Art Substitutionsfunktion und Verfestigung der Menschheit Hand in Hand ginge? Sehr oft ist das, was wir Krankheit nennen, nichts als eine Form der Verfestigung, und selbst in Fällen echter Krankheit hat man schon oft beobachtet, daß die geistige Leistungsfähigkeit sich nicht nur nicht vermindert, sondern zunimmt. Das Problem vom Wert der Krankheit hat daher einige der tiefsten modernen Denker höchst ernsthaft beschäftigt. Gebel sagt

Die Errichtung des neuen Ernährungsamtes.

Heranziehung der Militärbehörden.

In den Zeitungen fand man in den letzten Tagen verschiedene Mitteilungen über Schwierigkeiten, die sich dem Ausbau des neuen Ernährungsamtes entgegenstellen. Es heißt, daß Baron von Beck, dem die Übernahme des Amtes angeboten wurde, sehr weitgehende Bedingungen in bezug auf die Vollmachten stellt, mit denen er das Amt ausgestattet wissen möchte und daß diese Forderungen es sind, durch die die oben erwähnten Schwierigkeiten entstanden sind.

Man erinnert sich bei diesem sehr wichtigen Anlaß, daß die Frage der Vollmachten bei der Errichtung der Ernährungsämter in Deutschland, Österreich und Ungarn immer im Vordergrund stand. Herr Batocki, den man in Deutschland den Ernährungsdiaktor nannte, soll über sehr weitgehende Vollmachten verfügen, so groß, daß es einige Zeit dauerte, ehe die darüber mit den Bundesstaaten und den Ämtern geführten Verhandlungen beendet und die Widerstände beseitigt waren.

Trotzdem scheint es draußen im Deutschen Reiche doch nicht überall nach Wunsch zu gehen, denn man hört wiederholt, daß die Absichten Batockis an diesem oder jenem Widerstande scheitern oder zumindest nicht ganz ausgeführt werden können. In Ungarn hat, wie man sich erinnert, Dr. Weckerle die Führung des Amtes abgelehnt, weil er fand, daß man es mit zu wenig Vollmachten ausstatten wolle. In Österreich krankt das Ernährungsamt seit dem Tage seiner Errichtung an der Vollmachtenfrage. Man begreift vollkommen, daß Baron Beck alle diese traurigen Erfahrungen heranzieht, wenn er seine Bedingungen stellt, man begreift auch, daß er, der ein erfolgreicher Führer des Amtes sein will, größere Machtvollkommenheiten verlangt als sie bisher die Ernährungsämter haben. Aber die Zeit drängt. Gewiß ist niemand unerfährlich, aber den vollwertigen Ersatzmann zu finden, ist oft äußerst schwierig; Baron Beck wird gewiß nicht die schon vorhandenen Schwierigkeiten dadurch steigern wollen, daß dieser Ersatzmann nun erst gesucht werden soll.

Im Vordergrund der Verhandlungen soll augenblicklich der Plan stehen, die Militärbehörden in weitestem Maße zu den Arbeiten des Ernährungsamtes heranzuziehen. Sie sollen es vor allem sein, deren Autorität die Durchführung der Lebensmittelbeschlagnahme auf dem flachen Lande sichern soll. Wenn man sich vergegenwärtigt, wie schwach sich die Hilfsorgane der Zivilbehörden in dieser Hinsicht bisher oft und oft erwiesen haben, so kommt man zu dem Schlusse, daß der vorliegende Plan jedenfalls viel für sich hat.

Ein anderer Name.

Angeichts dieses Standes der Dinge scheint es uns angezeigt, einen die Sache besser bezeichnenden Namen vorzuschlagen. Ohne Zweifel ist die Vorsorge für die Volksernährung die brennendste und wichtigste Aufgabe, aber ebenso sicherlich gibt es andere, deren befriedigende Lösung von der allergrößten Bedeutung für das Volkswohl ist und deshalb in dieselben Hände gelegt werden sollte. Es empfiehlt sich deshalb, die Bezeichnung „Ernährungsamt“ durch eine zu ersetzen, die den weiteren Rahmen der Aufgaben deutlich zum Ausdruck bringt; das Amt wird sich ja, wenn es seiner ganzen Aufgabe gerecht werden soll, nicht nur mit der Ernährung im eigentlichen Wortsinne, sondern mit der Vorsorge für alle Volkslebensnotwendigkeiten befassen müssen. Die Beschaffung und richtige Verteilung der Bekleidung, Wäsche und vor allem der Beschuhung, die Versorgung mit Brenn- und Beleuchtungsstoffen, die Seifenbeschaffung usw. sollten dem Amte unterstellt werden, dem auch in leider nicht zu fernem Zeit die Wohnungsfrage zur Lösung vorliegen wird.

Es ist klar, daß einerseits die Behandlung aller dieser, hier nur angedeuteter Fragen in einem Amte wesentliche Vorteile bieten würde, und daß andererseits kein Grund vorhanden ist, die Tätigkeit auf die Ernährung zu beschränken. Keinesfalls scheint es uns anständig, wenn man alle diese Fragen einem Manne wie Freiherrn von Beck zur Behandlung zuweisen kann, dies nur deshalb zu unterlassen, ja sich vielleicht unmöglich zu machen, weil man von vornherein und vielleicht ganz ohne Absicht die Bezeichnung des Amtes zu eng gewählt hat. Um diesem und manchem anderen Übel vorzubeugen, wird es sich empfehlen, eine Bezeichnung zu wählen, die, um es mit einem Ausdrucke der Rechtspflege zu sagen, unpräjudizierlich ist; wir schlagen den Namen **Volksvorsorgungsamt** vor, ohne zu verkennen, daß sich wahrscheinlich ein anderer, möglicherweise noch besserer finden lassen dürfte. Nur das eine, wie gesagt, möge vermieden werden: man begrenze und beenge nicht das Wirken des Amtes durch seinen Namen.

Es sei bei dieser Gelegenheit gestattet, der Freude darüber Ausdruck zu geben, daß es nun wieder möglich ist, Dinge dieser Art öffentlich zu besprechen, und daß man zu Herrn v. Koerber und seinen Mitarbeitern das Vertrauen hat, daß sie einen an sich zweckmäßigen Vor-

Neues Pest

Hauptstädtischer Municipalausschuß.

Die Lebensmittelfrage. — Einführung von Fettkarten. — Verbot des Fausenkaffees. — Die Franzstädter Pfarrervwahl.

Budapest, 8. November. Der Frage der Versorgung der hauptstädtischen Bevölkerung mit Lebensmitteln wurde seitens der Stadtrepräsentanten das erforderliche Interesse entgegengebracht, so daß die Eröffnung der Generalversammlung vor dichtgefüllten Bankreihen erfolgte. Die Diskussion wurde durch den Magistratsrath Ludwig Fokusházy eingeleitet, der im Rahmen des bekannten Magistratsberichtes sich über den ganzen Komplex der Approvisionierungsangelegenheit ausbreitete und mittheilte, die Hauptstadt habe beim Lebensmittelamt die Einführung von Fettkarten in Vorschlag gebracht. Das Verbot des Fausenkaffees in den Kaffeehäusern nimmt am 10. d. seinen Anfang. Wilhelm Bázsonyi nahm in einer längeren Rede zur Magistratsvorlage Stellung und verlegte sich vornehmlich darauf, die Fehler und Unterlassungen der Regierung einer scharfen Kritik zu unterziehen. Zur Angelegenheit sprachen noch Alexander Petö und Michael Szalai, die mit diversen Anträgen zur Abstellung der Uebelstände hervortraten. Im Laufe der Generalversammlung erfolgte die Besetzung der Stelle des Franzstädter römisch-katholischen Pfarrers. Aus der Wahl ging Dr. Géza Hunfár als Sieger hervor.

Die Berathung wird Freitag Nachmittag 4 Uhr fortgesetzt.

Ueber den Verlauf der Generalversammlung berichten wir im Nachstehenden:

Bürgermeister Dr. Stephan Bárczy eröffnet die Sitzung und widmet dem verstorbenen Oberphysikus Dr. Maden Magyarevic einen warmen Nachruf. Die Generalversammlung beschließt, das Andenken des Verstorbenen im Protokoll zu verewigen.

Der Bürgermeister hat aus Anlaß der Wiedererrichtung des Königreichs Polen an den Präsidenten des Polenklubs Ritter v. Bilinski ein Begrüßungsschreiben gerichtet. Ritter v. Bilinski hat in herzlichen Worten seinen Dank ausgedrückt.

Die Miethzinserhöhungen.

Magistratsrath-Obernotär Madár Marher bringt den bekannten Vorschlag des Magistrats gegen die Miethzinserhöhungen zur Verlesung.

Joseph Kraemer bemängelt es, daß in der Unterbreitung an die Regierung jedweder Schutz der Interessen der Hauseigentümer außer Acht gelassen wird. (Widerspruch.) Er beantragt, die Regierung in einer zweiten Unterbreitung zu ersuchen, sie möge einen Modus zur Schadloshaltung derjenigen Hauseigentümer ausfindig machen, die in Folge der nichtbezahlten Miethzinse der Eingekückten einen beträchtlichen Theil ihres Einkommens eingebüßt haben.

Bürgermeister Stephan Bárczy weist darauf hin, daß in der Motivierung der Unterbreitung auf diese Hauseigentümer Rücksicht genommen wurde.

Wilhelm Bázsonyi erörtert die Antegedienten der Unterbreitung. Die Hauseigentümer können nicht als einheitliche Klasse behandelt werden. Einzelne Hauseigentümer sind, ohne auf den Krieg Rücksicht zu nehmen, mit geradezu exorbitanten Steigerungen, die mitunter 50 Prozent erreicht haben, vorgegangen. Die Ausbeutung und Ausnützung der Kriegslage steht im Widerspruch mit dem Decorum der gesellschaftlichen Stellung des Hauseigentümers, weshalb gegen diese mit aller Strenge vorgegangen werden müsse.

Die Unterbreitung wird hierauf zur Kenntniß genommen.

Johann Szigethy hat einen Antrag eingebracht, wonach die Generalversammlung ihrer Freude über die Wiedererrichtung des Königreichs Polen im Protokoll Ausdruck geben möge.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Die Lebensmittelfrage.

Zur Tagesordnung übergehend skizziert Magistratsrath Ludwig Fokusházy den bekannten Bericht des Magistrats in der Approvisionierungsfrage und hebt hervor, daß in dem Berichte auch die Antwort auf die Interpellation der Repräsentanten Alexander Petö, Johann Wittner und Dr. Julius Baranski enthalten sei. Magistratsrath Fokusházy bringt hierauf einen Antrag betreffend die

Einführung von Fettkarten

ein. Die Hauptstadt möge in dieser Angelegenheit an das Landes-Lebensmittelamt eine dringende Unterbreitung richten. Gleichzeitig möge das Lebensmittelamt ersucht werden, dafür zu sorgen, daß die Schweineübernahmungskommission des Kriegsministeriums zur Approvisionierung der bürgerlichen Bevölkerung eine entsprechende Anzahl von Schweinen überlassen möge. Ferner soll der Hauptstadt gestattet werden, von den zu Militärversorgungswecken dienenden und im hauptstädtischen Schlachthause geschlachteten Schweinen das zum Auslebenreten des Fettkartensystems unbedingt notwendige Fett requirieren zu dürfen. Schließlich soll an das Lebensmittelamt der Bericht ergehen, daß selbst die minimalste Fettversorgung der hauptstädtischen Bevölkerung solange nicht gesichert werden könne, bis das Landesamt den fortwährenden und systematischen Anstieb einer entsprechenden Anzahl von Schweinen nicht gewährleistet.

Verbot des Fausenkaffees.

Bezüglich der Zuschrift des Lebensmittelamtes in Angelegenheit des Verbots des Fausenkaffees in den Kaffeehäusern beantragt der Magistrat, die Zuschrift zur Kenntniß zu nehmen. Das Verbot tritt am 10. November ins Leben. Gleichzeitig soll das Lebensmittelamt ersucht werden, dieses Verbot auf das ganze Land auszudehnen. Der Magistrat wird schließlich die Frage einer eingehenden Erörterung unterziehen, auf welche Weise die Ansammlungen und das Austellen vor den Geschäften zu vermeiden wären und wird über die zu treffenden Verfügungen der Generalversammlung Bericht erstatten. Er empfiehlt den Bericht und die darin enthaltenen Anträge zur Annahme.

Wilhelm Bázsonyi gibt zunächst seinem Bedauern Ausdruck, daß der Magistrat die Approvisionierungsfrage so selten vor die Generalversammlung bringt. Durch die Befolgung eines anderen Vorgehens hätte vielleicht in mancher Beziehung ein günstigeres Resultat erzielt werden können. Die Approvisionierungsfrage kann nicht in lokalem Sinne erledigt werden. Die lokalen Verfügungen können sich höchstens auf die Vertheilung der vorhandenen Vorräthe beziehen. Denn der Durchmesser der Approvisionierungsfrage ist nicht die Hauptstadt allein, oft nicht einmal das ganze Land, sondern häufig die ganze Monarchie. Wenn wir also hier einzelne kleine Schönheitsfehler reparieren wollen, haben wir nicht viel erreicht. Die Errichtung des Lebensmittelamtes ist auf die Initiative der Hauptstadt zurückzuführen, ebenso wie in vielen anderen Fragen betreffend die Lebensmittelversorgung die Initiative ergriffen hat. Die Errichtung der Lebensmittelzentrale wurde auch im Reichstag beantragt, doch wurde dieser Antrag der Opposition niedergestimmt. Die diesbezügliche Unterbreitung der Hauptstadt blieb unbeantwortet. Jetzt wurde das Amt doch errichtet, und wir begrüßen diese Thatsache auch jetzt mit Sympathie und bringen seiner Thätigkeit große Erwartungen entgegen. Redner muß wiederholt betonen, daß die Verfügungen und Verbote des Lebensmittelamtes auf das ganze Land Anwendung finden sollen. Redner zählt hierauf die von der Regierung begangenen Fehler auf. So wurde zum Beispiel der Preis der Schweine in der Weise maximalisirt, daß es bisher noch keinen einzigen Verkäufer gab, der sein Schwein zum Maximalpreise verkauft hätte. Wenn man schon einen Preis maximalisirt, so soll man auch dafür sorgen, daß dieser Preis auch eingehalten werde. Die Behörde soll dafür sorgen, daß die Mißbräuche ausgedeckt werden. Man soll mit Agents provocateurs arbeiten, nicht nur in der Hauptstadt, sondern im ganzen Lande. Unser vortreffliches Detektivcorps könnte dies sehr gut besorgen. Redner weiß es bestimmt, daß die Fleischhandels-Gesellschaft über den Maximalpreis einkauft. Sie möge den Namen dieser Produzenten bekanntgeben. Der Wucher muß auf allen Gebieten verfolgt werden, er darf nicht das Privilegium irgend einer Klasse sein.

Alexander Petö: Die königliche Staatsanwaltschaft

kauft auch über den Maximalpreis ein. Ich bringe dies dem Bürgermeister zur Kenntniß.

Wilhelm Bázsonyi beantragt, die Hauptstadt möge ihre früheren Beschlüsse in der Approvisionierungsfrage erneuern, aus welchen hervorgeht, daß die Hauptstadt rechtzeitig auf die Uebel und auf die Mittel zur Abhilfe hingewiesen hat. Die Regierung soll den Preis sämtlicher erstklassigen Lebensmittel und sämtlicher Haushaltungsartikel maximalisiren und den Verkaufszwang aussprechen; gleichzeitig muß aber die Regierung dafür sorgen, daß die Städte über einen entsprechenden Vorrath verfügen. In der Frage der Mehlerversorgung befindet sich die Stadtbevölkerung in einer viel ungünstigeren Lage als die Landbevölkerung. In der Provinz hat sich Jeder rechtzeitig mit Mehl versehen können, die Stadtbevölkerung aber nicht. Die Städte dürfen deshalb, weil ihre Straßen mit Pflaster und Asphalt gedeckt sind und keinen Weizen produziren können, nicht bestraft werden. Aber nicht nur mit den Lebensmitteln, auch mit den Bekleidungsartikeln wird ungeheurer Wucher getrieben. Für Kleider, Schuhe, Wäsche werden fabelhafte Preise bezahlt. Die Preise dieser Artikel müssen ebenfalls maximalisirt werden. Die Regierung kann auf diesem Gebiete Oesterreich gegenüber mit der Androhung von landwirthschaftlichen Repressalien vorgehen. Redner nimmt den Bericht zur Kenntniß und beantragt, der Regierung den Beschluß der hauptstädtischen Generalversammlung vom 8. October 1915 neuerlich zu unterbreiten, in welchem Maximalpreise nicht nur für Lebensmittel, sondern für sämtliche anderen Bedarfsartikel gefordert wird. (Lebhafte Zustimmung und Applaus.)

Die Franzstädter Pfarrervwahl.

Nach einer Pause meldete der vorsitzende Bürgermeister, daß bei der Wahl des Subapostolischen Franzstädter römisch-katholischen Pfarrers insgesamt 195 Stimmen abgegeben wurden. Davon entfielen auf Dr. Géza Hunfár 105 Stimmen, der hiermit gewählt erscheint. (Ebenrufe.)

In der fortgesetzten Verhandlung der Lebensmittelfrage

ergreift Alexander Petö das Wort, der die Antwort auf seine Interpellation nicht zur Kenntniß nimmt, sondern von neuem fordert, daß der Magistrat der Generalversammlung allmonatlich einen Bericht über den Stand der Approvisionierungsfrage vorlegen soll. Was die Mehlerversorgung betrifft, so sei es nicht begründlich, weshalb keine Semmeln gebacken werden dürfen, dagegen der Verkauf von theurem und schlechtem Zuckergebäck in den Kaffeehäusern erlaubt ist. Redner stellt einen Antrag, wonach das Baden von Semmeln bei Tage gestattet werde.

Bürgermeister Stephan Bárczy bemerkt, daß er gegen die allmonatlichen Berichte an die Generalversammlung nichts einzuwenden habe. Im Interesse der Mehlerversorgung der hauptstädtischen Bevölkerung hat der Magistrat alle möglichen Mittel ergriffen, und es sei mahlich nicht sein Fehler, wenn die amtlichen und privaten Bemühungen nicht vom gewünschten Erfolge begleitet waren.

Johann Wittner nimmt die Antwort auf seine Interpellation zur Kenntniß. Für die Bevölkerung der Hauptstadt müßten mindestens 2000 Schweine im Monat sichergestellt werden. Er bittet den Magistratsrath Fokusházy, bei seinen Verfügungen die Anforderungen des praktischen Lebens zu berücksichtigen.

Michael Szalai findet es für sehr bedauerlich, daß die Lebensmittelfrage hier großer Theilnahmslosigkeit begegnet. Nur den Ausführungen eines einzigen Redners wurde großes Interesse entgegengebracht, seitdem hat sich der Saal fast vollständig geleert. Redner befaßt sich mit den einzelnen Abschnitten des Berichtes. Er weist auf die Fehler beim Ankauf von Zuckerkarten hin. Er fordert die Einführung von Zuckerkarten, denn er hat es vom Leiter der Zuckercentrale erfahren, daß der Bevölkerung der Hauptstadt monatlich 1-25 Millionen Kilogramm, also 1-25 Kilogramm per Kopf, zur Verfügung stehen. Dieses Quantum wird für die ganze Kriegsdauer garantiert, dabei auch der Bedarf der Industrie gedeckt. In der Frage der Mehlerversorgung wünscht er die weitestgehenden Verfügungen. Die Hauptstadt soll, wenn kein anderes Mittel zum Ziele führt, den Milchverkauf monopolisiren, denn nur auf diese Weise sei eine gerechte Vertheilung des Vorraths möglich. Mit Einbeziehung der Pálmónostorer Domäne soll ein Produktionsrayon bestimmt werden, das Budapest mit Milch zu versorgen habe. Für diesen Rayon soll der Produktions- und Verkaufszwang ausgesprochen werden. Redner bringt diesbezüglich einen Antrag ein.

Magistratsrath Ludwig Fokusházy erklärt, auf die Worte des Vorredners reflektirend, daß der Direktor der Zuckercentrale, Herr Kobitzel, weder mit ihm noch mit seiner Section verhandelt habe. Er sei seitens der Centrale in der Zuckerfrage stets der größten Verschlossenheit begegnet und er müsse auch jetzt einen förmlichen Kampf bestehen, um die Zuckerkarten für Budapest zu erwirken. Wenn übrigens der Herr Direktor ihm etwas mitzuthellen habe, so wisse er wohl, wo er zu finden sei, und habe es nicht nothwendig, sich eines Boten zu bedienen.

Nach einer kurzen Entgegnung Michael Szalais wurde in Anbetracht der vorgerückten Stunde — es war bereits ein Viertel 9 Uhr geworden — die Fortsetzung

9./XII. 1916

Die Arbeiterzeitung ist eine der wichtigsten Zeitungen in Deutschland. Sie berichtet über die Ereignisse des Tages und die Interessen der Arbeiterklasse. In der Ausgabe vom 9. Dezember 1916 sind folgende Artikel enthalten:

Die Frage des Ernährungsamtes noch immer nicht gelöst!

Die Herbsttage, die für die Einbringung und Verteilung der Vorräte am allerkritischsten sind, verlaufen noch immer ohne einen Schritt weiter. Freiherr v. Bed, der nach einigem Zaudern die Berufung zum Präsidenten angenommen hat, soll nun endgültig abgelehnt haben! Diese Vorgänge müssen an sich schon beunruhigen, diese ihre Wirkung wird durch den Ablauf der kostbaren Zeit noch verstärkt. Die wohlthätige Entspannung des öffentlichen Gemüths durch ministerielle Neußerungen, durch die alle Lauffkraft lähmende, alle Hoffnungen ertödtende Stodfischmethode preisgegeben und endlich wieder mit und zu der Bevölkerung geredet wurde, beginnt wieder neuer Besorgtheit zu weichen. Der moralische Notstand des Verfassungslebens war eine überflüssige Verschärfung unseres materiellen Uebelbefindens, aber dieses selbst fordert die dringendste Abhilfe. Nicht bloß die Zeit im allgemeinen oder bloß der Tag — jede Stunde fordert den Mann, fordert die

Die Arbeiterzeitung ist eine der wichtigsten Zeitungen in Deutschland. Sie berichtet über die Ereignisse des Tages und die Interessen der Arbeiterklasse. In der Ausgabe vom 9. Dezember 1916 sind folgende Artikel enthalten:

Die Frage des Ernährungsamtes noch immer nicht gelöst!

Die Herbsttage, die für die Einbringung und Verteilung der Vorräte am allerkritischsten sind, verlaufen noch immer ohne einen Schritt weiter. Freiherr v. Bed, der nach einigem Zaudern die Berufung zum Präsidenten angenommen hat, soll nun endgültig abgelehnt haben! Diese Vorgänge müssen an sich schon beunruhigen, diese ihre Wirkung wird durch den Ablauf der kostbaren Zeit noch verstärkt. Die wohlthätige Entspannung des öffentlichen Gemüths durch ministerielle Neußerungen, durch die alle Lauffkraft lähmende, alle Hoffnungen ertödtende Stodfischmethode preisgegeben und endlich wieder mit und zu der Bevölkerung geredet wurde, beginnt wieder neuer Besorgtheit zu weichen. Der moralische Notstand des Verfassungslebens war eine überflüssige Verschärfung unseres materiellen Uebelbefindens, aber dieses selbst fordert die dringendste Abhilfe. Nicht bloß die Zeit im allgemeinen oder bloß der Tag — jede Stunde fordert den Mann, fordert die

Partei bedingt, offen zum Kapitalismus und Imperialismus neigt, wogegen Wilson kraft der Zusammenfassung seiner Partei, die sich aus den Mittelklassen und aus der Arbeiterschaft rekrutiert, dem Gedanken des Weltfriedens den Gedanken der sozialen Demokratie anhängt. Auch vom Gesichtspunkt des allgemeinen Fortschritts ist die Niederlage Wilsons zu bedauern, der, was immer gegen ihn eingewendet werden kann, ein bedeutender und ungewöhnlicher Mann war.

Mit Spannung harren wir der Nachrichten über die Stimmengahl der sozialistischen Kandidaten. Wohl hat die Sozialistische Partei in den drei letzten Wahlen ihre Stimmen mehr als verdoppelt und hielt vor vier Jahren bereits bei der ersten Million. Aber wieviel ist da noch zu tun und was wäre da noch zu erreichen! In einem Lande, in dem keine Schlösser, keine Bastillen den Klassenkampf stören, in dem die Arbeiterarmee ungeheuer wächst, in dem die Arbeiterschaft wirtschaftlich betrachtet, der gewichtigste Teil des Volkes ist! Hoffentlich hören wir von einem Fortschritt, der die Aussicht eröffnet, daß der Tag erscheinen wird, in dem die wahre und reine Demokratie in dem großen Freistaat über alle Gegner und Feinde triumphiert!

Die Frage des Ernährungsamtes noch immer nicht gelöst!

Die Herbsttage, die für die Einbringung und Verteilung der Vorräte am allerkritischsten sind, verlaufen noch immer ohne einen Schritt weiter. Freiherr v. Bed, der nach einigem Zaudern die Berufung zum Präsidenten angenommen hat, soll nun endgültig abgelehnt haben! Diese Vorgänge müssen an sich schon beunruhigen, diese ihre Wirkung wird durch den Ablauf der kostbaren Zeit noch verstärkt. Die wohlthätige Entspannung des öffentlichen Gemüths durch ministerielle Neußerungen, durch die alle Lauffkraft lähmende, alle Hoffnungen ertödtende Stodfischmethode preisgegeben und endlich wieder mit und zu der Bevölkerung geredet wurde, beginnt wieder neuer Besorgtheit zu weichen. Der moralische Notstand des Verfassungslebens war eine überflüssige Verschärfung unseres materiellen Uebelbefindens, aber dieses selbst fordert die dringendste Abhilfe. Nicht bloß die Zeit im allgemeinen oder bloß der Tag — jede Stunde fordert den Mann, fordert die

Die Verpflegsfragen.

Dringende Reformen.

Bessere Verteilung der Lebensmittel. — Ordnung des Brotbezuges. — Das „Anstellen“. — Die Kartoffelversorgung. — Die Uebelstände beim Fettverkaufe. — Nichthonorierung der Butterlarte. — Eine Mahnung zur Höflichkeit!

Die Forderung weiter Kreise geht dahin, die vorhandenen Lebensmittel gerecht und gleichmäßig zu verteilen. Gerade dadurch wird viel Erbitterung hervorgerufen, daß ein Teil der Bevölkerung sich einschränken muß, während ein anderer davon nichts verspürt. Wer zur Zeit, als Mehl, Fett, Zucker, Kaffee und andere nicht dem Verderben leicht unterliegende Artikel noch verhältnismäßig mühelos zu erlangen waren, mit Aufwendung beträchtlicher Geldmittel seine Vorratskammern gefüllt hatte, ist jetzt der täglichen Sorge um Beschaffung dieser Lebensmittel enthoben. Der weitaus überwiegende Teil der Bevölkerung befindet sich aber nicht in dieser angenehmen Lage. Einerseits, weil es den meisten Leuten an Geld für umfangreiche Vorratskäufe fehle, andererseits jedoch aus dem Grunde, weil die Mahnungen der Behörden auf Unterlassung der Hamsterei vielfach befolgt worden sind. Diese Selbstdisziplin weiter Kreise war eine solenne Vertrauenskundgebung für die Lebensmittelbehörden, eine erhebende Betätigung des Gemeinfinns. Zweifellos waren die Behörden bestrebt, all die schwierigen Probleme der Lebensmittelversorgung zu lösen, unter Beobachtung auf öffentliche Interessen und unter Berücksichtigung der jeweiligen Verhältnisse. Indessen haben die Erfahrungen ergeben, daß die getroffenen Vorkehrungen für den ungestörten Gang der Verbrauchswirtschaft nicht hinreichen. Die Hemmnisse im Bezuge von Mehl, Brot, Fett, Kartoffeln und dergleichen sind nicht allein auf die zeitweise auftretenden, durch die außergewöhnlichen Zeitumstände bedingten Störungen unterschiedlicher Art, als verlangsamte Erzeugung, Einbringung, erschwerte Zufuhren zurückzuführen, sondern auch auf Mängel des Systems in der Versorgung und Verteilung. Der für die meisten Artikel des täglichen Bedarfs eingeführte Zwang der Räte kann naturgemäß nur dann Wirkungen der Gleichmäßigkeit erzielen, wenn damit die Regelung des Bezuges verknüpft ist. Zu dieser Erkenntnis sind die Verbraucher längst gelangt und die zahllosen Vorschläge und Pläne, die seit Monaten vorgebracht, empfohlen und besprochen werden, gipfeln durchwegs in der Forderung nach einer gründlichen Organisation des Verkaufes, die Gewähr bietet, das Bezugsrecht nach der Lebensmittelkarte auch wirklich ausüben zu können. Dem tief eingensetzten Uebel der Regellosigkeit, Ratlosigkeit beim Einkauf und dem daraus sich ergebenden Mißstand des Anstellens ist nur durch die Rationierung beizukommen.

Die Gemeinde Wien hat mit der Errichtung der städtischen Mehlabgabestellen den Anfang gemacht. Bewährt sich diese wichtige Reform — und nach den sorgfältigen Vorbereitungen ist daran nicht zu zweifeln — dann muß ihr unverzüglich die Rationierung anderer unentbehrlicher Bedarfsgegenstände folgen. In einer Unterredung mit den Vertretern der Tagespresse wurde die Absicht ausgesprochen, das Werk der Rationierung fortzusetzen. Die Bevölkerung nimmt diese Erklärung mit Genugtuung auf, sie wird den Reformeifer der Stadtverwaltung dankbar begrüßen und darüber gerne die Verjämnisse der Vergangenheit vergessen. Viel bleibt noch zu tun übrig. Vor allem ist eine Ordnung im Brotbezug unaufschiebbar. Die Kalamitäten der Brotversorgung dauern nun schon seit zwei Monaten, und wenn es auch jetzt damit etwas erträglicher geworden ist, fehlt zur Besserung noch ein gut Stück Weges. Die Gemeinde hat auf die hierbei in Betracht kommenden Stellen, Ernährungsamt und Kriegsgetreideverkehrsanstalt, genügenden Einfluß, um die Voraussetzungen für eine erprobte Reformarbeit zu schaffen. Sie konnte bei der Durchführung der Mehleintheilung Garantien für ungestört fortlaufende Dotierung erlangen, sie wird also umso eher bei der Regelung der Brotabgabe die erforderlichen Sicherstellungen erwirken. Die Reichsstellen erachten es ja als ihre selbstverständliche Pflicht und Aufgabe, die Lebensmittelversorgung in geregelte Bahnen zu lenken, sie werden demnach geeigneten Reformvorschlägen, die unter Beseitigung arger Mißstände eine zufriedensstellende Verteilung herbeiführen können, zustimmen und ihre rasche Verwirklichung durch Beistellung der Verbrauchsmengen ermöglichen.

Nicht minder wichtig ist die Umgestaltung der bislang geltenden Methoden der Kartoffelversorgung, sowie des Fettverkaufes. Für die Kartoffelversorgung Wiens hat der Magistrat einen vortrefflichen Plan ausgearbeitet, alles wurde erwogen, berechnet, eingeteilt. Aber was nützen die sorgsamsten Projekte, wenn der Gegenstand, um den es sich handelt, fehlt. Wir besitzen außer dem Magistratsplan und den ihn sichernden Zusagen der Kartoffelzentrale auch entsprechende Aufträge der Regierung an die Landesbehörden, die wiederum verpflichtet sind, in ihrem Wirkungsbereich das Ausbringen der Ernte zu überwachen, die Erzeugnisse zu betreiben. Trotz dieser vielfach ineinandergreifenden Arbeit aller erdenklichen Machtfaktoren sind die Kartoffelzufuhren ungenügend. Wo der Hemmschuh liegt, ist nicht mit Sicherheit festzustellen. Die gemeinderätliche Obmännerkonferenz, welche sich vorgestern mit dieser Frage befaßte, formulierte wohl eine Reihe von Forderungen an die Regierung, über die tieferliegenden Ursachen der Knappheit hat sie uns jedoch keinen Aufschluß gegeben. In dem Referat des Magistratsrates Dr. Ehrenberg wurde lediglich konstatiert, daß anstatt der im Programm festgesetzten Zahl von 7500 Waggons tatsächlich erst ungefähr 4000 Waggons in Wien eingelangt sind. Es wird behauptet, daß an diesen unzureichenden Zufuhren die Saumseligkeit und sogar absichtliches Zurückhalten der Bauern schuld ist. Die geltenden Höchstpreise genügen den Landwirten nicht, sie verlangen

Die

Die deutschnational-christlichsoziale Konferenz.

Ernährungs- und Finanzfragen.

Wien, 9. November.

Im Gemeinderatssaal des Wiener Rathhauses fand heute die gemeinsame Beratung der Christlichsozialen Vereinigung und des Deutschen Nationalverbandes über die Fragen der Ernährung und der staatlichen Finanzen statt. Die Beratungen begannen um 10 Uhr vormittags und wurden nach einer Mittagspause bis halb 7 Uhr abends fortgesetzt.

Ansprache Dr. Weiskirchner.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Versammlung namens der Einberufer mit einer Begrüßungsrede, in der er ausführte: Wichtige Tagesfragen stehen zur Erörterung. Ebenso wichtig ist es aber, daß durch diese Tagung der große Gedanke der Zusammenfassung aller deutschen Kräfte zum lebendigen Ausdruck kommt. (Lebhafte Beifall.) Mehr denn je ist es in dieser schweren und ersten Zeit unsere Pflicht, diesen Gedanken zu verwirklichen. Das deutsche Volk — und nicht bloß in Oesterreich — kämpft um sein Dasein und um seine Ehre. Wir haben gewiß alle Ursache, fest und treu in Liebe zu unserem Volke zusammenzufassen. Vollbewußt ihrer Verantwortung haben sich die Vertrauensmänner des deutschen Volkes hier zusammengefunden und sind bereit, alles Trennende zurückzustellen und sich in Treue und Liebe zum deutschen Volke zu einigen. Die Blutopfer unserer Söhne und Brüder auf den Schlachtfeldern legen uns heilige Verpflichtungen auf. Dieser Verpflichtungen eingedenk, wollen wir an unsere Arbeit schreiten. Heil dem deutschen Volke! (Lebhafte Beifall, Säbelstößen und Gestrufe.) Hierauf wurde die Wahl des Präsidiums der Versammlung vorgenommen und Bürgermeister Dr. Weiskirchner und die Abgeordneten Dr. Groß und Schraffl in den Vorsitz gewählt.

Ernährungsfragen.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung „Ernährungsfragen in Staat, Land und Gemeinde“ sprechen als Berichterstatter die Abgeordneten Dr. Freißler, Dr. Damm, Landesauschuß Stöcker und Bürgermeister Dr. Weiskirchner. An der Besprechung beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Schreiner und Sumner.

Dr. Freißler über die Organisationsmängel.

Abg. Dr. Freißler übt in einer Rede eine überaus scharfe Kritik an den bisherigen Maßnahmen der Regierung hinsichtlich der Nahrungsmittelversorgung und an dem Verhalten Ungarns gegenüber Oesterreich in dieser Frage. Er befaßt sich auch mit der Valutafrage und unterzieht die verschiedenen Zentralen, namentlich die Devisenzentrale, einer sehr scharfen Beurteilung. Auch gegen die Haltung der Banken wendet sich der Redner mit großer Entschiedenheit. Trotz seiner im allgemeinen pessimistischen Auffassung glaubt er doch, daß der Wille zum Durchhalten besteht, daß es möglich sein wird, das Auslangen zu finden, wenn entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Redner wendet sich namentlich gegen verschiedene Mitteilungen, daß eine Herabsetzung der Brotkarte beabsichtigt werde.

Er wünscht die Differenzierung der Brot- und Mehlkarten sowohl nach dem Alter als auch nach einer sozialen Abstufung, da Personen mit höherem Einkommen sich leichter Ersatzmittel für Mehlprodukte leisten können; weiter wünscht er die Einbeziehung der gewerblichen Kontingente in die Brot- und Mehlkarten des einzelnen, weil die Vermögenden neben der ihnen zukommenden Rationsquote auch noch in den Gasthäusern den Verbrauch vermehren. Er wünscht eine gänzliche Aenderung des Verteilungsapparats auf rein staatlicher Grundlage mit Ausschluß aller kleineren Organisationen und erwähnt als besonders schädlich die

Kohö, die Einkaufsgenossenschaft der Journalisten, der Gardeoffiziere, der Ministerien und der Banken und verweist darauf, daß das Nachgeben des Ministeriums gegenüber derartigen Vereinigungen den Unwillen der Bevölkerung erzeuge.

Vor allem anderen verlangt er aber, daß nicht eine Einzelverteilung der Nahrungsmittel stattfinden, sondern der Speise. Die Kriegsküchen bedingen einen Mehrverbrauch außerhalb der Bezugsarten, namentlich an Ersatzmitteln, und er verlange dementsprechend eine entsprechende Kürzung der Bezugsarten für jene, die an den Kriegsküchen teilnehmen. Schließlich verlangt er die Sozialisierung des Kochprozesses, das heißt, er wünscht, daß alle oder wenigstens die Hauptmahlzeiten für die gesamte Bevölkerung in gemeinschaftlichen, staatlich beaufsichtigten Küchen hergestellt werden sollen. Im Zusammenhang damit fordert er die Errichtung eines staatlichen Ernährungsamtes mit uneingeschränkter Exekutive, eine in Oesterreich und Ungarn gleichartige Feststellung der Richtlinien der Ernährungspolitik, die völlige Aenderung des derzeitigen Verteilungssystems und die Bekennnispflicht an Goldvorräten und österreichischen Werten seitens der Banken.

Abg. Dr. Damm entwirft ein weniger pessimistisches Bild hinsichtlich unserer Getreidevorräte. Auch er übt ziemlich scharfe Kritik an dem Vorgehen der Zentralstellen, bespricht die bedenklichen Wirkungen verschiedener Verordnungen, die sich in den landwirtschaftlichen Betrieben nicht durchführen lassen, und tritt hauptsächlich für eine Vermehrung der Produktion ein.

Landesausschuß Dr. Stöcker beschäftigt sich auf das eingehendste mit der landwirtschaftlichen Produktion und den sich derzeit bietenden Verhältnissen.

Dr. Weiskirchner über die Versorgung Wiens.

Als letzter Referent weist Dr. Weiskirchner an einer großen Zahl typischer Beispiele nach, daß die Erlassung lokaler Höchstpreise nicht zum Ziel führen kann, ohne daß gleichzeitig das Verfügungsrecht über die Nahrungsmittel vom Staat in Anspruch genommen wird. Die Höhe der Preise müsse übrigens den Produktionskosten angemessen festgestellt werden, da sonst Marktlücke eintrete. Redner erörtert sodann die ganz besonderen Schwierigkeiten, die sich bei der Approbationierung Wiens ergeben, insbesondere mit Rücksicht darauf, daß der nötige Zusammenhang zwischen Militär- und Zivilbehörden fehle. Er weist das an einer großen Reihe praktischer Beispiele nach.

Auch das Verhalten Ungarns uns gegenüber beleuchtet er an Hand von Daten und wendet sich schließlich mit großer Schärfe dagegen, daß die Mehlfrage zu einem Politikum gemacht wird, weiter gegen die Tatsache, daß vielfach Interessenten bei der Entscheidung wichtiger Nahrungsmittelfragen sogar gewisse Berufsstände vertreten. Schließlich verweist Redner auf das Beispiel Deutschlands, wo zwar auch ab und zu Fehler gemacht wurden, doch glaube er, daß in Deutschland die Verhältnisse dennoch besser seien, weil dort eine viel stärkere Betätigung des Gemeinwils die Durchführung der notwendigen Maßnahmen erleichtere. Mit den Ausführungen Dr. Freißlers sei er im großen und ganzen einverstanden, doch müsse er wünschen, daß die für die Kriegszeit verlangten Maßnahmen nicht auch im Frieden zu einer dauernden Einrichtung würden.

Abg. Sumner verweist darauf, daß die Kritik des Abg. Dr. Freißler auf der Annahme fuße, daß die Freißlerschen Vorschläge die einzig richtigen seien. Man könne wohl nicht daran denken, jetzt plötzlich das ganze Verteilungssystem zu ändern, und es gebe auch nicht gut an, auf die bisherigen Verkaufsorganisationen, namentlich aber auf den Gewerbestand, zu verzichten. Die Sozialisierung der Küche hält Redner für undurchführbar, und er stellt es daher anheim, sich darüber klar zu werden, ob man nicht mit mehr Aussicht auf Erfolg einen besseren Ausbau des bestehenden Systems verlangen solle.

Beschlüsse.

Das Ernährungsamt.

Folgende Entschliessung wurde einstimmig angenommen:

1. Die Zusammenfassung aller in Österreich kommenden Amtsgewalten in ein staatliches Ernährungsamt, das die Anordnungen nicht nur auszuführen, sondern zu treffen berechtigt ist, wird nach wie vor als entscheidende Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Volksernährung bezeichnet. Das jüngst beim Ministerium des Innern errichtete Ernährungsamt entspricht dieser Forderung nicht.

Gemeinsame Richtlinien in Oesterreich und Ungarn.

2. Die beiden Reichshälften der Monarchie, nicht nur durch Sinn und Wortlaut der bestehenden Verträge und durch jahrzehntelange Wirtschaftsbeziehungen, sondern durch den Ernst der Zeit auf einen gegenseitigen Gütertausch angewiesen, müssen sich endlich auf gemeinsame Richtlinien in der Ernährungspolitik vereinigen. Der Regierung obliegt es als erste Pflicht, von deren Erfüllung die höchsten Staatsinteressen abhängig sind, diese Aufgabe durchzuführen.

Weitere Ersparungen im Konsum.

3. Die Lage der Lebensmittelmärkte wird ein Durchhalten nur dann ermöglichen, wenn rasch und planvoll weitere Ersparungen beim Verbrauch der wichtigsten Nahrungsmittel angeordnet werden.

4. Die Entwicklung des Verteilungsvorganges ist planlos und bedenklich. Das Durcheinander aller möglichen Organisationsgrundsätze muß abgestellt werden.

Die Gemeinshaftsküche.

5. Ueberhaupt begegnet die Aufstellung der Lebensmittel in einzelne kleine Rationsquoten täglich wachsenden, in kurzer Zeit vielleicht unüberwindlichen Schwierigkeiten. Der einzige Ausweg, von dem allerdings mit Sicherheit erwartet werden kann, daß er zum Erfolg führt, besteht in einer möglichst raschen Sozialisierung der Küchenwirtschaft. Jedoch hätten diese Kriegsküchen — wie übrigens auch die Gastgewerbe — nicht neben dem Bezugsartenystem zu bestehen, sondern nach Möglichkeit an dessen Stelle zu treten.

Einfuhren aus dem Ausland.

6. Um die Stärkung der heimischen Lebensmittelvorräte durch Einfuhren aus dem Ausland auch für die Folge nach Möglichkeit zu sichern, hat die Regierung auf die Valutapolitik rasch und rücksichtslos in dem Sinne einzuwirken, daß die Einfuhr von Luxusartikeln ebenso verboten werde wie die heute noch freie Ausfuhr österreichischer Werte, und daß durch eine allgemeine, selbstverständlich auch für die großen Geldorganisationen geltende Bekennnispflicht über den Besitz ausländischer Zahlungsmittel diese dem öffentlichen Interesse dienlich gemacht werden.

Hebung der Produktion.

Kerner wurde nach einem Antrag des Abg. Dr. Schreiner nachstehender Beschluß gefaßt:

Im Hinblick darauf, daß die Menge der zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel sehr beschränkt ist,

daß aber die Erzeugung derselben einer Steigerung fähig ist, und daß die diesfalls zu ergreifenden Maßnahmen nicht nur für die nächste Ernte, sondern auch noch in dem laufenden Verbrauchsjahr mit Erfolg einsetzbar sind, wird die Regierung dringend aufgefordert, bei der in Aussicht stehenden Neuorganisation des Ernährungsamtes auch auf die Hebung der Erzeugung gebührende Rücksicht zu nehmen und in diesem Amte eine eigene Abteilung für die Hebung der Produktion zu bilden.

Finanzielle Zukunftsfragen.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung: „Finanzielle Zukunftsfragen unter besonderer Berücksichtigung der Preisbildung nach dem Kriege“ erstatteten Berichte die Abgeordneten Dr. Steinwender, Dr. Matzka, Dr. Urban, Dr. Bobirsky, Dr. Freiherr v. Fuchs und Dr. Waldner. Dann ergreift zu diesem Punkt noch Abg. Sumner das Wort.

Folgende Entschliessung wurde einstimmig angenommen:

Die am 9. November 1916 im Sitzungssaal des Wiener Rathhauses versammelten Reichsratsabgeordneten des Deutschen Nationalverbandes und der Christlichsozialen Vereinigung deutscher Abgeordneter stellen nach eingehender Erörterung der durch den Krieg herbeigeführten finanziellen Lage, insbesondere im Hinblick auf Teuerung und Lebenshaltung, folgende Forderungen auf:

Provisorische Kriegsteuern.

1. für den Staatskredit und zur Einschränkung weiterer Verschuldung volle Deckung des Zinsenerfordernisses zunächst durch Maßregeln vorwiegend provisorischer Natur wie durch eine neue, weitgehende Kriegsgewinnsteuer, durch einen weiteren Ausbau der Kriegszuschläge, durch Erschließung neuer Einnahmen unter starker Heranziehung der besonders leistungsfähigen und scharfe Kontroll- und Strafbestimmungen;

Vermögensabgabe nach dem Kriege.

2. eine endgültige Regelung der Finanzen nach dem Kriege, die allerdings ohne Verminderung des Schuldenstandes durch eine einmalige Vermögensabgabe unmöglich erscheint;

Schutz des Mittelstandes.

3. bei allen neuen Maßnahmen sozialpolitische Rücksichten; diese Maßnahmen dürfen weder den Ausbau der Teuerung hindern noch die Lebenshaltung der breiten Schichten der Bevölkerung herabdrücken und müssen der „Aufsaugung“ des Mittelstandes und der selbständigen Untermehrmungen überhaupt und der Herrschaft des Finanzkapitals entgegenwirken;

Belämpfung der Korruption.

4. die schärfste Belämpfung der mit der Herrschaft des Finanzkapitals gestiegenen Korruption auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Reform der Krankenversicherung.

Abg. Albrecht brachte die Fragen der Krankenversicherung zur Sprache und beantragte nachstehende Entschliessung:

Die im Wiener Rathaus tagende gemeinsame Versammlung der deutschbürgerlichen Parteien Oesterreichs bezeichnet die Abänderung des veralteten Krankenversicherungsgesetzes schon mit Rücksicht auf die vollständig geänderten Verhältnisse und Lebensbedingungen der Arbeiterschaft als dringend. Die beabsichtigte Schaffung freier Krankenkassenverbände findet die Billigung der Versammlung; gleichzeitig verpflichten sich die deutschbürgerlichen Parteien zur vollen Unterstützung der auf deutschbürgerlicher Grundlage zu errichtenden Verbände.

Diese Entschliessung wurde einstimmig angenommen.

Der Zusammenschluß der Deutschen.

Hierauf hielt Abg. Dr. Groß folgende Schlussrede:

Heute vormittags hat der Bürgermeister der Reichshauptstadt dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß die heutige Versammlung dazu dienen möge, den Zusammenschluß der deutschen Parteien zu fördern und uns die Erreichung unserer gemeinsamen Ziele zu erleichtern. Ich glaube, durch den Verlauf der Versammlung ist diese Hoffnung vollständig erfüllt worden. Es hat sich gezeigt, daß in den wichtigen wirtschaftlichen Fragen, die für die nächste Zukunft für das Durchhalten während des Krieges und für die künftige Gestaltung unserer Finanzen entscheidend sind, zwischen uns eine erfreuliche Übereinstimmung herrscht. Wir alle empfinden es schmerzhaft, daß unser Vaterland der einzige unter den kriegsführenden Staaten ist, in dem die Bevölkerung keinen Anteil an der Regierung hat. Eine Versammlung wie die heutige kann natürlich für das Parlament keinen Ersatz bieten, aber ich glaube doch, daß keine Regierung die Stimme der deutschbürgerlichen Parteien ungehört verhallen lassen kann. (Lebhafte Zustimmung.)

Unsere Übereinstimmung beschränkt sich aber nicht auf wirtschaftliche Fragen, sondern sie erstreckt sich auch auf wichtige nationale Forderungen, die wir durchsetzen müssen, wenn nicht die Ströme deutschen Blutes, die geflossen sind, umsonst vergossen sein sollen. Wir haben schon vor mehr als Jahresfrist diese unsere Forderungen gemeinsam festgestellt. Ich glaube, es ist an der Zeit, diese Forderungen zu wiederholen, aber auch eine Einrichtung zu schaffen, die bestimmt ist, die nötigen Schritte zur Durchsetzung dieser Forderungen zu tun und den Zusammenhang zwischen den beiden Parteien aufrechtzuerhalten. Das kann durch einen gemeinsamen Ausschuss geschehen, wie solche schon wiederholt in verschiedenen Formen bestanden haben. Ich schlage Ihnen daher folgende Entschliessung vor:

Die Forderungen der Deutschen.

„Die heute versammelten deutschbürgerlichen Abgeordneten erklären, unerschütterlich an ihren Forderungen hinsichtlich der Neuordnung der Dinge in Oesterreich, insbesondere an der Forderung des engen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Zusammenhanges mit dem Deutschen Reich, der Regelung der Sprachenfrage in Oesterreich unter Einführung der deutschen Staatsprache wie der Sonderstellung Galiziens und infolge derselben eines arbeitsfähigen Reichsrates festzuhalten. Da diese Forderungen ebensowohl im Interesse des Staates als des deutschen Volkes gelegen sind, erwarten die heute versammelten Abgeordneten, daß die kürzlich ins Amt getretene Regierung ungehindert die nötigen Maßregeln zur Verwirklichung dieser Forderungen ergreifen werde. Zur weiteren Verfolgung dieser Forderungen sowie zur Wahrnehmung aller gemeinsamen Interessen wird ein aus folgenden Herren zusammengesetzter Ausschuss entsendet: Damm, Freißler, Fuchs, Gehmann, Groß, Kaiser, Gerzmansky, Prinz Liechtenstein, Pacher, Schmid, Schraffl, Steiner, Steinwender, Stöcker, Stöckel, Urban, Weiskirchner und Wolf.“

Auch diese Entschliessung wurde unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen. Hierauf schloß der Vorsitzende Abg. Dr. Groß die Versammlung mit Worten des Dankes an den Haus- herrn, Bürgermeister Dr. Weiskirchner.